

Die Beziehungen der portugiesischsprachigen Staaten untereinander

Gemeinsame Vergangenheit, gemeinsame Zukunft?

Von der Philosophischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen
Hochschule Aachen zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors
der Philosophie genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Paulo Moreira Pereira

Berichter: Universitätsprofessor Dr. Ralph Rotte
Universitätsprofessor Dr. Helmut Siepmann

Tag der mündlichen Prüfung: 03.05.2021

Danksagung

Damit die Forschung für diese Doktorarbeit vorgenommen werden konnte, waren verschiedene Menschen mittelbar und unmittelbar involviert. Indirekt beteiligt waren alle, die in verschiedenen Bibliotheken und Institutionen tätig sind und mir auf irgendeine Art geholfen haben. Viele von ihnen kenne ich namentlich nicht, aber diese Arbeit wäre ohne ihr Engagement nicht möglich gewesen.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Ralph Rotte, für seine wissenschaftliche Betreuung, die konstruktiven Vorschläge sowie Problemlösungen und auch die interessanten Diskussionen, insbesondere bezüglich des theoretischen Ansatzes und der Beziehungen der Portugiesischsprachigen Länder untereinander. Zudem bedanke ich mich bei meinem Gutachter, Herrn Professor Helmut Siepmann, der die Portugiesischsprachigen Staaten auf verschiedene Weise besonders kennt und versteht.

Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Rudolf Schmidt, der mich in dieser Arbeit tatkräftig unterstützt und motiviert hat. Vor allem war seine unendliche Geduld und Mühe bei der Korrektur meines Manuskripts entscheidend, damit ich diese Arbeit beenden konnte.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	9
1.1	FORSCHUNGSOBJEKT: ALLGEMEINES BILD UND AUSWAHLGRÜNDE	9
1.2	ZENTRALE BEGRIFFE.....	27
1.3	DIE GLIEDERUNG DER ARBEIT	31
1.4	METHODE	36
1.5	FORSCHUNGSSTAND	37
2	PROBLEMSTELLUNG UND THEORETISCHE FORSCHUNGSFRAGE.....	47
2.1	DIE ROLLE DER KULTUR UND KULTURELLER NÄHE IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN: THEORETISCHE VORÜBERLEGUNGEN.....	52
2.2	DIE DEBATTE ÜBER DIE ROLLE KULTURELLER NÄHE IN DEN ZWISCHENSTAATLICHEN BEZIEHUNGEN AB DEN 1970ER JAHREN	74
3	DER AUFBAU EINER NEUEN „WELT“	97
3.1	DIE ENTSTEHUNG DER HEUTIGEN PORTUGIESISCHSPRACHIGEN STAATEN.....	100
3.2	GEFAHREN UND ALLIANZEN: DIE IBERISCHE UNION UND DIE SOUVERÄNITÄT PORTUGALS.....	111
3.3	DER DEFINITIVE AUFSTIEG DES ATLANTIKS ZUM ZENTRUM DES PORTUGIESISCHEN KOLONIALREICHS	120
3.4	GLÄNZENDES 18. JAHRHUNDERT.....	127
4	DIE ENTSTEHUNG DER PORTUGIESISCHSPRACHIGEN STAATENGEMEINSCHAFT	141
4.1	DIE POLITISCHE MACHTVERLAGERUNG NACH BRASILIEN.....	144
4.2	DIE ETABLIERUNG DER BILATERALEN BEZIEHUNGEN PORTUGALS UND BRASILIENS NACH 1822	154
4.3	DER AUFBAU EINES PORTUGIESISCH GEPRÄGTEN AFRIKAS	169
4.4	DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BRASILIEN, PORTUGAL UND DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIEN NACH 1825.....	183
5	PORTUGAL UND BRASILIEN ZWISCHEN REPUBLIK, WELTKRIEGEN UND NEUER INTERNATIONALER ORDNUNG	191
5.1	DIE INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNG IN PORTUGAL UND IN BRASILIEN ANFANG DES 20. JAHRHUNDERTS.....	194
5.2	PORTUGAL UND BRASILIEN VOR UND NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG	203
5.3	PORTUGAL, BRASILIEN UND DER ZWEITE WELTKRIEG	222
5.4	BRASILIEN UND PORTUGAL INNERHALB DER NEUEN WELTORDNUNG	231
6	DER POLITISCHE KAMPF DER PORTUGIESISCHEN ÜBERSEEGBIETE IM 20. JAHRHUNDERT	241
6.1	DIE LAGE IN DEN PORTUGIESISCHEN ÜBERSEEGBIETEN IN DEN 1960ER JAHREN	244
6.2	DIE ROLLE DER KOLONIALFRAGE FÜR DEN AUFBAU DER BEZIEHUNGEN DER PORTUGIESISCHSPRACHIGEN STAATEN UNTEREINANDER	261
6.3	DER MYTHOS DER MUSTERKOLONIE UND IHRER BEZIEHUNG ZU PORTUGIESISCH-AFRIKA	270
7	WENDEZEIT IN DEN PSS.....	277
7.1	AUSSICHTLOSE KRIEGERISCHE JAHRE.....	280
7.2	UNGEWISSE ZEITEN	290
7.3	DIE NEUE POLITISCHE ORDNUNG INNERHALB DER PSS.....	297
7.4	DIE WIRTSCHAFTLICHEN VERFLECHTUNGEN BRASILIENS, PORTUGALS UND DER PORTUGIESISCHEN ÜBERSEEISCHEN TERRITORIEN IN AFRIKA ZWISCHEN 1961 UND 1975	310
8	NEUE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KURSE DER PSS UND DIE ENTSTEHUNG DER CPLP.....	321
8.1	DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG DER PSS.....	323
8.2	DER WEG BIS ZUR GRÜNDUNG DER CPLP.....	335
8.3	EINIGE ASPEKTE DER WIRTSCHAFTLICHEN VERFLECHTUNGEN DER PSS UNTEREINANDER NACH 1975	341
9	FAZIT UND AUSBLICK.....	373
9.1	DIE ROLLE KULTURELLER NÄHE UND HISTORISCHER VERBINDUNGEN IN DEN BEZIEHUNGEN DER PSS UNTEREINANDER: FESTSTELLUNGEN	373

9.2	GEMEINSAME ZUKUNFT?	392
10	PRIMÄRLITERATUR.....	403
11	SEKUNDÄRLITERATUR	406
12	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	415
13	BESUCHTE WEBSEITEN	416
14	ANHANG 1: EXPORTE UND IMPORTE DER PALOP IN DEN 1990ER JAHREN	419

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 2.2.A Weltpolitik und Kulturkreise: Potenzielle Bündnisbildungen	81
Abbildung 2.2.B Kulturkreis der PSS und Völkeraustausch	82
Abbildung 2.2.C Theorie der „Cultural Neighbors“ und die Auswirkung auf die internationalen Beziehungen	85
Abbildung 2.2.D Hypothese über den Verbreitungsmechanismus der Demokratisierung zwischen zwei Staaten	87
Abbildung 2.2.E Strukturelle Theorie des Imperialismus	90
Abbildung 2.2.F Mechanismus der vertikalen Interaktionsbeziehungen	92
Abbildung 9.1.A Politische Entwicklung in Brasilien und Portugal zwischen 1825 und 1950	381
Abbildung 9.1.B Politische Entwicklung in den PSS zwischen 1950 und 2000	387

BILDVERZEICHNIS

Bild 4.2.A Kaiserin Marie Leopoldine und ihre Kinder	163
--	-----

DIAGRAMMVERZEICHNIS

Diagramm 1.1.A Bedeutendste regionale Mitgliedschaften der PSS	21
--	----

GRAFIKVERZEICHNIS

Grafik 1.1.A Bevölkerungsanzahl der PSS (2017)	14
Grafik 1.1.B Prognostiziertes Bevölkerungswachstum in den drei bevölkerungsreichsten PSS	15
Grafik 1.1.C Prognostiziertes Bevölkerungswachstum in den fünf bevölkerungsärmsten PSS	16
Grafik 1.1.D Prognostizierte Bevölkerungsanzahl der PSS (2100)	17
Grafik 6.1.A Anstieg der weißen Bevölkerung in Angola und Mosambik zwischen 1910 - 1970	246
Grafik 6.1.B Entwicklung der Anzahl der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen	257
Grafik 7.4.A Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Portugals und Brasiliens zwischen 1961 und 1975	311
Grafik 7.4.B Import Portugals nach Regionen zwischen 1964 - 1975	313
Grafik 7.4.C Export Portugals nach Regionen 1964 - 1975	314
Grafik 7.4.D Import und Export von Waren zwischen Portugal und den ehemaligen afrikanischen Kolonien zwischen 1964 - 1975	315
Grafik 7.4.E Export Brasiliens nach Regionen zwischen 1964 - 1975	316
Grafik 7.4.F Import Brasiliens nach Regionen zwischen 1964 - 1975	317
Grafik 8.3.A Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der PSS zwischen 1975 und 2000	345
Grafik 8.3.B Handelsströme zwischen Portugal und den PALOP in der Zeit von 1975 und 1999	347
Grafik 8.3.C Brasilianischer Export nach Regionen zwischen 1975 und 1999	349
Grafik 8.3.D Brasilianischer Import nach Regionen zwischen 1975 und 1999	350
Grafik 8.3.E Kapitalfluss aus und nach Portugal zwischen 1970 und 2000	353
Grafik 8.3.F Kapitalfluss aus und nach Brasilien zwischen 1970 und 2000	354

Grafik 8.3.G Kapitalfluss aus Brasilien und Portugal ins Ausland im Vergleich	355
Grafik 8.3.H Gesamte ausländische Direktinvestitionen in Kap Verde, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe	358
Grafik 8.3.I Prozentuale Gewichtung der ausländischen Direktinvestitionen in Kap Verde, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe weltweit	359
Grafik 8.3.J Gesamte ausländische Direktinvestitionen in Angola und Mosambik.....	360
Grafik 8.3.K Prozentuale Gewichtung der ausländischen Direktinvestitionen in Angola weltweit	361
Grafik 8.3.L Prozentuale Gewichtung der ausländischen Direktinvestitionen in Mosambik weltweit	361
Grafik 8.3.M Portugiesische Direktinvestitionen in die PALOP zwischen 1971 und 1980	363
Grafik 8.3.N Portugiesische Direktinvestitionen in die PALOP zwischen 1980 und 1993	364
Grafik 8.3.O Portugiesische Direktinvestitionen in die PALOP zwischen 1997 und 2001	365
Grafik 8.3.P Portugiesische Direktinvestitionen in Brasilien zwischen 1990 und 2000	367

KARTEVERZEICHNIS

Karte 1.1.A Portugiesischsprachige Staaten	11
Karte 3.1.A Portugiesische Präsenz am indischen Ozean im 16. und 17. Jahrhundert.....	106
Karte 3.1.B Teilung der Welt nach dem Vertrag vom Tordesillas (1494).....	109
Karte 3.3.A Europäischer Sklavenhandel mit Afrikanern vom 16. bis zum 18. Jahrhundert.....	125
Karte 3.4.A Europäische Expansionsgebiete um 1750	132
Karte 3.4.B Einige europäische Expeditionen im Binnenland Afrikas	137
Karte 4.3.A Portugiesische Forschungsreisen in Afrika zwischen 1831 - 1886	172
Karte 4.3.B Rosafarbene Karte.....	180
Karte 5.2.A Kolonialgebiete europäischer Staaten in Afrika 1914/1918	209
Karte 7.1.A Portugiesische Kolonialgebiete auf dem afrikanischen Festland	281
Karte 7.1.B Übersicht über die geografische Verteilung der Unabhängigkeitsgruppierungen in Angola	284
Karte 8.3.A Bedeutendste brasilianische Unternehmen in Afrika	371

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1.1.A Index der menschlichen Entwicklung der PSS zwischen 1990 - 2018	18
Tabelle 7.4.A Anteil des portugiesischen Außenhandels einschließlich der portugiesischen Kolonien in Afrika mit Brasilien zwischen 1964 und 1975	318
Tabelle 8.3.A Anteil des PSS Außenhandels mit Brasilien zwischen 1980 und 1999	351
Tabelle 9.2.A Importvolumen der PALOP und Osttimor aus Portugal 2011-2019 in Prozent.....	395
Tabelle 9.2.B Exportvolumen der PALOP und Osttimor nach Portugal 2011-2019 in Prozent	396
Tabelle 9.2.C Zahl der offiziellen Staatsbesuche der Regierungs- und Staatschefs Brasiliens in den PSS zwischen 2001 und 2020	398
Tabelle 9.2.D Importvolumen von Angola (AO), Guinea-Bissau (GB) und Kap Verde (KV) aus Brasilien 2011-2019 in Prozent	399
Tabelle 9.2.E Importvolumen von Sao Tomé und Príncipe (STP) aus Angola 2011-2019 in Prozent.....	400

1 Einleitung

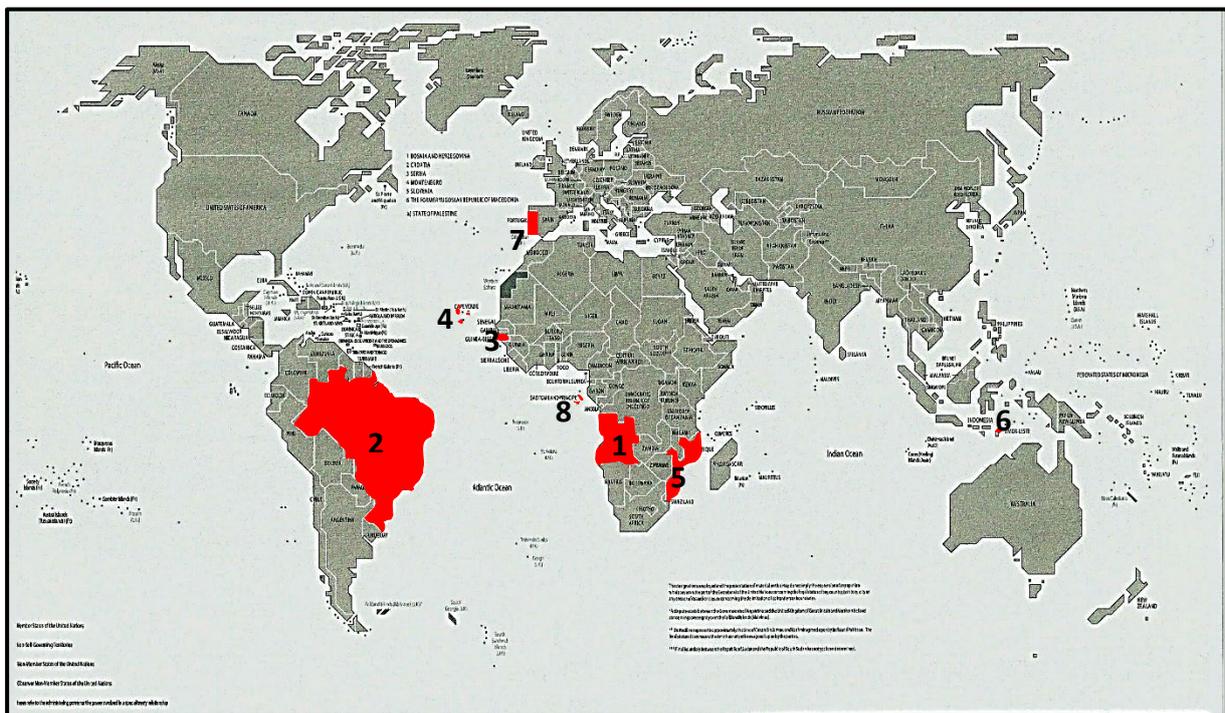
1.1 Forschungsobjekt: allgemeines Bild und Auswahlgründe

Diese Forschungsarbeit soll dazu beitragen, die weltweit immer komplexer werdenden internationalen Beziehungen besser zu verstehen. Als Forschungsfeld sind die internationalen Verflechtungen Bandbreite, das heißt Forscher können sich mit Theorien, zwischenstaatlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen, Umweltproblematiken, Frieden und/oder Kriegen, Handelsströmen, Migration u.a. Themen beschäftigen. Auch die Akteure sind auf der internationalen Bühne unterschiedlich und beschränken sich nicht nur auf die Staaten, sondern verschiedene Organisationen wirken auf die weltweiten Ereignisse mit ein. Die Staaten sind allerdings die Hauptentscheidungsträger innerhalb der internationalen Gemeinschaft und viele schließen sich zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen und zu stärken. Die Gründe sowie die Ziele dafür sind zahlreich. Oft rücken die wirtschaftlichen Themen in den Vordergrund, aber die zwischenstaatlichen Kooperationen beruhen auf einer Vielzahl zusammenhängender Bereiche wie beispielsweise regionale Lage, Sicherheit, kulturelle Verbindungen, Umweltproblematiken, Technologietransfer, Normen des internationalen Rechts in vielfältigen Bereichen, geopolitische Interessen, Sprachpolitik, um nur einige zu nennen. Aufgrund dieser Vielfältigkeit sind bereits ab dem 20. Jahrhundert mehrere internationale Organisationen entstanden. Diese Tendenz war den portugiesischsprachigen Staaten (PSS) nicht fremd und besonders seit dem Ende des Ersten Weltkriegs sind sie auf der internationalen Ebene immer aktiver geworden. Untereinander aber wurden die Beziehungen seit dem 19. Jahrhundert vernachlässigt und erst am Ende des 20. Jahrhunderts wurden Maßnahmen getroffen, um diese wiederzubeleben. Mit dem Aufbau der diplomatischen Beziehungen der PSS untereinander befasst sich diese Arbeit.

Die Staaten agieren bewusst, um ihre Interessen auf der internationalen Bühne gelten zu lassen. Allerdings wirken sich verschiedene Variablen auf ihre Aktionen aus, die nicht unbedingt unter der Kontrolle des einen oder des anderen Akteurs sind. Beispielsweise ist eine davon die geografische Nähe, die zwangsweise dazu führt, dass Abläufe in einem Nachbarland in allen anderen Nachbarländern stärkere Beachtung finden. Hintergrund dafür ist vor allem die Verbreitungsfahr negativer Ereignisse auf die angrenzenden Staaten. Auf die PSS untereinander trifft dies zunächst nicht zu, da sie auf vier Kontinente verstreut sind und somit keine gemeinsamen Grenzen haben. Ihre regionalen Aktivitäten und ihre Bedeutung wirken sich jedoch auf ihre jeweiligen Nachbarländer stärker aus, wie dies Brasilien in Lateinamerika, Angola in Westafrika und Mosambik in Ostafrika verdeutlichen. Für Portugal selbst sind seine regionalen Verflechtungen auf der Iberischen Halbinsel und mit der Europäischen Union (EU) vordergründig. In dem internationalen Geschehen haben die PSS eine relativ begrenzte Rolle. Nach Jahrzehnten des Stillstands in ihren gegenseitigen Beziehungen beabsichtigten sie mit der Gründung der Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Staaten (Comunidade dos Países de Língua Portuguesa, CPLP) ihre Kooperation auf eine neue Basis zu stellen und zu fördern. Ihre Verbindungen basieren auf der gemeinsamen Sprache und ihrer Kolonialvergangenheit, dies bedeutet, dass während der Kolonialzeit vielfältige Vernetzungen geschaffen wurden, die sich auf die Beziehungen der betroffenen Länder oder Regionen bis heute auswirken. Die Kolonialisierung charakterisiert sich durch vor allem europäische weltweite und unzählige Einflüsse auf nicht-europäische Völker, die je nach dem das Lebens- und Gesellschaftsmodell Europas nachahmen mussten und nach der Trennung des Mutterlandes aufnehmen wollten. Diese Tatsache stellt eine andere Variable der Beziehungen von ehemaligen Mutterländern und Kolonien in den Vordergrund, nämlich ihre kulturelle Nähe, die als ein zentrales Argument in ihrer heutigen Zusammenarbeit spielt. Im Fall der portugiesischsprachigen Staaten gab bis

zur Gründung der CPLP keine Institution, die die gegenseitigen Beziehungen förderte und koordinierte. Die Entstehung dieser Organisation ist das Ergebnis verschiedener innenpolitischer Veränderungen innerhalb der PSS, aber auch auf die Entschärfung des Ost-West-Konflikts ab den 1970er Jahren zurückzuführen. Die engen Verbindungen dieser Länder haben ihren Ursprung in den portugiesischen überseeischen Abenteuern, die ab dem 15. Jahrhundert stattgefunden haben und sich je nach Region sehr unterschiedlich entwickelt hat. Der untereinander stattfindende Austausch aller von Portugal kolonisierten Regionen hat sich allmählich entwickelt und steht im Fokus dieser Arbeit.

Karte 1.1.A Portugiesischsprachige Staaten



Quelle: United Nations Geospatial Information Section, kein Datum.

	Portugiesischsprachige Staaten						
1	Angola	2	Brasilien	3	Guinea-Bissau	4	Kap Verde
5	Mosambik	6	Osttimor	7	Portugal	8	São Tomé und Príncipe

Wenngleich die PSS mindestens seit dem 17. Jahrhundert, als Portugal seine weltweite Vormachtstellung verlor, nur noch eine Nebenrolle in den internationalen Beziehungen bis

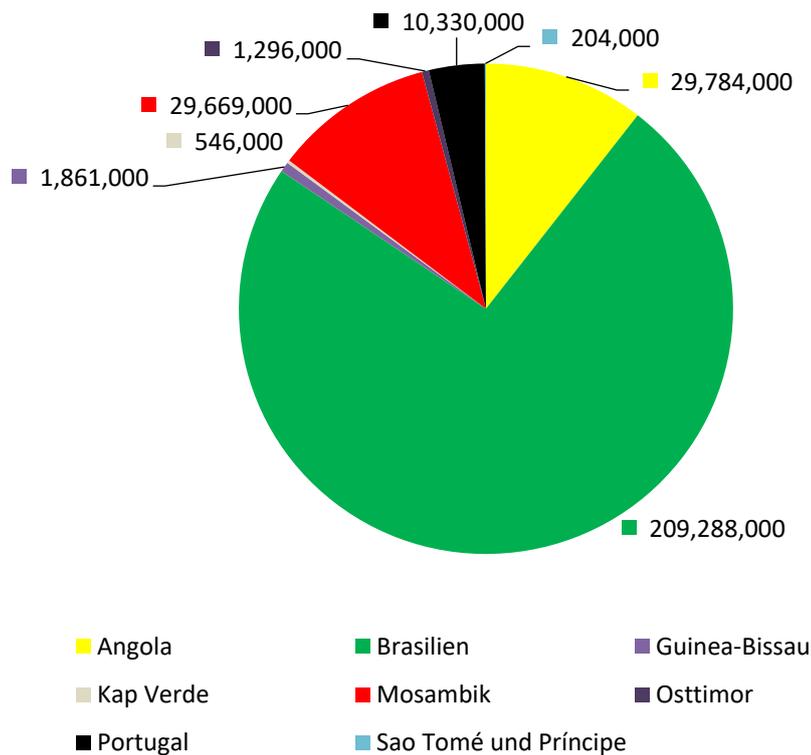
heute haben, begründen verschiedene Argumente die Auswahl gerade dieser Länder als Forschungsobjekt. Eines davon ist ihre nicht unbedeutende, weltweite Bevölkerungsanzahl. Nach dem statistischen Datenmaterial der Vereinten Nationen leben heute über zweihundertachtzig Millionen Menschen in einem dieser Staaten, in denen Portugiesisch die Amtssprache ist (vgl. United Nations Population Division, kein Datum). Dies entspricht zirka 3,7 Prozent der gesamten Weltbevölkerung¹. Vor allem im südlichen Teil der Erde konzentriert sich diese Bevölkerung, da sie in Brasilien, Angola, Mosambik und auf Osttimor lebt. Im Nordteil der Welt befinden sich Guinea-Bissau, São Tomé und Príncipe, Kap Verde und Portugal. Sechs von diesen acht Staaten befinden sich im atlantischen Raum. Nach der gemeinsamen Gesamtfläche erreichen sie über zehn Millionen Quadratkilometer (vgl. Instituto Nacional de Estatística, 2015, S. 8) und verfügen zusammen über erhebliche wertvolle Bodenschätze. Alle diese acht Länder haben durch die portugiesische Kolonisierung und ihr Erbe geschichtlich und kulturell vielfältige Gemeinsamkeiten. Allerdings sind sie, abgesehen von dem gemeinsamen Nenner Portugal, in unterschiedlicher Ausprägung auch untereinander mal schwächer und mal stärker miteinander verbunden, und dies besonders im Falle zwischen Brasilien und Angola, Guinea-Bissau und Kap Verde sowie São Tomé und Príncipe und Angola. Ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen haben sich sowohl als Kolonien wie auch als unabhängige Staaten im Laufe der Jahrhunderte mal intensiviert und mal geschwächt.

¹ Nach Einschätzung der UN für das Jahr 2017 leben zirka sieben Milliarden Menschen auf die Welt. Siehe United Nations Population Division, kein Datum.

Die PSS bilden in allen Bereichen eine sehr heterogene Gemeinschaft. Die gemeinsame Vergangenheit ist zwar der Grundstein und die Basis ihrer engen Beziehungen, sie alle haben aber ihre eigene Geschichte und unzählige Spezifitäten. Diese beziehen sich auf ihre Kolonial- sowie auf ihre Unabhängigkeitsgeschichte und nicht zuletzt auf ihre Entwicklung als souveräne Staaten. Dafür spielten das portugiesische Kolonialerbe und die noch während der Kolonialzeit vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen eine Schlüsselrolle, um die entstandenen Beziehungen der PSS untereinander zu verstehen. Die überwiegende Gemeinsamkeit dieser Länder ist zweifellos die portugiesische Sprache, trotz all ihrer Unterschiedlichkeit, aber nicht immer die einzig gesprochene Sprache. Allein diese Gemeinsamkeit bietet verschiedene Möglichkeiten für enge Kooperationen an.

Aktuell stammen zirka 74% der offiziellen portugiesischen Muttersprachler aus Brasilien. Diese demografische Tatsache führt dazu, dass das Land innerhalb der PSS ein enormes Gewicht hat und infolgedessen das weltweite Interesse besonders auf den südamerikanischen Staat gerichtet ist. Bezüglich der Bevölkerungsanzahl kommen noch Mosambik und Angola nach Brasilien als bevölkerungsreichste Staaten, die zusammen über etwa sechzig Millionen Einwohner verfügen oder zirka 20% der gesamten Bevölkerung der PSS darstellen. Das ehemalige Mutterland Portugal zählt zirka zehn Millionen Einwohner bzw. 3,6% der gesamten Bevölkerung der PSS. Diese vier Staaten Brasilien, Angola, Mosambik und Portugal konzentrieren auf sich allein ca. 97,5% der gesamten Bevölkerung der Gemeinschaft. Die restlichen vier Länder Guinea-Bissau, Kap Verde, São Tomé und Príncipe und Osttimor konzentrieren auf sich dementsprechend ca. 2,5% der Einwohner.

Grafik 1.1.A Bevölkerungsanzahl der PSS (2017)



Quelle: United Nations Population Division, kein Datum.

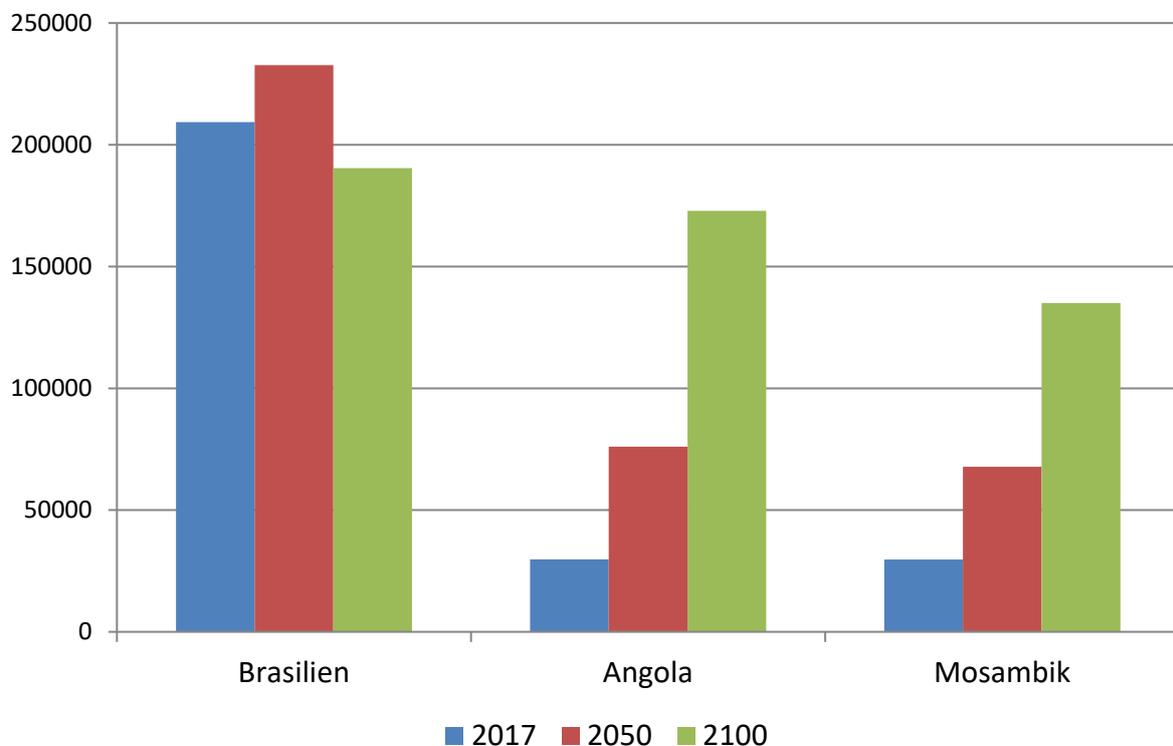
Bemerkung: mittlere Variante²

Bezüglich der Bevölkerungsanzahl wird schnell deutlich, dass das Gewicht dieser Staaten sowohl auf der internationalen Ebene als auch innerhalb der CPLP sehr unterschiedlich ist. Das zukünftig prognostizierte steigende Bevölkerungswachstum spielt eine wichtige Rolle und rechtfertigt weitere Forschungen über die PSS. Die Bevölkerungsgewichtung wird sich in den kommenden dreißig Jahren deutlich verändern und damit das internationale Interesse an den PSS wahrscheinlich verlagern. Im Vordergrund steht die von den Vereinten Nationen veröffentlichte demografische Entwicklung in Brasilien, Angola und Mosambik. Vor allem

² Der statistische Bericht der Vereinten Nationen über die Entwicklung der Weltbevölkerung stellt drei mögliche Varianten dar: niedrig, mittel und hoch.

Angola und Mosambik erfahren ein gewaltiges demografisches Wachstum bis zum Jahr 2100, da sich ihre Bevölkerung etwa verfünffacht. Währenddessen sinkt die brasilianische Einwohnerzahl um ca. 20%. Zusammen werden die beiden erwähnten afrikanischen Staaten über mehr Menschen als Brasilien verfügen, was ihre Beziehungen untereinander mit Sicherheit beeinflussen und verändern wird.

Grafik 1.1.B Prognostiziertes Bevölkerungswachstum in den drei bevölkerungsreichsten PSS (Tausend)



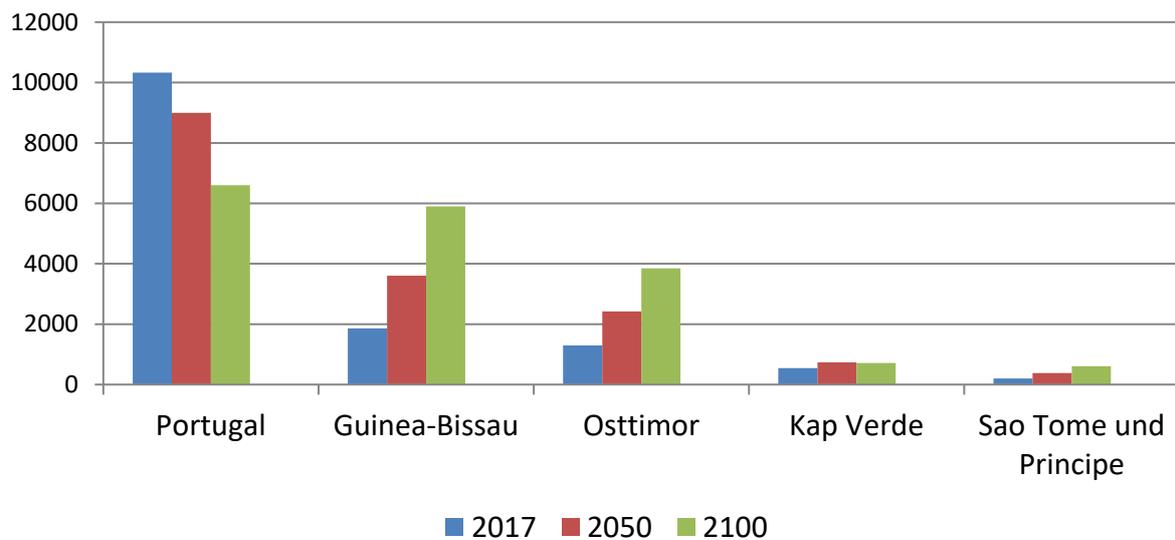
Quelle: United Nations Population Division, kein Datum.

Bemerkung: mittlere Variante

Die demografischen Veränderungen beschränken sich nicht nur auf die oben erwähnten Staaten, sondern auch die anderen PSS erfahren in den kommenden Jahrzehnten bedeutende Entwicklungen. Abgesehen von Kap Verde, wo die Bevölkerungsentwicklung stabil bleibt, nimmt die portugiesische Einwohnerzahl deutlich ab, während diese in Guinea-Bissau,

Osttimor und São Tomé und Príncipe wächst. In diesem Zusammenhang könnte die Rolle Portugals innerhalb der PSS an Bedeutung verlieren, währenddessen insbesondere die von Guinea-Bissau zunehmen wird.

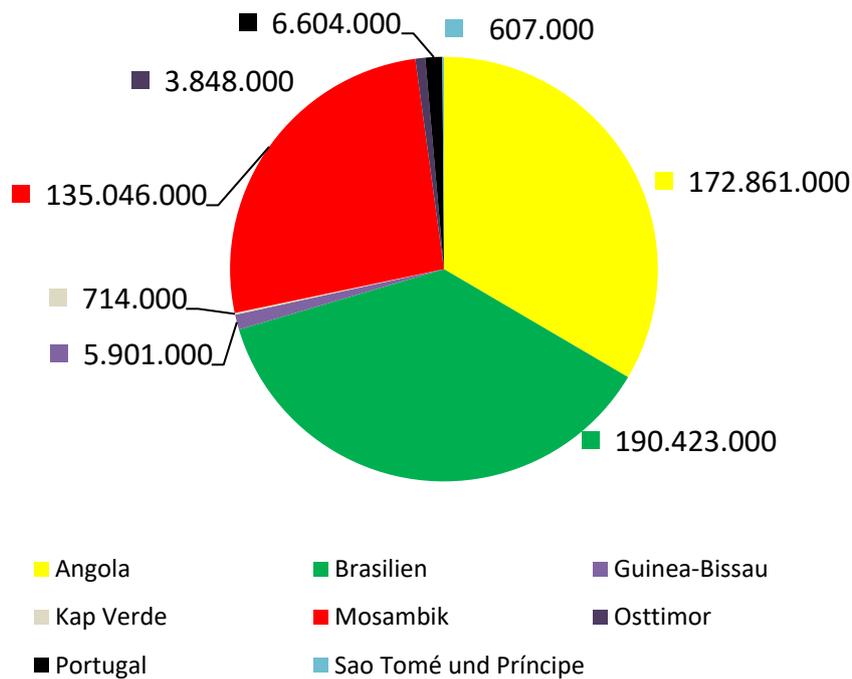
Grafik 1.1.C Prognostiziertes Bevölkerungswachstum in den fünf bevölkerungsärmsten PSS (Tausend)



Quelle: United Nations Population Division, kein Datum.
Bemerkung: mittlere Variante

Als Resümee kann man ziehen, dass sich im Jahr 2100 die Bevölkerung der PSS ganz anders verteilt als heute. Vor allem das Gewicht Brasiliens relativiert sich und beträgt nur noch lediglich 36,9% der gesamten Bevölkerung der PSS, während Angola seinen Bevölkerungsanteil auf 33,5% und Mosambik auf 26,2% steigert. Das Gewicht Portugals sinkt auf 1%, da sich die Einwohnerzahl nahezu fast halbiert.

Grafik 1.1.D Prognostizierte Bevölkerungsanzahl der PSS (2100)



Quelle: United Nations Population Division, kein Datum.

Bemerkung: mittlere Variante

Die Bevölkerungsentwicklung korrespondiert mit verschiedenen Thematiken wie z.B. Ernährungssicherheit, Festigung der staatlichen Institutionen, Ausbau der Infrastruktur in diversen Bereichen wie Mobilität, Gesundheitswesen, Schulsystem u.a.. Gleichzeitig stellt die sinkende Bevölkerung in Portugal und in Brasilien diese Staaten vor neue Herausforderungen wie z.B. die Versorgung der älter werdenden Bevölkerung, möglicher Mangel an Arbeitskräften und die Notwendigkeit, Migranten anzuwerben. Auch die Verbreitung der portugiesischen Sprache wird sich auf den afrikanischen Kontinent konzentrieren und eine gemeinsame Sprachpolitik der PSS steht immer mehr im Fokus. Betrachtet man alle PSS nach dem Bericht der Vereinten Nationen über die menschliche Entwicklung (Human Development

Index, HDI³) wird schnell klar, dass alle diese Länder kolossale wirtschaftliche und soziale Herausforderungen vor sich haben. Die Intensivierung der Kooperation dieser Staaten scheint in der Zukunft unabdingbar zu sein, um die sozioökonomische Entwicklung voranzutreiben. Wie die Tabelle 1.1.A verdeutlicht, verbesserte sich zwar zwischen 1990 und 2015 die menschliche Entwicklung in allen PSS, aber in den afrikanischen PSS auf dem Kontinent (Angola, Guinea-Bissau und Mosambik) lebt ein Großteil der Bevölkerung nach wie vor unter großer Armut. Nur Portugal gehört zur Gruppe mit einer sehr hohen menschlichen Entwicklung.

Tabelle 1.1.A Index der menschlichen Entwicklung der PSS zwischen 1990 - 2018

Staaten	Jahr	1990	2000	2010	2015	2018
Portugal		0,711	0,782	0,818	0,843	0,850
Brasilien		0,611	0,685	0,724	0,754	0,761
Kap Verde		n. v.	0,562	0,632	0,648	0,651
Osttimor		n. v.	0,470	0,607	0,605	0,626
São Tomé und Príncipe		0,540	0,497	0,546	0,574	0,609
Angola		n. v.	0,391	0,495	0,533	0,574
Guinea-Bissau		n. v.	n. v.	0,410	0,424	0,451
Mosambik		0,209	0,298	0,397	0,418	0,446

Quelle: Programme des Nations Unies pour le développement, 2019, S. 342-345.

n. v. = nicht verfügbar

Bemerkung: Die Indexwerte bewegen sich von Null bis Eins. Je kleiner der Wert, desto geringer die sozioökonomische Entwicklung und je größer der Wert, desto höher die sozioökonomische Entwicklung.

Auf internationaler Ebene ist die Kooperation zwischen ehemaligen Mutterländern und Kolonien üblich. Die Allianz zwischen Ländern, die eine gemeinsame Vergangenheit haben und

³ Human Development Index (HDI) bzw. Index für die menschliche Entwicklung bezieht sich auf den jährlichen und seit dem Jahr 1990 veröffentlichten Bericht der Vereinten Nationen, der verschiedene statistische Daten wie z.B. das Bruttoinlandsprodukt, die Lebenserwartung, den Bildungsgrad, die politischen Partizipationsmöglichkeiten, die technologische Entwicklung in mehreren Staaten vergleicht. Siehe United Nations Development Programme, kein Datum.

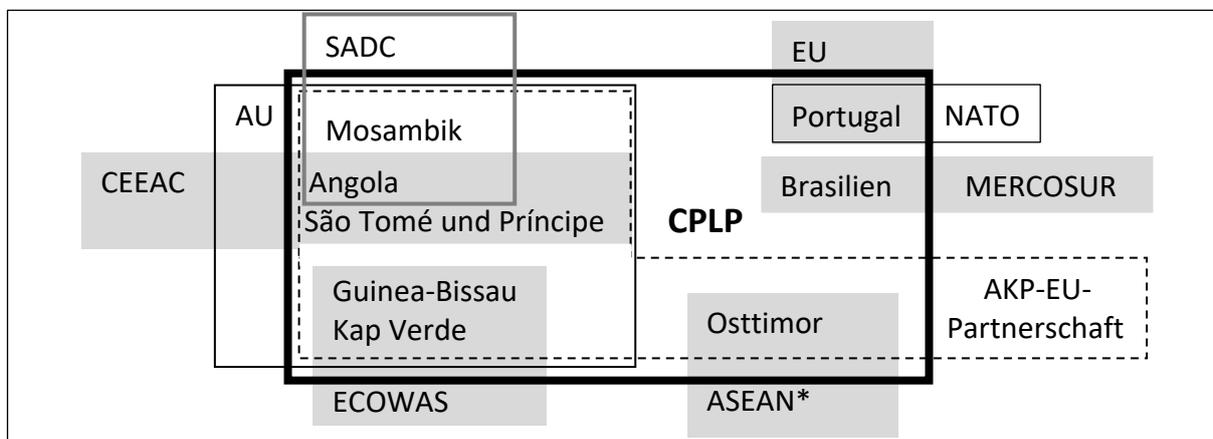
infolgedessen auf unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten, verdeutlichen in der Gegenwart einige Institutionen wie die *Organisation Internationale de la Francophonie* (OIF), *Organización de Estados Iberoamericanos* (OEI), *The Commonwealth of Nations* und nicht zuletzt die *Nederlandse Taalunie* (Niederländische Sprachunion). Diese Institutionen agieren in verschiedenen Bereichen in dem internationalen System und bilden einen Art Subsystem der internationalen Beziehungen. Zu diesen Institutionen gehört ebenfalls die CPLP, die wenige Jahre nach dem Ende der Kolonialpräsenz Portugals in Asien und Afrika gegründet wurde. Die späte Gründung dieser Organisation spiegelt sowohl die lange Kolonialgeschichte Portugals als auch die innenpolitische Entwicklung dieser Länder wider. Der Entkolonialisierungsprozess der portugiesischen überseeischen Territorien hat erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stattgefunden. Auch die Beziehungen Brasiliens zu den frisch gegründeten afrikanischen Staaten mit der Amtssprache Portugiesisch (PALOP, Abk. auf Portugiesisch) waren seit Langem eingefroren. Zweifellos war das Ende der portugiesischen Kolonialzeit in Afrika und Asien ein wichtiger Meilenstein, der die Beziehungen dieser Staaten untereinander neu geordnet hat. In dieser Zeit stellte sich die Frage, wie Portugal seine Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien gestalten sollte. Nach Jahrhunderten u.a. politische, wirtschaftliche, kulturelle Einflüsse in Teils Afrikas, wie sollte die verschiedenen Akteure damit umgehen? Die Verflechtungen Portugal zu den ehemaligen Kolonien in Afrika und in Asien verschwand nicht mit dem Ende der Kolonialzeit und viele Interessen von verschiedenen Gruppen bestanden nach wie vor. Weiterhin stand noch offen welche Rolle Brasilien innerhalb der PSS spielen könnte und wollte. Als wichtigstes wirtschaftliches Land innerhalb der PSS konnte Brasilien die Führungsrolle für sich beanspruchen.

Die Demokratisierung in Portugal ermöglichte ein Umschwenken auf eine neue Außenpolitik, die die Rolle des Landes innerhalb der internationalen Gemeinschaft veränderte. Der Weg aber bis zur Gründung der CPLP war durch die politische Lage in den PALOP und in Brasilien während der 1970er und 1980er Jahre beeinträchtigt. Dies änderte sich durch die Demokratisierung in Portugal. Die politischen Reformen in Brasilien ab den 1970er Jahren und in den PALOP ab den 1980er Jahren haben eine engere Zusammenarbeit ermöglicht. Auch die langjährige Erneuerung der brasilianischen Außenpolitik, die sich erst ab den 1960er Jahren wieder zunehmend mit den Beziehungen zu Afrika befasste, hat dazu geführt, dass sich das Land immer mehr für die PALOP interessierte. Sowohl die Unabhängigkeitsverfahren im Fall der afrikanischen Kolonien wie auch die späteren politischen Ereignisse in den PSS geschahen in dem Zeitraum zwischen den 1960er und 1990er Jahren und zeigen Parallelitäten, die vermuten lassen, dass die kulturelle Nähe die gegenseitigen Einflüsse gefördert hat.

Die gegenwärtigen diplomatischen Beziehungen der PSS sind vielmehr durch innere aktuelle Entwicklungen sowie die internationale Lage geprägt. Genauer gesagt, die Verflechtungen der PSS sind durch eine hohe Dosis „Pragmatismus“ gekennzeichnet und werden der Süd-Süd Kooperation zugeordnet. Die Blickrichtung ist eindeutig nach vorn gerichtet, die traumatischen Erlebnisse der Vergangenheit und deren Folgen werden nicht aufgearbeitet und spielen keine Rolle. Die Aufgabe der CPLP besteht darin, die Zusammenarbeit der ihr angehörenden Länder zu fördern. Allerdings ist die Organisation seit ihrer Entstehung mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, die sich auf ihre Kooperationsmöglichkeiten auswirken. Das Konzept der CPLP entspricht keiner einheitlichen Wirtschaftsintegration, da alle beteiligten Staaten bereits unterschiedlichsten Wirtschaftsgemeinschaften angehören. Die zentrale Frage drängt sich auf, wie sie kooperieren sollen. Sogar die Freizügigkeit innerhalb

ihrer Mitgliedstaaten ist schwer zu fördern, da Portugal als EU-Mitglied für ein solches Thema nicht mehr allein zuständig ist. In diesem Kontext wird deutlich, dass die außenpolitischen Ziele der PSS lange Zeit nicht auf ihre gegenseitigen Partnerschaften ausgelegt, sondern auf andere Beziehungen fokussiert waren, was das folgende Diagramm verdeutlicht. Dafür hat ihre geschichtliche Entwicklung sowohl unter der portugiesischen Herrschaft als auch nach ihrer Unabhängigkeit und selbstverständlich ihre geografische Lage eine entscheidende Rolle gespielt, da sie keine gemeinsamen Grenzen besitzen.

Diagramm 1.1.A Bedeutendste regionale Mitgliedschaften der PSS



* Osttimor hat seine Mitgliedschaft in den ASEAN im Jahr 2011 beantragt. Siehe Neves, 2017.

Das Verständnis der heutigen Beziehungen der PSS ist unmissverständlich von der gemeinsamen Vergangenheit sowie dem Unabhängigkeitsverlauf geprägt. Die Entwicklung bis zur Gründung der PSS hat ihren Ursprung bereits im 15. Jahrhundert, und zwar mit Beginn der portugiesischen Welterkundung. Portugal wurde in den kommenden Jahrhunderten zu einer der wichtigsten europäischen Kolonialmächte und hat dadurch als Vorreiter entscheidend zu der europäischen Welteroberung beigetragen. In diesem Zusammenhang bedeutet dies die Verbreitung der europäischen Sprachen, Christianisierung, Lebensarten, Rechtswesen und Rechtstaatlichkeit u.a., aber auch gleichzeitig Konflikte mit den einheimischen Bevölkerungen. Die portugiesischen Eroberungsaktivitäten können nur in Verbindung mit europäischen

Ereignissen verstanden werden, da sie sich gegenseitig beeinflusst haben. Die Kolonialgeschichte Portugals wurde nicht nur durch innere Geschehnisse bestimmt, sondern ist durch europäische Auseinandersetzungen um die Weltherrschaft geprägt. Über unterschiedlich lange Zeiträume und in verschiedenen Intensitäten musste Portugal seine damaligen Kolonien besonders gegen Spanien, die Niederlande, Frankreich, England und Jahrhunderte später auch gegen das Deutsche Reich⁴ verteidigen. Diese Machtspiele wurden nicht immer zugunsten Portugals entschieden. Trotz massiver Verluste gegen seine Rivalen hinsichtlich der Kolonialgebiete konnte Portugal sowohl riesige Territorien außerhalb Europas besetzen als auch über vier Jahrhunderte Kolonialbesitzer sein⁵. Damit wurde nicht nur die portugiesische Sprache in der Welt verbreitet, sondern eine bis heute bestehende und gleichzeitig sehr vielfältige portugiesischsprachige „Welt“ geschaffen. Die Kolonialzeit hat nicht nur Mutterland und Kolonien vernetzt, sondern während dieser Zeit wurden auch zahlreiche Verflechtungen zwischen vielen Regionen auf der ganzen Welt geschmiedet. Diese Tatsache verdeutlichen vor allem die weltweiten Handelsgeschäfte, aber auch die unterschiedlichen Einflüsse ehemaliger Mutterländer auf die ehemaligen Kolonien unterstreichen dies. Das Erbe der Kolonialzeit ist nicht nur durch kulturelle Verflechtungen geprägt und erkennbar, sondern auch dadurch, wie sich heute die betroffenen Staaten gegenseitig verhalten.

Die Kolonialgeschichte ist entscheidend, um heutige Verflechtungen besser verstehen zu können. Auch die sehr komplizierten Verknüpfungen mit weltweiten Geschehen sind von

⁴ Das Deutsche Reich bestand von 1871 bis 1918.

⁵ Der erste Kolonialbesitz Portugals war in Nordafrika bzw. Ceuta im Jahr 1415. Im Jahr 1580 verlor Portugal das Gebiet an Spanien.

wesentlichem Interesse, da sie innenpolitische Entscheidungen immer wieder beeinflusst haben. Vor allem europäische Abläufe und später Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika haben das Schicksal sowohl in Portugal als auch in den Kolonien entscheidend beeinflusst. In diesem Zusammenhang muss beleuchtet werden, wie die damaligen Kolonien ihre Beziehungen untereinander sowie gegenüber dem Mutterland geführt und auch zu andere Staaten ausgerichtet haben. Wenngleich immer wieder betont wird, dass Portugal entweder distanziert oder sogar desinteressiert an den europäischen inneren Konflikten war und infolgedessen sich nicht in die Auseinandersetzungen einmischen wollte, beweist eine genaue Analyse seiner geschichtlichen Entwicklung das Gegenteil. In Europa wurde das Interesse Portugals hinsichtlich der regionalen Querelen erst geweckt, als diese das Kolonialreich bedrohten. Der europäische Wettlauf um die Herrschaft über Territorien in Asien, Afrika und Amerika ist ein zentrales Thema der Weltgeschichte bis zum Ersten Weltkrieg. Die portugiesische Außenpolitik war bestrebt, die Kolonien zu schützen, nicht nur weil sie wirtschaftliche Vorteile mit sich brachten, sondern da diese Besitzungen oftmals die politische Behauptung Lissabons gegenüber seinen europäischen Partnern ermöglichte. Die Existenz Portugals als souveräner Staat ist darauf zurückzuführen. Trotzdem, und abgesehen von seiner zentralen Rolle als Entdecker, hat Portugal überwiegend eine Nebenrolle in der innereuropäischen Geschichte gespielt. Umgekehrt aber nehmen die europäischen Geschehen für Portugal und seine Kolonien eine entscheidende Rolle ein.

Obwohl jahrhundertlang nur als Nebenakteur angesehen, spielen die PSS aus der heutigen Perspektive innerhalb der internationalen Gemeinschaft eine zunehmend wichtigere Rolle. Dies wird jedoch weltweit kaum wahrgenommen, abgesehen von der Rolle Brasiliens. Besonders während des 20. Jahrhunderts wurden die PSS wesentliche Partner in bestimmten

Bereichen wie z.B. Agrarproduktion, Erze und Metalle, Erdöllieferung und auch im Hinblick auf die internationale Sicherheit. Es gab aber lange Zeit keine Initiative, um ihr gemeinsames Interesse zu erörtern und Potenziale zu fördern. Wenngleich sie nicht eine starke und spürbare Allianz aufgebaut haben, war eine bestimmte politische Solidarität zwischen Brasilien und Portugal bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich erkennbar. Diesbezüglich waren weder die asiatischen noch die afrikanischen portugiesischen Besatzungen eingebunden. Diese Situation lässt sich verstehen, wenn die portugiesische und brasilianische Außenpolitik ab dem Jahr 1825 bis zu den 1970er Jahren analysiert wird.

Die Forschung über die gegenwärtigen Beziehungen der PSS setzt ohne Frage eine tiefe Vorkenntnis über die Entwicklung ihrer gemeinsamen Geschichte voraus. Diese Vorkenntnis hilft selbstverständlich, die heutigen vielfältigen Verbindungen besser zu verstehen, ihre gegenwärtigen Beziehungen zu schätzen und letztendlich künftige Entwicklung zu prognostizieren. In diesem Zusammenhang sind verschiedene Themen wie z.B. Kolonialismus, politische Dekolonisierungsprozesses bzw. Unabhängigkeitskampf, Süd-Süd Kooperation sowie kulturelle, politische und wirtschaftliche Verflechtungen zentrale Begriffe.

Die Analyse der gegenwärtigen Beziehungen der PSS untereinander soll insbesondere unter Berücksichtigung verschiedener Geschehnisse des 19. und 20. Jahrhunderts durchgeführt werden. Im 19. Jahrhundert haben sich die innereuropäischen Abläufe wie z.B. der Napoleonische Krieg, der Wiener Kongress und die Entstehung einer europäischen „Besatzungspolitik“ für Afrika entscheidend auf die portugiesische Kolonialgeschichte ausgewirkt und die Beziehungen zu Brasilien stark beeinflusst. Für das 20. Jahrhundert sind vor allem der Erste Weltkrieg und die neue Rolle Europas nach Ende des Zweiten Weltkrieges die zweifellos ausschlaggebenden Ereignisse für die diplomatische Geschichte Portugals und

Brasiliens. Sowohl die portugiesische als auch die brasilianische Außenpolitik wurde aufgrund der neuen Konstellation der internationalen Lage nach 1945 intensiv herausgefordert. In diesem Zusammenhang waren insbesondere die Entkolonialisierung Afrikas bzw. die Unabhängigkeitskämpfe der portugiesischen Kolonien die zentralen Themen ihrer bilateralen Beziehungen. Dies fand unter einem schweren politischen Kontext sowohl in Portugal als auch in Brasilien statt, wo diktatorische Systeme die Außenpolitik bestimmten. Außerdem haben drei Ereignisse eine völlig neue Entwicklung der Beziehungen der PSS herausgefordert: der Aufstieg Amerikas als führender Staat der kapitalistischen Welt, der Status der damaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) als führender Staat der kommunistischen Welt und letztendlich der zunehmende Einfluss der Volksrepublik China auf die PALOP. Die Entstehung einer unabhängigen Außenpolitik Brasiliens ab den 1960er Jahren hat auch die Rolle des Landes auf internationaler Ebene neu bestimmt und seine Haltung gegenüber Portugal und später Afrika entscheidend geändert. Letztendlich hat die veränderte, internationale Lage nach 1993 mit Beendigung des Kalten Krieges unmittelbaren Einfluss auf die Außenpolitik aller PSS genommen.

Die nach den Jahren 1974 und 1975 gegründeten PALOP haben sich schnell im internationalen System eingegliedert. Ihre Teilnahme an den internationalen Beziehungen stand unmissverständlich unter dem Einfluss der portugiesischen Kolonialzeit. Die PALOP mussten ihre Außenpolitik formulieren und es lag die Vermutung nahe, dass Portugal und Brasilien darin einen besonderen Platz einnehmen sollten. Selbstverständlich warfen die zwischenstaatlichen Verflechtungen mit dem ehemaligen Mutterland zwangsläufig verschiedene Fragen auf. Portugal hatte nach wie vor intensive wirtschaftliche unterschiedliche Interessen an der Region und war seinerseits herausgefordert, eine

Afrikapolitik aufzubauen, in der die PALOP selbstverständlich einen hervorgehobenen Platz einnehmen sollte. Das Ende der Kolonialverbindungen sollte das Ende der vielfältigen portugiesischen Verflechtungen und Einflüsse auf die PALOP nicht bedeuten. Diese musste aber europäische Faktoren sowie den Nordatlantikpakt bzw. die NATO berücksichtigen. Auch die brasilianische Regierung war daran interessiert, Einflüsse auf Afrika zu gewinnen. Infolgedessen sollte eine engere Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten gefördert werden, in der die PALOP dabei eine vordergründige Rolle spielen sollten.

Dabei drängte sich die Frage auf, wie sich eine Allianz der PSS in einer so komplizierten, wie oben dargestellten Welt, präsentieren soll? Was will man mit einer solchen Allianz bezwecken? In den letzten Jahrzehnten versuchen die PSS zunehmend, sich diplomatisch zu nähern. In dieser neuen Phase sind zwar alle PSS politisch gleichgestellt, aber in den wirtschaftlichen Bereichen bestehen erhebliche Unterschiede. Besonders ist in dieser Ländergruppe zu beobachten, dass das ehemalige Mutterland Portugal innerhalb der aktuellen Weltmachtverhältnisse keine zentrale Rolle mehr spielt. Auch die ehemaligen Kolonien Portugals haben lediglich einen sehr begrenzten Einfluss auf das Weltgeschehen. Der oftmals durch die Medien propagierte Aufstieg Brasiliens zu einer Weltmacht kann durch die Betrachtung seiner Rolle innerhalb der PSS bewertet werden, ob das Land tatsächlich diese vermeintliche Stärke und Bedeutung hat.

Die Gründung der CPLP im Jahr 1996 fand in einer weltweit neuen politischen Konstellation statt. Bis dahin war eine langwierige Wandlung innerhalb der PSS zu verzeichnen. Die 1980er und 1990er Jahre waren zwar eine Zeit von bedeutenden Ereignissen für die Kooperationsbemühungen dieser Staaten untereinander, aber ihre regionalen Beziehungen standen im Vordergrund. Ein bezeichnender Schritt war der Beitritt Portugals zu der

damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG, 1986), der die Rolle des Landes bezüglich der EG-Mitgliedstaaten und den PSS zwangsläufig neu definiert hat. Auch Brasilien suchte in den 1990er Jahren eine regionale Allianz und ist einer der Gründer der Mercosur. Angola und Mosambik litten zu dieser Zeit noch immer unter den Bürgerkriegen und suchten gleichzeitig einen neuen Zusammenschluss, der zu ihrer sozioökonomischen Entwicklung beitragen konnte. Beide Staaten sind Gründungsmitglieder der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC). Schon Kap Verde und Guinea-Bissau sind Mitglieder der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS). Diese regionalen Verflechtungen stellen klar, dass die Förderung enger Kooperationen der Mitglieder der CPLP ihre Pflichten gegenüber regionalen Vereinbarungen beachten müssen. Der Aufbau der engen PSS-Beziehungen untereinander erweist sich als sehr komplex und eine vollständige Behandlung aller Thematiken ist nicht möglich. Der Mittelpunkt dieser Arbeit konzentriert sich auf ihre politischen Beziehungen.

1.2 Zentrale Begriffe

Diese Forschungsarbeit über die Beziehungen der PSS untereinander hat zum Ziel, ihren Verlauf darzustellen, ihre Basis zu eruieren sowie ihren Stand bis zur Gründung der CPLP zu analysieren. Der enge Austausch der PSS untereinander erstreckt sich über mehrere Jahrhunderte und wurde durch verschiedene weltweite Entwicklungen geprägt. Ihre diplomatischen Beziehungen mit- und untereinander fingen zwar erst an, als die Kolonien als souveräne Staaten gegründet wurden, sie sind allerdings bis heute durch die Kolonialzeit geprägt. Ihre Verbundenheit zeigt sich durch vielfältige kulturelle Verbindungen und nach der Theorie von Samuel Huntington gehören sie eindeutig zu einem Kulturkreise. Es liegt nahe, dass diese Staaten aufgrund ihrer gemeinsamen Vergangenheit engere sowie intensivere

Beziehungen führen als im Vergleich mit historisch nicht verbundenen Drittstaaten. Die Betrachtung der Kolonialzeit spielt daher eine zentrale Rolle, um die heutigen Beziehungen der PSS untereinander genauer analysieren zu können. Infolgedessen sind alle Begriffe um das Wort „Kolonie“ herum und ihre unterschiedlichen Varianten von besonderem Interesse. Die europäische Kolonisierung, die von der Neuzeit bis zur Zeitgeschichte dauerte, hat sich zu einer der prägendsten Auseinandersetzungen der Weltgeschichte entwickelt, in der es nicht nur um die Herrschaft über riesige Territorien auf allen Kontinenten ging, sondern auch um den politischen und wirtschaftlichen Einfluss, also um die Vormachtstellung. Im Laufe von mehreren Jahrhunderten konnten sich einige europäische Staaten durchsetzen und entscheidend die Besetzung von Kolonialgebieten zu ihren Gunsten mehr oder weniger steuern. In diesem Wettlauf war Portugal unmittelbar tief engagiert, mit dem die portugiesische Geschichte bzw. Kolonialgeschichte untrennbar verbunden ist. Diese Entwicklung prägt bis heute das internationale System, da sie die Machtverteilung sowie die Machtgewicht der Staaten zwischen ehemaligen Mutterländer und ehemaligen Kolonien mit wenigen Ausnahmen widerspiegelt.

Die weltweite Kolonisierung ist kein homogenes Phänomen, da jede Region, jede Kolonie sowie das jeweilige Mutterland unterschiedlich geprägt sind. Der Verlauf der Kolonisierung ist sehr wechselhaft und konfliktreich sowie durch das ständige Auf- und Absteigen verschiedener europäischer Staaten als jeweilige führende Kolonialmacht gekennzeichnet. Dies spiegelte exakt die weltweite portugiesische Präsenz wider, die je nach Jahrhundert auf bestimmte Regionen konzentriert war, was sich insbesondere durch den europäischen Wettlauf erklären lässt. Diese Abläufe werden auch im Fokus dieser Arbeit stehen. Die Kolonisierung selbst kann durch verschiedene Blickwinkel betrachtet werden. Wenngleich das

Thema selbst nicht die Forschungsaufgabe dieser wissenschaftlichen Arbeit ist, so spielt sie fraglos eine Schlüsselrolle, um die Spezifika jedes von Portugal kolonisierten Landes sowie deren Auswirkungen bis in die heutige Zeit zu analysieren. Zudem sind die zusätzlichen Folgen der Kolonialzeit wie der Menschenhandel, die Sklaverei, die Zwangsarbeit sowie die Bekämpfung dieser Praktiken zentrale Begriffe der gemeinsamen Geschichte der PSS.

Die Kolonisierung in ihren verschiedenen Intensitäten hat zwangsläufig und gleichzeitig zu Verflechtungen und Kontakten unterschiedlicher Völker geführt. Je nach Region beanspruchten die europäischen Kolonialmächte die vollständige wirtschaftliche, kulturelle und soziale Herrschaft. Parallel dazu erfolgten die stärksten Migrationsströme aller Zeiten, als sich verschiedene europäische Völker überall auf der Welt angesiedelt haben und dadurch deren kultureller Einfluss verankert wurde. Die lokalen Völker bzw. die Kolonisierten haben dagegen in unterschiedlichster Art und Weise Widerstand geleistet. Nach der Definition von Jürgen Osterhammel bedeutet Kolonialismus:

„eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen“ (Osterhammel, 1995, S. 21)

Im Allgemeinen unterscheiden sich die europäischen Fremdherrschaften über andere Regionen der Welt voneinander nicht, was aber gleichzeitig nicht bedeutet, dass die Kolonialstrategien homogen waren. Im Falle Portugals ist die Kolonialgeschichte durch sehr spezifische Merkmale geprägt.

Die Abspaltungen innerhalb des portugiesischen Kolonialreiches und die Bildung neuer Nationalstaaten muss sorgfältig dargestellt werden, da diese Entwicklung in unterschiedlicher Zeitfolge stattgefunden hat und auch dauerhafte Auswirkungen auf ihre Beziehungen untereinander mit sich brachte. Zentrale Begriffe in diesem Kontext sind Unabhängigkeitskampf und Entkolonialisierung. Dabei spielt nicht nur die Situation jeder einzelnen Kolonie, sondern auch die internationale politische Lage eine zentrale Rolle. Dies bezieht sich insbesondere auf Südamerika und Afrika, wo die Besatzung der Portugiesen am längsten dauerte. Die Kämpfe um die politische Souveränität in Südamerika und Afrika fanden unter sehr unterschiedlichen historischen Bedingungen statt. Während die Unabhängigkeit Brasiliens noch in der Neuzeit stattfand, geschah diese in Afrika in der Zeitgeschichte unter dem Entkolonialisierungsverfahren des 20. Jahrhunderts, was tiefgreifende Folgen auf ihre Entwicklung und den Aufbau ihrer Staatsapparate hatte. Der Begriff „Selbstbestimmungsrecht“ spielte für die Afrikaner eine völlig andere Rolle als für den brasilianischen Unabhängigkeitskampf, und in diesem Falle war die internationale Lage ausschlaggebend, was im Lauf dieser Forschungsarbeit verdeutlicht wird.

Nicht zuletzt stehen die innenpolitischen Interessen sowie die Geschehensabläufe zunächst in Portugal und später in Brasilien im Vordergrund, da sie eine zentrale Säule bilden, um die Entwicklung ihrer Beziehungen zueinander verstehen zu können. Dies ist auch wesentlich, um den Aufbau der Beziehungen Portugals und Brasiliens zu den fünf entstanden Staaten in Afrika erklären zu können, bei denen Portugal bis 1975 tonangebend war. In diesem Kontext ist es wichtig, die gegenseitige Außenpolitik Brasiliens und Portugals zu bewerten und insbesondere innerhalb dieser die Stellung der portugiesischen Kolonien zu betrachten. Dieser Blickwinkel verlangt die Rollen Brasiliens und Portugals im entstandenen internationalen System,

insbesondere nach dem Wiener Kongress und dem Zweiten Weltkrieg, zu berücksichtigen. Diese beiden Ereignisse waren extrem wichtig, um die spätere Etablierung diplomatischer Beziehungen mit den frisch von Portugal unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten zu begreifen. Zuletzt steht im Fokus, ob die kulturellen Hintergründe in der Tat eine entscheidende Rolle für die Beziehungen der PSS untereinander haben oder bedeutet die Annäherung dieser Staaten während der 1980er Jahre, die zur Gründung der CPLP führte, eine neue Form von Kolonialismus Portugals und Brasiliens gegenüber den PALOP bzw. Neokolonialismus?

1.3 Die Gliederung der Arbeit

Auf die Einleitung folgend wird zunächst ein Überblick über das Forschungsobjekt bzw. die Ländergruppe der PSS gegeben, mit dem Ziel, die Auswahl des Themas zu erklären. Das politikwissenschaftliche Interesse ist auf die Entwicklung und den Aufbau der diplomatischen Beziehungen der PSS untereinander bis zur Gründung der Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Staaten gerichtet. Dazu spielen ihre gemeinsame Geschichte und insbesondere die politische Entwicklung eine zentrale Rolle. Die jeweilige Außenpolitik der untersuchten Staaten steht dabei im Fokus, da in dieser der Stellenwert ihrer gegenseitigen Beziehungen zu finden ist. Der chronologische Aufbau der Arbeit verfolgt das Ziel, die entscheidenden Fakten der Kolonialzeit sowie der diplomatischen Beziehungen hervorzuheben. Möglichst ausführlich werden sie betrachtet, um die Gestaltung der Partnerschaft der PSS untereinander zu analysieren.

Der Titel dieser Arbeit wirft die Frage auf, ob die gemeinsame vielfältige Geschichte der PSS auch zu engeren Beziehungen untereinander führt, was bedeutet, dass diese Staaten auch immer intensiver zusammenarbeiten und auf der internationalen Bühne koordiniert

aufzutreten. Das Ziel dabei ist zu analysieren, ob die kulturellen sowie geschichtlichen Gemeinsamkeiten bei der Formulierung ihrer jeweiligen Außenpolitik eine entscheidende Rolle spielten und spielen. Dafür wird das Buch von Samuel P. Huntington „Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“ als Basis herangezogen, da nach dem Autor kulturelle Gemeinsamkeiten eine entscheidende Rolle in den internationalen Beziehungen der kommenden Jahre spielen. Mit den Argumenten und der daraus folgenden Theorie beschäftigt sich das zweite Kapitel und stellt die Gründe und Fakten zusammen, die die Rolle von Kulturkreisen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen haben. Im Laufe der Arbeit wird das gegenseitige Verhalten der PSS in verschiedenen Jahrhunderten beleuchtet, um feststellen zu können, ob die Theorie von Samuel P. Huntington auch für die Beziehungen der PSS untereinander angewendet werden kann.

Die innenpolitische Entwicklung jedes der PSS ist von besonderem Interesse, um herauszufinden, wie sich ihre gegenseitigen Verflechtungen darstellten und deren Auswirkungen auf ihre Verbundenheit. Dazu ist es erforderlich, die portugiesische Expansionspolitik ständig im Auge zu behalten und deren Gründe zu erläutern. Der Einstieg des iberischen Königreichs als Kolonialmacht sowie seine Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien ziehen sich wie ein roter Faden durch die gesamte Arbeit. Der geschichtliche Verlauf war durch unzählige Auseinandersetzungen geprägt. Die daraus entstandenen Konflikte mit anderen europäischen Staaten, die ebenfalls die Vorherrschaft über verschiedene Regionen der Welt anstrebten, werden ausführlich thematisiert, da diese direkte Einflüsse auf die Gestaltung des portugiesischen Kolonialreichs und die später daraus hervorgegangenen autarken Länder hatten. Diese Auseinandersetzungen mit anderen europäischen Mächten nahmen in unterschiedlicher Art und Weise auf das gesamte portugiesische Reich mehr oder

weniger Einfluss und wirkten sich selbstverständlich auch auf die innenpolitische Lage aus. Nicht zufällig hat die portugiesische Europapolitik einen zentralen Platz in der Forschung, da man verschiedene Antworten auf die jeweiligen Entscheidungsprozesse Lissabons findet. Es ist in dieser Politik begründet, wie z.B. dieser kleine, überwiegend mittellose Staat mit einer geringen Bevölkerung eine weltweit geprägte Gemeinschaft aufbauen und schützen konnte. Oftmals konnte sich Portugal gegen mächtige Interessen anderer europäischer Staaten durchsetzen und dies war teilweise aufgrund der Kolonialgebiete möglich, aber auch dank einer geschickten europäischen Allianzpolitik. Mit diesen Punkten beschäftigt sich das dritte Kapitel, um grundlegende Schritte einer portugiesisch geprägten weltweiten Gemeinschaft darzustellen.

Die Konsolidierung sowie die Bedrohung des portugiesischen Kolonialimperiums bilden das Thema des vierten Kapitels. Im Vordergrund steht die Rolle der Napoleonischen Kriege für die Entscheidungen Lissabons bezüglich der außenpolitischen Strategie. Diese löste letztendlich einen neuen innenpolitischen Kurs innerhalb des gesamten portugiesischen Kolonialreichs aus. Es geschah genau in dieser Zeit, dass das Entscheidungszentrum nach Brasilien verlagert wurde. Diese Machtverlagerung hat tiefgreifende Bedeutungen, erstes um das Fortbestehen des portugiesischen Kolonialreichs und zweitens um die neu entstandene innenpolitische Dynamik zu verstehen. Daraus resultiert die Abspaltung des südamerikanischen Gebietes und markierte die Entstehung der portugiesischsprachigen Staatengemeinschaft. Die Folgen dieser Entwicklung sind von besonderem Interesse, um die Basis der bilateralen Beziehungen und deren Intensität beider Staaten zu analysieren. Der Fokus wird nun auch auf die portugiesische Kolonialpolitik insbesondere im Hinblick auf Afrika gesetzt. Zuletzt erläutern

die ersten Schritte des frühen 19. Jahrhunderts die gegenseitige Haltung Portugals und Brasiliens für die kommenden Jahre.

Neuer innenpolitischer Wandel, der ab dem Ende des 19. Jahrhunderts begann und sich stark auf die Außenpolitik sowie die bilateralen Beziehungen beider Staaten auswirkte, ist Gegenstand des Kapitels fünf. Die Partnerschaft hat seitdem und insbesondere während des 20. Jahrhunderts neue Dimensionen gewonnen, die auf bestimmte Ereignisse zuerst in Europa und später in Afrika zurückzuführen sind. Unter dem Blickwinkel der neuen Architektur des internationalen zwischenstaatlichen Dialogs nach 1945 werden die bilateralen Beziehungen Brasiliens und Portugals analysiert. Die innenpolitische Entwicklung innerhalb beider Staaten führte die Länder teilweise auf unterschiedliche Seiten und zu immer stärkerer außenpolitischer Entfremdung. Die zentrale Frage drehte sich um den weltweiten Entkolonialisierungsprozess, der Lissabon und Brasilia zunehmend beschäftigt hat. Vor allem die brasilianische und portugiesische Haltung bezüglich der Entwicklung des internationalen Geschehens stehen im Vordergrund, da beide sehr unterschiedliche Sichtweisen diesbezüglich hatten.

Der politische Kampf der portugiesischen Überseegebiete in Afrika ist das zentrale Thema des Kapitels sechs. Die Haltung Portugals hinsichtlich der Entkolonialisierungsfrage ist entscheidend dafür, um die entstandene Dynamik in den Kolonien und deren Folgen für die bilaterale Beziehung zu Brasilien zu verstehen. Diese Problematik in Portugal erweckte in Brasilien große Aufmerksamkeit und fand einen zentralen Platz in der Außenpolitik. Hierbei stehen die Gründe Brasiliens im Fokus, sich für oder gegen Portugal zu stellen und welche Folgen diese Haltung auslöste. Die Arbeit hebt hervor, wie eng die diplomatischen Beziehungen beider atlantischer Staaten waren und die realistische Möglichkeit Brasiliens, auf

den politischen Kurs Portugals in der Kolonialfrage Einfluss zu nehmen. Die auf Portugal eingewirkten Kolonialkonflikte stellten Brasilien vor ungemeine Herausforderungen. Hier ist die Frage entscheidend, welche Rolle Afrika in der brasilianischen Außenpolitik spielte? Die Revision der brasilianischen Portugalpolitik ermöglichte erstmals die Erarbeitung einer Strategie gegenüber Afrika. In dieser Hinsicht sind die Lösung der Kolonialfrage und der politische Wandel der brasilianischen Außenpolitik, die allmählich eine pragmatische Haltung annahm, von zentraler Bedeutung. Parallel führten unerwartete Ereignisse in Portugal zu einer zunehmenden Instabilität, die sich wiederum auf die Außenpolitik auswirkte. In den 1970er Jahren erlebte Portugal eine rasche politische Transformation, die das Land auf neue Wege brachte und das Schicksal der Kolonien änderte. Diese Entwicklung steht im Mittelpunkt der Analysen des siebten Kapitels.

Das achte Kapitel fokussiert sich auf den innenpolitischen Kurs aller PSS und die daraus resultierenden Folgen für ihre gegenseitigen Beziehungen. Es ist die mögliche Partnerschaft mit den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika, die eine zentrale Bedeutung in der brasilianischen und portugiesischen Außenpolitik einnimmt. Das Engagement beider Staaten, den Dialog mit den PALOP zu forcieren, steht dabei im Vordergrund. Es ist in diesem Kontext zu sehen, dass sich diese Staaten politisch und wirtschaftlich annäherten. Hinzu kommen verschiedene außen- sowie innenpolitische Ereignisse, die eine wichtige Rolle spielten. Nicht nur das Interesse Brasiliens und Portugals erklärt den Beziehungskurs zu den PALOP, sondern die sowjetische und amerikanische Strategie hinsichtlich des afrikanischen Kontinents muss ebenfalls stark eingebunden werden. Nun wird die Gründung der Gemeinschaft der PSS im Jahr 1996 thematisiert, die von allen hier betrachteten Problematiken betroffen ist. Die Vertragsgestaltung der CPLP spiegelt die Bedeutung, die Intensität sowie die Möglichkeiten

und nicht zuletzt die Grenzen ihrer Beziehungen untereinander wider. Die Analyse wirtschaftlicher Daten gewinnt an Bedeutung, um zu überprüfen, ob die vergangenen Verbindungen der PSS zu engeren Beziehungen führten.

1.4 Methode

Das Forschungsziel dieser Arbeit ist die Analyse, auf welcher Basis sich die Beziehungen der PSS untereinander entwickelt haben. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die entscheidenden geschichtlichen Ereignisse, die sich vor allem im Bereich der innenpolitischen Entwicklung, der bilateralen Beziehungen sowie der Außenpolitik der betroffenen Staaten ereignet haben. Die vielfältigen, noch aus der Kolonialzeit stammenden Verflechtungen dieser Länder bilden den Ausgangspunkt, um zu evaluieren, wie eng ihre Beziehungen einstmals waren und in welche Richtung sie sich entwickelt haben. Darüber hinaus werden geostrategische Elemente betrachtet, mit dem Ziel zu analysieren, wie regionale Bedingungen die gemeinsame Geschichte sowie die Beziehungen der PSS untereinander beeinflusst haben. Die Rollen externer internationaler Akteure wie z.B. Drittstaaten sowie Organisationen werden in die Beschreibung eingebunden, da sie immer wieder Einfluss auf die Entscheidungsprozesse sowie die geschichtliche Entwicklung der PSS hatten.

Weiterhin strebt die Forschungsarbeit an, die Außenpolitik der jeweiligen Staaten gegenüber den anderen PSS zu analysieren, um ihre Beweggründe für ihr jeweiliges Handeln herauszufinden. Dafür ist die Betrachtung verschiedener Themen unabdingbar, um die Interessenlage aller Akteure zu erörtern und die Intensität ihrer Beziehungen festzustellen. Diese Analyse soll das Verständnis dafür fördern, wie die Gründung einer Gemeinschaft der PSS – CPLP - zustande gekommen ist. Dabei ist zu betrachten, wann und wie diese zwischenstaatliche Organisation entstanden ist und vor welchen verbundenen

Herausforderungen sie stand. Darüber hinaus wird beleuchtet, inwieweit die PSS strategische Partnerschaften bilden und welche Vorteile eine derartige Organisation mit sich bringen kann. Ausgehend von diesen Überlegungen analysiert diese Arbeit die Beziehungen der PSS untereinander.

Die Forschung über die zwischenstaatlichen Beziehungen hat verschiedene Quellen bzw. bedient sich bei unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, um die Handlungen besser erklären zu können. Verschiedene Felder kommen infrage und für diese Arbeit spielen vor allem geschichtliche und wirtschaftliche Erkenntnisse eine zentrale Rolle. Es scheint selbstverständlich, dass die Geschichte eine der wesentlichen Säulen der Forschung der Internationalen Beziehungen darstellt. Zentral hier ist, welche Geschichte im Fokus steht: lediglich die, die in den staatlichen Akten nachzulesen ist oder eine noch umfassendere Betrachtung. In dieser Hinsicht ist diese Arbeit in der Tradition von José Honório Rodrigues, Fernand Braudel, Jean-Baptiste Duroselle, Pierre Renouvin u.a. zu sehen. Sie alle haben sich der Forschung der Internationalen Beziehungen gewidmet. Dafür griffen sie auf verschiedene Wissensbereiche zurück, um ihre Analysen möglichst genau begründen zu können. Im Falle des brasilianischen Historikers José Honório Rodrigues ist festzustellen, dass er in seiner Forschung stark auf die geschichtlichen Erkenntnisse setzte, um primär die brasilianische Außenpolitik sowie die Präsenz des Landes auf der internationalen Bühne zu analysieren.

1.5 Forschungsstand

Die Forschung über zwischenstaatliche Beziehungen hat eine lange Tradition und im Falle der PSS werden diese untereinander seit dem 19. Jahrhundert erforscht. Zuerst standen die bilateralen Verflechtungen zwischen Brasilien und Portugal ab 1822 bis in die 1970er Jahre allein im Fokus. Diese Situation änderte sich, als die afrikanischen Kolonien in den 1970er

Jahren souveräne Staaten wurden und ihre zwischenstaatlichen Beziehungen selbst in die Hand nehmen mussten. Im Jahr 2022 feiert Brasilien 200 Jahre Unabhängigkeit, während die PALOP im Jahr 2025 erst ihre 50 jährige politische Souveränität feiern dürfen. Allein diese Tatsache wirkt sich auf die gesamten sozialwissenschaftlichen Forschungen aus, was sich in der Fachliteratur deutlich widerspiegelt. Schnell stellt man fest, dass sich die akademischen Forschungen überwiegend auf die bilateralen Beziehungen zwischen Brasilien und Portugal konzentrieren.

Für diese Dissertation wurde eine breite Literaturquelle bemüht, die unmittelbar von ihrer eigenen Geschichte abhängt. In den Fällen Brasiliens und Portugals existieren vielfältige Publikationen und Studien, die sich nicht nur auf die portugiesische Sprache beschränken. Die verschiedenen Forschungsinstitute in beiden Staaten wie z.B. die Alexandre de Gusmão Stiftung, das portugiesische Institut für Internationale Beziehungen der Universität Nova de Lisboa, die Mario Soares Stiftung und das Institut für Internationale Beziehungen der Universität von Brasília stellen zahlreiche Publikationen zur Verfügung. In Deutschland ist das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) zu nennen, welches ein breites Angebot an Publikationen, vor allem über Brasilien und Portugal anbietet. Für die afrikanischen portugiesischsprachigen Staaten sind die Quellen vor allem in englischer Sprache zu finden. Studien in portugiesischer Sprache sind zwar vorhanden, aber in ihrer Vielfältigkeit eingeschränkt. Besonders über die eigene Geschichte der PALOP gibt es lediglich eine überschaubare Literatur. Studien- oder Forschungszentren in diesen Ländern, die über entsprechende Publikationen verfügen, sind ebenfalls kaum vorhanden. Die Webseite der „Casa Comum“ war eine der wenigen Quellen, die diverse Dokumente über die PALOP vorhält.

Um die heutigen Beziehungen der PSS untereinander zu analysieren, spielt die jeweilige Kolonialgeschichte bzw. Studien darüber eine zentrale Rolle. Dafür ist die Literaturquelle vielfältig und insbesondere bezüglich der portugiesischen Präsenz in Brasilien reichlich. Diese behandelt verschiedene Themen und von zentralem Interesse für diese Dissertation waren die politischen, wirtschaftlichen und sozialen sowie kulturellen Verflechtungen, die durch die Kolonisierung entstanden sind. Die innenpolitische Entwicklung jeder PSS spielt in diesem Kontext eine wichtige Rolle, um feststellen zu können, wie intensiv jedes dieser Länder miteinander in verschiedenen Bereichen verbunden ist. In diesem Zusammenhang stellen zwei Autoren die Geschichte Portugals und Brasiliens ausführlich vor. Einer ist Oliveira Marques und der andere Boris Fausto. Von Ersterem wurde sein Buch auf Deutsch unter dem Titel „Geschichte Portugals und des portugiesischen Weltreichs“ übersetzt und behandelt die Geschichte Portugals von der Gründung bis in die 1990er Jahre. Bei dem zweiten Autor handelt es sich um das Buch „História do Brasil“, das sich mit der Kolonialzeit und der Entwicklung Brasiliens als souveräner Staat auseinandersetzt. Beide Publikationen enthalten wesentliche und zahlreiche Informationen, um die vielfältige Entwicklung Brasiliens und Portugals während der Kolonialzeit gründlich zu verstehen. Weitere Veröffentlichungen über die Geschichte dieser beiden Staaten sind „Kleine Geschichte Brasiliens“ von Stefan Rinke und Frederik Schulze sowie „Geschichte Portugals“ von Walther L. Bernecker und Klaus Herbers. Die Geschichtsschreibung bzw. die sozialwissenschaftlichen Forschungen haben sowohl in Portugal als auch in Brasilien eine bestimmte Tradition und sie berücksichtigen zahlreiche Themen. Diese Feststellung gilt aber nicht für die portugiesischsprachigen Staaten in Afrika. Die Fachliteratur ist überwiegend in verschiedenen Fremdsprachen zu finden und selten sind einheimische Autoren engagiert. Hervorzuheben sind die Publikationen von Patrick Chabal, der sich mit der Geschichte der PALOP eingehend beschäftigt hat und beispielweise in seinem

Buch „A history of Postcolonial Lusophone Africa“ ein Bild der politischen Entwicklung vor und nach dem Ende der Kolonialzeit darstellt. Weiterhin befasst sich die Publikation von Solival Menezes „Mamma Angola: sociedade e economia de um pais nascente“ mit der wirtschaftlichen Entwicklung Angolas während des 20. Jahrhunderts und beleuchtet wichtige Ereignisse der angolanischen Geschichte. Die UNESCO brachte den Sammelband „General History of Africa“ während der 1980er Jahre heraus, der aus acht Bänden besteht und sich mit verschiedenen Aspekten rund um die Geschichte Afrikas beschäftigt. In den zahlreichen Kapiteln kann man über die Entwicklung vieler Regionen Afrikas vor und nach der Kolonialzeit sowie ihre vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen nachlesen. Die Autoren befassen sich weiterhin mit der Kolonisierung und den Unabhängigkeitskämpfen sowie deren Bedeutung für den Kontinent insgesamt.

Die portugiesische Expansionspolitik bildet ein eigenes Thema, um die heutigen Zusammenhänge sowie regionalen Aspekte jeder PSS sowie ihre eigenen Entwicklungen zu verstehen. Um die Forschungsfrage genauer beantworten zu können, nahm die Fachliteratur eine entscheidende Rolle ein. Damit befasst sich Malyn Newitt mit zwei Publikationen: „A history of Portuguese overseas expansion“ und „Portugal in European and world history“. Außerdem bietet Fernand Salentiny eine weitere Quelle an „Aufstieg und Fall des portugiesischen Imperiums“. Diese Publikationen fokussieren sich auf die Gründe der Expansionspolitik, die Strategien und die Herausforderungen Portugals als Kolonialmacht und erklären, warum sich das portugiesische Kerninteresse zuerst aus Asien nach Südamerika und später aus Südamerika nach Afrika verlagerte. Grundend auf diesen Erkenntnissen versteht man die Verflechtungen der ehemaligen Kolonialgebiete untereinander sowie ihre Verbindungen mit dem Mutterland. Hinsichtlich dieser Thematik ist die Forschung

überwiegend auf die Beziehungen Portugals zu den ehemaligen Kolonien und deutlich weniger auf die Verbindungen der ehemaligen Kolonien untereinander fokussiert. In diesem Fall bildet dies bezüglich der Beziehungen zwischen Brasilien und Angola eine Ausnahme und die verschiedenen Publikationen besonders von José Flávio Sombra Saraiva befassen sich mit den Beziehungen Brasiliens zu Afrika und speziell zu Angola. Hierzu ist „Angola e Brasil: nas rotas do Atlântico sul“ zu benennen.

Ein anderer wichtiger Aspekt für die vorliegende Forschungsarbeit war die innenpolitische Entwicklung Portugals während des 20. Jahrhunderts, die durch das jahrzehntelange diktatorische System geprägt war. Dieses Regime bestimmte die Außenpolitik des Landes und bevorzugte ausgewählte Länder und Organisationen als Alliierte. In diesem Kontext war zu eruieren, welchen Platz Brasilien und auch die PALOP einnahmen. Hinsichtlich dieser Frage befasst sich Ursula Prutsch in ihrem Buch „Iberische Diktaturen: Portugal unter Salazar, Spanien unter Franco“ spezifisch damit und schildert detailliert u.a. die innenpolitischen Situationen unter den Diktatoren. Interessant ist zu erfahren wie die Sicht Portugals zu dem Integrationsprozess in Europa war und wie das Land darauf reagiert hat. Zwei Quellen waren dafür hilfreich, die eine ist von Elsa Alípio „Salazar e a Europa: história da adesão à EFTA“ und die andere von Alice Cunha „Dossiê Adesão: história do alargamento da CEE a Portugal“. Beide berichten über den Beitritt Portugals in die EFTA und später in die EWG und beleuchten letztendlich indirekt, wie Portugal zu Brasilien und den PALOP stand.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die diplomatische Geschichte jedes einzelnen PSS. Noch einmal konzentriert sich die Fachliteratur auf Brasilien und Portugal. Im Fall Portugals beschäftigt sich das Buch „História diplomática de Portugal“ von Pedro Soares Martinez ausführlich mit den Herausforderungen und Strategien des Landes auf internationaler Ebene ab dem 12.

Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Fall Brasiliens bietet „História da política exterior do Brasil“ von Amado Luiz Cervo und Clodoaldo Bueno eine breite Übersicht über den Weg Brasiliens auf die internationale Bühne ab 1822 und die ersten Herausforderungen bis zu den 1990er Jahren. Beide Publikationen setzen sich mit der Rolle Brasiliens innerhalb des Königreichs Portugal während der Kolonialzeit sowie mit der Allianzpolitik beider Staaten nach 1822 auseinander. Die Analyse der Allianzpolitik Portugals und Brasiliens erlaubt zu begreifen, inwieweit sich diese Staaten nahe standen. In diesem Kontext war von großem Interesse, mehr über die Entkolonialisierungsverfahren der afrikanischen Kolonien sowohl bezüglich der portugiesischen Politik als auch der Positionierung Brasiliens zu erfahren. Die portugiesischen Kolonialkriege bilden ein besonderes Forschungsfeld, da sie verschiedene Auswirkungen auf das Mutterland, auf das Schicksal der Kolonien sowie auf die Beziehungen Brasiliens zu den anderen PSS hervorriefen. In dieser Hinsicht bietet das Buch von Al J. Venter: „Portugal’s guerrilla wars in Africa: Lisbon’s three wars in Angola, Mozambique and Portuguese Guinea 1961-74“ einen konkreten Abriss über die Konflikte in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau und die Strategie Portugals, da der Autor nicht nur darüber berichtet, sondern verschiedene Aktionen der Armee sowie Landkarten der betroffenen Regionen bebildert.

Um die Politik Brasiliens bezüglich der Entkolonialisierung der portugiesischen Kolonien zu analysieren, waren offizielle Dokumente die wichtigste Quelle. Dafür waren die Resolutionen der Vereinten Nationen bezüglich des Themas „Entkolonialisierung“ von besonderem Interesse. Die gegenseitige Haltung Portugals und Brasiliens innerhalb der Organisation wurde eruiert, um zu verstehen, wie beide Staaten in dieser Frage agierten. In diesem Falle war die Publikation „O Brasil nas Nações Unidas: 1946 – 2011“ eine sehr hilfreiche Quelle, in der verschiedene offizielle Reden brasilianischer Vertreter veröffentlicht und die Haltung des

Landes in der portugiesischen Kolonialfrage dargestellt wurde. Weiterhin spielte die Theorie des *Lusotropicalismus* eine wichtige Rolle, in der die portugiesische Regierung ihre Haltung bezüglich ihrer Präsenz in Afrika begründet und damit die Kolonisierung Brasiliens als Erfolg darstellt. In dieser Hinsicht stellt die Masterarbeit von Antonio Guillen „A descolonização da África e o lusotropicalismo: repercussões no Brasil e em Portugal“ eine spezifische Forschungsarbeit dar. Mit einer ausführlichen Darstellung der bilateralen Beziehungen zwischen Brasilien und Portugal befasst sich das Buch „Depois da caravelas: as relações entre Portugal e Brasil 1808-2000“ von Amado L. Cervo und José C. Magalhães.

Das Ende der portugiesischen Kolonialgeschichte und die Gründungen verschiedener portugiesischsprachiger Staaten in Afrika führten zu einer neuen Situation der Beziehungen der PSS untereinander. Hinsichtlich dieser neuen Konstellation war zu erforschen, wie diese Staaten damit umgegangen sind. Dazu gerieten erneut die innenpolitischen Entwicklungen sowie die Eruierung der gegenseitigen Interessen in den Fokus. Um mehr über die innenpolitische Entwicklung und die diplomatische Geschichte der PALOP zu erfahren, mussten verschiedene Publikationen studiert werden. Zu dieser Thematik befindet sich die Forschung in ihren Anfängen. Lediglich bezüglich Angola sind einige Publikationen zu finden. Eine davon ist „Angola: modern military history“ vom Autor Stephen Weigert, der über die verschiedenen Problematiken der angolanischen Bürgerkriege und die widersprüchlichen internationalen Interessen berichtet. Weiterhin findet man im „General History of Afrika“ Beiträge, die die zwischenstaatlichen Beziehungen afrikanischer Staaten behandeln. Einer davon ist „Africa and the socialist countries“ von Iba Der Thiam und weiteren Autoren, in dem sie die Gründe für die Allianzen mancher afrikanischer Staaten mit sozialistischen Ländern erklären, was im Falle der PALOP war. Um die Beziehungen der PSS untereinander nach 1975

intensiver zu betrachten, war sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Entwicklung von Interesse. Dafür waren die Daten der Zentralbanken Brasiliens und Portugals sowie von der UNCTAD hilfreich, die über die Handels- und Kapitalströme bzw. gegenseitigen Direktinvestitionen Auskunft geben. Zudem bereicherten weitere Artikel die Recherchen, wie z.B. „O despertar empresarial brasileiro para o mercado africano nas décadas de 1970 e 1990“, der sich auf die brasilianischen wirtschaftlichen Interessen in Afrika fokussiert.

Es erstaunt, dass die akademische Forschung über die Beziehungen der PSS untereinander lediglich über eine sehr überschaubare Literatur verfügt. In keiner der PSS ist eine Institution zu finden, die sich ausschließlich den Beziehungen der PSS untereinander als Forschungsobjekt widmet. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass das generelle Interesse brasilianischer Institutionen an Afrika und folglich an den portugiesischen Kolonien lange Zeit gering war, trotz der mannigfaltigen Verbindungen Brasiliens zu vielen afrikanischen Völkern. Dieses Bild scheint sich langsam zu ändern, da sich in jüngster Zeit mehrere Master- und Doktorarbeiten mit der Geschichte und den Beziehungen der PSS untereinander beschäftigen. Auch die Veröffentlichung des Buches „Dicionário temático da Lusofonia“, das erst Anfang des 21. Jahrhunderts erschien und eine Art Enzyklopädie über die acht PSS ist, zeigt einen neuen Trend. Auch die Gründung einer Universität in Brasilien im Jahr 2010 - Universidade da Integração Internacional da Lusofonia Afro-Brasileira (Unilab) – zeigt eine der staatlichen Maßnahmen und Bemühungen, um die Forschung sowie akademische Kooperationen der PSS zu fördern. Nicht zuletzt wurden Artikel von diversen Presseagenturen durchforstet, wie z.B. von der Deutschen Welle, Lusa, Radio France International, die bestimmte Ereignisse dokumentiert haben. Der Zugang zu diesen Quellen gestaltete sich unterschiedlich. Der traditionelle Besuch verschiedener Fachbibliotheken sowie die Fernleihe waren oft ein

gangbarer Weg. Verschiedene Artikel, elektronische Publikationen oder Studien stehen heutzutage auch im Internet zur Verfügung, was den Zugang zu weiteren Quelle spürbar vereinfachte.

2 Problemstellung und theoretische Forschungsfrage

Die Debatten um den Kurs der internationalen Beziehungen sind durch unterschiedliche Theorien geprägt, die aus verschiedenen und zum Teil konkurrierenden Konzepten, Modellen oder Paradigmen bestehen, die die Interaktionen der zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Akteure verstehen und erklären wollen (vgl. Schieder & Spindler, 2010, S. 9f.). Darüber hinaus dienen diese Theorien dazu, weiterhin künftige Tendenzen zu prognostizieren. Für dieses Vorgehen wird eine Reihe von Ereignissen beobachtet und berücksichtigt, die die Außenpolitik der Staaten und den Verlauf der internationalen Verflechtungen beeinflussen sowie verändern können. Die Frage, wie die Entscheidungsträger bzw. die Staaten ihr Handeln und ihre Strategien auf der internationalen Ebene formulieren und ausrichten, stellt eines der zentralen Forschungsobjekte der Politikwissenschaft über die zwischenstaatlichen Beziehungen sowie die Gestaltung und Durchführung einer Außenpolitik dar. Welche Faktoren die Staaten zu beachten haben, um ihre Interessen bestimmen zu können, wird mittels unterschiedlicher Theorien diskutiert, wie z.B. dem Realismus, der Englischen Schule, der Weltsystemtheorie und der Theorie des strukturellen Imperialismus. Weiterhin steht im Fokus, aus welchen Gründen und in welchen Formen Allianzen geschlossen werden und mit wem Staaten Partnerschaften suchen und eingehen. In diesem Kontext spielen sowohl materielle als auch immaterielle Faktoren eine ausschlaggebende Rolle, um die Entscheidungsfindungen verstehen und erklären zu können. Unter materiellen Faktoren werden alle messbaren Phänomene verstanden, die vor allem durch statistische Daten zu erfassen sind, wie z.B. Handelsaustausch, direkte Investitionen und Migrationsströme. Die immateriellen Faktoren sind diejenigen, die nicht durch Zahlen oder statistische Daten zu erfassen sind, wie z.B. geografische Faktoren, geopolitische Interessen, kulturelle Nähe und

historische Verbundenheit. Alle diese Themen haben unterschiedliche Gewichtungen auf den internationalen Kontext und auf die Handlungen der Staaten. Sicher ist, sie beeinflussen sich gegenseitig und in der Folge können die zwischenstaatlichen Verflechtungen weder nur durch die materiellen noch die immateriellen Faktoren analysiert werden.

Die Thematik, die im Zusammenhang mit dieser Arbeit von Interesse ist, ist die Rolle von kultureller Nähe und historischer Verbundenheit in den zwischenstaatlichen Beziehungen und insbesondere bei den Staaten, die durch ihre Kolonialgeschichte mehr oder weniger verbunden sind. Es ist zu hinterfragen, ob und inwieweit kulturelle und historische Verbindungen eine Rolle in den zwischenstaatlichen Dialogen spielen. Tendieren Völker, die gemeinsame Sprache, Religion, Geschichte u.a. teilen und in unterschiedlichen Staaten und Regionen der Welt leben, zu engeren Verflechtungen? Nehmen kulturelle und historische Gemeinsamkeiten einen wichtigen Stellenwert bezüglich der Formulierung einer Außenpolitik ein? Trägt kulturelle und historische Nähe dazu bei, dass politische Tendenzen wie z.B. demokratische oder antidemokratische Entwicklungen, die in einem der Staaten zu verzeichnen sind, die anderen „anstecken“? Fördern kulturelle und historische Verbindungen auch im Bereich Handel mehr Austausch zwischen den betroffenen Staaten? Kulturelle und historische Gemeinsamkeiten gehören zu den Themen, die eine Rolle in der Analyse der internationalen Beziehungen spielen und scheinen wichtige Variablen zu sein. Ein Beispiel dafür findet man in der Rhetorik der Vertreter der PSS. Sie stellen ihre gemeinsame Geschichte häufig in den Vordergrund, um ihre (angeblichen) engen zwischenstaatlichen Beziehungen zu rechtfertigen und möglicherweise zu fördern. Verschiedene Theoretiker verteidigen die These, dass kulturelle Nähe eine zentrale Rolle für das Verstehen des internationalen Systems spielt. Diese Arbeit stellt keine neue These auf, sondern es gilt zu überprüfen, ob und wie die

kulturellen Gemeinsamkeiten sowie die historischen Verflechtungen der PSS ihre Beziehungen untereinander direkt oder indirekt beeinflusst haben und ob diese Theoretiker Recht haben oder sich irren.

Die Debatte über kulturelle Nähe beinhaltet grundsätzlich auch die Diskussion über die Bedeutung von Kultur. Das Thema „Kultur“ ist ein fachüberschreitendes Thema, das in vielen Wissensbereichen als Querthema behandelt wird. Der Forschungskern dieser These fokussiert sich zwar nicht auf Kultur und internationale Beziehungen, aber er bildet eine der zentralen Säulen für die hier angestrebte Analyse. Wie schon in Kapitel 1 erwähnt, gibt es fünf Organisationen, die ehemalige Mutterländer und deren Kolonien umfassen. Diese Institutionen rechtfertigen ihr Bestehen durch die kulturelle Nähe sowie die gemeinsame Geschichte ihrer Mitglieder. Die erwähnten zwei Merkmale geben ihnen mehr oder weniger eine gemeinsame Identität. Diese Staaten zielen mit ihren Organisationen darauf ab, ihre während der Kolonialzeit aufgebauten Verflechtungen letztendlich zu bewahren und einigen sich in dem Ziel, bestimmten Interessen zu folgen. Hier wird deutlich, dass kulturelle Gemeinsamkeiten und historische Verbindungen doch eine Rolle in dem internationalen Geschehen spielen. Diese Behauptung ist aber nicht unumstritten und verlangt deswegen einen kurzen Überblick über die Debatten hinsichtlich des Wortes „Kultur“ sowie die Verwendung von kulturellen Aspekten, um die Außenpolitik sowie die internationalen Beziehungen zu analysieren. Es ist hervorzuheben, dass die europäischen Mutterländer während der Kolonialzeit ihre zivilisatorischen Aufgaben betonten und die einheimischen Merkmale ablehnten. Assimilierung durch Europäisierung und Christianisierung waren die obersten Ziele. Mit dem Ende der Kolonialzeit gewannen andere Argumente an Bedeutung, um die Verbindungen zu den Kolonien aufrechtzuerhalten. Gerade die kulturellen und

historischen Verflechtungen und Gemeinsamkeiten wurden in den Vordergrund gestellt, um intensivere Beziehungen der ehemaligen Metropolen und Kolonien - jetzt unabhängige Staaten - zu rechtfertigen. Verschiedene Organisationen wurden in diesem Kontext gegründet und spiegeln die neue Art der Beziehungen von ehemaligen Mutterländern und ihren Kolonien wider. In diesem Zusammenhang taucht dringend die Frage auf, ob die kulturellen Verbindungen sowie die historischen Gemeinsamkeiten als Alibi angewendet werden, um nach wie vor Einflüsse seitens des ehemaligen Mutterlandes auf die ehemaligen Kolonien auszuüben, anders ausgedrückt, dienen diese Argumente nicht vielmehr einer Art von neuem Kolonialismus bzw. Neokolonialismus?

In diesem Kontext stellt sich sofort die Frage, was man unter Kultur versteht? Auch die Bedeutung von kultureller Nähe, was für diese Arbeit den zutreffenderen Begriff bildet, soll geklärt werden. Weiterhin ist zu eruieren, wie intensiv dieses Thema die Verflechtungen der betroffenen Staaten beeinflusst. Wenn kulturelle Nähe tatsächlich Auswirkungen auf den zwischenstaatlichen Dialog hat, muss man ergründen, ob wirklich ein Zusammenhang zwischen diesem Fakt und z.B. Handelsaustausch oder eine Korrelation zwischen kulturellen Gemeinsamkeiten, politischen Systemen und Demokratisierung besteht. Oder benutzen ehemalige Mutterländer und bestimmte Bevölkerungsgruppen der ehemaligen Kolonien die hier erwähnten Argumente, um ihre Einflüsse auf die unabhängigen Staaten weiter ausüben zu können?

Mit den Themen „Kultur“ und „internationale Beziehungen“ beschäftigen sich mehrere Forscher/innen und sie debattieren bis heute sehr intensiv und auch sehr kontrovers darüber. Allein mit der Definition des Wortes Kultur befassen sich u. a. Anthropologen sowie Soziologen. Die Forschungen hinsichtlich der Rolle der Kultur in den internationalen

Beziehungen bedienen sich deren Inhalte und Bedeutungen und zusätzlich anderer wissenschaftlicher Bereiche, wie z.B. der Ethnologie. Dabei ist zu betonen, dass der Begriff Kultur im Laufe der Jahrhunderte unterschiedliche Auslegungen erfahren hat und in der staatlichen Politik verschiedene Rollen spielte. Weiterhin ist die Debatte um die Frage „was bedeutet Kultur?“ selbst umstritten und verfügt über eine breitgefächerte Literatur. Die vergangenen Auseinandersetzungen darüber unterscheiden sich stark von denen, die im 20. Jahrhundert geführt wurden. Jedoch gewann die Diskussion über die Bewertung von Kultur in dem zwischenstaatlichen Dialog erst nach Beendigung des Ersten Weltkriegs an Beachtung, und eine noch stärkere nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In diesem Kontext gewann zunehmend die Frage an Bedeutung, ob und wie kulturelle Nähe zwischen unterschiedlichen Staaten eine Rolle spielt.

Die heutigen Strukturen des internationalen Systems, z.B. der Institutionen, der Entscheidungsverfahren und der Machtverteilung stammen aus dem 20. Jahrhundert und wurden nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Aufnahme immer weiterer Länder ständig ausgebaut und durch die Vielfältigkeit der Völker auch immer komplexer. Deshalb spielen die Themen „Kultur“ und „kulturelle Nähe“ in den internationalen Beziehungen fraglos eine nicht unwesentliche Rolle. Dabei ist es aber wichtig zu analysieren, wie diese Begriffe in der Sozialwissenschaft verstanden werden und wie sich die theoretische Debatte darüber entwickelt hat. Die zwischenstaatlichen Verbindungen spiegeln teilweise unsere gegenseitige Wahrnehmung darüber wider.

2.1 Die Rolle der Kultur und kultureller Nähe in den internationalen Beziehungen: theoretische Vorüberlegungen

In dieser Arbeit stehen die Beziehungen der PSS untereinander im Vordergrund und, wie schon in der Einleitung kurz dargestellt, sind diese Staaten durch ihre gemeinsame Geschichte und kulturelle Nähe verbunden, das heißt, unzählige Verflechtungen haben sich während der portugiesischen Herrschaft bzw. Kolonialisierung entwickelt und gefestigt. Mehr oder weniger teilen alle PSS kulturelle Nähe, die vor allem durch die Sprache verankert ist und am deutlichsten sichtbar wird. Auf dieser Tatsache basiert das Leitmotiv für die Gründung der CPLP. Vor allem ist festzustellen, dass portugiesische und brasilianische staatliche Vertreter seit dem 19. Jahrhundert behaupten, dass ihre gemeinsame Geschichte und kulturellen Hintergründe eine intensivere Zusammenarbeit von allein rechtfertigen. Diese Verbundenheit wurde schon in dem Unabhängigkeitsvertrag bzw. dem Allianz- und Friedensvertrag (1825) zwischen beiden Ländern in seiner Präambel ausdrücklich erwähnt. Damit ist vor allem ein immaterieller Faktor gemeint, der diese Staaten offensichtlich bewegt, nämlich ihre gemeinsamen kulturellen Merkmale. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass beide Länder die dauerhafte und zentrale Rolle von kulturellen Gemeinsamkeiten für ihre gegenseitigen Beziehungen bereits im 19. Jahrhundert erkannt haben. Deshalb befasst sich dieser Abschnitt mit der Frage, welche Rolle kulturelle Nähe in den internationalen Beziehungen spielt.

Die Debatte bezüglich der Rolle kultureller Nähe sowie historischer Verbindungen als ein verbindendes Element in den zwischenstaatlichen Beziehungen ist vor allem ein Phänomen des 20. Jahrhunderts. Diese Entwicklung kannte seinen Ursprung in der britischen Herrschaftspolitik, bekannt als „Dominion“, über manche ihrer überseeischen Besitzungen,

die über bestimmte innenpolitische Entscheidungsbefugnisse verfügten. Die standen aber de facto unter britischer Herrschaft. Es erfolgte aber erst im 20. Jahrhundert aufgrund der Entkolonialisierung in Asien und Afrika, dass die britische Regierung und die entstandenen unabhängigen Staaten ihre Verbindungen weiterhin bewahren wollten und sich zu der im Jahr 1931 gegründeten und immer wieder reformierten Organisation „Commonwealth of Nations“ zusammenschlossen (vgl. Kielinger, 2016, S. 141ff.). Auch Frankreich und seine ehemaligen Kolonien gründeten im Jahr 1960 ihre Agentur für kulturelle und technische Zusammenarbeit (*Agence de coopération culturelle et technique - ACCT*) und seit 2005 *Organisation Internationale de la Francophonie* genannt. Portugal und die ehemaligen Kolonien folgten diesem Weg im Jahr 1996, als die CPLP gegründet wurde. Alle diese Organisationen betonen die gegenseitigen Vorteile ihrer vielfältigen potenziellen Kooperationen. Kulturelle Nähe wird in dieser Arbeit als Merkmale von Menschen verstanden, die zwar in verschiedenen Staaten und Regionen der Welt leben, aber die gemeinsame Sprache, Traditionen, religiöse Merkmale und andere Aspekte teilen und nicht zuletzt eine gemeinsame Geschichte haben.

Diese Institutionen spiegeln eine neue Rhetorik wider, welche die kolonialen Beziehungen als Säule für ihre Existenz rechtfertigt. Die frühere Ablehnung aller Merkmale der Kolonisierten seitens der Kolonisatoren und insbesondere deren eigene Kultur spielen in den gemeinsamen Organisationen keine Rolle und die Mitgliedstaaten sind gleichgestellt. An ihre Stelle ist die Idee von Diversität und gegenseitiger Bereicherung getreten. Bis über die Hälfte des 20. Jahrhunderts hinaus betrachteten noch einige Kolonialmächte Kultur als ein NICHT verbindendes Element und unterstrichen ihre zivilisatorischen Aufgaben, den Kolonisierten die europäischen Sitten in allen Formen aufzuzwingen und dadurch ihre eigenen zu verdrängen. Zusätzlich war Kultur neben dem Erscheinungsbild eines der zentralen Elemente,

das Europäer von den anderen Völkern am deutlichsten unterschied. Erst nach der Entstehung mehrerer unabhängiger Staaten in Asien und Afrika im 20. Jahrhundert wurden ausgerechnet die kulturellen und historischen Verbindungen zu einem der Hauptargumente, welches enge Beziehungen von ehemaligen Mutterländern und den Kolonien rechtfertigte.

Mit der theoretischen Debatte über den Kulturbegriff beschäftigen sich seit Jahrhunderten verschiedene akademische Bereiche. Kultur wurde zu einem typischen Forschungsthema der Sozialwissenschaft und beschäftigt Historiker, Philosophen, Ethnologen, Anthropologen und weitere Wissenschaftsgebiete. Es geht darum, den Kulturbegriff zu bestimmen und die Auswirkungen auf die Gesellschaft zu analysieren. *Cultura* und *cultus* bezog sich in der römischen Antike sowohl auf die menschlichen naturverbundenen Tätigkeiten einschließlich den landwirtschaftlichen Ergebnissen (*cultura ageri*) als auch auf die religiöse „Pflege“ des Übernatürlichen (*cultus deorum*) und zuletzt auf die pädagogische, wissenschaftliche und künstlerische „Pflege“ der individuellen und sozialen Voraussetzungen des menschlichen Lebens. Mit der Renaissance entwickelte sich das Wort „*Cultura*“ zu einem abstrakten und selbstständigen Begriff der Gelehrtensprache und wurde zum Gegenbegriff von „Natur“ (vgl. Ort, 2008, S. 19ff.). In diesem Kontext entwickelt die Auseinandersetzung seitdem eine eigene Geschichte, worüber verschiedene Autoren berichten wie z.B. Norbert Elias in seinem Buch *The Civilizing Process: The History of Manners* und Terry Eagleton in *The Idea of Culture*. Zunächst befasste sich Kultur mit den Manieren oder dem sozialen Verhalten und im Laufe der Zeit auch mit der intellektuellen Ausbildung, den sozialen Kontakten und technischen Fortschritten der Menschheit. Ab dem 17. Jahrhundert machte sich diese Entwicklung noch sichtbarer und Kultur bezog sich auch auf den Zugang und Genuss von Literatur und Kunst.

Am Ende dieses Jahrhunderts setzte sich der Begriff „Zivilisation“ durch und schloss auch die verschiedenen sozialen Fortschritte mit ein (vgl. Reeves, 2004, S. 14ff.).

Schon im 19. Jahrhundert wurden sowohl die Wörter „Civilization“ als auch „Culture“ angewendet, wobei sich ersteres auf die gesamte Beschaffenheit eines Volkes bezog und letzteres auf die persönliche Entwicklung. Aber es gab keinen Konsens darüber. In dieser Debatte engagierten sich vor allem französische, britische und deutsche Autoren. Hier wird sofort klar, dass die Debatte eurozentrisch geprägt war. Wie Matthew Arnold in seinem Buch *Culture and Anarchy* vorstellte, verbindet sich nach der deutschen Wahrnehmung Kultur mit Volksgeist, was bedeutet, „*an invisible Spirit that breathers through a whole peolpe*“. Im 18. Jahrhundert wurde die Diskussion durch die Arbeit von Johann Herder geprägt, der die Idee des Volksgeistes als kulturelle Identität entwickelte, welche sich durch die Sprache und die Literatur ausdrückt. Das Konzept des Humanismus⁶, das von den Anthropologen anerkannt wurde, basiert auf dieser Idee. Matthew Arnold selbst verband Kultur mit „high culture“, was intellektuelle Ausbildung bedeutet. Diese Einstellung stellte T.S. Eliot jedoch infrage und behauptete, dass Kultur alle Tätigkeiten und Interessen eines Volks beinhaltet (vgl. Reeves, 2004, S. 17ff.). Diese Einstellungen wurden vor allem in Frankreich und Großbritannien

⁶ Der Humanismus (von lateinisch *humanitas*: Menschlichkeit) entwickelte sich ab dem 14. Jahrhundert in Europa. Die Bewegung wurde durch die literarische, philologische und wissenschaftliche Neuentdeckung und Wiedererweckung der antiken Kultur, ihrer Sprachen und ihrer Kunst und Geisteshaltung geprägt. Die Erfindung des Buchdrucks mit bewegbaren Lettern im 15. Jahrhundert förderte die Verbreitung der These des Humanismus. Die humanistische Bewegung stellt das Individuum in den Fokus und hat als Ziel, die Welt durch Untersuchungen besser zu verstehen. Damit wurde die mittelalterliche Auffassung infrage gestellt, dass die Welt als hierarchische Ordnung von Gott geschaffen und regiert wurde. Das gottgeprägte Leben war nicht mehr das aufklärende Mittel für die Welterschaffung, sondern es wurde nach Aufklärung gesucht, die die Natur rationalistisch begreifen konnte. Im Vordergrund stand die Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse des Menschen, die durch der Erkundung der Welt und ihrer Ressource ermöglicht werden konnte. Diese Entwicklung führte zu neuen methodischen Maßstäben in der Wissenschaft, die sich auf Erfahrung, Vernunft und vor allem Empirismus gründen sollte. Der Humanismus wirkte sich auf alle Lebensbereiche aus und prägte die menschliche Weltanschauung dauerhaft.

aufgenommen und drehten sich um die Idee von sozialer Verbesserung oder persönlicher Ausbildung. In Deutschland dagegen bezog sich Kultur auf die Gemeinsamkeit einer Gemeinde, wie der Kulturhistoriker Gustav Klemm in seinem Buch *„Allgemeine Kulturgeschichte der Menschheit“* darstellt. Weiterhin wurde diese Debatte entscheidend und dauerhaft durch die Arbeit des französischen Naturforschers Jean-Baptiste Lamarck in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beeinflusst, der, wie Charles Darwin, die Evolutionstheorie⁷ geprägt hat. Diese Theorie, die sich mit der biologischen Frage bezüglich der Entstehung des Lebens beschäftigt, hat sich tiefgreifend auf die Sozialwissenschaft ausgewirkt und mündete in der Debatte über Evolution, Entwicklung oder Fortschritt der Völker. Die Forschungsfrage in dieser Hinsicht war die Suche nach den Gründen für die Unterschiedlichkeit der Menschen, vor allem in ihrer Lebensart. Die Auseinandersetzung darüber erreichte die politischen, sozialen und akademischen Debatten bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. U.a. war die Folge davon die Entstehung von Rassenideologien und Eugenikbewegungen⁸. Darüber hinaus wurde

⁷ Die Evolutionstheorie beschäftigt sich mit der Frage des Ursprungs des Lebens in Bereichen der Biologie, der Paläontologie, der Chemie u.a. Seit langer Zeit stellt sich die Menschheit die Frage, woher wir stammen? Jahrhundertlang wurde diese Frage einfach durch die göttliche Schöpfung beantwortet und dies infrage zu stellen, war sowohl ein Tabu als auch ein Sakrileg. Außerdem fehlte es an Theoriegebäuden auf Basis empirischer Befunde, die sie widerlegen konnten. Erst ab dem 18. Jahrhundert befassten sich verschiedene Naturforscher damit wie z.B. Pierre de Maupertius, Erasmus Darwin und Jean-Baptiste de Lamarck. Ihre Forschungen waren in der Lage, Erkenntnisse über die Entstehung verschiedener biologischer Arten zu gewinnen. Die bis heute bekanntesten Theorien sind der Lamarckismus und der Darwinismus. Diese Theorie, die letztendlich Evolutionstheorie genannt wurde, stellte verschiedene Erkenntnisse der Entstehung der Arten fest, wie die biologische Evolution, die natürliche Selektion der Natur, Mutation der Arten u.a. Die Frage nach der Entstehung des Lebens beschränkt sich aber nicht nur auf die Naturwissenschaft, sondern es ist auch ein Thema der Philosophie und verwandten Wissenschaften. Hier wird nach dem Grund, dem Ursprung und dem Sinn allen Seins gefragt. Es war die Philosophie der Neuzeit ab dem 15. Jahrhundert, die neue Überlegungen über das Leben und die Lebewesen entstehen ließ und die mittelalterliche Weltanschauung infrage stellte. Die verschiedenen gesellschaftlichen, politischen und geistigen Neuerungen wie die Reformation, die Erforschung von Asien und Amerika sowie die Renaissance mit ihrem humanistischen Rückgriff auf die Antike und der Hervorhebung des Individuums und weitere Ereignisse führten zu neuen Fragen über die Menschheit.

⁸ Das Wort „Eugenik“ stammt aus der griechischen Sprache und bedeutet wohlgeboren, von edler Abstammung, wie der Duden definiert. Eugenik ist die Wissenschaft, die die Erbanlagen der Menschen erforschen und verbessern will. Schon in Platons Buch *Staat* findet man den Grundgedanken der Eugenik. Im 19. Jahrhundert ist eine „moderne“ Form der Eugenik entstanden, die sich auf zwei philosophische Überzeugungen begründete. Erstens der Glaube an die Vervollkommnung der Menschheit und zweitens der Glaube an die Naturwissenschaft.

der Kulturbegriff von zwei britischen evolutionistischen Theoretikern geprägt: Herbert Spencer und Edward B. Tylor. Ebenso waren die deutschen Forscher Adolf Bastian und Leo Frobenius in dieser Auseinandersetzung engagiert und veröffentlichten verschiedene Publikationen, die den Kulturbegriff unter der Evolutionstheorie betrachteten. Unter diesem Evolutionsprinzip stellte man deutlich eine Hierarchisierung der Kultur fest, indem sie als ein evolutionsbedingtes Phänomen dargestellt wird. Diese Argumente wurden zunehmend vor allem von europäischen Staaten und Kolonialisten benutzt, um die Besetzungen der Regionen außerhalb Europas zu begründen.

Die Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff fand parallel zu anderen historischen Ereignissen statt. Vor allem sind hier zwei von Interesse: Die Entstehung des modernen Staates⁹ und die europäische weltweite Kolonisierung insbesondere im späteren 19. Jahrhundert. Die Entstehung und Konsolidierung des modernen Staates fand vor allem in Europa statt (vgl. Reinhard, 2015, S. 32ff.). Dieses Verfahren hat sich über Jahrhunderte erstreckt und lief in unterschiedlicher Weise ab. Diese Entwicklung war während des

In der Gesellschaft gewannen die Prinzipien der Eugenik an Ansehen und manche glaubten, dass die ständige natürliche Auslese der „besseren“ gegenüber den „schlechteren“ Typen zu einer kontinuierlichen Vervollkommnung der menschlichen Spezies führte. Im 20. Jahrhundert vermutete man, dass die Gesellschaft nur durch geeignete Fortpflanzung bzw. Kreuzungen der Menschen vervollkommnet werden könnte. Mit der Entstehung der modernen Genetik um 1900 verstärkte sich die Idee von der möglichen Verbesserung der Menschheit und überall auf der Welt beschäftigten sich Organisationen damit. Teile dieser Bewegung brachten die Eugenik in Verbindung mit der Rassentheorie und zielten darauf ab, die Überlegenheit des weißen Menschentypus zu begründen. Sie sind als Eugenikbewegung bekannt.

⁹ Die Entwicklung des modernen Staates war vor allem ein europäisches Phänomen, wie Wolfgang Reinhard in seinem Buch „Geschichte des modernen Staates“ betont. Besonders in diesem Begriff ist das Wort „modern“, da es eine neue Art der Beziehungen zwischen Herrscher und Untertanen signalisiert. Vor allem bezüglich der Rechte und Pflichten sowohl der Untertanen als auch der Herrscher gewann die Entwicklung des Staates in Europa eine völlige neue Richtung. Die politische Macht wurde allmählich nicht mehr ausschließlich an persönliche Abhängigkeiten gebunden, sondern der Staat wurde als juristische Person gegründet. Diese neue Form des Staates begründet seine Legitimation auf menschliche vereinbarte Rechte und Gesetze, die die Beziehungen des Staates und seiner Bürger regeln sollten. Verschiedene Staatphilosophen haben sich mit diesem Thema während des 16. und 17. Jahrhunderts beschäftigt, wie z.B. John Locke, Thomas Hobbes und Charles-Louis de Montesquieu.

Mittelalters zu beobachten und mehr oder weniger im 16. Jahrhundert abgeschlossen, als verschiedene Monarchien überall in Europa herrschten. In diesem Zusammenhang ergaben sich unterschiedliche Fragen, wovon eine war, wie die europäischen Staaten miteinander umgehen sollten? Darüber hinaus forderte die europäische Herrschaft über verschiedene Völker und Weltregionen ab dem 15. Jahrhundert immer intensivere und vielfältigere Beziehungen zwischen der Menschheit. Die Kolonialzeit prägt seitdem die Weltgeschichte. Diese Herrschaft zwang allen betroffenen Völkern ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen u.a. Modelle auf und setzte den Standard für die zwischenstaatlichen Beziehungen durch. Darüber hinaus sind diese Aktivitäten durch die Verbreitung des Christentums geprägt. In der Folge dieser Ereignisse haben die europäischen Staaten jahrhundertlang die internationale Ordnung beherrscht, die bis Anfang des 20. Jahrhunderts bestanden hat. In diesem Fall galt es zu klären: Wie sollten die Kolonisatoren mit den Kolonisierten umgehen? In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass verschiedene Auseinandersetzungen entstanden sind und Forscher sich mit Themen wie Kultur, zivilisierten und unzivilisierten Völkern, Rassen, Religionen, Evolution, Menschheit, Fortschritt, Industrialisierung u.a. beschäftigten. Letztendlich war die grundlegende Frage, wer unter die Kategorie „Menschen“ fällt? Gehörten die kolonisierten Völker zu den Menschen? Wenn ja, welche Folgen hätte diese Erkenntnis und falls nicht, wie sollten sie behandelt werden? Vor allem während des 19. Jahrhunderts wurde das Thema immer dringender, da die zwischenstaatlichen Beziehungen seit der Entstehung verschiedener neuer Staaten auf dem amerikanischen Kontinent an Intensität gewannen. Von solchen Auseinandersetzungen waren die internationalen Beziehungen des 19. Jahrhunderts geprägt, die aber nur einen sehr eingeschränkten Dialog der Staaten kannten, da die europäischen Kolonialmächte nach wie vor das Sagen hatten.

Die internationale Lage des 19. Jahrhunderts war das Ergebnis jahrhundertelanger europäischer Aktivitäten auf anderen Kontinenten. Seit dem 16. Jahrhundert breiteten sich die europäischen Einflüsse, begleitet von politischer Herrschaft, vor allem auf dem amerikanischen und dem asiatischen Kontinent aus. Insbesondere in den amerikanischen Kolonien verankerten sich die europäischen Einflüsse, die durch die starken Migrationsströme ermöglicht wurden. Die Siedler setzten sich kulturell, politisch, ökonomisch, technologisch, militärisch und in manchen Regionen demografisch durch und bildeten eine Interessengemeinschaft, die sehr mit ihren jeweiligen Mutterländern verbunden war und bis heute in vielen dieser Staaten durch ihre Nachfahren die staatliche Macht innehaben. Die kulturelle Verbundenheit vieler Staaten Amerikas und Europas ist unumstritten. Gleichzeitig sind die amerikanischen Staaten auch durch multikulturelle Merkmale geprägt, da verschiedene einheimische Völker bereits vorhanden waren und versklavte Afrikaner sowie asiatische Auswanderer sich innerhalb dieses Kontinents angesiedelt haben. Schon in Asien verlief die europäische Besatzung ganz anders und die Durchsetzung europäischer Einflüsse ist deutlich eingeschränkt. Der Kolonialismus schuf zwischen dem Mutterland und den Kolonien verschiedene Mechanismen, die ihre Auswirkungen erst weit nach der Unabhängigkeit der Kolonien erreichten. Die vielfältigen Verflechtungen zwischen den verschiedenen Regionen und die Interessen bestimmter Gruppierungen verschwinden nicht mit der politischen Trennung.

Die Unabhängigkeitswelle auf dem amerikanischen Kontinent ab Ende des 18. Jahrhunderts, wo mehrere Staaten noch während des 19. Jahrhunderts einschließlich Brasilien entstanden sind, hatte die internationale Ordnung nicht infrage gestellt. Das bedeutet, dass die Beziehungen der Länder durch hierarchisches Denken nach wie vor geprägt waren. Darüber

hinaus waren die neuen politischen Eliten dieser Staaten, vor allem durch ihre wirtschaftlichen Interessen, nach wie vor mit dem ehemaligen Mutterland verbunden. Im Falle Brasiliens befand sich die politische und wirtschaftliche Macht nach der Unabhängigkeit ausschließlich in den Händen der europäischstämmigen Bevölkerung. Dabei ist der Hinweis angebracht, dass das internationale System des 19. Jahrhunderts von europäischen Mächten und ihren jeweiligen Einflusszonen beherrscht blieb. Die europäische Herrschaft beschränkte sich nicht nur auf die politischen, technologischen, wirtschaftlichen u.a. Ebenen, sondern auch der Kulturbegriff war durch das europäische Denken geprägt, was bedeutete, dass die Wahrnehmung der kulturellen Hierarchisierung der Menschheit nicht nur in Europa verbreitet war, sondern weltweit. Daran änderte auch die Entstehung neuer Staaten auf dem amerikanischen Kontinent nichts, denn die europäischstämmige Bevölkerung blieb weiterhin privilegiert gegenüber allen anderen. Ein Merkmal dafür war die Weiterführung der afrikanischen Versklavung und die Assimilierungspolitik der Ureinwohner. Die Debatte um den Kulturbegriff wirkte sich jedoch allmählich auf die internationalen Beziehungen aus, indem das Miteinander der Staaten in den Fokus geriet. Gleichwohl stand an erster Stelle das Miteinander der Menschen, denn erst die Klarheit darüber hatte Einfluss auf das Zusammenwirken der Länder. Hierbei ging es darum, wer in den zwischenstaatlichen Dialogen überhaupt etwas zu sagen hatte. Selbstverständlich wurde auch die Geschichte der PSS von solchen Debatten beeinflusst. Portugal selbst betonte vor allem ab dem 19. Jahrhundert immer wieder die zivilisatorische Aufgabe gegenüber den Kolonien bzw. den Einheimischen. Im Vordergrund standen aber alleinig die Interessen Lissabons, die die völlige Unterwerfung und Ausbeutung der Einheimischen um jeden Preis verlangten. Diese Einstellung vertraten die Portugiesen bis zum Anfang der Kolonialkriege in den afrikanischen Kolonien. Auch in Brasilien stritten sich Befürworter und Gegner der Sklaverei über den Status der afrikanischstämmigen

Bevölkerung des Landes bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Besaßen sowohl die Afrikaner als auch die Ureinwohner Kultur? Und wenn ja, war diese vergleichbar mit der europäischen? Dies verdeutlicht, dass sowohl in Portugal als auch in Brasilien die Frage, wer zu den Menschen zu zählen ist, lange Zeit präsent war.

Das hier kurz skizzierte Kulturbild, welches vor allem die Wahrnehmung der Europäer und der europäischstämmigen Bevölkerung der damaligen Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent prägte, wurde zunehmend ab etwa 1850 infrage gestellt und manche Forscher verzweifelten daran. Die akademische Debatte gewann jedoch erst während des 20. Jahrhunderts eine neue Richtung, als „cultural studies“ in Großbritannien eingeführt wurde und sich peu-à-peu auf die Gesellschaft auswirkte. Bis Anfang der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war vor allem die europäische Wahrnehmung bezüglich verschiedener Themen stark durch die technologische Überlegenheit eines Volkes über andere Völker geprägt. Eine weitere Auswirkung daraus war die Einstellung gegenüber dem Krieg. Dieses Thema wurde als eine Zivilisierungserfahrung angesehen, was unter einem idealisierten und militaristischen Bild stand. Diese Ansicht stellte Norman Angell infrage und durch seine Publikation „*Europe's Optical Illusion*“ von 1909 leitete er die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung unserer gegenseitigen Wahrnehmung und unseres Umgehens miteinander. In diesem Zusammenhang erschütterte die europäische Erfahrung des Ersten Weltkriegs (1914-1918) durch ihre Brutalität, die aufgrund der neuen Kriegsmaschinerie möglich wurde, den Glauben vieler Menschen bzw. Europäer an die Überlegenheit eines Volkes über andere dauerhaft. Die Ablehnung der bis dahin dominanten Kulturwahrnehmung durch die Evolutionstheorien wuchs und wirkte sich auch auf die Debatte aus, wie die zwischenstaatlichen Beziehungen praktiziert werden sollten. Sie fand insbesondere in der Nachkriegszeit Resonanz und

beeinflusste in der Folge die Gestaltung des Völkerbundes (1920-1946). Auf welcher Grundlage sollte die neue Institution verankert sein? Sollten die Völker und Staaten mit gleichen Maßstäben behandelt werden? Die Nachkriegszeit führte zu neuen Überlegungen hinsichtlich des Kulturbegriffs.

Ab 1918 nahm die Kritik an dem humanistischen Konzept von Kultur zu. Nicht nur mehr in Europa beschäftigten sich Akademiker damit, sondern auf der ganzen Welt entstanden neue Forschungen. Besonders in den Vereinigten Staaten fingen Anthropologen an, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Vor allem in den 1920er und 1930er Jahren wurden die Einflüsse der Prinzipien der Evolutionstheorie sowie der Ideen von Kategorisierung und Hierarchisierung der Menschheit als Grundlage der internationalen Beziehungen heftig kritisiert. Verschiedene Autoren wie z.B. Gilbert Murray, Oswald Spengler, Reinhold Niebuhr stellten die Wahrnehmung der vermeintlichen Überlegenheit der Europäer infrage. In diesem Kontext war die Arbeit von Arnold Toynbee „*Study of History*“ interessant, da er die Geschichte verschiedener Regionen darstellte und verglich. Weiterhin plädierte Alfred Zimmern für ein intensiveres gegenseitiges Kennenlernen, was zu mehr Verständigung der Völker untereinander beitragen und positive Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen erzeugen könnte (vgl. Reeves, 2004, S. 39ff.). Zu dieser Zeit brachte der japanische Historiker Akira Iriye die Prinzipien von „cultural internationalism“ zum Ausdruck. Diese könnten eine Alternative zur Gewaltanwendung bzw. militärischen Interventionen sein, und zwar durch die Förderung der gegenseitigen kulturellen Verständigungen (Cultural interchanges). Zu erreichen wäre dies durch zwischenstaatliche Kooperationen sowie durch die Wissenserweiterung der Menschheit über andere Völker, genannt „educating minds“. Hierzu entwickelten sich weitere Debatten über die Begriffe „cultural diplomacy“ und „cultural

relations“, worauf an dieser Stelle nicht ausführlicher eingegangen wird, was aber zeigt, wie die Rolle von Kultur in der Außenpolitik eines jeden Staates ein kompliziertes Thema darstellt. Bei diesen Diskussionen, wie Alfred Zimmern hervorhob, stellte sich die Frage, wie man internationale Verständigung und gleichzeitig gegenseitigen Respekt der Völker untereinander fördern könnte? In der Tradition der internationalen Beziehungen bis zum Ersten Weltkrieg waren die Völker nach Rassen unterteilt und lebten in verschiedenen Entwicklungsstufen. Nach dem Ersten Weltkrieg verlangten einige Forscher einen Paradigmenwechsel, vor allem von den Europäern in ihrer Wahrnehmung, welcher zu einem neuen Miteinander der Staaten führen sollte. Es bedeutet weg von der evolutionistisch geprägten Wahrnehmung der Völker der Welt hin zu einem Konzept, in dem sich die Menschheit austauscht, kennenlernt und verständigt. Es ist diese Sorge, die die Wissenschaftler in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen trieb, und darauf basierte die Grundlage der Debatten um die Gründung des Völkerbunds.

Mit der Entstehung des Völkerbunds wurde das Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit (Commission internationale de coopération intellectuelle/International Committee for intellectual Cooperation) im Jahr 1922 gegründet. Diese Organisation, die sich um die internationale Kooperation in akademischen und kulturellen Bereichen kümmern sollte, bewies, wie stark das Thema „Kultur“ nach dem Ersten Weltkrieg an Gewicht gewonnen hat (vgl. Reeves, 2004, S. 113f.). Dabei muss man beachten, dass sich die internationale Lage nach dem Ersten Weltkrieg zwar verändert hat, aber es herrschte nach wie vor eine starke internationale Instabilität und ein noch beachtenswerter Teil der Weltbevölkerung lebte unter europäischen Kolonialmächten. In den Kolonien herrschten in der Regel spezifische politische, zivile und strafrechtliche Statuten für die Eingeborenen, die die rechtliche Trennung zwischen

Weißes und Nichtweißes bestimmten. Dadurch wurde ein hierarchisches System geschaffen, das auf der Superiorität der Europäer bzw. auf Rassentheorien basierte und vor allem die angeblich Zivilisierten von den angeblich Unzivilisierten klar trennte. Dazu betonten die europäischen Kolonisatoren nach wie vor ihre Zivilisationsaufgabe. Die Unterwerfung beschränkte sich allerdings nicht nur auf die einheimische Bevölkerung, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche standen unter der Macht der Metropolen und die europäischen Überseeregionen waren vom Mutterland politisch, wirtschaftlich, technologisch u.a. abhängig. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs (1938-1945) machte noch deutlicher, dass die Grundlage von der Evolutionstheorie und der Eugenik nicht überwunden war und sie nach wie vor große politische Resonanz hatte. Darauf basierte die Ideologie des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus.

Die Debatten um den Kulturbegriff liefen weiter und parallel zu den hier erwähnten Ereignissen sowie mit der Einführung von „Cultural Anthropology“ ist allmählich ein neues Konzept von Kultur in den Vereinigten Staaten entstanden. Diese Entwicklung ist eng mit dem Forscher Franz Boas verbunden. Er forderte mehr Wissenschaftlichkeit in der Forschung bezüglich Kultur und förderte die moderne amerikanische Ethnologie. Nach seiner wissenschaftlichen Methode mussten verschiedene Aspekte betrachtet werden wie z.B. Religion, Geschichte, Sprache und Kunst, um ihre kulturelle Gesamtheit feststellen zu können. Dies bedeutet die Sammlung mehrerer Daten, um eine Kultur grundsätzlich zu verstehen. Damit versuchte er, ein einheitliches und nachvollziehbares Konzept zu schaffen, das für die Forschung bei allen Völkern und ihren Kulturen Anwendung finden könnte. Gleichzeitig kritisierte und lehnte er die Evolutions- und Rassentheorien ab und gründete den Kulturrelativismus. Zusammengefasst behauptet das Kulturkonzept der Anthropologie, dass

jede Gemeinschaft eine eigene Kultur hat und genau deswegen gibt es Kulturen. Exakt in dieser Betrachtung unterscheidet sich der humanistische von dem anthropologischen Kulturbegriff. Für ersteren ist Kultur immer Singular und fortschreitend, für letzteren ist Kultur Plural und physiologisch. Die traditionellen Humanisten behaupten, dass Kultur in Entwicklungsstufen beobachtet werden kann, währenddessen die Anthropologen dies ablehnen und behaupten, alle Menschen seien gleich kultiviert. Diese Sichtweise bedeutet, dass jeder Mensch Kultur besitzt, die uns allen bewusst oder unbewusst übermittelt wird. Kultur wird letztendlich in einer bestimmten Gruppe ausgeübt, bezeichnet eine ganz gewisse Lebensart und wird als ein weltweites Phänomen anerkannt (vgl. Reeves, 2004, S. 64-70).

Diese Auseinandersetzung beeinflusste die Entwicklung der internationalen Beziehungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs enorm. Eine gründliche Reform des internationalen Systems wurde zum Hauptziel, das zwar das Modell des Völkerbunds bevorzugte, aber auf eine neue Grundlage stellte. Mit der Entstehung der Vereinten Nationen blieb der Kulturbegriff auch ein zentrales Thema und in der Charta der Organisation wird dies ausdrücklich erwähnt. Schon in Artikel 1 wird deutlich, dass das Grundprinzip der Organisation nicht mehr auf dem humanistischen Kulturbegriff basiert, sondern auf dem der Anthropologie und bestimmt:

„Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: ... (3) eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;“ (United Nations Regional Information Centre for Western Europe, 19??, S. 3)

Es sind insgesamt fünf Artikel, die sich mit der Frage der Kultur beschäftigen. Um Teile der Ziele verwirklichen zu können, wurde die Unterorganisation UNESCO gegründet, die die

Zusammenarbeit in den Bereichen Erziehung, Wissenschaft und Kultur fördern sollte und Nachfolgerin des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit ist.

Ganz schnell aber geriet die Arbeit der UNESCO in die Kritik. Einige behaupteten, dass manche Staaten kulturellen Imperialismus, Propaganda und/oder Elitismus praktizieren. Die Kritiken drehten sich vor allem darum, wie die Staaten Kultur in ihrer außenpolitischen Strategie ausübten, um die gegenseitige Völkerverständigung zu fördern. Die theoretische Debatte über die positiven Folgen kulturellen Austauschs war in der Umsetzung sehr umstritten. Alles geschah im Kontext des Kalten Kriegs (1945-1993), der die amerikanischen und sowjetischen Dispute als Hintergrund hatte. Zu diesem Zeitpunkt verlor die Frage über die Kulturrolle in den internationalen Beziehungen etwas an Beachtung. Dies bedeutete aber nicht, dass die Debatte darüber keine Anziehungskraft mehr in den zwischenstaatlichen Beziehungen hatte, sondern Kultur gewann einen beachtlichen Stellenwert in der staatlichen Strategie in einer bipolaren Welt. Kultur wurde zum Überzeugungsmittel und letztendlich von vielen Beobachtern als Propaganda angesehen. Anders ausgedrückt, in dem Kontext des Kalten Kriegs wurde der kulturelle Austausch – kulturelle Diplomatie - zu einem ideologischen Überzeugungskampf, um die Menschen weltweit mit ihren jeweiligen Stärken und Werten zu gewinnen (vgl. Reeves, 2004, S. 91-95). Dafür wurden verschiedene Mittel eingesetzt wie z.B. Filme, Bücher, Theater und sogar der Sport, um einen bestimmten Lebensstil zu vermitteln. In dieser Hinsicht sammelten sich die Staaten um eine der führenden Mächte und dabei spielte ihr politisches System das entscheidende Element. Kulturelle Verflechtungen und/oder Nähe nahmen eine hintergründige Rolle ein. Die PSS waren in diesem Kontext ein gutes Beispiel, was in den Kapiteln 7 und 8 betrachtet wird.

Die Debatte um den Kulturbegriff wurde weitergeführt und blieb umstritten. Viele Forscher betonten immer wieder die Komplexität des Themas, wie z.B. der Anthropologe A. R. Radcliffe-Brown. Er behauptete, dass Kultur weder ein empirisches Objekt noch unmittelbar greifbar ist und letztendlich eine vage Definition besitzt. Weiterhin stellt das Thema eine methodische, epistemologische sowie ontologische Herausforderung dar (vgl. Reeves, 2004, S. 70-78). Hier stellt sich die Frage der Überprüfbarkeit oder das Prinzip der Verifikation. Tatsache ist, dass sich das anthropologische Konzept bezüglich der Rolle und Bedeutung von Kultur sukzessiv in der Wahrnehmung staatlicher Vertreter durchgesetzt hat. Das Prinzip konsolidierte sich allmählich als Basis für den zwischenstaatlichen Austausch. Die Behauptung „we are our culture“ der amerikanischen Kulturanthropologin Margaret Mead aus dem Jahr 1942 gewann trotz negativer Kritik wegen Ungenauigkeit an Ansehen (vgl. Reeves, 2004, S. 90). Das Thema „Kultur“ geriet aber als eines der Kernelemente in den Hintergrund bei der Analyse der internationalen Beziehungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gewann die Theorie des Realismus an Ansehen, um die zwischenstaatlichen Beziehungen zu erforschen. Dies geschah durch die Veröffentlichung von „Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace“ von Hans Morgenthau im Jahr 1948. In der Folge fokussierten sich die Theoretiker auf die Frage der Macht, der Interessen und der Durchsetzungsmöglichkeiten der Staaten in dem internationalen System und weniger auf die Rolle der Kultur. In „Politics among Nations“ lehnte Morgenthau die Auswirkungen kultureller Aspekte auf die internationalen Beziehungen allerdings nicht ab. Es ist das anthropologische Kulturkonzept, das er in seiner These im Fokus behielt (vgl. Reeves, 2004, S. 105ff.). Er selbst erkannte, dass Kultur ein universelles Phänomen ist, jeden Staat individuell kennzeichnet und eine Rolle bei der Bestimmung von staatlichen Interessen und bei der Suche nach Macht spielt. Er stellte allerdings infrage, ob kultureller Austausch zu einer Art weltweiter Gemeinschaft beitragen

kann, und damit bewegte er sich nicht in der Tradition des kulturellen Internationalismus (Cultural Internationalism).

Das anthropologische Kulturkonzept hat sich ab den 1950er Jahren gegen das humanistische vor allem in den Vereinigten Staaten durchgesetzt und dazu hat die Arbeit von Morgenthau entscheidend beigetragen. Diese Entwicklung verbreitete sich allerdings nicht weltweit und es gab nach wie vor heftige Debatten darüber. Betrachtet man die akademische Auseinandersetzung in Großbritannien, stellt man fest, dass z.B. für die Englische Schule das humanistische Konzept in den 1950er und 1960er Jahren eine Rolle spielte. Die Gründer dieser Forschungslehre waren die Historiker Martin Wight und Herbert Butterfield und sie setzten den Akzent auf die Entwicklung einer normativen Theorie für die Untersuchung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Auch sie weisen der Kultur eine wichtige Rolle in den internationalen Beziehungen zu, allerdings wurde teilweise das Konzept sowohl in der humanistischen als auch anthropologischen Tradition als Basis angewendet. Dies führte zur Verwirrung. Im Fall Martin Wight machte seine Behauptung „states-system presupposes a common culture“ deutlich, dass er ein internationales System unter universellen und vorbestimmten Werten, gemeinsamer Moral und Regeln oder Kulturbasis vorsah (vgl. Reeves, 2004, S. 117f.). Wenn die Staaten so vielfältig sind, sind sie auch kulturell sehr unterschiedlich, wie das anthropologische Konzept betont und letztendlich über Kulturen spricht. In dieser Hinsicht war zweideutig, welche Position die Englische Schule in der Debatte über die Rolle von Kultur in den internationalen Beziehungen vertrat. Aber ein weiterer Vertreter dieser Gruppe, Hedley Bull, übernahm und konsolidierte das anthropologische Kulturkonzept auch als Standpunkt für seine Analyse des zwischenstaatlichen Dialogs. Und er setzte den Akzent auf gemeinsame Interessen und Werte, die die Staaten zusammenbringen könnten, und

weniger auf das Prinzip einer einheitlichen Kultur auf internationaler Ebene. Er zweifelte ohnehin diese Vorstellung an, da nach seiner Einschätzung Kultur ein starkes lokales Phänomen ist und hielt es für nicht möglich, dass sich diese auf das internationale System auswirken könnte. Seine Einstellung hat er in seinem Buch „The Anarchical Society: A study of Order in World Politics“ festgehalten. In der Tat betonte Hedley Bull, dass lokale Kultur eine Rolle bei der Dekolonisierung spielte, da die kolonisierten Völker nach kultureller Befreiung strebten sowie die Wahrnehmung einer intellektuellen und/oder kulturellen angeblichen Vormachtstellung westlicher Länder kritisierten. Letztendlich unterstreicht Bull stark, wie problematisch die Forschung über die Rolle von Kultur in den internationalen Beziehungen ist. Ein anderer wichtiger Autor der Englischen Schule war Raymond John Vincent, der sich mit der Thematik „kultureller Relativismus“ und „weltweite Kultur“ beschäftigte. In seinem Buch „*The Factor of culture in the global International Order*“ debattiert er über die Problematiken des anthropologischen Kulturkonzepts als eines der Elemente, um die internationalen Beziehungen zu analysieren. Kultur ist nach seiner Auslegung wichtig in dem internationalen System, um die Wahrnehmung einer bestimmten Gruppe bezüglich verschiedener Problemstellungen zu eruieren (vgl. Reeves, 2004, S. 130ff.). Er betonte, dass das Kulturkonzept ungenau sei, es aber nützlich sein kann, um die Kulturen zu differenzieren. Hervorzuheben ist, dass die Englische Schule eine Theorie der internationalen Beziehungen anstrebt, die weder realistisch noch idealistisch sein sollte, die aber am Ende verschiedene Widersprüche beinhaltet (vgl. Schieder & Spindler, 2010, S. 257f.). So argumentieren und analysieren verschiedene Autoren dieser Schule dasselbe Thema in unterschiedlicher Art und Weise und Auslegung.

Eine weitere Theorie, die sich u.a. mit der Rolle der Kultur in den internationalen Beziehungen befasst, ist der strukturelle Imperialismus. Diese Theorie basiert auf der Imperialismustheorie, die zuerst von John A. Hobson in seinem Buch „Der Imperialismus“ am Anfang des 20. Jahrhunderts dargestellt wurde. U.a. stellte Hobson wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund, um den Imperialismus bzw. die Expansionspolitik einiger Staaten Ende des 19. Jahrhunderts insbesondere in Afrika zu analysieren. Diese Politik hatte die Macht- sowie die Einflussausdehnung eines Landes über andere Länder zum Ziel, sei politisch, wirtschaftlich oder militärisch, und zwar weltweit. Triebkraft der Besatzungspolitik vor allem europäischer Kolonialmächte waren nach Hobson verschiedene Interessengruppen. Bis zum Zweiten Weltkrieg beschäftigten sich mehrere Autoren mit der Imperialismustheorie und ihr Schwerpunkt liegt nach wie vor auf einer ökonomisch-strukturellen Erklärung des Imperialismus. Die Imperialismustheorie verliert nach der Entkolonialisierungsphase der 1960er Jahre nicht an Erklärungskraft, sondern neue Analysen stützen sich auf sie, um die Abhängigkeiten ehemaliger Kolonien gegenüber den ehemaligen Metropolen zu erläutern. Seitdem spricht man über Neoimperialismus. In diesem Kontext befassen sich verschiedene Forscher damit, die gegenwärtigen zwischenstaatlichen Beziehungen und Abhängigkeiten der ehemaligen Kolonien - auch Dritte Welt genannt - gegenüber den Industrieländern zu analysieren.

In den 1980er Jahren war das anthropologische Kulturkonzept als wissenschaftliches Prinzip weltweit konsolidiert und wurde in der Diskussion über die Rolle von Kultur in den internationalen Beziehungen breit angewendet. Das Prinzip gewann in den 1990er Jahren immer mehr an Aufmerksamkeit. Dies geschah zu einer Zeit, in der der Kalte Krieg sich dem Ende zuneigte und viele glaubten, dass sich eine neue internationale Ordnung durchsetzen

würde. Am Ende des 20. Jahrhunderts nahmen die meisten Menschen auf der Welt wahr, dass Kultur die Völker prägt und uns voneinander unterscheidet. Zahlreiche Studien haben sich mit dem Thema „Staaten und ihre kulturellen Merkmale“ vor den 1990er Jahren befasst. Sie waren vor allem an den kulturellen Elementen interessiert, die die Entscheidungsverfahren der Länder beeinflussen können. Ein Beispiel dafür ist die Arbeit von Jack Snyder, der in seinem Buch „*The Soviet Strategic Culture: Implications for Nuclear Options*“ von 1977, in welchem er nicht nur den Unterschied zwischen den amerikanischen und sowjetischen militärischen Strategien betrachtet, sondern auch über „strategic culture“ sprach. Damit wollte er eruieren, welche Rolle Kultur in der Formulierung einer Strategie spielt. Auch Ken Booth hob in seiner Publikation „*Strategy and Ethnocentrism*“ hervor, dass staatliche Strategie nicht nur durch ein rationales Modell analysiert werden sollte, sondern auch kulturelle Elemente Berücksichtigung finden müssen. Diese Thematik gewann während des Kalten Kriegs vor allem bei den Analysen militärischer Strategien an Bedeutung. Weiterhin untersuchte Bradlye Klein die Frage der intellektuellen Hegemonie. Alle diese Beispiele verdeutlichen, dass Kultur insbesondere für die Analyse von Strategien und in diesem Fall von staatlichen Strategien eine wesentliche Rolle spielt. An die „strategic culturalists“ stellen sich allerdings grundlegende Fragen, wie z.B. in welchem Zusammenhang stehen Kultur, Verhalten und Ergebnisse? John Duffield behauptet, dass die „strategic culturalists“ drei Punkte bezüglich der Merkmale von Kultur teilen. Erstens ist Kultur ein kollektives Phänomen, zweitens ist Kultur einigermaßen stabil und verändert sich nur langsam und drittens sind die Kulturen unterschiedlich und einzigartig. „Strategic culturalists“ benutzen ein einfaches Kulturkonzept, welches sich an dem anthropologischen Konzept orientiert. In diesem Sinne teilt eine Gemeinschaft einige Merkmale, die sie einen, die sie einzigartig und einmalig machen und die ihre Mitglieder letztendlich prägen (vgl. Reeves, 2004, S. 138-148). Auch für die „strategic culturalist“ stellen

sich verschiedene Fragen bezüglich Kultur, wie z.B.: Wie wird das untersuchte Objekt definiert? Wie wird überprüft? Was für ein Element ist Kultur? Kann man das Thema „Kultur“ isoliert beobachten? Ist Kultur ein unabhängiges oder abhängiges Objekt? Ist Kultur homogen und zusammenhängend und letztendlich nachvollziehbar? Kultur ist sicherlich ein sehr abstraktes Thema, das sich nicht leicht erforschen lässt. Insbesondere wird die anthropologische Forschungsmethode hinsichtlich Kultur als ungenau bezeichnet und das resultierende Konzept als nicht klar überprüfbar. Anders gesagt, die ontologische Frage wird immer wieder gestellt. Trotz aller Schwierigkeiten hat „strategic culturalist“ dazu beigetragen, neue Wege zu entwickeln, welche Rolle Kultur bei staatlichen Entscheidungen spielt. In den 1990er Jahren wurde die Debatte über die Einflüsse von Kultur auf die internationalen Beziehungen von Samuel Huntington vorangetrieben und löste erneut heftige Auseinandersetzungen aus.

Die Gründung der CPLP im Jahr 1996 fand in einem Moment statt, in welchem die Thesen von Samuel Huntington große Aufmerksamkeit genossen und schienen seine Prognose zu bestätigen. Die CPLP ist vor allem auf portugiesische und brasilianische Initiative zurückzuführen, die auf die zweite Hälfte der 1970er Jahre zu datieren ist. Die Entstehung der CPLP scheint der internationalen Tendenz zu entsprechen, nämlich dem Zusammenschluss von Staaten, die mehr oder weniger kulturelle Nähe und historische Verbundenheit teilen. Dieser Trend wurde im Rahmen der internationalen Geschehensabläufe der 1980er und 1990er Jahre verstärkt und befeuerte eine Debatte über den Kurs der internationalen Allianzpolitik der Länder. Diese Ereignisse schienen darauf hinzuweisen, dass die Staaten ihre Außenpolitiken stärker an regionaler und kultureller Nähe orientieren wollten, als das bis dahin der Fall war. Der wirtschaftliche Regionalismus war schon durch die EWG etabliert und

Prognosen zur Folge sollten immaterielle Faktoren wie kulturelle Nähe große Einflüsse auf die Außenpolitik der Staaten ausüben. Zunehmend geriet der Ausdruck „Wertegemeinschaft“ in den Fokus der Diskussion und damit sind die kulturellen Verbindungen verschiedener Gruppierungen gemeint. In diesem Kontext fand das Buch von Samuel P. Huntington „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“, das im Jahr 1996 veröffentlicht wurde und unter dem Titel „Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“ in deutscher Sprache erschien, große Aufmerksamkeit. Es treibt eine dauerhafte Debatte über die Rolle von kultureller Nähe und deren Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen voran. In der Auseinandersetzung beschäftigt sich Huntington mit der Frage, wie die Staaten ihre Allianzen nach dem Ende des Kalten Krieges gestalteten. Ein weiteres Thema war und ist, wie sich Staaten im Zuge politischer Entwicklungen gegenseitig beeinflussen. Damit beschäftigte sich Samuel Huntington ebenfalls in seinem Buch „The third wave: Democratization in the late twentieth century“, das im Jahr 1991 veröffentlicht wurde. Huntington spricht über drei Demokratisierungswellen und auch in diesem Fall spielen kulturelle Verflechtungen eine wichtige Rolle. Diese Entwicklung fand auch in den PSS statt und wieder schien sie der These von Huntington zu entsprechen.

Eine weitere Rolle spielt das Thema „kulturelle Nähe“ beim Außenhandel und damit beschäftigen sich verschiedene Außenhandelstheorien. Besonders stehen die Faktoren im Fokus, die den Außenhandelsaustausch hemmen oder fördern. Die Einflussfaktoren darauf sind vielfältig wie z.B. die nationalen Handelspolitiken und Herstellungsregelungen, kulturelle Bedingungen – Sitten, Religionen, Sprachen - und historische Animositäten oder Verflechtungen, letztendlich geografische Entfernung, die die Transportlogistik bestimmt. All die genannten Faktoren verursachen Kosten. Ziel diese Arbeit ist zu überprüfen, ob im Fall der

PSS ihre kulturelle Nähe und vor allem die gemeinsame Sprache ein förderndes Element für bedeutenden Handelsaustausch untereinander ist. In diesem Zusammenhang ist das Gravitationsmodell ein analytisches Modell, das von Jan Tinbergen in den 1960er Jahren entwickelt wurde und auf dem Newtonsche Gravitationsgesetz der Physik basiert. In diesem Modell spielt Sprache eine zentrale Rolle als Hemmnis oder Förderung des Handelsaustauschs zwischen den Regionen der Welt. Unterschiedliche Sprachen führen zu Übersetzungskosten, während gemeinsame Sprache reibungslosere oder einfachere Kommunikation ermöglicht bzw. keine oder niedrigere Übersetzungskosten verursacht (vgl. Melitz, 2002, S. 674f.). Darüber hinaus können gemeinsame Sprachen, Sitten und Geschichte, die z.B. durch koloniale Verbindungen entstanden sind, dazu beitragen, dass das gegenseitige Verständnis bzw. die Kenntnisse voneinander eine breite gesellschaftliche Basis schaffen.

2.2 Die Debatte über die Rolle kultureller Nähe in den zwischenstaatlichen Beziehungen ab den 1970er Jahren

Die Weltbühne des 20. Jahrhunderts war durch zwei Kräfte beherrscht: die Vereinigten Staaten und die UdSSR. Mit diesen beiden Ländern haben sich andere Staaten in verschiedener Intensität alliiert und aus diesem Grund sprach man über eine bipolare internationale Lage. In dem Fall der PSS waren Portugal und Brasilien auf der Seite der Vereinigten Staaten und die seit 1974 bzw. 1975 unabhängig PALOP mehr oder weniger auf der Seite der UdSSR. Die Konfrontation Moskau-Washington wurde ohne direkten bewaffneten Krieg geführt, aber beide haben mittels einer hartnäckigen ideologischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Politik um die Ausweitung ihrer Einflusszonen gekämpft. Darüber hinaus attackierten sie sich innerhalb der Vereinten Nationen und waren in verschiedenen Kriegen in Drittländern direkt oder indirekt engagiert. Dieses war der Fall in

Afrika, wo Washington und Moskau während der Entkolonialisierungszeit ihre Einflüsse geltend machen wollten und unterschiedliche Gruppierungen unterstützt hatten.

Um ihre Einflüsse geltend machen zu können, griffen und greifen die Länder auf verschiedene Mittel zurück und eines davon sind die kulturellen Maßnahmen. Die Debatte über die Rolle kultureller Nähe in ihren zahlreichen Formen in den zwischenstaatlichen Beziehungen waren während des Kalten Krieges in den Hintergrund geraten, gewannen aber ab den 1970er Jahren neue Impulse. Es rückte die Frage in den Vordergrund, wie sich die Staaten gegenseitig beeinflussen sowie welche Variablen in diesem Kontext entscheidend sind. In dem Zusammenhang dieser Arbeit sind vier Theorien von Interesse: die Theorie des strukturellen Imperialismus, die Theorie der Kulturkreise, die Theorie der „Cultural Neighbors“ und auch das Gravitationsmodell. Alle diese Theorien messen kultureller Nähe in unterschiedlicher Weise eine zentrale Bedeutung bei der Analyse des Geschehens in den internationalen Beziehungen bei. In der hier analysierten Ländergruppe dienen diese Theorien dazu, zu eruieren, inwieweit ihre kulturelle Nähe und Verbindungen in der Tat für ihre Beziehungen untereinander eine Rolle spielen.

Mit der Entstehung immer neuer Staaten durch die Entkolonialisierungsprozesse änderten sich die zwischenstaatlichen Beziehungen ab den 1960er Jahren gewaltig und dadurch verloren viele Länder, vor allem aus Europa, ihren direkten Einfluss bzw. die Kontrolle auf verschiedene Regionen der Welt. Dies ist der Fall Portugals in Asien, aber vor allem in Afrika in den 1970er Jahren. Diese Entwicklung soll jedoch nicht als das Ende der engen Beziehungen ehemaliger Mutterländer zu ihren Kolonien verstanden werden, da während der Kolonialzeit verschiedene soziale, politische, wirtschaftliche u.a. Verflechtungen und Vernetzungen geschaffen wurden. Zwischen diesen Akteuren bestehen diverse Interaktionen. Diese

Erkenntnis gilt nicht nur für die Regionen, die nach der Afrikakonferenz in Berlin (1884/1885) besetzt wurden, sondern für alle Regionen der Welt, die ab dem 16. Jahrhundert kolonisiert wurden. Auf Portugal bezogen gilt dies für Brasilien. Vor allem die vielfältigen Einflüsse von ehemaligen Mutterländern auf ihre früheren Kolonien blieben bestehen, sei es durch die kulturellen Aspekte – wie die Sprache und der Lebensstil – sei es durch die angesiedelten Einwanderer und ihre Nachfahren oder sei es durch gegenseitige wirtschaftliche Interessen oder weitere Möglichkeiten.

Der Zusammenbruch und die spätere Auflösung der UdSSR im Jahr 1991 und infolgedessen das Ende des kommunistischen Blocks markierten eine ungeheure Wende in dem internationalen Panorama. Damit ist eine neue regionale Konstellation in Europa entstanden, mit verschiedenen Folgen. Ab diesem Zeitpunkt wurde eine weltweite Dynamik ausgelöst und die zwischenstaatliche Ordnung hat sich in den darauffolgenden Jahren tiefgreifend verändert. Dennoch hat dies keine Reformveränderungen der internationalen Architektur bewirkt, was sich folglich in den internationalen Institutionen widerspiegelt. Wird die politische Entwicklung allein innerhalb der PSS betrachtet, so wird deutlich, dass der Ausbruch der portugiesischen Kolonialkriege in Afrika ab 1961 eine Art Zäsur war. Später wies das Ende der salazaristischen Diktatur auf einen völlig neuen Weg in den Beziehungen der PSS untereinander hin. Allerdings war die Lage in den PSS noch während der 70er und der 80er Jahre dem Ostwestkonflikt untergeordnet. Parallel zu dieser Tatsache war aber eine neue politische Richtung in den PSS zu beobachten, die mit der Nelkenrevolution und der Demokratisierung in Portugal seinen Anfang hatte. Innerhalb der PSS sind mehr oder weniger Demokratisierungsbewegungen seitdem zu erkennen. Die Frage, die sich stellt, ist, ob das politische Geschehen in Portugal irgendwelche Einflüsse auf die anderen PSS gehabt hat. Diese

Entwicklung fing vor dem Ende des Kalten Krieges an und erstreckte sich weit darüber hinaus. Nach 1991 galt es zu klären, was viele Beobachter beschäftigte, wie sich die Staaten in dieser neuen internationalen Konstellation verhalten und vor allem wie die künftigen staatlichen Allianzen aussehen würden. Welche Variablen würden ab diesem Zeitpunkt die internationalen Beziehungen leiten? Mit diesen Fragestellungen beschäftigten sich gleich mehrere Wissenschaftler/innen, um darauf mögliche Antworten zu finden.

In diesem Kontext stellte Samuel P. Huntington als Professor für Politikwissenschaft eine der bekanntesten Thesen auf, die bis heute die Analysen der internationalen Beziehungen nach 1991 prägt. In seinem Buch „Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“ befasste er sich mit der Entwicklung der globalen Politik. Er selbst betont, dass sein Buch kein sozialwissenschaftliches Werk ist, sondern es geht vielmehr um eine Interpretation (vgl. Huntington, 2002, S. 9). Seine These ist durch die Geschichte bzw. Interaktionen der Menschheit geprägt, welche er selbst als Geschichte von Kulturen bezeichnet (vgl. Huntington, 2002, S. 35). Zentrale Säule seiner These sind die Kulturkreise oder die Zivilisationen, anders gesagt, die Identitätsfrage und ihre Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen. Die Identitätsfrage bestimmt nicht nur im Allgemeinen die Weltanschauung der Menschen, sondern sie wirkt sich bis auf den Kurs des internationalen Geschehens aus. Das Ende des Kalten Krieges hat letztendlich zu einem multipolaren sowie multikulturellen internationalen System geführt, in dem die kulturellen Verbindungen nach Huntingtons Analyse die Hauptachse bilden. In diesem neuen Kontext verbinden sich Staaten, die enge Affinitäten besitzen. Kann man dieses Argument auch für die PSS gelten lassen?

Die Kulturkreise bestehen aus einem Führungs- oder Kernstaat, der wiederum ein Art Kulturkern bildet, somit das Zentrum darstellt. Zahlreiche Merkmale bezeichnen die

Kulturkreise wie z.B. Religion, philosophische Voraussetzung, Herkunft, Sprache, gemeinsame Geschichte, Werte oder Grundwerte, Sitten und Gebräuche (soziale Beziehungen) sowie Institutionen. In dieser neuen Weltordnung gewinnen verschiedene Staatengruppen, die gemeinsame Identität und daher kulturelle Verwandtschaft aufweisen, gewaltig an Einfluss, was Huntington „Politik der Ethnizität“ oder „Politik von Kulturkreisen“ nennt. Was die Menschen seiner Meinung nach verbindet, ist nicht ihre Ethnizität, sondern die kulturellen Verflechtungen verbinden die Ethnien. Eine Folge daraus ist die Entschärfung oder Überwindung von ideologischen Konflikten innerhalb der Kulturkreise und die Wiederannäherung (vgl. Huntington, 2002, S. 17ff.). Diese führt wiederum zu enger politischer und wirtschaftlicher Kooperation, behauptet er. Diese Tendenz wurde auf der internationalen Ebene während des Kalten Krieges einfach verzögert, was aber ein latentes Phänomen war.

Die Debatte um die Definition von „Kulturkreis“ ist allerdings kontrovers und wird von verschiedenen Autoren geführt. Im Allgemeinen kann behauptet werden, dass ein Kulturkreis aus bestimmten gemeinsamen Werten, Normen, Institutionen und Denkweisen besteht und durch einen spezifischen kulturschöpferischen Prozess entstanden ist (vgl. Huntington, 2002, S. 37f.). Huntington selbst zitiert Toynbee wie folgt:

„Allen Zivilisationen ... ist ein gewisses Maß an Integration zu eigen. Ihre einzelnen Teile definieren sich durch ihr Verhältnis zueinander und zum Ganzen. Setzt sich die Zivilisation aus Staaten zusammen, werden diese Staaten untereinander mehr Beziehungen haben als zu Staaten außerhalb der Zivilisation. Sie könnten mehr miteinander streiten und häufiger diplomatische Beziehungen unterhalten. Sie werden ökonomisch abhängiger voneinander sein. Es wird übergreifende ästhetische und philosophische Strömungen geben.“ (Huntington, 2002, S. 38)

Der Kulturkreis hat eine Basis, die die kulturelle Einheit bildet. Innerhalb des Kulturkreises gibt es zwar kulturelle Heterogenität, aber eine gemeinsame Kultur verbindet die Menschen. Es ist das Gefühl von „Wir“, das sowohl objektive als auch subjektive Elemente besitzt oder wie er

selbst schreibt die „Ebene der Identifikation“ darstellt. Die objektiven Elemente sind erkennbar – wie z.B. die Sprache – währenddessen basieren die subjektiven auf der Identifikationsebene, was sich durch emotionale Verbindungen begründet.

Während des Kalten Krieges spielte kulturelle Zusammengehörigkeit eine untergeordnete Rolle und Staaten, die Affinitäten besaßen, gehörten oft zu verschiedenen Allianzen. Diese Entwicklung fand auch innerhalb der PSS statt, die sich während der Kolonialkriege abgeildet hat und nach den Unabhängigkeiten aller portugiesischen afrikanischen Kolonien konsolidierte. Nach Huntington wurde dieses Muster überwunden und an seiner Stelle wurde kulturelle Zusammengehörigkeit zu einem sowohl polarisierenden als auch einigenden Faktor in den internationalen Beziehungen. Nach seiner These besteht die Welt aus sieben oder acht großen Kulturkreisen, die unterschiedliche Interessen auf internationaler Bühne aufweisen. Wiederum wurden sie nach westlichen und nichtwestlichen Kulturen aufgeteilt. Er selbst gibt zu, dass dieses Schema sehr vereinfacht ist, dennoch dient es dazu, das internationale Agieren der Staaten strukturiert zu verstehen. Keine Theorie, kein Paradigma, Modell oder Konzept ist in der Lage, die ganze Realität des internationalen Geschehens zu erklären (vgl. Huntington, 2002, S. 20ff.). Nach seinem Paradigma gibt es eine Bewegung, die sich gegen die immer stärker werdende weltweite Integration stellt. Sie strebt an, ihre Kultur zu behaupten und ihr Bewusstsein zu verstärken.

Die These, dass eine universale Kultur weltweit entsteht, lehnt Huntington kategorisch ab. Vor allem kritisiert er diejenigen, die eine Art weltweiter gemeinsamer Schöpfungswerte, Überzeugungen, Orientierungen, Praktiken und Institutionen favorisieren. Die Entwicklung eines weltweiten Systems gemeinsamer Werte stellt Huntington somit infrage. Trotz agierender internationaler Organisationen, privater Unternehmen, internationalem Handel,

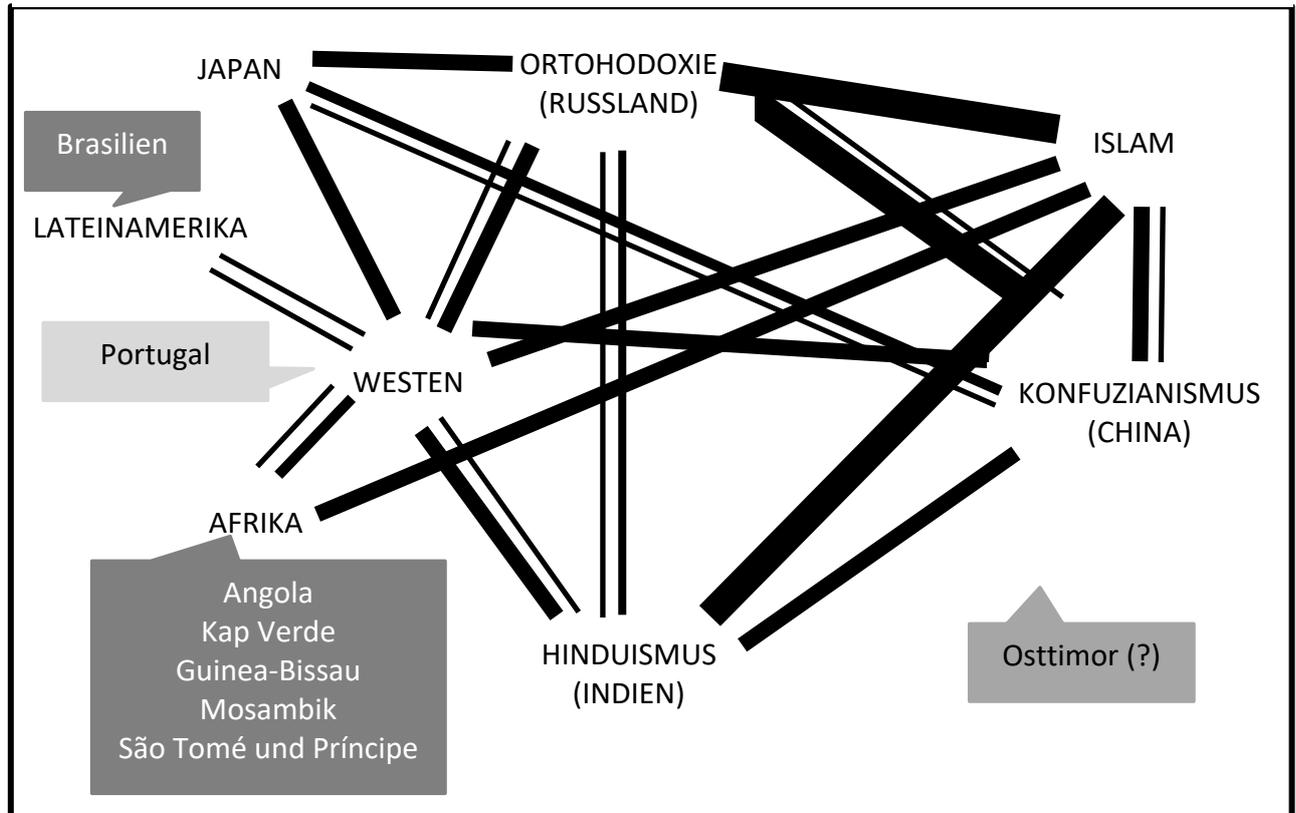
internationaler Nachrichtenagenturen u.a., die sowohl die Interaktionen der Menschen als auch den kulturellen Austausch immer mehr fördern, nehmen sich die Menschen aber in ihrer kulturellen Umgebung wahr (vgl. Huntington, 2002, S. 70f.) und er behauptet:

„Menschen definieren ihre Identität über das, was sie nicht sind.“
(Huntington, 2002, S. 71)

In seinem Buch findet sich eine Abbildung, auf der die wichtigsten Kulturkreise genannt und ihre Zugehörigkeit verdeutlicht werden. Diese Darstellung hat der Verfasser dieser Arbeit um die PSS ergänzt und man stellt sofort fest, dass Huntington diese Länder in unterschiedliche Kulturkreise einordnet. Nur die PALOP gehören zu der gleichen Gruppe. Brasilien wird Lateinamerika und Portugal dem Westen zugeordnet. Der Inselstaat Osttimor, der in Asien liegt und nur an Indonesien grenzt, kann keiner Gruppierung zugeordnet werden. Nach Daten der osttimorischen Regierung¹⁰ sind 90% der Bevölkerung katholisch, was das Land deutlich von Indonesien unterscheidet, wo die Mehrheit der Einwohner muslimisch ist. Bezüglich der Sprache ist Portugiesisch zwar eine der offiziellen Amtssprachen, aber nicht die von der Bevölkerung am meisten gesprochene. Osttimor ist deswegen in Abbildung 2.2.C mit einem Fragezeichen versehen

¹⁰ Siehe Governo de Timor-Leste, kein Datum.

Abbildung 2.2.A Weltpolitik und Kulturkreise: Potenzielle Bündnisbildungen



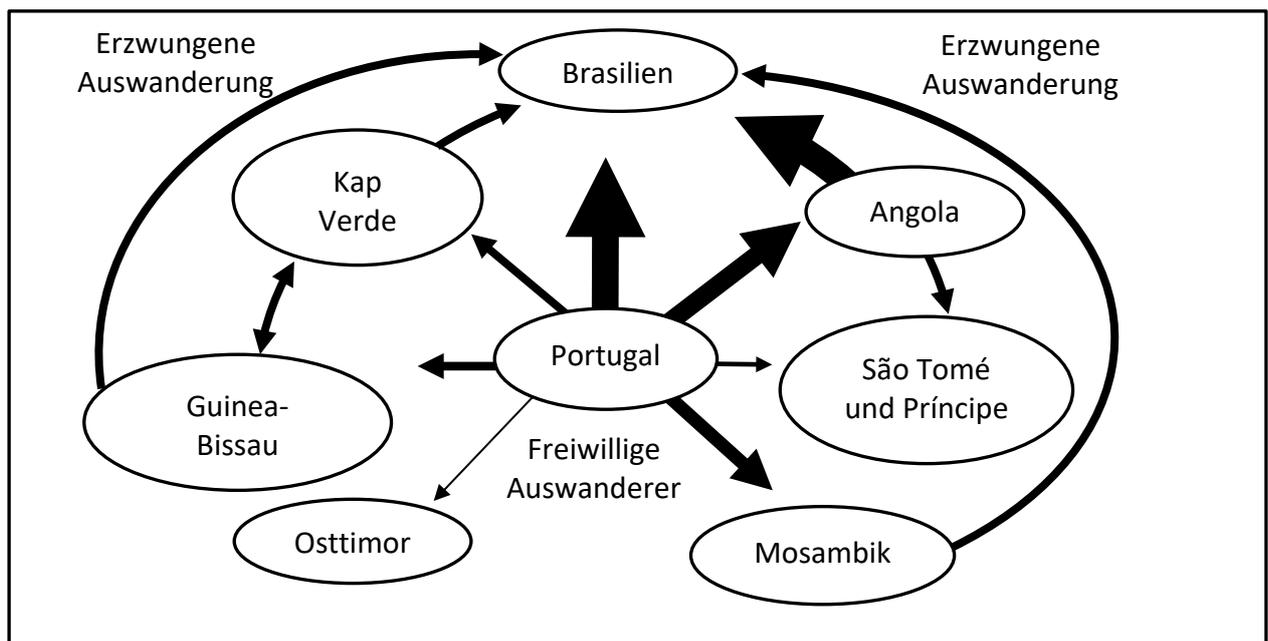
Eher konfliktträchtig
 Weniger konfliktträchtig

Quelle: Huntington, 2002, S. 295.

Die Abbildung 2.2.C verdeutlicht, dass die Religion ein zentraler Begriff in der These Huntingtons ist. Kein Mitglied der PSS gehört zu einem der aufgeführten Religionskulturkreise. Innerhalb der PSS spielt das Christentum allerdings eine wichtige Rolle, was diese Staaten weiterhin verbindet, aber Huntington teilt dieses religiöse Merkmal keiner Gruppe zu. Neben diesem Element sieht er die Sprache ebenfalls als ein wichtiges Kennzeichen, um einen Kulturkreis zu definieren (vgl. Huntington, 2002, S. 60-68). In dieser Hinsicht kann man behaupten, dass die acht PSS zumindest einige der Grundelemente seiner These besitzen. Behauptet Huntington, dass ähnliche Kulturen zusammenrücken, stimmt dies auch im Fall der PSS. Diese Länder versuchten schon ab den 1970er Jahren ihre Beziehungen untereinander

neu zu orientieren. Die verschiedenen kulturellen Verflechtungen dieser Staaten wurden stark durch den Völkeraustausch bzw. freiwillige oder erzwungene Auswanderung gefördert. Die untere Abbildung 2.2.D schematisiert grob die unterschiedliche Völkerbewegung innerhalb der PSS und beabsichtigt die Stärke der kulturellen Einflüsse durch die Auswanderungsanzahl- und -intensität sichtbar zu machen.

Abbildung 2.2.B Kulturkreis der PSS und Völkeraustausch



➔ Je stärker die Pfeile, desto größer die Einwanderungsbewegung.

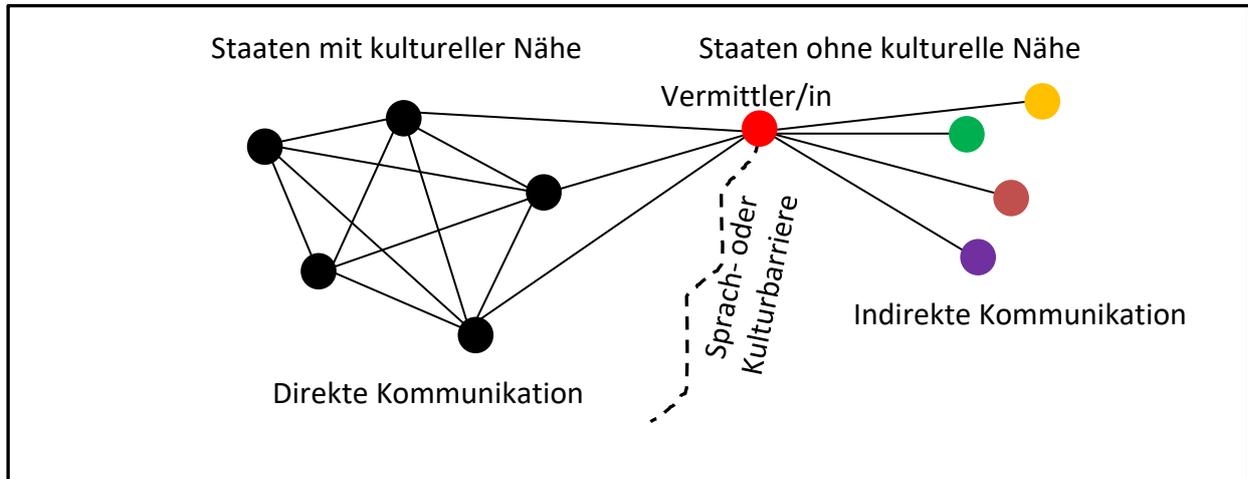
Von den kulturellen Voraussetzungen her und nach Huntingtons These erfüllen die PSS viele seiner Bedingungen, eine kulturelle Gemeinschaft zu sein. Kulturelle Gemeinsamkeit ist nach ihm eine der Voraussetzungen, um die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt zu fördern. Er geht noch weiter und behauptet, dass wirtschaftliche Integrationsabsicht stark von der kulturellen Homogenität der beteiligten Mitgliedstaaten abhängig ist. Zu hinterfragen dabei ist, ob diese These bezüglich der PSS anzuwenden ist.

Ein weiteres Thema von Interesse dieser Arbeit ist, wie innenpolitische Entwicklung in einem Staat einen Drittstaat beeinflussen kann. Spielen kulturelle Verbindungen in diesem Bereich eine Rolle? Verschiedene Autoren/innen wie auch Barbara Wejnert betonen, dass die Verbreitung von Demokratie von diversen Variablen abhängt, wie z.B. sozioökonomische Entwicklung, Anzahl von Demokratien in einer bestimmten Region (geografische Nähe), Mitgliedschaft in wirtschaftlichen und/oder politischen Organisationen, Informationszugang etc. (vgl. Wejnert, 2005, S. 53ff.). Mit dem Thema beschäftigte sich Samuel Huntington in seinem Buch „The third wave: democratization in the late twentieth century“. Er selbst ordnete drei Demokratisierungswellen ein. Die erste Welle fand von 1828 – 1926 statt, als Folge der Amerikanischen und Französischen Revolutionen. Die zweite Welle fing sofort nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 an. Der Anfang der dritten Demokratisierungswelle wurde mit der Nelkenrevolution (1974) in Portugal datiert. Es gab auch zwei antidemokratische Wellen – *reverse wave* - zu beobachten: die erste zwischen 1922 - 1942 und die zweite zwischen 1958 – 1975.

Aus der dritten Demokratisierungswelle erkennt Huntington, dass die politische Entwicklung Portugals auch andere Staaten erreichte. Abgesehen von inneren Ereignissen, die die politische Entwicklung eines Landes bestimmen, stellte Huntington verschiedene externe Abläufe vor, die die innenpolitische Lage eines Landes entscheidend beeinflussen können. Die Demokratisierung eines Landes hängt mit mehreren Variablen zusammen, die nicht nur aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Elementen bestehen. Auch weitere Schlüsselakteure wie Militärs und religiöse Organisationen spielen eine zentrale Rolle, um ein solches Verfahren zu ermöglichen. Bevor so ein politischer Prozess an Schwung gewinnt, liegt es nahe, dass sich die Schlüsselakteure mit der Thematik auseinandergesetzt haben müssen.

In dieser Konstellation spielt für Samuel Huntington kulturelle und geschichtliche Nähe eine Rolle. In dem Fall von Mutterländern und ihren ehemaligen Kolonien sind die politischen Traditionen – wie z.B. die Verwaltungsinstitutionen sowie die Redefreiheit, die während der Kolonialzeit herrschten - weiterhin wichtige Faktoren für die künftige politische Entwicklung des nunmehr unabhängigen Landes nach Huntingtons Einschätzung (vgl. Huntington, 1991, S. 43ff.). Externe politische Ereignisse können zu „snowballing“ oder „*demonstration effect*“ führen. Diesbezüglich können die staatlichen Akteure von anderen Ländern lernen, wie Demokratisierungsverfahren zu organisieren sind. Sie dienen als Beispiele für dritte Staaten und dieses Phänomen ist durch den immer stärker werdenden weltweiten Informationsaustausch geprägt. Auch antidemokratische Entwicklung in einem Land kann sich auf andere Länder verbreiten. Noch zwei weiteren Autoren, David Wong und Robert D. Woodberry, behaupten in ihrem Artikel „Who is my Neighbor? Cultural proximity and the diffusion of democracy“, dass eine noch stärkere Verbindung kultureller Nähe und die Verbreitung von Demokratien auf der Welt korrespondieren. Ihr Hauptargument ist ebenfalls die Rolle der kulturellen Nähe. Dies bezeichnen die Autoren als kulturelle Nachbarschaft (Cultural Neighbors). In diesem Zusammenhang ist der Verbreitungsmechanismus durch die gemeinsame oder ähnliche Religion, Sprache, koloniale Geschichte und die Werte vereinfacht und dadurch die Nachahmung auch deutlicher problemloser. Entscheidend in diesem Fall ist die gemeinsame Sprache, die für den Informationsaustausch sowie die direkte Kommunikation der sozialen Akteure kein großes Hindernis darstellt. Weiterhin sind bei den ehemaligen Kolonien und ihren Mutterländern oftmals die politischen Institutionen ähnlich skizziert und strukturiert, was das Verständnis logischerweise vereinfacht und nachvollziehbarer macht.

Abbildung 2.2.C Theorie der „Cultural Neighbors“ und die Auswirkung auf die internationalen Beziehungen



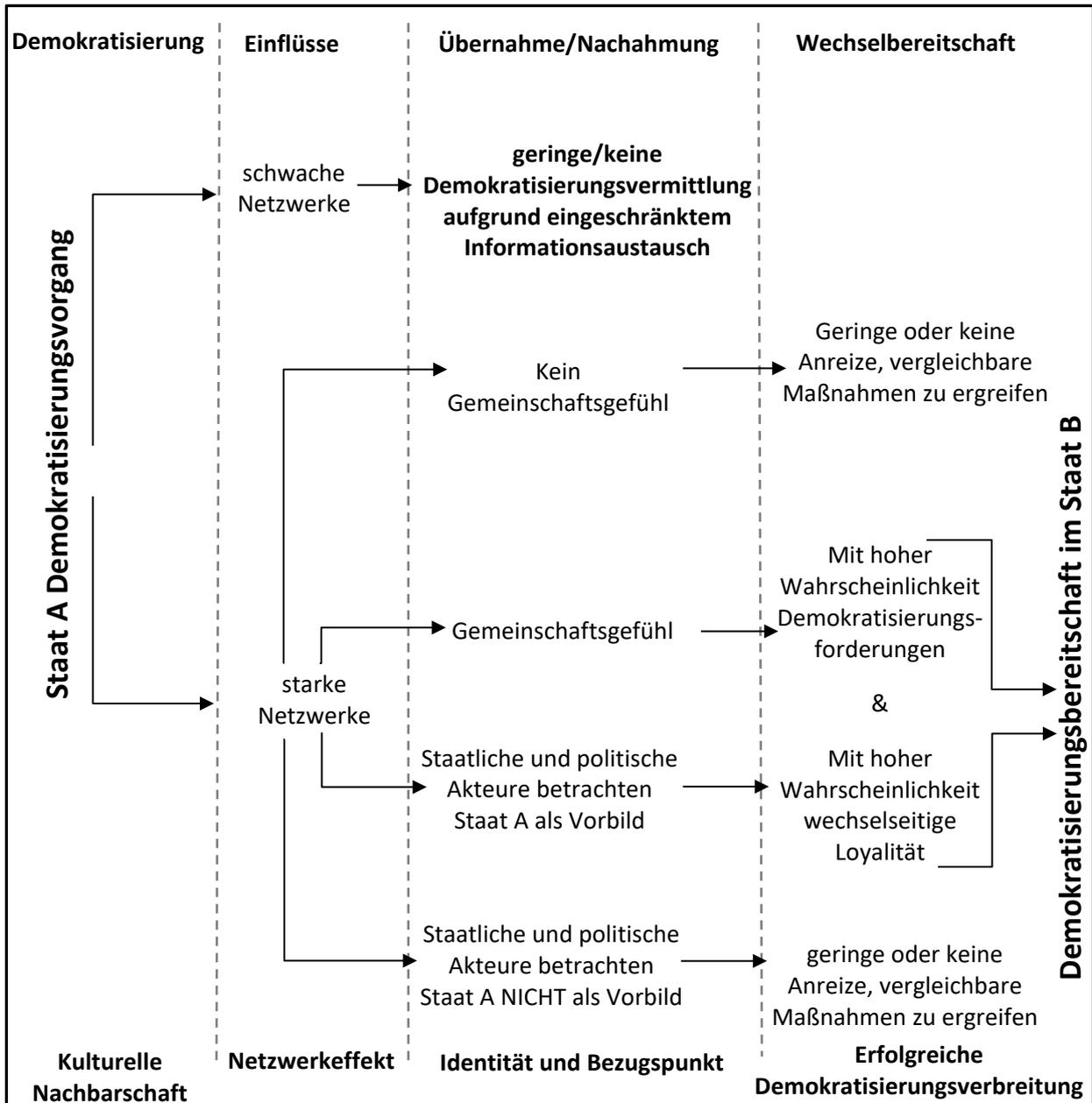
Quelle: Wong & Woodberry, 2015, S. 39.

Wie das obere Bild verdeutlicht, finden die direkte Kommunikation sowie der Informationsfluss zwischen Staaten mit kultureller Nähe ohne irgendwelche Vermittler statt. Währenddessen tauschen sich Staaten ohne kulturelle Nähe deutlich weniger intensiv aus und die Kommunikation wird erst durch einen Vermittler bzw. einen(e) Übersetzer/in ermöglicht. In diesem Zusammenhang spielt die geografische Nähe eine hintergründige Rolle und für die beide Autoren ist diese Variable nicht entscheidend, um die Demokratisierung zu fördern, sondern die Verbreitung der Demokratie hängt vielmehr von der kulturellen Nähe ab. Beispiel dafür sind die Demokratisierungsprozesse in Portugal und Spanien, die sich nicht nach Nordafrika verbreitet haben (trotz der geringen Entfernung), sondern in die damaligen portugiesischen und spanischen Kolonien. In dieser Hinsicht ist zu überprüfen, ob die Demokratisierungsverfahren in den PSS auch diese Merkmale aufweisen.

Der Demokratisierungsvorgang nach der Hypothese von David Wong und Robert D. Woodberry hängt allerdings nicht nur mit einer gemeinsamen Sprache zusammen, sondern es sind weitere Kriterien zu berücksichtigen. Wie die Abbildung 2.2.F darstellt, ist es für die

Demokratisierungsverbreitung von einem Land zu anderen Ländern von wesentlicher Bedeutung, zunächst über ein Netzwerk zu verfügen. Die Stärke dieses Netzwerks ist ausschlaggebend für die Vermittlung und den Austausch von Informationen. Besteht ein schwaches Netzwerk, ist ein Scheitern des Verbreitungsmechanismus aufgrund des eingeschränkten Informationsaustauschs sehr wahrscheinlich. Im Falle von starken Netzwerken spielen noch weitere Kriterien eine Rolle, um die Demokratisierungsverbreitung zu aktivieren. Eines davon ist das Gemeinschaftsgefühl. Zwischen Staaten ohne Gemeinschaftsgefühl ist die Wechselbereitschaft gering und führt letztendlich zu keiner Demokratisierungsmaßnahme. Länder, die Gemeinschaftsgefühl teilen, haben hohe Chancen, ihre Erfahrungen und Informationen über den Demokratisierungsvorgang auszutauschen. Dies geschieht freiwillig und fast automatisch, da der Informationsaustausch allein durch die gemeinsame Sprache und ohne Vermittler/in erreicht werden kann. Dafür ist aber noch eine Voraussetzung notwendig, nämlich dass die staatlichen und politischen Akteure den Staat, in welchem die Demokratisierung stattgefunden hat, als Vorbild akzeptieren. In diesem Fall finden zwei Bewegungen gleichzeitig statt. Erstens fordert die Gesellschaft die Demokratisierung und zweitens zeigen die staatlichen und politischen Akteure bzw. die Elite Wechsel- bzw. Demokratisierungsbereitschaft. Betrachten aber die Handelnden den demokratisierten Staat nicht als Vorbild, ergreifen sie sehr wahrscheinlich keine vergleichbaren Demokratisierungsmaßnahmen, trotz der gesellschaftlichen Forderungen.

Abbildung 2.2.D Hypothese über den Verbreitungsmechanismus der Demokratisierung zwischen zwei Staaten



Quelle: Wong & Woodberry, 2015, S. 38.

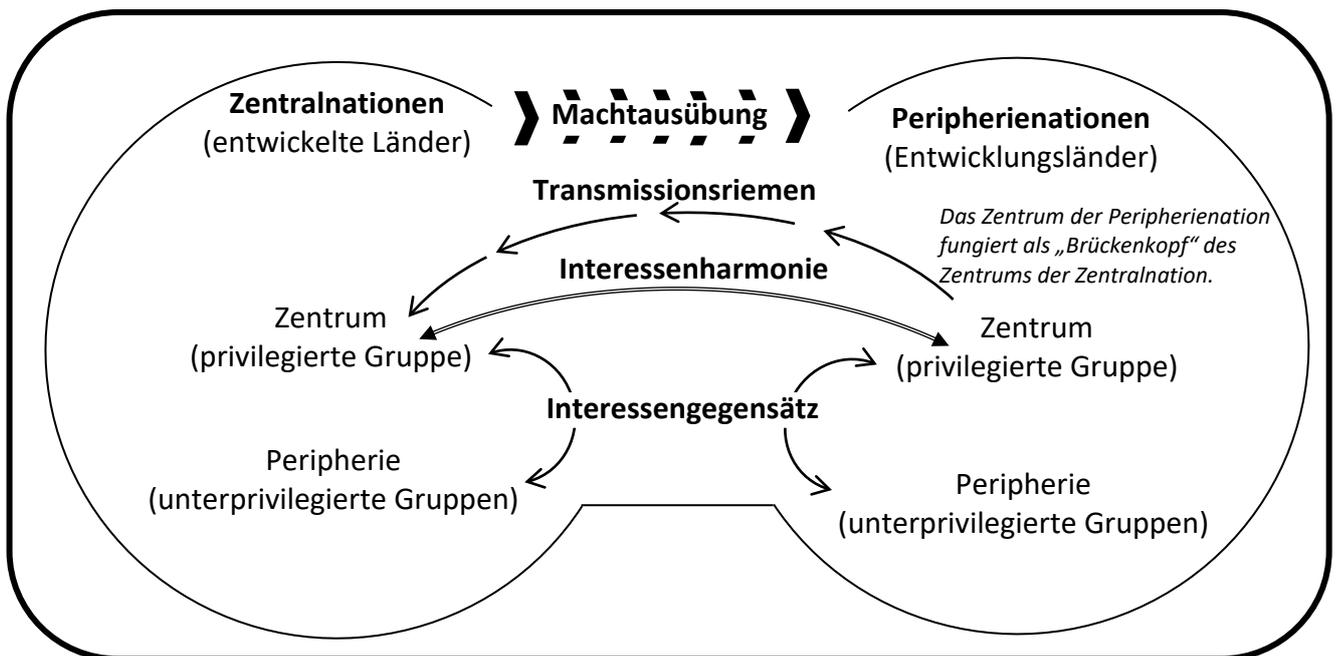
Die Debatte über kulturelle Nähe und geschichtliche Verbundenheit ist sehr kontrovers und wird auch von anderen Forschern geführt, aber unter einer anderen Sichtweise. Diese Wissenschaftler setzen Akzente auf die Analyse vergangener sowie gegenwärtiger struktureller und reproduktiver Bedingungen oder Mechanismen, die z.B. den Einfluss eines Staates auf einen anderen erklären können. Sie sind Anhänger der Interdependenz-These, die

besagt, dass das internationale System durch Abhängigkeitsstrukturen sowie Abhängigkeitsketten gekennzeichnet ist. Sie erkennen, dass das internationale System nach 1945 allmählich durch eine neue Hierarchisierung der internationalen Gesellschaft bzw. Staaten und Staatengruppen gestaltet wurde und durch politische, ökonomische, technologische, wissenschaftliche sowie militärische Disparitäten geprägt war und ist (Vgl. Senghaas, 1972, S. 8f.). Diese Theoretiker setzen voraus, dass die Staaten der Dritten Welt durch ihre jeweilige Führungsriege bzw. Regierungen das Industrialisierungsmodell als Ziel aufgenommen haben und bestrebt sind, ihre Länder in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren. Um dieses Vorhaben erreichen zu können, müssen diese Staaten Zugang u.a. zum Kapital und zur Technologie haben, um die Industrialisierung zu fördern. In diesem Zusammenhang stehen viele ehemaligen Kolonien in einer Abhängigkeitsbeziehung zu industrialisierten Ländern, die eventuell einmal ihr Mutterland waren. Was dieses System prägt, sind die Asymmetrie zwischen den Staaten und gleichzeitig ihre gegenseitigen Abhängigkeitsbeziehungen. Nach dieser Analyse üben die mächtigen Industrienationen Einflüsse auf die peripheren Länder aus, die sich in allen Bereichen einschließlich der kulturellen Aspekte der abhängigen Staaten auswirken. Dieser Behauptung entspricht das Zentrum-Peripherie-Modell, das sich auf die Machtposition eines Landes gegenüber schwächeren stützt (Vgl. Senghaas, 1972, S. 16f.). In diesem Fall ist das zwischenstaatliche System vielschichtig und die Einflüsse finden zwischen den Staaten in unterschiedlicher Weise statt. Ein weiteres Argument dieser Theorie ist die Rolle von internationalen Organisationen. Sie dienen der Konsolidierung der Machtausübung der dominanten Staaten (Vgl. Senghaas, 1972, S. 13). Internationale Organisationen sind Vertreter von kollektiven Interessen und widerspiegeln die Machtverhältnisse ihrer Mitglieder.

In diesem Zusammenhang steht die Theorie des strukturellen Imperialismus von Johan Galtung für diese Arbeit im Vordergrund. Dieser Theorieansatz, der das internationale System in zwei Gruppen teilt, und zwar in die zentralen und die peripheren Staaten, wird kurz dargestellt. Nach seinen Erkenntnissen besteht das internationale System aus Ungleichheit oder Diskrepanz in und zwischen den Nationen, was sich durch das Herrschaftssystem in und zwischen den Staaten erklären lässt. Ungleichheit ist in dieser Theorie eine der Hauptformen von struktureller Gewalt¹¹ (Vgl. Galtung, 1972, S. 29f.). Dieses System funktioniert durch die Allianzen der herrschenden Gruppierungen der jeweiligen Staaten, wie das untere Schaubild darstellt.

¹¹ Die von Johan Galtung entwickelte Theorie der strukturellen Gewalt ist durchaus ein sehr kompliziertes Konzept, das nicht nur auf das Verhalten von Staaten untereinander angewendet werden kann, sondern auf jede Art von Interaktionen. In diesem Kontext steht die Untersuchung über das Thema „Machtausübung“. Das Wort „Struktur“ bezieht sich sowohl auf institutionell vereinbarte Regelungen und Gesetze als auch auf alle Art Permutationen sozialer Interaktion. Permutationen finden auf Makroebene (innerhalb von Nationalstaaten oder internationalen Organisationen), Mesoebene (innerhalb von Gesellschaften oder Gruppierungen) und Mikroebene (zwischen Individuen) statt. Die komplexe Gewalttypologie erfasst verschiedene Arten von Gewalt, wie z.B. direkte Gewalt, kulturelle Gewalt oder natürliche Gewalt. Johan Galtung befasst sich mit dem Konzept der strukturellen Gewalt, welches er durch seine Forschung über das Thema „Frieden“ erarbeitet hat. In diesem Zusammenhang interessiert Johan Galtung nicht nur explizite, physische, direkte und phänomenologische Gewalt, sondern auch implizierte und systemische Gewalt. Strukturelle Gewalt ist in sozialen Interaktionsformen und Prozessen verankert und manifestiert sich durch äußere und relationale Zwänge, die die Grundbedürfnisse eines Menschen verhindern. In dieser Hinsicht bestehen die Rahmenbedingungen aus indirekter, stillschweigender, hingennommener oder institutionell verfasster Blockade. Siehe vgl. Grant-Hayford; Scheyer, 2016, S. 1ff.

Abbildung 2.2.E Strukturelle Theorie des Imperialismus



Quelle: Galtung, 1972, S. 35-40.

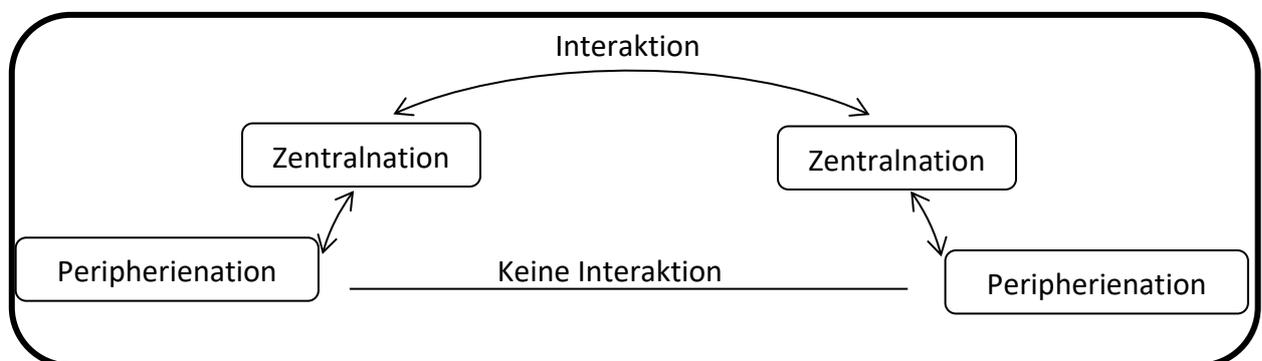
Johan Galtung versteht Imperialismus als einen besonderen Typ von Herrschaftsverhältnis zwischen organisierten Kollektiven, die unter anderem Nationen sein können. Imperialismus basiert auf einem System, das aus einer Allianz zwischen den privilegierten Gruppen, wie z.B. dem Zentrum von Zentralnationen und dem Zentrum von Peripherienationen besteht. Der Mechanismus dieses Systems fußt darauf, dass die Parteien in Kontakt stehen, also Interaktionen ablaufen. Darüber hinaus fungiert das Zentrum der Peripherienation als „Brückenkopf“ des Zentrums der Zentralnation, wie das Schaubild 2.2.E zeigt. Diese beiden Gruppen verbindet Interessenharmonie, die nicht nur aus materiellen Zielen besteht, sondern es spielen auch immaterielle Merkmale eine Rolle, wie z.B. Machtposition (Vgl. Galtung, 1972, S. 31). Weiterhin betont die Theorie des strukturellen Imperialismus, dass die Gesellschaften bzw. die Staaten in ihrem Kern von Interessenkonflikten oder -disharmonie geprägt sind, was als Lebensbedingungskluft bezeichnet wird. Dieses Erkenntnis ist entscheidend um zu begreifen, wie sich die inneren Interessen beispielsweise eines Staates auf sein

außenpolitisches Handeln auswirken. Imperialismus setzt voraus, dass Interessenharmonie zwischen den Zentren der Zentralnationen und der Peripherienationen besteht. Innerhalb der Peripherienationen ist die Interessendisharmonie oder Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie größer als in den Zentralnationen. Letztendlich teilen die Peripherien sowohl der Zentralnation als auch der Peripherienation kaum gemeinsame Interessen. In dieser Konstellation setzt das Zentrum der Peripherienation mehr Gewicht auf die Allianz bzw. Partnerschaft zu dem Zentrum der Zentralnation als zu ihrer eigenen Peripherie. Wiederum führen die Peripherie und das Zentrum der Zentralnation eine deutlich engere Beziehung als dies in den Peripherienationen aufzutreffen ist. Imperialismus kann in dieser Hinsicht ausschließlich durch die Betrachtung von internen und externen zusammenhängenden Faktoren verstanden werden (Vgl. Galtung, 1972, S. 38ff.).

Nach Galtung funktioniert Imperialismus durch zwei Mechanismen, die das Zusammenspiel der Parteien widerspiegeln. Staaten führen wirtschaftliche Beziehungen und handeln mit verschiedenen Produkten. Dieser Austausch basiert auf den Prinzipien des gegenseitigen Nutzens und hat verschiedene Auswirkungen auf die engagierten Parteien – *inter-actors effects* und auch auf die Parteien selbst – *intra-actors effects*. Dabei ist von Interesse, welcher Produktaustausch stattfindet und wie sich dieser gestaltet? Die erste Beobachtung besteht darin, ob die ausgetauschten Produkte unverarbeitete (Rohstoffe) oder verarbeitete (industrialisierte Produkte) sind. Hier spricht Galtung über gleichen oder ungleichen Austausch oder symmetrische oder asymmetrische Interaktionen. Der Austausch ist auch abhängig von verschiedenen historischen Prozessen, was unter Typen von Ausbeutung zu subsumieren ist. Dabei geht es um Ausplünderung, zu niedrige Bezahlung einer Partei oder Austausch auf gleicher und fairer Basis. Was Galtung interessiert ist die Analyse der Kluft

zwischen dem Niveau industrieller Verarbeitung der engagierten Staaten und die Auswirkungen der Interaktion auf die Intra-Akteure (Vgl. Galtung, 1972, S. 42f.). Folglich sind die staatlichen Interaktionen nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern sie wirken sich auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche aus. In diesem Blickfeld spielen die Zentren beider Staaten eine entscheidende Rolle, indem sie sich für eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung engagieren. Ihr Handeln zielt darauf ab, ihre Position im Zentrum beider Nationen zu sichern (Vgl. Galtung, 1972, S. 47f.). Bei asymmetrischen Interaktionen spricht Galtung über den Mechanismus der vertikalen Interaktionsbeziehungen. Der zweite Mechanismus betrifft die feudale Interaktionsstruktur, die die Ungleichheit der Staaten als strukturelles Element hat. In diesem Mechanismus kennen die Interaktionen der beteiligten Akteure ein bestimmtes Muster, welches die Abbildung 2.2.F zeigt. In diesem Kontext unterhält die Zentralnation eine vertikale Interaktion mit der Peripherienation, die wiederum weder mit anderen Peripherienationen noch anderen Zentralnationen Interaktionen unterhält. Das bedeutet, dass die Zentralnation die Interaktionen der Peripherienation mit allen anderen Akteuren moderiert und monopolisiert.

Abbildung 2.2.F Mechanismus der vertikalen Interaktionsbeziehungen



Quelle: Galtung, 1972, S. 51.

Die obere Abbildung entspricht dem Muster der Kolonialzeit, als das Mutterland die totale Kontrolle über die Kolonien ausübte. In dieser Hinsicht lagen die Machtentscheidung und folglich die Entfaltungsmöglichkeit der Kolonie ausschließlich in den Händen der Metropolen. Und diese historische Entwicklung prägt die heutigen zwischenstaatlichen Beziehungen nach wie vor, die nach Galtung die Abhängigkeit der Peripherienationen von den Zentralnationen geschaffen hat. Allerdings ist die grundlegende Folge die politische, die durch die feudalen Interaktionsstrukturen die Zentralnation vor der oder den Peripherienationen schützt. Die feudale Interaktionsstruktur bedeutet, dass die Zentralnation die Peripherienation politisch isoliert und als „Tor zur Welt“ für diese fungiert (Vgl. Galtung, 1972, S. 52ff.). Diese Mechanismen übertragen sich auch auf die internationalen Beziehungen und hier spielt das Zentrum der Peripherienation eine wesentliche Rolle als „Brückenkopf“, da mit dem Zentrum der Zentralnation Interessenharmonie besteht. In diesem Kontext spricht Galtung über imperialistische Struktur, die sich nicht auf Gewaltanwendung stützt, sondern auf Vernetzungen und er behauptet:

„Nur der nicht perfekte Imperialismus benötigt Waffen; der professionelle Imperialismus stützt sich eher auf strukturelle als auf direkte Gewalt.“ (Vgl. Galtung, 1972, S. 55)

In diesem Zusammenhang werden fünf Arten von Imperialismus erkannt:

- Ökonomischer Imperialismus
- Politischer Imperialismus
- Militärischer Imperialismus
- kultureller Imperialismus
- Kommunikationsimperialismus.

Hierbei gibt es keine Priorisierung. Durch diese Erkenntnisse kann behauptet werden, dass die Zentralnationen in der Lage sind, die Entscheidungsverfahren in den Peripherienationen auf allen Ebenen massiv zu ihren Gunsten zu beeinflussen. In dieser Konstellation spielen sowohl die kulturellen Aspekte als auch der Kommunikationsaustausch eine sehr wichtige Rolle, da die Zentralnationen durch verschiedene Mittel präsenter in den Peripherienationen sind als umgekehrt (Vgl. Galtung, 1972, S. 59). Dieses Vorgehen ist auch in dem wissenschaftlichen Imperialismus wiederzufinden. Die Zentralnationen agieren an verschiedenen Fronten, um ihre Einflüsse auf Peripherienationen zu konsolidieren.

Galtung betrachtet Imperialismus als ein historisches Phänomen, das im Laufe der Zeit in der Lage ist, sich neuen Gesellschaftsordnungen anzupassen. Er spricht von drei Phasen: Kolonialismus, Neo-Kolonialismus und Neo-Neo-Kolonialismus. Während des Kolonialismus beherrschte die Metropole direkt die Kolonien in allen Ebenen. Im Fokus steht der physisch vollzogene Kolonialismus, dies bedeutet, dass Einheimische der Zentralnation in den Kolonien angesiedelt wurden und langfristig von wesentlicher Bedeutung in diesem Schema sind. Im Vordergrund steht die Übertragung von vergleichbarer Weltanschauung (Vgl. Galtung, 1972, S. 62ff.). Nach dem Ende der Kolonialzeit verloren die Mutterländer zwar die direkte Kontrolle über die ehemaligen Kolonien, aber das Zentrum der Zentralnation und die entstandenen Zentren der Peripherienationen blieben in unterschiedlicher Art alliiert. Ab hier spielt das etablierte Zentrum der Peripherienation, von Galtung als Brückenkopf bezeichnet, die entscheidende Rolle, um die Verbindungen zum Zentrum der Zentralnation weiterführen zu können. In dieser Verflechtung ist die Kontrolle über die Kommunikations- und Transportmittel durch die Zentralnation ein entscheidender Faktor, der die Schaffung gesellschaftlicher Dynamik wie z.B. Produkt- und Wissensströme durchaus beeinflussen kann.

Diese Phase entspricht dem Neo-Kolonialismus. Ihre Allianz spiegelt sich in den internationalen Organisationen wider, wo sie sich austauschen, ihre Interessen diskutieren und Vereinbarungen treffen können. Allerdings prognostiziert Galtung, dass einige internationale Organisationen gefährdet sind, da beide Zentren in Konflikt geraten können. Grund dafür sind massive Kritiken an ihrer Funktion als Verbindungsglied zwischen beiden Zentren. In dieser Situation agiert die Zentralnation, um ihre Machtausübung auf die Peripherienationen anzupassen. Sie sucht neu entstandene Eliten als neue Alliierte in der Peripherienation. Diese neue Gruppe der Alliierten fühlt sich mit dem Zentrum der Zentralnation verbunden und teilt mit ihm gemeinsame Interessen. Diese Konstellation ist gemeint, in der Galtung Imperialismus als ein strukturelles Phänomen beschreibt, das verschiedene und vielfältige Mechanismen hat, um grundlegende und dauerhafte Einflüsse auf einen anderen Staat bzw. Peripherienation ausüben zu können.

3 Der Aufbau einer neuen „Welt“

Die Entstehung der heutigen portugiesischsprachigen Staaten hat sich über die Jahrhunderte hinweg entwickelt. Ihre gemeinsame Geschichte ist durch komplexe Zusammenhänge und viele Konflikte geprägt, die sowohl durch innere als auch durch äußere Ereignisse entstanden sind. Wenngleich die portugiesischen überseeischen Ambitionen zunächst nur auf Asien fokussiert waren, konzentrierten sie sich letztendlich aus unterschiedlichen Gründen immer stärker auch auf Südamerika und Afrika. Geografisch betrachtet konnten sich die Portugiesen am Atlantik durchsetzen. Dies ist der Grund dafür, weshalb die Mehrheit der portugiesischsprachigen Staaten heute im atlantischen Raum anzutreffen ist.

Auch wenn die Konzentration dieser Länder heutzutage am Atlantik ist, so waren doch zunächst Teile Asiens während des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts die Hauptsäule der portugiesischen Expansionspolitik. Städte wie z.B. Goa, Sofala, Mombasa, Melaka, Bombay (heute Mumbai in Indien) sowie die Insel Hormus am Eingang des Persischen Golfes waren unter portugiesischer Herrschaft (vgl. Newitt, 2005, S. XVI).

Abgesehen von Mosambik in Ostafrika und Osttimor in Südostasien spielen die damaligen asiatisch- und ostafrikanisch-portugiesischen Regionen im 21. Jahrhundert keine Rolle mehr innerhalb der entstandenen portugiesischsprachigen Staatengemeinschaft. Die ehemaligen portugiesischen Einflüsse um den Indischen Ozean herum gehören längst der Vergangenheit an. Die gemeinsame Geschichte der portugiesischsprachigen Staaten und ihre heutigen Beziehungen untereinander lassen sich aber besser verstehen, wenn auch die ehemaligen kontrollierten Regionen in die Entwicklungserklärung einbezogen werden. Die Existenz Portugals als souveräner Staat hing stark von diesen Verbindungen ab.

Interessanterweise hat die Geschichte der portugiesischen Überseeaktivitäten sowohl ihren Anfang als auch ihr Ende in Afrika. Dieser Kontinent hat eine wesentliche Rolle in den kolonialen Ambitionen Portugals gespielt, was aber in der allgemeinen Wahrnehmung weniger bekannt ist. Dabei ist festzuhalten, dass es bezüglich Afrika in der Regel um keine Neuentdeckung von bis dahin unbekannte Regionen oder sogar Erstkontakten mit Afrikanern ging, denn die portugiesischen Seefahrer profitierten von den bereits vorhandenen Kenntnissen anderer über große Teile des Kontinents. Von ganz besonderem Interesse waren vor allem die Gebiete, die reich an Gold und anderen Edelmetallen waren (vgl. Newitt, 2005, S. 3). Auch die Möglichkeit, Zuckerrohrplantagen auszubauen und zu vermarkten, hat die Expansionspolitik Portugals getrieben (vgl. Newitt, 2005, S. 48). Die ersten Jahrhunderte in Afrika waren durch die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Königreichen, wie z.B. dem Kongoreich, geprägt (vgl. Kahl, 1972, S. 34-38). Bis zum 19. Jahrhundert war das Interesse Portugals am Handel eher eingeschränkt, da es weder eine Siedlungsstrategie noch eine Assimilierungspolitik auf dem afrikanischen Festland beabsichtigte. Primär war es das Ziel, die Stützpunkte zu vernetzen und daraus folgend die Handelshegemonie zu sichern (vgl. Osterhammel, 1995, S. 15). Im Gegenteil zum Festland, das nur sehr schwache Migrationsströme vor dem 20. Jahrhundert zu verzeichnen hatte, waren die Inseln im Atlantik sehr früh für Migrationsströme aus dem Mutterland attraktiv. Die portugiesische Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent hat sich jahrhundertlang ausschließlich auf die Küstenregionen konzentriert. Folglich fehlten den Portugiesen jegliche Kenntnisse über das Inland des Kontinents bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, und diese Unkenntnis wurde erst durch verschiedene Forschungsreisen kontinuierlich verbessert.

Die afrikanischen Stützpunkte haben zudem eine andere wesentliche Rolle gespielt, da sie von entscheidender Bedeutung für die portugiesische Eroberung Asiens und später Südamerikas waren. Asien bzw. *Estado da India* (Portugiesische Indien) war bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts der Kern der portugiesischen Überseestrategie. Nach verschiedenen erheblichen militärischen Verlusten, insbesondere gegen die Briten und Niederländer in Asien, vor allem während der Iberischen Union, hat sich der Schwerpunkt der Eroberungspolitik Lissabons nach Südamerika verlagert. Die Präsenz in Asien hat auch weiterhin bestanden, allerdings hat die wirtschaftliche Rolle dieser Region allmählich immer weiter abgenommen. Infolgedessen wurde sich stärker auf das südamerikanische Gebiet konzentriert und dieses hat sich rasch als sehr einträglich erwiesen. Die später in Brasilien umbenannte Kolonie ist in wenigen Jahrhunderten aufgrund des Agrarpotenzials und der reichlichen Rohstoffreserven zur neuen Hauptsäule des portugiesischen Königreichs aufgestiegen. Die Hauptaktivitäten der Kolonialpolitik haben sich hin zum Atlantik verlagert, was sich positiv auf die Wichtigkeit Portugals innerhalb des europäischen Herrschaftssystems des 18. Jahrhunderts auswirkte. Trotz dieser Entwicklung blieb Portugal dauerhaft ein Nebenakteur in Europa, da es besonders militärisch zu schwach war, aber auch die wirtschaftlichen Aktivitäten nicht ausreichten.

Die Verlagerung des portugiesischen Kolonialinteresses von Asien auf die atlantischen Regionen hat außerdem zu einer neuen Dynamik innerhalb seines Kolonialsystems geführt. Einer der wichtigsten Faktoren war die massive Einführung von schwarzen Sklaven in die südamerikanische Kolonie, was die wirtschaftliche Ausbeutung sowohl in Afrika als auch in Südamerika nunmehr strukturiert ermöglicht hat. Der Sklavenhandel hat das portugiesische Kolonialsystem mehrere Jahrhunderte gestärkt. Parallel dazu war die portugiesische Bevölkerung aus verschiedenen Gründen, wie z.B. Hungersnot und wirtschaftlicher Krisen im

Mutterland bereit, auf die überseeischen Gebiete auszuwandern und sich dort anzusiedeln (vgl. Newitt, 2005, S. 203). Sowohl die Inselgruppen Kap Verde¹², Madeira¹³ und Azoren¹⁴ als auch Brasilien haben das Interesse der Portugiesen sehr früh geweckt. Der Migrationsstrom nach Brasilien stieg besonders stark an und blieb beständig. Dadurch dominierte der portugiesische kulturelle Einfluss auf das dortige Leben über mehrere Jahrhunderte hinweg. Im Vergleich zu allen anderen von Portugal kolonisierten Regionen war das südamerikanische Land zweifellos am stärksten durch das Mutterland geprägt und dadurch dauerhaft beeinflusst.

3.1 Die Entstehung der heutigen portugiesischsprachigen Staaten

Die „Genesis“ der heutigen weltweiten portugiesischsprachigen Staaten hat seinen Ursprung im 15. Jahrhundert. Die Tatsache, dass es dem Königreich Portugal gelungen war, Teile der Welt zu erobern, lässt sich durch verschiedene Ereignisse erklären. Oftmals wird die geografische Lage Portugals als entscheidendes Element für seine Erfolge in den Vordergrund gestellt. Als westlichstes Land Europas wird Portugal von dem atlantischen Ozean begünstigt. Diese Tatsache allein kann jedoch das portugiesische Expansionsphänomen nicht erklären. Es waren vielmehr innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen sowie verschiedene andere Ereignisse um die Region des Mittelmeerraums, die die portugiesische überseeische Expansion getrieben und ermöglicht haben. Darüber hinaus haben verschiedene technische Fortschritte eine ausschlaggebende Rolle für die Schifffahrt gespielt, zuerst in der

¹² Kap Verde besteht aus folgenden Inseln: São Tiago, Brava, Fogo, Maio, Santo Antão, São Vicente, Santa Luzia, São Nicolau, Sal, Boa Vista und Sotavento.

¹³ Die Inselgruppe besteht aus fünf Inseln und die wichtigsten sind Madeira und Porto Santo.

¹⁴ Die Inselgruppe besteht aus Corvo, Flores, Faial, Pico, Graciosa, São Jorge, Terceira, Santa Maria und São Miguel.

nördlichen sowie westlichen afrikanischen Küste, später auf der ganzen Welt. Nicht nur die hervorragenden Schifffahrtskenntnisse und die Verfügbarkeit von damals schon sehr versierten Arbeitskräften haben die portugiesischen Unternehmungen ermöglicht, sondern eine breite Verflechtung von neuen wissenschaftlichen Kenntnissen. In diesem Kontext hat ebenso die militärische Überlegenheit eine wichtige Rolle gespielt, um die portugiesische Herrschaft in vielen Regionen durchsetzen zu können (vgl. Newitt, 2005, S. 1).

Die Tatsache, dass der portugiesische Staat bzw. das Königreich Portugal im 12. Jahrhundert gegründet wurde und seine staatliche Infrastruktur bzw. politischen Institutionen bis zum 15. Jahrhundert entwickeln konnte, hat stark dazu beigetragen, dass sich das Land für die Erkundung der Weltmeere intensiv engagieren und zu einer Großmacht aufsteigen konnte (vgl. Bernecker & Pietschmann, 2014, S. Kap. 2). Bereits im Jahr 1143 mit der Konferenz von Zamora wurde die Region als ein unabhängiges Königreich gegenüber Kastilien-León¹⁵ anerkannt. Gleichwohl war das Land aber noch dem Königreich Kastilien-Leon lehnspflichtig. Die volle politische Unabhängigkeit wurde erst durch die Anerkennung des Heiligen Stuhls durch das „*Manifestis probatum*“ im Jahr 1179 erreicht (vgl. Magalhães, 1990, S. 14-17). Dadurch hat Portugal auf der Iberischen Halbinsel als unterworfenen Region das Selbstbestimmungsrecht¹⁶ erlangt, das aber jahrhundertlang von Kastilien-Leon gefährdet wurde. Wenngleich am Anfang der Seefahrten die Konsolidierung der Abspaltung nicht im Vordergrund stand, wurde langfristig die Folge der Welterkundung zu einem der wichtigsten

¹⁵ Heute ist Kastilien-León eine der Provinzen des Königreichs Spanien.

¹⁶ Der hier benutzte Begriff „Selbstbestimmungsrecht“ ist eine spätere Wortschöpfung, die heute die zwischenstaatlichen Beziehungen prägt. Erst mit der Gründung der Vereinten Nationen (1945) wurde der Begriff im Völkerrecht verankert. In der Charta der Vereinten Nationen wird in mehreren Artikeln der Ausdruck „Selbstbestimmung der Völker“ erwähnt, die als Regel der zwischenstaatlichen Beziehungen gilt.

Faktoren der Behauptung der Souveränität Portugals gegenüber Kastilien-Leon. Etwa 250 Jahre später befanden sich die Portugiesen auf Eroberungen in Nordafrika (vgl. Marques, 2001, S. 90ff.).

Um die Unabhängigkeit gegenüber Spanien dauerhaft zu sichern, hat Portugal politische, wirtschaftliche und vor allem militärische Allianzen zu anderen europäischen Monarchien gesucht. In diesem Zusammenhang wurde England sehr früh zu einem wichtigen Partner, mit dem Portugal schon im Jahr 1353 einen Handels- und zwanzig Jahre später einen Freundschafts- und Friedensvertrag abgeschlossen hat (vgl. Magalhães, 1990, S. 35ff.). Diese Allianz spielte eine dauerhafte Rolle in der portugiesischen Geschichte. Auch für die überseeische Präsenz Portugals hatte neben Spanien kein anderer Staat eine so zentrale Bedeutung wie England. Die enge Zusammenarbeit beider Königreiche wurde ständig durch neue Verhandlungen erweitert und aktualisiert. Diese wurde im Laufe der Zeit auf alle portugiesisch regierten Regionen ausgedehnt und der englische wirtschaftliche und später politische Einfluss auf die Kolonien war ein zunehmendes Phänomen. Wenngleich beide Königreiche nicht immer problemlos bilaterale Beziehungen führen konnten, gab es für Portugal auf dem europäischen Kontinent keine bessere Alternative. Immer wieder blieb England ein entscheidender Partner Lissabons, sei es für die politische Unabhängigkeit gegenüber Spanien oder später für den Schutz der Kolonien, wie der portugiesische Diplomat Jose Calvet de Magalhães ausführt.

Das innerstaatliche Interesse Portugals an der überseeischen Expansion war unter anderem dem Mangel an Gold und Agrarfläche geschuldet (vgl. Salentiny, 1977, S. 254f.). Zudem haben die auf der Iberischen Halbinsel und speziell in Lissabon angesiedelten genuesischen Händler aus eigenen Interessen die portugiesischen Überseeexpansionen angetrieben. Mit

ausschlaggebend für die Erfolge war, dass die Mannschaften auf den Entdeckungsreisen nicht ausschließlich Portugiesen waren, sondern aus verschiedenen Regionen Europas kamen. Insbesondere haben Seeleute aus dem Stadtstaat Genua eine wichtige Rolle im Schiffsbau sowie der Seefahrt gespielt. Die Mannschaften haben unterschiedliche Fachkenntnisse und Fähigkeiten besessen, die sich optimal ergänzt haben, und nur so im Zusammenspiel die erfolgreichen Seefahrten ermöglichen konnten (vgl. Newitt, 2005, S. 11f.).

Ab dem 15. Jahrhundert hat die portugiesische Expansionspolitik große Bedeutung gewonnen. Ab diesem Zeitpunkt wurde das überseeische Reich sukzessive und umfassend ausgebaut. Ein bezeichnendes Datum für den Beginn der portugiesischen überseeischen Erfolgsgeschichte ist das Jahr 1415, als die heutige Stadt Ceuta erobert wurde. Später im Jahr 1418 wurde das Archipel Madeira besetzt, welches aber erst ab 1424 besiedelt wurde (vgl. Newitt, 2005, S. 18ff.). Im Verlauf des 15. Jahrhunderts bis zum Anfang des 16. Jahrhunderts haben die Portugiesen ihre Kenntnisse von der afrikanischen Küste immer weiter verfeinert und ihre Aktivitäten ausgedehnt. Diverse Siedlungen und Stützpunkte wurden gegründet. Ein Beispiel dafür war die Gründung des Handelsstützpunktes São Jorge da Mina (heute Elmina in Ghana) im Jahr 1482, in welchem die portugiesische Herrschaft zirka 160 Jahre andauerte. Verschiedene Inselgruppen wie z.B. die Azoren, São Tomé, Kap Verde und die Kanaren wurden ebenfalls erreicht und vereinnahmt. Wenngleich das Vorhandensein dieser Inseln und Teile Westafrikas allgemein schon bekannt waren, so gelang es doch Portugal als erstem europäischen Staat bzw. Königreich über das Meer in Afrika Fuß zu fassen (vgl. Newitt, 2005, S. 39-43).

Erwähnenswert ist ebenfalls, dass die Durchführung von Eroberungsreisen nicht nur Angelegenheit des portugiesischen Königshauses und der Händlern allein war, sondern der

Heiliger Stuhl daran ebenfalls außerordentliches Interesse gezeigt und sich intensiv engagiert hat. Diese Institution hat jahrhundertlang eine zentrale Rolle in der Geschichte der portugiesischen überseeischen Unternehmungen gespielt. Sein Engagement hatte die weltweite Verbreitung des Christentums zum Ziel, was konkret bedeutete, dass Vertreter des Heiligen Stuhls auf den Entdeckungsreisen mitgefahren sind und bei den Eroberungen unmittelbar mitgewirkt haben. Die Bulle *Romanus Pontifex* (1455), die vom Heiligen Stuhl erlassen wurde, ist ein Beispiel für die zentrale Rolle der römisch-katholischen Kirche bei den Welterkundungen jener Zeit. Damit wurde das portugiesische Monopol während der Erkundungsreisen umgehend verbrieft und dem Land Portugal das Recht auf die entdeckten Gebiete zugesprochen (vgl. Marques, 2001, S. 102ff.). Die Kolonialgeschichte Portugals kann nicht ohne die Rolle der katholischen Kirche verstanden werden, die aber in dieser Arbeit nicht ausführlich behandelt wird.

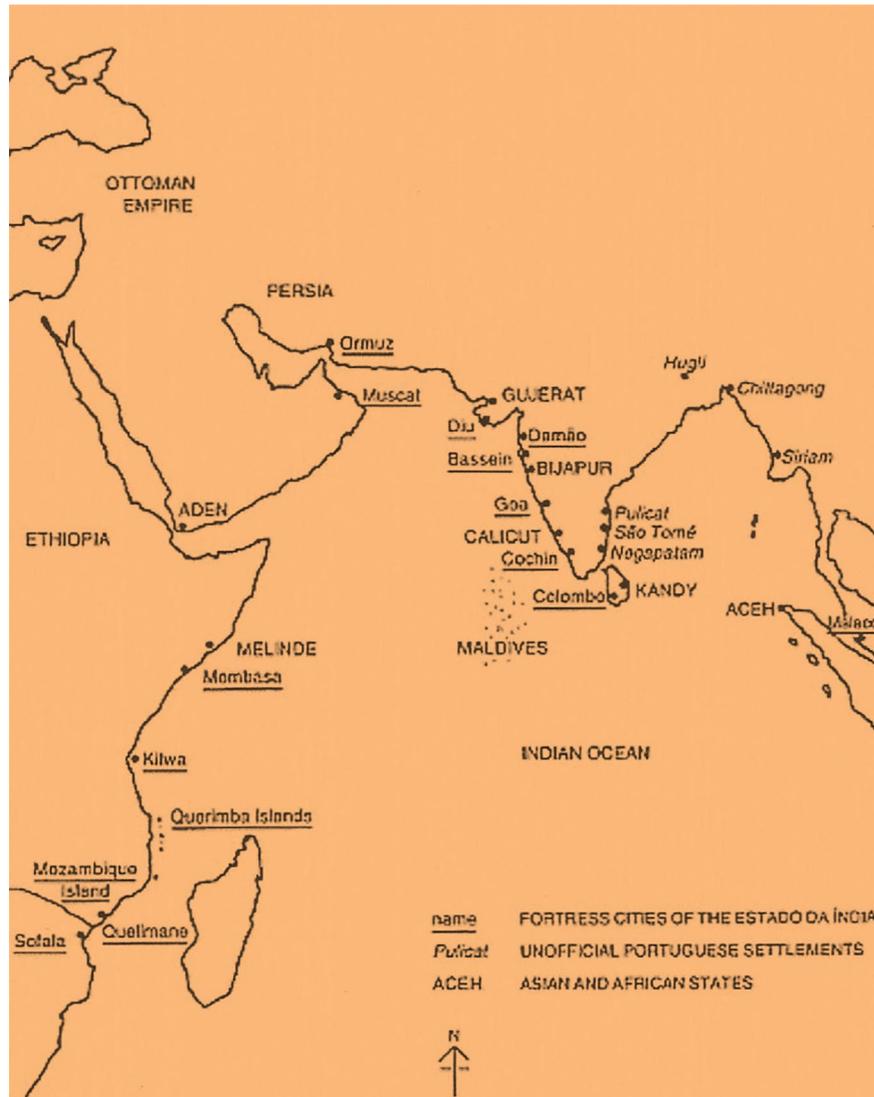
Die Auswirkungen der Entdeckungen waren vielfältig und haben die geschichtliche Entwicklung Portugals unmissverständlich beeinflusst (vgl. Jacob, 1969, S. 103f.). Die neuen portugiesischen Besitzungen haben dem Land ungeahnte Handelsmöglichkeiten verschafft und das Verhältnis Portugals zu den anderen europäischen Mächten nach und nach verändert. Ein bescheidener aber wichtiger Handelsstrom zwischen Portugal und vielen afrikanischen Völkern hat sich entwickelt, wodurch sich die Errichtung eines überseeischen Reichs als sehr einträglich dargestellt hat. Die Inseln Madeira und die Azoren haben sich für Agrarprodukte sowie Viehzucht und die Westküste Afrikas für Goldgeschäfte angeboten (vgl. Marques, 2001, S. 99). Sowohl auf den Inseln als auch auf den Festlandsstützpunkten haben sich Portugiesen niedergelassen, wodurch sich erste Migrationsströme von Portugal aus entwickelt haben. Damit gehört Portugal in hohem Maße und anhaltend zu den Ländern, die zu der weltweiten

Herrschaft und vielfältigen Durchsetzung europäischer Sitten und Kulturen bedeutsam beigetragen haben.

Im 15. Jahrhundert kann die portugiesische Kolonialgeschichte als relativ stabil bezeichnet werden. Die Suche nach einem Seeweg über den Atlantik nach Indien bzw. Asien, eines der ursprünglichen Ziele der Portugiesen, hat sich erst am Ende dieses Jahrhundert verwirklicht. Der Handel mit Gewürzen war die treibende Kraft. Im Jahr 1488 erreichten sie das Kap der Guten Hoffnung im heutigen Südafrika, und kurze Zeit später erkundeten sie die Ostafrikanische Küste. Damit hat die Geschichte der portugiesischen Besitzungen nicht nur in Ostafrika, sondern auch in Südasien begonnen. Die Ankunft in Asien hat dazu geführt, dass die Neuankömmlinge direkt mit den regionalen Mächten und Händlern aus Venedig in Konflikte gerieten (vgl. Newitt, 2005, S. 72f.). Die Streitigkeiten haben sie bravourös gemeistert und ihre Vorherrschaft in Asien bestand vom 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts (vgl. Salentiny, 1977, S. 77f.).

Verschiedene portugiesische Stützpunkte und Handelsniederlassungen wurden sowohl an der afrikanischen als auch an der südasiatischen Küste noch während Ende des 15. Jahrhunderts entweder gegründet oder einfach durch Kriege besetzt (vgl. Newitt, 2005, S. 74f.). Die Expansionspolitik in Asien wurde von Afonso d'Albuquerque geleitet, der Gründer des *Estado da India* (Portugiesisch-Indien) und eine der wichtigsten Figuren im Aufbau der asiatischen Herrschaft Portugals war. Am Anfang des 16. Jahrhunderts reichten die portugiesischen Besitzungen bis ins heutige Indonesien bzw. in die Inselgruppe Molukken (vgl. Marques, 2001, S. 147). Osttimor verzeichnet bis heute Signale der portugiesischen Präsenz.

Karte 3.1.A Portugiesische Präsenz am indischen Ozean im 16. und 17. Jahrhundert



Estado da Índia

Quelle: Newitt, 2005, S. XVI.

Der Kolonialhandel gedieh schnell und prächtig und ermöglichte, dass Portugal sich zu einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Weltmacht entwickeln konnte. Im Gegenteil zum afrikanischen Markt, der lediglich über eine geringe erwünschte Auswahl von Produkten verfügte, war der Handel mit dem indisch-arabischen Markt deutlich vielfältiger und ertragreicher. Gerade deswegen waren die Geschäfte mit diesem Markt auch von anderen

europäischen Händlern und Staaten sehr begehrt. In Asien war die portugiesische Niederlassung nicht konfliktfrei. Auseinandersetzungen mit den Eingeborenen und konkurrierenden Händlern wurden immer häufiger und heftiger. Die Durchsetzung der portugiesischen Interessen gegen die lokalen Einwohner bzw. Einheimischen und anderen Handelsgruppen war wie üblich in solchem Kontext gewalttätig. Das Gewürzmonopol konnten die Portugiesen für sich aufrechterhalten (vgl. Salentiny, 1977, S. 67). In *Estado da India (Portugiesisch-Indien)* wurde eine starke Allianz mit den Einheimischen geschmiedet, was die Kolonisierungsstrategie bezeichnete. Diese Vorgehensweise hat die portugiesische Präsenz in der Region bis zum 20. Jahrhundert ermöglicht. Darüber hinaus war Goa so wichtig, dass die Stadt zwischen 1532 und 1752 das Verwaltungszentrum des portugiesischen Kolonialreichs am indischen Ozean war (vgl. Newitt, 2005, S. 101 und 232).

Die stabile überseeische Präsenz Portugals hat jedoch allmählich eine Wende zum Ende des 15. Jahrhunderts genommen, da nunmehr auch andere europäische Monarchien an der Welteroberung teilnehmen wollten und dies auch durchführen konnten. Nicht mehr Portugal allein war in der Lage, technisch, politisch und wirtschaftlich Überseereisen zu organisieren und zu finanzieren, sondern andere westeuropäische Staaten haben ihre inneren Querelen gelöst und wollten im rentablen Reigen der Eroberungen mitmischen. Zu dieser Gruppe gehörten - ohne zu priorisieren - Spanien, die Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Jahrhunderte später auch Belgien und Deutschland. Die Eroberungsaktivitäten wurden zu einem europäischen zwischenstaatlichen Rennen, in dem Portugal allmählich nicht mehr mithalten konnte. Lissabon war gezwungen, die Verteidigung seiner Besitzungen überall zu verstärken, was die volle Konzentration und den Einsatz aller Ressourcen bedeutete. Vor allem in Asien hat das portugiesische Königreich ab dem Jahr 1515 mehrere heftige

Niederlagen erlitten und noch während des 16. Jahrhunderts war die alleinige Herrschaft in dieser Region verloren (vgl. Salentiny, 1977, S. 79).

In diesem Zusammenhang wurde Spanien der erste ernstzunehmende Konkurrent, der sich bereits ab dem Ende des 15. Jahrhunderts zu einer weiteren Seefahrernation entwickelt hat. Die Ankunft einer spanischen Mission in Amerika im Jahr 1492 hat die Stelle Portugals als alleiniger Entdecker beendet und die Entwicklung der portugiesischen überseeischen Geschichte stark beeinflusst. Unter der Herrschaft von Königin Isabel (1474-1504) hat Spanien das Monopol von Portugal auf die Eroberungsreisen und das Besitzrecht infrage gestellt. Am Ende des 15. Jahrhunderts mussten Portugal und Spanien verhandeln und verschiedene bilaterale Verträge wurden unterzeichnet, die die Welt unter beiden Königreichen aufgeteilt hat. Zudem hat der Heilige Stuhl verschiedene Bullen erlassen, um die Konflikte zwischen beiden christlichen Monarchien beizulegen und um eine bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden. Der erste Disput drehte sich um die kanarische Inselgruppe, die durch den Vertrag von Alcáçovas (1479) zu Gunsten Spaniens geregelt wurde. Unter den wichtigsten und bekanntesten Verträgen ist der Vertrag von Tordesillas von besonderer Bedeutung, da er die Konfrontationen definitiv beilegt hat. Damit hatten sich die Portugiesen große Teile Asiens, den ganzen afrikanischen Kontinent und einen kleinen Teil des amerikanischen Kontinents gesichert.

Die wichtigen unterzeichneten Verträge zwischen Portugal und Kastilien während des 15. und 16. Jahrhunderts waren:

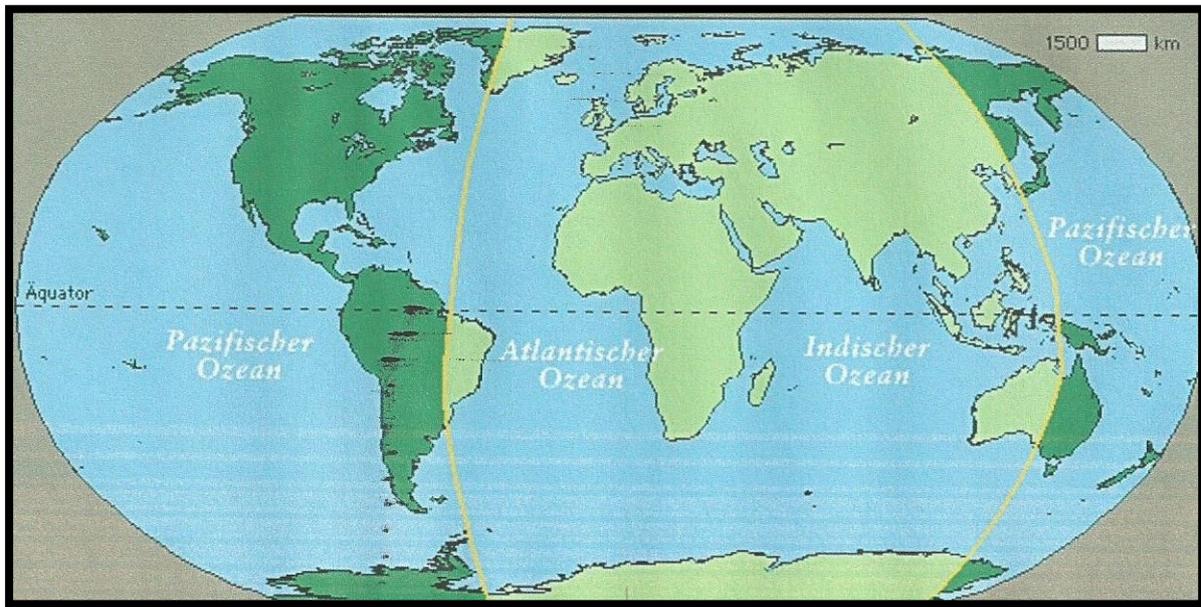
1479 - Vertrag von Alcáçovas

1493 – Päpstliche Demarkationslinie

1494 – Vertrag von Tordesillas

1529 - Vertrag von Tordesillas in der Definition des Vertrages von Zaragoza

Karte 3.1.B Teilung der Welt nach dem Vertrag von Tordesillas (1494)



- Demarkationslinie nach dem Vertrag von Tordesillas
- Spanische Einflussosphäre
- Portugiesische Einflussosphäre

Quelle: Microsoft Encarta 2006, 2006a.

Die portugiesische Ankunft in Südamerika war offiziell im Jahr 1500 und damit hatte das portugiesische Weltreich seine größte Erweiterung erreicht. Im Gegenteil zu den asiatischen Kolonien, in denen sich das portugiesische Interesse stark auf den Handel mit Gewürzen, chinesischer Seide und chinesischem Porzellan konzentrierte, hat die südamerikanische Besitzung zuerst wenig Interesse erweckt. In der portugiesischen Strategie haben die asiatischen Besitzungen im 15. Jahrhundert nach wie vor die zentrale Rolle gespielt, während die afrikanischen und südamerikanischen lediglich eine Nebenrolle einnahmen. Die afrikanischen Stützpunkte waren vor allem besonders wichtig für den Seeweg nach Asien und zum südamerikanischen Territorium. In dieser Zeit spielte Südamerika noch gar keine Rolle.

Trotz der unterschriebenen Verträge haben sich weder Spanier noch Portugiesen nicht immer an die Abkommen gehalten. Gegen spanische territoriale Erweiterung musste Portugal

ständig ankämpfen. Brisant war in diesem Zusammenhang die Ansiedlung von Spaniern in Asien bzw. auf verschiedenen Inseln der heutigen Philippinen ab dem Jahr 1542, was zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Monarchien geführt hat. Dagegen hat sich Lissabon erheblich gewehrt, allerdings ohne Erfolg. Die südamerikanische Besitzung hat erst ab dem Jahr 1521 etwas an Bedeutung gewonnen, da die Region immer mehr ins Visier anderer europäischer Monarchien geriet und Begehrlichkeiten weckte. Zuerst waren französische Missionen in Südamerika erfolgreich, wo sie Siedlungen an der heutigen Küste Rio de Janeiros und später Maranhãos gegründet haben. In Rio de Janeiro ist das „France Antarctique“ (Antarktisches Frankreich) entstanden, das von Hugenotten¹⁷ bzw. Calvinisten geleitet wurde. Die französische Präsenz in der Region dauerte von 1555 bis 1567 und mit der Vertreibung des Feindes errichteten die Portugiesen eine Siedlung an der Bucht von Guanabara¹⁸ (vgl. Marques, 2001, S. 261ff.). Eine effektive und dauerhafte Besiedlungspolitik Brasiliens hat erst im Jahr 1532 mit dem Lehnssystem¹⁹ begonnen, war aber nicht von sofortigem Erfolg gekrönt (vgl. Fausto, 1998, S. 43ff.). Ab diesem Jahr und im Gegenteil zu den afrikanischen Besitzungen hat die Kolonisierung Brasiliens die Europäer bzw. Portugiesen peu-à-peu angezogen. Die südamerikanische Kolonie hat seitdem eine zwar langsame, aber kontinuierliche ökonomische Entwicklung erlebt.

¹⁷ Hugenotten waren französische Protestanten. Der Protestantismus wurde in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Frankreich eingeführt und seine Anhänger wurden systematisch verfolgt. Erst mit dem Toleranzedikt von Versailles (1787) hörte die Verfolgung offiziell auf. Siehe vgl. Roberts, 1997, S. 185-186.

¹⁸ Um die Bucht von Guanabara entwickelten sich die ersten portugiesischen Siedlungen in der heutigen Region des Bundesstaates Rio de Janeiro. Siehe vgl. Gerson, 2000, S. 2.

¹⁹ Durch die Einführung des Lehnssystems beabsichtigte die portugiesische Regierung die Kolonisierung Brasiliens zu fördern sowie die Kolonie zu schützen. Das brasilianische Territorium wurde zunächst in zwölf Zonen eingeteilt und an portugiesische Interessenten nach heutigem Verständnis verpachtet. Das Lehnssystem ist bis heute in Brasilien als „*capitanias hereditarias*“ bekannt. Siehe vgl. Rinke & Schulze, 2013, S. 21.

Um die neue Kolonie bewirtschaften zu können, war eine enorme Menge an Arbeitskräften erforderlich. Deswegen war die Versklavung der Eingeborenen für die Kolonisatoren selbstverständlich. Sie mussten sich allerdings zwangsläufig mit der katholischen Kirche anlegen, die die Versklavung von Indianern verurteilte und bekämpfte. Im Jahr 1537 hat Papst Paul III die Bulle *Sublimus Deus* erlassen, die die Versklavung von Eingeborenen in Amerika untersagte. Der portugiesische König Sebastian I hat dies akzeptiert und die Bulle im Jahr 1570 umgesetzt (vgl. Salentiny, 1977, S. 93f.). Somit musste der Bedarf an Arbeitskräften anderweitig gelöst werden.

3.2 Gefahren und Allianzen: Die Iberische Union und die Souveränität Portugals

Merkmale der Geschichte Portugals waren von Anfang an die Bedrohung der Selbstständigkeit durch Kastilien sowie die ständigen Angriffe auf die Kolonialgebiete durch andere europäische Staaten. Um die Gefahren bannen zu können, hat Lissabon eine gezielte europäische Allianzpolitik verfolgt, zur Existenzsicherung des Landes und des Weiterbestehens des Kolonialreichs. Die zeitgleiche Herrschaft über mehrere Regionen der Welt führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die vor allem ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts durch die Europäer ausgetragen wurden. Mit unterschiedlichen Erfolgen haben vor allem die Niederlande und England während des 16. und 17. Jahrhunderts die von Portugal weltweit kontrollierten Territorien angegriffen und für sich in Anspruch nehmen wollen. Die portugiesische Regierung war nicht immer in der Lage, die Aggressoren zu besiegen und zu vertreiben, aber trotz bedeutender Verluste konnte das Land noch riesige Territorien weitestgehend beibehalten.

Die erste große Gefahr drohte im 16. und 17. Jahrhundert aus Kastilien bzw. Spanien. Die Beziehungen zum spanischen Königshaus waren dauerhaft wichtig. Diese wurden durch die familiären Verbindungen bzw. die Heiratspolitik geprägt, die auf die Gründung des portugiesischen Königreichs zurückzuführen sind. Unmissverständlich spielte die geografische Lage beider Staaten auf der Iberischen Halbinsel eine wichtige Rolle. Das Königreich Spanien ist nicht nur der einzige Nachbarstaat Portugals, sondern das Land war eine der wichtigsten Mächte Europas während des 16. und 17. Jahrhunderts sowie die größte Kolonialmacht dieser Zeit. Potenziell spanische Thronfolger als portugiesische Könige gab es häufig und die Wiedereingliederung Portugals unter die spanische Regierung war auch gezielt angestrebt (vgl. Newitt, 2009, S. 81). In diesem Zusammenhang spielte die Kontrolle über die gesamte Iberische Halbinsel ebenfalls eine wichtige Rolle. Genau dies war der Fall während der Iberischen Union. Die Entstehung dieser Union resultierte aus verschiedenen portugiesischen inneren Ereignissen sowie spanischem Interesse. Erstens durch die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bindungen beider Königreiche, die die Akzeptanz solch einer Union ermöglichten, und zweitens durch den Tod des portugiesischen Königs Sebastian I (1578), der kinderlos und gleichzeitig Neffe des spanischen Königs Philipp II war. Hervorzuheben ist, dass Portugal am Ende des 16. Jahrhunderts auf die spanische Wirtschaftsstruktur angewiesen war und die politische Union aus dieser Sicht Vorteile mit sich brachte, wie zum Beispiel die Stärkung des staatlichen Finanzsystems, die Eröffnung neuer Märkte und der Wegfall der Zollschränken zwischen beiden Königreichen einschließlich der überseeischen Gebiete. Wie der portugiesische Historiker Oliveira Marques betont, haben die Beziehungen Portugals und Kastiliens zu einer natürlichen Allianz geführt (vgl. Marques, 2001, S. 214ff.).

Mit der politischen Union wurde Portugal und infolgedessen alle seine Besitzungen sechzig Jahre lang von Spanien regiert, trotz offiziell getrennter Verwaltungen der beiden Königreiche. Von 1580 bis 1640 waren drei spanische Könige Oberhaupt Portugals: Filipe I, II und III²⁰. Für Portugal hat die Iberische Union den Anfang einer neuen Ära eingeläutet, indem das Land immer stärker wie eine der spanischen Regionen verwaltet wurde. Diese Entwicklung war am deutlichsten in der Außenpolitik zu spüren, was eine sehr relevante Bedeutung für die Rolle Portugals in Europa sowie für die überseeischen Gebiete spielte. Unter der spanischen Herrschaft wurden zwar gemeinsame außenpolitische Ziele verfolgt, die sich jedoch überwiegend an den Interessen Madrids orientierten.

Das spanische Königshaus war in verschiedene Konflikte auf dem europäischen Kontinent involviert. Von besonderer Bedeutung war der Kampf der Niederländer, die sich im Kontext der Reformation²¹ von der spanischen Herrschaft befreien wollten. Spanien war die führende Macht gegen die Reformation, die die Geschichte Europas des 16. Jahrhunderts prägte. Infolgedessen war Madrid in verschiedene bewaffnete Auseinandersetzungen eingebunden, um die Vormachtstellung der Katholiken bzw. des Heiligen Stuhls zu festigen. Vor allem der Kampf um den Einfluss auf die englische Monarchie hat die Politik Madrids getrieben. Mit der Inthronisierung von Elisabeth I zur Königin von England und Irland im Jahr 1558 erreichten die Konflikte ihren Höhepunkt. Portugal wurde umgehend in die spanischen Auseinandersetzungen hineingezogen. Vor allem hatten die militärischen Aktionen

²⁰ In Spanien trugen die Könige den Namen Philipp II, III und IV.

²¹ Die Bezeichnung „Reformation“ bezieht sich auf die Bewegung innerhalb der christlichen Kirche, die während des 16. Jahrhunderts stattfand und zur Gründung protestantischer Kirchen geführt hat. Die Auswirkungen der Reformation beschränkten sich nicht nur auf die Entstehung neuer christlicher Institutionen, sondern geistesgeschichtliche und politische Folgen haben die Geschichte Europas und später der kolonisierten Gebiete, vor allem auf dem amerikanischen Kontinent, geprägt.

katastrophale Folgen. Sowohl mit der britischen Monarchie als auch mit den Niederlanden hatte Lissabon bis dahin Handelsgeschäfte und überwiegend friedliche bilaterale Beziehungen geführt, die nunmehr nicht mehr möglich waren (vgl. Martínez, 2010, S. 159ff.). Das Jahr 1588 ist in diesem Zusammenhang emblematisch, da die portugiesische Flotte, die neben der „Spanischen Armada“²² gegen die britische Flotte gekämpft hat, definitiv zerstört wurde (vgl. Marques, 2001, S. 224f.). Dadurch waren die iberischen Monarchien militärisch langfristig geschwächt. Gleichzeitig begannen die Niederländer und Briten ihre Welteroberungspolitik, die besonders zum Ende des 16. Jahrhunderts an Elan gewann (vgl. Salentiny, 1977, S. 100ff.). Damit torpedierten sie alle bilateralen Verträge, die von Spanien und Portugal vor allem im 15. Jahrhundert ausgehandelt und vom Heiligen Stuhl abgesegnet waren.

Portugal wurde nicht nur in die spanischen kontinentalen Konflikte unmittelbar reingezogen, sondern insbesondere wurden außerhalb des Kontinents alle seine Kolonien und Stützpunkte bedroht. Franzosen, Niederländer und Briten waren schon vor der Iberischen Union in verschiedenen Regionen der Welt aktiv. Am Ende des 16. Jahrhunderts hatten sie jedoch ihre Tätigkeiten intensiviert. Die ganze Welt wurde ins Visier genommen und die portugiesische überseeische Präsenz war ernsthaft bedroht. Dies wird durch die Gründung von Handelsgesellschaften untermauert, die sich nicht nur mit den überseeischen Geschäften beschäftigt haben, sondern sie waren sogar legitimiert zur kriegerischen Durchsetzung ihrer Interessen. Sowohl die Briten als auch die Niederländer, die besonders an dem Gewürzgeschäft in Asien interessiert waren, gründeten die Ostindischen Kompanien. Die

²² Die geografische Lage Portugals spielte für die spanische Flotte bzw. die Armada eine wichtige Rolle. Die Reise nach England hatte im Jahr 1588 Lissabon als Startpunkt. Auch der materielle Beitrag Portugals zu der Armada war bedeutend. Von insgesamt 146 Hauptschiffen waren 31 portugiesische. Siehe vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 174 und Martínez, 2010, S. 159f.

britische wurde im Jahr 1600 und die niederländische im Jahr 1602 gegründet. Zusätzlich wurde die niederländische Westindienkompanie im Jahr 1621 gegründet und beschäftigte sich mit dem Atlantikhandel bzw. mit Westafrika und dem amerikanischen Kontinent. Schnell haben sich Briten und Niederländer im 17. Jahrhundert verstärkt zu Hauptfeinden der Portugiesen in Übersee entwickelt. Überall wurden die portugiesischen Handelsstützpunkte und Kolonien attackiert und einige davon sind definitiv verloren gegangen (vgl. Newitt, 2005, S. 188-191).

Zuerst waren es allerdings die Franzosen, die die portugiesischen Überseegebiete bedroht haben. Immer wieder wurde versucht, Fuß im heutigen Brasilien zu fassen. Zunächst gescheitert in der Region Rio de Janeiro waren sie anschließend von 1594 bis 1615 an der Küste des heutigen Bundesstaates Maranhão und gründeten die heutige Hauptstadt São Luis (vgl. Marques, 2001, S. 262). Schon die Briten haben die portugiesische Inselgruppe Kap Verde im Jahr 1585 angegriffen, was aber erfolglos blieb (vgl. Martínez, 2010, S. 159). Von besonderer Bedeutung waren die britischen Angriffe auf die Portugiesen im Arabischen Meer. Mit dem Sieg in der Schlacht im Golf von Khambhat im Jahr 1612 konnten die Briten an der heutigen Westküste Indiens endgültig Fuß fassen. Neben den britischen waren die niederländischen Militärangriffe auf die portugiesischen Kolonien die bedeutendsten und gleichzeitig die zahlreichsten. Es ist davon auszugehen, dass die Iberische Union die überseeischen Auseinandersetzungen im Falle Portugals beschleunigt hat, ohne aber der einzige Grund zu sein. Da der Handel Portugals mit England und den Niederlanden von Madrid eingeschränkt wurde, hatte dies dazu geführt, dass die Briten und die Niederländer weltweit mehrere portugiesische Gebiete besetzten, um den Handel zurückzugewinnen (vgl. Salentiny, 1977, S. 249 und 287). Die Niederländer haben die Küste Mozambiks in Ostafrika z.B. in den

Jahren 1604 und 1607 angegriffen, was ebenfalls misslang. Dafür waren die Attacken in Brasilien und später in Angola umso erfolgreicher. Die niederländischen Besetzer haben sich in einem riesigen Gebiet im Nordosten Brasiliens angesiedelt, das heute Teile der Bundesländer Pernambuco, Paraíba, Ceará, Sergipe und Alagoas²³ erfasst, da sie spezifische kommerzielle Interessen an der Region hatten. Ziel war die Rückeroberung vor allem des Zuckergeschäfts und diese Besatzung hat von 1630 bis 1654 gedauert. Gleichzeitig wurde auch Luanda in Westafrika, die heutige Hauptstadt von Angola, von 1641 bis 1648 erobert, da diese afrikanische Stadt zu jener Zeit der wichtigste Hafen für den Sklavenhandel bzw. die Verschiffung von Sklaven nach Brasilien war. Hier wird die wirtschaftliche Verflechtung innerhalb des portugiesischen Weltreichs deutlich (vgl. Malowist, 1992, S. 12f.).

Aufgrund der eigenen militärischen Schwäche war die erfolgreiche Verteidigung des gesamten Besatzungsgebietes unmöglich, und den Schutz portugiesischer Überseegebiete während der Iberischen Union mussten die Siedler in der Regel selbst übernehmen. Ob Portugal eine Kolonialmacht in den kommenden Jahren blieb, war sehr fraglich. Am faktischen Ende der Iberischen Union im Jahr 1640 wurde João IV König, was durch einen Putsch gegen Madrid zustande gekommen ist. Die Wiederherstellung der portugiesischen politischen Selbstständigkeit hat das spanische Königshaus nicht anerkannt und beide Monarchien befanden sich somit offiziell im Krieg. Portugal war infolgedessen bis zum Jahr 1668 rechtlich Teil Spaniens, da sich kein anderes europäisches Land gegen Spanien stellen und somit seine

²³ Das von den Niederländern besetzte Territorium entspricht heute Teilen der Bundesstaaten Sergipe, Pernambuco, Ceará, Paraíba und Alagoas. Diese Einheiten, die erst später und in unterschiedlicher Zeit als Bundesstaaten in Brasilien gegründet wurden, haben eine Gesamtfläche nach heutiger Anschauung von ca. 400.000 km². Siehe Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE), kein Datum. Zum Vergleich: die heutigen Niederlande verfügen über eine Fläche von ca. 41.000 km². Siehe Europäische Union, kein Datum.

Unabhängigkeit anerkennen wollte. Für die Konfliktlösung spielten die überseeischen Gebiete Portugals eine zentrale Rolle. Um seine politische Unabhängigkeit gegenüber Madrid wieder zu erreichen, zu legitimieren und zu sichern, musste Lissabon nicht nur die innere Unterstützung verschiedener Gruppen wie Beamte, Kaufleute und auch den Klerus gewinnen, sondern auch die europäischen Allianzen wiederbeleben und erneuern. Die politische Lage war aber innerhalb des europäischen Kontinents unübersichtlich, da die Portugiesen weder mit der Unterstützung des Heiligen Stuhls noch mit anderen europäischen Monarchien rechnen konnten. Lissabon war völlig isoliert und in einer schwierigen Position. Portugal suchte vor allem die Unterstützung der Franzosen, Briten und Niederländer, um die Restauration des Königreichs zu verwirklichen. Zunächst war es Ziel der portugiesischen Außenpolitik, Frieden mit allen zitierten Staaten zu erreichen. Diese Länder waren gleichzeitig die Hauptfeinde Spaniens während des 16. Jahrhunderts und waren bestrebt, die Macht Madrids zu schwächen. Als Kolonialmacht wurde Portugal zwar zu einem weniger wichtigen Verhandlungspartner degradiert, aber ihre Überseegebiete boten einen guten Trumpf, um die Akzeptanz des Landes als souveräner Staat durchsetzen zu können. Die Restauration wurde zu einem langen diplomatischen Schachspiel, bis Portugal die Selbstständigkeit erreichen konnte. Mit den Niederländern konnte man im Jahr 1641 einen Friedensvertrag abschließen, der aber die überseeischen Konflikte nicht beendete. Auf dem Kontinent hatte Lissabon jedoch damit einen Alliierten gegen Madrid gewonnen. Gleichzeitig bedeutete dieser Kampf das Ende aller positiven Argumente für eine Union mit der spanischen Monarchie. Seitdem

waren die Portugiesen mit aller Kraft bestrebt, ihre kulturelle und politische Selbstständigkeit zu behaupten.²⁴

Es dauerte 28 Jahre, bis Lissabon die spanische Anerkennung seiner Unabhängigkeit erreichen konnte. Die Unterstützung der französischen Monarchie war vielversprechend und sehr erwünscht. In der Tat konnte Portugal aufgrund der Unterjochung durch Spanien während dieser Zeit offiziell keine diplomatischen Beziehungen zu anderen Herrscherhäusern führen. Infolgedessen konnte das Land seine Interessen während der Verhandlungen zum Westfälischen Vertrag²⁵ (1648) auch nicht autark vertreten. Dieser Vertrag schuf ein neues Machtverhältnis innerhalb Europas, der aber die Frage der Unabhängigkeit Portugals nicht behandelte. Entscheidend für Portugal war die Abspaltung der Niederländer von Spanien, die in dem zitierten Vertrag geregelt wurde. Die Beendigung der spanisch-niederländischen Konflikte führte dazu, dass Lissabon die Unterstützung der Niederlande verlor. Die versprochene französische Unterstützung ist durch den Friedensvertrag mit Spanien im Jahr 1659 ebenfalls gescheitert, was einen weiteren Schlag für Portugal bedeutete. Um die Hilfe der Niederländer erneut zu erreichen, musste Lissabon eine angepasste diplomatische Strategie verfolgen, welche zu Lasten der überseeischen Territorien ging. Vor allem in Asien mussten die Portugiesen gegenüber den Niederländern mehrere Zugeständnisse machen, um den Beistand gegen Madrid weiterhin zu behalten. Nach dem Vertrag von 1661 verzichtete

²⁴ Während der Zeit der Unabhängigkeitsbestrebungen in Portugal war Madrid gleichzeitig mit dem Aufstand (1640) in Katalonien konfrontiert. Sowohl Portugal als auch Katalonien kämpften gegen die zentralistische Politik Madrids, die von König Phillip IV (Filipe III von Portugal) und seinem „Premierminister“ Olivares betrieben wurde. Siehe vgl. Martínez, 2010, S. 176.

²⁵ Der Westfälische Vertrag hat eine entscheidende Bedeutung für die Machtkonstellation bzw. die Beziehungen der europäischen Monarchien untereinander. Zudem wirkte er sich auf die politische Machtherrschaft der Katholischen Kirche und auf die Religionsfreiheit aus. Dieser Vertrag regelte mehr oder weniger die innenpolitischen Beziehungen der europäischen Monarchien bis 1815, als der Wiener Kongress eine neue internationale Ordnung schaffte. Siehe vgl. Roberts, 1997, S. 87f.

Portugal auf alle Regionen, die die Niederländer erobert hatten. Die Inselgruppe Molukken, die Städte Melaka (heute in Malaysia), Colombo (heute in Sri Lanka) u.a. gerieten folglich unter niederländische Kontrolle (vgl. Martínez, 2010, S. 175-188). Erschwerend in dieser Situation kam hinzu, dass die portugiesischen Siedler in Brasilien – ohne Abstimmung mit Lissabon – ein gewisses Eigenleben entwickelten und selbstständig aufrüsteten. So wurde die niederländische Besatzung Luandas durch eine militärische Flotte von portugiesischen Siedlern aus Brasilien 1648 beendet und somit fiel die westafrikanische Stadt wieder in die Hände der Portugiesen, die von dieser Aktion keine Kenntnis hatten. Auch aus dem Nordosten Brasiliens wurden die Niederländer im Jahr 1654 vertrieben (vgl. Salentiny, 1977, S. 192). Nach diesem Ereignis hat der brasilianische Einfluss auf Angola zugenommen und von 1648 bis 1730 haben die angesiedelten Portugiesen in Brasilien den Handel mit Angola befördert und beherrscht (vgl. Vansina & Obenga, 1992, S. 564). Trotz aller Querelen wurde definitiv der Frieden mit den Niederländern dauerhaft erreicht, allerdings nicht mit Spanien.

Es war letztendlich die britische Unterstützung, die die Unabhängigkeit Portugals sicherte. Es hat allerdings lange Zeit gedauert, bis beide Staaten ihre Beziehungen spannungsfrei wiederherstellen konnten. Auch Großbritannien erlebte eine schwere Zeit, die vor allem durch eine lange politische Krise geprägt war. Lissabon war während der Konflikte zwischen Republikanern und Monarchisten in England aktiv und stellte sich gegen die Einführung der Republik von Oliver Cromwell im Jahr 1649. Da Portugal für die Wiedereinführung der britischen Monarchie plädiert hat, erklärte die republikanisch englische Regierung Lissabon den Krieg, den Lissabon verloren hat. Im Friedensvertrag von 1654 war Portugal gezwungen, seinen Markt einschließlich seiner Kolonien englischen Kaufleuten zu öffnen (vgl. Marques, 2001, S. 235f.). Wenngleich Portugal diesen Krieg verloren hat, war die Wiedereinführung der

englischen Monarchie für das Land von Vorteil. Mit der englischen Restauration (1660) wurde die historische portugiesisch-britische Allianz wiederbelebt. Der Handelsvertrag von 1654 wurde bestätigt und es wurde zusätzlich ein Heiratsvertrag (1661) zwischen der portugiesischen Prinzessin Katharina von Braganza und dem englischen König Karl II ausgehandelt und umgesetzt. Damit wurde die Allianz zwischen beiden Nationen gefestigt. In diesem Zusammenhang spielten die überseeischen Territorien erneut eine wichtige Rolle, indem die bis dahin portugiesisch kontrollierte Stadt Bombay im heutigen Indien als Geschenk an England ging. Dadurch gewannen die Engländer weiteren Einfluss in der Region, während Portugal immer mehr an Bedeutung verlor. Im Laufe der kommenden Jahre vertiefte sich die Allianz und England wurde zum Hauptpartner Portugals in politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereichen. Indem die Engländer allmählich ihre Macht auf dem Meer ausdehnten, waren sie in der Lage, die Anliegen Portugals gegenüber dem spanischen Hof zu vertreten. Die Engländer haben nach dem zitierten Heiratsvertrag die darin festgelegte Voraussetzung, die Verteidigung Portugals, als Aufgabe ernsthaft umgesetzt (vgl. Martínez, 2010, S. 200ff.). Unter englischer Vermittlung hat Spanien die politische Unabhängigkeit Portugals akzeptiert und beide Monarchien haben im Jahr 1668 einen Friedensvertrag unterschrieben. Damit wurde die portugiesische Monarchie in den europäischen Königshäusern wieder uneingeschränkt aufgenommen.

3.3 Der definitive Aufstieg des Atlantiks zum Zentrum des portugiesischen Kolonialreichs

Das ganze 17. Jahrhundert war für Portugal durchaus politisch schwierig und das Land musste nicht nur 28 Jahre für seine Unabhängigkeit kämpfen, sondern die wirtschaftliche Lage war nach über achtzig Jahren offizieller spanischer Herrschaft desolat. Erst unter König Pedro II

wurde das politische Ziel bzw. die politische Abspaltung von Spanien erreicht und Portugal wurde zu einer regionalen Kolonialmacht. Ab diesem Zeitpunkt konzentrierten sich die Hauptaktivitäten auf den Atlantikraum, der bis dahin keine große wirtschaftliche Rolle gespielt hat. In Asien verlor Portugal im 17. Jahrhundert definitiv jegliche Macht und als Folge davon hat die Gewichtung dieser Region für die portugiesische Kolonialgeschichte ständig abgenommen (vgl. Marques, 2001, S. 231ff.). Übrig blieben Portugal noch die Enklaven Goa (heute in Indien), Macao (heute in China) und Timor (heute Osttimor). Dem Land blieb keine andere wirtschaftliche Alternative mehr, als sich auf das noch wenig erschlossene südamerikanische Territorium sowie die west- und ostafrikanischen Regionen zu konzentrieren. Diese wurden zur zentralen Bühne der portugiesischen Kolonialpolitik des 18. Jahrhunderts.

Weder in Südamerika noch in Afrika war zum Ende des 17. Jahrhunderts klar, ob sich Portugal dort durchsetzen konnte. Nach wie vor waren diese Territorien unter portugiesischer Herrschaft noch nicht gesichert und die Verteidigung der Regionen war prekär. Die Kämpfe um Afrika wurden durch die europäische Konkurrenz seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts zunehmend härter und dadurch gerieten die zahlreichen portugiesischen Handelsstützpunkte immer stärker in Gefahr (vgl. Malowist, 1992, S. 10). Bezeichnend in diesem Zusammenhang war der portugiesische Herrschaftsverlust über die Stadt São Jorge da Mina am Golf von Guinea im Jahr 1637 zu Gunsten der Niederlande (vgl. Marques, 2001, S. 282). Damit haben die Portugiesen ihren wichtigsten Stützpunkt für den Sklaven- und Edelmetallhandel verloren und mussten somit die Vorherrschaft in Afrika definitiv aufgeben. Südamerika war zwar nicht vor Angriffen und Besatzungen anderer Europäer verschont, aber Portugal gelang es immer

wieder, seine Kolonie zu verteidigen. Niederländische und französische²⁶ Siedler haben im Norden Südamerikas wichtige Stützpunkte gegründet, die die territoriale Einheit Brasiliens gefährden konnten. Für die Konsolidierung der portugiesischen Präsenz in Südamerika haben überwiegend afrikanische Völker langfristig eine entscheidende Rolle gespielt, da sie zur Verteidigung Brasiliens herangezogen wurden und somit als Garant für die absehbar wichtigste wirtschaftliche Säule des Reiches dienten (vgl. Marques, 2001, S. 262ff.).

Bereits während der Auseinandersetzungen mit Madrid hat König João IV, der Vater von Pedro II, verschiedene Maßnahmen getroffen, um die überseeischen Territorien sowohl unter Kontrolle zu halten als auch rentabel zu gestalten. Die Gründung der Allgemeinen Handelsgesellschaft von Brasilien im Jahr 1649, die bis 1720 bestanden hat, war eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Wirtschaft des Landes zu fördern und zu sichern (vgl. Fausto, 1998, S. 57f.). Das Hauptziel war, die notwendige Infrastruktur wie z.B. den Gütertransport zu schaffen, um das Handelsmonopol mit der Kolonie zu garantieren. Ab diesem Zeitpunkt wurde Schritt für Schritt das portugiesische Kolonialsystem auf folgender Basis strukturiert: Portugal war das politische Zentrum, Brasilien war der wirtschaftliche Motor und die afrikanischen Regionen haben überwiegend Arbeitskraft bzw. Sklavenarbeit geliefert. Dieses System hat zur gegenseitigen sowie immer engeren wirtschaftlichen Abhängigkeit zwischen Portugal, Brasilien und den portugiesischen Regionen in Afrika in den kommenden Jahrhunderten geführt. Das praktizierte Wirtschaftssystem basierte auf dem Merkantilismus, das heißt Förderung der Wirtschaft im Mutterland und der Ausfuhr sowie Reduzierung der Einfuhren mit dem Hauptziel, eine positive Handelsbilanz zu erreichen. Um diese Zeit wurden die ersten

²⁶ Niederländer und Franzosen waren ab dem 17. Jahrhundert im Norden Südamerikas tätig, wo heute Suriname und das französische Gebiet Französisch-Guayana liegen. Siehe vgl. Herrero, 1999, S. 209 und 221.

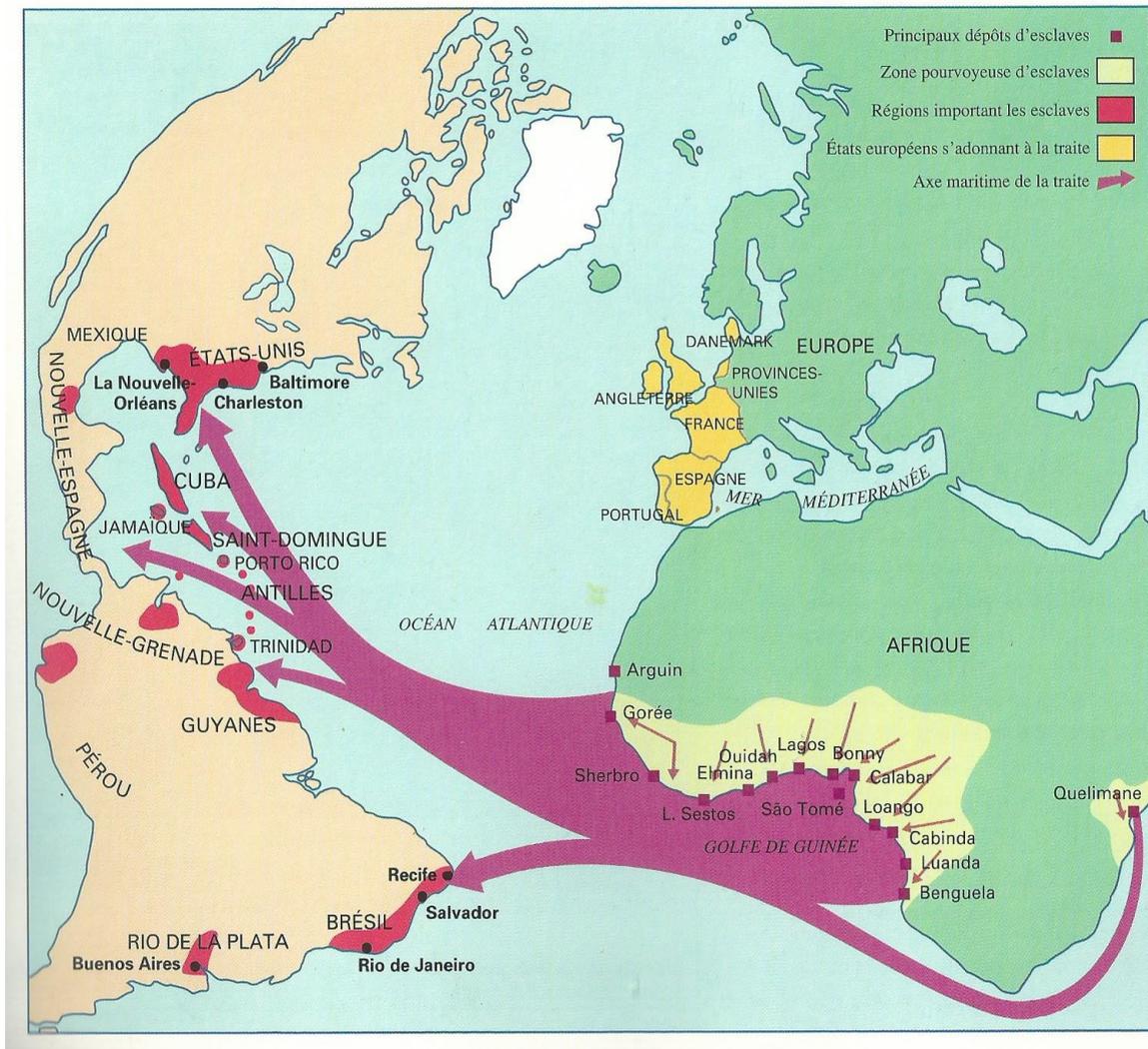
Maßnahmen eingeführt, die Industrie in Portugal zu etablieren und zu fördern (vgl. Marques, 2001, S. 288). Die Industrialisierungsziele wurden allerdings von dem Friedens- und Handelsvertrag von Westminster (1654) stark beeinträchtigt, indem Portugal den Markt einschließlich seiner Kolonien den englischen Produkten öffnen musste, was dazu führte, dass die portugiesischen Kaufleute unter einer heftigen Konkurrenz litten (vgl. Martínez, 2010, S. 194ff.).

Ein weiteres wichtiges Merkmal war das unterschiedliche wirtschaftliche Gewicht innerhalb des portugiesischen Reiches. Portugal war zwar das Mutterland und größter finanzieller Gewinner des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Kolonien, aber die gegenseitigen strukturellen Abhängigkeiten zwischen Brasilien und den portugiesischen Regionen in Afrika waren in vieler Hinsicht intensiver. Dies ist von besonderer Bedeutung, denn dadurch ist ein wichtiger Geschäftsverkehr im Südatlantik im Laufe der Jahre entstanden. Insbesondere hat die Kolonie Brasilien dem Mutterland zunehmend respektable wirtschaftliche Gewinne gebracht und sich zu einer der wichtigsten Einnahmequellen ab dem 17. Jahrhundert entwickelt. Holz- und Agrarprodukte konnten erzeugt bzw. abgebaut werden. Der Nordosten Brasiliens hat seit der Ankunft der Portugiesen eine wichtige wirtschaftliche Zone gebildet und aus diesem Grund war von 1549 bis 1763 die Basis der administrativen Einheit *São Salvador da Bahia de Todos os Santos*, die heutige Hauptstadt des Bundeslandes Bahia. Bereits in diesem Zeitraum hat sich ein Einwanderungsstrom von Portugiesen nach Brasilien entwickelt (vgl. Salentiny, 1977, S. 92f.). Die demografische Entwicklung der südamerikanischen Kolonie war rasant, die sich einerseits durch ihre riesigen potenziellen Möglichkeiten erklären lässt, andererseits aber auch durch die schwache Widerstandsfähigkeit der Einheimischen, der sogenannten Indianer (Vgl. Marques, 2001, S. 338).

Betrachtet man das Vorhaben Portugals, das südamerikanische Territorium wirtschaftlich zu erschließen, mussten zunächst verschiedene Voraussetzungen geschaffen werden. Vor allem mussten Arbeitskräfte eingeführt werden. Die demographische Entwicklung hat sich ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sehr positiv gezeigt. Der europäische Einwanderungsstrom hat ständig zugenommen, reichte aber allein nicht aus, um den notwendigen Bedarf zu decken. Parallel dazu haben die Portugiesen immer mehr afrikanischen Sklaven importiert, um die Ausbeutung der *Terra Brasilis* zu ermöglichen. Der Sklavenhandel war durch und durch gut organisiert, sehr einträglich und Brasilien war bis zirka 1850 einer der wichtigsten Sklavenmärkte weltweit (vgl. Fausto, 1998, S. 192ff.). Das Land hat über einen Zeitraum von ca. 300 Jahren afrikanische Sklaven aufgenommen, wodurch unbestritten ist, dass der wirtschaftliche Aufschwung Brasiliens stark und entscheidend mit der Einführung von Sklaven zusammenhing. Wie viele schwarze Afrikaner nach Brasilien gebracht wurden, ist bis heute umstritten. Es wird vermutet, dass zirka vier Millionen Menschen in dem Zeitraum vom 1550 bis 1855 versklavt wurden (vgl. Thomas, 1997, S. 975). Fakt ist, dass die Sklaverei das Land bis heute mit Teilen Afrikas²⁷ und insbesondere stark mit der Region des Königreichs Kongo verbindet, da die meisten Sklaven aus diesem Gebiet stammten (vgl. Fausto, 1998, S. 51f.).

²⁷ Während des 16. Jahrhunderts stammten die meisten afrikanischen Sklaven aus der Region um den Golf von Guinea. Ab dem 17. Jahrhundert wurde der Sklavenhandel immer weiter nach Süden verlagert. Die Häfen von Luanda, Benguela und Cabinda waren die wichtigsten Ausgangsbasen. Die drei Städte befinden sich heute in Angola. Siehe vgl. Fausto, 1998, S. 51.

Karte 3.3.A Europäischer Sklavenhandel mit Afrikanern vom 16. bis zum 18. Jahrhundert



- Wichtigste Städte bzw. Häfen für den Sklavenhandel in Afrika.
- Wichtigste Regionen, aus denen die versklavten Afrikaner stammten.
- Empfangsregionen von versklavten Afrikanern auf dem amerikanischen Kontinent
- Europäische Staaten, die sich am Sklavenhandel beteiligt haben
- Seewege

Quelle: Chaliand, Jan, & Rageau, 1994, S. 65.

Der Sklavenhandel nimmt ein besonderes und eigenes Kapitel in der Geschichte des portugiesischen Kolonialreiches ein. Er war die entscheidende Säule, die die portugiesischen Verbindungen zu Afrika jahrhundertlang ermöglichte und die Herrschaft über Brasilien sicherte. Außerdem war er der prägendste und wichtigste wirtschaftliche Faktor, der ein

sinnvolles System geschaffen und alle Regionen des portugiesischen Reiches eingebunden hat. Bis heute bildet das Thema „Sklavenhandel“ und „Sklaverei“ für die unmittelbar betroffenen Staaten einen wichtigen Bereich, indem die Bevölkerung mit afrikanischen Wurzeln ihre Anerkennung als aktive und zentrale Teilnehmer in der Geschichte der betroffenen Staaten noch immer abschließend nicht gefunden hat. Lediglich als ein reines Geschäft darf der Sklavenhandel nicht verstanden werden, sondern als ein komplizierter Bestandteil des portugiesischen Kolonial- bzw. Herrschaftssystems.²⁸

Einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung hat Portugal mit der Entdeckung von Edelmetallen in Brasilien erfahren, die erst Ende des 17. Jahrhunderts in großen Mengen gefunden wurden. Gold und Diamanten haben eine neue Entwicklung im portugiesischen Weltreich vorangetrieben und die wirtschaftliche Rolle Brasiliens gegenüber Portugal und seinen afrikanischen Regionen noch mehr verstärkt. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Portugals war mit der Entwicklung Brasiliens seitdem untrennbar verknüpft. Während des 18. Jahrhunderts war die südamerikanische Kolonie der wirtschaftliche Zenit des portugiesischen Weltreichs (vgl. Martínez, 2010, S. 216). Die Entdeckung von Gold hat dem Schicksal Brasiliens und des portugiesischen Königreiches eine neue Richtung gegeben. In ganz Südamerika hat diese Entdeckung zu starken wirtschaftlichen Aufschwüngen beigetragen, die zu dem Ausbau der Infrastruktur führte. Vor allem im Inneren Brasiliens mussten die Verkehrsverbindungen mit der Küste und den neu entstandenen Orten verbessert werden, besonders um die Ausfuhr

²⁸ Der Autor Hugh Thomas stellt in seinem Buch „The slave trade: the story of the Atlantic slave trade 1440 – 1870“ ausführlich dar, wie sich die Sklaverei und der Sklavenhandel jahrhundertlang sowie die sozialen und wirtschaftlichen Verflechtungen entwickelt haben, die dadurch entstanden sind.

des Goldes nach Portugal zu ermöglichen. Dies hat zu der Aufwärtsentwicklung des Binnenhandels geführt (vgl. Marques, 2001, S. 340).

3.4 Glänzendes 18. Jahrhundert

Das brasilianische Gold brachte Portugal zahlreiche Möglichkeiten und internationales Ansehen zurück. Schnell geriet die politische und wirtschaftliche Krise des 17. Jahrhunderts in Vergessenheit und das Land glänzte im 18. Jahrhundert wie nie zuvor. Es war ein Jahrhundert von innenpolitischer Stabilität und Reformen. Wichtige politische Maßnahmen wurden eingeführt, die sich bis in das 19. Jahrhundert und darüber hinaus ausgewirkt haben (vgl. Marques, 2001, S. 344). Das Gold hat auch eine neue Außenpolitik ermöglicht, wodurch Portugal finanziell stärker auftreten konnte. Brasilien war in diesem Kontext der Kern sowohl der innen- als auch der außenpolitischen Strategie.

Auf eine Nichteinmischungsstrategie zielte die Außenpolitik ab, die häufig in der Literatur als eine dauerhafte Neutralitätspolitik Portugals während des 18. Jahrhunderts bezeichnet wird, was die Lage aber nicht genau beschreibt. Dadurch, dass dieses Jahrhundert von tiefgreifenden geopolitischen Veränderungen geprägt war, die starken Einfluss auf die innere Entwicklung Portugals hatten und die Einheit des Königreichs gefährdeten, musste Lissabon aus eigenem Interesse auf der internationalen Bühne tätig werden. Besonders wichtig war die Stabilität auf der Iberischen Halbinsel, da die innenpolitische Entwicklung Spaniens im Fokus stand. Außerdem musste Lissabon die Interessen Frankreichs und Großbritanniens im Auge behalten, da beide Länder nicht nur auf dem Kontinent wichtige Alliierte waren, sondern auch in Übersee. Schon im Jahr 1700 führte der Tod des spanischen Königs Karl II zu hektischen Konflikten auf dem gesamten europäischen Kontinent, und zwar, weil zu seinem Nachfolger Phillip von Anjou bestimmt wurde. Der neue spanische König stammte aus dem französischen

Haus Bourbon und seine Herrschaft hätte leicht zu einer Doppelmonarchie führen können, die als Ergebnis die Suprematie Frankreichs sowohl in Europa als auch in Übersee hätte haben können. Diese Entwicklung hat zum Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714) geführt, in den verschiedene europäische Königshäuser involviert waren. Portugal befürchtete, dass sich die französische Kolonialpräsenz in Südamerika verstärken und folglich die Einheit Brasiliens wieder in Gefahr geraten könnte. Auch zu diesem Zeitpunkt war die portugiesische Armee wiederum nicht in der Lage, weder das Territorium in Europa noch in Übersee zu verteidigen. König Pedro II musste aber zwingend handeln. Das Dilemma Portugals - und damit ein Dauerthema seit dem 17. Jahrhundert - war, immer wieder damit konfrontiert zu sein, sich zu einer Allianz zwischen Großbritannien und Frankreich entscheiden zu müssen. Der weitere Verlauf der Geschichte wird aufzeigen, dass sich dieser Entscheidungszwang über einen Zeitraum von etwa einhundert Jahren hinzog. Der König stellte sich in diesem Fall gegen Frankreich und trat der Großen Allianz bei, in der u.a. auch Großbritannien Mitglied war. Diese Entscheidung führte zum Abschluss des Handelsvertrags von Methuen (1703) zwischen London und Lissabon (vgl. Newitt, 2009, S. 126ff.). Dieser Vertrag spielte aber erst langfristig eine entscheidende Rolle für die innere Entwicklung Portugals. In dem damaligen Kontext war wichtig zu berücksichtigen, dass Frankreich eine gezielte Expansionspolitik im Amazonasbecken führte und seit 1626 in der heutigen Region Französisch-Guyana präsent war (vgl. Marques, 2001, S. 262). In dem portugiesisch-französischen Disput ging es insbesondere um die Kontrolle über Teile des Amazonasflusses und seines Deltas. Dadurch, dass Portugal an der Seite der Großen Allianz gekämpft hat und diese den Spanischen Erbfolgekrieg für sich entscheiden konnte, wurde die Auseinandersetzung mit Frankreich im Friedensvertrag von Utrecht (1713) geregelt (vgl. Martínez, 2010, S. 223f.). Durch diesen Vertrag wurde Portugal Herr über beide Amazonasufer und die Grenze zu der französischen

Kolonie in Südamerika definitiv geregelt. Auch in Südbrasilien konnte sich Portugal gegen Spanien durchsetzen und über das heutige Territorium Uruguay, wo Portugiesen bereits im Jahr 1680 die Siedlung Sacramento gegründet hatten, die Kontrolle wiedergewinnen (vgl. Marques, 2001, S. 350f.). Von großer Bedeutung, da mit langfristigen Auswirkungen, waren aber die britischen Erfolge, die ebenso als Grundlage den Vertragstext von Utrecht hatten. Großbritannien hat sowohl von Frankreich als auch von Spanien Kolonialgebiete erobert und das Monopol über den Sklavenhandel mit Spanisch-Amerika durch den „Asiento Contract“ ausgeübt (vgl. Wondji, 1992, S. 39f.). De facto bedeutete dies, dass der britische Einfluss sowohl in Westafrika als auch auf dem amerikanischen Kontinent gefestigt und erweitert wurde. Schon im Jahr 1672 wurde die „Royal African Company“ gegründet, womit die Briten ihr Interesse am Sklavenhandel bekundeten (vgl. Malowist, 1992, S. 16ff.). Nach dem Frieden von Utrecht standen Briten und Portugiesen in direkter Konkurrenz hinsichtlich des Einflusses auf Afrika und den Sklavenhandel.

Nach dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges und schon unter der Führung König João V zog sich Portugal vom internationalen Geschehen stark zurück. In Europa hatte Lissabon weder territoriale Ambitionen noch Machtansprüche und das Land pflegte friedliche Beziehungen zu allen anderen Königshäusern. Innenpolitisch wurde nach wie vor der Akzent auf die Industrialisierung, die Ausbeutung der brasilianischen Goldminen sowie den Schutz Südbrasilien gesetzt, wo nach wie vor Grenzkonflikte mit dem spanischen Territorium bestanden. Das brasilianische Gold war allerdings langfristig Segen und Fluch zugleich. Einerseits konnte dadurch die Industrialisierung gefördert werden, andererseits versetzte es das Land in die Lage, den Binnenmarkt durch Produktimporte zu finanzieren, was allerdings die lokale Produktion erschwerte. Das dauerhafte Defizit in der Handelsbilanz wurde durch den

Goldfluss überwunden (vgl. Marques, 2001, S. 288ff.). Dadurch gelangten große Teile des brasilianischen Goldes auf den Inselstaat Großbritannien.

Weiterhin hatte der schon erwähnte anglo-portugiesische Methuen-Vertrag langfristig eine negative Auswirkung auf die portugiesische industrielle Entwicklung. Englische Manufakturprodukte profitierten im portugiesischen Markt im Vergleich zu allen anderen Ländern von niedrigeren Einfuhrzöllen und konkurrierten mit einheimischen Produkten durch bessere Qualität und günstigeren Preis. Im Gegensatz dazu war es Portugal lediglich gestattet, ausschließlich Wein nach England unter vergleichbaren Bedingungen zu exportieren (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 191f.).

Der Abbau des Goldes hatte auch demografische Auswirkungen, denn dadurch erfolgte ein dauerhafter Einwanderungsstrom aus dem gesamten portugiesischen Königreich nach Südamerika; ebenso eine Binnenwanderung innerhalb Brasiliens. Der Auswanderungsstrom aus Portugal betrug im 18. Jahrhundert zirka 600.000 Menschen (vgl. Fausto, 1998, S. 98-102). Diese Menschenbewegung im Zusammenhang mit der Steuerpolitik Lissabons führte in Brasilien zu Konflikten. Zwei ernsthafte soziale Auseinandersetzungen sind im Norden und im Nordosten Brasiliens entstanden, die unter dem Krieg der Emboabas (1708/1709) und dem Krieg der Hausierer (1711) bekannt wurden. Beide Auseinandersetzungen sind von der kriegerischen Dimension her nicht sehr bedeutend, aber sie waren die ersten sozialen sowie politischen Forderungen der Kolonie gegenüber Lissabon (vgl. Marques, 2001, S. 352f.). Als auch noch Diamanten im Jahr 1729 gefunden wurden, erreichte Brasilien im 18. Jahrhundert seinen wirtschaftlichen Höhepunkt (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 187f.). Diese positive Entwicklung spiegelte sich in Portugal wider, indem zu der damaligen Zeit wichtige Bauten

entstanden, wie z.B. der Klosterpalast von Mafra und die Bibliothek der Universität Coimbra.²⁹

Auch der Sklavenhandel erlebte weiteren Aufschwung und Rio de Janeiro war neben Salvador ein wichtiger Aufnahmeort (vgl. Fausto, 1998, S. 99).

Die südamerikanische Kolonie war Portugal derart wichtig, dass sich die Regierung unter Leitung König João V für eine dauerhafte Lösung hinsichtlich der bestehenden Grenzkonflikte zwischen Brasilien und den angrenzenden Regionen mit Spanien engagiert hat. Speziell ging es nochmals um die Region Südbrasilien und das Territorium des heutigen Uruguay. Die Herrschaft über diese Region war noch unklar und sowohl Lissabon als auch Madrid beanspruchten die Kontrolle über den Rio de la Plata. Portugal und Spanien hatten zwar im Vertrag von Utrecht (1713/1715) die Frage geregelt, aber die Portugiesen waren nicht in der Lage, sich in dem Territorium zu behaupten. Die Regelung der Grenze war Lissabon sehr wichtig aufgrund der vielen von Portugal entdeckten Minen, die sich aber im spanischen Territorium in Südamerika befanden, wie es der Vertrag von Tordesillas (1494) festlegte. Das Ziel war Frieden zu erzielen und zu garantieren, da dieser eine äußerst wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie und seine Ausbeutung spielte. Mit dem Vertrag von Madrid (1750) erkannte Portugal die Herrschaft Spaniens über die Philippinen³⁰ an und im Gegenzug erkannte Spanien die Herrschaft Portugals über große Teile Brasiliens an. Damit galten die alten Regelungen des Vertrags von Tordesillas nicht mehr, allerdings waren dadurch

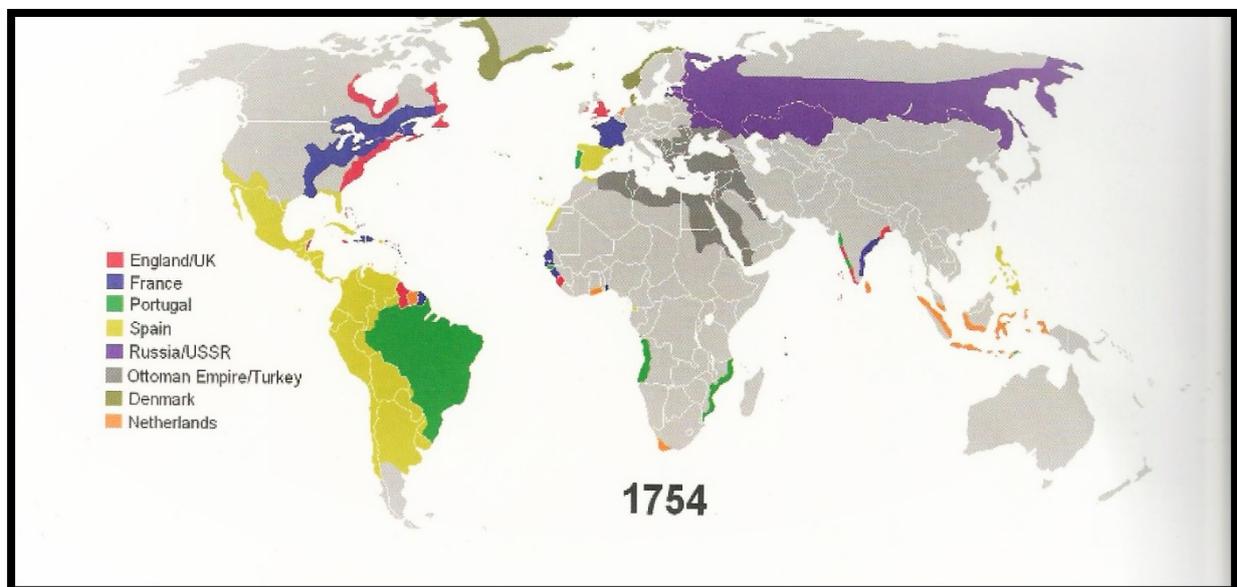
²⁹ Der Klosterpalast von Mafra wurde zwischen 1714 und 1735 gebaut und die Universitätsbibliothek zu Coimbra zwischen 1716 und 1728. Siehe vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 189.

³⁰ Inseln des heutigen asiatischen Landes „Philippinen“ wurden von Spanien während des 16. Jahrhunderts besetzt. Damit verstieß Madrid gegen Regelungen des Vertrages von Tordesillas, der den Großteil Asiens portugiesischer Herrschaft zuordnete. Siehe vgl. Newitt, 2005, S. 150f.

die Dispute um das heutige uruguayische Territorium abschließend noch immer nicht überwunden – der Konflikt blieb bestehen (vgl. Martínez, 2010, S. 252-259).

Brasilien stand ohne Zweifel im Zentrum des Portugiesischen Reiches, als König José I im Jahr 1750 inthronisiert wurde. Von der Fläche her herrschte Portugal über ein beträchtliches Territorium. Gleichwohl war es kleiner als die von Spanien und Russland beherrschten, wie die untere Karte 3.4.A verdeutlicht.

Karte 3.4.A Europäische Expansionsgebiete um 1750



- | | | | |
|------------|---------------------|--------------|--------------------------|
| ■ Spanien | ■ Portugal | ■ Frankreich | ■ Niederlande |
| ■ Russland | ■ Osmanisches Reich | ■ Dänemark | ■ England/Großbritannien |

Quelle: Martínez, 2010, S. 288.

König José I ernannte in seiner Regierungszeit Sebastião José de Carvalho e Melo zu einer Art Premierminister und er wurde in der Geschichte als Marquis Pombal bekannt. Pombal prägte die Geschichte Portugals dadurch, dass die wichtigsten politischen Reformen des 18. Jahrhunderts unter seiner Verantwortung eingeführt wurden. Als Premierminister hat er für die politische und wirtschaftliche Modernisierung Portugals und die effiziente Ausbeutung

sowie Verwaltung der Kolonien geworben. Wirtschaftliches Hauptziel war nach wie vor die Industrialisierung, die tatsächlich stattfand, aber eine schwache Entwicklung nahm (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 191). In dieser Zeit hat die Umstrukturierung der portugiesischen Staatsgeschäfte angefangen, mit dem Ziel, eine ausgebildete Beamtenschaft zu installieren (vgl. Marques, 2001, S. 300f.). Dadurch wurde die Macht der Kirche und des Adels stark beschnitten und beide Gruppen haben niemals ihren ehemals bedeutenden Einfluss zurückgewonnen (vgl. Marques, 2001, S. 324). Nicht zuletzt wurde die Sklaverei im Mutterland im Jahr 1761 beendet. Marquis Pombal gilt als derjenige, der dem aufgeklärten Despotismus in Portugal den ersten Anstoß gegeben hat und wird somit als der bedeutendste Staatsmann des Landes im 18. Jahrhundert angesehen (vgl. Marques, 2001, S. 308). Seine Außenpolitik war jedoch umstritten. Eines der Ziele war die Bekämpfung des englischen Einflusses auf Portugal, ohne aber die militärische Allianz beider Länder zu gefährden (vgl. Newitt, 2009, S. 135ff.). Die außenpolitische Lage fand jedoch im Schatten des Siebenjährigen Krieges statt und wiederum musste Portugal seine Außenpolitik an die europäischen Ereignisse anpassen.

Der Siebenjährige Krieg, der in Europa, Asien und Nordamerika stattgefunden hat und in den verschiedene europäische Regierungen involviert waren, interessierte Portugal zunächst wenig, da es bestrebt war, die Neutralität zu wahren (vgl. Martínez, 2010, S. 278f.). Es waren die Konflikte zwischen Großbritannien und der französisch-spanischen Allianz, die Portugal zum Verhängnis wurden. Beide Gegner verlangten die Unterstützung Portugals. In diesem Zusammenhang erschien es nicht opportun, das portugiesische Ziel, nämlich den Einfluss Großbritanniens auf das Land zu reduzieren, weiter zu verfolgen. Die britische Allianz war für Lissabon lebenswichtig und dadurch stellte sich Portugal gegen Spanien und Frankreich

während des Siebenjährigen Krieges. Gleichzeitig wuchs die weltweite Macht Großbritanniens rasant. Mit dem britischen Sieg (1763) über die Franzosen und die Spanier wurde das Land zu der wichtigsten Kolonialmacht aller Zeiten (vgl. Kielinger, 2009, S. 94f.). Weiterhin führte der nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg (1776-1783) zu weltweit bedeutenden Änderungen und hatte starke Einflüsse auf den ganzen amerikanischen Kontinent, einschließlich Brasilien, indem sich die wachsenden Unabhängigkeitsbewegungen gestärkt fühlten. Diese Entwicklung hatte unmittelbare Folgen für Portugal und das Kolonialreich, was Pombal sehr bewusst war. Unter ihm wurde außerdem die überseeische Politik umfassend reformiert, indem neue Verwaltungseinheiten und -methoden eingeführt wurden. Im Laufe des 18. Jahrhunderts fokussierte man sich politisch weiter auf Brasilien, da das Land nach wie vor die einträglichste Kolonie war. Die Hauptstadt wurde von Salvador da Bahia nach Rio de Janeiro (1763) verlegt, weil sich das wirtschaftliche Zentrum Brasiliens allmählich vom Norden zum Zentrum und in den Süden des Landes verlagert hatte (vgl. Fausto, 1998, S. 98). Ebenso wurde die Kolonialpolitik für die afrikanischen Besitzungen verändert. Die Enklave Mazagao im heutigen Marokko wurde verlassen und die Präsenz Portugals in Nordafrika damit definitiv beendet (vgl. Marques, 2001, S. 363). Ein neues Ziel war, die Wirtschaft besonders in Angola zu fördern. Auch für die Kolonie Mosambik wurde eine eigene Verwaltungseinheit im Jahr 1752 geschaffen und damit stand das Territorium nicht mehr unter der Verwaltung Goas. In Portugiesisch-Indien wurde die Hauptstadt von Goa nach Panjim (Nova Goa) verlegt (vgl. Salentiny, 1977, S. 165, 193 und 249). Diese Maßnahmen waren die zwangsläufige Folge des portugiesischen Machtverlustes in Asien, wo Goa bislang die zentrale Rolle spielte. Der weitreichendste Schritt war allerdings die Vertreibung (1759) des Ordens der Jesuiten aus Portugal einschließlich der Kolonien, da sich die Jesuiten angeblich gegen die Politik Pombals

gestellt hatten. Dadurch wurde der katholischen Kirche ein starker Schlag versetzt (vgl. Marques, 2001, S. 348ff.) und somit der erste Schritt für die Trennung von Staat und Kirche gesetzt, der aber noch eine lange Zeit benötigte, um vollendet zu werden.

Als König Josef I im Jahr 1777 starb, erbte seine Tochter und Nachfolgerin Königin Maria I eine innenpolitisch und wirtschaftlich stabile Lage. Trotz dieser positiven Situation war die neue Königin mit der Politik von Marquis Pombal nicht völlig einverstanden; in der Folge wurde der Premierminister sofort entlassen und sogar verhaftet. Die Ziele Pombals waren sehr umstritten und haben zu Konflikten mit Teilen der portugiesischen Elite und dem Königshof geführt, da teilweise eine konservative Einstellung dominierte und man somit Neuerungen gegenüber verschlossen war. Trotz aller inneren Konflikte hat die Regierung des Marquis Pombal eine wichtige Rolle für das Bestehen des portugiesischen Weltreichs und seine weitere Modernisierung gespielt, die mit der Liberalen Revolution im Jahr 1820 fortgesetzt wurde (vgl. Marques, 2001, S. 327f.). Teile dieser Politik übernahm Königin Maria I, die Industrialisierungspolitik wurde z.B. verschärft, indem sie sich nur noch auf das Mutterland konzentrierte. Die Ansiedlung von jeglichen Industrien in den Kolonien war ab sofort untersagt, wie beispielsweise in Brasilien, wo im Jahr 1785 die Textilindustrie gänzlich verboten wurde, bis auf die Herstellung von Jutesäcken als wichtiges Transportmittel (vgl. Marques, 2001, S. 343f.). Wenngleich das Gold zu spektakulären wirtschaftlichen Aufschwüngen in vielen Bereichen während fast einhundert Jahren geführt hat, konnte die industrielle Entwicklung nie richtig vorangetrieben werden. Trotz der günstigen Bedingungen, der vorhandenen Agrarprodukte und natürlichen Ressourcen sowie des staatlichen Engagements hat das Land bis zum Ende des 18. Jahrhunderts keine bedeutende Rolle im Bereich des technischen Fortschritts, verglichen mit verschiedenen Regionen der Welt, erzielt.

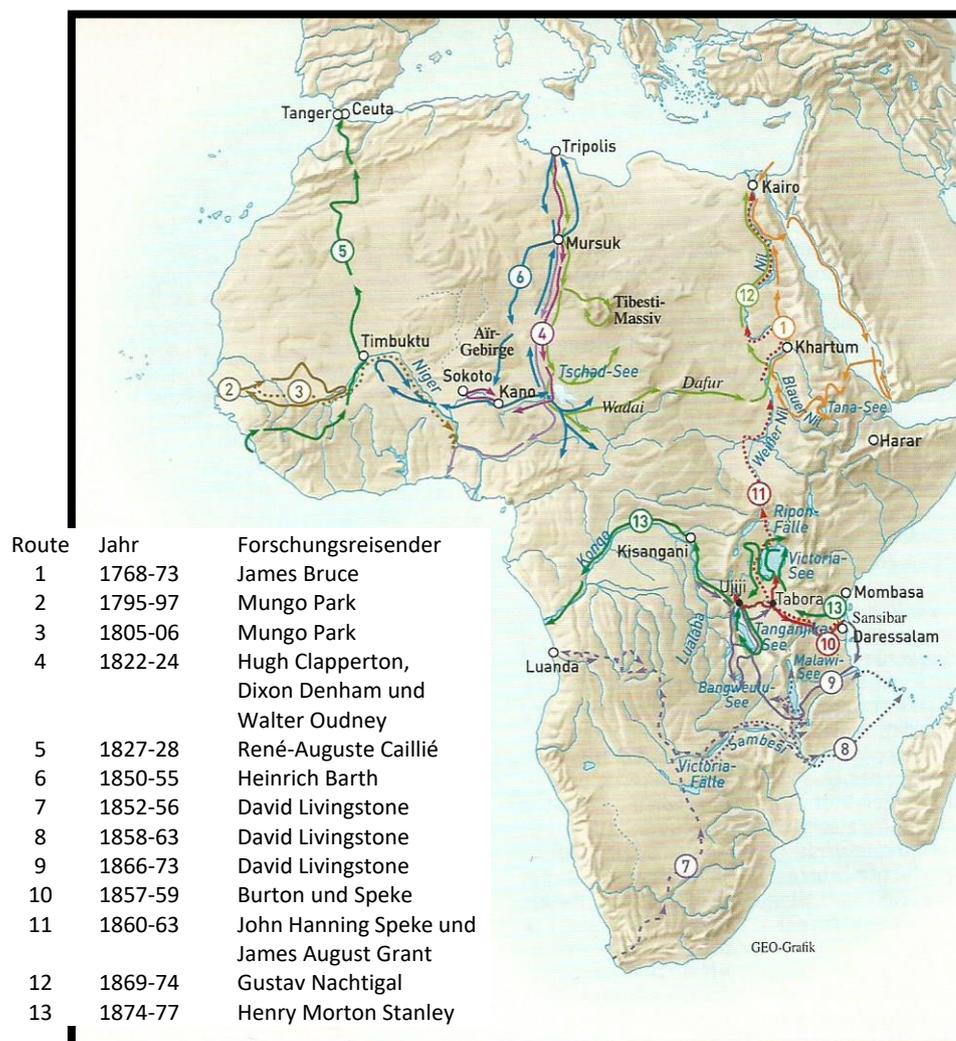
Es war eine Veränderung in der Außenpolitik, die eine Wende herbeigeführt hat. Königin Maria I betrieb eine Annäherungspolitik an Spanien (vgl. Martínez, 2010, S. 287f.).

Auch unter Königin Maria I bildete Brasilien das Kernstück der außenpolitischen Strategie. Die Feindseligkeit zwischen Lissabon und Madrid war abermals in Südamerika zu spüren. Die Einheit der Kolonie war wiederholt gefährdet, da beide Staaten erneut um die Herrschaft über das heutige Territorium Uruguay rangen. Es herrschte wieder Krieg in der Kolonie. Noch unter der Regierung Pombals war die portugiesische Außenpolitik bestrebt, den Konflikt abschließend zu lösen. Unter Königin Maria I und durch den Ildefonso Vertrag (1777), der unter ihrem Vater bereits verhandelt, aber erst durch sie ratifiziert wurde, regelten beide Königreiche definitiv die Grenze zwischen den spanischen und portugiesischen Kolonien in Südamerika. Portugal gewann wieder die Herrschaft über Südbrasilien, aber verlor an Spanien die westafrikanischen Inseln im Golf von Guinea Fernando Pó (heute Bie) und Ano Bom (heute Pagalu und früher Annobón), beide im heutigen Äquatorial Guinea, und Sacramento, heute Uruguay. Aber der Konflikt um die Kontrolle des Rio de la Plata war weiterhin nicht entschieden.

Die politische Entwicklung in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent bis Ende des 18. Jahrhunderts verursachte sichtbar negative Auswirkungen auf Portugal. Vor allem die Französische Revolution, die im Jahr 1789 begonnen hat, entwickelte sich zu einem europäischen Krieg. Von der Französischen Revolution wurde Portugal zunächst nur peripher getroffen. Im gleichen Jahr fand allerdings in Brasilien die bedeutendste politische Revolte gegen die portugiesische Herrschaft statt, die unter dem Namen „Verrat von Minas Gerais“ (Inconfidência Mineira) bekannt wurde. Diese war eine regionale Bewegung, die auf die Autonomie der Goldregion abzielte. Die politische Instabilität wuchs allmählich in Portugal

und hinzu kam, dass die Goldvorkommen in Brasilien abnahmen, was zu wirtschaftlichen Problemen im Mutterland führte. In dieser schwierigen Lage musste die psychisch kranke Königin Maria I die Regierungsführung ihrem Sohn und Kronprinz João ab dem Jahr 1792 überlassen (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 210f.). Die Herausforderungen an die portugiesische Außenpolitik beschränkten sich aber nicht nur auf Europa und Südamerika, sondern bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wuchs das Interesse europäischer Forscher, ins Binnenland Afrikas vorzudringen. Wie die untere Karte verdeutlicht, engagierten sich verschiedene Forscher, um den Kontinent genau zu kartographieren.

Karte 3.4.B Einige europäische Expeditionen im Binnenland Afrikas



Quelle: Amsler, Mischer, & Peters, 2006, S. 166.

Auch die Portugiesen erforschten um diese Zeit die inneren Gebiete im südlichen Afrika, aber ihre Aktivitäten und Ergebnisse blieben der breiten Masse unbekannt. Seitdem wurden verschiedene Gesellschaften in Europa im 19. Jahrhundert gegründet, die sich mit der geografischen Erkundung Afrikas beschäftigten. Im Zusammenhang mit der Französischen Revolution besetzten die Briten zusätzlich die geostrategische Region Kapstadt (heute in Südafrika) im Jahr 1795, wo die Franzosen stationierte Truppen besaßen. Es ging um die Kontrolle des Seewegs nach Asien (vgl. Denoon, 1992, S. 701). Diese Region war unmittelbar südlich der portugiesischen Kolonien Mosambik und Angola gelegen. Langfristig entwickelte sich Afrika zur zentralen Sorge der portugiesischen Außenpolitik und die Konflikte mit London um die zitierte Region wuchsen gewaltig.

Es waren die sogenannten Koalitionskriege bzw. die Bekämpfung der Ausweitung der Französischen Revolution auf andere europäische Staaten und später die Napoleonischen Kriege, die zu einer tiefgreifenden Krise in Portugal führten. Noch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wurde die politische Lage sowohl in Europa als auch in Brasilien gravierend, was die Zeit der Regierung des Prinzregenten João prägte. Die Ausbreitung der Französischen Revolution auf europäischer Ebene und die Napoleonischen Kriege hatten verheerende Folgen für die portugiesische Außenpolitik, die sich noch einmal zwischen Paris und London entscheiden musste. Ab 1793 bekämpfte auch Portugal die Revolution und ihre Folgen. Lissabon befürchtete abermals die Konfrontation sowohl zu Frankreich als auch zu England und die Beibehaltung der Neutralität war wiederum das Ziel (vgl. Martínez, 2010, S. 304ff.). Dieses war aber nicht möglich.

Nicht zuletzt haben die Aufstände der Sklaven und Mulatten in der französischen Kolonie Saint-Domingue, heute Haïti, in der Karibik im Jahr 1798 Signale der neuen Zeit auch auf dem

amerikanischen Kontinent gesetzt. Man befürchtete auch Aufstände der Sklaven in Brasilien. Die Lage in Europa war aber seit 1796 dramatisch, da die französische Armee die Gegner bzw. die Koalition, bestehend aus mehreren europäischen Staaten einschließlich Portugal, besiegt hatte. In diesem Kontext ist bemerkenswert, dass Spanien und Frankreich den Friedensschluss von Basel (1795) besiegelten und sich dann gemeinsam gegen die Macht Großbritanniens verbündeten. In dieser neuen Konstellation musste sich die portugiesische Regierung zwischen der Allianz zu Frankreich-Spanien oder zu Großbritannien endgültig entscheiden. Die Friedensverhandlungen zwischen Portugal und Frankreich wurden unter der Leitung von Madrid geführt und im Jahr 1801 wurde der Vertrag von Badajoz abgeschlossen. Damit war Portugal verpflichtet, u.a. die Allianz zu Großbritannien zu beenden, den Zugang französischer Schiffe zu den portugiesischen Häfen zu garantieren sowie Teile seines Territoriums in Europa an Spanien abzutreten. Lissabon wollte die Friedensbedingungen nicht akzeptieren, was zur Folge hatte, dass das Land von Spanien besetzt wurde (vgl. Martínez, 2010, S. 319ff.). Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Portugal der letzte Alliierte Großbritanniens auf dem Kontinent. Der Prinzregent João befürchtete, dass seine Allianz zu Frankreich und damit zwangsläufig Krieg gegen London, die überseeischen Kolonien bzw. Brasilien gefährden konnte. Die Gefahr, die Kontrolle über den Seeweg nach Brasilien zu verlieren, war zu übermächtig. Aus diesem Grunde lehnte der Prinzregent im Jahr 1805 die von Napoleon geforderte Kriegserklärung gegen Großbritannien ab. Durch die Kontinentalsperre, die Napoleon gegen Großbritannien im Jahr 1806 verhängte, stellte Paris Portugal im Jahr 1807 ein Ultimatum. Dieses verlangte, dass Lissabon den Krieg gegen Großbritannien in wenigen Wochen zu erklären hätte, was wiederum abgelehnt wurde (vgl. Martínez, 2010, S. 329f.).

4 Die Entstehung der portugiesischsprachigen Staatengemeinschaft

Aufgrund der Napoleonischen Kriege und der imminenten Besatzung Portugals, traf das Königshaus eine außergewöhnliche und zunächst nicht beabsichtigte Entscheidung: die Flucht nach Brasilien. Hierzu war eine dezidierte Planung erforderlich, denn auf einen Schlag sollte das portugiesische Machtzentrum nach Südamerika verlagert werden. Durch diesen Schachzug lehnte der portugiesische König die Allianz mit Paris endgültig ab, vermied einen Krieg gegen Großbritannien und behielt vor allem die völlige politische Kontrolle über die überseeischen Territorien. Die Entscheidung, nach Brasilien umzusiedeln, entsprach einer durchdachten politischen Strategie. Diese führte unmittelbar zur Gründung der portugiesischsprachigen Staatengemeinschaft, indem der Kolonialstatus Brasiliens beendet wurde. Innerhalb des portugiesischen Weltreichs entwickelten sich aus der südamerikanischen Kolonie heraus enge Beziehungen zu allen Regionen und die Ankunft des Königshauses in Rio de Janeiro verstärkte selbstverständlich die Rolle des Landes. Die südamerikanische Region war seit Langem ein Sammelbecken für alles, was Portugal für gut und richtig befunden hat.

Es ist unumstritten, dass Portugal und Brasilien zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein Art einheitliche Gesellschaft bildeten. Dazu hat die starke Einwanderung von Portugiesen nach Südamerika immens beigetragen. Zwischen beiden Regionen hat eine gesellschaftliche Transfusion stattgefunden und bis heute teilen diese Staaten viele Gemeinsamkeiten. Dabei bilden die kulturellen Verbindungen die wichtigsten Merkmale. In diesem Zusammenhang ist die portugiesische Sprache zweifellos der entscheidende Bestandteil. Außerdem spielen unzählige weitere Gemeinsamkeiten eine nicht unbedeutende Rolle wie beispielsweise die

Architektur, die Religion, das Rechtssystem etc., um die Verbindungen dauerhaft, stabil und für alle erkennbar zu machen. Dieses sind die Elemente, die die Entstehung einer Staatengemeinschaft zwischen Brasilien und Portugal später ermöglicht haben.

Die Abspaltung Brasiliens 1822 hat zwangsweise zu einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung auf beiden Seiten des Atlantiks geführt und markierte den Anfang der diplomatischen Beziehungen zwischen den portugiesischsprachigen Staaten untereinander. Der Start fand allerdings in dem Kontext hektischer politischer Unruhen in Europa statt. Auch die politische Lage auf dem amerikanischen Kontinent war sehr unruhig. Brasilien wurde zu einem konstitutionellen Kaiserreich³¹ und Portugal zu einem konstitutionellen Königreich³². Die eingeführte Staatsform in Brasilien verdeutlichte die kulturelle Nähe zu Portugal, insbesondere da die ehemaligen spanischen Kolonien in Südamerika sowie die damaligen britischen in den Vereinigten Staaten zu Republiken wurden. Die erste zentrale Frage der brasilianisch-portugiesischen Beziehungen bezog sich auf den Unabhängigkeitsvertrag. Bei dieser Betrachtung war wichtig, ob und wie die anderen portugiesisch verwalteten Regionen davon betroffen wurden. Die jahrhundertlang verflochtenen Länder haben durch die Trennung Brasiliens einen Zusammenbruch erlebt, dessen Folgen in verschiedener Hinsicht verhängnisvoll waren. Es waren primär die wirtschaftlichen Verflechtungen zu den afrikanischen Regionen, die die brasilianische Regierung beschäftigt haben und weniger seine direkten Beziehungen zu dem portugiesischen Territorium in Europa. Zwangsweise haben die afrikanischen Gebiete eine völlig neue Bedeutung für Portugal nach der Abspaltung Brasiliens gewonnen und dieses Thema hat noch

³¹ Im Jahr 1824 wurde die erste Verfassung Brasiliens in Kraft gesetzt. Siehe vgl. Fausto, 1998, S. 149.

³² Im Jahr 1822 wurde die erste liberale Verfassung Portugals in Kraft gesetzt. Siehe vgl. Marques, 2001, S. 379f.

viele Jahre die Tagesordnung der portugiesischen Regierung beherrscht. Für Portugal waren die wirtschaftlichen Folgen nicht nur katastrophal, sondern der politische Einschlag war nicht zu übersehen.

Die Jahre nach 1820 waren gekennzeichnet von tiefen politischen Reformen sowohl in Portugal als auch in Brasilien, was in beiden Staaten ständig zu dauerhaften inneren Unruhen geführt hat. Dies wiederum hat sich in den bilateralen Beziehungen widerspiegelt. Parallel dazu kamen verschiedene äußere Ereignisse im Verlauf des 19. Jahrhunderts, welche die Situation verschärften. Der weltweit zunehmende britische Machteinfluss sowie weitere politische Geschehnisse in Europa waren wichtige Elemente, die den Kurs Brasiliens und Portugals mitbestimmten. Die politischen Auseinandersetzungen bzw. die politischen Ideen in Portugal verbreiteten sich von dort aus auch in Brasilien und wirkten sich dauerhaft aus.

Eine weitere entscheidende Tatsache, die sich auf das Schicksal Portugiesisch-Afrikas ausgewirkt hat, war der zunehmende Einfluss anderer europäischer Staaten auf dem afrikanischen Kontinent. Diese Intensionen wurden rasch zum dominierenden Thema der portugiesischen Außenpolitik, gleichsam entfernte sich Brasilien immer mehr von Afrika. Die Komplexität dieser Irritationen erklärt sich dadurch, dass sich das Entscheidungszentrum über das Schicksal Afrikas während des 19. Jahrhunderts langsam nach Europa verlagert hat. Im Hinblick auf diese Entwicklung spielt diese Epoche eine Schlüsselrolle, um das Beziehungsgeflecht Portugals, der afrikanischen portugiesischen Territorien und Brasiliens zur damaligen und selbst darüber hinaus bis zur heutigen Zeit zu analysieren.

Der Wettlauf um Afrika bildet ein besonderes Thema in der Geschichte Portugals sowie des afrikanischen Kontinents. Erst nach der Lösung verschiedener Konflikte wurde die weitere Existenz einer portugiesischen Kolonialpräsenz in Afrika garantiert. Als Folge davon wurde es

Portugal ermöglicht, seinen kulturellen Einfluss zu implementieren. In diesem Kontext bietet sich an, die Kolonialgeschichte Portugals in Südamerika und in Afrika teilweise zu analysieren und seine Spezifität hervorzuheben. Dadurch wird ersichtlich, wie Brasilien und die afrikanischen Regionen unter der portugiesischen Herrschaft ihre Beziehungen aufgebaut haben.

4.1 Die politische Machtverlagerung nach Brasilien

Unmissverständlich war dem Prinzregent João bewusst, dass die Macht des Landes in der positiven Entwicklung Brasiliens lag. Schon während des 18. Jahrhunderts mobilisierte Portugal alle Kräfte, um die südamerikanische Kolonie ertragreich zu machen. Dieses Ziel wurde erreicht und Brasilien war zweifellos am Anfang des 19. Jahrhunderts die tragende wirtschaftliche Säule des Königreichs. Die Ausweitung der Rolle Brasiliens innerhalb des portugiesischen Königreichs hatte seinen Höhepunkt im Jahr 1808 erreicht. Mit circa zehntausend Menschen ist der gesamte portugiesische Königshof in die südamerikanische Kolonie geflohen (vgl. Fausto, 1998, S. 120f.). Allein die Entscheidung, gerade nach Brasilien zu fliehen, bestätigte die strategische Bedeutung. Die Besetzung des Mutterlandes durch französische Truppen hatte als unmittelbare Folge, die Kontakte zu allen Kolonien abzukoppeln. Was würde weiterhin in den Kolonien und vor allem in Brasilien geschehen? Portugal wurde zu einer hart umkämpften Einflusszone Großbritanniens und Frankreichs. Die Briten haben Portugal ihre uneingeschränkte militärische Unterstützung gegen die Franzosen angeboten. Im Gegenzug torpedierte Lissabon die gegen England verhängte französische Kontinentalsperre und erlaubte den Briten den Zugang zu den portugiesischen Häfen. Somit konnten sogar die Napoleonischen Kriege die jahrhundertlange Allianz zwischen London und Lissabon nicht zerstören (vgl. Martínez, 2010, S. 314ff.).

Die Flucht war nicht allein durch wirtschaftliche Gründe zu rechtfertigen, sondern das politische Gewicht Portugals innerhalb des europäischen Kontinents lag in Südamerika. Geographisch betrachtet waren die afrikanischen Besitzungen und vor allem die Inseln im Atlantik deutlich näher an Portugal als Brasilien. Kein anderes europäische Königshaus hat aufgrund der Napoleonischen Kriege den Kontinent verlassen und eine so radikale Entscheidung getroffen. Die Flucht der portugiesischen Königsfamilie hatte als historischen Grund selbstverständlich die Napoleonischen Kriege und die Besetzung des Mutterlandes durch die Franzosen, allerdings war es tatsächlich der Schutz des Machtzentrums, was den Prinzregent getrieben hat.³³ Um die Reise zu verwirklichen, haben englische Schiffe Mitglieder des Königshofes und der Regierung nach Brasilien befördert. Die Briten waren auch für die Verteidigung des portugiesischen Territoriums gegen die französischen Truppen verantwortlich (vgl. Martínez, 2010, S. 332ff.).

Von 1808 bis 1821 war die komplette portugiesische Regierung in Brasilien angesiedelt. Während dieser Zeit wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um die Kolonie in der Tat als Machtzentrum des portugiesischen Weltreiches darzustellen und anzuerkennen. Das gesamte politische Leben des Königreichs hat sich ziemlich rasch nach Rio de Janeiro verlagert. Die Präsenz des portugiesischen Hofes hat sich stark auf die staatliche Entwicklung Brasiliens wie auch auf seine Rolle in der Außenpolitik ausgewirkt. Nicht nur der infrastrukturelle Ausbau der Stadt Rio de Janeiro hat an Bedeutung gewonnen, sondern die gesamte Infrastruktur des Landes wurde vorangetrieben. Vor allem die Eingliederung Brasiliens in die außenpolitische

³³ Die Flucht der portugiesischen Königsfamilie nach Brasilien sollte auch englischem Interesse dienen. Nach dem portugiesischen Historiker Pedro Soares Martínez hatte das portugiesische Territorium eine entscheidende Rolle in dem Krieg gegen die napoleonische Armee. Siehe vgl. Martínez, 2010, S. 331.

Strategie des Königsreichs wurde unterstützt. Kurzum, sowohl der wirtschaftliche Fortschritt und der staatliche Apparat wurden zum politischen Ziel des Königshauses als auch das Gewicht der südamerikanischen Kolonie wurden genutzt, um die Rolle Portugals innerhalb des europäischen Kontinents zu verstärken (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 73-78).

Eine der wichtigsten Maßnahmen war schon 1808 die Erlaubnis des Warenverkehrs zwischen brasilianischen Häfen und ausländischen Nationen, die mit Portugal bilaterale Beziehungen geführt haben, was bis dahin verboten war. Letztendlich war der Handel mit dem Mutterland durch die französische Besatzung sehr erschwert. Es war ein erster und wesentlicher Schritt zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit Brasiliens, die insbesondere britischen Produkten den südamerikanischen Markt öffneten. Gleichzeitig hat diese Entscheidung dazu geführt, dass Lissabon seine wirtschaftliche Rolle innerhalb des portugiesischen Reiches, die schon über dreihundert Jahren dauerte, zu Gunsten Brasiliens verloren hatte. Auch die gesamte industrielle Entwicklung Brasiliens wurde unterstützt, indem das königliche Monopolregime aufgehoben und das freie gewerbliche Niederlassungsrecht eingeführt wurde (vgl. Salentiny, 1977, S. 112f.). Damit war die merkantilistische Politik Portugals bezüglich Brasiliens zu Ende. Der wirtschaftliche Aufschwung Brasiliens wurde gezielt gesteuert und gefördert, allerdings führte der Import britischer Produkte zu Beeinträchtigungen, weil diese ausgereifter und billiger waren, denn über einen langen Zeitraum hinweg war in Brasilien die Produktion von Waren untersagt (vgl. Fausto, 1998, S. 122ff.).

Mit der Ankunft der Königsfamilie in Brasilien geriet die Besatzung Portugals in den Hintergrund. In Südamerika besetzten portugiesische Truppen die französische Kolonie Guyana im Jahr 1809, um auf Paris Druck auszuüben. 1813 endete der Konflikt mit Frankreich, dennoch plante die königliche Familie nicht die Rückkehr ins Heimatland. Stattdessen zielte

der Kronprinz darauf ab, das Machtzentrum in Südamerika zu festigen. Die wichtigste und spektakulärste politische Entscheidung war die Erhebung Brasiliens zum Königreich im Jahr 1815, mit der offiziellen Bezeichnung „Vereinigte Königreiche Portugal, Brasilien und Algarve“. Diese Maßnahme fand nach dem endgültigen Ende der Napoleonischen Kriege und zeitgleich mit dem Wiener Kongress statt. Mit diesem Schritt war die Kolonialzeit Brasiliens de facto zu Ende, das Territorium des portugiesischen Königreichs hat sich gewaltig erweitert und das erste transkontinentale Reich wurde gegründet. Dieses Vorgehen verdeutlicht, dass Portugal mit der Einbindung Brasiliens eine wichtigere Rolle innerhalb Europas anstrebte. Es ist hervorzuheben, dass parallel zu dieser Zeit auch alle spanischen Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent Unabhängigkeitskriege führten. Der Prinzregent setzte ein Signal, indem er die politische Autonomie Brasiliens anerkannte und damit gleichzeitig den Unabhängigkeitsbewegungen das zentrale Argument entzog. Das Machtzentrum Portugals wurde offiziell Rio de Janeiro und im Ergebnis konnte Brasilien eigenständig seine Verflechtungen auf alle mit Portugal verbundenen Staaten und Regionen ausdehnen, direkte bilaterale Beziehungen zu anderen Staaten knüpfen und letztendlich sowie entscheidend eine stabile staatliche Struktur aufbauen und entwickeln. In dieser Hinsicht waren die ausgebildeten Staatsdiener, die aus Lissabon im Jahr 1808 gekommen sind, entscheidend, da sie ihre mitgebrachten Erfahrungen einsetzen und vermitteln konnten. Es muss ausdrücklich betont werden, dass dieses Ereignis in der Kolonialgeschichte des 19. Jahrhunderts einmalig ist (vgl. Marques, 2001, S. 356ff.). Verglichen mit den weiteren portugiesischen Besitzungen hat niemals vorher und auch nie später eine andere eine derart starke politische und wirtschaftliche Rolle gespielt. Wie der portugiesische Historiker Oliveira Marques betont, war Brasilien das Kernstück des portugiesischen Imperiums vom Ende des 17. Jahrhunderts bis zu seiner Unabhängigkeit im Jahr 1822 (vgl. Marques, 2001, S. 335).

Der Aufstieg Brasiliens bedeutete aber gleichzeitig den Abstieg Portugals als Machtzentrum. Der politische Machtverlust und der wirtschaftliche Verfall haben zu erheblicher Unzufriedenheit in Portugal geführt. In Lissabon wurde das Land von einem Briten - Marschall William Carr Beresford³⁴ - verwaltet, was im Laufe der Zeit zu Animositäten besonders bei den Streitkräften führte. Parallel dazu hat die politische Entwicklung zum Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts in Europa eine zentrale Rolle für die inneren Geschehnisse in Portugal gespielt. Besonders die politischen Folgen der Französischen Revolution, die zu tiefgreifenden Reformen der staatlichen Gewaltenteilung³⁵ führten, wurden auf die Iberische Halbinsel übertragen. Die liberale Revolution in Spanien³⁶ hatte neue politische Gedanken in Portugal getrieben. Damit waren die Ideen der Aufklärung in Portugal angekommen, die schon von Marquis Pombal ausgesät wurden. Dieser innenpolitisch instabile Kontext war ausschlaggebend dafür, dass sich der Prinzregent entschieden hat, die Außenpolitik nach wie vor während des Wiener Kongresses (1815) aus Rio de Janeiro weiter zu formulieren.

In Wien war das Hauptziel Portugals die Rückgabe der Grenzstadt Olivença, die seit 1801 von Spanien besetzt wurde. Ein weiteres Ziel waren politische Allianzen mit anderen europäischen Königshäusern. Wie üblich standen die Beziehungen zu Spanien im Vordergrund, allerdings gelang es Portugal auch, neue Partner in Europa zu gewinnen. Zweifellos hat die Ausrufung

³⁴ Marschall William Carr Beresford war ein exzellenter Kenner Portugals, da er im Land stationiert war. Im Jahr 1807 war er der militärische Leiter bei der Annektierung der portugiesischen Inselgruppe Madeira. Infolgedessen kannte er sich sowohl mit portugiesischen innen- als auch außenpolitischen Themen aus. Seine Hauptaufgabe als Verwalter Portugals war der Aufbau des Heeres. Siehe vgl. Newitt, 2009, S. 155.

³⁵ Im Zuge des Napoleonischen Krieges erklärten Frankreich und Spanien im Jahr 1801 Portugal den Krieg. Nach drei Monaten waren die Portugiesen besiegt und mussten den Friedensvertrag von Badajoz unterschreiben. Damit entschädigten die Portugiesen Frankreich und Spanien. Gemäß den Bedingungen wurde die portugiesische Stadt Olivença (heute Olivenza) an Spanien abgetreten.

³⁶ Die spanische Liberale Revolution im Jahr 1812 hat dem Land eine neue Verfassung beschert und dadurch wurde es bis zum Jahr 1823 eine konstitutionelle Monarchie. Siehe vgl. Ulzurrun, 2008, S. 57-72.

Brasiliens als Teil des Königreiches im Jahr 1815 Portugals Gewicht spürbar aufgewertet. Damit, wie Soares Martínez betont, konnte Portugal sich als eine transkontinentale Macht präsentieren und das Verhältnis gegenüber den europäischen mächtigen Staaten etwas ausgleichen (vgl. Martínez, 2010, S. 395ff.). Besonders die Beziehung zum spanischen Königshaus war konsolidiert und es war möglich, eine friedliche und solide Allianz zu führen, die zusätzlich durch eine gezielte Hochzeitspolitik gefestigt wurde. Die neue Königin Portugals wurde ab 1816 die Spanierin Carlota Joaquina de Bourbon. Madrid spielte allerdings im 19. Jahrhundert keine zentrale Rolle mehr auf der internationalen Bühne nach dem Kontrollverlust eines Großteils seiner Kolonien, was zu dieser Allianz entscheidend beigetragen hat. Der wichtigste außenpolitische Erfolg allerdings war die Allianz mit dem Hause Habsburg durch die Hochzeit des portugiesischen Kronprinzen Pedro mit der Erzherzogin Caroline Josepha Leopoldine von Habsburg-Lothringen. Trotz aller erwähnten Maßnahmen war der Einfluss Portugals im internationalen Geschehen nach wie vor eingeschränkt, was dem Königshaus durchaus bewusst war. Der Wiener Kongress verdeutlichte die fragile Position Portugals, indem Beschlüsse gegen die Interessen des Landes getroffen wurden. In diesem Kontext verdienen zwei Entscheidungen eine besondere Beachtung: erstens die Bekämpfung des Sklavenhandels und zweitens die Bestätigung des Kaps (heute in Südafrika) als britische Kolonie, was die definitive Ausweitung des britischen Einflusses auch in dem südlichen Landesteil Afrikas bedeutete (Acte final du Congrès de Vienne³⁷). Zudem wurde die territoriale Zuständigkeit Portugals über die Stadt Olivença anerkannt und damit

³⁷ Siehe *Digithèque de matériaux juridiques et politiques*, 1815.

sollte das spanische Königreich die Rückgabe durchführen, was nie zustande kam (vgl. Martínez, 2010, S. 361ff.).

In Südamerika war die politische Entwicklung beunruhigend. Die Napoleonischen Kriege haben dazu geführt, dass Madrid die Verbindungen zu den Kolonien verlor. Spanien selbst war von französischen Truppen besetzt, der spanische König wurde abgesetzt und Teile seiner Armee führten einen Unabhängigkeitskrieg gegen Paris. In diesem Machtvakuum nutzten die Unabhängigkeitsbewegungen in den amerikanischen Kolonien den Moment aus, um ihre politische Souveränität zu erlangen. 1825 verlor Madrid endgültig das Sagen auf dem amerikanischen Festland (vgl. Ulzurrun, 2008, S. 75ff.). Verglichen mit der Entwicklung in Spanien erlebte das portugiesische Königshaus eher eine ruhige Lage in Brasilien. Unabhängigkeitsgedanken gab es zwar, allerdings hat die Präsenz des Königshauses zu einer festen Verbindung zwischen Brasilien und Portugal geführt. Im Grunde genommen hatte die Flucht nach Südamerika im Fokus, die militärische Kontrolle über die Region zu stabilisieren, was erreicht wurde (vgl. Fausto, 1998, S. 127f.). Die wichtigsten Aufstände fanden im Jahr 1817³⁸ statt, als es sowohl in Brasilien als auch in Portugal Bewegungen gab, die das politische System infrage gestellt haben. Beide wurden zwar niedergeschlagen, aber die Unzufriedenheit wurde dadurch nicht überwunden. Regionale Aufstände³⁹ in Brasilien waren seit dem 18. Jahrhundert immer häufiger zu verzeichnen. Diese haben für bessere Lebensbedingungen,

³⁸ Im Jahr 1817 ist eine politische Bewegung für die Unabhängigkeit Brasiliens in der Provinz Pernambuco (Nordosten) entstanden. Diese Bewegung hat sich in der Region ausgeweitet und sogar Kontakte mit anderen Staaten aufgenommen. Siehe vgl. Mourão, 2009. Auch in Portugal gab es in diesem Jahr eine Verschwörung gegen die britische Verwaltung, die sich weiterhin gegen den König und seine Macht gerichtet hat. Siehe vgl. Marques, 2001, S. 379f. Beide Bewegungen sind zwar gescheitert, aber sie waren bereits deutliche Signale für die politische Instabilität in dem portugiesischen Königreich.

³⁹ Die wichtigsten regionalen und politischen Bewegungen in Brasilien waren: Inconfidência Mineira (1789); Conjuração dos Alfaiates (1798) und Revolução Pernambuca (1817). Siehe vgl. Fausto, 1998, S. 113.

gegen die Sklaverei und gegen die portugiesische Herrschaft über das Land gekämpft. Es waren aber weder einheitliche Bewegungen noch ein weitflächig sozial verankertes Phänomen. Kurz gesagt, es gab keinen nationalen und organisierten Unabhängigkeitskampf in Brasilien, der sich wirksam als politische Alternative gegen die portugiesische Macht stellen konnte. Brasilien war bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein vollwertiges Mitglied der portugiesischsprachigen Gemeinschaft, und zwar u.a. nicht nur aufgrund der Anwendung des Portugiesischen sowohl als Amtssprache als auch alltägliche Sprache der Bevölkerung, sondern auch hinsichtlich der Architektur, des Rechtssystems sowie der städtischen Entwicklung. Die Interessen der lokalen Eliten waren nach wie vor mit Lissabon und vor allem mit den afrikanisch portugiesischen Regionen verbunden – spürbare Feindseligkeiten gegenüber Portugal gab es nicht.

Die portugiesische Liberale Revolution (1820) war die Grundlage für die spätere Auseinandersetzung innerhalb des im Jahr 1815 gegründeten Vereinigten Königreichs Portugal, Algarve und Brasilien. Diese politische Bewegung, die in der Stadt Porto ausgelöst wurde, hatte den Unmut des Heeres und der Beamenschaft als Ausgangspunkt. Sie schuf die Grundlage einer innenpolitischen Krise ungeahnten Ausmaßes. Gründe dafür waren die Verlagerung des politischen und wirtschaftlichen Machtzentrums nach Brasilien und nicht zuletzt die britische Verwaltung in Portugal. Es wurde eine breite Palette von Reformen verlangt, die insbesondere die Rolle Brasiliens innerhalb des Königreichs revidieren sollte. Einen starken Einfluss auf das Geschehen in Portugal hatte der Sieg des Liberalismus in Spanien, der zu einer kurzfristigen konstitutionellen Monarchie geführt hat (vgl. Marques, 2001, S. 379ff.). Diese Konstruktion wurde ebenfalls als Hauptziel von den portugiesischen Revolutionären angestrebt. Damit wurde die Restrukturierung des politischen Systems in

Portugal eingeleitet. Der Höhepunkt der Krise war die Forderung nach Rückkehr des seit dem Jahr 1816 amtierenden Königs João VI einschließlich seiner ganzen Familie. Der König selbst ist erst unter starkem Druck des portugiesischen Parlaments – die sogenannte Cortes – im Jahr 1821 nach Lissabon zurückkehrt. Sein Sohn und Kronprinz Pedro dagegen ist jedoch in Brasilien geblieben.

Das portugiesische Königshaus, das sich seit 1808 von den in Europa vorhandenen Querelen nach und nach distanziert hatte, war bei seiner Rückkehr politisch stark geschwächt. Die innere Lage war unübersichtlich und offensichtlich hatte der König Joao VI kaum Kontrolle über die politische Entwicklung. Trotz all seiner Bemühungen in der Vergangenheit und der außenpolitischen Allianzen war Portugal international isoliert. Liberale Ideale dominierten die politische Bühne im Land. Die Feindseligkeiten und Aggressionen waren nicht zu beruhigen und der König fand wiederum weder innerhalb seiner Bevölkerung noch in den europäischen königlichen Höfen Unterstützung (vgl. Martínez, 2010, S. 421f.). Noch im Jahr 1821 fand die Versammlung der Cortes statt, um eine neue Verfassung zu konstituieren. Eines der Hauptziele war, die Beziehungen zu den Kolonien neu zu definieren. In diesem Zusammenhang stand die Frage der Rolle Brasiliens im Vordergrund, da das Land keine Kolonie mehr war, sondern Teil des Vereinigten Königreichs mit Portugal und Algarve. Eine der Hauptbestrebungen der portugiesischen Vertreter war, Brasilien wieder als Kolonie einzustufen und somit den Status als Teil des Vereinigten Königreichs möglichst aufzuheben. Dadurch waren die Interessen von Lissabon und Rio de Janeiro nicht mehr zu vereinbaren. Die führende politische Gruppierung in Rio de Janeiro war sich bereits der Bedeutung und Macht Brasiliens gegenüber Portugal bewusst. Um die Konflikte abzuwenden, haben die brasilianischen Vertreter die Gründung einer Gemeinschaft zwischen Portugal und Brasilien –

Comunidade Lusa de Nações Soberanas - auf Augenhöhe vorgeschlagen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 98ff.). Dies war das erste Signal, um eine institutionalisierte portugiesischsprachige Staatengemeinschaft zu gründen. Ohne Zweifel war dieser Vorschlag in der damaligen Zeit eine völlig überraschende Initiative und verdeutlichte die festen Verbindungen der Vertreter Brasiliens zu Portugal. Er wurde aber von der Versammlung in Lissabon abgelehnt. Das Ende der Allianz Portugal-Brasilien wurde damit besiegelt und die völlige Trennung beider Staaten war unvermeidbar. Die darauf folgende Gründung des Kaisertums Brasilien war in dieser Hinsicht mehr auf die ungeschickte Verhandlung der portugiesischen Politiker zurückzuführen als einem inneren und langjährigen brasilianischen Unabhängigkeitskampf zu verdanken (vgl. Marques, 2001, S. 359ff.). Hier sind zwei Tatsachen zu erkennen. Erstens wurde in Brasilien weder eine absolutistische Monarchie noch eine Republik eingeführt. Zweitens musste sich, wie in Portugal, die brasilianische politische Führung bzw. die frisch gegründete kaiserliche Familie einer konstitutionellen Staatsform unterwerfen bzw. einem konstitutionellen Kaisertum. Deutlich hat die politische Entwicklung in Portugal durch die Liberale Revolution auch das politische Geschehen in Brasilien direkt beeinflusst. Betrachtet man die politische Lage in den unmittelbaren Nachbarländern Brasiliens Anfang der 1810er Jahre, stellt man sofort fest, dass sich keine der damaligen spanischen Kolonien für eine monarchische Staatsform entschieden hat, sondern sie wurden alle zu Republiken. Selbstverständlich spielten die Interessen des in Brasilien gebliebenen portugiesischen Thronfolgers und seiner lokalen Alliierten – Militär, Großgrundbesitzer, Sklavenhändler u.a. - eine ausschlaggebende Rolle. Allerdings gab es weder verändernde soziale Demonstrationen noch oppositionell organisierte Bewegungen dagegen, die diesen politischen Kurs infrage stellten. Die politische und soziale Akzeptanz einer Staatsform, die sich an dem portugiesischen Muster orientierte, ist deutlich zu erkennen.

Die politische Abspaltung Brasiliens fand unter Pedro im Jahr 1822 statt, der Sohn des portugiesischen Königs João VI war. Die unilaterale Entscheidung Pedros wurde erst von Lissabon im Jahr 1825 anerkannt und ist von besonderem Interesse in der weltweiten Entwicklung der portugiesischsprachigen Staatengemeinschaft, da diese Abspaltung zu einer neuen internationalen Gewichtung sowohl von Brasilien als auch von Portugal geführt hat. Außerdem war die brasilianische Kaiserfamilie mit der portugiesischen und anderen europäischen Monarchien nach wie vor eng verbunden, was bezüglich zweier Kontinente beispiellos war.

4.2 Die Etablierung der bilateralen Beziehungen Portugals und Brasiliens nach 1822

Trotz der jahrhundertelangen Verbindung hat sich die Ausrichtung der gegenseitigen Außenpolitik Brasiliens und Portugals nach dem Jahr 1822 auf nur wenige Themen beschränkt. Die wesentlichen Fragen waren die Einheit der portugiesischen Territorien einschließlich der Kolonien, die Thronfolge in Portugal, der Sklavenhandel und später die Migration. Trotz des Friedens- und Freundschaftsvertrages dauerte es fast hundert Jahre, um die bilateralen Beziehungen zu normalisieren. Verschiedene gemeinsame Kernthemen der staatlichen Politik beider Länder prägten diese Zeit. Diese haben sich sowohl auf innen- als auch außenpolitische Entscheidungen bezogen. Die inneren zentralen Fragen waren die politische Konsolidierung ihrer Staaten, die Festigung ihrer territorialen Einheit – im Falle Portugals einschließlich der Frage des afrikanischen Stützpunkts - und die Förderung ihrer soziökonomischen Entwicklung. Es ist nachvollziehbar, dass die Festlegung, wie beide Staaten zukünftig miteinander umzugehen haben, eine wesentliche Rolle für ihre innere politische und wirtschaftliche

Entwicklung sowie Stabilität gespielt hat. Dadurch wurden die Beziehungen Brasiliens zu Afrika und insbesondere zu den portugiesischen Kolonien bestimmt.

Die wichtigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Europa, die mit der Französischen Revolution einhergingen, zogen sich dauerhaft durch das ganze 19. Jahrhundert und hatten langfristig weltweite Folgen. Nicht nur die Abspaltung Brasiliens hat zu einer neuen Ordnung innerhalb beider Königreiche geführt, sondern die Rollen Afrikas und Portugals innerhalb Europas haben sich zunehmend verändert. Insbesondere die politische Dynamik, die nach dem Wiener Kongress (1814/1815) in ganz Europa entstanden ist, hat die weitere Entwicklung Portugals mittelfristig entscheidend beeinflusst. Dabei ist zu beachten, dass die Beziehungen Portugals und Brasiliens nicht nur von bilateralen Interessen und Auseinandersetzungen gesteuert wurden, sondern mindestens genauso äußerer Ereignisse tiefgehenden Einfluss auf ihr Verhalten zueinander hatten.

Die Auflösung des gemeinsamen Königreichs schwächte sowohl Brasilien als auch Portugal bezüglich ihres politischen Gewichts innerhalb des internationalen Kontexts. Die geopolitische Bedeutung beider Staaten am Atlantik hat sich auf einen Schlag reduziert, indem der gemeinsame Einfluss über größere Teile der Küste Südamerikas und Westafrikas verloren ging. Gleichzeitig hat der Wiener Kongress eine neue Konfiguration der internationalen Beziehungen eingeleitet, in der vor allem die Rolle Großbritanniens nochmals gestärkt wurde, neue Staaten in Europa entstanden sind und nicht zuletzt neue Akteure eine zunehmend wichtige Rolle spielten, wie z.B. Russland und Österreich (vgl. Duroselle, 1970, S. 87f.). Der Wiener Kongress zielte nicht nur auf eine neue politische Ordnung in Europa ab, die Frieden garantieren konnte, sondern auch die geostrategischen Interessen der vier Großmächte

berücksichtigte (vgl. Stauber, 2014, S. 41f.). Portugal gehörte zwar zu den Siegern, aber seine Anliegen wurden völlig ignoriert.

Dem portugiesischen Königshaus war die tiefgreifende Bedeutung der Abspaltung Brasiliens bewusst. Um die Auflösung des Vereinigten Königreichs zu unterbinden, brauchte Lissabon ab 1822 jegliche Art von Unterstützung. In erster Linie erhoffte man sich militärische Hilfe von anderen europäischen Staaten wie z.B. Großbritannien, Österreich und sogar Frankreich, die man aber in dem gewünschten Maße nicht gewährte. Die neue brasilianische Regierung wurde von den amerikanischen Staaten ausdrücklich unterstützt. Darüber hinaus spielte der Aufstieg der USA zu einem der wichtigsten regionalen Akteure eine bedeutende Rolle. Die politische Entwicklung in Nordamerika hatte unmittelbar seit 1776 Einfluss auf Südamerika. Schon im Jahr 1823 formulierte die US-amerikanische Regierung ihre Regionalpolitik, die auf der Monroedoktrin⁴⁰ basierte. Diese hat sich grundsätzlich gegen die europäische Präsenz auf dem amerikanischen Kontinent gestellt (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 17-23). Ab 1822 war die brasilianische Regierung gefragt, ihre eigene Außenpolitik zu formulieren. In diesem Zusammenhang war Brasilien auf dem amerikanischen Kontinent aufgrund seiner monarchischen Staatsform wie eine Insel zu sehen, was die regionale Verbindung bzw. die staatliche Empathie zu den südamerikanischen Nachbarländern nicht immer förderte. Die Beziehungen zu ihnen waren aber von sich aus selbstverständlich und die regionale Bedeutung Brasiliens konnte schon allein von der Fläche und der Bevölkerungsanzahl her von ihnen nicht ignoriert werden. Allerdings konzentrierte sich die Außenpolitik Brasiliens zu Beginn dieser

⁴⁰ Die Monroedoktrin wurde von dem amerikanischen Außenminister John Quincy Adams entworfen und wurde am 2. Dezember 1823 von dem amerikanischen Präsident James Monroe veröffentlicht. Sein Anspruch war die Nichteinmischung europäischer Mächte in Angelegenheiten der Staaten auf dem amerikanischen Kontinent. Siehe Kissinger, 1994, S. 29.

Phase weniger auf seine angrenzenden Nachbarländer, sondern von besonderem Interesse war die Afrikapolitik Brasiliens, da sie großes Konfliktpotenzial mit Portugal in sich barg. Sowohl die brasilianische als auch die afrikanischen Regionen unter portugiesischer Verwaltung waren wirtschaftlich gegenseitig sehr abhängig. Es war das zunehmende Interesse Großbritanniens und Frankreichs sowie anderer europäischer Staaten an Afrika, das die portugiesische und brasilianische Regierung mittelfristig vor eine gewaltige Herausforderung stellte.

In dieser Hinsicht hatte die Abspaltung Brasiliens verheerende politische und wirtschaftliche Folgen für Portugal und seine überseeischen Territorien. Von nun an musste Lissabon seine Rolle in Afrika neu überdenken. Die Debatte um diese Territorien war sehr umstritten und ob sich Portugal weiterhin in Afrika engagieren sollte, wurde zu einer der zentralen politischen Fragen (vgl. Martínez, 2010, S. 602f.). Gleichzeitig lösten die afrikanischen Besatzungsteile – insbesondere Mosambik und Angola – aufgrund ihrer geostrategischen Lage immer stärkere Begehrlichkeiten während des 19. Jahrhunderts aus. Andere europäische Staaten waren - im Gegensatz zu Portugal – technisch versierter und militärisch besser in der Lage, den afrikanischen Kontinent zu besetzen und auszubeuten. Die schon erwähnte Gründung verschiedener geografischer Gesellschaften⁴¹ zum Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Europa, die die Forschungsreisen bzw. die Afrikaforscher⁴² ins Innere Afrikas

⁴¹ Verschiedene Geographische Gesellschaften wurden in Europa während des 19. Jahrhunderts gegründet. Beispiel dafür sind die *Société de Géographie de Paris* (1821), Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin (1828), Royal Geographical Society (1830). Diese Gesellschaften hatten als Ziele die Förderung und die Planung von Forschungen und Expeditionen. Viele dieser Organisationen wurden zwar im 19. Jahrhundert gegründet, aber ihre Tätigkeiten reichten bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zurück wie z.B. die von Paris. Siehe vgl. *Société de Géographie*, kein Datum.

⁴² Unter den bekanntesten Afrikaforschern sind: John Hanning Speke (1827 – 1864), Richard Francis Burton (1821 – 1890), David Livingstone (1813 – 1873), Mungo Park (1771 – 1806), René Caillié (1779 – 1838), Heinrich Barth (1821 – 1865).

finanzierten, war bezeichnend dafür, dass der Kampf um den Kontinent einen neuen Höhepunkt erreicht hatte (vgl. Küpper & Sedlmair, 2006, S. 120f.). Besonders Briten und Franzosen haben durch ihre Institutionen Forschungsexpeditionen betrieben und konnten folglich nicht nur ihren Einfluss auf dem Kontinent ausweiten, sondern zahlreiche neue Daten und Erkenntnisse sammeln, wie z.B. geologische, demografische und geografische. Zeitgleich wurde dadurch die Präsenz Portugals auf dem schwarzen Kontinent immer stärker bedroht und der Einfluss bröckelte. Wie der portugiesische Historiker Pedro Martínez feststellt, waren die Regionen um die afrikanischen Stützpunkte überwiegend unbekannt und unerforscht, nicht von portugiesischen Siedlern bewohnt und wurden lediglich als Gefängnisse benutzt (vgl. Martínez, 2010, S. 600f.). Die Allianz mit lokalen afrikanischen Völkern war ausschlaggebend, die jahrhundertelange Präsenz portugiesischer Händler zu ermöglichen. Politische und soziale Verbindungen zwischen Portugiesen und Einheimischen gab es aber nicht. Abgesehen von Kap Verde, wo die portugiesischen und afrikanischen kulturellen Einflüsse bereits fruchteten, gab es nirgendwo in Afrika im 19. Jahrhundert solche starken Verflechtungen (vgl. Marques, 2001, S. 279ff.). Die portugiesische Präsenz war in allen anderen Fällen in Afrika schwach. Gleichzeitig konnte man feststellen, dass es auf Seiten der Afrikaner Widerstand bzw. Kriege gegen die europäischen Besatzungen gab (vgl. Range, 1985, S. 45ff.). Die portugiesische Herrschaft über ihre Stützpunkte in Afrika war folglich nicht nur durch ausländisches Interesse bedroht, sondern auch durch viele andere Faktoren innerhalb des Kontinents. Ebenso müssen interne portugiesische Gegebenheiten in Betracht gezogen werden, wie beispielsweise die schwache portugiesische Auswanderung nach Afrika.

In diesem Zusammenhang spielte die Schlussakte des Wiener Kongresses eine wichtige Rolle für Portugal und die Kolonien. Der Kongress bestimmte nicht nur über Europa, sondern auch

über Afrika mit Folgen für den amerikanischen Kontinent. Es ging um die Abschaffung des Sklavenhandels, und diese Entscheidung verletzte das Interesse Portugals und später Brasiliens aufs Heftigste. Diese Verfügung hatte unmittelbare und dauerhafte Auswirkungen vor allem auf den Handel zwischen Brasilien und der heutigen Küste Angolas. In diesem Zusammenhang befürchtete die portugiesische Regierung, dass durch die angestrebte Trennung Brasiliens das dann autonome Land Ansprüche auf die afrikanischen Regionen erheben könnte. Diese Befürchtungen haben sich insbesondere auf die Stadt Benguela - heute in Angola – bezogen, von wo aus sich ein starker Handelsstrom zwischen der Region und Brasilien seit 1730 etabliert hatte (vgl. Pantoja & Saraiva, 1999, S. 21ff.). Im Hinblick hierauf ist zu betonen, dass in Benguela die Bewegung „Confederação Brasileira“ im Jahr 1823 gegründet wurde, mit dem Ziel des Anschlusses an Brasilien (vgl. Torres, 1991, S. 8f.). Speziell ging es wiederum um den Sklavenhandel. Sklaven waren für die portugiesisch afrikanischen Regionen bis dahin das Hauptexportprodukt und somit eine wesentliche Einnahmequelle. Es war nicht nur ein einträgliches Geschäft, sondern ein strukturiertes und prägendes Element des portugiesischen Weltreichs, das die Beziehungen Portugals zu Brasilien und zu den afrikanischen Völkern gekennzeichnet hat (vgl. Marques, 2001, S. 456).

Das Interesse anderer europäischer Mächte hat sich auch auf das Schicksal des Vereinigten Königreichs Portugal, Brasilien und Algarve niedergeschlagen. Besonders Großbritannien hat mit verstärkter Aufmerksamkeit die politische Abspaltung Brasiliens von Portugal verfolgt (vgl. Martínez, 2010, S. 425ff.). Diese neu entstandene Lage könnte den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Londons auf den frisch gegründeten südamerikanischen Staat

gefährden. Zum Beispiel wären dadurch möglicherweise auch die Seewege im Südatlantik⁴³ betroffen. Aus diesem Grunde war die Normalisierung der portugiesisch-brasilianischen Beziehungen von wesentlicher Bedeutung, damit die britische Allianz zu Portugal und später zu Brasilien weiter unbelastet bestehen konnte. Das britische Engagement war im Hinblick auf das Zustandekommen des Unabhängigkeitsvertrages zwischen Brasilien und Portugal, der im Jahr 1825 abgeschlossen wurde, erstaunlich. Ab dem Jahr 1824 war London der Verhandlungsort und die Briten haben jede Gelegenheit genutzt, ihren Einfluss auf das unabhängige Brasilien zu sichern und auf das verkleinerte portugiesische Weltreich weiterhin auszuüben (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 107ff.).

Der Unabhängigkeitsvertrag, der unter dem Namen „Allianz und Friedensvertrag“ bekannt wurde, war einerseits ein sehr allgemein formuliertes Werk, andererseits in Teilbereichen aber auch sehr dezidiert gefasst. Beispielsweise wurde in Artikel III ausführlich bestimmt, dass Brasilien keine der portugiesischen Kolonien für sich in Anspruch nehmen oder sich mit keiner der portugiesischen Kolonien vereinigen durfte (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 115-124). Damit wurde die brasilianische Außenpolitik für die portugiesischen Besitzungen entschieden, indem der brasilianische Staat auf Forderungen jeglicher Art verzichten musste. Die langfristige Folge war, dass Brasilien keine spezifische Außenpolitik für Afrika entwickelt hat. Die wirtschaftlichen Verbindungen zu den portugiesischen Kolonien haben noch jahrelang bestanden, aber trotz gegenseitig starker Interessen wurde der Handel nicht aufrecht erhalten, infolgedessen ist die brasilianische Präsenz bzw. sind die Handelsströme langsam und stetig zurückgegangen (vgl. Saraiva, 1996, S. 15f.). Der atlantische Sklavenhandel wurde

⁴³ Durch die britische Besetzung vom Kap der Guten Hoffnung im heutigen Südafrika wurde die Kontrolle über den atlantischen Ozean ein zunehmend wichtiges Thema für Großbritannien. Siehe vgl. Newitt, 2009, S. 147.

auch in Portugal zunehmend von Politikern und der Verwaltung kritisiert. Die wirtschaftliche Verbindung zwischen Brasilien und Angola wurde plötzlich nicht mehr als vorteilhaft angesehen. Der Verkauf von Sklaven von Angola nach Brasilien wurde plötzlich als schädigender Wirtschaftsfaktor gewertet, der die positive Entwicklung Angolas negativ beeinträchtigen könnte (vgl. Ferreira R. , 1998, S. 12ff.).

Über das ebenfalls wichtige Thema, die portugiesische Thronfolge, wurde überhaupt nicht mehr verhandelt, was zu fatalen Folgen führte. Der Artikel I des zitierten Vertrages hat zwar Pedro de Alcantara als Kaiser Brasiliens anerkannt, aber sein Recht als Nachfolger auf den portugiesischen Thron nach dem Tode seines Vaters João VI wurde nicht aufgehoben. Es ist spekulativ, dass sowohl der König als auch der Kronprinz eine Wiedervereinigung beider Staaten erhofften. Von der Lösung der Nachfolgeregelung in Portugal hingen die bilateralen Beziehungen beider Staaten ab. Mit dem Tod des portugiesischen König João VI im Jahr 1826 entzündete sich die Auseinandersetzung um den Thron. Der rechtmäßige Nachfolger war Pedro, sein ältester Sohn. Dieser wurde als Pedro IV König von Portugal und war zugleich als Pedro I Kaiser von Brasilien. Die portugiesische Thronfolge hat nicht nur Portugal politisch sehr belastet, sondern auch Brasilien. Eine der Folgen war die Abdankung Pedro I als Kaiser von Brasilien im Jahr 1831 zu Gunsten seines minderjährigen Sohnes Pedro⁴⁴, womit sich Brasilien von dem inneren portugiesischen Konflikt definitiv distanziert hat. In Portugal seinerseits hat

⁴⁴ Pedro II wurde im Jahr 1825 geboren und war das jüngste Kind von Kaiser Pedro I und seiner Frau Marie Leopoldine. Sie starb 1826. Als sein Vater im Jahr 1831 auf den brasilianischen Thron verzichtete und das Land verließ, war Pedro erst 5 Jahre alt. Die Ereignisse führten zur Sorge, da das Land keinen Regenten oder Regentin mehr hatte. Die zentrale politische Frage war die Organisation einer Übergangsregierung. Die Lösung war ein Regentschaftsrat, der als „Regência“ in die brasilianische Geschichte eingegangen ist. Der Regentschaftsrat wurde von verschiedenen politischen Gruppierungen geleitet und sah sich mit mehreren politischen Krisen konfrontiert. Um diese zu überwinden, erklärte das Parlament den noch Vierzehnjährigen im Jahr 1840 für volljährig und damit konnte er als Kaiser Pedro II gekrönt werden. Siehe vgl. Fausto, 1998, S. 161-171.

von 1832 bis 1834 ein Thronfolgekrieg geherrscht, welchen Pedro IV als König von Portugal zu Lasten seines Bruders Manuel entschieden hat. Wenige Jahre später starb König Pedro IV 1834 und seine Tochter Maria⁴⁵ wurde Königin. Damit wurde Portugal von einer in Brasilien geborene Portugiesin bis 1853 regiert. Die neue Regentin war die Schwester vom brasilianischen Kaiser Pedro II, der im Jahr 1840 gekrönt wurde (vgl. Marques, 2001, S. 383). Dies stellt eine einzigartige Konstellation in der Weltgeschichte dar, indem durch königliche Familien Länder sowohl auf dem europäischen als auch auf dem amerikanischen Kontinent noch viele Jahrzehnte eng verbunden blieben.

⁴⁵ Königin Maria II von Portugal (Maria da Glória Joana Carlota Leopoldina da Cruz Francisca Xavier de Paula Isidora Micaela Gabriela Rafaela Gonzaga de Bragança) wurde in Rio de Janeiro am 4. April 1819 geboren und ist am 15. November 1853 in Lissabon gestorben.

Bild 4.2.A Kaiserin Marie Leopoldine und ihre Kinder



Auf dem Bild sind die Kaiserin Marie Leopoldine und ihre Kinder zu sehen. Auf ihrem Schoß sitzt Pedro, der künftige Kaiser Brasiliens Pedro II, und an ihrer linken Seite Maria, die künftige Königin Maria II von Portugal.

Quelle: Fausto, 1998, S. 157.

Selbstverständlich waren die Beziehungen zwischen dem brasilianischen Kaiserreich und der portugiesischen Monarchie nach der Lösung der Thronfolgefrage durch die jahrhundertelange gemeinsame Geschichte und das teilweise mühsame Zusammenwachsen geprägt. Ab diesem

Zeitpunkt haben die bilateralen Beziehungen eine neue Richtung gewonnen, mit dem Fokus auf Stabilität und Partnerschaft. Konflikte bestanden nach wie vor hinsichtlich des atlantischen Sklavenhandels. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Beziehungen Brasiliens zu den portugiesischen Besatzungen in Afrika war Rio de Janeiro bestrebt, diplomatische Vertretungen nicht nur in Lissabon, sondern auch in den überseeischen portugiesischen Territorien zu unterhalten. Diese Forderung wurde von Lissabon zunächst strikt abgelehnt (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 182f.). Hervorzuheben dabei ist, dass die brasilianische Regierung in keinerlei Hinsicht die portugiesischen Besatzungen und die Oberhoheit Portugals in Afrika infrage gestellt hat. Die brasilianische Außenpolitik war während des 19. Jahrhunderts und bis spät in das 20. Jahrhundert ganz auf Portugal ausgerichtet.

Nach wie vor war für Brasilien, Portugal und die afrikanischen Besitzungen die Sklaverei von außerordentlichem Interesse. Die portugiesische Regierung hat zu keiner Zeit Anfang des 19. Jahrhunderts in Erwägung gezogen, die Sklaverei und den Sklavenhandel in Brasilien und den Kolonien abzuschaffen (vgl. Thomas, 1997, S. 672f.). Die Unterbindung des Sklavenhandels⁴⁶ war aber eine vehemente Forderung Großbritanniens als größte Weltmacht des 19. Jahrhunderts. England hatte dem Sklavenhandel am Atlantik seit 1807 den Kampf angesagt (vgl. Bethel, 1970, S. 6). Dagegen hat sich allerdings ein starker Widerstand in Portugal, in Brasilien und in den portugiesischen Kolonien gebildet. Erwähnenswert ist, dass die britische Regierung schon vor der Unabhängigkeit Brasiliens diverse Abkommen mit Portugal bezüglich der schrittweisen Abschaffung des atlantischen Sklavenhandels vereinbart hatte. Diesen

⁴⁶ Der Sklavenhandel war nicht nur für Brasilien von wesentlichem Interesse. Auch in Afrika löste die Bestimmtheit der britischen Haltung Widerstand aus. Um den atlantischen Sklavenhandel zu verteidigen, sandte das Königreich von Dahomey im Jahr 1810 seinen Botschafter nach Brasilien, um das Weiterbestehen der Geschäfte zu garantieren. Siehe vgl. Thomas, 1997, S. 673.

Vereinbarungen gegenüber hat sich Brasilien nach seiner Unabhängigkeit nicht verpflichtet gesehen. Infolgedessen mussten neue Verträge zwischen den Briten und den Brasilianern ausgehandelt werden. Der erste britisch-brasilianische Vertrag sah vor, den Menschenhandel mit Afrika ab 1831 aufzuheben. Portugal hatte sich bereits in einem anderen Dokument verpflichtet, dieses Geschäft im Jahr 1836 abzuschaffen. Keiner der beiden Staaten hielt sich an diese Abmachungen. Die Weiterführung dieses zweifelhaften Handels hat zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen Rio de Janeiro und Lissabon geführt, die sich gegenseitig die Schuld für diese Misserfolge zugewiesen haben (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 135-141). Die Befürworter und Treiber der Sklaverei waren nach wie vor die Großgrundbesitzer, allerdings hatte sich die brasilianische Regierung bereits gegen diese Praxis entschieden, konnte dem aber nicht zeitnah Einhaltung gebieten (vgl. Pantoja & Saraiva, 1999, S. 145ff.). Endgültig wurde der atlantische Sklavenhandel erst im Jahr 1850 beendet, nachdem die brasilianische Regierung drakonische Maßnahmen eingesetzt hat (vgl. Bethel, 1970, S. 9). Damit war das Hauptinteresse Brasiliens an den afrikanischen Regionen erloschen und alle möglichen Konflikte mit Portugal um Afrika ausgeschaltet (vgl. Saraiva, 1996, S. 16).

Im Jahr 1854 hat Portugal endgültig zugestimmt, dass brasilianische Vertretungen in seinen afrikanischen Kolonien installiert werden dürfen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 182). Diese Entscheidung war letztendlich folgenlos, da die Regionen keinen bedeutenden Handel mehr führten. Die portugiesische Zustimmung zu brasilianisch diplomatischen Vertretungen in seinen afrikanischen Besatzungen hat nunmehr die allmähliche Normalisierung und Konsolidierung der bilateralen Beziehungen beider Staaten im Laufe des 19. Jahrhunderts zum Ausdruck gebracht. Das Thema „Afrika“ rückte für Rio de Janeiro in den Hintergrund. Die brasilianische Regierung hat sich im 19. Jahrhundert überwiegend mit inneren und regionalen

Themen beschäftigt, die unmittelbar für die internationale Anerkennung seiner politischen Unabhängigkeit und vor allem für den Aufbau seines Staatswesens erforderlich waren. In diesem Kontext standen die Beziehungen zu den Nachbarländern und den europäischen Hegemonialmächten, besonders zu Großbritannien, im Mittelpunkt. Währenddessen haben die Gründungen neuer Staaten in Europa, wie z.B. dem Königreich Belgien (1831) und dem Deutschen Reich (1871), den Wettlauf um Afrika noch härter gemacht. Diese Entwicklung hatte langfristig bedeutsame Folgen für die Präsenz Portugals in Afrika (vgl. Martínez, 2010, S. 625f.), gleichwohl war die Weiterführung der portugiesischen Kolonialpolitik um diese Zeit noch unklar.

Für Portugal aber spielte Brasilien eine nach wie vor wichtige Rolle, denn in der Frage der Migration war das südamerikanische Land das bedeutendste Auswanderungsziel der Portugiesen. Genau dieses Thema „Aus- und Einwanderung“ gewann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr an Gewicht. Portugal war ein typisches Auswanderungsland und Brasilien ein typisches Einwanderungsland. In dem Zeitabschnitt zwischen der zweiten Hälfte des 19. bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konkurrierten Portugal und Brasilien um die Auswanderer. Aufgrund ihrer gemeinsamen Geschichte und vor allem der gleichen Sprache und gleichartigen Traditionen hat der schon länger existierende Auswanderungsstrom von Portugal nach Brasilien weiter bestanden. Brasilien litt unter starkem Arbeitskräftemangel, denn aufgrund der Beendigung der Sklaveneinfuhr fehlte es nunmehr an bisher reichlich vorhandenen Arbeitskräften. Aus diesem Grunde hat die Regierung die Einwanderung zunächst von Europäern und später von Asiaten bzw. Japanern stark gefördert. Auf der anderen Seite hat Portugal unter einer starken sozioökonomischen Krise gelitten, aus der die Bevölkerung fliehen wollte. Positiver Effekt dieser Landesflucht war die Stärkung der

portugiesischen Wirtschaft, indem die Auswanderer erhebliche Summen in ihr Heimatland überwiesen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 203). Trotz dieser positiven finanziellen Effekte war die höhere Priorität der portugiesischen Regierung die Steuerung der Auswanderungsströme nicht weiter nach Brasilien, sondern nach Afrika.

Die bilateralen Beziehungen wurden erneut durch die unterschiedlichen Ziele bezüglich der Migrationspolitik belastet. Portugal ging es um die Ansiedlung portugiesischer Migranten in seinen afrikanischen Regionen, mit den beiden Hauptzielen, die Vorherrschaft dort sicherzustellen und die sozioökonomische Entwicklung zu forcieren. In diesem Kontext ist hervorzuheben, dass sich die portugiesische Herrschaftsstrategie in Afrika jahrhundertlang lediglich auf die Küste und die Allianzen mit den lokalen Völkern beschränkte. Dadurch war die Anzahl portugiesischer Einheimischer in den afrikanischen Kolonien am Anfang des 19. Jahrhunderts extrem gering. Die Förderung der Einwanderungsströme sollte diese Bild verändern (vgl. Marques, 2001, S. 460f.). Die Anziehungskraft Brasiliens für Portugiesen hat Lissabon vor eine Herausforderung gestellt, die nicht überwunden werden konnte. Die Beweggründe lagen weniger an der Attraktivität Brasiliens, als vielmehr an den mit einer Ansiedlung verbundenen Problemen und der unzureichenden Attraktivität der afrikanischen Regionen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 141ff.).

Die brasilianische Einwanderungspolitik ließ sich nicht nur durch den Mangel an Arbeitskräften erklären, sondern sie hatte die Europäisierung des Landes zum Ziel. Es gab sogar starke Diskussionen darüber, ob die Portugiesen für die angestrebte Europäisierung die geeigneten Migranten wären. Solche Debatten enthielten auch teilweise eine anti-portugiesische Haltung nach der Unabhängigkeit, die aber vielmehr um die Identität und den Aufbau eines brasilianischen eigenen Bewusstseins ging. Genau deswegen wurde die Auswanderung aus

Zentral- und Nordeuropa gefördert. Das Ziel, Brasilien europäischer zu gestalten, bedeutete gleichzeitig die Abwertung aller bisherigen afrikanischen Beiträge zur Entwicklung des Landes. Die politische Ausrichtung Brasiliens während des 19. Jahrhunderts war, sich nicht nur von Afrika zu distanzieren, sondern den afrikanischen kulturellen Einfluss zu reduzieren. An diesem Ziel hat sich langfristig sowohl die innen- als auch die außenpolitische Ausrichtung Rio de Janeiros orientiert.

Trotz der Förderung der Einwanderung war die Sklaverei bis 1888 erlaubt, nicht zu verwechseln mit dem Sklavenhandel, der bereits, wie erwähnt, ab 1850 verboten war. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben sich strukturierte Bewegungen gegen die Sklaverei entwickelt, die das Thema auf die politische Tagesordnung gesetzt haben. Die beiden Themen „Sklaverei“ und „Europäisierung durch Einwanderung“ hat die ganze Regierungsperiode Kaiser Pedro II geprägt. Die Debatte um die Weiterführung der Sklaverei hat das Schicksal des brasilianischen Kaisertums beeinflusst und teilweise sein Ende eingeleitet. Die Europäisierungspolitik Brasiliens bedeutete gleichzeitig die jahrzehntelange Vernachlässigung der diplomatischen Beziehungen zu Afrika, die zur Entfremdung von dem und zu Unkenntnissen über den Kontinent beigetragen hat (vgl. Saraiva, 2012, S. 25ff.). Zum Ende des 19. Jahrhunderts hat die Außenpolitik Brasiliens durch die Einführung der Republik eine Zäsur erlebt. Für Brasilien hat sich die ehemals wichtige Rolle Portugals definitiv zu Gunsten Argentiniens, den USA und Großbritanniens mehr und mehr verschoben, während für Portugal die europäischen und afrikanischen Engagements stärker an Bedeutung gewonnen haben.

4.3 Der Aufbau eines portugiesisch geprägten Afrikas

Ein neuer Schwerpunkt der Weltgeschichte hat die Außenpolitik Portugals im 19. Jahrhundert entscheidend beeinflusst, nämlich der schon zitierte europäische Kampf um die territoriale Beherrschung Afrikas. Portugal war seit Ende des 15. Jahrhunderts durch die Gründung von Stützpunkten in vielen Regionen Afrikas präsent und dadurch lag die Vermutung nahe, dass das Land gegenüber anderen Kolonisatoren bereits größere Vorteile hatte. Eine dauerhafte und intensive Ansiedlung von portugiesischen Einheimischen, wie etwa in Brasilien, ist allerdings bis zum 20. Jahrhundert aus unterschiedlichen Gründen nicht erfolgt. Parallel zu den Besatzungsambitionen der anderen europäischen Staaten hat sich die Loslösung Brasiliens von Portugal elementar und langfristig auf die portugiesische Afrika-Strategie ausgewirkt (vgl. Ferreira R. , 1998, S. 14ff.). In dieser Hinsicht wurde der Besatzungsplan auf dem Kontinent aufgrund der neuen Situation allmählich zum Mittelpunkt der Debatte. Erst ab den 1830er Jahren wurde eine vergleichbare Kolonisierung wie in Südamerika angestrebt und langsam umgesetzt, was die völlige politische Unterwerfung der afrikanischen Regionen bedeutete.

Der afrikanische Kontinent spielte nicht nur für Portugal eine zentrale Rolle hinsichtlich der weltweiten Eroberungen und der Vorherrschaft. Vor allem Niederländer, Briten und Franzosen waren bereits seit dem 16. Jahrhundert in Afrika präsent. Vor allem der Sklavenhandel hat sowohl Europäer als auch Afrikaner gleichermaßen interessiert und jahrhundertlang verbunden. Afrikanische Völker waren unmittelbar an dem Sklavenhandel beteiligt, der üblicherweise schon vor der Ankunft der Europäer auf dem Kontinent betrieben wurde (vgl. Malowist, 1992, S. 6-13). Seit dem 17. Jahrhundert hat der afrikanische Kontinent allmählich eine wirtschaftliche und geopolitische Bedeutung gewonnen und diese Entwicklung

steigerte sich im 19. Jahrhundert. Infolgedessen wurden die Interessen mancher europäischer Staaten bezüglich Afrika neu ausgerichtet.

Seit dem Wiener Kongress hat sich die politische Lage in Europa grundsätzlich verändert. Neue Staaten wurden gegründet und anerkannt, wie z.B. die Niederlande (1815) und später Belgien (1831). Dieser Trend bzw. die Entstehung von nationalen Staaten hat das ganze 19. Jahrhundert beherrscht und im Jahr 1861 wurden das Königreich Italien und im Jahr 1871 das Deutsche Reich gegründet. Mit diesen Ereignissen gingen in der Regel kriegerische Auseinandersetzungen einher. Darüber hinaus erfuhren verschiedene Regionen Europas infolge der Industriellen Revolution bedeutende technische Fortschritte, insbesondere in den Kommunikations- und Transportbereichen, die die internationalen Beziehungen zwangsläufig neu beeinflusst haben (vgl. Pérez-Grueso, 2005, S. 18-31). Hauptsächlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der Konkurrenzkampf um Zentral- und Südafrika durch deutsche, britische, belgische und französische Interessen entfacht und von diplomatischen Verhandlungen geprägt (vgl. Marques, 2001, S. 481f.). Die sich plötzlich häufenden portugiesischen Expeditionen zwischen 1831 und 1855 sollten in diesem Fall verdeutlichen, dass Portugal am längsten in Zentralafrika präsent war und zu Recht große Teile Afrikas für sich beanspruchen konnte (vgl. Marques, 2001, S. 454f.). Dieses vermeintlich historische Recht wurde allerdings von den europäischen Großmächten ignoriert, und trotz aller Bemühungen konnten sich die Portugiesen nicht gänzlich erfolgreich durchsetzen.

Der Kampf um Afrika hatte seinen Höhepunkt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erreicht und wurde bis zum Ende des Ersten Weltkrieges ausgetragen. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts waren die Konflikte jedoch vorhanden, die die verschiedenen europäischen Staaten zu unterschiedlichen Sichtweisen getrieben haben. Ab Ende des 18. Jahrhunderts

haben europäische Staaten allmählich den atlantischen Sklavenhandel aus eigenen Interessen bekämpft, um Afrika zu besetzen und die Einheimischen im Lande zu behalten. Von dieser Entwicklung war das ganze portugiesische afrikanische Territorium betroffen (vgl. Marques, 2001, S. 456).

Die portugiesische Präsenz in Afrika war bis dahin lediglich auf die Küste beschränkt und hatte keine politische Herrschaft über die verschiedenen afrikanischen Völker (vgl. Marques, 2001, S. 456). Nicht nur von außen einwirkende Geschehnisse haben die Geschichte Portugals in Afrika im 19. Jahrhundert bestimmt, sondern auch innere Ereignisse. Die bereits erwähnte portugiesische Liberale Revolution hat sich auch auf die überseeischen Gebiete langfristig ausgewirkt. Im Vordergrund war die Ausarbeitung einer neuen Kolonialstrategie für die Region, die zur höchsten Priorität wurde. Bedeutend war die Verwaltungsreform, die in der Verfassung von 1822 in Artikel 20 bestimmt wurde. Nach dieser Verfassung bestand der portugiesische Staat aus Portugal, den angrenzenden Inseln, Brasilien und den afrikanischen und asiatischen Besitzungen (vgl. Marques, 2001, S. 466). Die Erforschung der afrikanischen Regionen und des Landesinneren wurde zur Priorität und verschiedene Forschungsreisen folgten mit dem Ziel, kartografische und geografische Daten zu sammeln. Die Erkundungsreisen haben sich auf die heutigen Territorien Angola und Mosambik konzentriert, einschließlich der heutigen Nachbarländer Sambia, Simbabwe und Malawi (vgl. Marques, 2001, S. 452ff.). Auf die drei Letztgenannten hat Portugal Anspruch erhoben, da sie die territoriale Verbindung zwischen Angola und Mosambik ermöglichten. Die portugiesische Erkundung der inneren Gebiete zwischen Angola und Mosambik war seit dem Ende des 18.

Die asiatischen Territorien spielten im 19. Jahrhundert keine wichtige Rolle mehr. Die Besitzungen Portugals waren Osttimor, Macao (heute in China) und Goa (heute in Indien), die von ihrer Fläche her sehr klein sind und wirtschaftlich kaum bedeutend waren. Im Gegensatz dazu hat der afrikanische Kontinent zunehmend einen ganz neuen Stellenwert für die portugiesische Innen- und Außenpolitik eingenommen. Der Wettlauf um Afrika hat die portugiesischen Besitzungen hoch gefährdet. Das Fortbestehen des portugiesischen überseeischen Territoriums in Afrika war stark von diplomatischen Verhandlungen und inneren politischen Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent abhängig. Das zunehmende Interesse Portugals an seinen afrikanischen Kolonien lässt sich daher nicht unbedingt durch die Abspaltung Brasiliens erklären, sondern eher durch die europäische Konkurrenz um den Kontinent (vgl. Marques, 2001, S. 481-492). Bis dahin haben die lokalen Völker eine untergeordnete Rolle bezüglich der portugiesischen Besatzungsstrategie gespielt. Statt wie früher mit afrikanischen Stammesführern zusammenzuarbeiten, war die Unterwerfung bzw. Zivilisierung⁴⁸ nach offizieller Sprache das neue Ziel des Mutterlandes. Die einheimische Bevölkerung sollte den Kolonisatoren bei der wirtschaftlichen Ausbeutung dienlich sein. Die Herrschaft über die verschiedenen Stammesgruppen war allerdings keine leichte Aufgabe, da sie gegen dieses Vorhaben Widerstand leisteten. Zu dieser Zeit hatten schon andere europäische Staaten seit längerem in Afrika Fuß gefasst und mit den Einheimischen Allianzen geschlossen. Aufgrund eigener Interessen standen sie den Afrikanern bei ihrem Widerstand gegen die Portugiesen zur Seite (vgl. Marques, 2001, S. 460). Die Präsenz

⁴⁸ Hinter dem Begriff „Zivilisierung“ verbargen sich verschiedene Ziele. Deutlich war, dass die Zivilisierung die kulturelle und soziale Assimilierung der lokalen Bevölkerung beabsichtigte und gleichzeitig verschiedene Vorteile für die angesiedelte europäische Bevölkerung in Afrika bot. In den portugiesischen Kolonien in Afrika war die Frage der Zivilisierung ein wesentlicher Bestandteil der Strategie des Mutterlandes.

portugiesischer Vertreter und Migranten war völlig unzureichend. In Angola beispielsweise waren sie um das Jahr 1835 zunächst nur an der Küste angesiedelt, und das, obwohl das Land zu dieser Zeit schon die wichtigste afrikanische Kolonie darstellte. In Mosambik war die Anzahl portugiesischer Siedler ebenfalls zu gering und auch das von ihnen besetzte Gebiet zu unbedeutend. In Guinea-Bissau, im Nordwesten Afrikas und am Golf von Guinea, war die Herrschaft noch schwächer (vgl. Marques, 2001, S. 455). Erst im Jahr 1879 wurde die Provinz Portugiesisch Guinea gegründet, deren Hauptstadt auf der Insel Bolama lag. Bis dahin wurde das Territorium von Kap Verde aus verwaltet (vgl. Cristóvão, Amorim, Marques, & Moita, 2007, S. 478). Sein politischer und wirtschaftlicher Einfluss auf die Provinz, der von Lissabon lange Zeit gefördert wurde, bestand trotz der Verwaltungsreform weiterhin. Diese Betrachtung verdeutlicht, dass das Portugiesisch-Afrika weder in seiner territorialen Ausdehnung noch in seinem kulturellen Einfluss existierte und nur in den Wünschen und Vorstellungen Portugals bestand; faktisch war es erst noch aufzubauen.

Abgesehen von den als sehr preiswert einzustufenden Arbeitskräften hat sich die neue portugiesische Herrschaftsstrategie als deutlich kostspieliger erwiesen als angenommen und war von unkalkulierbaren Schwierigkeiten begleitet. Zwei davon waren die innenpolitische Instabilität im Mutterland sowie die Interessenskonflikte zwischen der portugiesischen Regierung und den inzwischen in Afrika angesiedelten Portugiesen. Diese wollten durch ihre konservative Haltung die Modernisierungsgedanken Lissabons nicht mittragen und umsetzen und die Sklaverei oder Vergleichbares beibehalten (vgl. Torres, 1991, S. 169f.). Hauptsächlich diese zwei Ereignisse haben die Ziele Portugals tiefgreifend beeinträchtigt, nichtsdestotrotz war das Land in der Lage, seine Präsenz einigermaßen in Afrika zu gewährleisten. Ein weiterer Baustein für die desolate Umsetzung der Vorhaben war der Mangel an ausreichendem und

qualifiziertem Verwaltungspersonal für die Kolonien (vgl. Marques, 2001, S. 469f.). Es war unumgänglich, die überseeischen Territorien allmählich mit verschiedenen Infrastrukturprojekten auszustatten. Nicht nur ein neues Verwaltungssystem musste eingeführt werden, sondern die Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen zwischen Portugal und seinen Gebieten bedurften dringend der Verbesserungen. Der Bau von Eisenbahnlinien sowie die Landwirtschaft wurden gefördert. Die Erfolge der beabsichtigten Ziele waren sehr unterschiedlich und in manchen Fällen nicht zufriedenstellend. Aus diesem Grunde wurde die wirtschaftliche Ausbeutungsplanung Portugals immer wieder reformiert (vgl. Marques, 2001, S. 473ff.). Schnell war klar, dass die Einheimischen die entscheidende Rolle als billige Arbeitskräfte spielen mussten, um jegliches wirtschaftliches Engagement zu verwirklichen. Seit 1820 rückte die rechtliche Behandlung der Einheimischen in den Vordergrund. Als die Sklaverei im Jahr 1869 offiziell in Portugal abgeschafft wurde, bestimmte die neue Regelung, die Afrikaner zu Freigelassenen zu erklären. Das befreite sie allerdings nicht davon, wiederum Zwangsarbeit für die Portugiesen leisten zu müssen. In der Tat war das Wort „Sklaven“ aus dem Gesetzestext verschwunden, die Zwangsarbeit wurde allerdings zur dauerhaften Regel. Wenige Jahre später wurde das Gesetz dahingehend reformiert, um die nach 1869 geborenen Kinder der Freigelassenen ebenfalls in die Zwangsarbeit zu zwingen. Im Jahr 1875 wurde das sogenannte Statut der Eingeborenen eingeführt, das die Pflichten und Rechte der Afrikaner gegenüber dem Staat und den Siedlern bestimmte. Eines der Ziele der neuen Bestimmung war die ausdrückliche Bekämpfung des vermeintlichen Müßigganges der Afrikaner. Nach dem damaligen kolonialistischen Verständnis lagen solche Eigenschaften wie Trägheit, Unlust, etc. in der Natur des Nicht-Europäers. Letztendlich zielten die Portugiesen auf die Disziplinierung der Einheimischen ab, um eine ihren Vorstellungen entsprechende Zivilisierung zu erreichen. Die sozialen Beziehungen in den afrikanischen Kolonien waren

zunehmend dauerhaft durch die Zwangsarbeit geprägt, was sich kaum von dem Miteinander während der Zeit der Sklaverei unterschied.

Symbolisch für die neue Kolonialpolitik war parallel die Gründung der Geographischen Gesellschaft in Lissabon (GGL) im Jahr 1875 (vgl. Marques, 2001, S. 453). Die Entstehung der GGL war durch das zunehmende Interesse anderer europäischer Nationen an Zentral- und Südafrika gerechtfertigt. Diese Institution hat allerdings nur den Trend der Zeit widerspiegelt, denn mehrere ähnliche Gesellschaften wurden bereits vor dem Jahr 1875 an verschiedenen Standorten weltweit gegründet.⁴⁹ Diese haben vor allem im 19. Jahrhundert die Gegebenheiten in Afrika erforscht und das Schicksal des Kontinents wurde immer stärker in Europa entschieden. Als Beispiel muss eines der bedeutendsten europäischen Projekte in Afrika, der Bau des Suezkanals, angeführt werden, der im Jahr 1869 eröffnet wurde und das Mittelmeer mit dem Roten Meer verbindet (vgl. Abdel-Malek, 1989, S. 325ff.).

Es war die zunehmende vielfältige Bedeutung Afrikas, die den europäischen Konflikt um den Kontinent entzündet hat. In dieser Hinsicht war die Kontrolle über die afrikanische Küste einschließlich ihrer Häfen, Inseln im atlantischen und indischen Ozean sowie seiner Flussmündungen eminent wichtig und stand primär im Fokus. Portugal hatte in diesem Kontext die besten Karten und war infolgedessen prädestiniert, eine zentrale Rolle in Afrika zu spielen. Ganz besonders die Inselgruppe Kap Verde und die Delagoa-Bucht in Mosambik wurden zu immer wichtigeren geostrategischen Zielen. Kap Verde wurde z.B. für den Ausbau

⁴⁹ Zahlreiche Expeditionen wurden in Afrika seit Ende des 18. Jahrhunderts von verschiedenen Europäern organisiert. Die Expeditionen hatten sehr unterschiedliche Ziele. Oft waren geografische Erkenntnisse die Hauptanreize. Die Suche nach Flussquellen wie z.B. die des Nils, gehörte zu den bekanntesten Zielen. Siehe vgl. Schneider & Sedlmair, 2006, S. 136f.

des atlantischen Kommunikationssystems bzw. die unterseeische kontinentale Verkabelung von wesentlicher Bedeutung. Auch für die Seerouten am Atlantik war Kap Verde für die Versorgung der Schiffe ein wichtiger Knotenpunkt. Im Festland hatten die portugiesischen Besitzungen strategische natürliche Häfen, wie z.B. die Delagoa-Bucht (vgl. Newitt, 2009, S. 166-171). Auch die Flussmündung des Kongos⁵⁰ war unter portugiesischer Vorherrschaft. Dieser Fluss - der zweitlängste Strom Afrikas - ermöglicht den Zugang in das Innere von Zentralafrika. Die von Portugal kontrollierten Regionen waren folglich entscheidend, um die Macht über den Kontinent im 19. Jahrhundert immer weiter ausbauen zu können. Nicht zuletzt war damit auch die Kontrolle über noch nicht erschlossene Ressourcen verbunden, die durch den portugiesischen Staat allerdings noch zu erforschen und zu erschließen waren. Diese neue Entwicklung der Weltgeschichte hat nicht nur ganz Afrika betroffen, sondern auch die Beziehungen Portugals zu Europa und zu Afrika. Dies hatte im weiteren Verlauf dauerhafte Folgen für den geplanten Aufbau eines Portugiesisch-Afrikas.

Der europäische Kampf um Afrika ist eines der kompliziertesten Themen der Weltgeschichte. Die zunehmenden Aktivitäten der Deutschen, Briten, Belgier, Franzosen und auch weiterhin der Portugiesen in Zentralafrika führten zu immer heftigeren Konflikten untereinander. Infolgedessen haben ihre Ambitionen kriegerische Reaktionen ausgelöst, die aber nicht in Europa geführt sondern auf dem afrikanischen Kontinent ausgetragen wurden. Die Frage über die politische und wirtschaftliche Kontrolle des Kontinents wurde besonders in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts brisant. Um weitere Konflikte unter den europäischen Mächten

⁵⁰ Der Kongo fließt hauptsächlich durch die Demokratische Republik Kongo (DRK). Er bildet die Grenze von der DRK zu Angola und der fast namensgleichen Republik Kongo. Seine Mündung liegt genau zwischen DRK und Angola. Der portugiesische Seefahrer Diego Cão hat die Kongomündung im Jahr 1482 erreicht.

zu verhindern und um die Aufteilung Afrikas befriedigend zu regeln, wurde die Afrika-Konferenz in Berlin (1884/1885) einberufen. Portugal hatte den ersten Vorschlag einer solchen Konferenz vorgestellt, aber erst unter dem deutschen Reichskanzler Bismarck wurde die Initiative verwirklicht (vgl. Uzoigwe, 1985, S. 19-29).

Das wichtigste Ergebnis der Konferenz war der schöpferische Einfall einer neu geschaffenen Rechtsform -„neues öffentliches Kolonialrecht“, das auf der „effektiven Okkupation“ basiert (vgl. Jacob, 1969, S. 147f.). Der Artikel 35 der Generalakte der Berliner Konferenz führte mangels genauer Definition zu weiteren Auseinandersetzungen bzw. Souveränitätsansprüchen (vgl. Reichs-Gesetzblatt, 1884, S. 244). Portugal war in diesem Zusammenhang der große Verlierer, denn das Land war zwar am längsten präsent in Afrika, aber wirtschaftlich und vor allem militärisch zu schwach, um sich gegen die Ansprüche anderer europäischer Unterzeichner der Afrika-Konferenz durchsetzen zu können (vgl. Marques, 2001, S. 484f.). Es ist nachvollziehbar, dass Portugal als älteste europäische Macht in Afrika nach den Regelungen der Konferenz am meisten Negatives zu befürchten hatte. Vor den bedeutendsten Konflikten blieb Portugal direkt nach der Konferenz zwar noch verschont, aber diese zeigten sich jedoch wenige Jahre später und haben das Land in heftige innenpolitische Konfrontationen gestürzt.

Die unmittelbaren Folgen dieser Konferenz waren intensive diplomatische Verhandlungen zwischen den europäischen Staaten. Verschiedene Verträge wurden abgeschlossen, um die Einflusszonen in Afrika zu bestimmen. Portugal selbst hat zwischen 1886 und 1891 Verträge mit Großbritannien, Frankreich und dem Deutschen Reich ratifiziert, wodurch seine Einflusszonen in bestimmten afrikanischen Regionen anerkannt wurden (vgl. Uzoigwe, 1985, S. 33ff.). Demgegenüber hat Portugal den Einfluss seiner Partner ebenfalls anerkannt und

seinen Anspruch auf die Alleinherrschaft über Afrika aufgegeben. Die kommenden Jahrzehnte waren Zeiten der Diplomatie und heftiger Auseinandersetzungen innerhalb Europas, die die Außenpolitik Portugals und die innere Entwicklung bestimmt haben. Einmal mehr war die Allianz zu Großbritannien wichtig, um die besetzten Territorien weiterhin behalten zu können (vgl. Martínez, 2010, S. 614f.).

Die engen diplomatischen Verbindungen zu Großbritannien in der Frage „Afrika“ waren allerdings nicht unproblematisch. Es waren die zunehmenden Interessen Londons und des Deutschen Reichs, die die Präsenz Portugals im südlichen Afrika bedrohten. Wenngleich die diplomatische Allianz zu Großbritannien eine entscheidende Rolle spielte und ein Garant für das weitere Bestehen portugiesischer überseeischer Gebiete in Afrika war, entpuppte sich Großbritannien gleichermaßen als ein gnadenloser Konkurrent. Die umfangreichen und vielfältigen portugiesischen und britischen Ansprüche auf dieselben Gebiete im Inneren Afrikas hatten zu unmittelbaren Konflikten geführt, was die bilateralen Beziehungen erheblich belastete. Während Großbritannien seine Herrschaft von Kapstadt bis Kairo bzw. von Nord nach Süd deutlich formulierte, hatte Portugal die Gebiete von Luanda in Angola bis Lourenço Marques (heute Maputo) in Mosambik bzw. von West nach Ost beansprucht. Die portugiesische Planung ist als „Rosafarbene Karte“ in die Geschichte eingegangen.

Herrschaft waren⁵¹ (vgl. Marques, 2001, S. 485f.). Diese Episode wurde als ein britisches „Ultimatum“ von der portugiesischen Opposition angesehen und ist mit dieser Bezeichnung in die Geschichte eingegangen. Durch die republikanische Bewegung wurde das Ereignis ausgenutzt, um die Schwäche der Monarchie zu bestätigen sowie sein Ende zu forcieren. Die schon seit Langem fragile politische Situation im Land wurde noch instabiler (vgl. Marques, 2001, S. 398f.).⁵²

Um wenigstens die letzten Besitzungen in Afrika beizubehalten, hat Portugal seine Strategie auf zwei Säulen gesetzt: friedliche diplomatische Beziehungen besonders zu Großbritannien und effektivere Kolonisierung seiner Besitzungen. Friedliche und vor allem kooperative diplomatische Beziehungen zu Großbritannien waren entscheidend, da andere europäische Nationen weiterhin großes Interesse an den portugiesischen Territorien hatten. Besonders der Beginn des Burenkriegs⁵³ in der Region von Transvaal und Oranje-Freistaat im heutigen

⁵¹ Das britische Memorandum beanspruchte seine Hoheit über Territorien um den Fluss Shire. Dieser Fluss fließt in den Sambesi und die strittigen Territorien befinden sich heute in der damaligen britischen Kolonie Malawi. Nach der britischen Auffassung hat Portugal durch die Expedition von Major Serpa Pinto Regionen besetzt, für die das Land keine effektive Okkupation nachweisen konnte. Portugal hatte weniger als einen Tag Zeit, um der Forderung nachzugeben, ansonsten würde die britische Vertretung in Lissabon noch am selben Tag geschlossen und verlassen. Siehe vgl. Santos, 2007.

⁵² Die portugiesische republikanische Bewegung ist in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden. Daraus haben sich zwei Parteien etabliert, die Portugiesische Republikanische Partei und die Portugiesische Sozialistische Partei. Siehe vgl. Marques, 2001, S. 398f.

⁵³ Die erste europäische Siedlung im heutigen Südafrika stammt aus dem Jahr 1652, als Jan van Riebeeck einen Versorgungstützpunkt der Niederländischen Ostindien-Kompanie in der Tafelbucht gegründet hat. Die Hauptsiedler waren Niederländer, Deutsche und Franzosen, die überwiegend Landwirte waren und zum protestantischen Glauben gehörten. Diese Gruppe wurde als Buren bzw. Bauern bekannt. Die strategische Lage der Region, wo sich der atlantische und indische Ozean treffen, war für die Seefahrt zwischen Europa und Asien während des 18. Jahrhunderts von wesentlicher Bedeutung und um seine Kontrolle stritten sich Briten und Franzosen. Im Jahr 1795 setzten sich die Briten durch und besetzten dauerhaft die Kapkolonie. In den kommenden Jahren entwickelten sich verschiedene Konflikte, in der Briten und Buren das Territorium von den afrikanischen Einheimischen erobern wollten. Auch untereinander bekriegten sich beide europäische Völker. Die Gründung deutscher Kolonien in Afrika am Ende des 19. Jahrhunderts veränderte die Lage, da Berlin den Einfluss auf dem Kontinent aufbauen und intensivieren wollte. Es ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass eine Allianz der Buren mit dem Deutsche Reich gegen die Briten in Südafrika eine ernsthafte weitere Möglichkeit und zentrale Sorge Londons wurde. Diese Allianz stuft die britische Regierung als eine besondere Gefährdung seiner Präsenz im südlichen Teil Afrikas. Siehe vgl. Newitt, 2009, S. 171.

Südafrika war ausschlaggebend für die definitive Festigung der portugiesischen Territorien, insbesondere in der Kolonie Mosambik in Südostafrika. Dieser Krieg, der von Oktober 1899 bis Mai 1902 dauerte, hat die britische Regierung hinsichtlich der Zusammenarbeit in Abhängigkeit zu Portugal gebracht. Im Kontext der Verteidigung seiner Herrschaft über Südafrika hat die portugiesische Kolonie Mosambik eine zentrale geografische Rolle für die britische Kriegsstrategie gespielt, da die Region die wichtigste Verbindung zwischen der Küste und dem Inland bildete. In diesem Zusammenhang haben beide Regierungen ein Geheimabkommen – Windsor-Vertrag - im Jahr 1899 unterzeichnet. In dem Vertrag hat Großbritannien die portugiesische Herrschaft über seine territorialen Kolonien in Afrika anerkannt und Portugal hat seine angebliche Neutralität in dem Konflikt offiziell eingehalten. Dadurch war es den englischen Truppen möglich, durch Mosambik zu den kriegerischen südafrikanischen Regionen zu gelangen (vgl. Marques, 2001, S. 488).

Das Schicksal Portugals in Afrika war bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1914 – 1918) allerdings nicht entschieden. Lissabon war sich der weiteren Gefahren bewusst, vor allem durch das Deutsche Reich. Besonders die Regionen Angola und Mosambik waren ins Visier Berlins geraten, da sie an die deutsch-afrikanischen Kolonien grenzten. Für die Innenpolitik Portugals stand die Festigung seiner Hoheit in den afrikanischen Regionen stets im Vordergrund, da sie gleichzeitig auch Hauptaufgabe der Außenpolitik war. Der Traum vom Aufbau eines neuen überseeischen Reichs – analog Brasilien - war höchste Priorität und ist gleichzeitig zu einer Existenzfrage des Landes geworden.

4.4 Die Beziehungen zwischen Brasilien, Portugal und den portugiesischen Kolonien nach 1825

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Rio de Janeiro und Lissabon während des 19. Jahrhunderts waren stark durch innere politische Veränderungen in beiden Staaten geprägt. Selbstverständlich spielte die Trennung Brasiliens von Portugal ab Beginn die zentrale Rolle. Mit zunehmender Überwindung der mit der Abspaltung einhergehenden Krise nahmen die ehemals engen Verbindungen ab und beschränkten sich auf die Regelungen des Vertrages von 1825. Die jahrhundertelange gemeinsame Geschichte und die wirtschaftlichen Verflechtungen konnten diese Entfremdung nicht aufhalten, wie eigentlich zu vermuten wäre. Portugal seinerseits versuchte ernsthaft, die bilateralen Beziehungen wiederzubeleben, indem eine privilegierte Partnerschaft mit Brasilien angestrebt wurde. Dieses Ziel wurde besonders durch die Afrikapolitik Portugals gegenüber Brasilien torpediert, da die Interessen Rio de Janeiros überwiegend auf das afrikanische Territorium fokussiert waren. Beide Staaten waren damit beschäftigt, ihre Außenpolitik neu zu definieren. Portugal war um diese Zeit besonders damit befasst, eine neue Rolle für die Kolonien auszuarbeiten. Brasilien wiederum musste als souveräner Staat erst noch eine eigenständige Außenpolitik formulieren. In dieser Situation kam erschwerend hinzu, dass sich die internationalen Beziehungen während des 19. Jahrhunderts weiterhin verändert hatten. Allein der amerikanische Kontinent brachte mehrere neue souveräne Staaten hervor und Brasilien war bestrebt, zu diesen die regionalen Beziehungen aufzubauen. Gleichzeitig gewann die europäische Auseinandersetzung um die Kontrolle über den afrikanischen Kontinent kriegerische Merkmale. Wie bereits erwähnt, war Lissabon unmittelbar mit dem Wettlauf um Afrika beschäftigt und dieser wurde zum zentralen Thema der Außenpolitik. Unter diesen Aspekten müssen die brasilianisch-portugiesischen Beziehungen im 19. Jahrhundert betrachtet werden.

Erst mit der Inthronisierung Königin Maria II von Portugal (1834) und später von Kaiser Pedro II (1840) von Brasilien schien es, dass der bilaterale Dialog wieder friedlich fortgesetzt werden konnte. Mit dem Tod von König Pedro IV (gleichzeitig Kaiser Pedro I von Brasilien) war die Gefahr einer Wiedervereinigung beider Königreiche definitiv gebannt. Es ist allerdings klar, dass beide Staaten nach wie vor gemeinsame Interessen teilten, die der Anerkennungsvertrag von 1825 nicht vorsah. Portugal beabsichtigte seit 1835, den bilateralen Handel durch einen neuen Vertrag zu regeln. Dieser sollte auf individuellen Bestimmungen basieren, mit ausschließlicher Gültigkeit nur für die portugiesischsprachigen Staaten. Brasilien war nach wie vor einer der wichtigsten wirtschaftlichen Partner Portugals, was sich durch die große portugiesische Gemeinde im Land erklärte. Über dieses Potenzial des Marktes war sich Portugal sehr bewusst. Die portugiesisch-afrikanischen Territorien waren aber in dem vorgeschlagenen Vertragstext ausgeschlossen, die nach wie vor das Kerninteresse Brasiliens darstellten. Hinsichtlich des Handelsinteresses Brasiliens war Portugal selbst unbedeutend. Das brasilianische Parlament hat letztendlich den Handelsvertrag im Jahr 1836 mit einer knappen Mehrheit abgelehnt. Diese Entscheidung spiegelte nicht nur die Konflikte mit Portugal wieder, sondern die zunehmende Empörung des brasilianischen Parlaments gegenüber den europäischen Staaten und insbesondere den Großmächten, die das Prinzip der Reziprozität nicht konsequent gelten lassen und ausschließlich nach ihren Vorstellungen Handelsverträge abschließen wollten. Darüber hinaus gewann das Thema „Industrialisierung“ in Brasilien rasch an Bedeutung, was dazu führte, dass die Regierung Handelsabkommen mit europäischen Staaten grundsätzlich ablehnte und vor allem auf Protektionismus setzte (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 169ff.).

Die portugiesische Regierung hat die potenzielle Rolle Afrikas erkannt und fürchtete die Konkurrenz Brasiliens. Die Kolonisierungspolitik der afrikanischen Besitzungen hat, wie bereits erwähnt, eine neue Dynamik und einen neuen Rhythmus bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gewonnen. Die Konkretisierung dieses Vorhabens war aber ein ziemlich langer Prozess. Erst nach heftigen Debatten in Portugal, die sich mit der Frage beschäftigten, die Kolonien zu verkaufen oder zu behalten, hat sich die Regierung für die weitere Präsenz und damit einhergehenden Aktivitäten entschieden (vgl. Martínez, 2010, S. 602f.). Portugal war dadurch gezwungen, erstmals eine strukturierte und planvolle Kolonialpolitik zu formulieren. Dieses Vorhaben erforderte verschiedene Maßnahmen, die sich ganz schnell in den Vordergrund sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik gedrängt haben. Eine davon war die Verwaltungsreform, die insbesondere die Entscheidungsbefugnisse und die wirtschaftliche Förderung der Kolonien – Agrarproduktion - als Schwerpunkt hatte. Eine weitere betraf die Bevölkerungspolitik, die sich mit der Ansiedlung von Portugiesen in Afrika beschäftigte. Die Regierung förderte migrationswillige Portugiesen und steuerte so den Ausreisestrom nach Afrika. Somit erklärt sich auch, dass Portugal keinerlei Interesse daran hatte, die Bindung Brasiliens zu den Kolonien weiter bestehen zu lassen oder gar zu vertiefen, denn diese Aktivitäten gefährdeten die Vorhaben Lissabons.

Die Verwaltungsreform wurde schon in der Verfassung von 1822 eingeleitet und im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurden weitere Reformen eingeführt. Prägend für diese Zeit war die starke Machtzentralisierung in Lissabon, es gab jedoch keine einheitliche Herrschaftspolitik, die besonders durch ein Verwaltungsmodell aufgefallen wäre. Vielmehr wurde die Verwaltung nach unterschiedlichen Bedingungen den jeweiligen Bedürfnissen der überseeischen Territorien angepasst. Dies wurde deutlich insbesondere in den afrikanischen und asiatischen

Besitzungen. Während erstere starke wirtschaftliche Interessen erweckt haben, spielten letztere lediglich eine Prestigerolle. Selbst die afrikanischen Besitzungen wurden nach unterschiedlichen Maßnahmen verwaltet und in diesem Fall sind die Beispiele Angola und Mosambik die eindrucksvollsten, worauf noch näher eingegangen wird (vgl. Marques, 2001, S. 466ff.). Die koloniale Verwaltungspolitik kann als ein Experiment bezeichnet werden, das seine Ziele im 19. Jahrhundert allerdings verfehlt hat.

Die Bevölkerungspolitik wurde zum entscheidenden Kernstück. Die Einwanderung von Portugiesen besonders nach Angola und Mosambik wurde gezielt gefördert. Auch für die Einheimischen wurde ein spezielles Gesetz eingeführt, das den Status, die Rechte und vor allem die Verpflichtungen gegenüber dem Staat festlegte. Sie mussten insbesondere zu der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. In diesem Kontext ist zu beachten, dass sich die portugiesische Siedlungspolitik in Afrika und in Asien stark unterschieden hat. Dies verdeutlicht, wie sich die portugiesische Verwaltung den lokalen Bedingungen angepasst hat. Während in Afrika eine Art „Gesellschaftstransfusion“ herbeigeführt werden sollte, wurde dieses Ziel in Asien nicht verfolgt (vgl. Marques, 2001, S. 460f.). Ein prägnantes Beispiel dafür ist die Verbreitung der portugiesischen Sprache in Afrika, wenngleich sie auf bestimmte Städte begrenzt war. In Asien dagegen konnte sich Portugal kulturell kaum durchsetzen. Portugiesisch wird heute in Osttimor und Macao⁵⁴ (VR China) zwar als Amtssprache anerkannt, aber die lokalen Sprachen dominieren und sind die wichtigsten. Die Zahl von Einheimischen, die in diesen Regionen Portugiesisch als Muttersprache haben, beschränkt

⁵⁴ Nach der Rückgabe Macau von Portugal an die VR China im Jahr 1999 wurde sowohl Portugiesisch als auch Chinesisch als Amtssprache anerkannt. Die portugiesischstämmige Bevölkerung in Macau beträgt zirka 2% der gesamten Einwohner. Portugiesisch ist die dritte am meisten gesprochene Sprache in der Stadt. Siehe vgl. Xianghui, 1992, S. 430f.

sich auf eine winzige Minderheit. Im damaligen Portugiesisch-Indien spielt Portugiesisch als Amtssprache keine Rolle mehr. In Afrika ist der portugiesische Einfluss bis heute anzutreffen und Portugiesisch wird als offizielle Sprache in allen fünf damaligen Kolonien anerkannt.⁵⁵

Die Beziehung Portugals zu den eingeborenen Afrikanern bildete ein besonderes Kapitel der Kolonialgeschichte, die an dieser Stelle zunächst nur kurz behandelt wird. Die Interessen der Eingeborenen wurden nahezu völlig vernachlässigt, da sie als billige Arbeitskräfte lediglich als Menschen zweiter Klasse gesehen wurden. Sie verfügten über keinerlei politische Rechte wie die eingeborenen Portugiesen und folglich wurden sie nicht gleichgestellt. Dieses Vorgehen lässt sich dadurch erklären, dass Portugal seine Aufgabe als zivilisatorische Nation rechtfertigte und das oberste Ziel die Assimilierung der Einheimischen der Kolonien war. Angestrebt waren die Europäisierung und gleichzeitig die Christianisierung. Die Behandlung der afrikanischen Einheimischen bestand bis zum Jahr 1961 aus Zwangsarbeit, was bedeutete, dass die Afrikaner weiterhin Sklaven der Portugiesen waren. Die Beziehungen der Portugiesen und Einheimischen wurden dadurch auf das Ärgste belastet, was zwangsläufig zu gewalttätigen Aggressionen führen musste (vgl. Marques, 2001, S. 609ff.).

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Strategie sollten die afrikanischen Territorien den internationalen Markt mit Agrarprodukten und Rohstoffen bedienen. Um dies zu ermöglichen, war der Auf- und Ausbau der Transportinfrastruktur eine wesentliche Voraussetzung.

⁵⁵ Portugiesisch wird zwar als Amtssprache in allen fünf PSS in Afrika anerkannt, aber es werden auch verschiedene einheimische Sprachen gesprochen. Portugiesisch ist besonders in den Hauptstädten und großen Städten wie z.B. in Maputo, Bissau, Benguela verbreitet, während in ländlichen Regionen lokale Sprachen dominieren. Die Verbreitung der portugiesischen Sprache ist je nach Land sehr unterschiedlich. Eine weitere Entwicklung war die Entstehung von Mischsprachen bzw. Kreolisch in Kap Verde, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe auf der Grundlage des Portugiesischen. Portugiesisch als Amtssprache dient vor allem der nationalen Einheit. Siehe vgl. Rodrigues, 2000, S. 10-11.

Eisenbahnen und Häfen waren prägend für die Entwicklung des Binnenlandes und hatten zu der Konsolidierung der portugiesischen Herrschaft in Angola und in Mosambik entscheidend beigetragen (vgl. Salentiny, 1977, S. 201ff.). Von der wirtschaftlichen Bedeutung her waren zweifellos beide die wichtigsten Besitzungen und aus diesem Grund spielten sie die bedeutendste Rolle in der letzten Phase der portugiesischen Kolonialgeschichte. Die anderen Kolonien hatten eine sehr unterschiedliche wirtschaftliche und politische Bedeutung. Kap Verde hatte z.B. eine besondere politische und geografische Rolle gespielt. São Tomé und Príncipe hatten eine vorübergehende wirtschaftliche Bedeutsamkeit, da die Inselgruppe auch ein Stützpunkt im Atlantik war. Das Portugiesisch-Guinea (heute Guinea-Bissau) wurde nie ganz besetzt und hat daher nur eine periphere Rolle gespielt (vgl. Salentiny, 1977, S. 222-233).

Am Ende des 19. Jahrhunderts kann das Verhältnis zwischen Brasilien und Portugal überwiegend als stabil bezeichnet werden. Die portugiesischen Kolonien wurden nicht mehr thematisiert und waren tatsächlich bei den Gesprächen ausgeschlossen. Von intensiven bilateralen Beziehungen zwischen Lissabon und Rio de Janeiro kann keine Rede mehr sein. Eine spezifische Politik, um eine engere Verbindung beider Staaten wiederzubeleben, existierte nicht. Die bilaterale Agenda war nach wie vor durch gelegentlich ungelöste Konflikte geprägt, die selbst die engen familiären Bindungen nicht beruhigen konnten. Die portugiesische Außenpolitik war tief in Afrika verflochten und deshalb war Brasilien kein alternativer Alliiertes, um die Position Portugals innerhalb Europas zu stärken. Da sich bereits zu viele europäische Staaten in Afrika etabliert hatten, sah Brasilien keinen Sinn mehr in einer spezifischen Strategie für diesen Kontinent, um dadurch keine weiteren Konflikte mehr mit Europa zu provozieren. Hinzu kommt, dass im Hinblick auf die internationalen Interessen Brasiliens Portugal keine Rolle spielte. Abschließend kann festgehalten werden, dass beide

Staaten kaum noch Gemeinsamkeiten aufwiesen und ihre Außenpolitik völlig unabhängig voneinander durchführten.

5 Portugal und Brasilien zwischen Republik, Weltkriegen und neuer internationaler Ordnung

Das Ende des 19. und der Anfang des 20. Jahrhunderts waren sowohl in Brasilien als auch in Portugal innenpolitisch sehr turbulent. Die andauernden politischen Krisen sollten durch die Einführung des republikanischen Systems überwunden werden, was sich allerdings über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten hinzog. In der Folge waren die neuen Republiken mit zahlreichen staatlichen Reformen beschäftigt, die sich sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik prägend niedergeschlagen haben. Die politischen Turbulenzen auf beiden Seiten des Atlantiks wurden häufig durch ähnliche politische Maßnahmen gelöst, nämlich durch Diktaturen. Auf die bilateralen Beziehungen hatte der veränderte politische Kurs allmähliche und bedeutende Auswirkungen. Auf der internationalen Bühne hatten beide Länder sehr spezifische Interessen, allerdings spielten sie eine nur eingeschränkte Rolle innerhalb des Weltgeschehens. Die Außenpolitik von Rio de Janeiro und Lissabon wurde vielmehr von externen Ereignissen beeinflusst, die beide Staaten dazu veranlassten, ihre politische Ausrichtung rasch und kurzfristig an die internationale Ordnung anzupassen.

Das gesamte zwischenstaatliche System war während der ersten fünfzig Jahre des 20. Jahrhunderts durch starke Veränderungen geprägt, die zu einer neuen Weltordnung geführt haben. Auch die Rollen Brasiliens und Portugals haben sich während dieser Jahre grundsätzlich gewandelt. Beide haben aber spezifische Bedingungen gegenüber den mächtigen Staaten gestellt, und die Zustimmung ihrer Partnerschaft von deren Erfüllung abhängig gemacht. Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren die entscheidenden Auslöser dieser Entwicklung, die ihre Haltung tief beeinflusst haben. Weder Portugal noch Brasilien war unmittelbar an den Ausbrüchen beider Weltkriege beteiligt, aber in ihrem Verlauf waren sie von deren

Auswirkungen betroffen. Aufgrund vor allem innerer Interessen haben sich später beide Staaten den Alliierten⁵⁶ angeschlossen. Dabei ist hervorzuheben, dass Rio de Janeiro und Lissabon während des Ersten Weltkrieges weder ein gemeinsames Bündnis noch eine Art militärischen Vertrag miteinander abgeschlossen hatten. Dies spiegelte die Volatilität ihre bilateralen Beziehungen in diesem Zeitraum wider.

Zunehmend während des 20. Jahrhunderts und aufgrund ihrer geografischen Lagen wurden Brasilien und Portugal für die Großmächte allmählich immer wichtigere Partner. Allein von der militärischen Ausrüstung her betrachtet konnte weder die portugiesische noch die brasilianische Armee einen nennenswerten Beitrag zum Krieg leisten. Die Attraktivität als Verbündeter lag woanders. Portugal war nicht nur auf der Iberischen Halbinsel und im Nordatlantik aus geostrategischer Sicht wichtig, sondern vor allem seine Inseln und afrikanischen Territorien waren für die Alliierten von entscheidender militärischer Bedeutung. Brasiliens geografische Lage am Südatlantik war ebenfalls nicht zu unterschätzen. Eine Allianz mit beiden Staaten bedeutete die Kontrolle über einen Großteil des Atlantiks. Im Falle Brasiliens kam hinzu, dass seine Rohstoffe bei jeder kriegerischen Partei große Begehrlichkeiten auslösten.

⁵⁶ Das Wort „Alliierte“ bezeichnete zuerst die militärische Allianz verschiedener europäischer Staaten. Heute wird der Begriff „Alliierte“ überwiegend angewendet, um die Gegner der Mittel- bzw. Achsenmächte des 1. Weltkrieges und vor allem des 2. Weltkrieges zu bezeichnen. Die von Frankreich, Russland und Großbritannien im Jahr 1907 gegründete Triple Entente war der Ursprung der Alliierten. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges haben sich immer mehr europäische Staaten mit den Alliierten zusammengetan. Ab 1917 haben sich auch außereuropäische Staaten den Alliierten angeschlossen wie z.B. Japan, die Vereinigten Staaten, China u.a.

Der Erste Weltkrieg hatte ohne Zweifel enorme Auswirkungen auf die Rolle Europas und insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika. Wenngleich dieser Weltkonflikt die Bedeutung Brasiliens und Portugals innerhalb des internationalen Systems als periphere Akteure nicht verändert hat, so wurde doch ihr Gewicht als regionale Partner nach 1918 neu wahrgenommen. Für Portugal hat der Erste Weltkrieg seine zukünftige Rolle in Afrika entschieden und dafür hat sich das Land in dem Konflikt als Partner der Alliierten besonders aktiv engagiert. Für Brasilien, das ebenfalls an der Seite der Alliierten gekämpft hatte, bedeutete der Krieg einen wichtigen wirtschaftlichen Aufschwung für die eigene Binnenmarktversorgung bzw. für die Forcierung einer einheimischen Industrie. Außerdem hat dieser Konflikt innerhalb des Landes die Frage nach seiner weltpolitischen Rolle aufgeworfen.

Die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts haben definitiv die Konsolidierung der bilateralen Beziehungen Portugals und Brasiliens geprägt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg mussten die portugiesisch-brasilianischen Beziehungen erneut unter einem veränderten Blickwinkel betrachtet werden. Dadurch, dass Portugal offiziell während des Zweiten Weltkrieges seine Neutralität erklärt und Brasilien demgegenüber neben den Alliierten gekämpft hat, waren die Folgen dieses Konfliktes auf die Haltung beider Staaten hinsichtlich des internationalen Systems völlig unterschiedlich. Die Gründung der Vereinten Nationen, bei der Brasilien Gründungsmitglied war, hat zu einer erforderlichen Neuordnung der internationalen Beziehungen geführt. Während Brasilien sich immer mehr für das internationale Geschehen interessierte und sich auch aktiver einbrachte, hat die portugiesische Regierung unter der

salazaristischen Diktatur⁵⁷ bzw. Estado Novo nach wie vor auf eine angebliche Neutralitätspolitik gesetzt. Dadurch wurden die portugiesisch-brasilianischen Beziehungen mit verschiedenen Dilemmata konfrontiert.

5.1 Die innenpolitische Entwicklung in Portugal und in Brasilien Anfang des 20. Jahrhunderts

Die innenpolitische Entwicklung in Portugal und in Brasilien war Anfang des 20. Jahrhunderts von bestimmten Ähnlichkeiten geprägt. Das bedeutendste Ereignis dafür war die Einführung der Republik in beiden Staaten, was in relativ kurzem Zeitabstand erfolgte. Dieser Vorgang hat die innenpolitische Instabilität wiedergespielt. Das Verbannen der königlichen Familien hat zudem einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der PSS signalisiert. Dies kann symbolisch schon als Übergang zum 20. Jahrhundert bezeichnet werden, wenngleich wir uns erst im Jahre 1889 befinden. Diese neue innenpolitische Lage hat sich langfristig auf die bilateralen Beziehungen niedergeschlagen und infolgedessen zu einem neuen Arrangement geführt.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatten die portugiesische Monarchie und das brasilianische Kaisertum zunehmend an Unterstützung verloren, was wieder eine Korrelation zwischen dem politischen Geschehen in Portugal und Brasilien vermuten lässt. Vor allem ist festzustellen, dass die institutionelle Unterstützung für die monarchistischen Häuser Portugals und Brasiliens durch das Militär und die verschiedenen politischen Gruppierungen drastisch geschrumpft war. Zunächst geschah dies in Brasilien, indem Kaiser Pedro II 1889 entmachtete

⁵⁷ „Salazaristische Diktatur“ bezieht sich auf den Namen von António de Oliveira Salazar. Geboren im Jahr 1889 war er von 1932 bis 1968 die Hauptfigur der portugiesischen „Estado Novo“. Salazar war seit seiner Jugend ein katholischer politischer Aktivist und hat sich in verschiedenen portugiesischen Organisationen wie z.B. „Centro Académico de Democracia Cristã“ (Akademisches Zentrum der Christlichen Demokratie) engagiert. Siehe vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 269.

wurde. Die Einführung der Republik⁵⁸ erfolgte im selben Jahr. Die Abschaffung des Kaisertums wurde insbesondere durch das Heer forciert, das seit dem Tripel-Allianz-Krieg⁵⁹ mehr Mitsprache in der Regierung forderte. Ein weiterer Grund dafür war das allmähliche Verbot der Versklavung von in Brasilien geborenen afrikanisch stammenden Kindern sowie die Haltung von Sklaven über das 65. Lebensjahr⁶⁰ hinaus. Diese staatliche Politik hat zu erheblichen Konfrontationen zwischen der Regierung und den überwiegend konservativen Großgrundbesitzern geführt. Nach langjährigen Auseinandersetzungen wurde die Sklaverei offiziell im Jahr 1888 beendet und die Grundbesitzer wurden entschädigt (vgl. Fausto, 1998, S. 217ff.). Trotz der gewährten Entschädigungen hat die kaiserliche Familie deren Unterstützung völlig verloren. Mit ausschlaggebend war auch die Erkrankung des Kaisers Pedro II, der als ein versöhnlicher Monarch und Herrscher galt. Seine Nachfolgerin, die Kronprinzessin Isabel de Bragança⁶¹, wurde nicht ausdrücklich unterstützt. Dies war ein weiterer Grund dafür, dass sowohl die wirtschaftliche Elite als auch das Heer das Kaisertum infrage gestellt haben. Ebenso gab es innerhalb des Landes republikanische Bewegungen seit 1870, jedoch ist die Einführung der Republik nicht durch eine breite Volksbewegung zustande

⁵⁸ In der brasilianischen Geschichte wird die Zeit von 1889 bis 1930 als „República Velha“ bzw. Alte Republik genannt.

⁵⁹ Der Tripel-Allianz-Krieg fand zwischen 1864 und 1870 statt und hat Paraguay gegen die Allianz aus Brasilien, Argentinien und Uruguay aufgebracht. Dieser Krieg wird unterschiedlich bezeichnet. So spricht man in Brasilien über den Krieg von Paraguay bzw. „Guerra do Paraguai“.

⁶⁰ Im Jahr 1871 wurde das Gesetz „Lei do Ventre Livre“ beschlossen. Dies bestimmte, dass Kinder von Sklaven ab dem zitierten Jahr die Freiheit genießen konnten. Als Entschädigung gab es zwei Möglichkeiten. Die Kinder der Sklaven sollten bis zu ihrem 21. Lebensjahr für den Sklavenhalter arbeiten und waren danach definitiv frei oder der Sklavenhalter konnte das Kind im Alter von acht Jahren dem Staat übergeben und eine Entschädigungssumme dafür bekommen. Das zweite wichtige Gesetz war die Befreiung von Sklaven über 65 Jahre. Dies wurde im Jahr 1885 beschlossen und sah ebenfalls vor, dass die Sklavenhalter dafür entschädigt werden sollten.

⁶¹ Isabel Cristina Leopoldina Augusta Micaela Gabriela de Orleães e Bragança wurde im Jahr 1846 in Rio de Janeiro geboren. Nach dem Ende des Kaisertums lebte sie in der Stadt Eu in Frankreich, wo sie im Jahr 1921 verstarb.

gekommen, sondern durch eine kleine Gruppe von Großgrundbesitzern und dem Heer (vgl. Fausto, 1998, S. 235f.).

Die Ausrufung der Republik hat selbstverständlich zu einer Neuorientierung der staatlichen Politik Brasiliens geführt, die wiederum Sorge auf internationaler Ebene hervorrief. Viele Regierungen befürchteten Unruhen und wirtschaftliche Verluste. Insbesondere in Großbritannien, welches der wichtigste Handelspartner Brasiliens war, gab es ernsthafte Äußerungen, die die Stabilität des Landes infrage gestellt haben. Die brasilianischen Diplomaten im Ausland setzten alles daran, um das Land vor möglichen politischen und wirtschaftlichen Schäden auf internationaler Ebene zu bewahren (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 151ff.). Schnell war die Republik jedoch etabliert und eine auf die neuen Verhältnisse angepasste Außenpolitik wurde eingeführt. Mit sofortiger Wirkung hat die Republik die Verbindungen Brasiliens zu den europäischen Monarchien beendet. Man darf dabei nicht vergessen, dass die brasilianischen Herrscher nicht nur mit den portugiesischen verwandt waren, sondern u.a. auch mit dem österreichisch-ungarischen Haus. Konkret bedeutete dies, dass die stets sehr engen Verbindungen Brasiliens zu Europa geschwächt wurden. Die neue brasilianische Vorgehensweise konzentrierte sich verstärkt auf die Verbindung zu den amerikanischen Staaten. Während in Europa mehrheitlich Monarchien anzutreffen waren, gab es auf dem amerikanischen Kontinent ausschließlich Republiken, abgesehen von Brasilien. Von daher ist es nachvollziehbar, dass die Unterstützung für die junge Republik stärker von den amerikanischen Staaten kam, als durch die europäischen Länder.

Uruguay, Argentinien und Chile haben ohne zu zögern das neue politische System noch im selben Jahr anerkannt. Die Anerkennung durch die US-amerikanische Regierung, die peu-à-peu ein strategischer Partner von Brasilien im Laufe des 19. Jahrhunderts geworden war,

erfolgte wenige Monate später im Jahr 1890. Hauptziele der Außenpolitik Brasiliens wurden die Verbesserung der Beziehungen zu Argentinien, die Lösung der verschiedenen Grenzkonflikte beispielsweise mit Paraguay und in Amazonien und vor allem die Verstärkung der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Stabile Verflechtungen zu den europäischen Staaten wurden weiterhin verfolgt, aber diese gehörten nicht mehr zu den führenden Prioritäten der staatlichen Politik. Ein weiteres wirtschaftliches Ziel war die Förderung des Agrarexports (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 177f.).

Das deutlichste Signal für einen neuen außenpolitischen Kurs war das Interesse für den Panamerikanismus, eine Bewegung, die den Zusammenschluss der Staaten der Region diskutierte und fördern wollte (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 137f.). In den Jahren 1889 und 1890 haben sich 21 amerikanische Staaten in Washington (Vereinigte Staaten) getroffen, um über ihre regionalen Beziehungen bzw. ihre Außen- und Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Die von der US-amerikanischen Regierung geförderte Konferenz ist der Ursprung des Panamerikanismus (vgl. Prutsch & Rodrigues-Moura, 2014, S. 102). Die brasilianische Außenpolitik bezüglich Portugals ließ die republikanische Regierung zunächst unbehandelt.

Portugal demgegenüber hat seine Außenpolitik in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts stärker auf europäische Interessen gerichtet, dadurch, dass das Land zunehmend mit Großbritannien und dem Deutschen Reich in Konflikt geraten war. Die Auseinandersetzung fand zwar zwischen europäischen Staaten statt, aber der Grund war die Herrschaft über Territorien in Afrika. In diesem Zusammenhang setzte Portugal alles daran, seine Stelle als Kolonialmacht zu behaupten. Brasilien war nicht im zentralen Fokus der portugiesischen Außenpolitik, die massenhafte Ansiedlung von Portugiesen in dem Land beeinflusste jedoch die Politik Lissabons, da sie einer der wichtigsten bilateralen Belange war. Aber der Ausruf der

Republik in Brasilien hat zu einigen Auseinandersetzungen zwischen Rio de Janeiro und Lissabon geführt, die letztendlich in einer heftigen Krise mündeten.

Ab 1889 wurden die portugiesisch-brasilianischen Beziehungen dadurch belastet, weil beide Regierungen die gegenseitige Einmischung in ihre jeweiligen inneren Angelegenheiten befürchtet haben. Die Auseinandersetzung drehte sich zunächst um die Unterstützung von revolutionären Bewegungen, die das politische System verändern wollten. Brasilien verzeichnete monarchistische Bestrebungen, die die junge Republik ablehnten. Die portugiesische Monarchie hat sich mit dem neuen brasilianischen System konfrontiert gesehen, da in Brasilien eine republikanische Bewegung innerhalb der portugiesischen Gemeinde gegründet wurde. Beiden Staaten vertraten die Ansicht, dass die Forcierung der Gegenbewegungen von der jeweiligen anderen Regierung unterstützt wurde. Der schwierigste Zeitraum der diplomatischen Beziehungen war zwischen 1889 und 1895. Die Auseinandersetzungen waren so gravierend, dass von 1894 bis 1895 Brasilien die bilateralen Beziehungen völlig abgebrochen hat. Der Grund dafür war der Konflikt innerhalb der brasilianischen Armee, der als *Revolta da Armada* in die Geschichte eingegangen ist. Bei diesem Zwischenfall sind das Heer, das für die Republik war, und die Marine, die sich gegen die Republik gestellt hat, in der Hauptstadt Rio de Janeiro in einen kriegsähnlichen Zustand geraten (vgl. Fausto, 1998, S. 246ff.). Aufgrund dieser Auseinandersetzung sind der portugiesische Vertreter Conde de Paços d'Arcos⁶² in Brasilien und der brasilianische Staats- und Regierungschef Marschall Floriano Peixoto derart auf Konfrontation gegangen, dass ihre Beziehungen schwer beschädigt wurden. Während die portugiesische Vertretung sich als

⁶² Geburtsname Carlos Eugênio Correa da Silva

Schlichter für die Lösung des Konflikts innerhalb der Armee engagieren wollte, hat die brasilianische Regierung das Vorgehen als Einmischung in innere Angelegenheiten angesehen. Das Vorgehen des portugiesischen Botschafters hat dazu geführt, dass die brasilianische Regierung vermutete, er unterstütze die Bestrebungen der Marine. Während dieses Zwischenfalls wurden die brasilianischen Interessen durch den amerikanischen Bevollmächtigten in Lissabon vertreten. Portugal hat seine Belange durch den britischen Bevollmächtigten in Rio de Janeiro vertreten lassen. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Brasilien und Portugal wurde erst durch die Schlichtung der britischen und der US-amerikanischen Regierungen ermöglicht und im Jahr 1895 wieder aufgenommen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 214-223). Seit 1825 war dies die heftigste diplomatische Krise in der Geschichte beider Länder und bis heute wurden die bilateralen Beziehungen nie wieder abgebrochen.

Ebenfalls um diese Zeit musste Portugal mehrere diplomatische Konflikte überstehen, die sich besonders um die afrikanischen Kolonien drehten (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 201). Das britische Ultimatum⁶³ (1890), das die Rückkehr portugiesischer Besetzer bestimmter Regionen im Inneren Afrikas verlangte, war lange Zeit das dominante politische Thema. Es war eine der schwersten diplomatischen Krisen aller Zeiten zwischen Portugal und seinem Hauptalliierten Großbritannien. Dieser Zustand hat sich stark innenpolitisch ausgewirkt und die bereits vorhandene Instabilität noch intensiviert. Die portugiesische Monarchie war bemüht, Teile der afrikanischen Territorien nicht an andere europäische Kolonialmächte zu verlieren. Ein weiterer diplomatischer Konflikt war bestimmt nicht erwünscht und besonders nicht mit

⁶³ Das britische Ultimatum wurde im Kapitel 3 Abschnitt 3.4 behandelt.

Brasilien, einem Partner im Südatlantik, der gegenüber Westafrika liegt und Portugal hätte beistehen können. Aber in aufflammende Konflikte um portugiesische Kolonien hat sich die brasilianische Regierung nie eingemischt.

Die Beziehungen Brasiliens zu einigen europäischen Staaten wurden durch die gezielte Reform der Migrationspolitik belastet. Die Einführung einer neuen Einbürgerungsregelung⁶⁴ wurde unmittelbar nach 1889 ins Leben gerufen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 201f.). Der Einwanderungsstrom aus Europa nach Brasilien war nach wie vor eine der stärksten Bindungen zwischen beiden Regionen. Der neue Erlass Brasiliens hatte die sofortige Einbürgerung aller angesiedelten Ausländer im Land ab Ausrufung der Republik zur Folge. Diese Maßnahme wurde in dem neuen Grundgesetz (1891) bestätigt und verschiedene europäische Regierungen wie z.B. Großbritannien, Italien und vor allem Portugal haben sich dagegen ausgesprochen. Die Kritik wurde damit begründet, dass die Ausländer, die nicht eingebürgert werden wollten, sich explizit dagegen äußern mussten. Besonders Portugal, das die größte Migrantengemeinde hatte, wollte diese Vorgehensweise nicht akzeptieren und hat diplomatisch mit Brasilien verhandelt. Für Brasilien allerdings spielte diese Maßnahme eine wichtige Rolle, um den Einwanderungsstrom sowie die Ansiedlung zu fördern. Zudem spielten wirtschaftliche Interessen eine weitere Rolle. Während für Portugal die portugiesische Gemeinde in Brasilien mit ihren Rücküberweisungen und Investitionen zur Stärkung der Wirtschaft beigetragen hat, wollte Brasilien die wirtschaftlichen Erträge der Migranten für sich gewinnen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass Portugal um diese Zeit eine verheerende wirtschaftliche Krise erfuhr und die brasilianische Maßnahme zur Verschärfung

⁶⁴ Erlass von 14.12.1889

dieser Situation beitrug, indem sich die Rücküberweisungen spürbar reduzierten (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 252). In dieser Frage konnte sich Rio de Janeiro durchsetzen und das Einbürgerungsgesetz hatte sein Ziel erreicht, da die meisten Migranten die Maßnahme positiv bewertet und die brasilianische Staatsbürgerschaft akzeptiert haben (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 205ff.).

Überraschenderweise können die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts als Stabilisierung der brasilianisch-portugiesischen Beziehungen bezeichnet werden, waren doch die vorangegangenen Jahrzehnte mehr als turbulent. Die brasilianische Republik und die parlamentarische portugiesische Monarchie haben sich zunehmend immer besser verstanden und der portugiesische König Carlos I beabsichtigte sogar, die ehemalige Kolonie im Jahr 1922 besuchen zu wollen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 261f.). Ziel war, an den Feierlichkeiten der 100jährigen Unabhängigkeit teilzunehmen. Dieser geplante Besuch konnte nicht mehr erfolgen, da die Republik in Portugal im Jahr 1910 ausgerufen und dadurch die Monarchie abgeschafft wurde. Die inneren Zwiste zwischen monarchistischen und republikanischen Befürwortern in Portugal hatten immer mehr an Bedeutung gewonnen. Die politische Instabilität hat ihre Spitze am Anfang des 20. Jahrhunderts erreicht. Bis zur Ausrufung der portugiesischen Republik hat das Land fast hundert Jahre verschiedene gewalttätige Auseinandersetzungen erfahren (vgl. Marques, 2001, S. 493). Die republikanische Bewegung⁶⁵ und die Konflikte um die afrikanischen Kolonien hatten dazu geführt, dass der Monarchie die Unterstützung durch das portugiesische Volk allmählich verloren ging. Es gab aber noch kein

⁶⁵ Die republikanische Bewegung hatte zwei Hauptvertreter. Einer war die Portugiesische Republikanische Partei und der andere die Portugiesische Sozialistische Partei. Beide wurden in den 1870er Jahren gegründet. Siehe vgl. Marques, 2001, S. 399f.

deutliches Indiz, dass sich die republikanische Bewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts durchsetzen konnte. Letztendlich wurden der amtierende König Carlos I und der Kronprinz Luis Felipe im Jahr 1908 ermordet. Die Monarchie konnte unter der Führung des neuen Königs Manuel II ihr Ansehen nicht wiederherstellen. Wie in Brasilien hat auch hier das Militär das Ende der Monarchie unterstützt (vgl. Marques, 2001, S. 404). Nach 21 Jahren folgte Portugal dem Beispiel Brasiliens und führte als neue Staatsform die Republik ein. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als in Europa keine große politische Veränderung zu verzeichnen war. Wiederum ähnelte sich das politische Schicksal Brasiliens und Portugals. Die Anerkennung der Portugiesischen Republik, die als *Primeira República* bzw. Erste Republik in der Geschichte bekannt ist, erfolgte ziemlich rasch (vgl. Marques, 2001, S. 493). Brasilien hat die Portugiesische Republik noch im selben Jahr anerkannt (vgl. Marques, 2001, S. 263). In Europa haben die meisten Staaten wenig später das neue portugiesische System ebenfalls anerkannt.

Die Republiken sowohl in Brasilien als auch in Portugal legten auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung den Schwerpunkt. Beide Staaten hatten schon im 19. Jahrhundert verschiedene wirtschaftliche Reformen durchgeführt, die zur Modernisierung führen sollten. Die umfangreichen Initiativen haben alle Bereiche erreicht und insbesondere diejenigen, die für die sozioökonomische Entwicklung eines Landes entscheidend waren, wie z.B. das Erziehungssystem, das Transportwesen und die Industrialisierung. Die Entwicklungsstrategie wurde allerdings auf beiden Seiten des Atlantiks unabhängig voneinander durchgeführt, was bedeutete, dass Portugal und Brasilien in keinsten Weise Interesse an einer gemeinsamen Kooperationspolitik hinsichtlich des wirtschaftlichen Fortschritts hatten. Die frisch gegründete Portugiesische Republik war bestrebt, die Kolonien in Afrika letztendlich zu unterwerfen und profitabel zu machen. Dafür wurden schon die

ersten allgemeinen Regelungen in der Verfassung von 1911 in Artikel 67 eingeführt, die die Aufgaben der Kolonieverwaltung genau vorgegeben haben. Nach der portugiesischen Verfassung waren die Kolonien Teil der Nation, während ihre Einwohner bzw. die Einheimischen nicht als Portugiesen eingestuft wurden.

Trotz der Einführung des republikanischen Systems wurde die angestrebte politische Stabilität weder in Brasilien noch in Portugal erreicht. Ähnlich waren die ideologischen Auseinandersetzungen und die sozialen Spannungen, die die innenpolitische Entwicklung dominiert haben. Die politische Lösung dafür waren diktatorische Perioden, die sich - im Gegensatz zu Brasilien - in Portugal über einen langen Zeitraum erstreckt haben. Selbstverständlich haben die innere Lage und die internationale Entwicklung das Geschehen in beiden Staaten gegenseitig beeinflusst. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts haben beide Weltkriege und ihre Auswirkungen auf das internationale System die Beziehungen Portugals und Brasiliens entscheidend verändert.

5.2 Portugal und Brasilien vor und nach dem Ersten Weltkrieg

In dem Zeitraum von 1910 bis 1930 erfuhren Brasilien und Portugal tiefgreifende innenpolitische Veränderungen. Die Einführung der Republik in Portugal war ein wichtiges nationales Ereignis, das zunächst politische Stabilität mit sich bringen sollte. Jedoch war die Erste Republik nicht in der Lage, die politischen Konflikte durch friedliche Verfahren zu überwinden. Auch in Brasilien nahm die politische Instabilität zu. Militärische Putsche auf beiden Seiten des Atlantiks wurden zu Alternativen. Diese Entwicklung wurde nicht nur durch die inneren Abläufe bestimmt, sondern internationales Geschehen spielte dabei eine entscheidende Rolle. Der Erste Weltkrieg sowie die Weltwirtschaftskrise von 1929 waren

bedeutende Ereignisse, die starken Einfluss auf die innere Entwicklung beider Staaten mit sich brachten.

Nach dem Ausruf der Republik in Portugal hat die neue Regierung ihr Interesse an der Intensivierung der Beziehungen zu Brasilien signalisiert. Dieses Ziel wurde jedoch schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts von beiden Staaten verfolgt. Über die Jahre bis 1930 wurden die gegenseitigen außenpolitischen Ziele und Interessen beider Staaten allmählich klar herausgearbeitet und die bilateralen Kontakte wurden etwas intensiver. Ausschlaggebend dafür war die Gründung von Botschaften in Rio de Janeiro und Lissabon. Bis zu den Jahren 1913 bzw. 1914 waren die portugiesische und die brasilianische Vertretung in den jeweiligen Hauptstädten lediglich Konsulate (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 263ff.). Die Etablierung der Botschaften wurde als neue Basis für eine Verbesserung des politischen Dialogs betrachtet. Es hat aber eine Weile gedauert, bis konkreten Maßnahmen ergriffen werden konnten. Es war zunächst der Erste Weltkrieg, der Brasilien und Portugal mit neuen und unerwarteten Herausforderungen konfrontiert hat. Wenngleich beide Staaten neben den Alliierten gekämpft und infolgedessen sich gegen die Mittelmächte⁶⁶ gestellt hatten, so ist diese Entscheidung dennoch auf keine gemeinsame Abstimmung zurückzuführen. Der Erste Weltkrieg ermöglichte in dieser Hinsicht, Licht auf die Intensität der bilateralen Beziehungen Portugals und Brasiliens im Zeitraum von 1910 bis 1918 zu werfen und auch ihre Prioritäten auf der internationalen Ebene hervorzuheben.

⁶⁶ Der Begriff „Mittelmächte“ bezieht sich auf die verbündeten Staaten Deutsches Reich und Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien während des Ersten Weltkrieges.

Dieser Weltkrieg verlieh beiden Ländern innerhalb der Weltordnung ein neues Gewicht. Beide Staaten verfolgten am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts sehr spezifische und gleichzeitig unterschiedliche Ziele auf internationaler Bühne. Lissabons außenpolitisches Hauptziel war nach wie vor auf seine überseeischen Gebiete in Afrika gerichtet. Die Außenpolitik hatte besonders die Erfüllung des Geheimvertrages von Windsor⁶⁷ (1899) zum Gegenstand, der die Gebietshoheit in Afrika garantierte. Dieser Vertrag, der gemeinsam mit Großbritannien ratifiziert wurde, bedeutete nicht nur die Fortführung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit London, sondern die definitive weltweite Anerkennung des portugiesischen Afrikas. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war Portugal auf dieses Ziel fokussiert⁶⁸ (vgl. Santos, 2007, S. 159-166). Dadurch war der iberische Staat im europäischen Wettlauf um Afrika zwangsweise involviert.

Die brasilianischen Belange waren in erster Linie auf die eigene regionale Ebene sowie den internationalen Agrarmarkt ausgerichtet. Brasilien hatte weder eine bedeutende politische Rolle außerhalb Südamerikas noch war es in irgendwelchen eklatanten Konflikten auf der Welt eingebunden. Von zentraler Bedeutung waren die wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien sowie die regionalen Rivalitäten mit Argentinien. Neu war aber die zunehmend angestrebte Allianz zu den Vereinigten Staaten (vgl. Mendonça, 2008, S. 26ff.). Diese wurde seit 1889 bzw. der Einführung der Republik als eines der Hauptziele der Außenpolitik formuliert, die gleichzeitig die Allianz mit England immer kritischer sah und

⁶⁷ Der Vertrag von Windsor wurde zwischen Portugal und Großbritannien abgeschlossen. Damit hat Großbritannien sich verpflichtet, die Grenzen der portugiesischen Überseegebiete anzuerkennen und zu schützen. Siehe vgl. Martínez, 2010, S. 636.

⁶⁸ In seinem Buch „A questão africana e as relações luso-britânicas“ über die portugiesisch-britischen Beziehungen in dem Zeitraum von 1884 bis 1914 analysiert Victor Marques dos Santos ausführlich die Entwicklung der portugiesischen Außenpolitik und ihre Bedingungen.

deswegen beendet werden sollte. Als wichtiges Agrarexportland war der südamerikanische Staat jedoch sehr anfällig für internationale wirtschaftliche Krisen. Die starke Abhängigkeit von wenigen Agrarprodukten hat die außenpolitischen Leitlinien entscheidend bestimmt. Der brasilianischen Regierung war bewusst, dass Instabilitäten in Europa zur Reduzierung ihrer Exporte führen konnten. Dies wiederum würde sich eklatant auf die Handelsbilanz auswirken. Brasilien war also weder an den innereuropäischen Auseinandersetzungen noch an dem Konflikt um Afrika interessiert, sondern ausschließlich wirtschaftliche Gründe waren ausschlaggebend für die Gestaltung der Außenpolitik, insbesondere bezüglich Europa, bis zum Anfang des Ersten Weltkriegs. Die Neutralität war zunächst die Politik Rio de Janeiros.

Erst nach mehreren Attacken durch deutsche U-Boote hat das Land seine Ansicht verändert (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 207f.). Sowohl die britische Seeblockade als auch der deutsche Angriff auf brasilianische Handelsschiffe haben den internationalen Handel stark eingeschränkt, mit sofortigen negativen Auswirkungen auf die Handelsbilanz. Diese Geschehnisse haben dazu geführt, dass Brasilien im Jahr 1917 zum Kollaborateur der Alliierten geworden ist. Außerdem hat der US-amerikanische Einfluss eine wichtige Rolle bei diesem Entschluss gespielt. Zu betonen ist, dass das Land vom militärischen⁶⁹ Standpunkt aus gesehen kaum zum Sieg gegen die Mittelmächte beitragen konnte. Entscheidend in diesem Fall war die regionale Rolle Brasiliens, was die US-amerikanische Regierung als wichtigen Faktor bzw. hemisphärische Solidarität eingestuft hat (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 210f.). Diese

⁶⁹ Die brasilianische Armee war auf einen Konflikt, wie den Ersten Weltkrieg, völlig unvorbereitet. Seit dem Anfang der Republik hat das Land verschiedene militärische Aufstände erlebt, wie z.B. die „Revolta da Armada“, ausgelöst vom Heer im Jahr 1893 sowie die „Revolta da Chibata“, die innerhalb der Marine im Jahr 1910 stattfand. Auch Volksaufstände konnte die Armee einfach nicht bewältigen wie z.B. die „Guerra do Contestado“ und „Guerra de Canudos“. Canudos bildet in dieser Hinsicht einen der wichtigsten sozialen Aufstände Brasiliens, der bis heute die Geschichte des Landes prägt. Siehe vgl. Mendonça, 2008.

Entwicklung hat die Annäherung beider Staaten langfristig positiv beeinflusst. Das Jahr 1917 bedeute eine tiefe Wendung in der brasilianischen Außenpolitik, da das Land das erste Mal in einen überkontinentalen Konflikt verwickelt war.

Im Fall Portugal hat das Deutsche Reich im Jahr 1916 den Krieg gegen das Land erklärt. Grund dafür war die Konfiszierung von sechsunddreißig deutschen Schiffen, die sich in portugiesischen Gewässern befanden (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 263f.). Die Bedrohung seiner afrikanischen Präsenz durch das Deutsche Reich hat die portugiesische Haltung während des Krieges entscheidend beeinflusst (vgl. Marques, 2001, S. 497). Die Kolonien Portugiesisch-Westafrika bzw. Angola und insbesondere Portugiesisch-Ostafrika bzw. Mosambik waren am stärksten durch die bevorstehenden deutschen militärischen Angriffe gefährdet (vgl. Crowder, 1985, S. 284-288). In diesem Kontext hat sich Portugal im Jahr 1916 für den Krieg gegen die Mittelmächte entschieden und dafür war der Einfluss Großbritanniens ausschlaggebend (vgl. Marques, 2001, S. 499). Militärisch⁷⁰ betrachtet war Portugal ebenso unwichtig wie Brasilien, aber das Land war geografisch aufgrund seiner verschiedenen Inseln im Atlantik sowie seiner afrikanischen Stützpunkte auf dem Festland ein strategischer Kriegspartner (vgl. Marques, 2001, S. 567).

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges im Jahr 1918 ist eine neue internationale Weltordnung entstanden, wodurch Brasilien und Portugal herausgefordert waren, eine veränderte Haltung auf der Weltbühne einzunehmen. Die Folgen dieses Krieges waren für beide Länder in verschiedener Hinsicht dauerhaft, da er ihren Rollen auf der Welt langfristig eine andere

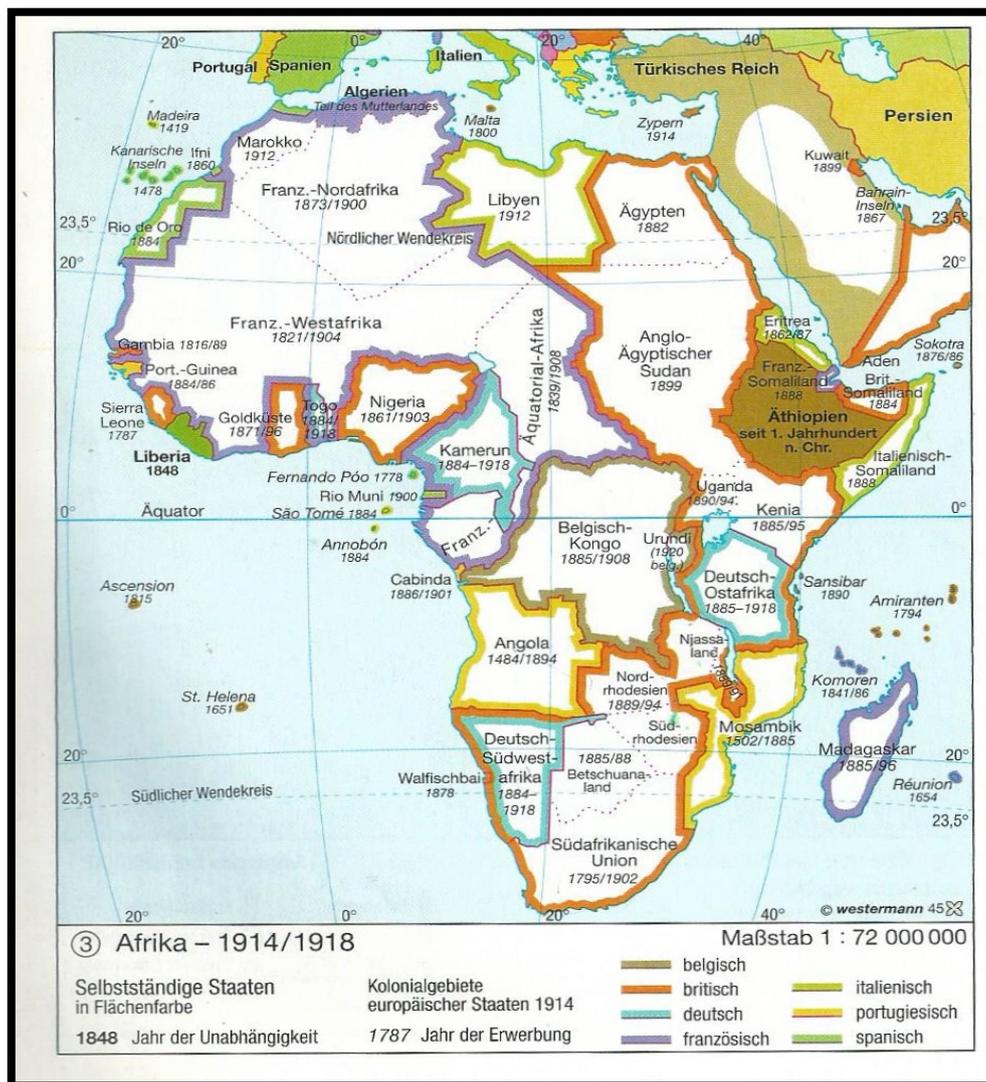
⁷⁰ Die portugiesische Armee hat sowohl in Europa als auch in Angola und Mosambik gekämpft. Darauf musste sie in kürzester Zeit vorbereitet werden. Da dies gelungen war, ist das Geschehen in Portugal als „Wunder von Tancos“ („Milagre de Tancos“) bekannt. vgl. Marques, 2001, S. 500f.

Bedeutung verschafft hat. Bezeichnend für diese Zeit war der Kollaps der europäischen Gleichgewichtspolitik, die seit dem Wiener Kongress die internationale Politik bestimmt hat, sowie die Entstehung neuer wichtiger internationaler Akteure, die Vereinigten Staaten und die im Jahr 1917 gegründete UdSSR. Diese beiden Staaten haben seitdem das internationale Bild zunehmend geprägt und bestimmt. Die Teilnahme am Ersten Weltkrieg hat ausschlaggebend dazu beigetragen, dass Portugal und Brasilien auf unterschiedliche Weise ihren Einfluss in der Welt verstärken konnten. Beide waren Gründungsmitglied des Völkerbundes und beabsichtigten, Mitglied im Rat dieser Organisation zu werden, was ihr Vorhaben unterstreicht, Einfluss auf das internationale Geschehen nehmen zu wollen.

Mit dem Sieg der Alliierten wurde in der Friedenskonferenz von Paris (1919) die Souveränität Portugals über seine Territorien in Afrika anerkannt (vgl. Marques, 2001, S. 505). Mitglied im Rat des Völkerbunds wurde Portugal nicht, allerdings hat das Land sein höchstes Ziel erreicht, indem seine rechtliche Kontrolle über das Binnenland vor allem in Angola und Mosambik konsolidiert wurde (vgl. Uzoigwe, 1985, S. 37f.). Dadurch hat Lissabon sein politisches Gewicht besonders in Europa und vor allem in Afrika verankern können. Von der beherrschten Fläche her war Portugal die drittgrößte Kolonialmacht in Afrika und Herr über ein beträchtliches überseeisches Territorium, das mehr als zwei Millionen⁷¹ km² betrug. Auf dem Festland waren die Gebiete verstreut und von unterschiedlichen Flächengrößen. Das kleinste war die Enklave – Festung São João Baptista d'Ájuda - im heutigen Benin. Auch im Atlantischen Ozean besaß Portugal mehrere Inselgruppen.

⁷¹ Nach offiziellen Informationen betragen die Territorien der ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika folgende Flächen: Angola 1.246.700 km², Guinea-Bissau 36.100 km², Kap Verde 4.033 km², Mosambik 801.590 km² und São Tomé und Príncipe 1.001 km². Siehe vgl. Gieler, 2016, S. 47; 205; 229; 409 und 487.

Karte 5.2.A Kolonialgebiete europäischer Staaten in Afrika 1914/1918



Quelle: Michael, 2002, S. 126.

Alle diese Territorien wurden während des 19. Jahrhunderts besonders aufgrund der politischen Instabilität sowie dem Mangel an einer vernünftig durchdachten Kolonialpolitik mehr oder weniger vernachlässigt. Über eine erfolgreiche Verwaltungspolitik und wirtschaftliche Ausbeutung dieser Territorien wurde seit Langem ergebnislos debattiert, da sich die Parteien nicht einigen konnten. Erst mit der Gründung der Ersten Republik wurde eine Kolonialpolitik skizziert, die sich an dem Beispiel anderer Kolonialmächte orientierte (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 31). Das deutlichste Signal dafür war die Schaffung des Ministeriums

für die Kolonien im Jahr 1911. Dieses entwarf ein neues Verwaltungsgesetz, welches dem portugiesischen Kongress im Jahr 1913 vorgelegt und von diesem beschlossen wurde. Es wurde ein dezentralisiertes Verwaltungssystem eingeführt, indem fast alle überseeischen Territorien eine gewisse politische und wirtschaftliche Autonomie genossen (vgl. Marques, 2001, S. 607ff.). Die Kolonien waren rohstoffreich, verfügten über noch nicht genutztes Agrarpotenzial und von ihrer geografischen Lage her strategisch wichtig. Angola und Mosambik stellten die Verbindungen zwischen dem Binnenland Afrikas und dem Meer dar. Außerdem hatte die Inselgruppe Kap Verde eine entscheidende geographische Bedeutung, da sie für den See- sowie später den Flugverkehr und auch für die Entwicklung der Telekommunikationen zwischen Westafrika, Europa und Südamerika wesentlich war (vgl. Newitt, 2009, S. 165).

Die wirtschaftliche Förderung stand sowohl in Portugal als auch in Brasilien im Vordergrund. In diesem Kontext hat der Erste Weltkrieg dazu beigetragen, dass internationales Kapital an beide Staaten floss. In den noch sehr landwirtschaftlich geprägten Regionen wurde die Industrialisierung wegen der behinderten Importe aus Übersee ab dem Jahr 1914 zwangsweise gefördert. Diese Entwicklung ist als importsubstituierende Industrie in die Geschichte eingegangen. Brasilien war davon stärker als Portugal betroffen. Um diese Zeit wurde das Potenzial, Brasilien zu industrialisieren, von der lokalen Elite stärker gefordert (vgl. Gremaud, Vasconcellos, & Toneto Jr., 2008, S. 342ff.). Portugal favorisierte die Investitionen in die afrikanischen Kolonien, die insbesondere den Aufbau von Verkehrsinfrastruktur zum Ziel hatten, um dadurch den internationalen Markt anzuschließen (vgl. Coquery-Vidrovitch, 1985, S. 353f.). Die Industrialisierung wurde im 20. Jahrhundert zum Hauptkern der nationalen Politik beider Staaten.

Das Ende des Ersten Weltkrieges bedeutet gleichzeitig das Ende des europäischen Wettlaufs um Afrika und eine neue Rolle für die Region. Der Kontinent, der früher vor allem Lieferant von Arbeitskräften für die amerikanischen Kolonien war, wurde definitiv in das Weltwirtschaftssystem einbezogen, indem seine Bodenschätze ausgebeutet sowie sein Agrarbereich gefördert wurden (vgl. Coquery-Vidrovitch, 1985, S. 351ff.). Der Kolonialismus stand zunehmend in der Kritik, was aber erst ein paar Jahrzehnte später dauerhaft von der internationalen Gemeinschaft thematisiert wurde. In diesem Zusammenhang hat der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson⁷² eine zentrale Rolle gespielt, indem er in seinem Vorschlag für eine weltweite Friedensordnung die Frage des Kolonialismus mit aufnahm. Nach seinem Plan sollten die kolonialen Streitigkeiten beigelegt und die Interessen sowohl der Kolonialmächte als auch der Kolonialvölker berücksichtigt werden. Ebenso wurde die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker thematisiert (vgl. Renouvin, 1969, S. 118). Wenngleich dieses Thema sich nicht sofort auf die afrikanischen Kolonien südlich der Sahara bezog, waren sie davon doch unmittelbar betroffen.

⁷² Thomas Woodrow Wilson war Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika von 1913 bis 1921. Wilson hat die Weltordnung durch seine „Vierzehn Punkte“ dauerhaft geprägt. Die Vierzehn Punkte lauteten verkürzt: (1) Verzicht auf Geheimdiplomatie zugunsten offener internationaler Verhandlungen; (2) Garantie der Freiheit der Meere in Friedens- und in Kriegszeiten, sofern die Meere nicht ganz oder teilweise durch international sanktionierte Maßnahmen gesperrt sind; (3) Abbau möglichst aller Handelsschranken und Schaffung gleicher Handelsbedingungen auf internationaler Ebene; (4) Internationale Abrüstung, soweit sie mit der öffentlichen Sicherheit vereinbar ist; (5) Beilegung kolonialer Streitigkeiten unter Berücksichtigung der Interessen sowohl der Kolonialmächte als auch der Kolonialvölker; (6) Räumung der besetzten russischen Gebiete durch die Mittelmächte unter dem Vorbehalt der Selbstbestimmung und Aufforderung an das bolschewistische Russland, sich an der internationalen Kooperation zu beteiligen; (7) Räumung und Wiederherstellung Belgiens; (8) Räumung und Rückgabe der besetzten französischen Gebiete einschließlich Elsass-Lothringen; (9) Korrektur der italienischen Grenzen entsprechend den klar erkennbaren Nationalitätengrenzen; (10) Autonomie für die Völker Österreich-Ungarns; (11) Räumung und Wiederherstellung Serbiens, Montenegros und Rumäniens mit einem Zugang zum Meer für Serbien; (12) Autonomie für die Völker im Osmanischen Reich und Internationalisierung der Dardanellen; (13) Errichtung eines unabhängigen Polen mit freiem Zugang zum Meer und (14) Einrichtung eines Völkerbundes zur gegenseitigen Garantie der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität. Siehe vgl. Microsoft Encarta 2006, 2006b.

Der Erste Weltkrieg hat zu einem politischen Erwachen der afrikanischen Völker geführt. Die Nachkriegszeit war durch die Gründung verschiedener Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika gekennzeichnet. Während des Konflikts haben Afrikaner aus unterschiedlichen Regionen an der Seite der Europäer gekämpft und diese Erfahrung hat die Beziehungen zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten tief verändert. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Unabhängigkeitsbewegungen intensiver und die Afrikaner haben begonnen, sich langsam zu organisieren, um das Selbstbestimmungsrecht auch für den Kontinent zu erlangen (vgl. Crowder, 1985, S. 305f.). Die Debatte um den Kolonialismus bzw. die Entkolonialisierung eroberte definitiv die internationale Bühne und Portugal war unvermeidbar vor verschiedene potenzielle Herausforderungen gestellt. Eines der wichtigsten Ereignisse bezüglich der portugiesischen Kolonien war die Initiative *Liga Africana*, die in Lissabon von afrikanischen Studenten im Jahr 1920 gegründet wurde (vgl. Marques, 2001, S. 631). Diese Initiative war eine von vielen, die nicht nur die einheimischen Intellektuellen in den Kolonien erreichte, sondern sie hatte verschiedene Widerstandsformen (vgl. Oloruntimehin, 1985, S. 565-571). Die Entkolonialisierung wurde aber zunehmend zu einem internationalen Thema, das seit 1900 durch die Panafrikanische Bewegung immer mehr an Aufmerksamkeit gewonnen hat (vgl. Grimal, 1978, S. 45f.).

Sofort nach dem Ersten Weltkrieg war Portugal mehr mit der gravierenden innenpolitischen Situation befasst, als mit potenziellen Widerstandsbewegungen durch die Afrikaner. Die Teilnahme am Krieg hat die innenpolitische Instabilität zugespitzt, da sich das Land dadurch noch mehr verschulden musste. Die junge Republik war stark damit beschäftigt, die wirtschaftliche Krise zu überwinden, die sich wiederum auf die politische Lage auswirkte. Diese Schwierigkeiten waren bereits vor 1914 ein dauerhaftes Problem. Als Teil der Lösung

sah die Regierung die definitive Anerkennung der afrikanischen Territorien an. Zuerst sollte dies das Ansehen der frisch gegründeten Republik unter der Bevölkerung verstärken und außerdem konnte die überseeische Region eine wirtschaftliche Alternative für die Arbeitslosen des Mutterlandes anbieten. Umso bemerkenswerter ist, dass die Ansiedlung von Europäern trotz der jahrhundertelangen Präsenz Portugals in diesen Regionen bis dahin schwach war. Die Migrationsströme von Europäern nach Afrika blieben im Vergleich zum amerikanischen Kontinent dauerhaft schwach. Am Anfang des 19. Jahrhunderts gab es in Afrika kleine portugiesischsprachige Gemeinden, die sich vor allem in den Städten Luanda und Benguela in Angola und Lourenço Marques (heute Maputo) und Beira in Mosambik konzentrierten⁷³ (vgl. Marques, 2001, S. 615f.). Alle diese Orte befinden sich an der Küste, und Portugal hatte über die immensen beanspruchten Territorien Anfang des 20. Jahrhunderts zwar die europäische rechtliche Anerkennung seiner Hoheit, aber noch keine tatsächliche staatliche Herrschaft. Die Erste Republik war auch nicht in der Lage, dieses Faktum zu ändern. Die noch sehr junge Portugiesische Republik, die mehrere Regierungswechsel erlebt hat, konnte die politischen Krisen nicht überwinden und folglich die versprochene Stabilität nicht erreichen. Noch vor dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde in Portugal ein diktatorisches Regime eingeführt, das faschistische Züge hatte (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 264f.). Im Dezember 1917 erfolgte ein Putsch und der Armeechef Sidónio Pais wurde zum Staatspräsidenten ernannt. Die Instabilität hat sich aber nach wie vor nicht entschärft und schnell verlor der neue Staatspräsident die notwendige Unterstützung. Die politischen

⁷³ Luanda (1576) und Benguela (1617) in Angola sowie Maputo (1782, damals Lourenço Jorge) und Beira (1887) in Mosambik wurden durch portugiesische Initiative gegründet. Quelle: União das Cidades Capitais de Língua Portuguesa, kein Datum.

Gruppierungen haben sich stark radikalisiert und das Land hat heftige Kämpfe zwischen verschiedenen rechten und linken Bewegungen erlebt. Die Regierung von Sidónio Pais wurde ein Jahr später durch seine Ermordung beendet, und diverse Regierungschefs kamen nacheinander an die Macht. Bis zu dem neuen Militärputsch im Jahr 1926 blieb die politische Situation in Portugal unklar (vgl. Marques, 2001, S. 501-511). In diesem Szenario ist es nachvollziehbar, dass die Außenpolitik nicht durch Kontinuität geprägt sein konnte.

Die brasilianisch-portugiesischen Beziehungen gerieten nach 1920 wieder in den Fokus, da sich in Brasilien die Feierlichkeiten seiner 100jährigen Unabhängigkeit näherten. Im Hinblick darauf sollte das Jahr 1922 zu einem wichtigen Anlass werden. Beide Staaten wollten während der Feierlichkeiten in Rio de Janeiro ihre enge Freundschaft zum Ausdruck bringen, indem verschiedene bilaterale Verträge unterschrieben werden sollten. Aus diesem Grund wurde der zu diesem Zeitpunkt amtierende portugiesische Präsident Antonio José de Almeida für die geplanten Veranstaltungen eingeladen. Dieses Ereignis war von historischer Bedeutung, da zum ersten Mal in der Geschichte nach der Unabhängigkeit Brasiliens ein portugiesischer Staatschef das Land offiziell beabsichtigte zu besuchen. Diese Tatsache enthüllt, dass die bilateralen Beziehungen bis dahin auf beiden Seiten des Atlantiks nicht priorisiert wurden. Die zu diesem Unabhängigkeitsjubiläum angestrebten staatlichen Ziele bzw. die Verstärkung der bilateralen Bindungen wurden aber nicht erfüllt. Tatsächlich wurde lediglich ein einziges Abkommen über das geistige Eigentum im Bereich Literatur und Kunst abgeschlossen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 269).

Die innenpolitische Lage in Portugal war brisant und diese Instabilität hat das Land noch Jahre gelähmt. Besondere faschistische und kommunistische Bewegungen stellten eine politische Gefahr dar. Gleichzeitig verlor die Erste Republik allmählich an Glaubwürdigkeit. Wie üblich

sehnten sich die Bürger ihrerseits nach Ruhe und Ordnung, in der Hoffnung, bessere wirtschaftliche Perspektiven zu erfahren. Diese instabile Lage hat immer stärker zu einer Zentralisierungspolitik als vermeintliche Lösung der Krise geführt. Nicht zu ignorieren ist, dass die portugiesische Außenpolitik unter diesem Kontext über ein Jahrhundert lang gelitten hat. Um diese Situation zu verbessern und wieder Stabilität zu erreichen, hatten die Streitkräfte erneut im Jahr 1926 interveniert, was von verschiedenen politischen Gruppierungen unterstützt wurde. Es war der Anfang des *Estado Novo*, wie dieser Zeitraum in der portugiesischen Geschichte genannt wird (vgl. Marques, 2001, S. 511). Bis 1928 wurde das Land durch eine Militärjunta regiert, der es aber ebenfalls nicht gelang, die Jahrhundertkrise in den Griff zu bekommen. Erst mit der Ernennung des seit 1928 amtierenden Finanzministers António de Oliveira Salazar im Jahr 1932 zum Ministerpräsidenten hat sich die Situation bzw. die wirtschaftliche und staatliche Krise allmählich verbessert. Mit Salazar wurde eine diktatorische Zivilregierung eingeführt, die ebenfalls vom Militär unterstützt wurde (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 267ff.). Im Jahr 1933 wurde eine neue Verfassung verabschiedet und erneut verschiedene Reformen aufgenommen. Eine davon war die Einführung von Arbeitsrecht (*Estatuto do Trabalho Nacional*), damit das Land von den vielen, bis dahin regelmäßig auftretenden Arbeiteraufständen zukünftig verschont bleiben sollte. Der Nationalismus wurde zum Hauptmotor des diktatorischen Systems Portugals, der das salazaristische Regime durch und durch geprägt hat (vgl. Marques, 2001, S. 558f.).

Die überseeischen Territorien blieben auch während des *Estado Novo* nach wie vor einer der zentralen Stabilitätsfaktoren der Staatspolitik. Nunmehr wurden diese Gebiete tatsächlich voll beherrscht. Die Herrschaftsstrategie des Mutterlandes hat sich wiederum, wie bereits die Monarchie im 19. Jahrhundert, jeder Situation und jedem Territorium individuell angepasst,

folglich gab es kein allgemeingültiges Kolonialmodell. Einige der priorisierten Ziele waren die Forcierung der Einwanderung von Portugiesen in die Kolonien, Weiterführung der Anbauverfahren der einheimischen Landwirtschaft, Agrarprodukte und Rohstoffe für den internationalen Markt, Ausbau des Transport- und Kommunikationsnetzes und die Assimilierungspolitik. Im Jahr 1926 wurden die Grundzüge für die Kolonialverwaltung (Bases Orgânicas da Administração Colonial) festgelegt. Diese regelten die Finanzierung und die Verwaltung. Das Eingeborenenstatut wurde weiterhin festgeschrieben, das seit 1875 existierte und unter anderem die Rechte und Pflichten der Afrikaner gegenüber dem portugiesischen Staat bestimmte. 1930 wurde die Überseepolitik wieder reformiert, die unter dem Namen Kolonialakte („Acto Colonial“) bekannt wurde. In all diesen Reformen spielte das Eingeborenenstatut immer wieder eine der zentralen Rollen und es wurde zum höchsten Symbol der Fremdherrschaft. Das zitierte Statut hat die Volkstrennung in den afrikanischen Kolonien rechtlich strukturiert und vorangetrieben. Im Jahr 1933 wurde der Kolonialakt nach Artikel 132 Teil der Verfassung und die Zivilisierungsaufgabe Portugals wurde festgeschrieben und bestimmt in seinem zweiten Artikel:

„Zum Grundwesen der portugiesischen Nation gehört die historische Mission, überseeische Territorien zu besetzen und zu kolonisieren, die lokalen Völker zu zivilisieren sowie den moralischen Einfluss des Christentums durch das portugiesische Patronat auszuüben.“⁷⁴ (Imprensa Nacional de Lisboa, 1930)

Verwirrend war die gleichzeitige Verwendung der Begriffe „Kolonien“ und „Provinzen“ in dem Gesetzestext, die nicht genau definiert waren und von Portugal auf internationaler Ebene je nach Situation benutzt wurden (vgl. Marques, 2001, S. 607ff.). Aus portugiesischer Sicht

⁷⁴ Der originale Text lautet: „É da essência orgânica da Nação Portuguesa desempenhar a função histórica de possuir e colonizar domínios ultramarinos e de civilizar as populações que neles se compreendam, exercendo também a influência moral que lhe é adstrita pelo Padroado do Oriente.“

spielte die verbesserte staatliche Verwaltung der überseeischen Gebiete die zentrale Rolle, damit eine effizientere Wirtschaftsförderung ermöglicht werden konnte (vgl. Marques, 2001, S. 617). Die zitierten Maßnahmen haben dazu geführt, dass das Portugiesisch-Afrika spürbare strukturelle Veränderungen verzeichnete, die seine wirtschaftliche Kraft merklich verstärkt haben. Ökonomisch haben sich besonders Mosambik und Angola als dauerhaft einträglich erwiesen und die Finanzlage des Mutterlandes verbessert. Dies ist darauf zurückzuführen, weil sie flächenmäßig die größten Kolonien waren und die meisten Rohstoffvorkommen hatten. In der Tat haben die überseeischen Gebiete in wenigen Jahrzehnten eine hervorragende Leistung erbracht, was nicht immer so war und eines langfristigen Prozesses bedurfte.

Angola hat sich nach langjähriger Stagnation als wichtigste portugiesische Kolonie während des 20. Jahrhunderts etabliert. Bis 1869 war sie der Hauptlieferant von Sklaven, aber mit der Abschaffung der Sklaverei in Portugal ging die wirtschaftliche Rolle endgültig verloren. Diese Kolonie verzeichnete bis etwa 1920 nur eine schwache ökonomische Entwicklung, die sich durch seine defizitäre Infrastruktur rechtfertigen ließ. Um diese Lage zu verändern, wurde noch während der Monarchie eine neue Strategie durchgeführt, deren positive Ergebnisse allerdings erst während der Republik zu verzeichnen waren. Dazu trug der Ausbau von verschiedenen Infrastrukturen wie z.B. Eisenbahnen und Häfen entscheidend bei, da sie die Kolonie sowohl mit dem Binnenland als auch mit dem regionalen Transportnetz verbanden. Die wichtigste Bahnlinie war die Benguela-Bahn zwischen Angola und Mosambik. Insbesondere im Agrarbereich hat sich die Kolonie etabliert und ihre Produktionen auf dem internationalen Markt absetzen können, was besonders auf Kautschuk, Baumwolle, Kaffee und Zuckerrohr zutraf. Angola erwies sich schnell als eine der reichsten Rohstoffregionen der Welt und erneut war der größte Gewinner der portugiesische Staat. Ein weiteres wichtiges

Beispiel dafür ist die bis heute bestehende Angolanische Diamantengesellschaft bzw. Diamang⁷⁵, die im Jahr 1917 gegründet wurde. Die Kolonisierung Mosambiks lässt sich in vielerlei Hinsicht nicht mit Angola vergleichen (vgl. Salentiny, 1977, S. 201-217). Das heutige mosambikanische Territorium war bis zum Ende des ersten Weltkrieges immer noch nicht völlig von den Portugiesen beherrscht. Nur die Gebiete südlich des Flusses Sambesi⁷⁶ waren am Anfang des 20. Jahrhunderts unter portugiesischer Herrschaft, die nördlichen dagegen nicht. Das bedeutet, dass lediglich zirka fünfzig Prozent unter dem Einfluss Portugals standen. Um Mosambik hatten sich Portugiesen, Deutsche und Briten über einen langen Zeitraum hinweg gestritten. Bei diesen Auseinandersetzungen spielte die strategische Lage die zentrale Rolle (vgl. Salentiny, 1977, S. 169ff.).

Die Besatzungsstrategie Mosambiks hat sich stark von der Vorgehensweise in Angola unterschieden. Das Finanzierungsdefizit Portugals, worüber schon berichtet wurde, hat zu der Gründung von Majestätsgesellschaften bereits ab dem Jahr 1890 geführt. Diesen dienten als Vorbild die britischen Gesellschaften wie z.B. *British South Africa Company*. Die Firmen verfügten über verschiedene Regierungsprivilegien und waren nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung und Ausbeutung zuständig, sondern einige übernahmen staatliche Aufgaben wie z.B. Sicherheit, Einführung eines Schulsystems, Förderung der Einwanderung von weißen Migranten sowie die Etablierung eines Steuersystems. Die bekanntesten Gesellschaften waren "Companhia de Moçambique", "Companhia do Niassa" und "Companhia da Zambésia".

⁷⁵ Die Angolanische Diamantengesellschaft wurde mit portugiesischem, belgischem, US-amerikanischem, britischem und südafrikanischem Kapital gegründet. Heute heißt das Unternehmen Endiama. Quelle: endiama.co.ao/quem-somos

⁷⁶ Der Sambesi ist der bedeutendste Fluss Mosambiks und viertlängste Strom Afrikas. Der Fluss spielt eine wichtige wirtschaftliche Rolle für das Land. Geografisch betrachtet teilt der Sambesi Mosambik ungefähr in der Mitte des Landes.

Diese drei Handelsgesellschaften kontrollierten über die Hälfte des Territoriums der ostafrikanischen Kolonie. Sie waren für ausländisches Kapital offen und besonders Franzosen und Briten fungierten als Investoren. Erst im Jahr 1926 wurde diese Politik eingestellt (vgl. Marques, 2001, S. 476f. und 609).

Wie für Portugal so war auch für Brasilien der Erste Weltkrieg ein prägender Abschnitt in ihren jeweiligen Rollen innerhalb des internationalen Systems. Durch seine Teilnahme am Krieg hat Brasilien seine Präsenz auf der internationalen Bühne verankert. Die Tatsache, dass das Land als einziger lateinamerikanischer Staat im weltweiten Konflikt engagiert war, hat ihm ein bestimmtes Prestige gegenüber den Alliierten und der internationalen Gemeinschaft beschert. Brasilien hat sich für eine neue Weltordnung und seine Allianz mit den Vereinigten Staaten noch intensiver engagiert. Gleichzeitig hat der britische Einfluss auf das Land in den kommenden Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung verloren (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 165f.). Die brasilianische Regierung unter Führung des Präsidenten Venceslau Bras⁷⁷ hat die Gelegenheit genutzt, sich aktiv für die Gründung des Völkerbundes einzusetzen. Dieses Engagement hatte als eines der Ziele, ständiges Mitglied im Rat des Völkerbunds zu werden. Bei seiner Zielerfüllung ist das Land zwar durch Mangel an Unterstützung innerhalb der Organisation gescheitert, aber dies war ein deutliches Signal für eine Änderung der Außenpolitik. Brasilien wollte mit als Entscheidungsträger auf internationaler Ebene agieren. Zudem wurde der brasilianischen Regierung immer bewusster, dass die Außenpolitik ein

⁷⁷ Venceslau Bras war Präsident in Brasilien von November 1914 bis November 1918. Siehe *Presidência da República (Brasil)*, kein Datum.

Instrument ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie werden sollte (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 221-231).

Die Realisierung der Entwicklungsfrage wurde mittels der Industrialisierung des Landes verstanden, die seit Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts verstärkt debattiert wurde (vgl. Gremaud, Vasconcellos, & Toneto Jr., 2008, S. 341f.). Bis dahin sah man das Thema nicht als staatliche Aufgabe an, sondern es wurde ausschließlich durch die private Wirtschaft getragen. Erste Signale einer Industrialisierung waren bereits zu verzeichnen, die überwiegend von dem Kapital der Kaffeeproduzenten stammten. Der Kaffee war übrigens das wichtigste brasilianische Agrarprodukt auf dem Weltmarkt und entscheidend für das Handelsbilanzergebnis. Das Ausfuhrverbot von Kaffee nach Europa während des Ersten Weltkrieges hat die brasilianische Wirtschaft im Herzen getroffen und ihre tiefe Abhängigkeit von einem einzigen Produkt verdeutlicht. Diese missliche Lage hat die Herstellung von einfachen Waren und Gütern für den eigenen Binnenmarkt gefördert. Es ist im Kontext des Krieges und dessen Auswirkungen auf die innere Entwicklung Brasiliens zu sehen, dass die Regierung neue nationale wirtschaftliche und außenpolitische Ziele auf ihre Agenda gesetzt hat.

Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 hat die Lage in Brasilien dramatisch verschärft. Die Schwankungen der internationalen Agrarnachfrage hatten sich negativ auf die Handelsbilanz ausgewirkt. Die brasilianische Regierung, die als wirtschaftliche Basis ausschließlich den Agrarsektor kannte, hatte sowohl seine Innen- als auch Außenpolitik nach wie vor stark auf den Schutz dieses Bereichs und den damit einhergehenden Produktexport ausgerichtet. Die wirtschaftliche Krise hatte die schon latent existierende politische Krise zugespitzt, die im Jahr 1930 ihren Höhepunkt erreichte. Die Macht wurde durch einen Militärputsch übernommen

und eine provisorische Regierung unter Führung von Getúlio Dornelles Vargas eingesetzt. Wie auch in Portugal ist die neue politische Ära ebenfalls als *Estado Novo* in die Geschichte eingegangen. Beide diktatorischen Regime haben wieder Ähnlichkeiten aufgewiesen, wie z.B. faschistische Merkmale, die Einführung von Arbeitsrecht und die Bekämpfung von kommunistischen Bewegungen. Allerdings unterschieden sich die Regime bei allen Parallelen deutlich hinsichtlich ihrer Dauer.

Sowohl Brasilien als auch Portugal ist es bis zu den 1930er Jahren nicht gelungen, ihre Industrialisierungsbemühungen spürbar zu verbessern. Genau in dieser Hinsicht hatte der Erste Weltkrieg ein Umdenken in Brasilien und Portugal mit sich gebracht hat, indem das Thema „Industrialisierung“ als staatliche Aufgabe intensiver diskutiert wurde. Die Entwicklung hatte gezeigt, dass die Annahme, der Markt würde die industriellen Fortschritte beschleunigen, nicht zutraf. Dieser Situation wurde dadurch Rechnung getragen, indem eine staatliche Industrialisierungspolitik eingeführt wurde. Besonders in Brasilien hat die neue Regierung unter Getúlio Dornelles Vargas eine wirtschaftliche Strategie entwickelt, die diese angestrebten Ziele erfolgreich umgesetzt hat. Portugal und seine Kolonien haben zwar ebenfalls Verbesserungen hinsichtlich ihrer industriellen Ausrichtung verspürt, aber deutlich schwächer als Brasilien.

Der brasilianische Staatschef und spätere Diktator Getúlio Vargas hat fünfzehn Jahre lang von 1930 bis 1945 die Entwicklung des Landes geprägt. Wie in Portugal wurde diese geschichtliche Episode *Estado Novo* genannt. Unter seiner Führung wurde die Industrialisierungspolitik zur Hauptsäule der Innen- und Außenpolitik, wobei sich letztere primär an nationalen Interessen orientierte. In diesem Zeitraum wurden Deutschland und die Vereinigten Staaten die wichtigsten Handelspartner Brasiliens (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 234f.). Die Beziehungen

zu Portugal hatten ebenfalls wieder einen stärkeren Platz ab dem Jahr 1930 in der brasilianischen Außenpolitik gewonnen. Drei Jahre später haben beide Staaten ihr erstes Handelsabkommen abgeschlossen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 270ff.).

Wie bereits erwähnt, hat der Erste Weltkrieg den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungskurs in Portugal und Brasilien sehr stark beeinflusst. Ihre gegenseitigen Engagements wurden in diesem Zeitraum zwar intensiver, aber sie gehörten nicht zur höchsten staatlichen Priorität, weder in Rio de Janeiro noch in Lissabon. Dadurch, dass die wirtschaftliche Entwicklung die Kernfrage der Außenpolitik auf beiden Seiten des Atlantiks wurde, war die Kooperation in diesem Bereich deshalb nicht möglich, weil weder Brasilien noch Portugal über ausreichend Kapital verfügten, um in die jeweilige Wirtschaft zu investieren. Weiterhin beabsichtigten beiden Staaten, Zugang zu neuen Technologien zu erlangen. Keines der beiden Länder verfügte aber über das notwendige technische Wissen, um die Industrialisierung voranzutreiben. Aus diesem Grunde waren sie auf dem internationalen Markt Konkurrenten und nicht kooperierende Partner (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 199ff.).

5.3 Portugal, Brasilien und der Zweite Weltkrieg

Ab dem Zweiten Weltkrieg (1939 – 1945) und vor allem nach der Gründung der Vereinten Nationen (1945) haben die Beziehungen Portugals und Brasiliens schrittweise einen neuen Kurs eingeschlagen. Seit 1910 hatten beide Staaten beabsichtigt, ihren Dialog wieder zu verstärken. Es war aber die entstandene Weltordnung der Nachkriegszeit nach 1945, die den Kurs der Außenpolitik Brasiliens und Portugals bestimmt hat. Ihre bilateralen Beziehungen können nur unter dem erwähnten Kontext verstanden werden. Brasilien hat die Gründung der Vereinten Nationen ausdrücklich unterstützt, während Portugal dagegen an der Entstehung

dieser Institution nicht beteiligt war. Der Kurs der brasilianischen Außenpolitik führte zu mehr Engagement bei den internationalen Verhandlungen und favorisierte den Dialog mit den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Währenddessen priorisierte die portugiesische Außenpolitik spezifische Partnerschaften bzw. bilaterale und regionale Verhandlungen, aber der Beitritt zu den Vereinten Nationen wurde ebenfalls angestrebt.

Das internationale System war durch extrem komplizierte Zusammenhänge gekennzeichnet. Dies hat dazu geführt, dass alle Staaten der Welt die Verflechtungen und Abhängigkeiten verschiedener Fakten berücksichtigen mussten, um ihre Außenpolitik neu zu formulieren. Unter den wichtigsten Themen war die heftige Debatte um die Entkolonialisierung der überseeischen europäischen Territorien in Asien und Afrika. Von dieser Thematik waren mehr oder weniger alle Staaten betroffen und eine offizielle staatliche Positionierung wurde erwartet. Die jeweiligen Standpunkte verteilten sich auf zwei Fronten – in Befürworter der Entkolonialisierung und in deren Gegner. Die Lösung der Problematik wurde zu einer der zentralen Auseinandersetzungen der Staatengemeinschaft, die schnell zwischen die Mühlen des Kalten Krieges geriet.

Die Nachkriegszeit hatte aber nicht nur Auswirkungen auf die Außenpolitik, sondern ebenfalls auf die innenpolitische Lage vieler Staaten. Davon waren Brasilien und Portugal in unterschiedlichen Intensitäten betroffen. Die verstärkte politische Abhängigkeit der Staaten hat dazu geführt, dass Brasilien und Portugal ihre diplomatischen Kontakte zwangsweise intensivieren mussten. Das Interesse an dieser Intensivierung war aber von Rio de Janeiro und Lissabon unterschiedlich geprägt. Aus diesem Grund ist es wichtig zu verstehen, wie sich die Regierungen beider Staaten vor und während des Zweiten Weltkrieges verhalten haben, um ihre bilaterale Politik nach 1945 besser begreifen zu können.

Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatten Brasilien und Portugal eine ähnliche innenpolitische Entwicklung erfahren, was bedeutenden Einfluss auf ihre Außenpolitik hatte. Beide Staaten wurden zu Diktaturen. Trotz dieser Gemeinsamkeit waren die innenpolitischen Lagen und ihre Haltungen gegenüber internationalem Geschehen sehr unterschiedlich. Die brasilianische Außenpolitik hatte die Verstärkung seiner zwischenstaatlichen Kooperationen im Fokus. Hauptziel war nach wie vor, die Industrialisierung zu fördern (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 235). Demgegenüber hatte die portugiesische Außenpolitik eine bestimmte Neutralität beabsichtigt, die sich durch seine geografische Lage, die innereuropäischen Spannungen und die innenpolitischen Ziele erklären ließ (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 284f.). Beide Staaten wurden von den verschiedenen und miteinander verbundenen Problematiken des Zweiten Weltkrieges unmissverständlich herausgefordert. In verschiedener Hinsicht hat der Konflikt aber auch ausschlaggebende Chancen eröffnet, die die Allianzen zu den mächtigen Staaten der Welt ermöglichten. Diese wurden erkannt und geschickt von beiden Regierungen genutzt, um daraus Vorteile gewinnen zu können.

Die politische Krise in Europa, die zu dem Zweiten Weltkrieg geführt hat, traf die PSS zuerst nur peripher. Das brasilianische und portugiesische Hauptziel war, auf internationaler Ebene ausländische Investitionen für ihre nationalen Wirtschaften zu gewinnen. Die Ausbeutung ihrer Rohstoffe sowie die Förderung der Agrarbereiche setzten den Ausbau von Infrastrukturen sowie die Einfuhr von zu diesem Zweck einzusetzenden diversen Maschinen voraus. Hinzu kam der chronische Mangel an technologischen Kenntnissen und zudem die Notwendigkeit der Qualifizierung von Personal. In dieser Hinsicht waren die ausländischen Investitionen und zusätzlich der Zugang zur Technologie als alternativlos anzusehen. Als Partner bzw. Investoren kamen die zentralen europäischen Mächte wie z.B. Frankreich,

Großbritannien, das Deutsche Reich aber nicht zuletzt auch die Vereinigten Staaten infrage. Sowohl Brasilien als auch Portugal haben sich bemüht, die genannten Staaten und private Unternehmen für ihre Anliegen zu gewinnen. Unbestritten war, dass beide Länder riesige Potenziale besaßen. In diesem Zusammenhang gewannen die wirtschaftlichen Beziehungen sowohl von Brasilien als auch von Portugal insbesondere zum Deutschen Reich zunehmend an Bedeutung.

Der Anreiz für die Investoren, Portugal Geld zur Verfügung zu stellen, lag überwiegend an seinen überseeischen Gebieten. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg wurde in Angola und Mosambik intensiv investiert. Die Hauptinvestoren Portugals waren die umliegenden Kolonialmächte in Afrika. Vor allem Großbritannien hat davon profitiert. Aber auch französisches, belgisches und amerikanisches Kapital floss in die portugiesischen überseeischen Territorien (vgl. Marques, 2001, S. 620). Auch im Falle Brasiliens waren nicht nur europäische Geldgeber eine Alternative, sondern US-amerikanisches Kapital war ebenso im Spiel. Die brasilianische Regierung unter Getúlio Vargas hatte sich seit dem Jahr 1930 bemüht, verschiedene Handelsabkommen mit anderen Nationen einschließlich mit Portugal zu vereinbaren. Oberstes Ziel war der Zugang zu neuen Märkten, um Agrarprodukte zu verkaufen. Diese Bemühungen wurden durch Protektionismus mehrerer Staaten zum Scheitern verurteilt. Dennoch hat Brasilien seine bilateralen Beziehungen bzw. Handelsabkommen, besonders zum Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten, ausbauen können (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 250ff.).

In dem Kontext des Krieges hatten Rio de Janeiro und Lissabon unterschiedliche Wege verfolgt. Brasilien war offiziell daran beteiligt, während Portugal zum inoffiziellen Kollaborateur wurde. Dadurch wurden beide Staaten inoffiziell zu Kriegspartnern. Dieses

Ereignis hat weder zu einer sofortigen Revision ihrer gegenseitigen bilateralen Außenpolitik noch zur Allianz geführt. In dieser Hinsicht ist erwähnenswert, dass die bilateralen Beziehungen beider Staaten selbst bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges keine bedeutende Veränderung erfuhren. Den kriegesischen Parteien war bewusst, dass die geografischen Lagen Portugals und Brasiliens am Atlantik im Fall eines Seekrieges entscheidend sein konnten, wie schon der Erste Weltkrieg verdeutlicht hatte. Ihre Territorien waren strategische Militärstützpunkte und dadurch konnte ein Großteil des atlantischen Ozeans kontrolliert werden. Gleichzeitig waren weder Brasilien noch Portugal militärische Mächte. Bemerkenswert dabei ist, dass ihre gemeinsame Rolle im Atlantik von beiden offenbar nicht positiv umgesetzt wurde und es dadurch zu keinen spezifischen Kooperationsverhandlungen in diesem Bereich kam.

Die innenpolitische Lage hat die Haltung Brasiliens und Portugals bezüglich des Zweiten Weltkrieges ebenfalls beeinflusst. Seit den 1920er Jahren waren beide Staaten zunehmend mit verschiedenen Dilemmata konfrontiert, die in den 1930er Jahren intensiver präsent waren. Es waren politische und wirtschaftliche Entwicklungen, die zu inneren Krisen führten. Die politischen Fronten haben sich sowohl in Brasilien als auch in Portugal radikalisiert. Der Kampf drehte sich um verschiedene Themenbereiche wie z.B. Arbeitsrecht, Staatsmodernisierung und Wirtschaftspolitik. Die ideologischen Konfrontationen zwischen Kommunisten, Liberalen, Anarchisten, Nationalisten, Faschisten u.a. hat die politische Lage in beiden Staaten geprägt. Ihre Eingliederung in das internationale Weltsystem war zunehmend von ihrer Allianzpolitik abhängig, die wiederum auf das innenpolitische Geschehen Einfluss nehmen konnte. Externe Ereignisse waren in verschiedenen Hinsichten wichtiger als interne, da sie die innere Entwicklung hätten negativ beeinflussen können. Die komplizierte internationale Lage war

weder von Brasilien noch von Portugal zu steuern, da beide Staaten keine zentrale Rolle im internationalen System spielten. Gleichzeitig durften sie diese aber auch nicht ignorieren. Der Zweite Weltkrieg hat das Schicksal Brasiliens und Portugals sowohl bezüglich ihrer inneren Entwicklung als auch ihrer Rollen auf internationaler Ebene entscheidend beeinflusst.

Schon vor dem Ausbruch des Krieges war die brasilianische Regierung damit beschäftigt, den Staatsapparat zu modernisieren. Der Staatschef Vargas hatte verschiedene Reformen eingeleitet und ab 1937 wurde das Land offiziell zu einer Diktatur (vgl. Fausto, 1998, S. 365f.). Eine der Reformen war die Entwicklungsstrategie. Brasilien hat die Allianzverhandlungen bezüglich des Zweiten Weltkrieges genutzt, um das zitierte Ziel zu finanzieren. Durch eine geschickte Außenpolitik wurde das militärische Engagement an die Förderung seiner Schwerindustrie gekoppelt. Seitens der kriegesischen Parteien bestand das Vorhaben darin, Militärbasen an der Küste Brasiliens zu errichten. Damit sollte die Kontrolle über Teile des Südatlantiks gewonnen werden. Innerhalb der brasilianischen Regierung gab es sowohl Gegner als auch Verfechter einer Allianz mit den Achsenmächten und mit den Alliierten. Wirtschaftlich betrachtet war das Deutsche Reich, das zu den Achsenmächten gehörte, ein sehr wichtiger Partner des Landes, was die US-amerikanische Regierung unterbinden wollte. Entschieden hat Rio de Janeiro 1942, sich auf die Seite der Alliierten zu stellen. Dafür haben sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, die Errichtung einer Eisenindustrie (*Companhia Nacional Siderurgica/CSN*) in der Stadt Volta Redonda⁷⁸ zu finanzieren (vgl. Cervo & Bueno,

⁷⁸ Die Stadt Volta Redonda liegt im Bundesstaat Rio de Janeiro und zirka 130 km von seiner Hauptstadt - Rio de Janeiro - sowie zirka 80 km von dem Bundesstaat São Paulo und 55 km vom Bundesstaat Minas Gerais entfernt. Die Eisenindustrie wurde in der Stadt angesiedelt, da sie im Herzen der stärksten wirtschaftlichen Region Brasiliens liegt. Der Bundesstaat São Paulo konzentriert seit den 1950er Jahren zunehmend die brasilianischen Industrien, der Bundesstaat Minas Gerais verfügt über zahlreiche Minen bzw. Bergwerke und in der damaligen Zeit war die Hauptstadt Brasiliens die Stadt Rio de Janeiro, ein wichtiges Finanzzentrum des Landes.

2008, S. 258ff.). Diese Entwicklung hatte eine dauerhafte Prägung, indem Brasilien definitiv unter die US-amerikanische Einflusszone geriet⁷⁹.

Die portugiesische Außenpolitik basierte auf einer angeblichen Neutralitätspolitik. Trotz dieser Haltung wurden die überseeischen Territorien während des Krieges attackiert. Im Gegenteil zum Ersten Weltkrieg wurden die asiatischen Kolonien angegriffen, während die afrikanischen verschont blieben. Das portugiesische Territorium Timor, heute Osttimor, wurde Ziel sowohl der japanischen als auch der australischen Armee. Macau, heute in China, wurde von den Japanern besetzt. Trotz dieser Angriffe wurde die Neutralitätspolitik nicht beendet, da sie bestimmte Ziele Portugals erfüllte. Ein Grund dafür war die enge wirtschaftliche Bindung zum Deutschen Reich, für das Portugal zu dieser Zeit der größte Lieferant von Wolfram⁸⁰ war. Lissabon war aber auch ein historisch Alliiertes Großbritanniens, einer der Gegner des Deutschen Reichs während des Zweiten Weltkrieges. Die portugiesische Neutralitätspolitik wurde von den kriegerischen Parteien nicht länger toleriert und früher oder später musste sich das Land für eine der beiden Seiten entscheiden. Wieder traten die Interessen der kriegerischen Parteien an den überseeischen Territorien im Atlantik in den Vordergrund. Dadurch, dass sich der Zweite Weltkrieg aufgrund neuer militärischer Waffen, wie z.B. dem U-Boot, auf das Meer bzw. den Ozean verlagert hat, gewannen die portugiesischen Inseln erneut an Bedeutung. Die Azoren waren in diesem Fall ein strategischer Luft- sowie Marinestützpunkt, den sowohl die britische als auch die US-amerikanische Armee

⁷⁹ Über diesen Zeitraum und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen Brasiliens und den Vereinigten Staaten erläutern die Artikel „Donald Duck trifft Zê Carioca – Brasilien im Zweiten Weltkrieg“ ganz knapp die wichtigsten Fakten. Siehe vgl. Prutsch & Rodrigues-Moura, 2014, S. 152-159.

⁸⁰ Erst im Jahr 1944 wurde der Export von Wolfram von Portugal nach Deutschland gestoppt. Siehe vgl. Castaño, 2015, S. 10.

nutzen wollten. Erst im Jahr 1943 hat die portugiesische Regierung das Nutzungsrecht an Großbritannien vergeben. Ab dem Jahr 1944 konnte die amerikanische Armee ebenfalls auf den Azoren ihre militärischen Aktivitäten aufnehmen. Die offizielle Neutralität hat Portugal allerdings nie aufgehoben (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 283f.).

So hat der Zweite Weltkrieg nicht nur die Außenpolitik Brasiliens und Portugals beeinflusst, sondern auch die wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklung. Wie bereits während des Ersten Weltkrieges wurde auch während des Zweiten Weltkrieges die Industrialisierung begünstigt, indem die einheimische Herstellung bevorzugt wurde. Im Grunde genommen hat der Zweite Weltkrieg dem Industrialisierungsprojekt Brasiliens den entscheidenden Schwung gegeben (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 258). Seitdem hat Brasilien im Vergleich zu Portugal und deren überseeischen Territorien eine starke Industrialisierung erlebt. Der industrielle Fortschritt Portugals blieb schwach und nur die Textilindustrie hatte eine bedeutende Rolle (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 285). In den Kolonien hat das Mutterland jegliche Industrialisierung bis zu den 1960er Jahren unterbunden und dafür den Agrarsektor sowie die Ausbeutung der Rohstoffressourcen gefördert (vgl. Marques, 2001, S. 624).

Vor allem auf der politischen Ebene hat sich die Entwicklung beiderseits des Atlantiks unterschieden. Im Gegenteil zu Portugal war das wichtigste politische Ereignis in Brasilien sofort nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Demokratisierung und damit das Ende der Diktatur (der brasilianische Estado Novo). Dafür hat das Engagement Brasiliens als Alliiertes

der westlichen Demokratien eine wichtige Rolle gespielt. Die politische Opposition⁸¹ gegen die Regierung Getúlio Vargas war nach wie vor sehr aktiv. Die Tatsache, dass die brasilianische Diktatur die Alliierten offiziell unterstützt hat, wurde durch die Opposition als widersprüchlich angesehen. Auch für die westlichen demokratischen Staaten, die zu den Alliierten gehörten, war diese Unterstützung nicht unproblematisch. Wie konnten Demokratien, die gegen die Unterdrückung ihrer eigenen Völker kämpften, die brasilianische Diktatur offiziell unterstützen? Die Außenpolitik Getúlio Vargas und die Oppositionsbewegung haben das Ende der Diktatur in Brasilien bedeutet (vgl. Fausto, 1998, S. 382ff.). Hier greift die These von Samuel Huntington, die die Demokratisierung nach dem Zweiten Weltkrieg als Folge des Sieges der Alliierten betrachtet. Dies hat er als zweite Demokratisierungswelle bezeichnet, von welcher u.a. Staaten auch Brasilien betroffen war (vgl. Huntington, 1991, S. 20ff.). Auch in Portugal gab es politische Bewegungen, die prodemokratisch waren. Die politische Lage in Portugal hat sich allerdings nicht verändern können, da die salazaristische Diktatur mit der Unterstützung des Militärs und des staatlichen Repressionsapparats rechnen konnte (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 281). Außerdem war Portugal offiziell an dem Zweiten Weltkrieg nicht beteiligt und daher gab es keinen Widerspruch: die portugiesische Regierung hat sich nicht gegen Unterdrückung engagiert. Trotz dieser Entwicklung konnten sich die Oppositionsbewegungen und vor allem die Linksgruppierungen, wie die Sozialisten und Kommunisten, organisieren und stärken (vgl. Marques, 2001, S. 632). Die Außenpolitik Portugals unter Salazar war vor allem nach 1945 zwiespältig. Portugal hat sich sowohl mit

⁸¹ In diesem Kontext war die sogenannte „Revolução Constitucionalista“ vom Jahr 1932 die wichtigste Episode, die die Regierung Getúlio Vargas durch eine bewaffnete Bewegung herausgefordert hat. Ziele der Revolutionäre waren das Ende der „Estado Novo“ und die Einführung einer liberalen Verfassung. Diese politische Bewegung, die in dem Bundesstaat São Paulo stattgefunden hat, wurde von der lokalen Elite unterstützt und hat stark zum Ende des Estado Novo beigetragen. Siehe vgl. Fausto, 1998, S. 343.

diktatorischen Systemen verbunden als auch die Unterstützung von Demokratien gesucht, um seine Ziele auf der internationalen Bühne zu erreichen.

In der Nachkriegszeit konnte der Kurs der portugiesischen und brasilianischen Innen- sowie Außenpolitik nicht unterschiedlicher sein. Verstärkt verfolgte Brasilien den Dialog zu anderen Staaten und unterstützte die Arbeit der Vereinten Nationen. Der Multilateralismus wurde zur Hauptleitlinie der brasilianischen Außenpolitik. Portugal dagegen war nicht an der Gründung der Vereinten Nationen beteiligt. Der Beitritt in diese Organisation wurde allerdings von dem salazaristische System seit 1945 als notwendig angesehen, weil immer häufiger internationale Verhandlungen in dieser Institution stattfanden. Schon im Jahr 1946 beantragte Portugal den Beitritt in die Vereinten Nationen, der aber durch die Vetos der UdSSR und Polens abgelehnt wurde (vgl. Castaño, 2015, S. 25ff.).

5.4 Brasilien und Portugal innerhalb der neuen Weltordnung

Bei der Betrachtung der internationalen Ordnung der Nachkriegszeit wurde deutlich, dass das von den europäischen Staaten beherrschte System in der vorhandenen Form weiterhin nicht mehr bestehen konnte. Ein Grund dafür waren die stärker gewordenen Rollen der Vereinigten Staaten und der UdSSR, aber auch die weltweite Entstehung anderer Kräfte und Themen haben den internationalen Beziehungen neue Richtungen gegeben. Ein Treiber davon waren die Befürworter der Entkolonialisierung, die Unterstützung bei verschiedenen Organisationen und Staaten gefunden hatten. Unter den Nicht-Regierungs-Organisationen waren die katholische und die protestantische Kirche, die die Befreiung der kolonialisierten Menschen befürwortet haben, wenngleich sie nicht unmittelbar in die Kämpfe involviert waren. Die beiden mächtigsten Staaten der Welt, die Vereinigten Staaten und die UdSSR, haben ebenfalls

dafür plädiert. In diesem neuen Kontext waren die europäischen Kolonialherrscher gefragt, sich zu positionieren.

Die Nachkriegszeit wurde ebenso durch die Ost-West-Konflikte geprägt, die den Kurs des internationalen Geschehens gesteuert haben. Es waren vor allem die ideologischen Auseinandersetzungen sowie die geopolitischen Interessen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR, die die weltweite politische Entwicklung entscheidend beeinflusst hatten. Der Kalte Krieg, wie die Ost-West-Konflikte genannt wurden, hat seine ersten Anzeichen bereits während der Friedensverhandlungen bezüglich des Zweiten Weltkrieges zu erkennen gegeben. Bis zum Jahr 1955 wurden die Spannungen immer schärfer und die Außenpolitik aller Staaten musste sich danach orientieren. Parallel dazu gewann die Debatte um das Selbstbestimmungsrecht für die asiatischen und afrikanischen Kolonien immer mehr an Bedeutung. Dies führte langsam zu dauerhaften Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten, den westeuropäischen Kolonialmächten und den sozialistischen Staaten sowie zu regionalen Disputen. Auf dem Spiel stand unter anderem der Einfluss auf die riesigen Kolonialgebiete, die eventuell unabhängige Staaten werden und infolgedessen das weltweite sowie regionale Machtverhältnis verändern könnten. Diese Entwicklung hat sich entscheidend auf die Bildung der Vereinten Nationen niedergeschlagen. Auch in der Frage der Entkolonialisierung sahen sich die Vereinten Nationen zwischen den Fronten.

Zwar war das gemeinsame Ziel der beiden Großmächte das Ende des weltweiten Kolonialismus, jedoch wurde das Thema sehr umstritten in den Vereinten Nationen diskutiert. Zuerst haben sich die europäischen Kolonialmächte schwergetan, das Selbstbestimmungsrecht für die Kolonien zu verwirklichen. Beispiel dafür sind die Entwicklungen in den britischen und französischen Kolonien, wo sich die Mutterländer

teilweise gegen das Selbstbestimmungsrecht gestellt haben. Die Aufstände und Kolonialkriege, die in verschiedener Stärke auf allen Kolonialgebieten ausgebrochen waren, wurden sowohl zur politischen als auch wirtschaftlichen Last aller Involvierten. Mit der Gründung der Vereinten Nationen, in deren Charta sich das Kapitel XI mit den Hoheitsgebieten ohne Selbstregierung beschäftigt, wurde die Basis geschaffen, einen geordneten Entkolonialisierungsprozess zu führen (vgl. United Nations Regional Information Centre for Western Europe, 19??, S. 13).

Die Gründungsmitglieder der neuen Organisation wurden mit verschiedenen Problematiken der Entkolonialisierungsdebatte konfrontiert. Für Brasilien war dieses Thema politisch betrachtet total fremd. Das Land hat sich nie für die Unabhängigkeit der Kolonien engagiert, weder in Afrika noch in Asien. Plötzlich war Rio de Janeiro gefordert, die Einstellung des Landes hinsichtlich der politischen Unabhängigkeit dieser Regionen zu formulieren. Im Falle einer vehementen Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hätte sich Brasilien gegen historische Alliierte stellen müssen. Dies war definitiv nicht die brasilianische Haltung.

Die Entkolonialisierung war durch sehr komplizierte Zusammenhänge geprägt, die sich nicht nur auf die politische Unabhängigkeit verschiedener Volksgruppen in Afrika und Asien beschränkte, sondern es ging auch um die innenpolitische Situation aller Kolonialgebiete sowie die künftige Außen- bzw. Allianzpolitik deren Regierungen. Besonders unter dem Druck kommunistischer Länder wurde das Selbstbestimmungsrecht der Kolonien in den Vereinten Nationen ständig wieder aufgerufen. Darüber hinaus haben diese Staaten wie z.B. die damalige UdSSR, später auch die Volksrepublik China und Kuba, verschiedenen politischen Organisationen in Afrika und Asien sowohl finanzielle, technische als auch militärische Unterstützung angeboten (vgl. Thiam, Mulira, & Wondji, 1993, S. 812ff.). Die Aktivitäten der

sowjetischen Regierung in diesem Bereich waren seit 1917 bekannt.⁸² Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Unabhängigkeitskämpfe auf dem gesamten Kolonialgebiet immer härter, wogegen die europäischen Kolonialmächte Widerstand leisteten. Die unmittelbare Folge war die Vertiefung der Krisen in Indien, Vietnam, Nordafrika und anderen Regionen. Militärisch konnten die Kolonien verständlicherweise mit den europäischen Mächten nicht mithalten und von daher waren die vielfältigen Unterstützungen kommunistischer Staaten und insbesondere die militärische Ausrüstung von entscheidender Bedeutung. Die Entkolonialisierungsfrage wurde zu einer ideologischen Schlacht, indem die Unabhängigkeitsbewegungen ihre politische Loyalität entweder zu dem kapitalistischen oder dem sozialistischen Lager erklären mussten – teilweise entgegen ihren Überzeugungen. Aus diesem Blickwinkel ist es nachvollziehbar, dass viele damalige Kolonialgebiete allmählich immer tiefer in den Kalten Krieg hineingezogen wurden. Der Kolonialkrieg wurde gleichzeitig ein Kampf für die politische Autonomie, die sich schnell um die Staatsformfrage drehte. Kommunismus und Kapitalismus konkurrierten um den Einfluss auf die potenziellen neuen Staaten. Die vielfältigen Problematiken der Entkolonialisierung waren der brasilianischen Regierung bewusst. Das Land hat allerdings lange gebraucht, sich in den Vereinten Nationen zu positionieren. Zu dem Thema hat sich Brasilien erstmals im Jahr 1949 geäußert. Während der vierten Vollversammlung der Vereinten Nationen hat der Botschafter Cyro de Freitas-Valle lediglich ganz kurz über das politische Unabhängigkeitsrecht der kolonisierten Völker

⁸² Nach dem Jahr 1917 und der Oktoberrevolution in Russland hat sich die neue kommunistische Regierung mit den Themen „Kolonialismus“ und „Selbstbestimmungsrecht“ beschäftigt. Ihr Führer und Theoretiker Lenin hat sich selbst mit den Themen befasst und ein wichtiger und entscheidender Text „Theses on national and colonial questions“ wurde im Jahr 1920 veröffentlicht. Nach diesem Text sollten alle kommunistischen Parteien die Unabhängigkeitskämpfe in allen Kolonialgebieten unterstützen. Quelle: vgl. Grimal, 1978, S. 31-34.

gesprochen. In seiner Rede war allerdings keine deutliche Position des Landes zu erkennen (vgl. Corrêa, 2012, S. 85).

Der Kalte Krieg hat dazu geführt, dass die brasilianische Regierung ihre Außenpolitik überdenken musste. Der ideologische Disput der Vereinigten Staaten und der UdSSR hatte die ganze Loyalität ihrer Alliierten verlangt. Die Bekämpfung des Kommunismus oder des Kapitalismus wurde zur höchsten Priorität beider Parteien. Im Falle Brasiliens wurde die Allianz zu den Vereinigten Staaten bestätigt, die seit der Gründung der Republik verfolgt wurde. Die Bekämpfung kommunistischer Organisationen wurde infolgedessen zur Leitlinie der Innenpolitik Brasiliens. Allgemein hat sich die brasilianische Regierung als Alliierte der westlichen demokratischen Staaten gesehen. Bezeichnend dafür war die uneingeschränkte Unterstützung der Prinzipien der Atlantikcharta⁸³, der Rio de Janeiro schon im Jahr 1943 zugestimmt hatte (vgl. Ferrer, 2007, S. 119). Brasilien hat nach wie vor für die Gründung einer weltweiten überstaatlichen Organisation plädiert, in der die Staaten ihre Auseinandersetzungen debattieren und wenn möglich friedlich lösen sollten. Dieses Ziel wurde von dem Land seit der zweiten Haager Friedenskonferenz (1907) verfolgt (vgl. Corrêa, 2012, S. 37f.). Das Scheitern des Völkerbundes hat Rio de Janeiro von seiner außenpolitischen Einstellung nicht entfernt. Basis einer solchen Organisation sollte der Multilateralismus⁸⁴ sein,

⁸³ Die Atlantikcharta wurde von dem US-amerikanischen Präsident Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premierminister Winston Churchill am 14. August 1941 unterschrieben. Dieses Dokument hatte als Ziel, völkerrechtliche Grundsätze für die Nachkriegsordnung zu schaffen.

⁸⁴ Der Multilateralismus als Basis der internationalen Beziehungen wird von der brasilianischen Regierung seit der zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907 verteidigt. Dieses Geschehen hat eine besondere Bedeutung für die brasilianische Geschichte, da das Land zum ersten Mal an einer internationalen Konferenz teilgenommen hat. Bis dahin hat sich die brasilianische Außenpolitik um die regionalen Ereignisse gekümmert. Auch die verschiedenen Reden der Vertreter Brasiliens bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen weisen immer wieder auf das Wort „Multilateralismus“ hin. Siehe vgl. Corrêa, 2012.

was die brasilianische Regierung als Leitlinien ihrer Haltung auf der internationalen Ebene schon praktizierte (vgl. Corrêa, 2012, S. 15ff.).

Der Kampf um die politische Unabhängigkeit in Asien und Afrika wurde noch dramatischer, indem der ideologische Konflikt zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Staaten zur militärischen Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegungen führte. Das Bestreben um das Selbstbestimmungsrecht der Kolonien ist zwar kein Phänomen des 20. Jahrhunderts, aber der neue internationale Kontext der Nachkriegszeit hat die Auseinandersetzung entzündet. Von der politischen Betrachtung her hat die Panafrikanische Bewegung⁸⁵ eine besondere Bedeutung, da sie die Debatte um die politische Unabhängigkeit der afrikanischen Völker schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts gefördert hat (vgl. Ralston & Mourão, 1985, S. 767-775). Auf diese Entwicklung hatten verschiedene Faktoren und Ereignisse Einfluss.

Auf internationaler Ebene war die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker nach 1945 nicht mehr wegzudenken. Alle Kolonialmächte waren Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen, mit Ausnahme von Portugal. Die anderen Länder wie Frankreich, Belgien, das Vereinigte Königreich, die Niederlande sowie die Vereinigten Staaten hatten die Kolonialfrage nicht ignoriert, wenngleich sie keine einheitliche Position bezüglich des Themas einnehmen konnten. Diese Länder haben verschiedene Initiativen ergriffen, um ihre Beziehungen zu den Kolonien neu zu regeln, was aber nicht unbedingt zur politischen Unabhängigkeit geführt hat. Das Bestreben um die politische Selbstständigkeit in den europäischen Kolonien wurde nicht

⁸⁵ Offiziell wurde die Panafrikanische Bewegung im Jahr 1900 gegründet. Diese Entwicklung wurde insbesondere von Booker T. Washington, William E. Burghardt, Marcus Garvey, Aimé Césaire, Léon Damas, Dr. Jean Price Mars, Léopold Senghor u.a. gefördert. Mehrere panafrikanische Konferenzen wurden zwischen 1900 und 1923 in Europa organisiert. Siehe vgl. Ralston & Mourão, 1985, S. 767-775.

dadurch gedämpft, dass die Kolonialmächte politische Reformen eingeleitet haben, um dennoch weiterhin die Souveränität über die Regionen beizubehalten. Fakt ist, dass die europäischen Kolonialmächte in den Entkolonialisierungsprozess gedrängt wurden (vgl. Grimal, 1978, S. 24ff.). In den Vereinten Nationen haben sich immer mehr Staaten für die Selbständigkeit der Kolonien ausgesprochen, was die Kolonialmächte unter großen Druck setzte. Es wurde eine Reihe von Resolutionen abgeschlossen, die sich um das Thema „Kolonien und Selbstbestimmungsrecht“ drehten.

Wenngleich die Kolonialfrage die portugiesische Regierung ab dem Jahr 1945 nicht beschäftigt hat, wurde es immer deutlicher, dass sich Lissabon früher oder später damit auseinandersetzen musste. Es war insbesondere diese Frage, die in den portugiesisch-brasilianischen Beziehungen zunehmend zu spüren war (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 289f.). Portugal als Nicht-Mitglied der Vereinten Nationen hat die Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht der Völker weder begleiten noch beeinflussen können. Nach wie vor behandelte die portugiesische Regierung diese Thematik nicht und betrachtete die Debatte als inakzeptabel. Besonders die Ereignisse in Afrika bzw. der Unabhängigkeitskampf in vielen europäischen Kolonien stand nicht als ernsthafter Vorfall auf der portugiesischen Tagesordnung. Verstärkt wurden verschiedene Organisationen in Afrika nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gegründet, die sich der Frage des europäischen Kolonialismus und der politischen Autonomie gewidmet haben (vgl. Mazrui, 1993, S. 106f.).

Unter der rechtsautoritären salazaristischen Herrschaft war die portugiesische Regierung offiziell bestrebt, sich von bewaffneten Konflikten fernzuhalten. Beweis dafür ist der Iberische

Pakt bzw. der Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag mit dem spanischen Franco-System⁸⁶. Dieser Pakt (1939) entsprach der offiziellen europäischen Außenpolitik Portugals, was aber nicht bedeutete, dass sich Lissabon nicht in den Spanischen Bürgerkrieg⁸⁷ zu Gunsten der Franco-Anhänger eingemischt hat (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 278f.). Portugal hat in der Tat stabile Allianzen gesucht, aber gleichzeitig immer wieder die Neutralität des Landes auf internationaler Ebene behauptet. Insbesondere hatte Lissabon die regionale Entwicklung Europas nach 1945 interessiert und in diesem Fall wurde das Land sehr aktiv. Portugal zögerte anfangs bezüglich einer Teilnahme am European Recovery Plan bzw. dem sogenannten Marshallplan. Diese Phase wurde aber rasch überwunden und das Land leistete seinen Beitrag an der Ausgestaltung und Formulierung. Daraus ist die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC Abk. auf Englisch) im Jahr 1948 entstanden, in der Portugal mit fünfzehn anderen Staaten Gründungsmitglied war. Langfristig hat das Land durch dieses Engagement wirtschaftlich stark profitiert (vgl. Cunha, 2018, S. 18f.). Die Neutralitätspolitik war im Jahr 1949 offensichtlich zu Ende, da die Allianzen zu westlichen Mächten von zentraler Bedeutung wurden. Durch die Mitgliedschaft als Gründungsmitglied⁸⁸

⁸⁶ Francisco Franco Bahamonde (geboren in El Ferrol, Galicien, Spanien im Jahr 1895) war General und Führer der Nationalisten gegen die republikanische Regierung im Spanischen Bürgerkrieg. Von 1936 bis 1939 kämpften rechte und linke Gruppierungen unerbittlich. Unter den Nationalisten konnte General Franco sich durchsetzen und wurde Staatschef bereits ab 1938. Während der Dauer von 37 Jahren bis 1975 stand Spanien unter seiner Diktatur. Mit seinem Tod endete auch die Diktatur in Spanien und die Monarchie wurde wieder eingeführt. Überwiegend als General Franco bekannt prägte er die spanische Geschichte während des 20. Jahrhunderts wie keine andere Figur. Siehe vgl. Saludes, 2008 S. 229-238 und Carmona, 2008, S. 247-262.

⁸⁷ Der Spanische Bürgerkrieg fand von 1936 bis 1939 statt. Der Konflikt war sowohl von seit Jahren existierenden, verschiedenen sozialen Auseinandersetzungen als auch von ideologischen Sichtweisen geprägt. Der Wahlsieg von sozialistisch und kommunistisch geprägten Parteien im Jahr 1933 entzündete die ideologische Auseinandersetzung. Ab 1936 führten Links- und Rechtsbewegungen einen blutigen Krieg, der mehr als ein halbe Million Todesopfer gefordert hat. Der Konflikt wurde auch von ausländischen Regierungen wie z.B. von Deutschland, Italien und der UdSSR getragen. Symbol der Gewalt war die Bombardierung der Stadt Guernica u.a.. Siehe vgl. Saludes, 2008, S. 215-226.

⁸⁸ Gründungsmitglieder der NATO waren: Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Norwegen, die Vereinigten Staaten, die Niederlande und Portugal. Siehe North Atlantic Treaty Organization (NATO/OTAN), kein Datum.

des Nordatlantikpakts (*North Atlantic Treaty* - NATO) wurde das erwähnte Ziel erreicht. Damit war Portugal nicht nur auf der Seite der Vereinigten Staaten, sondern auch Alliiertes aller Kolonialmächte. Dabei ist besonders bemerkenswert, dass die NATO als Allianz von damals zwölf westlichen Demokratien die portugiesische Diktatur als Mitglied aufgenommen hat (vgl. Newitt, 2009, S. 191). In der Präambel des NATO-Vertrags von 1949 ist festgeschrieben, dass Ziel des Bündnisses sei, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“⁸⁹ (vgl. North Atlantic Treaty Organization, 1949). Diese Prinzipien konnte der portugiesische Staat nicht erfüllen. Dennoch haben die westlichen Demokratien aber ein deutliches Signal in die Weltgemeinschaft gesendet, indem auch eine diktatorische Regierung ihre Akzeptanz bekommt, wenn sie Alliiertes ist. Das salazaristische Regime hat sich seitdem einen privilegierten Platz auf internationaler Ebene geschaffen, was später in der Kolonialfrage sehr nützlich war.

⁸⁹ Originaler Text „*Déterminés à sauvegarder la liberté de leurs peuples, leur héritage commun et leur civilisation, fondés sur les principes de la démocratie, les libertés individuelles et le règne du droit.*“ Siehe North Atlantic Treaty Organization, 1949.

6 Der politische Kampf der portugiesischen Überseegebiete im 20. Jahrhundert

Der politische Kampf der Überseegebiete hat sowohl das innen- als auch das außenpolitische Schicksal Portugals während des 20. Jahrhunderts beschäftigt und geprägt. Innenpolitisch waren die Überseegebiete einer Art Stabilisierungsgarantie, die die wichtigsten wirtschaftlichen Leistungen erbringen sollten. Außenpolitisch verschafften die verstreuten Territorien auf zwei Kontinenten dem iberischen Land ein überdimensionales internationales Gewicht. Wenngleich die Überseegebiete gewaltige Möglichkeiten boten, so war Portugal nicht in der Lage, diese wirksam auszuschöpfen. Eine stabile und kontinuierliche Kolonialpolitik war erst unter der salazaristischen Regierung möglich. Alle überseeischen Territorien wurden in unterschiedlicher Weise in die portugiesische staatliche Struktur erfolgreich eingegliedert, gleichwohl blieb die Herrschaft darüber nicht unproblematisch. Die Kolonialpolitik fokussierte sich primär auf die afrikanischen Gebiete. Die asiatischen waren reine Verwaltungsgebiete ohne bedeutende wirtschaftliche Gewichtung. Politisch waren sie Lissabon völlig unterworfen und die Einheimischen, vor allem in Afrika, fanden ihre Anliegen kaum berücksichtigt. Die Unterwerfung der afrikanischen Völker war eine der zentralen Aufgaben, damit die wirtschaftliche Ausbeutung ermöglicht wurde.

Trotz aller Bemühung blieb die Herrschaft in Afrika ein anhaltendes Thema. Diese wurde ab dem Jahr 1961 deutlich erschwert, da die Befreiungsbewegungen mit allen Mitteln die politische Unabhängigkeit erreichen wollten. Die dadurch entstandene Dynamik in Afrika hat die innenpolitische Situation Portugals zunehmend destabilisiert. Die militärischen Einsätze in den betroffenen Regionen waren nicht nur kostspielig, sondern die Bevölkerung sowohl im Mutterland als auch in den Kolonien hat die Folgen der Konflikte unmittelbar gespürt. Die

Auseinandersetzungen brachten die kritische Beziehung Portugals zu den Kolonien, die wie ein Pulverfass mit brennender Lunte zu explodieren drohten, ans Licht.

Außenpolitisch hat die Kolonialkrise die Regierung Portugals vor eine harte Probe gestellt und die Unterstützung anderer Staaten war zunehmend gefragt. Plötzlich spielte Brasilien eine strategische Rolle, da das Land historische Verbindungen sowohl zu Portugal als auch zu Afrika unterhielt. Außerdem war Brasilien Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, wo die rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Kolonialmächten und Kolonien diskutiert und behandelt wurden. Die portugiesischen Kolonialkonflikte hatten eine ganz besondere Dimension für die brasilianische Regierung gewonnen. Als ehemalige Kolonie Portugals erfuhren die Beziehungen Brasiliens zu Afrika eine stärkere politische Aufmerksamkeit hinsichtlich seiner Haltung. Die Entkolonialisierung hat sich allerdings zu einem Ost-West-Konflikt entwickelt, wonach Brasilien zunehmend seine Außenpolitik ausrichtete. Dieses Verhalten machte sich besonders in den Vereinten Nationen bemerkbar.

Das internationale Interesse war den Befreiungsbewegungen besonders wichtig und verschiedene Initiativen ermöglichten den Einheimischen, ihre Belange selbst auf der internationalen Bühne vorzutragen und zu vertreten, und jegliche Art der Unterdrückung Portugals zu denunzieren. Lissabon hat keine dieser Organisationen akzeptiert und geduldet. Die Konflikte wurden zu langjährige Kriegen – Guerras de Libertação oder Guerras do Ultramar. Diese Auseinandersetzungen wurden zu einem zentralen Problem der internationalen Gemeinschaft und prägten die Beziehungen der PSS untereinander dauerhaft.

Seit 1945 war vereinbart, dass die internationale Gemeinschaft ihre Streitigkeiten zunächst innerhalb der Vereinten Nationen zu diskutieren und möglichst zu lösen hatte. Erst im Jahr 1955 wurde Portugal in die Organisation aufgenommen und sofort war das Land mit der

Entkolonialisierungsfrage konfrontiert. Portugal bestritt gegenüber der internationalen Gemeinschaft vehement jegliche Unterdrückung in den Kolonien. Die portugiesischen Widerstände blieben beharrlich gegenüber allen Unabhängigkeitsverhandlungen. Wenngleich die NATO-Partner anfangs die portugiesische Politik in den Überseegebieten unterstützt haben, wurde die politische Stimmung in den Vereinten Nationen zunehmend zu einer Herausforderung für die portugiesische Außenpolitik.

Der Konflikt erreichte aber eine weitere Dimension. Das portugiesische Kolonialmodell stand infrage, weshalb das Land rechtfertigen musste, aus welchen Gründen die Überseegebiete nicht als Kolonien betrachtet werden sollten. Damit die portugiesische Regierung der Weltgemeinschaft die Besonderheit ihrer Kolonisierungsstrategie erklären konnte, führte sie die Kolonisierung Brasiliens als Beweis an. Die portugiesische Kolonialfrage wurde unter dem salazaristischen Regime nicht nur zu einem militärischen Konflikt, sondern zu einer ideologischen Debatte, indem die portugiesische Kolonialgeschichte als friedlich, verglichen zu den anderen Kolonialmächten, dargestellt wurde. Im Zentrum dieser Diskussion stand die Frage des Zusammenlebens zwischen den verschiedenen Völkern. Es ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass die portugiesische Regierung die Beziehungen zu Brasilien in den 1960er Jahren sehr schätzte.

Die Kolonialfrage hat die brasilianische Außenpolitik ebenso zunehmend wie intensiv beschäftigt und herausgefordert, denn die afrikanischen Regionen haben Brasilien jahrhundertlang mit abertausenden Sklaven versorgt und dadurch eine historische, wirtschaftliche sowie kulturelle Bedeutung gewonnen. Die Allianz zu Portugal bzw. die historischen Verbindungen sowie die politischen Verflechtungen zu den europäischen Kolonialstaaten waren ein weiterer zentraler Faktor, der die Positionierung Brasiliens

beeinflusst hat. Die Stimme des südamerikanischen Landes, besonders innerhalb der Vereinten Nationen, war sowohl von Lissabon als auch von den Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika stark gefragt.

Das Ende der portugiesischen Kolonialzeit bzw. die Unabhängigkeit der Kolonien bildet ein zentrales Kapitel der zeitgenössischen Geschichte der PSS. Die Entstehung der PALOP während der 1970er Jahre hat zu einer Neuorientierung der gesamten Staatengemeinschaft geführt. In dem Zeitraum von 1961 bis 1974 zerbröckelte nicht nur das portugiesische Kolonialreich, sondern die Beziehungen Portugals zu Brasilien sowie Brasiliens zu den portugiesischen Überseegebieten wurden zwangsläufig grundlegend reformiert.

6.1 Die Lage in den portugiesischen Überseegebieten in den 1960er Jahren

Die Herrschaft Portugals über die Kolonialgebiete in Afrika hat sich in den 1960er Jahren konsolidiert. Die lokale Bevölkerung war unterworfen und die Zwangsarbeit hat sich durchgesetzt. Die wirtschaftliche Ausbeutung war vor allem in Angola und Mosambik auf dem richtigen Weg und der Einwanderungsstrom nahm wie geplant ständig zu. Die Infrastruktur der Kolonien war darauf ausgerichtet, portugiesische Ansiedler aufzunehmen und den internationalen Markt zu bedienen. Davon profitierten allerdings die Einheimischen wenig. Die Durchsetzung dieser Strategie wurde gegenüber den lokalen Völkern selbstverständlich nur durch die Anwendung von Gewalt ermöglicht. Nicht überraschend ist, dass die Unzufriedenheit der Einheimischen permanent zunahm und sie sich dagegen wehrten (vgl. Davidson, Isaacman, & Pélissier, 1985, S. 695-711). Ständige Aufstände, Revolten und Tumulte herrschten in der Übersee, wie Oliveira Marques betont (vgl. Marques, 2001, S. 629).

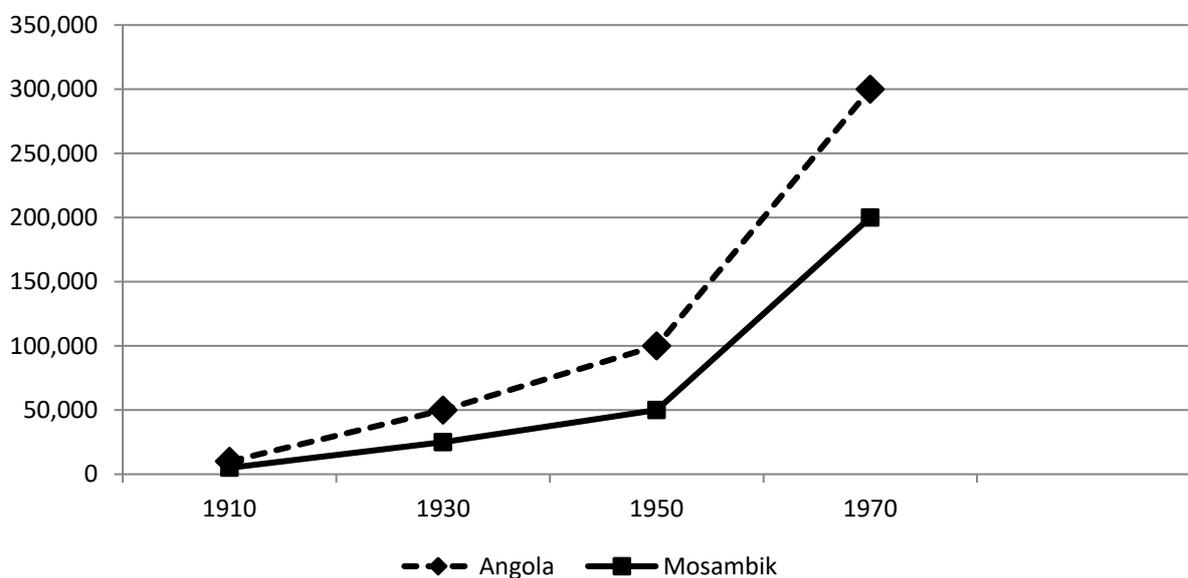
Die portugiesische Präsenz in Afrika spiegelte ebenfalls die neue europäische Kolonialpolitik im 20. Jahrhundert wider, die die Assimilierung der Einheimischen zum Ziel hatte. Im Falle Portugals genoss die „Lusofonisierung“⁹⁰ bzw. die Durchsetzung der portugiesischen Sprache und die Etablierung des portugiesischen Rechtssystems die höchste Priorität. Man unternahm allerdings kaum staatliche Maßnahmen, um Portugiesisch zu verbreiten und die Einheimischen sprachlich zu fördern. Es gab zwar die Adaptationsschule, aber das Schulsystem schloss in der Praxis die Afrikaner bis in die 1960er Jahre aus. Es ist nicht schwer nachzuvollziehen, dass die Kommunikation zwischen Ansiedlern und Einheimischen ziemlich problematisch war. Trotz der stetigen Ankunft von Portugiesen blieben sie dauerhaft in der Minderheit. Zu erwarten, dass sich die portugiesische Kultur ohne staatliche Intervention, wie in Brasilien, von allein durchsetzt, war naiv.

Entscheidend für die portugiesische Durchsetzung war die effektive militärische Besatzung, die nicht nur die lokalen Völker unterworfen hat, sondern auch die Sicherheit der Ansiedlungen garantierte. Das Dritte Kolonialreich (*Terceiro Império*), wie diese Zeit in der Geschichte benannt ist, beschleunigte die Einwanderung. Diese sollte den kulturellen Einfluss fördern. Bis zum Anfang der 1970er Jahre haben sich in den afrikanischen überseeischen Territorien mehr als 500.000 portugiesische Bürger niedergelassen. Signifikant war die Auswanderung nach Angola und Mosambik, wohin in fünfzig Jahren zirka 400.000 Portugiesen umgesiedelt sind. Von 1910 bis zirka 1970 hat Angola allein mehr als fünfzig Prozent dieses Einwanderungsstroms aufgenommen. Mosambik war das zweitwichtigste Einwanderungsziel

⁹⁰ Lusofonisierung bezieht sich auf das Wort Luso, das wiederum auf das Gebiet Lusitanien zurückzuführen ist. Ein Teil des heutigen Territoriums Portugals war unter römischer Herrschaft und entsprach der Provinz Lusitanien.

und verzeichnete ebenfalls eine positive demografische Entwicklung bezüglich der Ankunft von europäischen Migranten. 1930 lebten zirka 50.000 Migranten im Land, 1960 schon 100.000 und 1970 verdoppelte sich diese Zahl nochmals, wobei das Land eigentlich eine eher schwache Anziehungskraft hatte (vgl. Marques, 2001, S. 615). Wie die untere Grafik erläutert, wuchs besonders ab 1950 der Einwanderungsstrom exponentiell. Allein in zwanzig Jahren bzw. zwischen 1950 bis 1970 kamen zirka 350.000 Migranten in beide Überseegebiete.

Grafik 6.1.A Anstieg der weißen Bevölkerung in Angola und Mosambik zwischen 1910 - 1970



Quelle: Marques, 2001, S. 615.

Die zunehmende Anzahl von portugiesischen Einwanderern hat sich überwiegend in den Zentren der größten Städte wie Luanda, Lourenço Marques (heute Maputo) und Bissau angesiedelt. Dies führte zu einer merklichen Verbreitung der portugiesischen Kultur. Wie üblich haben sich afrikanische und portugiesische Sitten gemischt und zu neuen kulturellen Formen geführt. Dieses Phänomen ist insbesondere hinsichtlich der Sprache festzustellen. So sind beispielsweise in Kap Verde und Guinea-Bissau neue Sprachen entstanden - sogenannte

kreolische Sprachen - die sowohl Wörter und Strukturen des Portugiesischen als auch des Afrikanischen enthalten (vgl. Sow & Abdulaziz, 1993, S. 525f.). Im Binnenland dagegen setzte sich Portugiesisch aber während der Kolonialzeit nicht als dominante Sprache durch.

Bis zu den 1960er Jahren hat sich die Wirtschaft sehr positiv entwickelt, die aber weder ohne ausländische Kapital noch Zwangsarbeit möglich gewesen wäre (vgl. Marques, 2001, S. 619f.). Damit war die Kolonie ein klassisches Beispiel für einen Rohstofflieferanten und auf diese Weise im internationalen Markt eng eingebunden und gleichzeitig von diesem langfristig stark abhängig. Wie in der Zeit, als Brasilien noch Kolonie war, befand sich die wichtigste wirtschaftliche Säule Portugals wieder in den Überseegebieten. Die innenpolitischen Beziehungen zwischen dem Mutterland und den afrikanischen Gebieten wurden allerdings verstärkt ab den 1960er Jahren von der Selbstbestimmungsrechtsfrage geleitet. Trotz der politischen Entwicklung in Afrika und Asien seit Ende des Zweiten Weltkriegs, die zu der Entstehung mehrere unabhängigen Staaten geführt hat, wurde die Frage des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ von der portugiesischen diktatorischen Regierung vollkommen ignoriert. Eine politische Reform war undenkbar. Dadurch, dass die Unterdrückung der Identitäten, der Geschichte, der Institutionen, der Traditionen sowie der Sprachen der kolonisierten Völker die Regel war, überraschte die Entstehung von Widerstandsbewegungen nicht. Trotz der Behauptung Portugals, eine multikulturelle Gesellschaft und transkontinentale Nation zu sein, nahm die Unzufriedenheit der Afrikaner zu und sie rebellierten gegen die Kolonisatoren (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 293-299).

Aufstände wegen schlechter Lebensbedingungen seitens der Afrikaner und selbst von portugiesischen Verwaltern gegenüber Lissabon gab es bereits vor den 1960er Jahren. Verschiedene Rebellionen wurden dokumentiert, und viele der Aufstände waren in der Regel

nicht geplant, sondern erfolgten eher spontan. Davon sind drei von besonderer historischer Bedeutung: 1953 in Batepá (São Tomé und Príncipe), 1959 in Pidjiguiti (Guinea-Bissau) und 1960 in Mueda (Mosambik). Diese geschichtlichen Ereignisse haben den Unabhängigkeitsbewegungen Aufschwung verliehen und sind grausame Beispiele der portugiesischen staatlichen Politik gegenüber den lokalen Forderungen (vgl. Marques, 2001, S. 632f.). Die Aufbegehren wurden brutal niedergeschlagen. Die Unterwerfungs- und Unterdrückungspolitik war ein treibender Motor, der die politischen Widerstände verstärkte. In diesem Zusammenhang fanden die Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika breite Unterstützung innerhalb der lokalen Bevölkerung, obwohl in den Kolonialgebieten verschiedene Volksgruppen lebten, die über unterschiedliche Sprachen verfügten und auch nicht immer gleiche Interessen verfolgten (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 53). Primär war das gemeinsame Ziel der afrikanischen Völker in den portugiesischen Überseegebieten, die politische Unabhängigkeit zu erlangen.

Die Kolonialfrage war eng mit der internationalen Entwicklung der Nachkriegszeit verwurzelt. Das Thema wurde seit 1945 weltweit intensiv debattiert und zunehmend durch den Ost-West-Konflikt in verschiedener Hinsicht beeinflusst. Das zentrale juristische Schlachtfeld wurden die Vereinten Nationen. In Afrika und Asien kämpften mehrere Bewegungen gegen die europäischen Kolonialmächte, um ihre politische Unabhängigkeit zu erlangen. Das Selbstbestimmungsrecht der Kolonien wurde von den europäischen Staaten zunächst mit allen Mitteln verweigert. Die Unabhängigkeitsorganisationen hatten dagegen verschiedene Strategien entwickelt, um ihre politische Autonomie zu erreichen. Auch die Kolonialstaaten hatten unterschiedliche Methoden, entweder um eine eingeschränkte politische Unabhängigkeit anzusteuern oder aber diese ganz zu stoppen. In Asien war besonders in

Indien das Vereinigte Königreich herausgefordert. Auch Frankreich wurde in Vietnam mit der Kolonialfrage konfrontiert. In Indonesien kämpfte das Königreich der Niederlande darum, seine Herrschaft über den Inselstaat beizubehalten (vgl. Grimal, 1978, S. 124-133). Nirgendwo aber waren die europäischen Kolonialstaaten so tief verankert wie in Afrika, wo fast alle Regionen nach Ende des Zweiten Weltkriegs unter ihrer Herrschaft waren. Portugal wurde von den Unabhängigkeitsbewegungen selbstverständlich auch nicht verschont und bereits seit dem Jahr 1947 war Lissabon darin involviert.

Als erstes beschäftigte Asien Portugal mit der Kolonialfrage. Goa als Stadt und Region im heutigen Indien, war eine Art Enklave in der damaligen britischen Kolonie. Das Jahr 1947 brachte eine starke Unruhe, indem die politische Unabhängigkeit Indiens die Beziehungen Portugals zu der Region definitiv veränderte. Die indische Regierung unter Führung Jawaharlal Nehru beanspruchte die freiwillige Übergabe der Region Goa. Die portugiesisch-indische Auseinandersetzung hat sich rasch zu einer internationalen Krise entwickelt. Portugal hat andere Staaten mobilisiert, um die indische Forderung zu revidieren. Brasilien wurde in diesem Zusammenhang sofort eingebunden und umgehend zum zentralen Partner Portugals. Die Dispute um Goa haben die portugiesische Regierung über zehn Jahre lang intensiv beschäftigt (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 290ff.).

Die Goa-Krise wurde zur Musterpolitik Portugals in der Kolonialfrage, nämlich jeglichen Widerstand gegen friedliche Verhandlungsversuche zu leisten. Weiterhin hat dieser Konflikt auch der brasilianischen Außenpolitik bezüglich Portugal ein bestimmtes Muster aufgedrückt - die historische Solidarität. Die brasilianische Regierung hat prompt reagiert und die indische Forderung verurteilt. Die Lösung der portugiesisch-indischen Auseinandersetzung konnte in

keiner internationalen Instanz behandelt werden, da Portugal im Gegensatz zu Indien⁹¹ noch kein Mitglied der Vereinten Nationen war. Infolgedessen konnte der Internationale Gerichtshof in dieser Frage nicht angerufen werden und für Portugal wurde die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen umso wichtiger (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 291ff.). Der Fall Goa verdeutlicht auch, dass die Situation Portugals in der Nachkriegszeit nur schwer verstanden werden kann, ohne die internationalen Zusammenhänge zu beleuchten. Wenngleich Portugal an der neu entstandenen internationalen Architektur seit 1945 nicht mitgewirkt hat, war es nur eine Frage der Zeit, bis sich Lissabon dieser anschloss. Es wurde für Portugal immer komplizierter, an dem internationalen Geschehen teilzunehmen, ohne Mitglied der Vereinten Nationen zu sein, denn letztendlich wurde auch die Debatte um die Kolonien und ihrer Selbstbestimmungsrecht dort geführt (vgl. Kouassi, 1993, S. 871f.).

Als im Jahr 1953 die portugiesische Verfassung von 1933 reformiert wurde, beabsichtigte Lissabon vor allem die Anpassung der Kolonialakte an die neue Zeit. Alle Passagen, die das Wort „Kolonial“ enthielten, wurden durch „Übersee“ ersetzt. Diese Reform war die Reaktion Portugals auf die zunehmende Kritik an den Kolonialmächten (vgl. Marques, 2001, S. 611). Diese Umformulierung diente vor allem dem Ziel Portugals, Mitglied der Vereinten Nationen

⁹¹ Indien war wie Brasilien eines der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen. Siehe vgl. Unser, 2004, S. 438.

zu werden, da das neu formulierte Kolonialgesetz nicht mehr gegen Artikel 73 der Charta der Institution verstieß. Der portugiesischen Regierung war seit Langem bewusst, dass der Beitritt zu den Vereinten Nationen aus unterschiedlichen Gründen unabdingbar war, jedoch war damit gleichzeitig auch die Konfrontation in der Kolonialfrage vorprogrammiert.

Im Jahr 1955 wurde die Blockadepolitik⁹³ der Großmächte aufgehoben und Portugal wurde Mitglied der Vereinten Nationen. Eine negative Auswirkung war, dass sich die weltweite Aufmerksamkeit auf die Lebensbedingungen in den portugiesischen überseeischen Provinzen enorm verstärkte. Es gab aber auch Vorteile, nämlich die Klageerhebung beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen die Politik Indiens bezüglich Goa. Aber der Fokus wurde vor allem auf die afrikanischen Überseegebiete gerichtet, die sich zu einer der zentralen Debatten der Vereinten Nationen entwickelten. Schon im Jahr 1956 befragte die Organisation alle

⁹² Das Kapitel XI der Charta der Vereinten Nationen beschäftigt sich mit den Hoheitsgebieten ohne Selbstregierung und sein Artikel 73 bestimmt, dass „Mitglieder der Vereinten Nationen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten haben oder übernehmen, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben, bekennen sich zu dem Grundsatz, dass die Interessen der Einwohner dieser Hoheitsgebiete Vorrang haben; sie übernehmen als heiligen Auftrag die Verpflichtung, im Rahmen des durch diese Charta errichteten Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das Wohl dieser Einwohner aufs Äußerste zu fördern; zu diesem Zweck verpflichten sie sich, a) den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Fortschritt, die gerechte Behandlung und den Schutz dieser Völker gegen Missbräuche unter gebührender Achtung vor ihrer Kultur zu gewährleisten; b) die Selbstregierung zu entwickeln, die politischen Bestrebungen dieser Völker gebührend zu berücksichtigen und sie bei der fortschreitenden Entwicklung ihrer freien politischen Einrichtung zu unterstützen, und zwar je nach den besonderen Verhältnissen jedes Hoheitsgebiets, seiner Bevölkerung und deren jeweiliger Entwicklungsstufe; c) den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen; d) Aufbau- und Entwicklungsmaßnahmen zu fördern, die Forschungstätigkeit zu unterstützen sowie miteinander und gegebenenfalls mit internationalen Fachorganisationen zusammenzuarbeiten, um die in diesem Artikel dargelegten sozialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Ziele zu verwirklichen; e) dem Generalsekretär mit der Rücksichtnahme auf Sicherheit und Verfassung gebotenen Einschränkung zu seiner Unterrichtung regelmäßig statistische und sonstige Informationen technischer Art über das Wirtschaft-, Sozial- und Erziehungswesen in den nicht unter die Kapitel XII und XIII fallenden Hoheitsgebieten zu übermitteln, für die sie verantwortlich sind.“ (United Nations Regional Information Centre for Western Europe, 19??, S. 13).

⁹³ Seit 1946 beabsichtigte die portugiesische Regierung den Beitritt in die Vereinten Nationen. Dieser wurde aber durch die Dispute zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR blockiert. Erst im Jahr 1955 haben sich beide Staaten verständigt und fünfzehn neue Staaten wurden in die Vereinten Nationen aufgenommen. Diese Staaten waren sowohl Alliierte der Vereinigten Staaten als auch der UdSSR. Siehe vgl. Silva, 1995.

neuen Mitglieder, ob es unter ihrer Kontrolle noch Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung gemäß Artikel 73 der Charta der Vereinten Nationen gab. Portugal verneinte die Frage und dadurch musste das Land keine Informationen über seine überseeischen Territorien abgeben. Die Reaktion auf diese Antwort war der Antrag von fünf Mitgliedsstaaten, die Anwendung des Artikels 73 zu klären (vgl. Silva, 1995, S. 5ff.).

Die Kolonialkrise wurde definitiv zum zentralen Thema der brasilianisch-portugiesischen Beziehungen seit 1955. Lissabon setzte auf die brasilianische Unterstützung in den Vereinten Nationen. Rio de Janeiro hat diese Erwartung nicht enttäuscht, indem das Land seine Solidarität zu Portugal in offiziellen Äußerungen bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen verbriefte. Rio de Janeiro hat allen Beschlüssen der Vereinten Nationen bezüglich der portugiesischen überseeischen Territorien bis 1961 seine Zustimmung verweigert (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 292ff.). Das Jahr 1955 ist außerdem von besonderer Bedeutung, da die Bandungkonferenz⁹⁴ stattgefunden hat. An dieser war Portugal aus nachvollziehbaren Gründen nicht Teilnehmer, Brasilien dagegen einer der Beobachter (vgl. Saraiva, 1996, S. 22f.). Es war ein weiteres Signal des brasilianischen Interesses an dem weltweiten Geschehen. Dadurch wurde die Annäherung an afrikanische und asiatische Staaten angedeutet, was ein Novum der brasilianischen außenpolitischen Strategie war. Diese Absicht hatte zwar keine sofortige Auswirkung, aber ein Umdenken der brasilianischen Außenpolitik war eingeleitet. Direkte Beziehungen in unterschiedlicher Ausprägung zu Afrika und Asien waren schwach bis

⁹⁴ Die Bandungkonferenz hat in Indonesien im Jahr 1955 stattgefunden. Zum ersten Mal haben sich 29 asiatische und afrikanische Staaten versammelt, um ihre eigene politische und wirtschaftliche Rolle auf der internationalen Bühne zu diskutieren. Im Schlusskommuniqué wurde die Beendigung der europäischen Kolonialherrschaft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die Gleichberechtigung der Rassen und Völker, atomare Abrüstung und friedliche internationale Zusammenarbeit verlangt.

inexistent. Es gab z.B. keinen akademischen Austausch mit Einheimischen und Studienzentren über Afrika und Asien wurden erst in den 1960er Jahren in Brasilien gegründet (vgl. Gonzalez, 1986, S. 179f.).

Die zwischenstaatlichen Beziehungen der Nachkriegszeit hatten ungeahnte Dimensionen angenommen, indem die weltweite Machtstruktur in den Fokus der Debatte geriet. Im Falle Brasiliens und Portugals wurden beide damit konfrontiert, ihre Beziehungen zu den kolonisierten Regionen neu zu formulieren. Wenngleich Brasilien auch aufgrund innenpolitischer Interessen eine solidarische Haltung gegenüber den Kolonialmächten gezeigt hat, war dieser politische Kurs im Inland nicht unumstritten. Besonders der afrikanische Kontinent erweckte wirtschaftliche sowie kulturelle Interessen, was für einen politischen Kurswechsel sprach. Auch in Portugal blieb trotz des diktatorischen Systems die Debatte um das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht unbemerkt. Langfristig wurde die Entkolonialisierungsfrage nicht nur ein außenpolitisches Thema, sondern es war in der brasilianischen und portugiesischen innenpolitischen Lage stark zu spüren.

Seit Beginn hat die Kolonialfrage die brasilianische Regierung beschäftigt und gleichzeitig extrem belastet. Durch sein Engagement in den Vereinten Nationen wurde das Land als Mitglied in den Ad-hoc-Ausschuss 1946 gewählt (United Nations, 1946). Dieser Ausschuss beschäftigte sich mit den weltweiten Kolonialgebieten und deren Problematiken. Langfristig war Rio de Janeiro mit unangenehmen Fragen konfrontiert, aus denen sich Konflikte mit den Kolonialmächten ergeben könnten. Von Brasilien wurde entweder die Unterstützung oder zumindest die Neutralität zu diesem Thema erwartet. Für die Befreiungsbewegungen war jede Unterstützung willkommen. Tatsache ist, dass die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu Afrika und Asien bis dahin ausschließlich durch die europäischen

Kolonialmächte stattgefunden haben und es keinen offiziellen Kontakt zwischen brasilianischen und lokalen afrikanischen Vertretern gab. Aus diesem Grunde ist es nachvollziehbar, dass alle Belange bezüglich der Kolonien nur eine periphere Rolle in der brasilianischen Strategie sowie in der Öffentlichkeit spielten. Im Gegensatz dazu hing der politische Erfolg der Industrialisierungspolitik Brasiliens teilweise von den Beziehungen zu einigen europäischen Kolonialmächten und den Vereinigten Staaten ab, da diese die Finanzierung übernahmen. Dies war das Dilemma der Außenpolitik Brasiliens, welches sich deutlich auf die Haltung des Landes gegenüber der Kolonialfrage auswirkte.

Weitere Faktoren haben dazu geführt, dass die Entkolonialisierungsdebatte immer komplizierter wurde. Im Fall Portugals waren die Mitglieder der Vereinten Nationen mit einem diktatorischen System konfrontiert, das nicht bereit war, über das Thema zu verhandeln. Für die westlichen Alliierten war die hervorragende geostrategische Lage portugiesischer Territorien nach wie vor der Hauptgrund, dem Land beizustehen. Im Gegenteil dazu waren die portugiesisch-brasilianischen Beziehungen in der Nachkriegszeit weiterhin ohne besondere Bedeutung. Nicht unwichtig ist nochmals zu betonen, dass beide Staaten nach 1945 unterschiedliche Ziele auf internationaler Ebene verfolgten, was einen gegenseitigen Einfluss zunichtemachte. Die angebliche portugiesisch-brasilianische historische Allianz wurde in dieser Zeit auf die Probe gestellt. Interessanterweise wurde die Allianzpolitik im Jahr 1953 in die Tat umgesetzt, als beide Staaten das Freundschafts- und Rückspracheabkommen („*Tratado de Amizade e Consulta*“) geschlossen haben. Gemäß diesem Abkommen sollten beide Staaten im Falle gemeinsamer internationaler Interessen im Vorfeld eine Abstimmung herbeiführen. Besonders hervorzuheben ist, dass Portugal die territoriale Zuständigkeit des Abkommens lediglich auf seine europäischen Territorien einschließlich der Inseln Azoren und

Madeira beschränkte und die wirtschaftlich und politisch wichtigsten Kolonien Angola, Mosambik und Guinea-Bissau aus diesem ausgeschlossen hatte. Damit bestätigte Portugal seine Brasilienpolitik, die die Beziehung Rio de Janeiro zu den afrikanischen überseeischen Gebieten seit über einem Jahrhundert erschwerte (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 277-281).

Mit der Entstehung organisierter politischer Bewegungen in den afrikanischen portugiesischen Kolonien veränderte sich ihre Rolle nicht nur innerhalb Portugals, sondern auch gegenüber der Weltgemeinschaft. Diese Entwicklung entsprach der Bewusstseinsbildung von Teilen der lokalen Bevölkerung, die ab den 1950er Jahren zur Gründung zahlreicher Befreiungsbewegungen geführt hat. Diese Situation stellte Lissabon kurzfristig vor riesige politische, wirtschaftliche und militärische Herausforderungen. Die bedeutendsten politischen Befreiungsorganisationen waren die Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln (PAIGC), Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA), Nationale Befreiungsfront von Angola (FNLA), Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) und Front für die Befreiung Mosambiks (FRELIMO) (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 295). Diese Organisationen hatten unterschiedliche Verläufe und spezifische Merkmale, was die Heterogenität der portugiesischen Kolonien in Afrika widerspiegelte. Im Unterschied zu Angola, wo es verschiedene und zerstrittene Befreiungsbewegungen gab, verlief der Unabhängigkeitskampf in Mosambik tendenziell harmonisch (vgl. Salentiny, 1977, S. 173ff.). Im Falle Kap Verde und Portugiesisch-Guinea spielten ihre geografischen Lagen – sie sind zirka 1.000 Kilometer voneinander entfernt - und vor allem die historischen Verbindungen eine zentrale Rolle für die Gründung einer gemeinsamen Befreiungsbewegung. Im atlantischen Ozean besaß Portugal noch die Inseln São Tomé und Príncipe. Auch auf den Inseln wurde von exilierten Einheimischen eine Befreiungsbewegung organisiert - Bewegung für die Befreiung

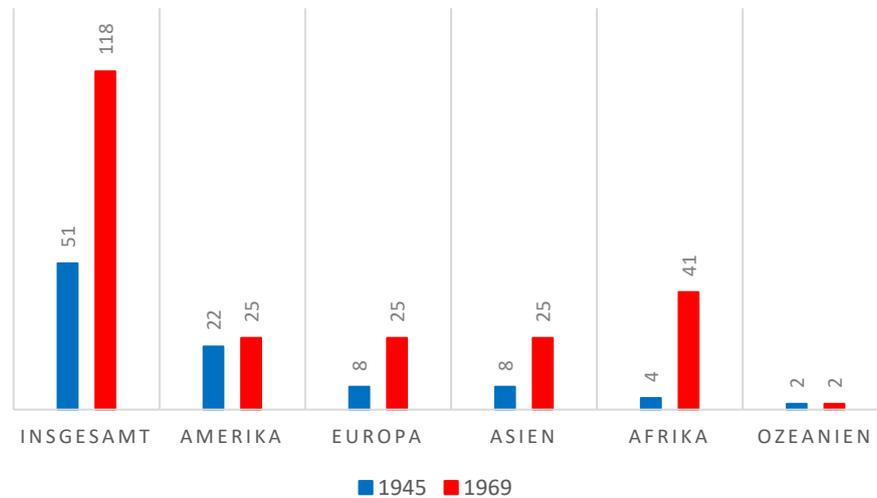
von São Tomé und Príncipe (MLSTP), die aber in ihrem Umfang nicht zu vergleichen war mit denen, die sich auf den anderen afrikanischen Kolonien organisiert hatten (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 293f.).

Ab den 1950er Jahren veränderte sich das internationale Bild rasant, indem verschiedene unabhängige Staaten entstanden sind. Mehrheitlich traten die neuen afrikanischen und asiatischen unabhängigen Länder kurz danach den Vereinten Nationen bei, was sich auf die Mehrheitsverhältnisse in der Generalversammlung auswirkte (vgl. Unser, 2004, S. 363ff.). Die portugiesische Regierung wurde zunehmend innerhalb der Organisation und in seiner Kolonialfrage isoliert. Waren bei Gründung⁹⁵ der Vereinten Nationen von den insgesamt 51 Mitgliedern nur vier afrikanische Staaten vertreten, so erhöhte sich deren Anzahl im Jahr 1969 bereits auf 41 von insgesamt 118 Mitgliedern.⁹⁶

⁹⁵ Bei der Gründung der Vereinten Nationen waren zweiundzwanzig amerikanische Staaten, vierzehn europäische Staaten, neun asiatische Staaten, vier afrikanische Staaten und zwei ozeanische Staaten vertreten.

⁹⁶ Siehe United Nations, kein Datum.

Grafik 6.1.B Entwicklung der Anzahl der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen



Quelle: Unser, 2004, S. 437-443.

Diese Entwicklung hat das Gewicht innerhalb der Organisation entscheidend beeinflusst sowie den politischen Kampf gegen den Kolonialismus intensiviert. Nicht zuletzt haben die neu gegründeten afrikanischen Staaten die Unabhängigkeitskämpfe in den portugiesischen Überseegebieten ausdrücklich unterstützt. Gleichzeitig suchten diese neuen Staaten den Dialog mit Brasilien, um das Land hinsichtlich der Kolonialproblematik zu sensibilisieren. In einem sehr angespannten Umfeld hat die portugiesische Regierung dringend die Allianz zu Brasilien benötigt.

Die portugiesische Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen führte letztendlich zu verschiedenen Dilemmata. Zunächst musste das Land die Charta der Organisation sowie die Resolutionen anerkennen. Selbstverständlich gerieten die militärischen Ansätze Portugals gegen die Befreiungsbewegungen in den überseeischen Provinzen in den Fokus des internationalen Gemeinschaftsinteresses. Nicht zuletzt entwickelten sich die bilateralen Beziehungen Brasiliens zu Portugal wiederum zum Problem. Einerseits hat Brasilien als ehemalige portugiesische Kolonie ebenfalls erfolgreich für seine politische Unabhängigkeit

gekämpft, andererseits war die historische Bindung zu Portugal ein angeblich wichtiges außenpolitisches Element. Die Lösung der Konflikte um die überseeischen Gebiete entwickelte sich zum zentralen Ziel der brasilianischen Regierung, die aber die portugiesische Regierung nicht in diese Richtung bewegen konnte. Parallel dazu wurde die Bekämpfung kommunistischer Strömungen, die allerdings bei den afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen starke Zustimmung fanden, zu einer Hauptaufgabe beider Staaten. Dieser Zwiespalt war für die brasilianische Haltung von enormer Bedeutung. Im Ergebnis entschied man sich dafür, Portugal zu unterstützen und die Loyalität zu den westlichen Staaten zu verankern (vgl. Saraiva, 1996, S. 27ff.)

Hinsichtlich der Frage des Selbstbestimmungsrechts für die Kolonien plädierte der brasilianische Botschafter Cyro de Freitas Valle anlässlich seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1955 für einen transitorischen Zeitraum. Diese Zeit sollte genutzt werden, um die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den besetzten Regionen zu ordnen. Die Hauptrolle sollten die Vereinten Nationen übernehmen (vgl. Corrêa, 2012, S. 143). Als ehemalige Kolonie und Heimat vieler afrikanischstämmiger Bürger sowie Migranten aus allen Regionen der Welt war die brasilianische Außenpolitik gewaltig herausge- und teilweise auch überfordert. Strebte Brasilien doch eine wichtige Rolle auf internationaler Ebene an, was dazu führte, dass das Land sich deutlich positionieren musste.

Erst mit dem Wahlsieg von Jânio Quadros und seinem Stellvertreter João Goulart hat die brasilianische Außenpolitik eine völlig neue Richtung gewonnen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 294). Die in der Geschichte unter dem Namen „*Política Externa Independente*“ (unabhängige Außenpolitik Brasiliens) eingegangene Periode war zwar nur von kurzer Dauer

(1961 – 1964), da im Jahr 1964 durch einen Putsch das Militär die politische Macht übernommen hatte, aber der neue Kurs wurde im Großen und Ganzen langfristig beibehalten. Brasilien geriet in die antidemokratische Welle – in den Worten von Samuel Huntington *reverse wave* -, die seit 1958 mehrere Länder betroffen hat. Damit fielen die bis dahin zwei einzigen unabhängigen PSS unter ein diktatorisches System. Trotz der neuen politischen Richtung wurde die immer als selbstverständlich angesehene Allianz Brasiliens zu den westlichen Staaten und insbesondere zu den Vereinigten Staaten nach wie vor infrage gestellt. Ziel der neuen brasilianischen Militärregierung war es, die weltweiten Beziehungen zu erweitern, um die industrielle Entwicklung und neue kommerzielle Partnerschaften zu fördern. Diplomatische Kontakte wurden zu verschiedenen Staaten geknüpft, einschließlich der kommunistischen. Die Beziehungen zu afrikanischen Staaten wurden nunmehr priorisiert. Dadurch erklärt sich, dass die ersten Studienzentren⁹⁷ über Afrika und Asien in Brasilien entstanden sind. Wenngleich solche Zentren das Interesse an Afrika nicht ausdrücklich bekundet haben, sondern primär als Forschungsstellen über die afrikanischstämmige Bevölkerung Brasiliens gedacht waren, so war dies ein deutliches Signal eines dauerhaften Kurswechsels. In dieser Richtung wurde fortan das Selbstbestimmungsrecht von der brasilianischen Regierung verteidigt. Infolgedessen war dies das Ende der automatischen und uneingeschränkten Solidarität zu Portugal (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 309-312).

⁹⁷ Die ersten Studienzentren über Afrika und Asien in Brasilien waren: das Afrikanische und Asiatische Studienzentrum/Centro de Estudos Afro-Orientais (CEAO) in der Universität von Bahia, das 1959 gegründet wurde und bis heute unter diesem Name besteht; das Brasilianische Institut für Afrika und Asien/Instituto Brasileiro de Estudos Afro-Asiáticos (IBEAA), das 1961 gegründet wurde und bis 1973 direkt unter brasilianischer nationaler Regierung stand und 1963 wurde das Studienzentrum für Afrika und afrikanische Kultur/Centro de Estudos e Cultura Africana an der Universität von São Paulo gegründet, heute Studienzentrum für Afrika/Centro de Estudos Africanos (CEA). Diese Zentren haben sich überwiegend mit der afrikanischstämmigen Bevölkerung Brasiliens und weiterhin mit den Beziehungen zu den afrikanischen und asiatischen Ländern beschäftigt. Siehe vgl. Schlickmann, 2014.

Die portugiesische Außenpolitik hat nach 1960 ebenfalls Anpassungen erlebt. Das Land war zwar Mitglied der NATO und der Vereinten Nationen, aber Lissabon war bestrebt, neue Allianzen abzuschließen. Die historische Verbindung zu Großbritannien war nach wie vor wichtig, trotz unterschiedlicher Meinungen in der Frage der portugiesischen Kolonien. Die politische Strategie Lissabons war, die Bindung des Landes innerhalb des europäischen Systems zu stärken. Lissabon war sehr aktiv bezüglich seiner Beziehungen zu Europa, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs tief verankert waren, wie im Kapitel 5 Abschnitt 5.4 behandelt wurde. Eine noch stärkere Bindung an Europa gelang durch die Gründung der Europäischen Freihandelszone (European Free Trade Association – EFTA)⁹⁸ im Jahr 1960. Dadurch hat Portugal seine Europapolitik auf eine neue Basis stellen können und seine Beziehungen nicht nur zu London zumindest kommerziell stärker verknüpft, sondern auch zu Österreich, Dänemark, Norwegen, Schweden und der Schweiz (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 286). Diese Handlungsweise kann als deutliches Signal Portugals gewertet werden, was sich in Wahrheit hinter der oft zitierten Allianz mit Brasilien verbirgt. Das primäre Interesse konzentrierte sich auf andere Mächte und weniger auf die Verbundenheit mit dem südamerikanischen Land. Das salazaristische System hat zwar immer wieder behauptet, dass die Stärke Portugals in seinen Kolonien lag, aber seine Außenpolitik hat wiederholt gezeigt, dass stabile Allianzen zu den mächtigen Staaten notwendig waren und dezidiert gesucht wurden. Parallel dazu wurde das Dekret 44.016 im Jahr 1961 abgeschlossen, welches die

⁹⁸ Der Beitritt Portugals in die Europäische Freihandelszone war nicht unumstritten. Selbst die portugiesische Regierung war anfangs unentschlossen, an der Gestaltung der Organisation teilzunehmen. Vor allem die überseeischen Territorien erweckten die Frage, wie sie in eine Freihandelszone integriert werden könnten. Auch die portugiesische Wirtschaft war deutlich schwächer als die der potenziellen Partner, wie z.B. die vom Vereinigten Königreich und der Schweiz. Portugal galt wirtschaftlich als unterentwickelt und am Ende haben die Gründungsmitgliedstaaten sich darauf verständigt, einen besonderen Status einzuführen, damit das Land ebenfalls Mitglied der EFTA werden konnte. Siehe vgl. Alípio, 2006, S. 79-94.

wirtschaftlichen Beziehungen Portugals und seiner Kolonien neu regelte. Damit wurde die Etablierung eines Portugiesischen Wirtschaftsraumes – Mercado Único Português – beabsichtigt (vgl. Murteira, 1976, S. 279ff.).

6.2 Die Rolle der Kolonialfrage für den Aufbau der Beziehungen der Portugiesischsprachigen Staaten untereinander

Die portugiesische Kolonialfrage spielte durchaus eine wesentliche Rolle für die Geschichte und Beziehungen der PSS untereinander. Die Kolonialkrise war jedoch ein durch und durch kompliziertes Ereignis, das sich in verschiedene Sphären entwickelt hat und diversen Beeinflussungen ausgesetzt war. Diese Krise hatte innenpolitische, regionale, internationale sowie wirtschaftliche Dimensionen, ohne die der Verlauf der Auseinandersetzungen nicht zu verstehen ist. Die Strategien Portugals und der Befreiungsbewegungen wurden infolgedessen den regionalen und internationalen Bedingungen untergeordnet. Innenpolitisch hat die Auseinandersetzung das Mutterland ins Herz getroffen und den politischen Kurs stark bestimmt. Auf regionaler Ebene spielten vor allem die afrikanischen Staaten eine wichtige Rolle, indem sie entweder die Befreiungsbewegungen oder Portugal unterstützt haben. Auf internationaler Ebene waren die Vereinigten Staaten, die kommunistischen Staaten und Brasilien wichtige Partner, die durch ihre Haltung die Kolonialfrage entscheidend beeinflussen konnten.

Unruhen in den Kolonien waren keine neue Situation für die portugiesische Regierung, sie haben sich aber in den 1960er zugespitzt. Mit aller Härte hat Portugal darauf reagiert. Aus Sicht des salazaristischen Regimes waren jegliche politischen Aufforderungen und Unabhängigkeitsbestrebungen seitens der Überseegebiete ein Angriff gegen den Staat. Dialoge und Verhandlungen wurden energisch abgelehnt, was zu bewaffneten Konflikten

zwischen den Parteien führte. Der Ausbruch der Kolonialkriege in Afrika stellte die portugiesische Regierung allerdings ab dem Jahr 1961 vor neue Herausforderungen, denn das Land war darauf weder politisch noch militärisch vorbereitet. Auch keine der Unabhängigkeitsbewegungen in den Überseegebieten war militärisch in der Lage, sich langfristig gegen Portugal zu behaupten. Die Auseinandersetzung hat sich in Afrika zu einem Guerillakrieg entwickelt.

Das Selbstbestimmungsrecht für die Kolonien wurde von Lissabon nie in Erwägung gezogen und eine politische Alternative gab es ebenfalls nicht. Im Gegenteil zu den französischen, niederländischen, britischen und belgischen Regierungen war Portugal mit der Frage des Selbstbestimmungsrechts für seine überseeischen Territorien in der Tat erst in den 1960er Jahren direkt konfrontiert. Da Portugal offiziell weder gegen das Naziregime gekämpft noch sich für die Gründung der Vereinten Nationen engagiert hat, sah sich die salazaristische Diktatur im Allgemeinen mit der Frage der Freiheit sowie der Verteidigung westlicher Werte nicht gefordert. Dagegen waren alle anderen Kolonialmächte im Zweiten Weltkrieg involviert und haben sich den Zielen und Prinzipien der Atlantikcharta sowie der Vereinten Nationen verpflichtet. Portugal war diese Entwicklung fremd, blieb davon aber nicht verschont.

Die seit 1947 bestehende diplomatische ausweglose Situation um das Überseegebiet Goa wurde durch die indische Militärbesetzung der Region im Jahr 1961 beendet. Dieser Vorgang verdeutlichte, dass die Armee nicht in der Lage war, die Überseegebiete zu verteidigen (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 299). Zudem hatte die Regierung der Republik Dahomey (heute Benin), die kurz vorher unabhängig geworden ist, im selben Jahr die Rückgabe der Festung São

João Baptista da Ajudá⁹⁹ verlangt. Das bedeutendste Ereignis waren allerdings die Aufstände in der Kolonie Angola 1961, die als Beginn der Kolonialkriege gesehen werden (vgl. Marques, 2001, S. 636-369). Auch die PAIGC hat unmittelbar danach den bewaffneten Kampf gegen Lissabon ausgerufen (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 298). Somit wurde der Unabhängigkeitskampf in Afrika südlich der Sahara, der seit 1945 das politische Bild des Kontinents stark verändert hat, fortgesetzt.

Bezüglich der Kolonialkrise hat die portugiesische Regierung auf zwei Ebenen agiert. Erstens wurden verschiedene innenpolitischen Maßnahmen getroffen, um die Unterstützung der Einheimischen in den Überseegebieten für die Befreiungsbewegungen zu schwächen. Zweitens hat Portugal auf internationaler Ebene die Fürsprache der NATO-Partner sowie Brasiliens gesucht, um Strafmaßnahmen gegen das Land durch die Vereinten Nationen zu verhindern. Die Kolonialkrise hat trotz der harten Linien der salazaristischen Regierung gegenüber den Befreiungsbewegungen zu Reformen geführt. Im Jahr 1960 bestimmten zwei Resolutionen der Vereinten Nationen, nämlich die Resolution 1541¹⁰⁰ und 1542¹⁰¹, wie der bis dahin umstrittene Artikel 73 anzuwenden war. Die brasilianische Regierung hat gemäß der portugiesischen Erwartung der Resolution 1542 nicht zugestimmt. Nach diesen Dokumenten war Portugal unzweifelhaft verpflichtet, der Organisation detailliert über die überseeischen

⁹⁹ Seit dem 17. Jahrhundert war Portugal im Golf von Guinea präsent. Verschiedene Handelspunkte wurden in der Region gebaut. Zwischen 1677 und 1680 ist die Festung São João Baptista de Ajudá entstanden und von dieser wurden mehrere Handelsniederlassungen im Golf von Guinea überwacht. Die Region war auch während des 18. Jahrhunderts ein wichtiger Sklavenlieferant für Brasilien. Im 19. Jahrhundert kämpften Frankreich, England und das Deutsche Reich um die Kontrolle über den Golf von Guinea. Portugal kontrollierte im Golf die Inseln São Tomé und Príncipe sowie die Festung São João de Ajudá, die letztendlich in der französischen Kolonie Dahomé (Teil von Französisch-Westafrika) lag. Die Festung war die kleinste Kolonie Portugals bis 1961. Siehe vgl. Marques, 2001, S. 159 und 366.

¹⁰⁰ Siehe United Nations, 1960a.

¹⁰¹ Siehe United Nations, 1960b.

Territorien zu berichten (vgl. Silva, 1995, S. 11f.). Als Reaktion wurde die portugiesische Verfassung im Jahr 1961 erneut reformiert und einen Art Entkolonialisierungspolitik angedeutet (vgl. Kahl, 1972, S. 17f.). Das Eingeborenenstatut (Estatuto dos Indígenas) als deutlichster Mechanismus der Kolonialpräsenz Portugals, das gegen die Bestimmung des Artikels 73 der Charta der Vereinten Nationen verstieß, wurde abgeschafft. Dieses Statut beinhaltete Hierarchien zwischen Portugiesen und Afrikanern, führte zu ungerechter Behandlung der Einheimischen und verachtete die lokale Kultur. Dieses Gesetz trennte die Einheimischen in zwei Gruppen: in unzivilisierte und zivilisierte Afrikaner. Die unzivilisierten Eingeborenen waren die ohne politische Rechte (indígenas) und die mit politischen Rechten galten als zivilisiert (assimilados). Die erst zitierte Gruppe war nach wie vor der größte Bevölkerungsanteil. Die Abschaffung des Eingeborenenstatuts bedeutete aber nicht das Ende der Unterwerfung der Einheimischen, da die gewohnte Praxis und Sitten blieben (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 29f.).

Weiterhin war die Kolonialkrise in seiner innenpolitischen Dimension ein zentraler und langfristiger Destabilisierungsfaktor des salazaristischen Systems, die dem Ansehen der Regierung dauerhaft geschadet hat. Der militärische Einsatz in Afrika hat nicht nur den Staatshaushalt des Landes hoch belastet, sondern die zunehmende Anzahl von Todesfällen und Verletzten hat die Unterstützung der portugiesischen Bevölkerung langfristig begraben. Die Kolonialkriege haben sich ebenfalls auf die Angehörigen der höchsten Dienstgradgruppen der Streitkräfte ausgewirkt, was zu einem Umdenken bezüglich der innenpolitischen Lage sowie der Außenpolitik des Landes geführt hat. In den Überseegebieten waren 1961 insgesamt zirka 40.000 portugiesische Soldaten stationiert und bereits 1973 hat sich diese Zahl

mehr als verdoppelt, was das Ausmaß des Geschehens verdeutlicht (vgl. Venter, 2013, S. 441ff.).

Die Kolonialkriege in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik waren während der dreizehn Jahre, wie üblich, durch extreme Brutalität geprägt. In drei der fünf afrikanischen Gebieten war die portugiesische Armee präsent. Die Kämpfe liefen zeitgleich, haben sich aber unabhängig voneinander entwickelt. Die portugiesischen Territorien in Afrika waren verstreut, was sowohl die Militäreinsätze als auch eine enge Zusammenarbeit der Befreiungsbewegungen in den Kolonien erschwerte (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 12f.). Lediglich durch ihre gegenseitigen internationalen und politischen Unterstützungen ist es den portugiesischen Kolonien in Afrika gelungen, sich zusammenzuschließen und zu agieren.

Besonders bezeichnend für den portugiesischen Kolonialkrieg war seine regionale Prägung. Um der Welt ihren Kampf nach Unabhängigkeit zu bekunden und internationale Aufmerksamkeit zu erlangen, wurde die Konferenz der Organisation der Nationalisten portugiesischer Kolonien (Conferência das Organizações Nacionalistas das Colonias Portuguesas/CONCP)¹⁰² im Jahr 1961 gegründet (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 17). Selbstverständlich haben mehrere afrikanische Staaten wie z.B. die Demokratische Republik Kongo, Tansania und Ghana, die während der 1960er Jahre von anderen Kolonialmächten unabhängig wurden, die Unabhängigkeitsbewegungen in den portugiesischen Kolonien auf verschiedene Weise unterstützt. Es gab aber auch entschiedene Gegner auf dem Kontinent. In diesem Zusammenhang haben besonders die Belange von Südafrika und der britischen

¹⁰² Die Konferenz der Organisation der Nationalisten portugiesischer Kolonien wurde in Marokko im Jahr 1961 gegründet und bestand bis 1971.

Kolonie Rhodesien (heute Simbabwe) auf die Kriegsentwicklung in Mosambik und Angola langfristig eingewirkt (vgl. Venter, 2013, S. 452f.).

Auf internationaler Ebene hatte später auch der Kalte Krieg unmittelbare Auswirkungen auf diese Auseinandersetzungen, die parallel zu den Unabhängigkeitskriegen in Vietnam¹⁰³ und in Algerien¹⁰⁴ verlaufen sind. Die Alliierten Portugals sowie der Kolonien haben zweifellos eine entscheidende Rolle dadurch gespielt, indem sie sich nicht nur militärisch einsetzten, sondern ihren ideologischen Einfluss auf beide kriegserischen Parteien ausgeübt haben. In diesem Zusammenhang haben sich rasch drei Gruppen gebildet: die für Portugal bzw. die kapitalistischen Staaten, die gegen Portugal bzw. die sozialistisch geprägten und die neutralen Länder. Die Internationalisierung der Kolonialkriege ist entstanden, indem Portugal Allianzen zu Brasilien und den NATO-Partnern und vor allem den Vereinigten Staaten suchte und auch herstellte. Brasilien, als ehemalige portugiesische Kolonie, wurde von den afrikanischen Befreiungsbewegungen nicht als potenzieller Partner betrachtet. Das Land wurde jedoch eines der Elemente der Verteidigungsstrategie Portugals innerhalb der Vereinten Nationen, das vor allem symbolischen Charakter hatte. Die Haltung Brasiliens in der Kolonialfrage orientierte sich allerdings vielmehr auf innenpolitische Ziele bzw. die Industrialisierung als auf das Selbstbestimmungsrecht der kolonisierten Völker. Außerdem konnte das Land lediglich als Nebenakteur im internationalen System kaum Einfluss auf die Verhandlungen zwischen den Kolonialmächten und den Kolonien ausüben. Langfristig aber hat die Haltung Brasiliens die Beziehungen zu den afrikanischen Staaten nach wie vor auf Distanz gehalten.

¹⁰³ Der Vietnamkrieg verlief von 1946 bis 1975.

¹⁰⁴ Der Unabhängigkeitskrieg in Algerien dauerte von 1954 bis 1962.

Von besonderem Gewicht in der Kolonialfrage war die Weltpolitik der Vereinigten Staaten und der UdSSR bzw. kommunistischer Länder wie z.B. der Volksrepublik China sowie Kuba. Diese Staaten spielten ebenfalls eine entscheidende Rolle in den Vereinten Nationen. Diese Entwicklung bzw. der Kalte Krieg hat die brasilianische und portugiesische Außenpolitik zunehmend ab den 1960er Jahren beeinflusst und ihre Haltung bestimmt. Lissabon und den Befreiungsbewegungen war bewusst, dass ihre Ziele nicht allein durch militärische Einsätze zu erreichen waren, sondern es waren stabile diplomatische Allianzen erforderlich, um ihre Anliegen geltend zu machen. Wenngleich Portugal weder eine wirtschaftliche noch militärische Macht war, so war doch seine geografische Lage und die seiner diversen Standorte seit Langem von entscheidender Bedeutung für militärische Einsätze im Atlantik, Westafrika und Europa. Es war diese Konstellation, dass z.B. die Inselgruppe Azoren Portugal einen ungeahnten Vorteil verschafft hat. Vor allem war die Azoren-Basis den britischen und US-amerikanischen Armeen während des Zweiten Weltkrieges sehr nützlich und seit 1949 in die NATO-Stützpunkte eingegliedert. Seine strategische Lage wurde ebenso während der Berliner Blockade (1948/1949) wie für die Truppeneinsätze der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo im Jahr 1960 als unentbehrlich bestätigt. Der salazaristischen Regierung war dieses bewusst und sie setzte noch während des Zweiten Weltkriegs als Benutzungsbedingung der Inselgruppe durch, dass seine Alliierten das gesamte portugiesische Territorium einschließlich der Überseegebiete anzuerkennen hatten (vgl. Maxwell, 2004, S. 3ff.). Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, die Unterstützung der NATO-Partner in der späteren Kolonialfrage zu haben.

Inzwischen war die brasilianische Regierung auch während der 1960er Jahre damit beschäftigt, ihre Politik sowohl gegenüber Portugal als auch Afrika neu zu formulieren. Die

Außenpolitik des südamerikanischen Staates war den Konfliktbeteiligten wichtig. Allerdings lagen die brasilianischen Außenbeziehungen zu Afrika seit mehreren Jahrzehnten auf Eis. Innenpolitische Interessen Brasiliens hatten zu einer neuen Haltung gegenüber Afrika geführt und Rio de Janeiro distanzierte sich etwas von der portugiesischen Kolonialpolitik. Nicht zuletzt suchten afrikanische Staatschefs den Dialog mit Brasilien. Im Jahr 1962 gründeten Ghana und Senegal Botschaften in Brasilien und im Jahr 1964 besuchte der senegalesische Präsident Léopold Senghor das Land (vgl. Saraiva, 2012, S. 18ff.). Der Zeitraum von 1961 bis 1975 war ein entscheidendes und strukturierendes Element der Beziehungen der PSS untereinander, indem die brasilianische und portugiesische Haltung gegenüber den noch portugiesischen Kolonien den politischen Dialog vermieden hat. Aus Mangel an Unterstützung der westlichen Staaten wurden die kommunistischen Länder zur Alternative für die Befreiungsbewegungen und wichtigsten Partnern in den portugiesischen Kolonialgebieten, die insbesondere in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ihre politische und militärische Unterstützung gewährleistet haben.

Ein zusätzliches Thema, das die brasilianische Regierung zunehmend beschäftigte und unmittelbar Verbindung zu dem afrikanischen Kontinent hatte, waren wirtschaftliche Interessen. Diese wurden seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 zum Mittelpunkt der Außenpolitik Brasiliens, da die Kolonialmächte inklusive Portugal eine verstärkt protektionistische Handelspolitik eingeführt haben. Durch den späteren Entkolonialisierungsprozess gewann die Debatte über die Regelung der internationalen Handelsströme an Bedeutung. Portugal und Brasilien gerieten in diesem Bereich immer stärker in Konflikte. Aus ökonomischer Betrachtung kann der gesamte portugiesischsprachige Raum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein riesiger

Agrarproduzent und -exporteur bezeichnet werden. Die portugiesischen Territorien in Afrika wurden nach und nach auch wichtige Agrarproduzenten. In diesem Zusammenhang waren sie zunehmend auf dem internationalen Agrarmarkt unmittelbar Konkurrenten. Der brasilianische Handel im Allgemeinen mit Afrika war unbedeutend, es war vielmehr die Konkurrenz afrikanischer Agrarprodukte auf dem europäischen Markt, die die brasilianische Regierung im Fokus hatte. Im Vordergrund standen mögliche Zollpräferenzen sowie Handels- und Investitionsvorteile für die neuen afrikanischen Staaten, die die Exporte brasilianischer Produkte einschränken und ausländische Investitionen erschweren könnten. Aus dieser Sicht gewann die Frage der Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien in Brasilien langsam neue Bedeutung (vgl. Saraiva, 1996, S. 37-42). Diese Sorge wurde durch die Verabschiedung der Römischen Verträge (1957) bestätigt, in dem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft den noch französischen und belgischen Kolonien und ehemaligen niederländischen und italienischen Überseegebieten Handels- und Investitionsvorteile einräumte.¹⁰⁵ Aus dieser Initiative entwickelte sich nach den Unabhängigkeiten verschiedener Länder das AKP-EU-Partnerschaftsabkommen¹⁰⁶, welches bis heute besteht und mit ehemaligen europäischen Kolonien ein Kooperationssystem geschaffen hat (vgl. Coquery-Vidrovitch, 1993, S. 301ff.).

¹⁰⁵ Der vierte Teil des Römischen Vertrages befasste sich mit der Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete. Das höchste Ziel war die Regelung des Handelsverkehrs sowie der gegenseitigen Investitionen.

¹⁰⁶ Das AKP-EU-Partnerschaftsabkommen besteht aus einer Reihe verschiedener Verträge, die regelmäßig erneut verhandelt werden. Sein Ursprung liegt in dem Römischen Vertrag, dann folgten die Yaoundé-Abkommen von 1963 und 1969 und die Lomé-Abkommen von 1975, 1980, 1985, 1995, 1990. Ab 1975 wird das Kooperationssystem AKP-Staaten genannt. Im Jahr 2000 wurde das Cotonou-Abkommen abgeschlossen, welches in den Jahren 2005 und 2010 nachverhandelt wurde. Dieses Abkommen ist bis 2020 in Kraft. Heute sind 79 Länder aus Afrika, Asien und der Karibik Mitglieder des AKP-EU-Systems. Auch die damaligen portugiesischen ehemaligen Kolonien sind dem System beigetreten. 1975 Guinea-Bissau, 1980 Kap Verde und São Tomé und Príncipe, 1985 Angola und Mosambik und 2005 Osttimor. Portugal ist seit 1986 Mitglied der Europäischen Union, ehemalige Europäische Gemeinschaft. Die wichtigste Finanzierungsquelle der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit den AKP-Staaten ist der Europäische Entwicklungsfonds (EEF). Für ausführliche Informationen sind die Webseiten der AKP-Staaten (Organisation of African Caribbean and Pacific States) und der Europäischen Union unter der Rubrik Entwicklung und Zusammenarbeit von Interesse.

Ein weiteres interessantes Merkmal des portugiesischen Kolonialkriegs ist die weltweit niedrige Aufmerksamkeit. Im Gegenteil zum Vietnamkrieg wurde darüber deutlich weniger berichtet, obwohl beide fast zeitgleich stattgefunden haben. Die militärische portugiesische Strategie war aber nicht weniger grausam. Das diktatorische System sowohl in Portugal als auch später in Brasilien war ursächlich dafür verantwortlich, dass die Presse kaum darüber berichten durfte. Dies wiederum hat dazu geführt, dass die internationale Gemeinschaft nur wenig über diesen Konflikt erfahren hat, wie der Autor Al Venter betont (vgl. Venter, 2013, S. 27). Infolgedessen sind die Geschehnisse und ihre Folgen bis heute innerhalb der PSS weitgehend unbekannt. Insgesamt waren die Auswirkungen dieser Kriege von so katastrophalen Dimensionen, dass sie sich nicht nur auf die einheimische Bevölkerung und deren politische und wirtschaftliche Entwicklung bezog, sondern auch auf die portugiesischen Ansiedler, auf das Militär und auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung innerhalb Portugals.

6.3 Der Mythos der Musterkolonie und ihrer Beziehung zu Portugiesisch-Afrika

Brasilien hat für die portugiesische Kolonialfrage nicht nur eine wichtige Rolle innerhalb der Vereinten Nationen gespielt, sondern seine kulturelle und soziale Entwicklung war Teil der offiziellen Strategie Portugals, um die Kolonialaufgabe zu begründen. Es ging um die weitere Verbreitung eines Mythos. Dieser basierte auf der Anpassungsfähigkeit der Portugiesen an die Kolonisierten sowie die Vermischung mit den Einheimischen. Um dieses Bild zu festigen, wurde Brasilien als Musterkolonie dargestellt, wo es Konflikte zwischen indianisch-, europäisch- und afrikanischstämmigen Brazilianern angeblich nicht gab. Da die Behandlung und der Schutz der kolonisierten Völker sowie die Achtung ihrer Kultur Kern des Artikels 73

der Charta der Vereinten Nationen war und in Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht stand, beabsichtigte Lissabon, die Erfüllung dieses Zieles zu beweisen. Tatsache ist, dass es in Brasilien offiziell nach der Abschaffung der Sklaverei weder benachteiligende gesetzliche Regelungen gegen Afrikanischstämmige noch öffentlich dokumentierte Konflikte zwischen den Einwohnern aufgrund der Hautfarbe gab. Brasilien ist bis heute weltweit dafür bekannt, dass es als befreit von allen Vorurteilen zwischen seinen Mitbürgern gilt. Dazu haben verschiedene Publikationen beigetragen und diese hatte das salazaristische System als Teile seiner Rechtfertigungen genutzt.

Eine deutliche Unterscheidung der Art und Weise der Kolonisierung Portugals im Vergleich zu der Vorgehensweise anderer europäischer Staaten war wichtig, um das Recht auf die afrikanischen und auch asiatischen Territorien zu begründen. Das Hauptargument war vor allem immer wieder die Kolonisierung Brasiliens, die im Ergebnis als eine erfolgreiche Kolonie dargestellt wurde. Zu dieser Behauptung hat das Werk „Herrenhaus und Sklavenhütte“¹⁰⁷ (*Casa Grande e Senzala*) des brasilianischen Soziologen und Anthropologen Gilberto Freyre entscheidend beigetragen. Sein zitiertes Buch wurde im Jahr 1933 veröffentlicht und der Gegenstand seiner Forschung war die soziale Formation der brasilianischen Bevölkerung und letztendlich der Gesellschaft. Ausgangspunkt einer Grundsatzdebatte war die Frage über die Unterentwicklung Brasiliens. Bedeutende brasilianische Intellektuelle des 19. und 20. Jahrhunderts wie z.B. Nina Rodrigues und Oliveira Vianna verwiesen auf die Mischung bzw. die Mulatos und die große afrikanische Abstammung der brasilianischen Bevölkerung als einen der Gründe der Unterentwicklung. Sie waren Befürworter der eugenetischen Theorie

¹⁰⁷ Der originale Titel des Buches auf Portugiesisch ist: „Casa-grande & senzala: formação da família brasileira sob o regime da economia patriarcal.“

bzw. Rassentheorie des Franzosen Arthur Gobineau¹⁰⁸. Bis zu den 1930er Jahren genoss diese Theorie großes Ansehen und Zustimmung in Brasilien. Erst nach den Publikationen von Gilberto Freyre wurde die Rassentheorie im Land infrage gestellt. Nach seiner Analyse und seinen Ergebnissen leben alle angesiedelten Völker – Europäer, Indianer und Afrikaner - in Brasilien harmonisch miteinander und alle haben gleichermaßen dazu beigetragen. Hauptargument dafür sei, dass die portugiesischen Kolonisatoren bestimmte Anpassungsfähigkeiten besäßen, die dazu führten, dass die Einwohner Brasiliens ein ausgeprägtes Zusammenhörigkeitsgefühl entwickelt haben und unter keinen rassistischen Konflikten leiden. Dies würde Portugal von allen anderen europäischen Kolonialmächten unterscheiden und erklären, warum Brasilien eine Gesellschaft frei von Rassendiskriminierung ist. Die These von Freyre war erfrischend und wurde allmählich in verschiedenen Publikationen weiter entwickelt und wurde in den 1950er Jahren als *Lusotropicalismus* bekannt. Seine Argumente wurden zunehmend in Brasilien sehr umstritten debattiert und seine Bücher leisten bis heute sowohl in Brasilien als auch in Portugal einen wichtigen Beitrag, um ihre gemeinsame Geschichte zu analysieren.

Das Werk von Freyre hat sich zunächst auf die portugiesische Kolonisierung Brasiliens beschränkt und erst später beschäftigte er sich auch mit den afrikanischen und asiatischen Überseegebieten Portugals. Er entwickelte eine durchaus nachvollziehbare theoretische Erklärung für die soziale Entwicklung in den portugiesischen Überseegebieten. Diese stellte die Präsenz der Portugiesen sowie ihre Mischungsbereitschaft mit den kolonisierten Völkern erstmals positiv dar. Damit wurde die Völkermischung, die während des 19. und Anfang des

¹⁰⁸ Französischer Diplomat in Brasilien zwischen 1869 bis 1870.

20. Jahrhunderts verurteilt wurde, rehabilitiert und als eine Art Befriedung des Zusammenlebens der Völker betrachtet. Es ist in diesem Kontext zu sehen, dass die portugiesische Regierung in den 1960er Jahren die Freyre-These gegenüber den Kritikern des Kolonialismus intensiv benutzt hat, um ihre Präsenz besonders in Afrika zu rechtfertigen. Gilberto Freyre selbst wurde von dem salazaristischen Regime gefördert und seine These wurde in den Universitäten und diplomatischen Institutionen Portugals stark verbreitet. Der Autor selbst hat sich intensiv in der Debatte über die Haltung Brasiliens bezüglich Portugals und des Selbstbestimmungsrechtes für die afrikanische Bevölkerung engagiert. Seine Ansicht hatte einen bestimmten Einfluss auf die brasilianische Außenpolitik, die aber zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Intellektuellen und Diplomaten geführt hat. Eine weitere Folge seiner These war die zunehmende Diskussion über die Kolonialgeschichte Brasiliens sowie seiner Bindung zu Afrika, die sich langfristig auf die Afrikapolitik des Landes ausgewirkt hat (vgl. Guillen, 2007, S. 51-74 und 89 – 111).

Im Zusammenhang mit der Kolonialgeschichte ist wichtig zu beachten, dass die Kolonialisierungen Brasiliens und Afrikas nicht gleichzeitig stattgefunden haben. Die effektive europäische Präsenz in Afrika war ein Phänomen des 19. Jahrhunderts, das sich besonders nach der Afrika-Konferenz (1884/1885) intensiviert und im 20. Jahrhundert konsolidiert hat. Im Falle Portugals wurde die partielle Herrschaft über afrikanische Völker, ihre Territorien und die Einführung eines Verwaltungsapparates erst nach dem Ersten Weltkrieg möglich, was vor allem unter dem salazaristischen Regime verwirklicht wurde. Es bedeutet eine Spätkolonialisierung, die unter völlig anderen Bedingungen als in Brasilien stattgefunden hat. Im Vordergrund stand für die portugiesische Regierung die Bedeutung der Kolonien nicht nur

als wirtschaftliche Hauptsäule des Landes, sondern sie waren die wesentlichen Gewichte Portugals auf internationaler Bühne (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 294).

Wenn offiziell Portugal und seine Überseeprovinzen ab 1933 als ein Ganzes betrachtet werden sollten, wie sich dies die portugiesische Regierung wünschte, zeigte sich aber die Realität völlig anders. Sowohl das Mutterland als auch die überseeischen Gebiete haben jeweils eine ganz spezifische Entwicklung erfahren, die aufgrund verschiedener Bedingungen wie z.B. geografischer, wirtschaftlicher sowie sozialer zu erklären ist. Dies führte dazu, dass die Verwaltungen Portugals und der Kolonien in der Praxis jeweils autonom stattfanden. Dazu muss das Augenmerk darauf gerichtet werden, dass die portugiesische Präsenz und die kulturellen Einflüsse in Afrika und Asien nie eine so beherrschende Stelle wie in Brasilien erreicht haben. Eine Ausnahme bildet eventuell Kap Verde. Die Kolonialgeschichte Portugals in Afrika lässt sich anders erklären als die in Brasilien. In den besetzten Regionen Afrikas konnte sich Portugal militärisch teilweise zwar durchsetzen, aber dort waren bereits etablierte Völker, die über ihre eigene Sprache, politische Organisationen, soziale Traditionen usw. verfügten. Vor allem aber waren die Widerstände gegen die portugiesische Präsenz seit dem 19. Jahrhundert konstant und während des 20. Jahrhunderts wurden sie zu organisierten politischen und bewaffneten Bewegungen. Dies war in Brasilien nicht der Fall, da die indianischen Völker militärisch deutlich unterlegen waren. Hinzu kam, dass die Afrikaner bzw. die Sklaven in Brasilien keine Chance hatten, sich als Gruppe langfristig zu wehren. Sie waren entwurzelt und sozial sowie wirtschaftlich völlig unterworfen.

Allein die von Portugal praktizierte Zwangsarbeit in den afrikanischen Kolonien stellte die These der Anpassungsfähigkeit infrage. In Afrika war im Unterschied zu Brasilien die klassische Sklaverei nicht mehr möglich. Die Zwangsarbeit war nicht mehr als eine Variante der Sklaverei.

Die Rechte sowie die sozialen Perspektiven der Einheimischen waren sehr eingeschränkt. Diese Tatsache konnte Portugal in den Vereinten Nationen nicht widerlegen und der Mythos einer anderen Kolonisierungsart hat sich nicht bestätigt. Zunehmend war Portugal nicht nur in der Welt isoliert, auch im Land verlor die Regierung an Halt und Akzeptanz.

7 Wendezeit in den PSS

Innenpolitisch waren die 1960er Jahre zunehmend turbulent in allen PSS. Die Kolonialkriege in Afrika bestimmten zunehmend das politische Geschehen in Portugal und den Dialog mit Brasilien. Auf Dauer war eine Lösung der Konflikte nicht in Sicht. Weder die portugiesische Armee noch die Unabhängigkeitsbewegungen waren in der Lage, sich militärisch ausschlaggebend durchzusetzen. Die Auseinandersetzungen zwischen Lissabon und den Überseeterritorien haben im Laufe der Jahre eigene Dynamiken gewonnen. In den Kolonien waren nicht nur die Unabhängigkeitsbewegungen aktiv, sondern auch die europäischen Siedler erwarteten von Lissabon jegliche Art von Unterstützung. Dagegen reduzierte sich allmählich das Verständnis der Bevölkerung im Mutterland für die Kolonialkriege. Die Krise betraf aber nicht nur innere Problematiken, sondern die Kolonialfrage stand auch im Mittelpunkt der Außenpolitik Portugals. Trotz internationaler Appelle und der Vermittlung der Vereinten Nationen wurden die Auseinandersetzungen nicht entschärft. In den afrikanischen Kolonien waren mehrere Interessengruppen in den Konflikten engagiert, die oft unvereinbare Ziele sowie verfeindete ideologische Einstellungen hatten. Dazu spielte die politische Entwicklung Afrikas seit den 1960er Jahren eine entscheidende Rolle, die mit Druckmitteln afrikanische Interessen auf internationaler Ebene vertraten. Die portugiesische Kolonialpolitik geriet zunehmend in eine Sackgasse.

Das salazaristische System verteidigte nach wie vor beharrlich das Recht auf die Überseegebiete. Dafür spielte der Mythos einer multiethnischen und toleranten Gesellschaft eine wichtige Rolle und rechtfertigte damit seine Politik, wofür Lissabon mit allen Mitteln kämpfte. Die politischen und wirtschaftlichen Reformen der 1960er Jahre zugunsten der Kolonien waren nicht in der Lage, die Aktivitäten der Unabhängigkeitsbewegungen zu

unterminieren. Die Kluft zwischen Mutterland und Kolonien war unüberwindbar. Es gab fast gar nichts, was Portugiesen und Einheimische verband. Die Abspaltung von den afrikanischen Überseegebieten wurde zu einer Frage der Zeit. Die Reaktion Lissabons war trotz dieser Erkenntnis weiterhin die Verstärkung der Unterdrückungspolitik. Die Ausweglosigkeit dieser Situation wollten Salazar und seine Regierung nicht wahrhaben, allerdings waren sich einige Mitglieder mit Schlüsselpositionen in diversen portugiesischen Institutionen sehr im Klaren darüber. Vor allem war es dem Militär zunehmend bewusst, dass die Anwendung von Gewalt weder die Unabhängigkeitsorganisationen zum Frieden bewegen noch die Unterstützung der Einheimischen gewinnen könnte. Diese Erkenntnis führte allmählich zu oppositionellen Bewegungen innerhalb der Armee und war entscheidend sowohl für den Verlauf der Kriege in Afrika als auch für das Ende des salazaristischen Systems.

Nicht zu unterschätzen war die Position der Alliierten Portugals wie z.B. der britischen und französischen Regierungen bezüglich Afrika, wo sich sowohl ihre Kolonialpräsenz als auch ihr Einfluss zum Ende der 1960er Jahre drastisch reduzierten. Auch die Einstellung Brasiliens hinsichtlich der Beziehung mit Portugal und der Kolonialfrage hat sich zu Beginn der 1970er Jahre dramatisch verändert. Wenngleich Brasilia die afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen aus unterschiedlichen Gründen nicht unterstützt hat, plädierte das Land für eine friedliche Lösung der Kolonialkonflikte. Dies geschah unter der Konsolidierung der Neuorientierung der brasilianischen Außenpolitik. Während die portugiesische Präsenz in Afrika immer weniger Befürworter innerhalb der internationalen Gemeinschaft fand, gewann das Selbstbestimmungsrecht für die letzten portugiesischen Kolonien immer mehr an Zuspruch. Trotz dieser Entwicklung bleibt festzustellen, dass die internationale Gemeinschaft unfähig war, Lissabon an einen Verhandlungstisch zu bewegen.

Dies verdeutlicht auch, dass das salazaristische System nach wie vor inoffizielle mächtige Unterstützer hatte, denn die Lieferung militärischer Ausrüstung lief ungebremst weiter.

Unerwartete Ereignisse haben letztendlich neue Richtungen bezüglich des innenpolitischen Schicksals Portugals mit sich gebracht. Mit der Erkrankung des Diktators Salazar im Jahr 1968 gewann die politische Lage neuen Aufschwung. Schnell aber wurden die Erwartungen zunichte gemacht. Weder der *Estado Novo* noch die Kolonialkriege waren zu Ende. Die neue Regierung verteidigte nach wie vor die Einheit Portugals, wodurch die Lage aussichtslos blieb. Erst im Jahr 1974 fand das Salazar-Regime sein Ende, als ein Militäraufstand die Macht übernahm. Es war die Nelkenrevolution (*Revolução dos Cravos*), die tiefgreifende Veränderungen für Portugal und die Kolonien in blitzschneller Zeit erzeugte. 1974 war gleichzeitig das Ende der portugiesischen Diktatur und der Anfang einer neuen politischen Richtung, die aber instabil und ungewiss war. Die spätere Konsolidierung der portugiesischen Demokratie war der Anfang einer politischen Richtungsänderung zuerst in Brasilien und später in den PALOP, die sich über dreißig Jahre verteilt hat. Die Nelkenrevolution gilt als der Anstoß für die weltweite dritte Demokratisierungswelle, wie Samuel Huntington behauptet, und sich auf die anderen PSS ausgeweitet hat.

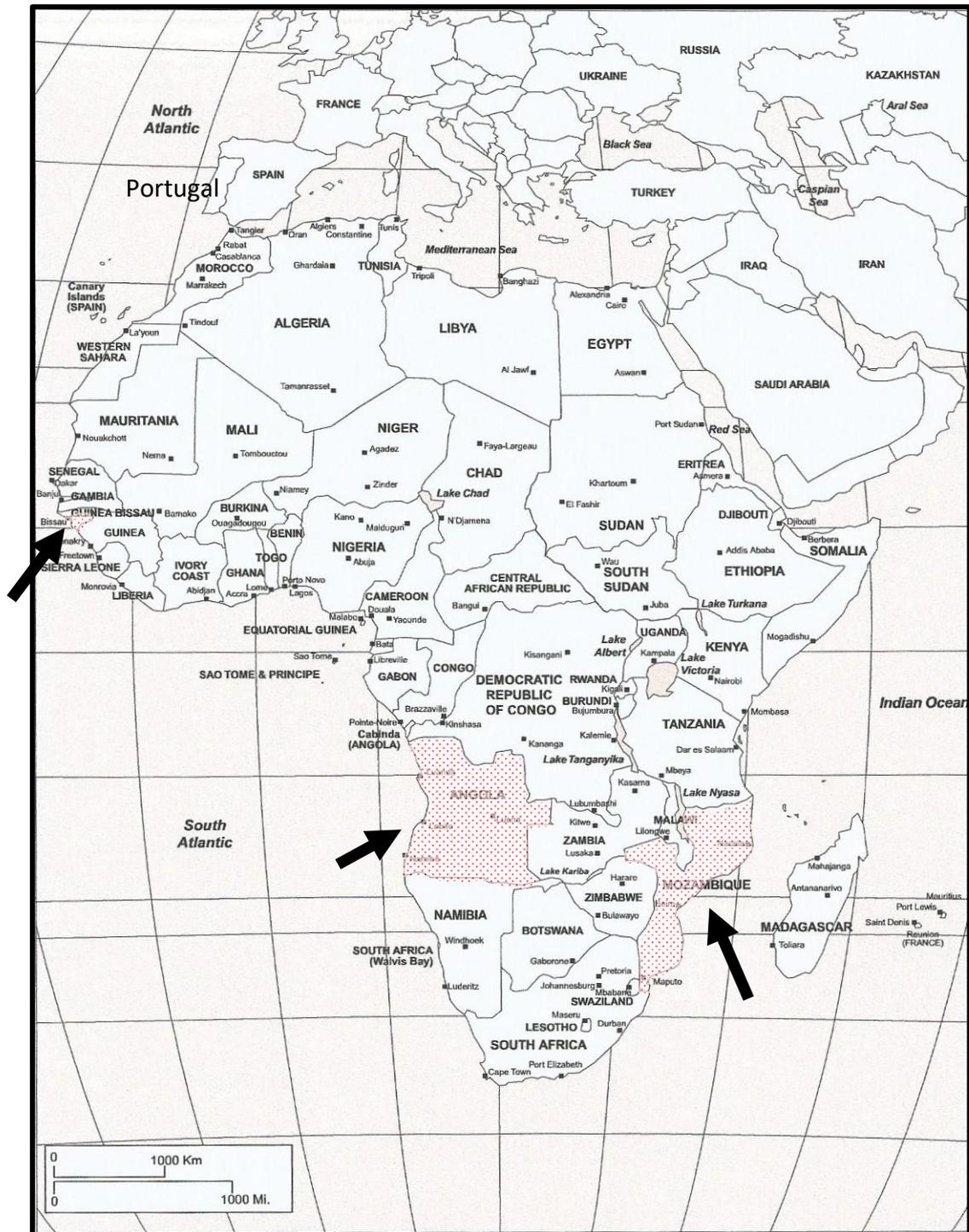
Die Kolonialkriege hatten auch eine besondere und dauerhafte Bedeutung für die Beziehungen der PSS untereinander. Die Unabhängigkeitsbewegungen fanden bis 1974 in der Regierung Brasiliens keinen Partner. Vor allem kommunistische Staaten wurden zu wichtigsten Alliierten und haben zunehmend an politischem Einfluss auf die Unabhängigkeitsbewegungen seit den 1960er Jahren gewonnen. Eine weitere kriegsbedingte Folge war die Flucht der europäischen Siedler insbesondere aus Angola und Mosambik, was sich teilweise negativ ausgewirkt hat. Nach der Unabhängigkeit aller portugiesischen

Überseegebiete in Afrika waren nicht nur sie herausgefordert, die staatlichen Strukturen neu zu ordnen und wiederaufzubauen, sondern Brasilien und Portugal mussten ihre Haltung gegenüber den PALOP überdenken.

7.1 Aussichtlose kriegerische Jahre

Die Beziehungen Portugals zu den afrikanischen Überseegebieten bzw. den Unabhängigkeitsbewegungen haben sich während der 1960er Jahre zunehmend verschlechtert und bis zum Anfang der 1970er Jahre wurden bewaffnete Konflikte in drei der fünf Kolonien geführt. Diese fanden je nach Überseegebiet zu unterschiedlichen Zeiten und Intensitäten statt und entwickelten sich unabhängig voneinander. Trotz einiger Gemeinsamkeiten zeigten die portugiesischen Kolonialkriege keinen einheitlichen Verlauf. Dabei haben verschiedene Merkmale eine Rolle gespielt, wie z.B. die Zerstreuung der Territorien auf dem afrikanischen Kontinent, die sehr unterschiedliche Anzahl von europäischen Ansiedlern, spezifische wirtschaftliche Interessen sowie geografische Bedingungen. Die militärischen Herausforderungen Portugals waren dadurch bestimmt und bedeuteten, dass spezifische Strategien je nach Territorium entwickelt werden mussten. Diese Tatsache allein verschaffte den portugiesischen Kolonialkriegen ein sehr kompliziertes Bild. Die Karte 7.1.A zeigt die riesigen Entfernungen der Kolonien voneinander, ihre Nachbarländer sowie ihre Flächen, was für die militärischen Einsätze von wesentlicher Bedeutung war. Die Herausforderungen für die portugiesische Armee waren allerdings ein Vorteil für die einheimischen Unabhängigkeitskämpfer, da sich diese mit den lokalen Bedingungen bestens auskannten.

Karte 7.1.A Portugiesische Kolonialgebiete auf dem afrikanischen Festland



Quelle: United Nations Geospatial Information Section, kein Datum.



Portugiesische Kolonien in Afrika, in denen bewaffnete Konflikte stattfanden.

Die portugiesischen Kolonialkriege können nicht ohne ihre regionalen Dimensionen verstanden werden. Hauptsächlich gab es zwei Fronten. Eine für und eine gegen die Unabhängigkeit. Vor allem haben die neu gegründeten afrikanischen Staaten die Unabhängigkeitsbewegungen mit aller Kraft unterstützt. Die Nachbarländer Angolas, Mosambiks und Guinea-Bissaus haben den Unabhängigkeitsorganisationen in unterschiedlicher Weise dezidiert geholfen. Lissabon fand vor allem in Südafrika und Rhodesien¹⁰⁹ Alliierte. Zudem waren die westlichen Länder, angeführt von den USA, über den zunehmenden Einfluss kommunistischer Ideologien in den portugiesischen Kolonien besorgt. Diese Entwicklung prägte viele afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen und wurde allmählich zu einer der zentralen Sorgen der westlichen Länder. Geschickt hat Lissabon dieses Thema ausgenutzt, um Unterstützung auf internationaler Ebene zu gewinnen.

Einer der wichtigsten Vorteile der Unabhängigkeitsorganisationen war die Unterstützung durch einen Großteil der einheimischen Bevölkerung. Allerdings fehlten ihnen die finanziellen Mittel, um die Organisationen zu unterhalten und zu bewaffnen. Als Folge davon konnten sie letztendlich nur Guerillakriege führen und waren damit lediglich punktuell erfolgreich. Trotz der gewaltigen militärischen Überlegenheit Portugals hat das Land allmählich die Kontrolle über Teile der Territorien auf dem Festland verloren. Langfristig war keine der kriegesischen Parteien in der Lage, einen entscheidenden Sieg zu erringen (vgl. Newitt, 2009, S. 195). Die portugiesische Regierung saß in der Klemme, eine politische Lösung der Krise war unter

¹⁰⁹ Seit 1980 heißt Rhodesien Simbabwe. Ab 1923 hieß das Land Südrhodesien. Von 1953 bis 1963 gehörte Südrhodesien, Njassaland (heute Malawi) und Nordrhodesien zur Zentralafrikanischen Föderation (Federation of Rhodesia and Nyasaland), die britische Kolonien waren.

Salazar allerdings nicht denkbar. Der Kampf wurde zu aussichtslosen bewaffneten Konflikten, die zu immensen menschlichen und finanziellen Verlusten führten.

Die Interessen Portugals konzentrierten sich vor allem auf Angola und Mosambik, während Guinea-Bissau eine untergeordnete Rolle spielte. Dies ließ sich durch die bedeutenden portugiesischen Gemeinden sowie die tief verankerten wirtschaftlichen Interessen in beiden Kolonien begründen. Vor allem in Angola war diese Gemeinde am intensivsten verwurzelt, wo sie nicht nur bedeutende Investitionen hatte, sondern sie übte ihren kulturellen Einfluss in manchen Städten seit über einem Jahrhundert aus. Das westafrikanische Territorium war im 20. Jahrhundert das wirtschaftliche Herz des portugiesischen Kolonialreichs. In Angola hat sich der Konflikt zugespitzt, da im Vergleich zu allen anderen Territorien die politische Entwicklung dort besonders besorgniserregend war. Die Unabhängigkeitsorganisationen waren zersplittert und bekämpften sich mittlerweile gegenseitig. Nicht nur ihre ideologischen Prägungen unterschieden sich, sondern auch die Frage der Vertretung der verschiedenen Völker Angolas spielte eine wichtige Rolle. Die Karte 7.1.B zeigt, wo die vier wichtigsten Unabhängigkeitsorganisationen agierten.

Migranten war deutlicher eingeschränkt. Im Gegenteil zu Angola haben sich die Unabhängigkeitsbewegungen um die FRELIMO versammelt. Vor allem im Norden und Westen der Kolonie hatten die Portugiesen damit zu kämpfen, dass die Unabhängigkeitsbewegung aus Tansania und dem damaligen Nordrhodesien, heute Sambia, dort agieren durfte. In dem südafrikanischen Überseegebiet wurden bedeutende Investitionen getätigt. Der Baubeginn des Staudamms Cahora Bassa¹¹⁰ im Jahr 1969 gehörte zu der wichtigsten politischen Entscheidung Lissabons. Dies war ein deutliches Signal dafür, dass die portugiesische Regierung zu diesem Zeitpunkt davon überzeugt war, dass das mosambikanische Territorium unter Kontrolle war und eine politische Abspaltung nicht mehr möglich wäre. Auch in Nordwestafrika, genauer gesagt am Golf von Guinea, bekämpfte Portugal die Unabhängigkeitsbestrebung. Allerdings waren in dieser Region der portugiesische Einfluss und die wirtschaftlichen Interessen sehr gering. Im Gegensatz zu Angola und Mosambik gab es keine nennenswerten staatlichen Investitionen und in Guinea-Bissau gab es lediglich eine winzige portugiesische Gemeinde. Auch die geografischen Bedingungen waren in der Region besonders schwierig, da große Teile des Territoriums aus Sumpfland bestanden (vgl. Venter, 2013, S. 235f.). Letztendlich konnte dort die PAIGG aus Guinea-Conakry agieren, während die Portugiesen in der Region keine Alliierten hatten. Das kleinste portugiesische Kolonialterritorium auf dem Kontinent führte, geleitet von dem PAIGG, einen sehr erfolgreichen Kampf gegen die portugiesische Armee. Erstaunlich und noch erwähnenswert ist, dass trotz der Kriege die Wirtschaft Angolas und Mosambiks in dem Zeitraum von 1963 bis 1973 um jährlich 7% wuchs (vgl. Bernecker & Pietschmann, 2014, S.

¹¹⁰ Der Staudamm Cahora Bassa befindet sich in der mosambikanischen Provinz Tete und am Fluss Sambesi. Siehe Hidroeléctrica de Cahora Bassa, kein Datum.

Kap. 10). Dies war das Ergebnis intensiver Investitionen des Mutterlandes, mit dem Ziel, die Unterstützung der lokalen Bevölkerung gegen die politische Unabhängigkeit zu gewinnen.

Bis zum Ende der 1960er Jahre rückte die Kolonialkrise immer mehr in den innenpolitischen Mittelpunkt Portugals. Von ihrer Lösung hing die Zukunft Portugals und der afrikanischen Kolonien ab. In dieser schweren politischen Zeit erweckte das Jahr 1968 neue Horizonte, da der Diktator Salazar erkrankte und infolgedessen regierungsunfähig wurde. Die politische Lage war unklar und ein Nachfolger war noch nicht bestimmt. Zu dieser Zeit war der Diktator bereits 79 Jahre alt und seine Regierungszeit betrug schon 36 Jahre. In diesem Kontext war das Ende seiner Amtszeit zu erwarten, was aber nicht thematisiert wurde. Im Zuge seiner Erkrankung musste überraschend die innenpolitische Erneuerung vorgezogen werden. Designierter Ministerpräsident und Nachfolger wurde Marcello Caetano¹¹¹.

Man erwartete die Demokratisierung des Landes, aber schnell wurde klar, dass der *Estado Novo* unter dem neuen Ministerpräsidenten weiter bestehen würde. Marcello Caetano zeigte sich am Anfang seiner Amtszeit etwas toleranter gegenüber der Opposition. Besonders zu zitieren ist die vorübergehende Machtreduzierung der PIDE (Polizei zur Überwachung und zur Verteidigung des Staates), die aber rasch ihre alte Bedeutung wiedererlangte. Die Diktatur war nicht zu Ende, aber die Opposition hat die Chance ergriffen und ihren Einfluss geltend gemacht. Nicht nur politische Organisationen strebten den Sturz Marcello Caetanos an, auch die katholische Kirche distanzierte sich von der Regierung. Der Unmut hat sich auch allmählich

¹¹¹ Marcello José das Neves Caetano (Lissabon, 1906 – Rio de Janeiro, 1980) war von Beruf Jurist. Als Juraprofessor an der Universität von Lissabon hat er über die Entwicklung des Rechtssystems in Portugal geforscht, worüber er mehrere Publikationen veröffentlicht hat. Sein politisches Engagement fing im Jahr 1926 an. Er hat das salazaristische System seit seiner Entstehung unterstützt und übte verschiedene Schlüsselpositionen in der Regierung Salazars aus.

innerhalb des Militärs ausgebreitet und sich langsam zum oppositionellen Flügel entwickelt. Gründe dafür waren die Kampfbedingungen in Afrika und später die neuen Regelungen bezüglich der Karriereperspektiven. Die Regierung sah sich Anfang der 1970er Jahre aufgrund mangelnden Nachwuchses gezwungen, die Offizierskarrieren für Studenten und junge Akademiker zu vereinfachen. Dieser Schritt hat die Berufsoffiziere mobilisiert, die gegen diese Entscheidung waren und führte teilweise zum Unterstützungsverlust der Regierung innerhalb des hochrangigen Militärs. Zudem waren die Milizoffiziere, wie die neu engagierten Militärs genannt wurden, sehr kritisch hinsichtlich des Verlaufes der Kolonialkriege (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 300f.). Die Unzufriedenheit des etablierten Militärs in Zusammenhang mit der kritischen Sicht der Neurekrutierten hinsichtlich der Kolonialkriege wurde später zum Politikum.

Der Kampf um die Herrschaft über die afrikanischen Territorien wurde auch auf internationaler Ebene weitergeführt. Die internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union sowie die NATO waren die Hauptbühne. Auch andere Institutionen waren in die Dialoge eingebunden, wie beispielsweise der Vatikan. Am Anfang der 1970er Jahre war Portugal in der Kolonialfrage völlig isoliert auf der internationalen Ebene, währenddessen gewann das Selbstbestimmungsrecht für alle kolonisierten Völker weiter zunehmend an Befürwortern. Die Katholische Kirche setzte ein deutliches Signal, als Papst Paul VI. die Vertreter der Befreiungsbewegungen FRELIMO, MPLA und PAIGC im Jahr 1970 empfing, wodurch sich Lissabon von der Machtzentrale der Katholischen Kirche brüskiert fühlte (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 299). Dieses Ereignis verdeutlichte die Isolierung Portugals, insbesondere da das Land traditionell enge Beziehungen zum Vatikan unterhielt. Trotz dieser negativen Entwicklung war der Druck der internationalen Gemeinschaft bis dahin

nicht in der Lage, Einfluss auf Marcello Caetano auszuüben, um einen neuen Kurs in der Kolonialfrage einzuschlagen.

Die Kolonialfrage wurde letztendlich zur tiefen innenpolitischen Krise, die die Regierung Caetanos prägte. Lissabon war herausgefordert, gegenüber seinen Bürgern die Kriege in den Kolonien zu rechtfertigen, in der immer mehr portugiesische und afrikanische Soldaten eingesetzt wurden. Wie immer sind bewaffnete Konflikte mit erheblichen Kosten und unterschiedlichen Interessen verbunden, die ihren Verlauf entscheidend mitbestimmen. Langfristig musste sich der portugiesische Staat stark verschulden, um die militärischen Ausgaben zu finanzieren. Dieser Schuldenberg erreichte schließlich 40% des Staatshaushalts (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 300). Die massenhafte Rekrutierung von Soldaten wurde zur Priorität, allerdings mangelte es an Rekruten, da viele junge Portugiesen ins Ausland flohen. Die Auswanderung der Portugiesen war schon seit Langem ein konstantes Phänomen und die Kolonialkriege wurden zusätzlich zu einem neuen Faktor. Im Jahr 1961 waren insgesamt zirka 40.000 Soldaten in den drei Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent stationiert. Die absolute Mehrheit der Soldaten waren Portugiesen aus dem Mutterland und nur etwa 9000 Portugiesen und einheimische Afrikaner kamen aus den Kolonien. Daten aus dem Jahr 1973 belegen, dass die Anzahl der Soldaten auf mehr als 80.000 anstieg. Ein umgekehrtes Bild entstand, denn nunmehr kam ein bedeutender Teil der Rekruten aus den Kolonien (vgl. Venter, 2013, S. 442f.). Die drastische Zunahme von Truppen in Afrika ist ein Beweis für den geführten intensiven Kampf Portugals. Diese Entwicklung, die enorme Verschuldung und deren Folgen im Mutterland sowie die Aussichtslosigkeit der Kriege wurden der Regierung zum Verhängnis.

Die Politik Portugals bezüglich der Überseeterritorien fand im Inland kaum mehr Unterstützung. Dies führte zum Dissens, vor allem innerhalb der Armee. Diese Institution war neben der PIDE zweifellos eine der Säulen des salazaristischen Systems, das seine Existenz geduldet und ermöglicht hat. Die Konflikte in und um Afrika rüttelten allerdings die gesamte portugiesische Gesellschaft auf und haben die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung im Mutterland bestimmt. In Portugal selbst fanden die Afrikaner seitens der linksgerichteten Bewegungen ausdrücklich Unterstützung. Die portugiesische kommunistische Partei war die am besten strukturierte politische Organisation, die in der Lage war, sowohl in Portugal als auch im Ausland zu agieren (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 59f.). Später spielte auch die sozialistische Bewegung eine wichtige Rolle, und anfangs der 1970er Jahre waren beide die führende politische Opposition in Portugal.

Die portugiesische Zivilgesellschaft war mehrheitlich zwar für einen politischen Kurswechsel, aber sie war nicht in der Lage, dies durchzusetzen. Wie in den 1920er Jahren spielten die Militärs wieder die zentrale Rolle und bestimmten als erste Kraft die politische Richtung Portugals. Prominenteste militärische Figur war der Veteran General Spínola, der die Politik Lissabons besonders in der Kolonialfrage öffentlich kritisierte. Im Jahr 1974 veröffentlichte der General das Buch „Portugal e o futuro“, in welchem er nicht nur die Kolonialkriege als sinnlos darstellte, sondern auch einen politischen Zusammenschluss Portugals mit den afrikanischen Territorien vorschlug. Es war der erste offizielle Bruch seitens eines führenden Militärangehörigen mit dem salazaristischen System. Parallel dazu und unabhängig voneinander ist die Bewegung der Streitkräfte (Movimentos das Forças Armadas/MFA) entstanden und damit erreichte die innenpolitische Krise ihren Höhepunkt. General Spínola war zwar nicht einer der Gründer der Bewegung, aber er hat aktiv dazu beigetragen, dass das

salazaristische System beendet wurde (vgl. Peixoto, 2009, S. 133f.). Damit konvergierten die Ideen des Generals und der Bewegung der Streitkräfte, indem sie einen neuen politischen Weg beabsichtigten.

7.2 Ungewisse Zeiten

Am 25. April¹¹² 1974 fand die Nelkenrevolution – Revolução dos Cravos – in Portugal statt, deren Name auf die Blume zurückzuführen ist.¹¹³ Das Geschehen ist als Revolution in die Geschichte eingegangen, aber es ging zuerst um einen Aufstand von Teilen der Armee gegen die Regierung, der rasch triumphierte. Die Bewegung fand große Zustimmung innerhalb der portugiesischen Bevölkerung, was einfach die Stimmungslage im Inland widerspiegelte. Die Bewegung wurde eindeutig von sozialistischen und kommunistischen Gedanken geprägt, da deren Führer¹¹⁴ aus diesem politischen Lager stammten. Diese zwei Gruppen waren die am stärksten gegen das salazaristische System ankämpfenden und genossen ein positives Ansehen innerhalb der Bevölkerung. Dies bedeutete aber nicht, dass die Bewegung der Streitkräfte tendenziell ideologisch homogen war. Unproblematisch wurde das neue Regime von Drittstaaten ziemlich schnell anerkannt und Brasilien war der erste, der dies tat (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 323).

¹¹² Aufgrund der Nelkenrevolution feiern die Portugiesen am 25. April den Tag der Freiheit. Siehe Radio e Televisão de Portugal (RTP), kein Datum.

¹¹³ Kurz nach Mitternacht am 25. April 1974 spielte der katholische Radiosender Renascença das Lied „Grandola, vila morena“, das unter dem Estado Novo verboten war. Es handelt sich im Liedtext um Brüderlichkeit, Gleichheit und das Recht der Bevölkerung seinen Willen zu äußern bzw. Demokratie. Mit dem Spielen des Liedes haben die militärischen Einheiten, die sich zum MFA zusammengeschlossen haben, ihre Operation gegen das diktatorische Regime begonnen.

¹¹⁴ Drei der wichtigsten führenden Mitglieder der Bewegung der Streitkräfte waren: Melo Antunes, Otelo Saraiva de Carvalho und Vasco Gonçalves. Sie hatten Verbindungen entweder zur sozialistischen oder kommunistischen Gruppierung. Siehe vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 303.

Die Nelkenrevolution bedeutete gleichzeitig das Ende der salazaristischen Diktatur, den Anfang der Einführung der modernen Demokratie in Portugal sowie das Ende der Kolonialkriege. Es ist unter diesem Blickwinkel zu sehen, dass die militärische Bewegung die politische Entwicklung Portugals revolutionierte. Die Streitkräfte führten zwar die politischen Geschäfte, aber sie stellten sich als eine Übergangsregierung dar, was deutlich aus ihrem Programm hervorging. Dies wiederum spiegelte sich durch die Mitglieder der provisorischen Regierung wider, die nicht nur aus Militärangehörigen bestanden, sondern sie stammten aus verschiedenen ideologischen Richtungen. Die innenpolitische Lage Portugals war allerdings nach wie vor unklar, der Machtwechsel markierte den Anfang einer ungewissen Zeit. Das Programm der Bewegung der Streitkräfte war sehr allgemein gehalten und sein höchstes Ziel war die Demokratisierung des Landes sowie die Lösung der Kolonialfrage. Wenngleich die Militärjunta eine breite gesellschaftliche Unterstützung hatte, so waren die entstandenen heftigen innenpolitischen Kämpfe innerhalb der Übergangsregierung nicht zu übersehen. Die Lage wurde zu einer harten Probe für die angestrebte Demokratisierung. Trotz des klar formulierten Ziels war die Umsetzung sehr umstritten. Vor allem Kommunisten und Sozialisten haben sich heftig um den politischen Kurs gestritten. Bis zur parlamentarischen Wahl im Jahr 1976 war ungewiss, ob die provisorische Regierung ihre Ziele, vor allem das Ende des diktatorischen Systems, erreichen würde. Dafür waren die gewaltigen politischen Krisen ein Beweis (vgl. Castaño, 2016, S. 5ff.).

General Antonio de Spínola wurde als Staatschef zum provisorischen Präsidenten der Republik im Jahr 1974 ernannt und seine kurze Amtsperiode–vom Mai bis September–war geprägt durch die gegensätzlichen politischen Einsichten. Der General war mit der politischen Entwicklung nicht einverstanden. Noch im selben Jahr wurde Costa Gomes als sein Nachfolger

zum neuen Interimspräsidenten der Republik ernannt. Neben dem Staatschef gab es zwischen den Jahren 1974 bis 1976 sechs provisorische Regierungschefs, die drei unterschiedliche Ministerpräsidenten¹¹⁵ hatten, was wiederum die politische Instabilität verdeutlicht. Das innenpolitische Geschehen in Portugal verlief teilweise unabhängig von den Ereignissen in den Kolonien. Die Übergangsregierung fokussierte sich auf die Konstituierung einer Nationalversammlung, die dem Land eine neue demokratische Verfassung vorgeben sollte. Dieses Ziel wurde erreicht und im Jahr 1976 war das Werk abgeschlossen und dadurch der Weg für die Zweite Portugiesische Republik geebnet.

Bezüglich der Außenpolitik war das Programm der Streitkräfte ebenfalls sehr vage formuliert, was die nachfolgenden Auszüge verdeutlichen. Es war jedoch klar erkennbar, dass sich Portugal auf internationaler Ebene neu orientieren und eingliedern wollte. Dass die Militärjunta in ihrem politischen Kurs die Unterstützung demokratischer Staaten erwartete, war selbstverständlich (vgl. Prutsch, 2012, S. 93). Das Programm der Bewegung der portugiesischen Streitkräfte behauptete in seinem Punkt B Nummer 7 folgendes:

„Die Übergangsregierung orientiert die Außenpolitik nach den Prinzipien der Souveränität und Gleichheit der Staaten, der Nicht-Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten anderer Staaten, der Verteidigung des Friedens sowie der Erweiterung und verschiedenartigen

¹¹⁵ Es gab zwar sechs provisorische Regierungschefs, aber nur drei Ministerpräsidenten. Die raschen Regierungswechsel spiegelten den andauernden politischen Wechselkurs wider. Der erste ernannte Ministerpräsident war Adelino Hermitério da Palma Carlos, der von 16.05.1974 bis 18.07.1974 die Regierung leitete. Am längsten im Amt war Vasco dos Santos Gonçalves, der vier von den sechs provisorischen Regierungen führte (von 18.07.1974 bis 30.09.1974, von 30.09.1974 bis 26.03.1975, von 26.03.1975 bis 08.08.1975 und von 08.08.1975 bis 19.09.1975). Der letzte war José Baptista Pinheiro de Azevedo (von 19.09.1975 bis 23.07.1976). Siehe República Portuguesa, kein Datum.

Gestaltung der internationalen Beziehungen [Portugals], die auf Freundschaft und Kooperation basieren sollen.“

Quelle: vgl. Junta de Salvação Nacional, 1974. (Eigene Übersetzung)

Die Kolonialfrage war das zentrale Thema der außenpolitischen Ereignisse, was auch nicht anders sein konnte. Ihre Lösung bildete während der provisorischen Regierung ein besonderes Kapitel. In Portugal war der Ausweg aus diesem Konflikt im Jahr 1974 nach wie vor unklar. Während die Kolonien die endgültige Unabhängigkeit forderten, machte das Programm der Streitkräfte deutlich, dass die Übergangsregierung die Abspaltung der Kolonien nicht beabsichtigte. Die Militärjunta war jedoch einverstanden, die Kolonialfrage friedlich zu lösen und folglich wurden alle militärischen Aktionen gestoppt. Damit war der erste Schritt gemacht, um mit den Verhandlungen zu beginnen. Da das Selbstbestimmungsrecht noch umstritten war, gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Allerdings hatten die Ereignisse in den Kolonien seit Langem eigene Dynamiken entwickelt und diese ließen sich nicht allein durch Entscheidungen in Lissabon verstehen. Sowohl die Unabhängigkeitsorganisationen als auch die internationale Gemeinschaft erwarteten eine rasche Lösung für die Auseinandersetzungen. Der Besuch des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim,¹¹⁶ in Lissabon noch im Jahr 1974 machte deutlich, dass das Selbstbestimmungsrecht für die portugiesischen Überseegebiete bzw. deren Unabhängigkeit unantastbar war (vgl. Prutsch, 2012, S. 93).

¹¹⁶ Kurt Waldheim war von 1972 bis 1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen. Siehe United Nations Secretary-General, kein Datum.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Nelkenrevolution war die Auswirkungen auf die Beziehungen der PSS untereinander. Diese gerieten zwangsweise in den Fokus. Wenngleich die provisorische Regierung Portugals der Beziehung zu Brasilien keinen besonderen Stellenwert einräumte, war der brasilianischen Regierung bewusst, wie bedeutend die Beziehungen zu Portugal und den künftigen portugiesischsprachigen Staaten in Afrika waren. In Brasilien selbst herrschte eine Militärdiktatur, die ihre Außenpolitik bis 1974 überwiegend auf die Solidarität zu Portugal bzw. dem salazaristischen System ausrichtete. Erst mit der Ernennung des Generals Ernesto Geisel zum Präsidenten verabschiedete sich Brasilien von seiner Loyalität zu Portugal und eine neue Haltung gegenüber Afrika und den noch portugiesischen Kolonien wurde eingeführt. Zufall oder nicht, die Nelkenrevolution vereinfachte die neue Außenpolitik Brasiliens gegenüber Portugal (vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 422). Deutlich äußerte sich die brasilianische Regierung während der 29. Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1974 und plädierte für das Selbstbestimmungsrecht aller Kolonien sowie für eine friedliche Lösung dieser Thematik (vgl. Corrêa, 2012, S. 395ff.). Auf diesen Prozess wollte Brasilien bewusst Einfluss nehmen und damit die Partnerschaften zu den künftigen afrikanischen portugiesischsprachigen Staaten verankern. Diese Erwartung wurde allerdings enttäuscht, da weder Portugal noch eine der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen irgendeine Art von Unterstützung in der Kolonialfrage von Brasilien gewollt oder vorgeschlagen haben (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 324f.).

Die Unabhängigkeitsverhandlungen wurden tatsächlich sehr zeitnah durchgeführt und bereits im Jahr 1975 war Portugal, abgesehen von Macau, kein Kolonialbesitzer mehr. Eine Kolonie nach der anderen wurde unabhängig. Guinea-Bissau rief noch im September 1974 die Unabhängigkeit aus und alle anderen Kolonien wurden im Jahr 1975 durch bilaterale Verträge

unabhängig. Die jahrhundertlange Präsenz Portugals in Afrika war auf einen Schlag beendet. Für die Bevölkerung von Osttimor verlief das Ende der portugiesischen Präsenz anders, da der Inselstaat Indonesien das Gebiet als sein Territorium beanspruchte. Um Osttimor entwickelte sich ein internationaler Konflikt, der erst im Jahr 2002 gelöst werden konnte (vgl. Cristóvão, Amorim, Marques, & Moita, 2007, S. 521f.). Auch mit Indien versöhnte sich Lissabon und erkannte die Regionen Goa, Damão und Diu als Territorien dieses Landes an (vgl. Prutsch, 2012, S. 93). In allen entstandenen PALOP nahm der kommunistische Einfluss einen deutlichen Platz ein und das Einparteiensystem dominierte. Die innenpolitische Instabilität gab aber den Ton in Angola und Mosambik an, wo aus unterschiedlichen Gründen Bürgerkriege entstanden sind. In dieser Zeit hatte die portugiesische Regierung keinerlei Strategie, um die Bindungen zu den fünf gegründeten Staaten weiterhin zu behalten. Dieses Verhalten lässt sich teilweise durch die vergangenen und immer heftiger gewordenen Unabhängigkeitskriege erklären. Diese Situation ist dadurch entstanden, weil die salazaristische Regierung keinerlei Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen in Afrika duldete, was dazu führte, dass jegliche Annäherung zu Portugal nach 1975 unmöglich schien. Darüber hinaus spielte die starke instabile innenpolitische Lage Portugals während der 1970er Jahre eine weitere Rolle, da zuerst nicht klar war, welchen politischen Weg das Land einschlagen wollte. Diese Entwicklung verdeutlicht die schwachen wirtschaftlichen Verbindungen des Mutterlandes zu den Kolonien, denn die Präsenz multinationaler Konzerne war übermächtig und sie vertraten unter allen Umständen ihre eigenen Interessen. Portugiesische Unternehmen in den ehemals besetzten Gebieten waren unbedeutend. Die portugiesische Regierung setzte in dieser Zeit

keine Signale, eine Art Neokolonialismus¹¹⁷ über die PALOP betreiben zu wollen, was bedeutet hätte, vor allem die politische Gestaltung dieser Länder mitzubestimmen. Damit verlor Lissabon vollkommen die politischen und wirtschaftlichen Einflüsse auf die ehemaligen Kolonien, was im Gegensatz dazu sozialistischen Staaten gelungen ist.

Die Demokratisierung Portugals sowie die Entstehung neuer portugiesischsprachiger Staaten warfen ebenfalls neue Fragen in den Beziehungen der PSS untereinander auf. Wenngleich diese Entwicklung keine sofortigen Folgen auslöste, war klar, dass die portugiesischsprachige Staatengemeinschaft ihre Beziehungen untereinander in den kommenden Jahren neu überdenken musste. Dies war abhängig von verschiedenen, noch ungeklärten Fragen, wie z.B. vom innenpolitischen Kurs aller PSS. Abzuwarten war noch die neue Richtung der portugiesischen Außenpolitik, die erst nach der parlamentarischen Wahl von 1976 tatsächlich formuliert werden konnte. Auch die Außenpolitik der PALOP bezüglich Portugal und Brasilien war entscheidend, um die Beziehungen untereinander auf eine neue Basis zu stellen. Um diese Zeit war Brasilien, verglichen mit den anderen PSS, innenpolitisch überwiegend stabil. Der politische Kurs Portugals und der PALOP entsprach genau dem Gegenteil der politischen Entwicklung Brasiliens, wo die rechtsgerichtete militärische Diktatur die Macht fest in den Händen hielt. Letztendlich musste die brasilianische Regierung das politische Geschehen in Portugal und Afrika fest im Auge behalten, um darauf reagieren zu können.

¹¹⁷ Siehe Jansen & Osterhammel, 2013. Diese Publikation bietet eine breite Übersicht auf die Theorien bezüglich Dekolonisation und ihrer Folge.

7.3 Die neue politische Ordnung innerhalb der PSS

Mit der Konsolidierung der neuen politischen Ordnung in Portugal durch die parlamentarische Wahl von 1976 und der raschen Machtübertragung auf die afrikanischen Überseegebiete, war die Zeit gekommen, die Außenpolitik auf einen völlig neuen Kurs zu bringen. Die Beziehungen der PSS untereinander mussten unter Berücksichtigung des veränderten Kontexts der 1970er Jahre betrachtet werden, die geprägt waren durch den Kalten Krieg und die Ölkrise. Selbstverständlich wurde die Ausarbeitung ihrer Außenpolitik sowohl von innen- als auch außenpolitischen Ereignissen beeinflusst. Die wichtigste innenpolitische Tatsache war die unterschiedliche ideologische Richtung der PALOP, Portugals und Brasiliens. Während Portugal auf dem Weg einer durchaus westlich liberalen Demokratie war, wurden in allen PALOP marxistisch geprägte politische Systeme eingeführt. Brasilien blieb zwar eine rechtsgerichtete militärische Diktatur, aber schon ab 1974 signalisierte die Militärjunta unter Präsident Ernesto Geisel die Bereitschaft, Demokratisierungsmaßnahmen einzuführen (vgl. Skidmore, 1988, S. 315-322). Dies lässt wieder vermuten, dass sich die politischen Ereignisse in Portugal auf die innenpolitische Entwicklung Brasiliens auswirkten.

Im Gegensatz zu allen anderen PSS erfolgte in Brasilien in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kein politischer Wechsel, was die Kontinuität der Außenpolitik ermöglichte. Brasiliens Portugal- und Afrikapolitik wurde im Laufe der 1960er Jahre intensivst diskutiert und neu ausgearbeitet und in den 1970er Jahren waren die Strategien abgeschlossen. Höchstes Ziel war die Fortführung der unabhängigen Außenpolitik, die die Rolle des Landes auf der internationalen Bühne aufwerten sollte. Dazu nahmen neue politische und wirtschaftliche Partnerschaften einen wichtigen Platz ein und in diesem Kontext wurden die Beziehungen mit afrikanischen Ländern zu einer der Prioritäten. Diese politische Richtung war aber kontrovers,

da sie die automatische Allianz zu den westlichen Ländern, geführt durch die USA, aufgab (vgl. Corrêa, 2012, S. 405f.). Damit hatte Brasilien diplomatische Beziehungen auch zu kommunistischen oder durchaus marxistisch geprägten Staaten gefördert. Besonders in Teilen Afrikas genoss die sozialistische Ideologie positives Ansehen und in manchen Ländern regierten kommunistisch geprägte Gruppierungen, wie z.B. in Kenia, Ghana und Senegal (vgl. Thiam, Mulira, & Wondji, 1993, S. 807f.). Das Jahr 1972 war in dieser Hinsicht symptomatisch, da der brasilianische Außenminister Gibson Barboza neun westafrikanische Staaten¹¹⁸ besuchte und ein Jahr später Kenia in Ostafrika. Die sofortige Anerkennung der Unabhängigkeiten aller PALOP in den Jahren 1974 und 1975 krönte die eingeführte Afrikapolitik Brasiliens (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 329).

Die brasilianische Afrikapolitik war allerdings anfangs durch verschiedene Vorbehalte geprägt, da die militärische Regierung die Übertragung und Verbreitung von kommunistischen Ideen aus Afrika nach Südamerika befürchtete (vgl. Saraiva, 1996, S. 99f.). Trotz dieser Tatsache hat sich die Haltung Brasiliens gegenüber vielen afrikanischen Staaten u.a. den PALOP allmählich geändert (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 329). Dabei darf aber nicht unterschätzt werden, dass die ideologischen Orientierungen innerhalb der PSS in den 1970er Jahren sehr unterschiedlich waren und diese das Potenzial hatten, den Dialog untereinander zu unterminieren. Fakt ist, die Demokratisierung Portugals stand in Opposition zu der politischen Entwicklung Brasiliens, wo die Diktatur nach wie vor verankert war. Auch das Ergebnis der parlamentarischen Wahl in Portugal, wo die sozialistische Partei die Mehrheit der Stimmen

¹¹⁸ Der brasilianische Außenminister hat 1972 folgende westafrikanische Staaten besucht: Senegal, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Dahome (heute Benin), Nigeria, Kamerun, Gabun und Zaire. Siehe vgl. Cervo & Bueno, 2008, S. 421.

bekommen hatte, machte die Kontakte zwischen Lissabon und Brasília nicht einfacher. Trotz dieser Belastungen verfolgten beide Staaten auf internationaler Ebene ihre Allianz zu der westlichen Welt. Im Gegensatz dazu waren die PALOP Alliierte der marxistisch geprägten Staaten.

Die Demokratisierung Portugals, die Entstehung mehrerer portugiesischsprachigen Länder in Afrika und die angepasste Außenpolitik Brasiliens führten zwangsweise zu einer neuen diplomatischen Dynamik innerhalb der PSS. Trotz der unterschiedlichen ideologischen Richtungen und der internationalen Lage festigten sich die Beziehungen dieser Länder, entgegen aller Erwartungen, rasch. Portugal und die PALOP mussten nach der Beendigung der Kolonialzeit noch verschiedene Themen in unterschiedlichsten, verflochtenen Bereichen regeln, was die Kontakte zwangsweise intensivierte. Neu war, dass Brasilien und die PALOP Beziehungen ohne die Vermittlung Portugals aufnehmen konnten. Es war schnell klar, dass alle diese Staaten ihre Kontakte aufrechterhalten und fördern wollten. In diesem Zusammenhang spielten sowohl kulturelle Verbundenheit als auch politische und wirtschaftliche Interessen eine entscheidende Rolle. Mit Ausnahme von São Tomé und Príncipe eröffnete Brasilien diplomatische Vertretungen in den restlichen vier PALOP, während Portugal Vertretungen in allen fünf Staaten hatte. Im Gegensatz dazu konnte oder wollte die PALOP aus unterschiedlichen Gründen ihr Vertretungsnetz nicht gleichermaßen ausbauen. Die Gründung einer Gemeinschaft der PSS, was Brasilien und Portugal seit Langem beabsichtigten, rückte zunächst in den Hintergrund und die Dialoge fanden jeweils auf bilateraler Ebene statt (vgl. Saraiva, 1996, S. 165).

Auch Portugal und Brasilien erneuerten ihre bilateralen Beziehungen und im Jahr 1976 besuchte der gewählte sozialistische Premierminister Mario Soares¹¹⁹ eine Woche lang das südamerikanische Land. Es war seine erste offizielle internationale Auslandsreise und damit signalisierte die portugiesische Regierung die enge Freundschaft zu Brasilien. Die Tatsache, dass das südamerikanische Land eine militärische Diktatur war und Portugal sich demokratisiert hatte, stellte kein großes Hindernis hinsichtlich der Fortsetzung ihrer Beziehungen dar. Um ihre kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen zu fördern, wurde bereits im selben Jahr eine Absichtserklärung unterschrieben (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 331ff.). Dass beide Staaten ihre Kontakte vertiefen wollten, bestätigte die offizielle Reise des portugiesischen Präsidenten Ramalho Eanes nach Brasilien im Jahr 1978. Die Besuche der portugiesischen Regierungs- und Staatschefs erwiderte der brasilianische Präsident João Figueiredo im Jahr 1981.

Die Beziehungen zu den PALOP erfuhren eine große Aufmerksamkeit sowohl von Portugal als auch von Brasilien und diese signalisierte, dass beide Staaten Allianzen mit diesen Ländern eingehen und mögliche Einflüsse auf sie ausüben wollten. Der portugiesische Präsident Ramalho Eanes engagierte sich persönlich, um die Kontakte mit den ehemaligen Kolonien zu stabilisieren. Zwischen 1978 und 1982 besuchte er alle PALOP.¹²⁰ Trotz dieser Aktivitäten war das Hauptziel der portugiesischen Außenpolitik nicht auf die Beziehungen zu den PSS gerichtet. Nach Jahrhunderten veränderte Portugal seine Außenpolitik grundlegend und

¹¹⁹ Mário Soares war der erste demokratisch gewählte Premierminister Portugals nach dem Ende des salazaristischen Systems. Seine Regierung begann Mitte 1976 und zwischen dem 15. und 22. Dezember dieses Jahres besuchte der Premierminister Brasilien. Siehe vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 331.

¹²⁰ Der portugiesische Staatschef Ramalho Eanes war 1978, 1979 und 1982 in Guinea-Bissau, 1978 und 1980 in Kap Verde, 1979 São Tomé und Príncipe, 1980 in Mosambik und 1982 in Angola. Siehe Presidência da República Portuguesa, kein Datum.

ehemals sehr wichtige Bereiche des atlantischen Ozeans verloren an Zentralität (vgl. Sá, 2016, S. Kap. II). Die Festigung der militärischen Allianz zur NATO war eine wichtige Priorität, damit konnte Portugal seine Allianz mit den westlichen Ländern bestätigen. Selbstverständlich waren die Sicherheit und die Verteidigung des Nordatlantiks von wesentlichem Interesse. Schon im Jahr 1977 beantragte Lissabon seinen Beitritt in die EWG, der aber erst im Jahr 1986 erfolgte. Diese Entscheidung war diejenige, die langfristig den neuen Weg Portugals auf der internationalen Bühne am stärksten betonte. Wenngleich dieser Schritt die Gründung einer Gemeinschaft mit den anderen PSS nicht begrub, so erschwerte er doch die geplante Initiative erheblich. Es lag jedoch auch im Interesse Portugals, seine vielfältigen Verbindungen zu den PSS und insbesondere zu den PALOP aufrecht zu erhalten. Die politischen Unabhängigkeitsverfahren waren zwar abgeschlossen, aber Portugal war noch in verschiedenen wirtschaftlichen Projekten engagiert, wie z.B. bei dem Bau des Staudamms Cahora Bassa in Mosambik. Die PALOP galten nach wie vor als interessante Investitionsräume für portugiesisches Kapital sowie als potenzielle kulturelle Einflusszonen (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 328f.). Einer dieser Einflüsse bezog sich auf die Verankerung und Verbreitung des Portugiesisch als offizielle Sprache in diesen Ländern. Allein die Frage der Sprachpolitik in den PALOP stellte ein Kerninteresse Portugals dar, welches auch für Brasilien nicht uninteressant war. In diesem Kontext ist die Frage berechtigt, ob Portugal und Brasilien eine Art Neokolonialismus auf die PALOP ausüben wollten, zwecks Errichtung von Einflusszonen. Es zeigt auch den Versuch, eine auf kultureller Ebene basierte Gemeinschaft zu erweitern und zu festigen.

Aus Sicht Brasiliens genossen die PALOP aus verschiedenen Gründen unterschiedliche Anziehungskräfte. Schnell war klar, dass Angola aufgrund seiner geografischen Lage und

seiner Rohstoffreserven einen besonderen Platz einnahm. In diesen Ländern sah die brasilianische Regierung auch die Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen, engere kulturelle Austausche zu praktizieren, politische Unterstützung für einige internationale Ziele zu finden sowie die Süd-Süd-Kooperation bzw. die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Da das Land über geeignete Technologien für tropische Regionen verfügte, sahen die brasilianische Regierung und die Investoren gute Potenziale in Partnerschaften mit afrikanischen Staaten. Durch diese Politik versprach man sich, die weitere Industrialisierung des Landes zu fördern und sie wurde unter dem Namen „Diplomacia da Prosperidade“ (auf den Wohlstand ausgerichtete Diplomatie) bekannt. Das Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten lag auch darin begründet, dass die Ölkrise von 1973 Brasilien schwer getroffen hat. Die Abhängigkeit vom Ölimport spielte in diesem Kontext eine entscheidende Rolle. Einige afrikanische Staaten, wie Nigeria und Angola, konnten das Land damit gut versorgen und der brasilianische Ölkonzern Petrobras¹²¹ sah die Chance, in diese Länder zu investieren. Darüber hinaus gewann der Südatlantik für die brasilianische Verteidigungsstrategie immer mehr an Bedeutung, was zwangsweise dazu führte, dass alle südwestafrikanischen Staaten in der Region potenzielle Verbündete werden könnten. Mit Ausnahme von Mosambik, das sich in Ostafrika befindet, liegen alle anderen vier PALOP im atlantischen Ozean. Absicht des brasilianischen Vorgehens war, eine unbewaffnete bzw. friedliche Zone in dieser Region zu schaffen. Letztendlich stand die Sicherheit dort im Fokus, denn die Bewaffnung der Staaten im Südatlantik war nicht im Interesse Brasiliens (vgl. Saraiva,

¹²¹ Petrobras wurde im Jahr 1953 gegründet. Das Unternehmen sollte verschiedene Ziele erfüllen. U.a. war eine der Aufgaben, Ölreserven sowie weitere verwandte Mineralien in dem brasilianischen Territorium zu erforschen. Weiteres Ziel war die Energieversorgung des brasilianischen Markts mit dem Aufbau der notwendigen Infrastruktur wie z.B. Tankstellen, Raffinieren sowie Produktvermarktung. Heute ist Petrobras einer der größten Konzerne Brasiliens. Quelle: Petrobras, kein Datum.

2012, S. 41-48). Die angestrebten engeren Beziehungen zu den PALOP waren in diesem Kontext selbstverständlich und die historischen und kulturellen Verbindungen rechtfertigten dies von allein. Nach über einem Jahrhundert wurden die Kontakte zwischen Afrikanern und Brasilianern wiederhergestellt und die Afrikapolitik Brasiliens hat sich schnell konsolidiert, auch dadurch, dass sie durch eine hohe Dosis Pragmatismus bzw. Realismus geführt wurde. Diese Haltung stand letztendlich für das Ziel, die Rolle des Landes in der Weltpolitik zu verstärken.

Die erst vor kurzer Zeit gegründeten afrikanischen portugiesischsprachigen Staaten waren mit mehreren inneren Herausforderungen konfrontiert. Die politische Geschichte dieser neuen fünf Länder war im 20. Jahrhundert durch ein Autoritätssystem geprägt, welches auf die portugiesische Kolonialmethode zurückzuführen war. Nunmehr standen sie vor dem Aufbau der Infrastruktur, die mit einer Staatsgründung zwangsläufig einhergeht. Die langjährigen Kolonialkriege spielten hierbei eine wesentliche Rolle, da sie zur Zerstörung von bereits bestehenden staatlichen Einrichtungen sowie der Verwaltung geführt hatten. Während der Kolonialzeit durften nur wenige Einheimische in der von Portugiesen dominierten Verwaltung tätig sein, was zur Folge hatte, dass es auch nur wenige ausgebildete einheimische Staatsdiener gab (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 42ff.). Die Flucht von portugiesischen Ansiedlern, vor allem aus Angola und aus Mosambik, machte die Situation noch gravierender, da sie nicht nur das politische Leben dominierten, sondern auch die wirtschaftliche Infrastruktur in ihren Händen lag (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 323). Dazu kam der Mangel an Repräsentativität der lokalen politischen Organisationen sowie die schwache Vorbereitung der politischen Eliten, um die Macht zu übernehmen. Wie Patrick Chabal betont, zielten die Unabhängigkeitsbewegungen darauf ab, die völlige Kontrolle des staatlichen Apparates zu

erreichen, das heißt, ein Machtmonopol und keinen Demokratisierungskurs (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 43). Nicht zuletzt wurde das politische Machtübergangsverfahren durch Portugal rasch entschieden und chaotisch durchgeführt (vgl. Newitt, 2009, S. 202). Die Aufgaben der neuen Regierungen beschränkten sich nicht nur auf den Aufbau des staatlichen Apparates und der Infrastruktur, sondern auf die noch schwerere Gründung einer Staatsnation, die aus einem Verbund mehrere Volksgruppen bestand und nicht unbedingt Gemeinsamkeiten teilten. Es ist vor dem Hintergrund dieser beschriebenen Basis zu sehen, wie diese Staaten in den 1970er Jahren entstanden sind. Zu erwarten, dass sie rasch eine internationale Präsenz zeigen sowie eine durchaus strukturierte Außenpolitik formulieren könnten, wäre naiv. Ohne zu zögern schlossen sich die fünf Staaten den Vereinten Nationen (vgl. Unser, 2004, S. 443) sowie der Afrikanischen Union (vgl. Union Africaine, 2018, S. 5) an. Die PALOP engagierten sich ebenfalls in regionalen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen. Angola wurde Mitglied sowohl in der Zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEEAC, Abk. auf Französisch) als auch in der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC, Abk. auf Englisch). Mosambik trat der SADC bei. São Tomé und Príncipe wurde in die CEEAC aufgenommen. Kap Verde und Guinea-Bissau sind Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS, Abk. auf Englisch). Diese Entwicklung wird in dem nächsten Kapitel ausführlicher behandelt.

Die territoriale Abbildung und Völkerzusammenfassung der fünf PALOP ist auf die Berliner Konferenz zurückzuführen, als die europäischen Kolonialmächte den Kontinent einfach untereinander aufgeteilt und besetzt haben. In diesen Ländern lebten und leben verschiedene Völkergruppen, die unterschiedliche Geschichte und Traditionen hatten und haben. Erst während der Kolonialkriege ist ein gemeinsames Ziel entstanden: der Kampf gegen den Kolonialismus. Nach Erreichung der Unabhängigkeit mussten sie multiethnische Staaten

gründen, in denen z.B. keine einheitliche und flächendeckende Sprache herrschte und der soziale Zusammenhalt keine Selbstverständlichkeit war (vgl. Brenzinger, 2009, S. 32-34). Vor allem in Angola und Mosambik musste das Zusammengehörigkeitsgefühl noch entwickelt werden. Für die fünf Länder war die Konsolidierung der Staaten die erste große Herausforderung. Bei dem Machtübergang dominierten in allen PALOP sozialistisch geprägte Unabhängigkeitsorganisationen, die das Einparteiensystem als Antwort auf die verschiedenen staatlichen Problematiken sahen. Die ideologische Prägung bzw. der Sozialismus war aber sehr unterschiedlich ausgelegt und wurde weder nach sowjetischem noch chinesischem Muster angewendet. Trotz der unterschiedlichen Prägungen wurden in allen PALOP wirtschaftliche und politische Maßnahmen eingeführt, um den Sozialismus zu verwirklichen. Die wirtschaftliche Option war der Übergang von einem durchaus integrierten und westlich geprägten kolonialen und kapitalistischen System zur Planwirtschaft. In diesem Zusammenhang ist es nachvollziehbar, dass kommunistischen Staaten die PALOP unterstützten und privilegierte Beziehungen führten. Bei diesem Prozess wurde weder Portugal noch Brasilien eine besondere Rolle eingeräumt.

Trotz des ähnlichen politischen Kurses bzw. der Einführung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bildeten die fünf PALOP eine sehr heterogene Gruppe. Während sich die Inselstaaten Kap Verde und São Tomé und Príncipe zu kreolischen Gesellschaften entwickelten, bildeten Angola, Guinea-Bissau und Mosambik multiethnische Gesellschaften. Diese Tatsache hat die politische Entwicklung in den PALOP bezüglich ihres sozialen Zusammenhalts entscheidend beeinflusst. Bei den Inselstaaten fühlten sich die Einwohner überwiegend verbunden, was die Bildung ihrer nationalen Staaten vereinfacht hat. Diese Aufgabe war für die drei PALOP auf dem Kontinent deutlich komplizierter und für die

Verwirklichung dieser Staatsnationen teilweise ein destabilisierender Faktor. Bis in die 1980er Jahre waren die PALOP damit beschäftigt, ihre inneren Querelen zu überwinden sowie den Sozialismus zu vollenden.

Die ersten Jahre der Unabhängigkeit in den PALOP waren durch Unruhe gekennzeichnet. In unterschiedlicher Stärke wurden die politischen Abläufe durch gewaltige Instabilitäten begleitet. Vor allem Angola und Mosambik versanken aus unterschiedlichen Gründen zunehmend in eine aussichtslose politische Krise. Guinea-Bissau und Kap Verde, die eine Einheit bildeten, blieben davon ebenfalls nicht verschont. In São Tomé und Príncipe war die Lage vor allem wirtschaftlich beunruhigend. Die inneren Konflikte wurden auch durch regionale Querelen verstärkt und führten zu langjährigen Bürgerkriegen in Angola und Mosambik. In der Folge waren beide Staaten rasch in die internationalen und regionalen Auseinandersetzungen erneut eingebunden. Die Staatengründungen Angolas und Mosambiks veränderten die regionale Konstellation im südlichen Afrika, wo der Staat Südafrika jahrelang politisch und wirtschaftlich dominierte. Als ehemals Alliierte Südafrikas während der Kolonialzeit wendeten sich nunmehr beide Staaten gegen die Apartheidpolitik Pretorias bezüglich der afrikanischen Bevölkerung sowie ihre Regionalpolitik. Die Konflikte bestanden fast bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Für den Friedensprozess spielten später sowohl Brasilien als auch Portugal eine wichtige Rolle.

Die Bürgerkriege hatten in Angola und in Mosambik weder die gleichen Gründe noch dieselben Dauern. Im Gegenteil zu Mosambik bestand in Angola eine gravierende politische Spaltung bereits vor dem offiziell verhandelten Unabhängigkeitstag, dem 10. November 1975. Grund dafür war die ideologische Feindschaft der Befreiungsbewegungen untereinander, die sich schon während des Kolonialkrieges bekämpft haben. Eine einheitliche

Befreiungsbewegung gab es in Angola noch nie, was eine Ausnahme in den PALOP darstellte. Der von der portugiesischen Regierung verhandelte Vertrag von Alvor, den die drei wichtigsten politischen angolischen Organisationen – UNITA, MPLA und FNLA – ratifiziert hatten, sah eine gemeinsame Übergangsregierung vor (Acordo do Alvor, 1975). Offiziell waren sie damit einverstanden, dass freie Wahlen stattfinden und ihre bewaffneten Flügel in die noch zu gründende angolische Armee integriert werden sollten. Die Interessenslagen waren aber deutlich komplizierter und die Vertragsvereinbarungen waren nicht in der Lage, die Konflikte der Parteien zu lösen. Da sie sich gegenseitig nicht trauten, fingen sie noch vor dem vereinbarten Machtübergangstermin an, sich intensiver zu bewaffnen und Kämpfer zu rekrutieren. Da jede der zitierten Organisationen ausländische Unterstützung bekam, hatten sie keinerlei Schwierigkeiten an Waffen zu gelangen. Die Vereinigten Staaten und die UdSSR sowie ihre jeweiligen Alliierten wie z.B. Südafrika, Zaire (heute DR Kongo) und Kuba waren in die Auseinandersetzung involviert. Bei diesem Disput ging es zunächst vor allem um die Kontrolle der Hauptstadt Luanda. Die MPLA, die die Unterstützung der Sowjetunion und Kubas hatte, konnte sich gegen die FNLA und UNITA durchsetzen und übernahm die Kontrolle über die Hauptstadt und später über größere Teile des angolischen Territoriums (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 146-155). Trotz der zahlreichen Siege der MPLA bestanden weiterhin bewaffnete Konflikte, vor allem gegen die UNITA, noch viele Jahre lang. Die FNLA¹²² verlor im Laufe der

¹²² Die FNLA besteht bis heute und seit der Einführung des Mehrparteiensystems in Angola nahm die Organisation an den Wahlen teil. Ihre Wahlergebnisse sind allerdings unbedeutend. Nach der parlamentarischen Wahl von 2018 hat die FNLA ein Mitglied im angolischen Parlament. Quelle: Assembleia Nacional de Angola, kein Datum.

Jahre immer mehr an Bedeutung und stellte keine Gefahr mehr für die Machtdurchsetzung der MPLA dar (vgl. Weigert, 2011, S. 76ff.).

Im Gegensatz zu Angola war die Unabhängigkeitsbewegung in Mosambik einheitlich. Der Ursprung des mosambikanischen Bürgerkrieges lag in der Gründung der Mozambique National Resistance im Jahr 1975, die heute die Partei RENAMO ist. Die Organisation wurde vom rhodesischen Geheimdienst gegründet und ihr höchstes Ziel war, die mosambikanische Hilfe für den Gegner der weißen Minderheitsregierung zu unterminieren. Mit der Machtübertragung an die FRELIMO erlaubte die mosambikanische Regierung, dass der Afrikanische Nationalkongress, eine Bewegung aus Südafrika, sowie die *Zimbabwe African National Union* (ZANU) aus ihrem Territorium heraus ihre Aktivitäten betrieben. Zum Ende der 1970er Jahre fing die südafrikanische Regierung an, die RENAMO ebenfalls zu unterstützen (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 210f.). Seitdem war das südafrikanische Ziel, die mosambikanische Regierung völlig zu destabilisieren. Wie Angola zuvor erfuhr Mosambik die erneute Zerstörung seiner Infrastrukturen, vor allem in der Kommunikation, im Verkehrssystem und auf dem Agrarsektor, der völlig zusammenbrach.

Die Konflikte in Angola und Mosambik wurden schnell zu einem wichtigen Thema innerhalb der PSS. Weder Brasilien noch Portugal haben sich militärisch eingemischt, aber auf der internationalen Ebene haben sie für die friedliche Lösung der Konflikte plädiert. Vehement verurteilte die brasilianische Regierung in den Vereinten Nationen die Politik Südafrikas, da Pretoria militärisch beide PALOP angriff (vgl. Corrêa, 2012, S. 523). Die politische Krise erreichte auch Kap Verde und Guinea-Bissau, Staaten, die nach der Unabhängigkeit eine sehr enge politische Zusammenarbeit pflegten. Politische Konflikte zwischen Vertretern beider Staaten führten zu unlösbaren Ressentiments, welche ihren Höhepunkt mit dem militärischen

Putsch in Guinea-Bissau im Jahr 1980 erreichte. In der Folge verließen die kapverdischen Vertreter die gemeinsame Regierung und von nun an wurde Guinea-Bissau von João Bernardo Vieira regiert (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 251ff.). Dadurch wurde in Kap Verde die Partido da Independencia do Cabo Verde (PAICV) gegründet, in Guinea-Bissau blieb jedoch die PAIGC bestehen.

Trotz aller Krisen in den PALOP ist bis zum Anfang der 1980er Jahre zu beobachten, dass sich die PSS stetig annäherten. Darüber hinaus rückte die Förderung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen in den Vordergrund. Im Fall Portugal und der PALOP stammten die wirtschaftlichen Verflechtungen noch aus der Kolonialzeit. Im Gegensatz dazu mussten die brasilianischen Investoren ihre noch nicht existenten direkten wirtschaftlichen Kontakte mit den PALOP erst aufbauen. Trotz der unterschiedlichen staatlichen Modelle und in Folge der wirtschaftlichen Optionen waren die Märkte der PALOP für die portugiesischen und brasilianischen Unternehmer von hohem Potenzial. Am Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre intensivierten sich die staatlichen Kooperationen und verschiedene bilaterale Verträge wurden unterschrieben. Die Staatshäupter der PSS besuchten sich gegenseitig. Historisch zu betonen ist der erste offizielle Besuch eines brasilianischen Staatshäupters in Afrika. Im Jahr 1983 bereiste der brasilianische Präsident João Figueiredo verschiedene afrikanische Staaten u.a. Kap Verde und Guinea-Bissau (vgl. Saraiva, 2012, S. 45). Wenngleich noch in den 1980er Jahren die Kooperation der PSS untereinander ihre ersten Schritte machte, brachten politische und wirtschaftliche Änderungen bereits neue Perspektiven mit sich. Die Demokratisierung Brasiliens sowie die veränderten politischen Kurse in den PALOP eröffneten neue Möglichkeiten.

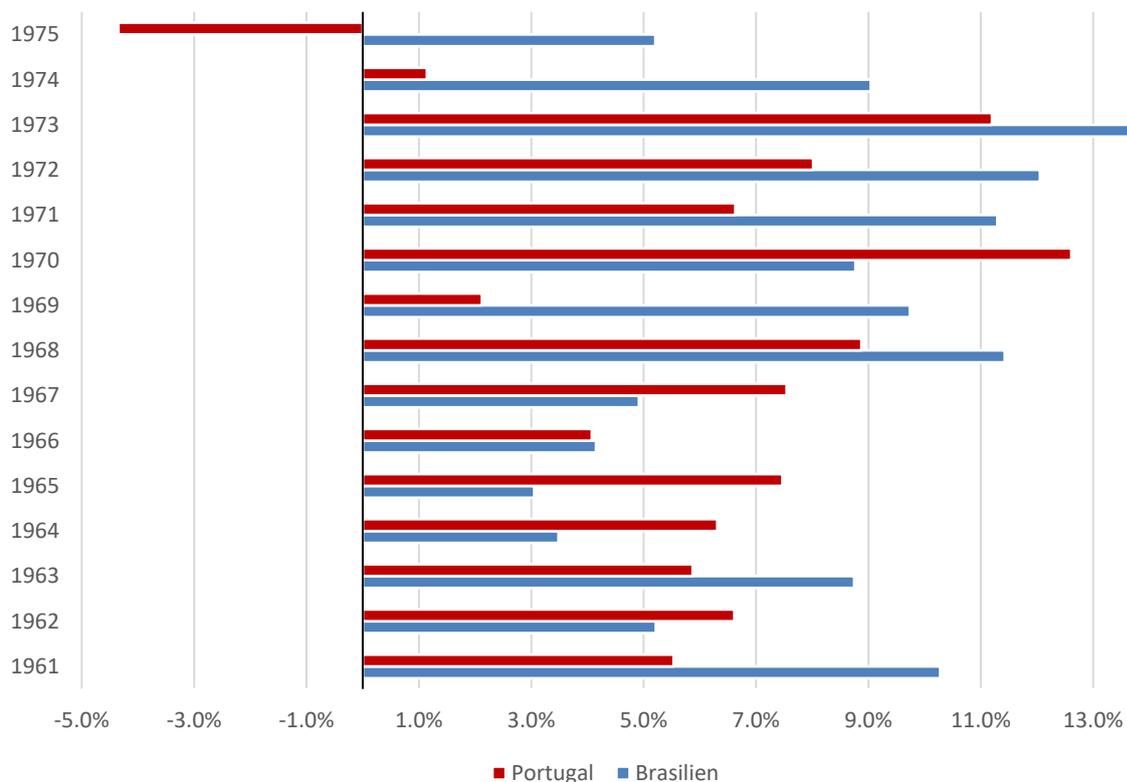
7.4 Die wirtschaftlichen Verflechtungen Brasiliens, Portugals und der portugiesischen überseeischen Territorien in Afrika zwischen 1961 und 1975

Um die Intensität der Beziehungen Brasiliens und Portugals einschließlich der portugiesischen Kolonien in Afrika untereinander besser abschätzen zu können, befasst sich dieser Abschnitt mit den bilateralen wirtschaftlichen Verflechtungen dieser Länder. Vor dem Hintergrund, dass diese Länder über geschichtliche und kulturelle Nähe verfügen, ist es berechtigt zu eruieren, ob sich dies auf den ökonomischen Austausch niederschlägt. Dafür spielt der portugiesische Handelsstrom mit den überseeischen Territorien in Afrika die zentrale Rolle. Im Fall Brasiliens werden die Handelsströme mit ganz Afrika zuerst fokussiert und am Ende die Bedeutung dieser mit Portugal und den Kolonien dargestellt. Lissabon hat den direkten Handel Brasiliens mit seinen Kolonien bis 1974 bzw. 1975 stets erschwert, was im Kapitel 6 Abschnitt 6.1 behandelt wurde. Zunächst aber ist es wichtig zu eruieren, wie sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beider Staaten entwickelt hat, mit dem Ziel feststellen zu können, ob dies zur Intensivierung oder Abschwächung des wirtschaftlichen Austausches führte.

Wie die untere Grafik 7.4.A zeigt, wuchsen sowohl die brasilianische als auch die portugiesische Wirtschaft ständig während der 1960er Jahre. In diesem Jahrzehnt führte die portugiesische Regierung zwei wichtige wirtschaftliche Maßnahmen ein, nämlich den Beitritt zur EFTA und die Gründung des portugiesischen Wirtschaftsraums, wie in Kapitel 6 Abschnitt 6.1 ausgeführt wurde. Diese beiden Aktionen hatten langfristig bedeutende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung Portugals, was sich besonders auf den Außenhandel des Landes auswirkte. Während der 1960er Jahre erlebte die portugiesische Wirtschaft ein stabiles und positives Wachstum. Abgesehen von den Jahren 1966 und 1969 verzeichnete sie ein Wachstum von jeweils über 5%. 1970 und 1973 erreichte dieses sogar mehr als 10%. Diese

Daten verdeutlichen, dass die Wirtschaftskraft trotz innenpolitischer Instabilität, die teilweise durch die Kolonialkriege in Afrika verursacht wurde, nicht darunter litt. Erst im Jahr 1975 hatte das Bruttoinlandsprodukt ein negatives Ergebnis. Auch die brasilianische Wirtschaft erlebte bedeutendes Wachstum ab 1961. Vor allem zwischen 1968 und 1974 wuchs die brasilianische Wirtschaft um ca. 10% jährlich und dieser Zeitraum ist als „milagre econômico brasileiro“ (brasilianisches wirtschaftliches Wunder) in die Geschichte eingegangen. Dieser starke Aufschwung hatte verschiedene Folgen, u.a. den Anstieg des Außenhandels Brasiliens zwischen 1970 bis 1973 um 126% (vgl. Rinke & Schulze, 2013, S. 176). Diese Betrachtung lässt einen starken Bedarf an Ressourcen beider Länder vermuten.

Grafik 7.4.A Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Portugals und Brasiliens zwischen 1961 und 1975

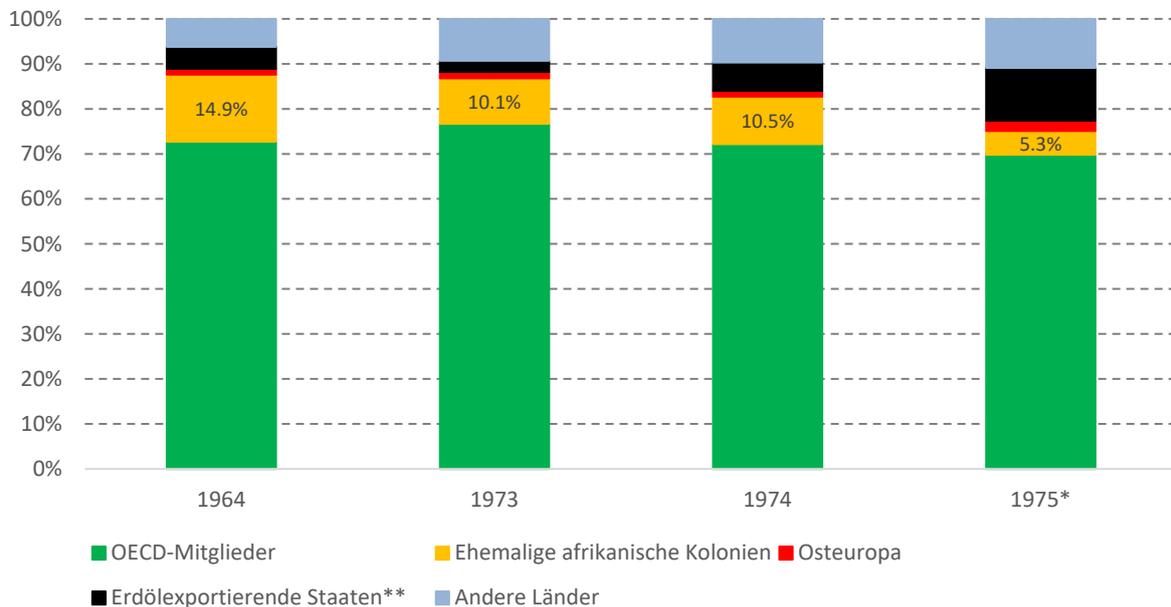


Quelle: The World Bank, kein Datum.

In diesem Kontext soll analysiert werden, wie stark die Handelsströme zwischen Brasilien, Portugal und den afrikanischen überseeischen Territorien waren. Die Handelsverflechtungen Brasiliens zu Afrika in dem betrachteten Zeitraum können aufweisen, wie schnell das Land mit dem Kontinent wirtschaftlich wieder verbunden war. Im Fall Portugals ist hervorzuheben, dass der Außenhandel seit den 1960er Jahren wichtige Veränderungen erfahren hat. Besonders zu betonen ist, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Kolonien allmählich an Bedeutung verloren hatten. Die Grafik 7.4.B zeigt, wie sich der portugiesische Import aus den aufgeführten Regionen entwickelt hat. Rasch wird deutlich, dass die portugiesische Wirtschaft stark mit den Mitgliedern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD, Abk. auf Englisch)¹²³ verbunden war. Vor allem mit den Ländern der EWG und EFTA wickelte Portugal den Großteil des Außenhandels ab. Allgemein ist zu beobachten, dass sich der portugiesische Import in fast allen betrachteten Regionen positiv entwickelte. Abweichend davon sank gleichzeitig ausgerechnet die Einfuhr aus den ehemaligen afrikanischen Kolonien zwischen 1964 und 1973 um zirka 5% und zwischen 1974 und 1975 halbierte sie sich sogar. In den zuletzt zitierten zwei Jahren fand das Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft über alle afrikanischen Regionen statt und Portugal erlebte eine schwere politische Krise, die auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst hat.

¹²³ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihren Ursprung in der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, die im Jahr 1948 gegründet wurde. Gründungsmitglieder waren Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Luxemburg, Italien (sie gehörten auch zur EWG); das Vereinigte Königreich, Norwegen, Österreich, Island, Portugal, Dänemark, Schweden, Schweiz, Finnland (diese gehörten der EFTA an); letztendlich Griechenland, Irland, Kanada, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten. Bis 1973 traten Japan, Finnland, Australien und Neuseeland der OECD bei.⁷

Grafik 7.4.B Import Portugals nach Regionen zwischen 1964 - 1975



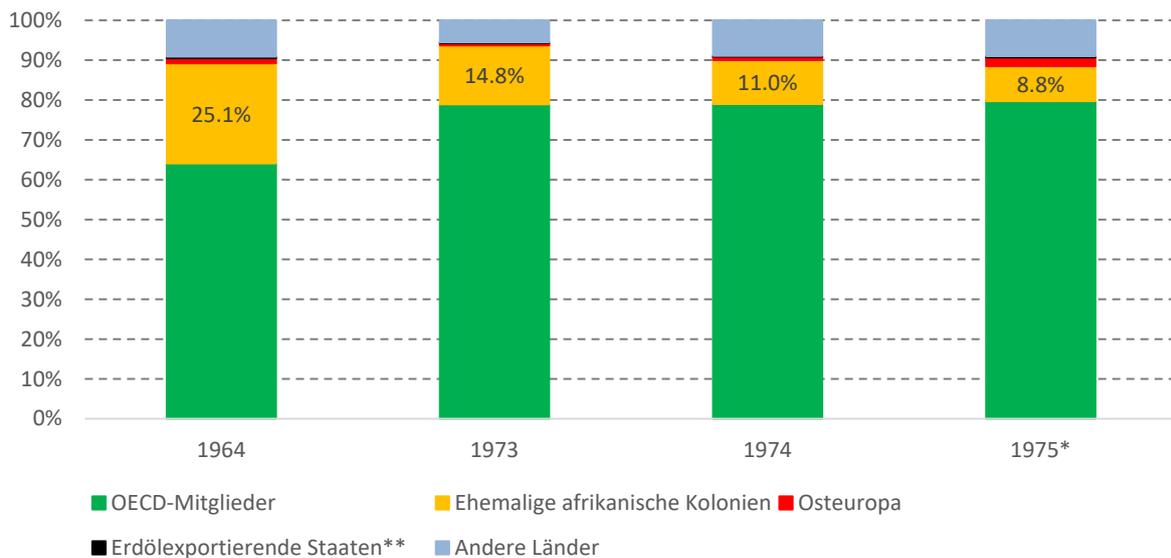
Quelle: Murteira, 1976, S. 284.

* Januar-November

** Saudi-Arabien, Bahrain, Iran und Irak

Betrachtet man die portugiesische Ausfuhr nach Regionen, wie die untere Grafik 7.4.C darstellt, fällt wieder sofort auf, wie stark schon im Jahr 1964 das Land mit den OECD-Mitgliedern wirtschaftlich verbunden war. Berücksichtigt man das Gewicht der afrikanischen Kolonien hinsichtlich des portugiesischen Exports, erkennt man gleich, dass der Handelsstrom zwischen Portugal und diesen Ländern zwischen 1964 und 1973 um zirka 10% sank. Werden die Jahre 1974 und 1975 isoliert betrachtet, beobachtet man einen weiteren Verlust um ca. 2%. Wie bei der Einfuhr reduzierte sich die Ausfuhr um ein Drittel, was deutlich signalisiert, dass Portugal und die ehemaligen Kolonien noch vor ihren politischen Unabhängigkeiten zunehmende schwache wirtschaftliche Verflechtungen hatten. Weiterhin ist zu beobachten, dass der Marktverlust der überseeischen Territorien gleichzeitig zum Marktgewinn mit den OECD-Mitgliedern führte, was diese Grafik verdeutlicht.

Grafik 7.4.C Export Portugals nach Regionen 1964 - 1975



Quelle: Murteira, 1976, S. 284.

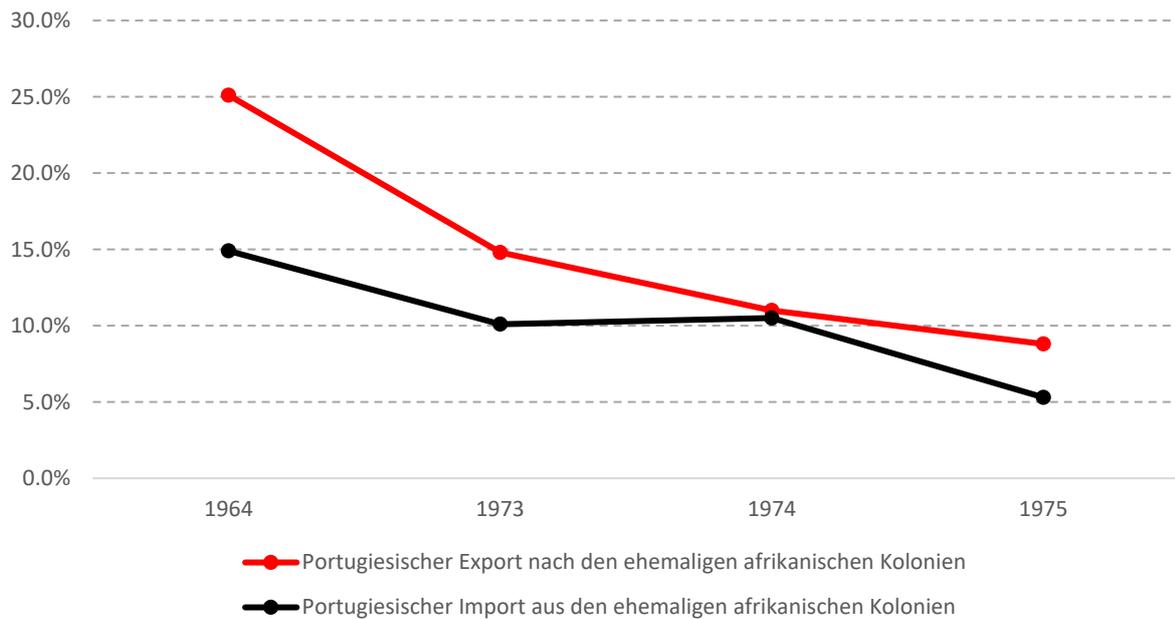
* Januar-November

** Saudi-Arabien, Bahrain, Iran und Irak

Damit die Entwicklung der Handelsströme zwischen Portugal und den afrikanischen Kolonien zwischen 1964 und 1975 noch deutlicher wird, wurde die untere Grafik 7.4.D erstellt. Die wirtschaftlichen Verflechtungen Portugals zu seinen Kolonien verloren noch während der Kolonialzeit drastisch an Bedeutung, was verdeutlicht, dass der wirtschaftliche Bedarf zunehmend unterschiedlich war. Portugal als Mutterland war aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, seine Produkte in den eigenen Kolonien zu vermarkten. Aber auch umgekehrt wird deutlich, dass der portugiesische Markt immer weniger Produkte aus den Überseegebieten nachfragte. Die Bevölkerung sowohl in Portugal als auch in den besagten Regionen hatten einfach unterschiedliche Bedürfnisse, was sich auf den Handelsaustausch auswirkte. Analysiert man die Entwicklung der portugiesischen Handelsströme mit den ehemaligen Kolonien isoliert, wird rasch ersichtlich, wie der Portugiesische Wirtschaftsraum von 1964 bis 1975 zerfiel. Wickelte Portugal mit den afrikanischen überseeischen Territorien im Jahr 1964 fast noch 15% des gesamten Imports und ca. 25% des Exports ab, waren es neun

Jahre später nur noch ca. ein Drittel. In diesem Zeitraum erlebten Portugal und die Kolonien nicht nur eine verheerende politische Krise, die ihre Beziehungen untereinander langfristig geprägt hat, sondern sie erfuhren auch grundsätzliche wirtschaftliche Veränderungen.

Grafik 7.4.D Import und Export von Waren zwischen Portugal und den ehemaligen afrikanischen Kolonien zwischen 1964 - 1975

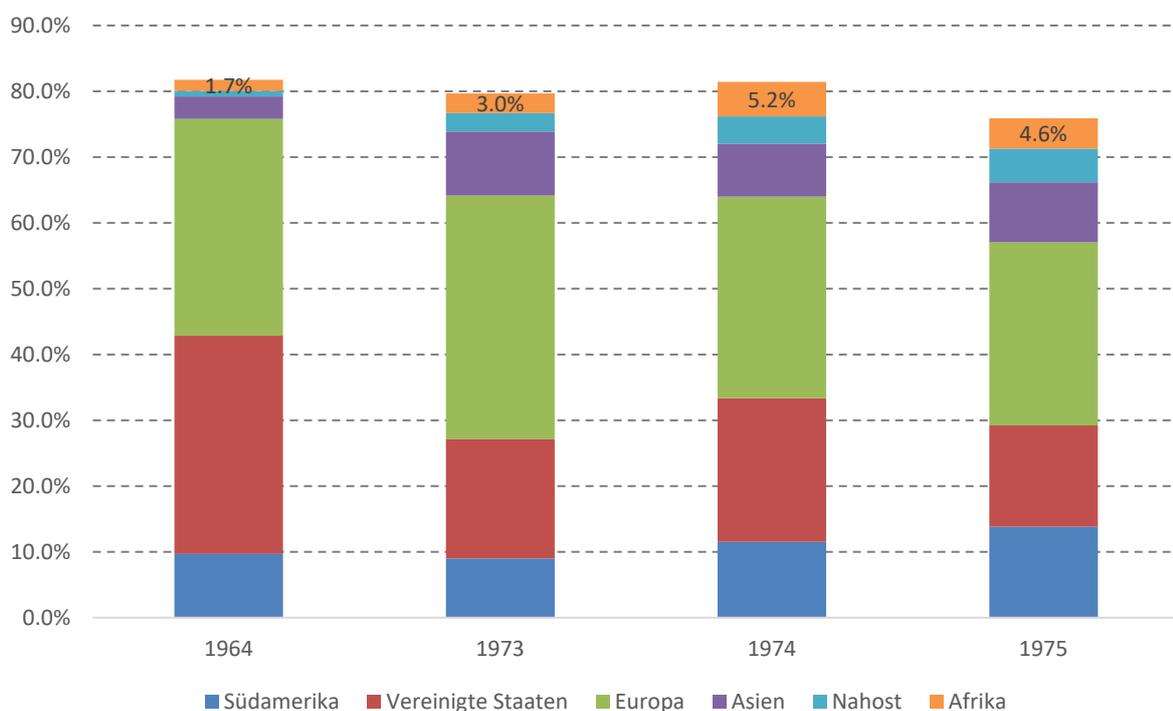


Quelle: Murteira, 1976, S. 284.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Brasiliens zu den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika sollen im Kontext der brasilianischen Wirtschaftsverflechtungen zum gesamten afrikanischen Kontinent analysiert werden. Wie bereits im Kapitel 3 Abschnitt 3.2 dargestellt, wurden die Beziehungen Brasiliens zu Afrika ab der Hälfte des 19. Jahrhunderts immer schwächer und erst ab den 1940er Jahren interessierte sich die brasilianische Regierung wieder verstärkt für die Region. Die Umsetzungsphase bedurfte aber einer gewissen Zeit und die tatsächliche Wiederherstellung der direkten wirtschaftlichen Beziehungen begann erst in den 1950er Jahren wieder. Mit den portugiesischen afrikanischen Kolonien etablierte Brasilien die ersten direkten Kontakte im Jahr 1974 bzw. 1975, da diese Territorien bezüglich des

Handels bis dahin Portugal unterstanden. Ab dem Jahr 1964 ist ein positives Wachstum des brasilianischen Exports nach Afrika zu verzeichnen, wie die untere Grafik 7.4.E zeigt. Dieser nahm kontinuierlich zu und erreichte 1975 fast 5% des gesamten brasilianischen Außenhandels. Die Bedeutung des afrikanischen Marktes ist allerdings verglichen mit den anderen Regionen zwischen den Jahren 1964 und 1975 die geringste. Berücksichtigt man, dass in dem betrachteten Zeitraum mehrere Staaten in Afrika neu gegründet wurden und somit schon eine bedeutende Bevölkerungsanzahl bestand, fällt sofort auf, dass Afrika für den brasilianischen Export keine entscheidende Rolle spielte.

Grafik 7.4.E Export Brasiliens nach Regionen zwischen 1964 - 1975

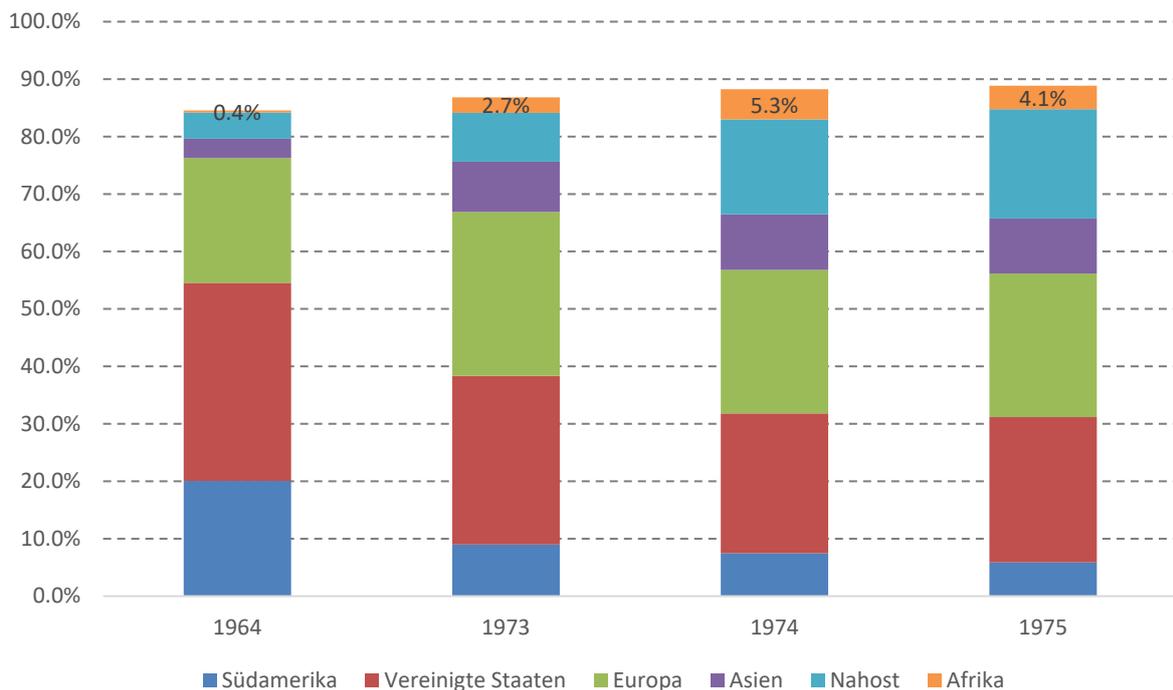


Quelle: Ministério da Economia, kein Datum.

Der brasilianische Import aus Afrika ergab ebenfalls kein besseres Bild, wie die untere Grafik 7.4.F darstellt. Dieser war im Jahr 1964 unter 0,5%, steigerte sich aber bis 1975 kontinuierlich und erreichte zirka 4,0% der gesamten brasilianischen Einfuhr. Trotz dieser Entwicklung belegt Afrika den letzten Platz in dem gesamten brasilianischen Handelsaustausch. Über 50% der

gesamten Wareneinfuhr in dem betrachteten Zeitraum wickelte Brasilien mit den Vereinigten Staaten und Europa ab. Mit dem Nahen Osten wuchs der Handelsaustausch deutlich und im Gegenzug dazu reduzierte dieser sich mit Südamerika bedeutsam. Betrachtet man nochmals die wirtschaftliche Verflechtung Brasiliens und Afrikas in dem Zeitraum, stellt man eindeutig fest, dass diese trotz moderater Steigerung nach wie vor unbedeutend war.

Grafik 7.4.F Import Brasiliens nach Regionen zwischen 1964 - 1975



Quelle: Ministério da Econômia, kein Datum.

Wie die gezeigten Grafiken verdeutlichen, nahm Europa im Gegenteil zu Afrika sowohl für die brasilianische Ein- als auch Ausfuhr einen bedeutenden Platz ein. In diesem Kontext stellt die untere Tabelle 7.4.A den prozentualen Anteil des portugiesischen Außenhandels einschließlich der fünf portugiesischen Kolonien in Afrika dar. Betrachtet man sie zusammen, wird deutlich, dass das gesamte brasilianische Handelsvolumen mit Portugal und seinen Kolonien lediglich einen Anteil zwischen 0,12% und 1,16% hatte. Bedenkt man, dass Europa allein ca. ein Drittel der brasilianische Ein- und Ausfuhr ausmachte, wird rasch klar, dass

Brasilien mit Portugal einen ziemlich insignifikanten Handelsaustausch betrieb. Brasilien und Portugal unterhielten einen stabilen Handelsaustausch, aber das europäische Land bedeutete für den brasilianischen Import nicht mehr als 0,30% und für den Export nicht deutlich über 1,00%. Das Bild mit den portugiesischen Überseegebieten allein ist in dem gleichen Zeitraum noch verheerender. Mit Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe stand der Handelsstrom auf Null. Mit Kap Verde war die Situation nicht deutlich besser. Nur mit Angola und Mosambik erkannte man einen etwas stabileren Handelsaustausch ab den 1970er Jahren. Im Allgemeinen war der Handel mit allen fünf afrikanischen portugiesischen Kolonien noch unbedeutender als mit Portugal.

Tabelle 7.4.A Anteil des portugiesischen Außenhandels einschließlich der portugiesischen Kolonien in Afrika mit Brasilien zwischen 1964 und 1975 (in % vom gesamten brasilianischen Außenhandel)

	1964		1973		1974		1975	
	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export
Angola	0,00	0,00	0,04	0,07	0,01	0,07	0,06	0,07
Guinea-Bissau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kap Verde	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,02	0,00	0,00
Mosambik	0,00	0,00	0,03	0,04	0,02	0,07	0,08	0,01
São Tomé und Príncipe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Portugal	0,12	0,37	0,30	1,14	0,30	0,91	0,24	0,71
Gesamt	0,12	0,37	0,37	1,25	0,33	1,16	0,38	0,79

Quelle: Ministério da Econômia, kein Datum.

Deutlich ist, dass die gesamten brasilianischen und afrikanischen Beziehungen unter der Entfremdung, die nach 1822 stattgefunden und bis zu den 1940er Jahren gedauert hat, nach wie vor spürbar litten. Die Wiederherstellung dieser Beziehungen verlangte eine spezifische

Strategie und, ob die ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika einen besonderen Platz in der brasilianischen Außenpolitik hatten, wird in Kapitel 8 betrachtet. Im Fall Portugals stellten die obigen Daten klar, dass das Mutterland keine besondere Rolle bezüglich einer möglichen wirtschaftlichen Dominanz in den ehemaligen Kolonien in Afrika hatte. Anders ausgedrückt, Portugal verfügte über keinerlei Bonus aus der Kolonialzeit. Schon hier wird deutlich, dass gemeinsame kulturelle Merkmale nicht zwangsweise zu intensiverem Handel führten.

8 Neue politische und wirtschaftliche Kurse der PSS und die Entstehung der CPLP

Die 1980er Jahre brachten bedeutende politische und wirtschaftliche Veränderungen in allen PSS. In den PALOP geschahen verschiedene Ereignisse, die das Schicksal dieser Staaten langfristig prägten. Guinea-Bissau und Kap Verde, die seit ihrer Unabhängigkeit eine gemeinsame Regierung bildeten, beendeten ihre Zusammenarbeit. Dies hatte Folgen, die insbesondere die politische Entwicklung in Guinea-Bissau dauerhaft negativ beeinflussten. Die politische Lage in Mosambik und in Angola blieb angespannt und beide Länder litten unter den Bürgerkriegen. Abgesehen von Portugal, wo sich die Demokratisierung durch die starke Unterstützung der EWG konsolidiert hat, war das politische Bild innerhalb der PSS nach wie vor und überwiegend durch Instabilität geprägt. In Brasilien nahm die Demokratisierung des Landes Fahrt auf, die durch eine Debatte über die wirtschaftliche Rolle des Staates begleitet wurde. Parallel dazu engagierten sich Portugal und Brasilien immer intensiver um die Gestaltung einer Gemeinschaft der PSS.

Die Demokratisierung Brasiliens war ein langer politischer Übergang, der sich erst in den 1990er Jahren verankert hat, und neue Perspektiven in der Außenpolitik mit sich brachte. Die Verstärkung der Beziehungen zu Portugal und den PALOP blieb eine Priorität, was die Teilnahme an Friedensmissionen in Angola und Mosambik verdeutlichte. In Afrika erlebten alle fünf PSS in den 1990er Jahren eine Art Demokratisierung, die zum Ende des Einparteiensystems führte. Diese Tendenz war auch auf die neue internationale Lage zurückzuführen, da vor allem die damalige UdSSR ihre Außenpolitik änderte. Parallel dazu gewann die Gründung einer Gemeinschaftsorganisation der PSS, die sich um die Beziehungen untereinander kümmern sollte, immer mehr Befürworter. Dies war besonders im Interesse

Brasiliens und Portugals, die eigens dafür eine spezielle Strategie ausarbeiteten. Von zentraler Bedeutung war der Beitritt Portugals zu der Europäischen Gemeinschaft, was dem Land ein neues Gewicht sowohl innerhalb der PSS als auch in Europa verschaffte.

Auf internationaler Ebene lösten die Bürgerkriege in Angola und in Mosambik eine besondere Beobachtung aus. In diesem Kontext ist zu sehen, dass sich sowohl Brasilien als auch Portugal innerhalb der Vereinten Nationen bemühten, die Konflikte beizulegen, was ein langwieriges Verfahren war. Der mosambikanische Konflikt fand sein Ende erst im Jahr 1994. In Angola dauerte der Bürgerkrieg noch wesentlich länger und erst im Jahr 2001 haben sich die Parteien auf einen Friedensvertrag geeinigt. Brasilien und Portugal nahmen an den Friedensmissionen der Vereinten Nationen in Mosambik und Angola teil und damit verankerten sich ihre Beziehungen zu beiden Staaten. Trotz der politischen Instabilitäten in den beiden afrikanischen Staaten ergriffen die PSS geeignete Maßnahmen, um ihre Beziehungen untereinander zu institutionalisieren.

Die politischen Veränderungen in allen PSS und auch die neue politische internationale Lage der späteren 1980er Jahre, die sich in den 1990er Jahren konsolidierten, eröffneten neue Perspektiven für ihre gegenseitigen Verflechtungen. Auch Brasilien und die PALOP suchten in dieser Zeit neue Allianzen mit dem Ziel, überwiegend ihre regionalen Verbindungen zu stärken. Im Vordergrund standen vor allem wirtschaftliche Ziele. Brasilien schloss sich den

Mercosur¹²⁴ an. Die PALOP traten dem Wirtschaftsverband ACP bei und öffneten damit wieder den wechselseitigen Handelsweg zum europäischen Markt. Diese Entwicklung hatte selbstverständlich Auswirkungen auf die politische Architektur und schränkte die Möglichkeiten der PSS-Gemeinschaft ein.

8.1 Die politische Entwicklung der PSS

Die Demokratisierung in den PSS hatte ihren Anfang in Portugal mit der Nelkenrevolution. Portugal erlebte einen drastischen politischen Transformationsprozess und tiefgreifende wirtschaftliche Reformen. Viele der angestrebten Ziele der Nelkenrevolution wie z.B. die Agrarreform, bessere soziale Bedingungen und eine Vertiefung des Arbeitsschutzes, die in der Verfassung verankert waren, scheiterten. Mit der Verfassungsrevision im Jahr 1988 wurden die sozialistisch geprägten Ziele aufgehoben. Trotz dieser Entwicklung festigte sich die Demokratie Portugals, wofür Lissabon allerdings ausländische Unterstützung suchte. Diese beschränkte sich nicht nur auf die politische Ebene, sondern es war auch wirtschaftliche Hilfe notwendig. Da das Land innerhalb der PSS diese notwendige Hilfe nicht finden konnte, wandte man sich teilweise an die EWG. Es war diese Zusammenarbeit, die das Schicksal Portugals mitbestimmte (vgl. Bernecker & Herbers, 2013, S. 316ff.). Der Beitritt in die EWG im Jahr 1986 veränderte definitiv die Rolle sowohl gegenüber den europäischen Partnern als auch

¹²⁴ Mercosur oder Mercosul steht für Mercado Común del Sur (auf Spanisch) oder Mercado Comum do Sul (auf Portugiesisch) ist ein gemeinsamer Markt in Südamerika. Mit dem Vertrag von Asunción am 26.3.1991 wurde eine regionale Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet, welche am 1.1.1995 in Kraft trat. Die Fläche aller Mitglieder zusammen beträgt 14.869.775 km² mit einer Bevölkerung von ca. 295 Mio. Menschen. Die Organisation hat verschiedene Ziele u.a. die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die Schaffung eines gemeinsamen Außenzollsystems, den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen sowie die Errichtung einer Zollunion. Siehe Mercosur, kein Datum.

gegenüber den PSS. Wie Tiago Sá betont, wurde Portugal Teil des Allianzsystems der EWG und damit musste das Land seine Beziehungen zu den PSS abermals überdenken (vgl. Sá, 2016, S. Kap. II). Das Beitrittsverfahren dauerte mehr als zehn Jahre, und schon im Jahr 1983 betonte der portugiesische Außenminister Jaime Gama während eines offiziellen Besuches in Kap Verde die Notwendigkeit, im Hinblick auf die EWG die Beziehungen der PSS untereinander auf eine neue Basis zu stellen (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 335). Es verging noch eine Weile, bis die anderen PSS diesen Weg ebenfalls aufnahmen.

Der Demokratisierungsprozess erreichte Brasilien ab den 1970er Jahren und politische Änderungen fanden allmählich statt. Diese konsolidierten sich erst in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten. Das Jahr 1979 war ein einschneidendes Datum, da die militärische Regierung die politischen Rechte der Bürger sowie der Organisationen wieder erlaubte. In diesem Kontext profitierten vor allem die politischen Parteien und die Institutionen, da sie die gnadenlosen Repressionen nicht mehr befürchten mussten. In den 1980er Jahren wurden mehrere gesetzliche Änderungen eingeführt, die nach neunzehn Jahren militärischer Diktatur zunächst die indirekte Wahl eines Zivilisten zum Präsidenten im Jahr 1985 erlaubten. Seine erste nationale exekutive Machtphase war eine Art Übergangsregierung bis zur nächsten direkten Wahl im Jahr 1989. In einem Zwischenschritt fanden im Jahr 1986 direkte regionale sowie parlamentarische Wahlen statt. Das neue Parlament beschloss im Jahr 1988 eine neue Verfassung.

Auch wenn sich Brasilien innenpolitisch veränderte, so blieb die Außenpolitik stabil. Die Annäherung an die PALOP wurde fortgesetzt. Dieses Engagement führte zum ersten Gipfeltreffen der Staatschefs der PSS im Jahr 1989. Es ging vor allem um die Standardisierung und Einheit der Sprache, die in die Gründung des „Institutes der portugiesischen Sprache“

mündete (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 335f.). Im gleichen Jahr fanden die ersten freien Wahlen auf allen Ebenen statt und der neue Präsident wurde Fernando Collor de Melo. Dieser hatte eine sehr dünne parlamentarische Basis sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus. Während seiner Amtszeit erlebte Brasilien innenpolitisch eine verheerende instabile Zeit, die erst im Jahr 1992 beendet wurde, als der Präsident aufgrund eines Amtsenthebungsverfahrens zurücktrat. Selbstverständlich haben sich diese innenpolitischen Turbulenzen auf die Außenpolitik ausgewirkt, allerdings wurde die bis dahin eingeschlagene Richtung beibehalten. Zwei Ereignisse fanden in dieser Zeit erstmalig statt, die beide von historischer Bedeutung waren. Das eine ist der erste brasilianisch-portugiesische Regierungsgipfel im Jahr 1991 (vgl. Ministério das Relações Exteriores, 1995, S. 279ff.). Das zweite ist der Besuch des brasilianischen Präsidenten in Angola (vgl. José, 2011, S. 219).

In den 1980er Jahren fanden diverse Ereignisse statt, die auf den politischen Kurs in allen PALOP Einfluss genommen haben. In diesen Ländern gab es innenpolitisch Forderungen nach dem Ende des Einparteiensystems. Oppositionelle Gruppierungen, deren politische Existenz offiziell nicht erlaubt war, wurden entweder von Drittstaaten und/oder durch Einheimische im Ausland finanziell unterstützt. Die Opposition war ausreichend gut organisiert, um die politische Entwicklung zu beeinflussen. Regionale Bedingungen spielten zusätzlich eine wichtige Rolle, die langfristig vor allem Frieden in Angola und in Mosambik ermöglichten. Nicht zuletzt führte die Entschärfung des US-amerikanisch-sowjetischen Konflikts dazu, dass die PALOP ihre Allianzpolitik überdenken mussten. In diesem Zusammenhang spielte die Außenpolitik der ehemaligen Sowjetunion ab der Regierung Michael Gorbatschows eine zentrale Rolle, indem das Land seinen Präsenz bzw. Unterstützung der sozialistischen Bewegungen in Afrika reduzieren wollte. Auch das Ende der Regierung Ronald Reagans in den

Vereinigten Staaten im Jahr 1989 führte zu bedeutender Entspannung der internationalen Lage. Zeitnah änderten sich die Machtverhältnisse im Großteil Afrikas (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 216f.). Wenngleich in allen PALOP aufgrund der dargestellten Ereignisse politische Reformen stattfanden, entwickelten sich diese in einer sehr unterschiedlichen Intensität. Nicht in allen PALOP führten die Reformen zur Demokratisierung; es fand nur eine Art Demokratisierung statt, die spezifisch auf jeden Staaten ausgerichtet war. In diesem Kontext sollten die Beziehungen der PALOP mit Brasilien und Portugal analysiert werden. Da sich die fünf PALOP aus innenpolitischer Sicht sehr unterschiedlich darstellten, ist es opportun, die politische Lage in jedem dieser Staaten etwas ausführlicher zu betrachten.

Guinea-Bissau erlebte eine sehr instabile innenpolitische Entwicklung seit Beginn der 1980er Jahre. Nach dem erfolgreichen Nationalbildungsprozess in den 1970er Jahren wurde die politische Lage allmählich undurchsichtig. Die führende und einzig erlaubte Partei war die PAIGC, die unter sozialistischer Ideologie den Staat verwaltete. Die Regierung war bestrebt, eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einzuführen, die durch verschiedene Maßnahmen gefördert wurde, aber aus unterschiedlichen Gründen misslang. Wie Patrick Chabal betont, spielte die ideologische Frage in Guinea-Bissau eine Nebenrolle (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 69ff.). Beispiel dafür ist der Beitritt des sozialistisch orientierten Landes bereits im Jahr 1975 in das AKP-System, welches Guinea-Bissau allerdings mit der kapitalistischen geordneten EWG verband (vgl. Glaser, 1990, S. 27). Auch wurde das Land Mitglied in der regionalen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS. Diese Entscheidungen verdeutlichten, wie widersprüchlich die Wirtschaftspolitik des Landes war. Eine deutliche politische Richtung der Regierung Guinea-Bissaus war nicht erkennbar. Trotz der

beabsichtigten sozialistischen Umwandlung des Landes, war eine strikte Allianz zu sozialistischen Staaten nicht gegeben.

Die politische Unruhe in Guinea-Bissau erreichte ihren Höhepunkt, als sich die Konflikte zwischen kapverdischen und einheimischen Regierungsvertretern zuspitzten. Dies bedeutete nicht nur das Ende der gemeinsamen Regierung, sondern den Anfang einer Diktatur in Guinea-Bissau, die von dem Militär João Bernardo Vieira geleitet wurde. Noch in den 1980er Jahren wurden wirtschaftliche Reformen durchgeführt, die vor allem aufgrund internationaler Forderungen stattgefunden haben. Diese führten zu wirtschaftlicher Liberalisierung und wirkten sich später auf die politische Entwicklung des Landes aus. In diesem neuen Zusammenhang ist zu sehen, dass der Dialog mit Brasilien gesucht wurde und der Präsident von Guinea-Bissau bzw. Diktator João Bernardo Vieira im Jahr 1984 das Land besuchte (vgl. Corrêa, 2012, S. 531). Die Diktatur in Guinea-Bissau bestand bis 1994, die allerdings die verschiedenen inneren Konflikte nicht überwinden konnte. In diesen vierzehn Jahren war die Regierung nicht in der Lage, staatliche Infrastruktur auf- und auszubauen. Der Staatsapparat verfiel mehr und mehr. Anfang der 1990er Jahre erfolgte die bedeutendste politische Verfassungsänderung Guinea-Bissaus, die unter der neuen internationalen Ordnung stattfand. Die Einführung des Mehrparteiensystems ermöglichte die ersten freien Wahlen im Jahr 1994 (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 70).

Auch Kap Verde erfuhr deutliche politische Änderungen ab den 1980er Jahren. Nach der politischen Trennung von Guinea-Bissau wurde die alte PAIGC im Jahr 1980 umgewandelt in die neue PAICV. Zunächst gab es keine Reformen des politischen Systems und die sozialistisch-autoritäre Einparteienregierung wurde fortgesetzt. Sowohl die innen- als auch die außenpolitische Lage Kap Verdes wurde durch die klimatischen Bedingungen entscheidend

beeinflusst. Die zehn Inseln litten und leiden noch heute unter langen Dürreperioden, was sich vor allem auf die Nahrungsversorgung der Bevölkerung negativ auswirkte. Diese Tatsache machte das Land seit seiner Gründung von internationaler Hilfe abhängig. Gleichwohl verfügt Kap Verde über eine hervorragende geostrategische Position im Atlantik, welche auf internationaler Ebene sehr begehrt ist und zum Vorteil des Landes sein kann. Aus diesen Gründen verfolgte die kapverdische Regierung von Anfang an eine Neutralitätspolitik, die die Beziehungen zu allen Staaten der Welt suchte (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 71), was bedeutet, dass kein Isolationismus oder ähnliches angestrebt wurde. Ein Beispiel dafür ist die regionale Politik Kap Verdes. Schon nach der Unabhängigkeit schloss sich das Land der regionalen wirtschaftlichen Organisation ECOWAS an. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre signalisierte die PAICV zunächst wirtschaftliche und später politische Reformen, die dem politischen Schicksal des Landes völlig neue Wege ebneten. Das Land suchte neue wirtschaftliche Partner. Bereits im Jahr 1980 trat Kap Verde dem AKP-System bei. Im Jahr 1990 wurde das Mehrparteiensystem eingeführt und die ersten freien Wahlen fanden ein Jahr später statt. Im Gegensatz zu allen anderen PALOP erzeugten die politischen Reformen keine großen Instabilitäten und Kap Verde entwickelte sich positiv.

Die Inselgruppe São Tomé und Príncipe wurde nach der Unabhängigkeit ebenfalls zu einem sozialistisch geprägten Staat. Die einzig erlaubte regierende Partei war die MLSTP. Die Außenpolitik des Landes suchte zwar die Verbindungen mit sozialistischen Staaten wie Kuba, Angola und der UdSSR, aber São Tomé und Príncipe wurde noch in den 1970er Jahren Mitglied des IWF sowie der Weltbank und trat 1980 dem AKP-System bei. Die innenpolitische Lage war zunehmend angespannt, da die Regierung immer repressiver und autoritärer wurde. Auch innerhalb der MLSTP wuchs die Unzufriedenheit der Mitglieder und ab 1985 begannen die

wirtschaftlichen und politischen Reformen. 1990 wurde durch eine Volksabstimmung eine neue Verfassung ratifiziert, die dem Mehrparteiensystem zustimmte. Bei diesem Verfahren hatte die portugiesische Regierung stark mit São Tomé und Príncipe kooperiert. 1991 durften die Bürger das erste Mal frei wählen (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 305ff.).

Die politische Geschichte Mosambiks nach der Unabhängigkeit ähnelte dem Verlauf der anderen PALOP. Die FRELIMO gründete den Staat auf sozialistischer Basis und das Land wurde ein Alliiertes der UdSSR. Die Planwirtschaft wurde eingeführt und die Entwicklung war bis Anfang der 1980er Jahre eher positiv (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 203). Aufgrund von Misswirtschaft, Trockenheit und Mangel an verschiedener staatlicher Infrastruktur erlebte das Land eine ernsthafte Agrarkrise, die zu einer Hungersnot führte und in deren Folge in den 1980er Jahren internationaler Hilfe bedurfte. Die RENAMO verstärkte den bereits laufenden Bürgerkrieg, wodurch sie die Regierung weiter herausforderte und die Situation noch prekärer machte. Sie führte einen Guerillakrieg mit allen möglichen Mitteln, der zum Ziel hatte, die Infrastruktur des Landes lahm zu legen und vor allem dem Ansehen der FRELIMO zu schaden. Die vorgefundene Infrastruktur selbst war schon sehr defizitär und die Regierung war nicht in der Lage, weder die Agrarkrise zu überwinden noch die gewalttätigen Aktionen der RENAMO zu stoppen. Mehr und mehr versank Mosambik im Chaos. Für die Überwindung der Krise spielte die Lösung des Konflikts mit der RENAMO eine zentrale Rolle, was allerdings von internationalen Verhandlungen abhing.

Bezüglich der Außenpolitik suchte die FRELIMO zunächst eine gewisse Neutralität und stand der Bewegung blockfreier Staaten nah. Die brisanteste Problematik der mosambikanischen Außenpolitik war die Unterstützung der Opposition sowohl durch Rhodesien als auch durch Südafrika. Die von weißen Siedlern dominierten Minderheitsregierungen Rhodesiens (später

Simbabwe) und Südafrikas beabsichtigten, dieses mosambikanische Vorgehen zu unterminieren. In dieser Strategie spielte die RENAMO die zentrale Rolle, wie bereits in Kapitel 6 erwähnt. Als Rhodesien im Jahr 1980 unabhängig und Mugabe Präsident wurde, gewann die FRELIMO einen neuen Alliierten. Südafrika wurde zum wichtigsten Unterstützer der RENAMO (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 210). Mit dem Ziel, den bewaffneten Konflikt mit der RENAMO sowie die Krise zu überwinden, suchte die mosambikanische Regierung internationale Unterstützung und bereitete gleichzeitig tiefgreifende wirtschaftliche Reformen vor. Diese führten im Jahr 1983 zu einer neuen wirtschaftlichen Ordnung und das Land trat ein Jahr später sowohl dem IWF als auch dem AKP-System bei. Dadurch entfernte sich Maputo von den kommunistischen Staaten. Für seine Verhandlungen mit Südafrika hinsichtlich eines Friedensvertrages fand das Land Unterstützung durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Diese Bemühungen mündeten in den Vertrag von Nkomati¹²⁵, der einen Nichtangriffspakt zwischen Maputo und Pretoria beinhaltete. Es kehrte zwar Ruhe zwischen den Ländern ein, aber die Rolle und die Zukunft der RENAMO blieben unklar. Der Bürgerkrieg bestand weiterhin.

Die RENAMO führte den Kampf gegen die FRELIMO fort und zielte darauf ab, sich in eine politische Partei umzuwandeln. Wenngleich die südafrikanische Regierung ihre Unterstützung für die Organisation beendete, finanzierten andere internationale Partner die RENAMO weiterhin. Die geänderte sowjetische Politik bezüglich Mosambik eröffnete ab 1985 eine neue Perspektive, da Moskau vor allem die militärische Unterstützung für die FRELIMO reduzierte (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 220f.). Dies führte zu politischen Reformen in Mosambik, und auf

¹²⁵ Siehe United Nations Peacemaker, 1984.

dem 5. FRELIMO-Parteikongress (1989) verzichtete man auf die sozialistische Staatsform. Dies wiederum bedeutete die Einführung des Mehrparteiensystems, an dem die RENAMO teilnehmen konnte.

Der mosambikanische Bürgerkrieg wurde trotz der neuen politischen Richtung nicht überwunden und weitere Verhandlungen waren dafür notwendig. Durch die Vermittlung der Katholischen Kirche und der italienischen Regierung handelten RENAMO und FRELIMO von 1990 bis 1992 einen Friedensvertrag aus. Dieses Abkommen von Rom – General Peace Agreement (1992) - sah u.a. die Legalisierung der RENAMO sowie freien Wahlen vor. Eine Überwachungs- und Kontrollkommission der Vereinten Nationen wurde ins Leben gerufen - ONUMOZ (United Nations Operation in Mozambique), die verschiedene Aufgaben hatte. Sie kontrollierte nicht nur die Einhaltung der Waffenruhen und die Erfüllung des Friedensabkommens, sondern war auch eine humanitäre Mission bezüglich der nach wie vor bestehenden Hungersnot. Vier portugiesischsprachige Staaten waren Teil der Mission: Brasilien, Guinea-Bissau, Kap Verde und Portugal. Erst 1994 fanden die ersten freien Wahlen in Mosambik statt und damit beendete die internationale Gemeinschaft ihre Arbeit im Land. Die innenpolitische Entwicklung des Landes blieb positiv. International bewegte sich Maputo auf die englischsprachige Gemeinschaft zu und trat im Jahr 1995 *The Commonwealth* bei (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 233f.).

Angola erfuhr von allen PALOP die kompliziertesten sowohl innen- als auch außenpolitischen Herausforderungen. Diese Situation wurde durch die Interventionen verschiedener internationaler Akteure verschärft. Dazu kamen die begehrten Rohstoffreserven des Landes, vor allem das Ölvorkommen und die Diamanten, die Angola ein bedeutendes wirtschaftliches Gewicht auf der Welt verschafften und gleichzeitig den Bürgerkrieg finanzierten. Auf

internationaler Ebene war das Land im Verbund der kommunistischen Welt, aber die wirtschaftlichen Verbindungen mit kapitalistischen Staaten bestanden weiterhin. Diese Entwicklung ist auf die Entscheidung der portugiesischen Regierung zurückzuführen, die ab den 1950er Jahren die Oberhand über das Erdölvorkommen hatte. Aus Mangel an eigenem Kapital wurde das Erdölgeschäft an ausländische Investoren für bestimmte Zeiträume übergeben. Das Ölvorkommen befand sich vor allem in der Provinz Cabinda¹²⁶, wo die angolische Regierung eine besondere wirtschaftliche Zone nach 1975 eingeführt hatte. Dadurch durften ausländische Erdölkonzerne problemlos ihre Tätigkeiten weiter ausüben. Die Regierung Angolas hatte davon erheblich profitiert, indem internationale Devisen bzw. US-Dollars ins Land flossen. Das Konstrukt zwischen sozialistischen und kapitalistischen Welten führte in Angola zu wirtschaftlichen Schwankungen und Krisen (vgl. Menezes, 2000, S. 209ff.).

Angola blieb ein sozialistischer Staat, wo nur die MPLA die staatliche Gewalt ausübte. Wie bereits erwähnt, war der angolische Bürgerkrieg eine weitere Folge des Unabhängigkeitskampfes und sowohl regionale als auch internationale Interessen spielten eine zentrale Rolle. Anfang der 1980er Jahre war ein Ende des Bürgerkriegs noch nicht in Sicht, erst als sich die internationalen und regionalen Voraussetzungen änderten, wurden Friedensverhandlungen möglich. Dafür spielten sowohl die US-Regierung von Ronald Reagan (1981 – 1989) als auch die von Michail Gorbatschow (1985 – 1991) in der ehemaligen UdSSR eine zentrale Rolle. Beide Regierungen verfolgten neue Ziele bezüglich ihrer jeweiligen

¹²⁶ Cabinda ist die nördlichste Provinz Angolas und stellt eine Enklave dar, die zwischen der Republik Kongo und der Demokratischen Republik Kongo liegt. Seit der Unabhängigkeit Angolas fordert die separatistische Bewegung FLEC (Befreiungsfront für die Unabhängigkeit von Cabinda) die Unabhängigkeit. Immer wieder kommt es zu Konfrontationen zwischen der angolischen Armee und dem bewaffneten Flügel der FLEC. Dieser verübte verschiedene Anschläge, wie beispielsweise der Beschuss der togolesischen Fußballmannschaft am 08.01.2010 an der Grenze zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Cabinda. Dies geschah während der Afrika-Cup in Angola stattfand. Siehe Deutsche Welle, 2010.

außenpolitischen Ambitionen, die ihre Afrikapolitik deutlich änderten. Auf regionaler Ebene spielte Südafrika in dieser Zeit die zentrale Rolle, um verschiedene Konflikte im südlichen Afrika zu lösen. In dem angolanischen Bürgerkrieg unterstützte Pretoria die UNITA. Südafrika begründete seine Angola-Politik damit, da die angolansische Regierung das Ende der Besatzung in Namibia durch Südafrika unterstützte. Aus Angola konnte die namibische Unabhängigkeitsorganisation Namibias South West Africa People's Organisation (SWAPO) agieren. Außerdem befürchtete die südafrikanische Regierung, ihre Rolle als regionale Macht zu verlieren sowie den weiterhin bestehenden kommunistischen Einfluss in der Region (vgl. Chabal, et al., 2002, S. 84f.). Vor allem Angola hatte durch seine Rohstoffreserven das Potenzial, die wirtschaftliche Rolle Südafrikas zu gefährden. Die MPLA ihrerseits wurde von der UdSSR und Kuba unterstützt. Die Präsenz der kubanischen Armee in Angola, die die Macht und Kontrolle der MPLA über Großteile des Territoriums gesichert hatte, machte jegliche Verhandlung zwischen MPLA und UNITA noch komplizierter. Voraussetzung für das Ende des angolanischen Bürgerkriegs waren die sofortige Beendigung der Unterstützung von Südafrika und Kuba für jegliche angolansische Parteien sowie die endgültige Unabhängigkeit Namibias. Zusätzlich musste die MPLA u.a. eine politische Reform einführen, die das Mehrparteiensystem garantierte und somit die UNITA legalisierte. Diese Entwicklung wurde erst möglich, nachdem die amerikanische und die sowjetische Regierung den Verhandlungen über diese Vereinbarungen zustimmten.

Die Gespräche zwischen den Regierungen Angolas, Kubas, den USA und Südafrikas fanden im Jahr 1988 statt. Verschiedene Protokolle wurden unterschrieben, die die Abzüge sowohl kubanischer Truppen aus dem angolanischen Territorium als auch südafrikanischer aus dem namibischen Gebiet vorsahen. Unter den wichtigsten Dokumenten war das Protokoll von

Brazzaville¹²⁷ (1988), da alle Parteien ihr Einverständnis erklärten, den Friedensprozess zu fördern (vgl. Weigert, 2011, S. 89ff.). In diesem Kontext spielten die Vereinten Nationen eine zunehmend zentrale Rolle, da die Organisation die Erfüllung der ratifizierten Verträge beobachten sollte. Dafür sah die Resolution 626 (1988) vor, dass die Kontrollmission - *United Nations Angola Verification Mission* (UNAVEM) – gegründet werden musste. Ab diesem Moment nahmen Portugal und Brasilien eine führende Rolle ein, indem beide Staaten bedeutende Beiträge für diese Mission leisteten. Für den gesamten Zeitraum der Mission stellte Brasilien die Leitung der Blauhelme. Die UNAVEM ebnete den Weg für die notwendigen Verhandlungen zwischen UNITA und MPLA und im Jahr 1991 waren die Ergebnisse so weit, dass der Bicesse-Vertrag in Portugal unterschrieben werden konnte. Dieser Vertrag sah freie Wahlen im Jahr 1992 in Angola vor und die Gründung einer vereinten Armee, in die Mitglieder der UNITA eintreten konnten (vgl. Weigert, 2011, S. 105f.). Dazu wurde die UNAVEM II ins Leben gerufen, die die Erfüllung des Vertragsinhalts kontrollieren sollte.

Wenngleich die erste UNAVEM ihre Ziele erreichte, scheiterte die zweite UNAVEM rasch. Bei dieser aus einer Troika bestehenden Mission war Portugal eines der Mitglieder. Brasilien steuerte verschiedene militärische und medizinische Infrastrukturen bei. Die Vereinbarungen des Bicesse-Vertrags konnten nicht erfüllt werden, da u.a. die Differenzen zwischen UNITA und MPLA unüberwindbar waren, und erneut brach ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Parteien aus. Die negative politische Entwicklung sowie die gescheiterte Aufnahme von UNITA-Mitgliedern in die gemeinsame Armee führten zu einem gewaltigen Dissens. Hinzu kam, dass die UNAVEM II über zu wenige finanzielle und personelle Mittel verfügte, um die

¹²⁷ Verfügbar unter: <https://peacemaker.un.org/angola-protocole-brazzaville88>

gewaltigen Aufgaben bewältigen zu können. Neue Verhandlungen waren notwendig und erst im Jahr 1994 haben sich UNITA und MPLA über ein neues Protokoll geeinigt. Dies war das Protokoll von Lusaka, das zu einer weiteren Mission führte. Die UNAVEM III wurde im Jahr 1994 beschlossen und ihr Ziel war wiederum die Kontrolle der Erfüllung des erwähnten Protokolls (vgl. Weigert, 2011, S. 130). Noch einmal spielten Brasilien und Portugal eine wichtige Rolle. Brasilien leistete einen noch größeren Beitrag und schickte mehr als tausend Militärs und Fachleute verschiedener Bereiche nach Angola. Trotz aller Bemühungen bestand der Konflikt weiterhin.

Die Rolle Brasiliens und Portugals innerhalb des Friedensprozess trug selbstverständlich zu politischen Änderungen in Angola und Mosambik bei. Durch die geschilderten Ereignisse war die politische Lage in den PSS in den 1990er Jahren eine völlig andere als in den 1980er Jahren. Auch hatte die neue internationale Konstellation, wie beispielsweise das Ende des Kalten Krieges, unterschiedliche Folgen auf die Beziehungen der PSS untereinander. Diese erschienen in einem neuen Fokus. Die politischen Wechselkurse in allen PALOP ermöglichten neue Perspektiven und Partnerschaften. Die Einführung liberaler Demokratien in allen PSS brachte endlich eine einheitliche Basis mit sich zur Verwirklichung einer seit Langem angestrebten gemeinsamen Institution.

8.2 Der Weg bis zur Gründung der CPLP

Seit den Unabhängigkeiten der PALOP mussten die PSS ihre Beziehungen neu aufbauen. Diese Entwicklung wurde schon teilweise beschrieben. Eine zentrale Frage dieser Staaten war, wie sie ihre gemeinsame Vergangenheit und die Vorteile, die diese Tatsache mit sich bringt, besser nutzen konnten. Bis dahin waren die Beziehungen auf bilateraler Basis aufgestellt. Die erlebten Gemeinsamkeiten rechtfertigten von sich allein die Verstärkung ihres Dialogs, und

eine der Möglichkeiten war die Gründung einer Organisation, die sich ausschließlich mit ihren gemeinsamen Interessen beschäftigt. Allerdings war die immer wieder propagierte gemeinsame Geschichte überwiegend durch negative Erfahrungen geprägt. Seit der Unabhängigkeit der PALOP haben sich sowohl Portugal als auch Brasilien enorm bemüht, die Verbindungen zu diesen Staaten zu verbessern und aufzubauen. Besonders die Beziehungen der PALOP mit Portugal standen im Schatten der Kolonialzeit. Im Falle Brasiliens waren die Kontakte zu den PALOP nicht unproblematisch. Die brasilianische Unterstützung Portugals während der Kolonialkriege geriet in den späteren 1980er Jahren zwar in den Hintergrund, diese hatte aber dazu geführt, dass die PALOP zunächst Brasilien nicht als Partner berücksichtigten. Auch die jahrhundertlange Brasilienpolitik Lissabons, die seit dem Jahr 1825 die direkten Kontakte zwischen den Kolonien und Brasilien verbot, trug zu einer tiefen Entfremdung bei. Die PALOP und Brasilien mussten ihre Beziehungen fast von Null an beginnen, gerade so, als wäre die gemeinsame Vergangenheit inexistent. Aus Sicht der Brasilianer beschränkten sich die historischen afrikanischen Beiträge zur Entwicklung ihres Landes vor allem auf die kulturelle Ebene. Dieses Argument, dass Brasilien eine afroportugiesische Identität besitzt, verlieh dem Land eine besondere Legitimität innerhalb der Gemeinschaft. Diese Ansicht bezieht sich besonders auf die Arbeit von Gilberto Freyre, was im Kapitel 5 behandelt wurde.

Während der 1980er Jahre wurde deutlicher, dass sowohl Portugal als auch Brasilien ihren Beziehungen unter Einbindung der PALOP eine neue Architektur geben wollten. Das war eine nachvollziehbare Entwicklung, da sich die Gewichte auf internationaler Ebene rasant verschoben hatten. Vor allem in den 1990er Jahren schien es, dass sich der Multilateralismus durchsetzen würde und folglich gewannen die internationalen Organisationen zunehmend an

Bedeutung. Regionale Zusammenschlüsse spielten eine bedeutendere Rolle. Für die PSS eröffnete die internationale Lage neue Perspektiven, die ihre Partnerschaft untereinander vorantreiben konnten (vgl. Cervo & Magalhães, 2000, S. 331-336). Einen besonderen Stellenwert nahmen die innenpolitischen Veränderungen in allen PSS ein, nämlich die Reduzierung des kommunistischen Einflusses vor allem in Mosambik und Angola sowie die Demokratisierung Brasiliens. Dies hat den Dialog auf gleicher Ebene ermöglicht. Allerdings hatten alle PSS wenig Erfahrung mit einem demokratischen System. Die Demokratisierungsprozesse waren zwar noch nicht abgeschlossen, aber die Signale zielten auf eine positive innenpolitische Zukunft. Ein weiterer wichtiger Punkt waren die Friedensprozesse sowohl in Mosambik als auch in Angola, zu denen alle PSS mehr oder weniger beigetragen haben, indem sie ihre Regierungsinstitutionen zusammenbrachten. Ein Klima des gegenseitigen Vertrauens wurde erzeugt und dieses schuf die Basis zur Förderung einer Debatte über ihre Beziehungen untereinander. Der Gründung einer regionalen Organisation stand kein Hindernis mehr entgegen, allerdings das Ethos bzw. das Leitmotiv der Institution musste noch definiert werden. Wenngleich das Ziel so einer Organisation bereits aus dem 19. Jahrhundert stammte, stellte nunmehr die Entstehung unabhängiger portugiesischsprachiger Staaten in Afrika die Länder Brasilien und Portugal vor neuen Herausforderungen. Das Hauptargument für die Organisationsgründung war aus Sicht Portugals und Brasiliens die gemeinsame Sprache bzw. die kulturellen Hintergründe, was aber aus dem Blickwinkel der PALOP aus unterschiedlichen Gründen sehr umstritten war. Deshalb wurden Begriffe wie Lusofonie, Lusophone u.a. schnell abgelehnt, da sich diese ausschließlich auf rein portugiesische kulturelle Hintergründe beziehen. In dieser Hinsicht mussten sich alle PSS auf die neuen Bedingungen einlassen, damit die Gründung einer gemeinsamen

Organisation realisiert werden konnte. Unmissverständlich war dieses Vorhaben eine Priorität von Lissabon und Brasilia, von dem die PALOP noch überzeugt werden mussten.

Das Leitmotiv der neuen Organisation war allerdings zwischen den portugiesischen und brasilianischen Regierungen nicht einvernehmlich, da beide Staaten unterschiedliche Gründe bewogen. Portugal hatte seit der Nelkenrevolution die Außenpolitik neu ausgearbeitet, in der die PSS einen spezifischen Platz einnahmen. Jahrhundertlang war die internationale Bedeutung Portugals durch die Kolonialgebiete gegeben, erst am Ende des 20. Jahrhunderts war das Land damit konfrontiert, sich nunmehr allein auf der internationalen Bühne zu präsentieren. Diese vergangene Stärke sollte durch ein neues Format wieder ins Spiel gebracht werden. Eine Gemeinschaft der PSS würde die Bedeutung Portugals vor allem gegenüber der EG erneut aufwerten, indem nicht nur das Gewicht der portugiesischen Sprache in den Vordergrund gelangte, sondern auch das wirtschaftliche Potenzial der Mitgliederstaaten. Die Vernetzung Portugals mit den PALOP war schon durch wirtschaftliche Interessen aus der Vergangenheit gegeben, was die Gründung einer Gemeinschaft erleichterte. Im Falle Brasiliens musste das Land diese noch aufbauen, was seit den 1970er Jahren im Gange war. Diese Afrikapolitik wurde fortgesetzt und verfolgte verschiedene Ziele, beispielsweise neue kommerzielle Partner zu gewinnen. Mit den PALOP suchte das südamerikanische Land eine privilegierte Partnerschaft, die wiederum auf den vergangenen engen Verbindungen basieren sollte. Dies war einer der Gründe, weshalb die brasilianische Regierung die Bemühung Portugals unterstützte, eine Organisation der PSS zu gestalten (vgl. Saraiva, 2012, S. 42-48). Diese Entwicklung erlitt allerdings einen Rückschlag, als Präsident Fernando Collor de Melo (1990-1992) den Kurs der Außenpolitik Brasiliens änderte und dadurch die Beziehungen zu Afrika langsam an Bedeutung verloren (vgl. Saraiva, 1996, S. 217ff.).

Bezüglich der PALOP muss betont werden, dass diese Staaten nach wie vor in den 1990er Jahren damit beschäftigt waren, ihre innenpolitischen Querelen zu lösen. Vor allem Angola und Mosambik waren nach wie vor mit Problemen konfrontiert, die die Frage der nationalen Identität betrafen. In den anderen drei Staaten Kap Verde, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe standen politische Reformen ebenfalls im Vordergrund. Eine Dauerdebatte blieb die Sprachpolitik. In diesem Kontext bot sich Portugiesisch geradezu als gemeinsame Verkehrssprache an, was die Zustimmung der künftigen Organisation der PSS fand. Diese Haltung stellte aber die PSS vor eine weitere Herausforderung: welche Variante der Sprache sollte die dominante und somit führende sein? Allein die Tatsache, dass die Mehrheit der Menschen, die Portugiesisch als Muttersprache hatten, nicht aus Portugal stammte, sondern aus Brasilien, verschaffte dem südamerikanischen Land einen Vorteil. In diesem Bereich konnte Portugal keine leitende Position beanspruchen. Ein Beispiel aus der Kommunikation (Bücher, Fernsehen, Internet) verdeutlicht die Diskrepanz. Allein hinsichtlich der Bevölkerungszahl der beiden Länder wird klar, welche Variante des Portugiesischen dominanter ist.

Allein die Sprache war allerdings nicht der einzige Grund für eine Gemeinschaft der PSS. Politische und wirtschaftliche Themen sollten ebenfalls eine Rolle spielen. Gleichwohl war eine gemeinsame wirtschaftliche Organisation nicht möglich, da bereits alle PSS Mitglieder unterschiedlicher regionaler Wirtschaftsorganisationen waren. Der Handlungsrahmen dieser neuen Organisation war sehr eingeschränkt. Die Option war die Gründung eines Forums, das verschiedene Ziele hatte. Die Statuten der im Jahr 1996 gegründeten CPLP besagen sinngemäß: „die Organisation ist ein privilegiertes multilaterales Forum, das als Ziele die Vertiefung der Freundschaft, die politische und diplomatische Koordinierung und letztendlich

die Förderung der Zusammenarbeit seiner Mitglieder bezweckt“. Eine Intensivierung der politischen Kooperation auf internationaler Ebene stellte sich allerdings in Schlüsselbereichen als besonders schwierig dar, da jedes Mitglied regionale Interessen sowie Abmachungen berücksichtigen musste. Aus diesen Gründen ist das Regelwerk der CPLP sehr allgemein formuliert und die politische und diplomatische Koordinierung soll die Präsenz der Mitglieder in internationalen Institutionen fördern. Die CPLP ist eine beratende Organisation.

Weiterhin hat keines der Mitglieder eine dominante Position. Selbst Portugal als ehemalige Kolonialmacht ist nicht in der Lage, wirtschaftliche oder politische Führung zu beanspruchen. Auch kann keines der Mitglieder eine entscheidende Macht auf das internationale System ausüben. Innerhalb der CPLP kann man auch nicht über einen dominierenden Staat sprechen, selbst wenn Brasilien verschiedene Voraussetzungen dafür hätte.

Die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit nimmt einen besonderen Stellenwert ein, wie Artikel 3 der Statuten bestimmt. In dieser Hinsicht kann festgehalten werden, dass die CPLP zur Aufarbeitung und Neubestimmung einer gemeinsamen Agenda der PSS geführt hat. Die sozioökonomische Entwicklung hat eine zentrale Bedeutung für alle PSS und in diesem Bereich sehen die PALOP ein großes Interesse. Hervorzuheben ist, dass das wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungsniveau der Mitgliedstaaten durch große Unterschiede geprägt ist, was ein asymmetrisches Bild der Gemeinschaft widerspiegelt und die gravierenden sozialen Defizite verdeutlicht. Sie sind nicht in der Lage, die vielen Schwierigkeiten allein zu überwinden und setzen ihre Strategie auf die internationale Zusammenarbeit. Keiner der acht PSS gehört zu den Industrienationen und nach verschiedenen internationalen Vergleichen bezüglich des menschlichen Entwicklungsindex (HDI, Abk. auf Englisch) erreichen sie keinen bedeutenden Stellenwert. Sogar in regionalen

Vergleichen fallen sie oftmals nicht ins Gewicht. In diesem Zusammenhang könnten sie sich durch eine gemeinsame Entwicklungsstrategie besser aufstellen.

Die CPLP stellt ein einzigartiges institutionelles Modell dar, das den intraregionalen Dialog fördert, aber kein bestimmtes Ziel verfolgt. Es ist ein Forum der PSS, in dem sich die Mitglieder freiwillig austauschen können. Die Gründung der Institution erzeugte keine große Aufmerksamkeit, da beispielsweise die Presse kaum darüber berichtete. Deswegen fand sie keine große Resonanz und blieb der Bevölkerung ziemlich unbekannt. Große Euphorie rief die Entstehung der Organisation nicht hervor. Sie signalisierte aber den Anfang einer neuen Zeit, in der die PSS eine Art Experiment ins Leben riefen.

8.3 Einige Aspekte der wirtschaftlichen Verflechtungen der PSS untereinander nach 1975

Der politische Dialog der PSS untereinander hat sich nach 1975 schnell normalisiert und 21 Jahre später wurde die CPLP gegründet. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch hier die Frage, ob die Unabhängigkeit der PALOP sowie die kulturelle Nähe einen Auftrieb für den ökonomischen Austausch innerhalb der PSS gefördert haben. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind einer der Indikatoren, die die Intensität der zwischenstaatlichen Verflechtungen am offensichtlichsten verdeutlichen. In dieser Hinsicht wurden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Brasilien, Portugal und den Kolonien zwischen 1964 und 1975 im Kapitel 7 Abschnitt 7.4 betrachtet. Diese Darstellung hat verdeutlicht, dass sie lediglich eine schwache ökonomische Verflechtung untereinander hatten. Es ist nun weiterhin zu eruieren, wie sich dieses Bild nach 1975 verändert hat.

Nach Samuel P. Huntington arbeiten Länder mit kultureller Nähe auf wirtschaftlicher Ebene miteinander wahrscheinlich enger zusammen. Dieser Ansatz kann auf ehemalige Mutterländer und Kolonien bezogen werden. Ein Grund dafür ist die besondere wirtschaftliche Stelle der damaligen Kolonialmächte gegenüber ihren ehemaligen Kolonien. Während der Kolonialzeit wurden verschiedene rechtliche Regelungen eingeführt sowie menschliche Vernetzungen aufgebaut, die die Verbundenheit der Länder weit über kulturelle Gemeinsamkeiten hinaus zusammenschmiedet. Von der wirtschaftlichen Sicht her konnten sich das Mutterland bzw. seine Unternehmen verschiedene Marktvorteile verschaffen, die sich vor allem durch ein gesteuertes Einkaufsverhalten in den ehemaligen Kolonien widerspiegelten. Konkret bedeutet dies die Kontrolle über unterschiedliche Infrastrukturen wie z.B. Transport- und Kommunikationssysteme, ähnliche technische Regelungen und Standards und die Weiterentwicklung der Marktdominanz. Die Marktbeherrschung wurde während der Kolonialzeit durch eingeführte Produkte in verschiedenen Bereichen durchgesetzt. Die angesprochenen Fakten verschwanden nicht mit der politischen Unabhängigkeit der Kolonien, sondern sie verblieben teilweise dauerhaft im Einflussbereich der Mutterländer. Ob und in welchen Ländern diese Entwicklung anzutreffen war, lässt sich durch die Betrachtung des jeweiligen Handelsaustauschs und der Auslandsinvestitionen der beteiligten Staaten feststellen.

Mit der Entstehung der fünf PALOP sind verschiedene Aufgaben in den Vordergrund gerückt, die sich auf die staatliche Gestaltung bezogen haben. Die innenpolitische Entwicklung der PSS wurde an unterschiedlichen Stellen dieser Arbeit betrachtet. Nach 1975 und in den darauffolgenden Jahren geriet nicht nur die Neuordnung der politischen Beziehungen der PALOP in den Fokus, sondern auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten gewannen neue

Bedeutungen und Perspektiven. Zuerst führten die PALOP sozialistische Reformen ein und alliierten sich mit kommunistischen Staaten, wie in Kapitel 7 Abschnitt 7.3 behandelt wurde. Portugal und Brasilien ihrerseits blieben kapitalistische Staaten. Die politischen und wirtschaftlichen Reformen in den PALOP während der 1980er Jahre führten dazu, dass sich diese Länder an dem kapitalistischen System orientierten und dieses allmählich integrierten. Sie wurden Mitglieder internationaler Organisationen wie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Diese Entwicklung hat eine neue wirtschaftliche Dynamik für die PALOP ausgelöst. Sie suchten zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten sowie Investoren und, um dies zu ermöglichen, war der Beitritt in internationale wirtschaftliche Organisationen wichtig. Als Folge daraus mussten internationale Regelungen in ihr nationales Rechtssystem aufgenommen werden. In diesem Kontext ist zu vermuten, dass Brasilien und Portugal ihre wirtschaftlichen Interessen in den PALOP ebenfalls gelten lassen wollten.

Zuerst aber interessiert das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der PSS zwischen 1975 und 2000, um einen kurzen Blick auf die ökonomische Entwicklung zu werfen. Nach den Daten der Weltbank sind die PSS hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Volumina sehr unterschiedlich.¹²⁸ Brasilien und Portugal stellen die zwei größten Wirtschaftsmächte dar. Unter den PALOP ist Angola die führende Wirtschaftskraft, gefolgt von Mosambik, Kap Verde und Guinea-Bissau. São Tomé und Príncipe verfügt über die kleinste Wirtschaft. Die Daten der Weltbank stehen seit 1960 für Brasilien und Portugal zur Verfügung. Abgesehen von Guinea-Bissau wurden diese für Kap Verde, Angola und Mosambik erst ab 1985 veröffentlicht. Für São Tomé und

¹²⁸ In der Webseite der Weltbank data.worldbank.org stehen u.a. verschiedene wirtschaftliche Daten zur Verfügung. Das Bruttoinlandsprodukt wird häufig angewendet, um die gesamte wirtschaftliche Leistung eines Landes zu messen. Diese wird durch die Summe aller Güter und Dienstleistungen gemessen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und in den Grenzen eines Landes hergestellt/erzeugt werden.

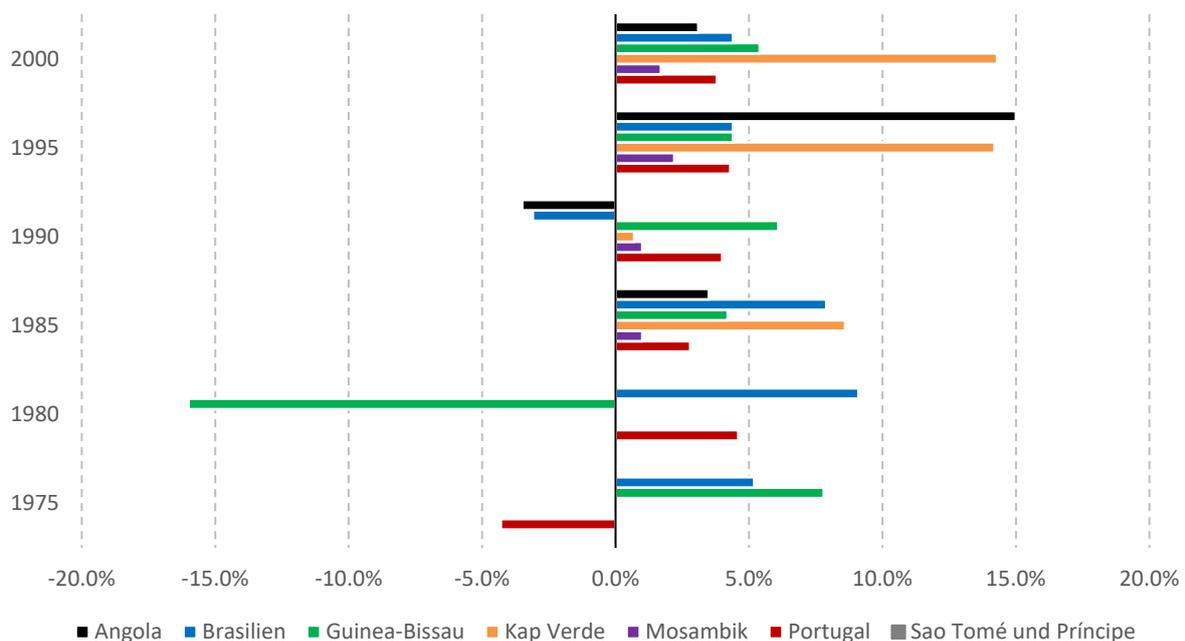
Príncipe sind die Daten sogar erst nach 2000 verfügbar und aus diesem Grund wurden sie in diesem Abschnitt nicht berücksichtigt.¹²⁹ Für diese Arbeit ist der Zeitraum von 1975 bis 2000 interessant, um herausfinden zu können, ob die politische Annäherung der PSS auch von einem bedeutenden gegenseitigen wirtschaftlichen Impuls begleitet wurde.

Die untere Grafik 8.3.A stellt das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes für sechs von acht PSS dar. Überwiegend erfuhren diese Staaten positives Wachstum in dem betrachteten Zeitraum. Die portugiesische Wirtschaft hat sich nach dem negativen Wachstum von 1975 erholt und wuchs ständig bis 2000. Die brasilianische verzeichnete bis 1990 ein starkes Wachstum, danach erlebte das Land eine wirtschaftliche Krise. Diese wurde rasch überwunden, aber Brasilien wuchs nicht mehr so schnell wie Anfang der 1980er Jahre. Die vier betrachteten PALOP wiesen ebenfalls ein überwiegend positives Wachstum aus. Abgesehen von Angola und Guinea-Bissau hatten Kap Verde und Mosambik einen dauerhaften Aufschwung. Vor allem Kap Verde zeigte ein fast spektakuläres Wachstum in den Jahren 1995 und 2000, das über 14% lag. Angola erfuhr 1995 auch ein spürbares Wachstum, aber das Land hatte sehr unterschiedliche Ergebnisse, die teilweise auf die Bürgerkriegsfolgen zurückzuführen waren. In Mosambik verlief die wirtschaftliche Entwicklung kontinuierlich positiv, erreichte aber nie mehr als ca. 2,0%. Guinea-Bissau verzeichnete ein durchweg starkes

¹²⁹ International Bank for Reconstruction and Development auch bekannt als World Bank bzw. Weltbank wurde im Jahr 1944 gegründet und gehört zu den neuen Organisationen der Nachkriegszeit. Die Organisation umfasst kapitalistische Staaten und ihr Hauptziel ist heute die Bekämpfung der Armut und Förderung der sozioökonomischen Entwicklung in Entwicklungsländern. Der Beitritt der PSS in die Weltbank und in den Internationalen Währungsfonds fand in unterschiedlichen Jahren statt. Dieses Bild spiegelt auch die innenpolitische Entwicklung sowie die Außenpolitik der PSS wieder. Das erste PSS-Mitglied der Institution war Brasilien im Jahr 1946. Portugal trat der Organisation erst im Jahr 1961 bei. Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe wurden im Jahr 1977 Mitglieder. Ein Jahr später trat Kap Verde bei. Im Jahr 1984 wurde Mosambik auch ein Mitgliedstaat der Weltbank und Angola erst im Jahr 1989. Sofort nach der Staatsgründung im Jahr 2002 wurde auch Osttimor Mitglied der Organisation.

Wachstum von jährlich ca. 5%, mit Ausnahme von 1980, als eine heftige politische Krise das Land erschütterte und in den folgenden Jahren in eine Diktatur verwandelte. Ob sich das positive Wachstum der PSS in den Handelsströmen untereinander widerspiegelte und sich auch auf die direkten Investitionen untereinander auswirkte, ist zu analysieren.

Grafik 8.3.A Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der PSS zwischen 1975 und 2000



Quelle: The World Bank, kein Datum.

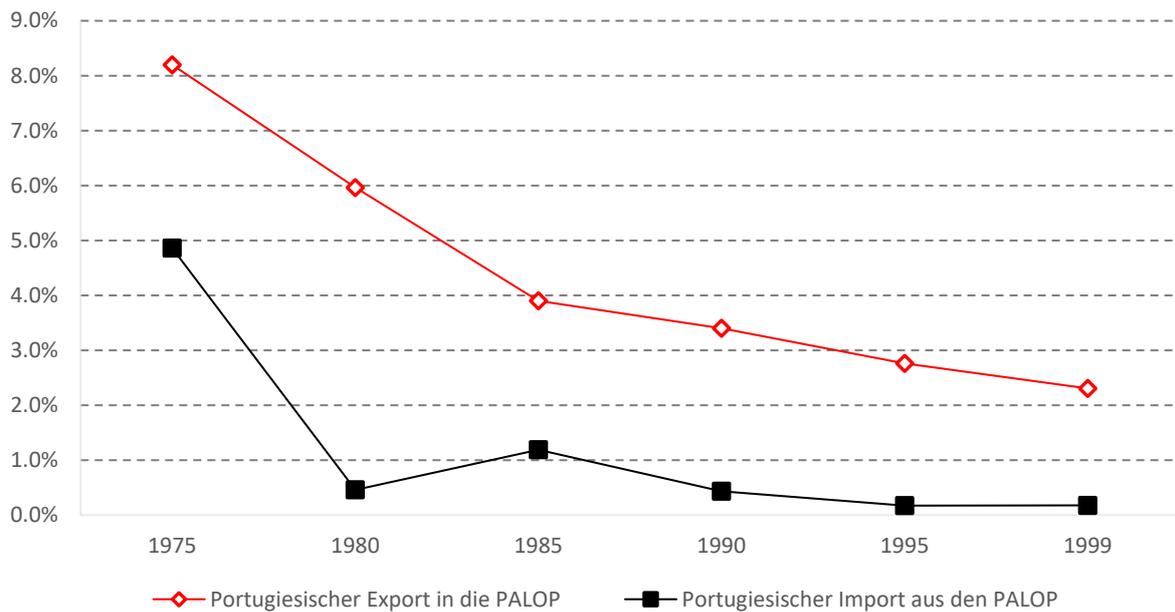
Beschäftigen wir uns mit der Zeit nach dem Jahr 1975, stellt sich die Frage, wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen Portugals, Brasiliens und den fünf ehemaligen afrikanischen Kolonien entwickelt haben. Mit dem Ende der portugiesischen Kolonialzeit eröffneten sich neue Perspektiven für die PALOP, die erstmals eigenständig staatliche Politik betreiben durften. Wie im Abschnitt 7.3 erörtert wurde, hat sich die portugiesische Regierung sehr bemüht, die politischen Beziehungen zu den PALOP zu stabilisieren. In diesem Kontext spielte selbstverständlich die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen auch eine wichtige Rolle. Im Falle Portugals und seiner ehemaligen Kolonien in Afrika haben offensichtlich die

vergangenen bzw. kolonialen wirtschaftlichen Verbindungen kaum eine Rolle gespielt, um die negative Tendenz der 1960er und 1970er Jahre zu stoppen. Wie die Grafik 7.4.F verdeutlicht hat, brach der Außenhandel, und zwar sowohl die Aus- als auch die Einfuhr, zwischen Portugal und den PALOP zwischen 1964 und 1975 völlig ein.

Hier stellt sich dann die Frage, ob sich der Handelsaustausch zwischen Portugal und den PALOP ab 1975 wieder erholt hat. Wird der portugiesische Export in die PALOP in der Grafik 8.3.B betrachtet, wird erkennbar, dass sich die Handelsverflechtungen von 1975 bis 1985 mehr als halbierten. Betrug die Ausfuhr im Jahr 1975 noch ca. 8%, verlor sie weiter an Bedeutung und erreichte im Jahr 1985 die Halbierung. Dieser Negativtrend hat sich weiter fortgesetzt und trotz wirtschaftlicher Reformen in den PALOP betrug der portugiesische Export in diese Staaten insgesamt nicht mehr als ca. 2% im Jahr 1999. Als Fazit ist festzuhalten, dass sich der Export Portugals in die PALOP innerhalb von 24 Jahren von 8% auf 2% reduzierte und somit nur noch ein Viertel seiner ursprünglichen Größe betrug.

Diese Grafik stellt auch den portugiesischen Import aus den PALOP dar, welcher noch schneller an Bedeutung verlor als der Export. Auch in diesem Fall bestätigte sich die Entwicklung der 1960er Jahre, als der portugiesische Import aus den PALOP kontinuierlich sank. Erreichte dieser im Jahr 1975 noch zirka 5%, sank er bereits fünf Jahre später bzw. im Jahr 1980 auf unter 0,5%. Trotz ihrer jeweiligen Wachstumszuwächse bis 1985 konnten die fünf PALOP zusammen den negativen Trend nicht aufhalten. Ab 1985 bis 1999 sank die portugiesische Einfuhr weiter und erreichte nicht mehr als ca. 0,2% des gesamten Außenhandels der PALOP. Deutlicher ausgedrückt, in dem betrachteten Zeitraum ist die Handelsbedeutung Portugals für die PALOP insignifikant.

Grafik 8.3.B Handelsströme zwischen Portugal und den PALOP in der Zeit von 1975 und 1999

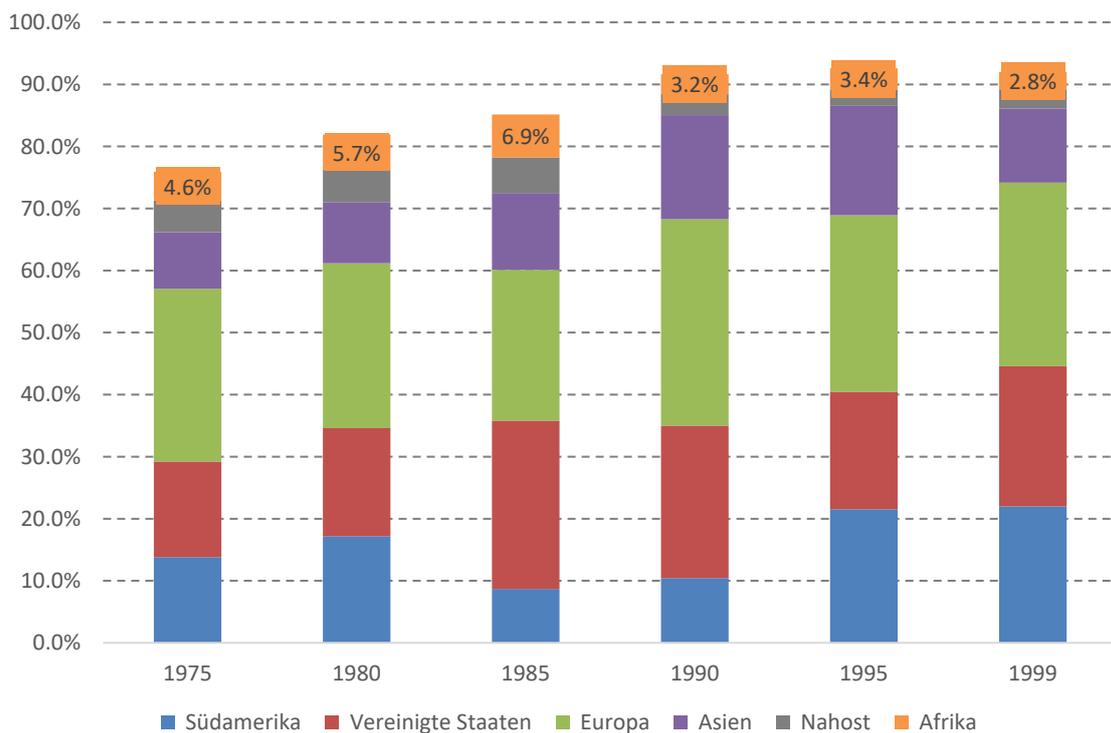


Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 151.

Beurteilt man die Handelsströme zwischen jedem PALOP-Staat und Portugal, stellt man fest, dass diese vor allem mit Kap Verde sowohl bezüglich des Imports als auch des Exports von großer Bedeutung in dem betrachteten Zeitraum waren. Angola, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe waren wichtige Abnehmer von portugiesischen Waren. Die Handelsströme mit Mosambik waren gemäßigt. Auch untereinander kann man feststellen, dass die Handelsströme der PALOP eine sehr eingeschränkte Rolle spielten. Der Export von Guinea-Bissau nach Kap Verde war zwischen 1990 und 2000 sehr gering, trotz der engen geschichtlichen Entwicklung beider Staaten. Angola spielte für die Exporte von São Tomé und Príncipe ebenfalls nur eine gemäßigte Rolle. Damit diese Daten eingehender betrachtet werden können, stellt Anhang 1 sowohl den Import als auch den Export jeder PALOP nach Zielländern in den 1990er Jahren dar.

Für Brasilien werden die Handelsströme detailliert nach Regionen betrachtet. Der brasilianische Außenhandel hat sich zwischen 1975 und 1999 etwas verändert, wie die Grafik 8.3.C verdeutlicht. Nach den Daten des brasilianischen Ministeriums für Entwicklung, Industrie und Außenhandel blieb der Export nach Europa und den Vereinigten Staaten sehr wichtig, er hat zudem sowohl mit Asien als auch mit Afrika an Bedeutung gewonnen. Bei Afrika beobachtet man aber, dass der Export bis 1985 zunahm und danach schwankend bis 1999 sank. Afrika blieb nach wie vor einer der schwächsten Handelspartner Brasiliens in dem betrachteten Zeitraum, was auch für den Nahen Osten zutrif.

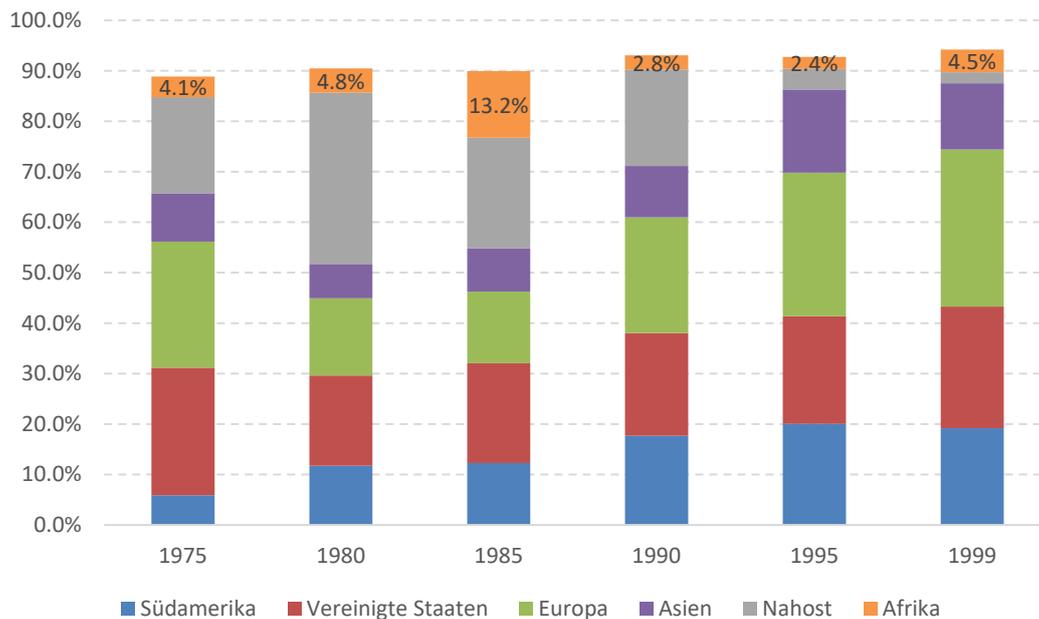
Grafik 8.3.C Brasilianischer Export nach Regionen zwischen 1975 und 1999



Quelle: Ministério da Economia, kein Datum.

Bezüglich des Imports beobachtet man eine ähnliche Entwicklung wie beim Export. Europa und die Vereinigten Staaten blieben auch hier die wichtigsten Partner. Mit Asien und vor allem mit Südamerika wuchs der Handelsaustausch, wogegen der brasilianische Import aus Afrika instabil war und kein kontinuierliches Bild ergab. Nur im Jahr 1985 erreichte er etwas über 13% und sank dann aber bis 1999 auf etwas unter 5%, wie Grafik 8.3.D zeigt. Insgesamt brachten die 1980er und 1990er für den Handelsaustausch zwischen Brasilien und Afrika etwas Wachstum, aber kein spektakuläres Ergebnis. Noch dramatischer war der Verlust der Importergebnisse aus dem Nahen Osten.

Grafik 8.3.D Brasilianischer Import nach Regionen zwischen 1975 und 1999



Quelle: Ministério da Economia, kein Datum.

Weiterhin ist interessant, wie sich der Handel Brasiliens mit den anderen PSS entwickelt hat. Wie die oberen Grafiken zeigen, war Europa nach wie vor einer der wichtigsten Partner des südamerikanischen Staates zwischen 1975 und 1999. Der Handelsaustausch zwischen Brasilien und Europa entstammt der Kolonialzeit und war bis dahin von großer Bedeutung für das Land. Für diese Arbeit ist der Anteil Portugals daran von Interesse, und wie die untere Tabelle 8.3.A zeigt, war er in dem betrachteten Zeitraum sehr gering. Der brasilianische Export nach Portugal lag bei etwas über 0,5%, der Import schon deutlich unter 0,5%. Insgesamt hat der Handelsaustausch zwischen beiden Staaten keine große Bedeutung. Auch der brasilianische Handel mit den fünf PALOP hatte einen sehr geringen Anteil am gesamten Außenhandel mit Afrika. Abgesehen von Angola spielten alle andere PALOP keine wesentliche Rolle bezüglich der Handelsverflechtung Brasiliens mit Afrika. Der Warenaustausch zwischen Brasilien und Angola war zwar konstant, aber nur im Jahr 1985 überstieg die brasilianische Einfuhr die 1% Grenze. Auch die angolansische Ausfuhr zeigte sich eine Zeit lang konstant,

jedoch sank sie von 0,48% im Jahr 1985 auf 0,05% im Jahr 1999. Mit Mosambik und Kap Verde führte Brasilien einen insignifikanten Handel und die brasilianischen Einfuhren aus beiden Staaten waren entweder Null oder die Daten waren nicht verfügbar. Letztendlich wurde kein Handelsaustausch zwischen dem südamerikanischen Staat und Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe vermerkt. Diese Daten verdeutlichten, wie unbedeutend die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den PALOP und Brasilien innerhalb des betrachteten Zeitraums waren.

Tabelle 8.3.A Anteil des PSS Außenhandels mit Brasilien zwischen 1980 und 1999
(in % vom gesamten brasilianischen Außenhandel)

	1980		1985		1990		1995		1999	
	Import	Export								
Angola	0,48	0,59	1,12	0,50	0,54	0,26	0,08	0,04	0,05	0,13
Guinea-Bissau	0,00	n. v.								
Kap Verde	n. v.	0,00	n. v.	0,03	0,00	0,01	0,00	0,02	n. v.	0,01
Mosambik	0,00	0,36	n. v.	0,02	n. v.	0,04	n. v.	0,01	0,00	0,00
São Tomé und Príncipe	n. v.	0,00	n. v.	n. v.	n. v.	0,00	n. v.	0,00	n. v.	0,00
Portugal	0,16	0,76	0,10	0,53	0,19	0,69	0,34	0,89	0,31	0,69
Gesamt	0,64	1,71	1,22	1,08	0,73	1,00	0,42	0,46	0,36	0,83

Quelle: Ministério da Economia, kein Datum.

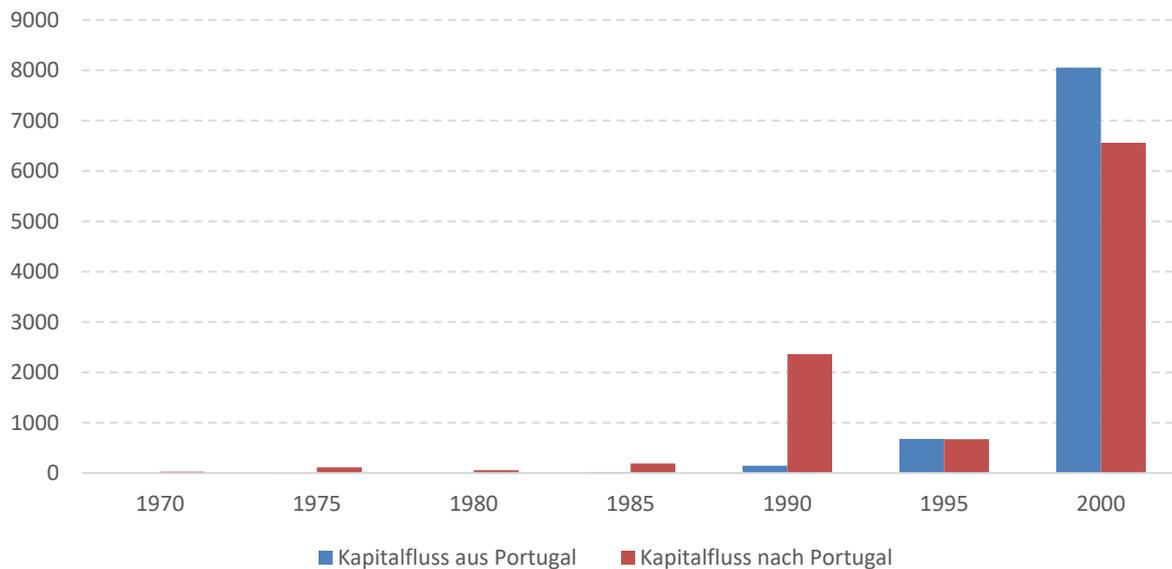
n. v. = nicht verfügbar

Der gesamte Handelsaustausch der PSS untereinander war in dem analysierten Zeitraum sehr bescheiden und trotz der Intensivierung des politischen Dialogs, der gemeinsamen Sprache und der kulturellen Gemeinsamkeiten konnten diese vermeintlichen Vorteile die wirtschaftlichen Verflechtungen nicht vorantreiben. Der schwache Handelsaustausch

zwischen den PSS bedeutet aber nicht, dass keine gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen der Parteien bestehen. Die PALOP selbst benötigen dringend ausländisches Kapital, um diverse Bereiche wie z.B. Telekommunikation, Straßennetz, Bankensystem, öffentlichen Transport u.a. zu finanzieren. Das politische Engagement Brasiliens und Portugals bekundete seit den 1970er Jahren die Absicht, wirtschaftliche Beziehungen stärker zu fördern. In diesem Fall erscheint es sinnvoll, ausländische Direktinvestitionen in die PSS zu analysieren, um deren Bedeutung herauszufinden. Hierbei ist hervorzuheben, welche Rolle die gegenseitigen Investitionen der PSS untereinander spielen.

Sowohl Brasilien als auch Portugal waren bis zu den 1990er Jahren stark auf ausländische Direktinvestitionen angewiesen. Im Fall Portugals veränderte sich dieses Bild allmählich während der 1990er Jahre, was darauf zurückzuführen ist, dass das Land 1986 Mitglied der EWG wurde. Portugiesische Unternehmen investierten seitdem zunehmend im Ausland. Zuerst konzentrierten sich die Investitionen auf Spanien und später auf Brasilien. Auch nach Afrika floss portugiesisches Kapital und innerhalb der PALOP waren Angola und Mosambik wichtige Empfänger (vgl. Moreira & Pereira, 2007, S. 2ff.). Wie die untere Grafik 8.3.E verdeutlicht, wuchs vor allem ab 1985 der Kapitalfluss nach Portugal, weil andere EWG-Mitgliedsstaaten zunehmend investierten. In den darauf folgenden Jahren ist ein wachsender Kapitalfluss aus Portugal zu beobachten, der im Jahr 2000 sogar deutlich über dem Kapitalstrom in das Land lag.

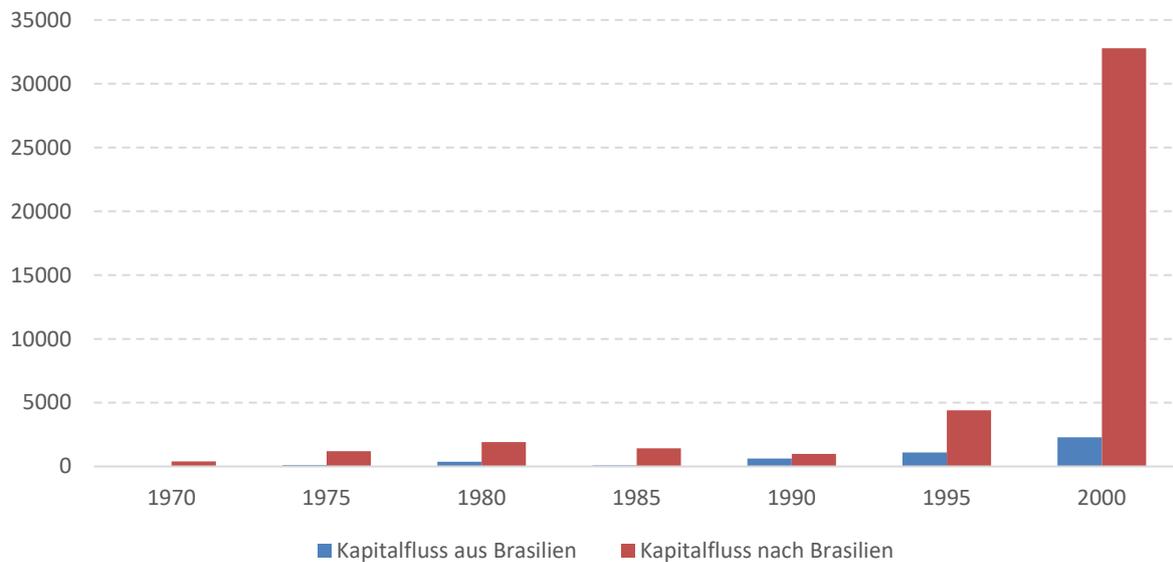
**Grafik 8.3.E Kapitalfluss aus und nach Portugal zwischen 1970 und 2000
(USD/Mio.)**



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat), kein Datum.

Im Fall Brasiliens fing die Internationalisierung zum Ende der 1970er Jahre an (vgl. United Nations Conference on Trade and Development, 2004, S. 11ff.). Die brasilianischen Unternehmen investierten zunächst vor allem auf regionaler Ebene, besonders in Südamerika und allmählich flossen die Investitionen in andere Kontinente. Brasilien blieb aber bis 2000 dennoch wichtiger Kapitalempfänger, wie Grafik 8.3.F zeigt.

**Grafik 8.3.F Kapitalfluss aus und nach Brasilien zwischen 1970 und 2000
(USD/Mio.)**

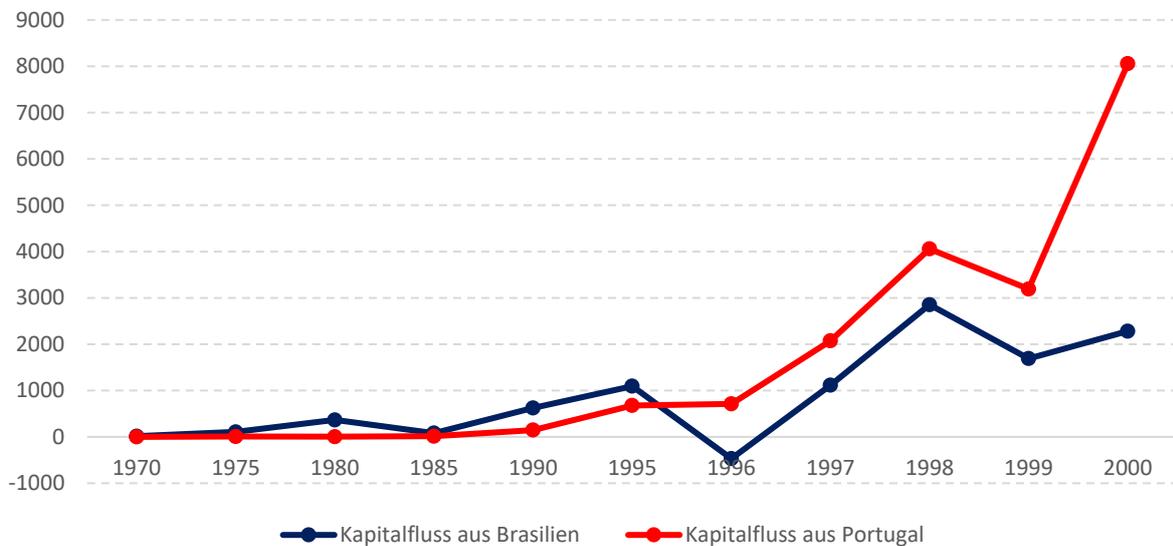


Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat), kein Datum.

Vergleicht man Brasilien und Portugal bezüglich der Kapitalflüsse ins Ausland, so stellt man fest, dass das Kapitalvolumen aus dem südamerikanischen Land bis 1995 größer war. Zwischen 1996 und 2000 wuchs der portugiesische Kapitalfluss in andere Staaten ständig und war deutlicher höher als der von Brasilien. Das Jahr 2000 war in dieser Hinsicht bemerkenswert, da das portugiesische Investitionskapital ins Ausland etwa vier Mal größer war als das brasilianische, wie Grafik 8.3.G darstellt. Demgegenüber floss aus dem Ausland nach Brasilien etwa fünf Mal mehr Kapital als nach Portugal.

Bei den dargestellten Grafiken ist zu beachten, dass die angeführten Skalenwerte von der Größe her stark differieren.

Grafik 8.3.G Kapitalfluss aus Brasilien und Portugal ins Ausland im Vergleich (USD/Mio.)



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat), kein Datum.

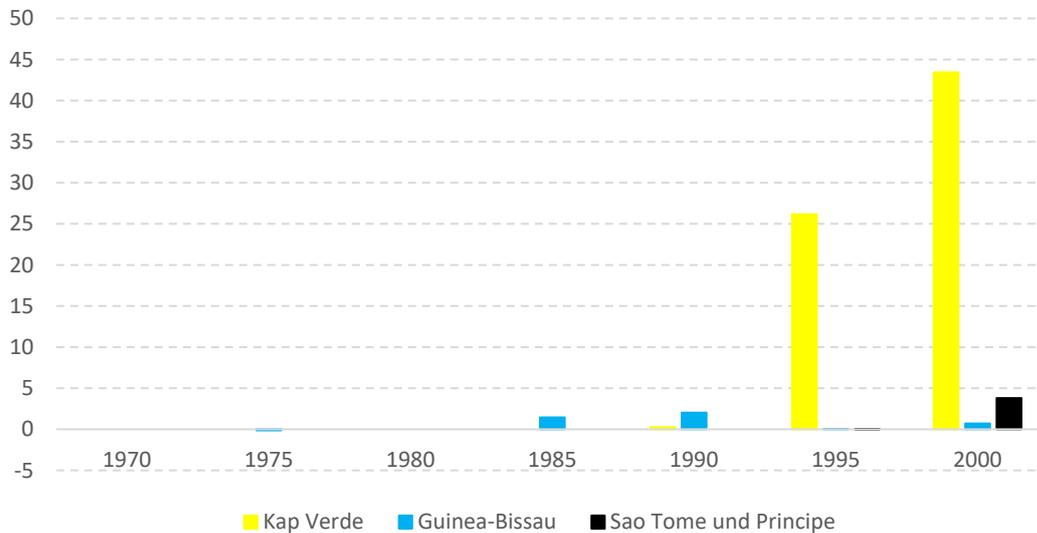
Die Frage, die in diesem Zusammenhang wichtig ist, lautet: waren die PALOP in dem betrachteten Zeitraum bedeutende Empfänger für Kapital aus Portugal und Brasilien? Vor Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, einen Überblick der wirtschaftlichen Situation der PALOP hinsichtlich ausländischer Investitionen zu bekommen. Wichtig dabei ist, dass die politische Entwicklung in den PALOP ab 1975 ausländische Investitionen kapitalistischer Staaten nicht favorisiert hat. Abgesehen von der Enklave Cabinda in Angola, wo eine besondere wirtschaftliche Zone eingeführt wurde und deswegen westliche Firmen vor allem im Ölbereich tätig sein durften, war die Planwirtschaft die Kernpolitik der PALOP. Diese fünf Länder waren bis zum Ende der Kolonialzeit in einer direkten wirtschaftlichen Abhängigkeit von Portugal und, was nachvollziehbar ist, mussten nach 1974 bzw. 1975 die wirtschaftliche Hauptrolle übernehmen, um die kolonialen Wirtschaftsstrukturen zu ändern und anzupassen. Die Option war die Einführung eines sozialistischen Systems, was aber nicht unbedingt akribisch verfolgt wurde und unvollendet blieb.

Die PALOP haben hinsichtlich der wirtschaftlichen Reformen ab den 1980er Jahren lediglich die Mindestbedingungen geschaffen, um ausländische Investitionen kapitalistischer Staaten zu ermöglichen. Es ist selbstredend, dass derartige Investitionen nur unter bestimmten Voraussetzungen stattfinden können. Nicht nur rechtliche Bedingungen spielen eine zentrale Rolle, sondern viele andere Kriterien müssen ebenfalls Beachtung finden. Die PALOP litten nach den jeweiligen Unabhängigkeiten an verschiedenen Stellen wie z.B. Transportinfrastruktur, Energieversorgung sowie starkem Analphabetismus, und infolgedessen an unzureichend ausgebildetem Personal. Darüber hinaus waren die staatlichen Aufgaben u.a. durch nicht ausreichend geschulte Staatsbeamte gefährdet. Allein die hier aufgelisteten Punkte stellen bedeutende Hindernisse bezüglich ausländischer Direktinvestitionen dar. Im Falle Angolas und Mosambiks waren die Bürgerkriege zusätzlich ein entscheidender Faktor, wodurch die wirtschaftlichen Reformen nicht gelöst werden konnten, denn nur durch die Beendigung der Konflikte wurden die zentralen Voraussetzungen geschaffen, um ausländische Investitionen zu ermöglichen. Weiterhin sind für Investoren Ortsvernetzungen, spezifische Kenntnisse der lokalen Sprachen und Sitten sowie der Marktbedürfnisse notwendig. In der Konstellation von ehemaligen Kolonien und Mutterland ist es verständlich, dass menschliche und unternehmerische Vernetzungen nach der politischen Trennung weiterhin bestehen. In diesem Kontext konnten portugiesische Unternehmen davon profitieren, im Gegenteil dazu mussten brasilianische Investoren erst Kontakte aufbauen.

Von der wirtschaftlichen Anziehungskraft her sind die PALOP sehr unterschiedlich. Seit der Kolonialzeit hat sich Angola vor allem durch die riesigen Ölreserven als wichtigstes ausländisches Investitionsziel innerhalb der PALOP durchgesetzt. Mosambik stellt die zweitwichtigste Wirtschaft dar und insbesondere sein Agrarpotenzial war die erste tragende

Säule für Investoren. Alle anderen drei PALOP – Guinea-Bissau, Kap Verde und São Tomé und Príncipe – sind überwiegend von Agrarwirtschaft geprägt. Lediglich Kap Verde wird nach wie vor durch seine geographische Lage im Atlantik favorisiert und das Land profitiert vor allem in den Bereichen Schifffahrt und, wenn auch geringfügig, Luftfahrt. Es ist aber aufgrund des wirtschaftlichen Potenzials nicht überraschend, dass sich die meisten ausländischen Investitionen in die PALOP auf Angola und zunehmend Mosambik bis heute konzentrieren. Damit diese Entwicklung verdeutlicht wird, stellen vier folgenden Grafiken die gesamten ausländischen Direktinvestitionen in die PALOP sowohl absolut als auch prozentual, bezüglich der weltweiten Volumina dar. Da sich die Investitionsvolumina sehr unterscheiden, wurden die Länder bezüglich einer klareren Darstellung in zwei Gruppen aufgeteilt. Kap Verde, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe bilden eine Gruppe, Angola und Mosambik die zweite. Die erste Grafik 8.3.H stellt die ausländischen Investitionen in US-Dollar für die drei kleineren Wirtschaften bzw. Kap Verde, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe dar.

Grafik 8.3.H Gesamte ausländische Direktinvestitionen in Kap Verde, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe (USD/Mio.)



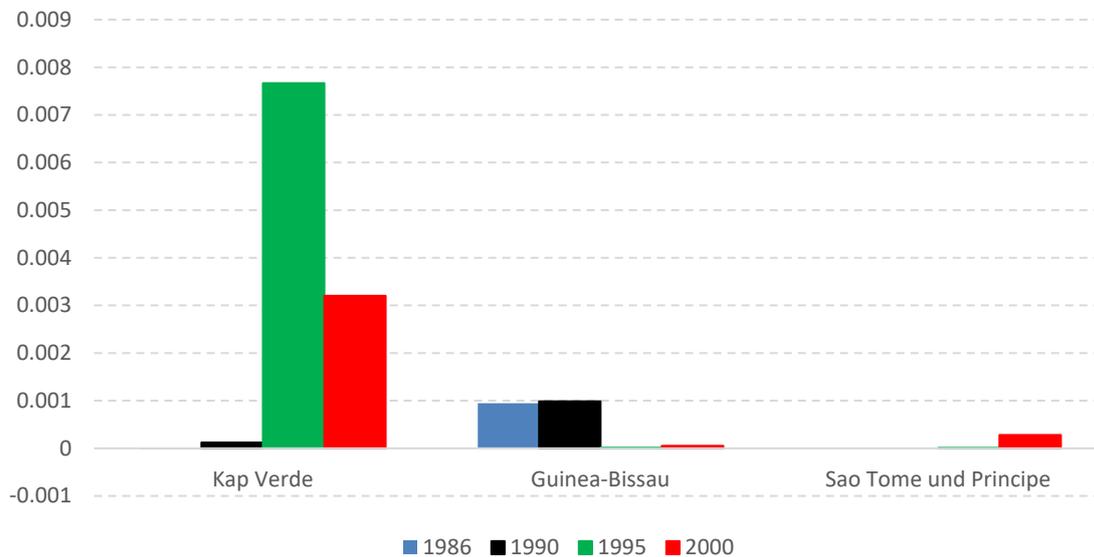
Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat), kein Datum.

Die obere Grafik verdeutlicht, dass die gesamten ausländischen Direktinvestitionen in die drei Staaten ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ihren Anfang nahmen. Von 1970 bis 1985 waren keine bedeutenden Auslandsinvestitionen zu verzeichnen. Deutlich wird auch, dass die ausländischen Investitionen nach den wirtschaftlichen Reformen der 1980er Jahre exponentiell wuchsen. Die Inselgruppe Kap Verde wurde erkennbar bevorzugt, was an der bereits beschriebenen Situation lag. Im Gegensatz dazu hat Guinea-Bissau für Investoren immer mehr an Bedeutung verloren, was an der politischen Instabilität lag. São Tomé und Príncipe blieb die schwächste Wirtschaft aller PALOP in dem analysierten Zeitraum und erst ab 1995 sind ausländische Investitionen zu verzeichnen. Interessant ist aber zu beobachten, dass das Land im Jahr 2000 mehr ausländische Direktinvestitionen empfangen hat als Guinea-Bissau.

Betrachtet man den Anteil der drei Länder bezüglich der gesamten ausländischen Direktinvestitionen weltweit, wird schnell erkennbar, dass keines der Länder über völlig

unbedeutenden ca. 0,008% lag. Die Grafik 8.3.I verdeutlicht, dass diese drei Staaten so gut wie keine wirtschaftliche Attraktivität besitzen.

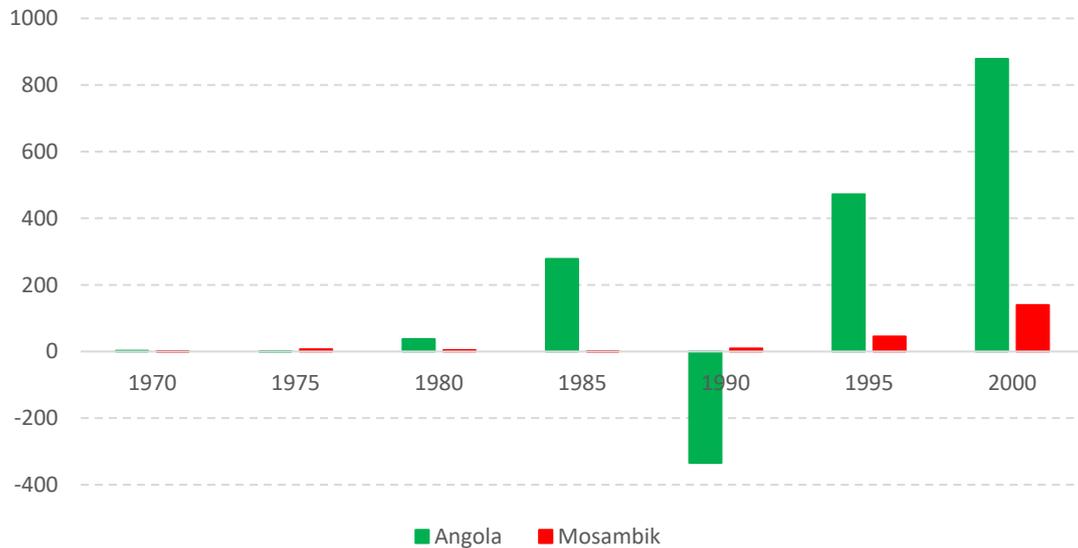
Grafik 8.3.I Prozentuale Gewichtung der ausländischen Direktinvestitionen in Kap Verde, Guinea-Bissau und São Tomé und Príncipe weltweit



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat), kein Datum.

Die wirtschaftliche Situation in Mosambik und vor allem in Angola unterscheidet sich deutlich von den drei oben analysierten Staaten. Die untere Grafik 8.3.J verdeutlicht, dass ausländische Unternehmen sowohl in Angola als auch in Mosambik seit den 1970er Jahren investiert haben. Angola hat trotz des Bürgerkriegs am meisten davon profitiert und die ausländischen Investitionen haben sich zwischen 1980 und 2000 vervierfacht. Im Fall Mosambiks ist die Entwicklung nicht so positiv und das Investitionsbild hat sich deutlich langsamer entwickelt.

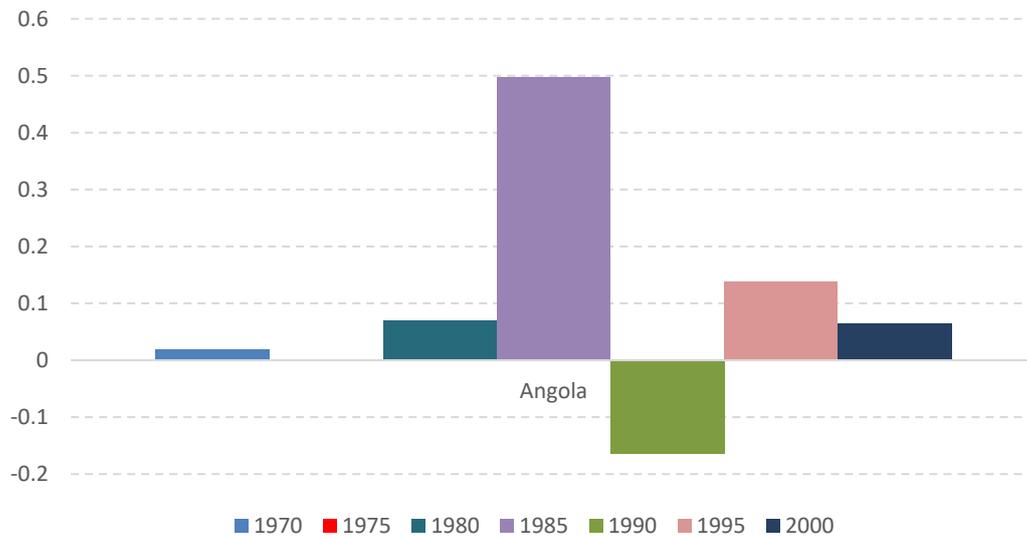
Grafik 8.3.J Gesamte ausländische Direktinvestitionen in Angola und Mosambik (USD/Mio.)



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat), kein Datum.

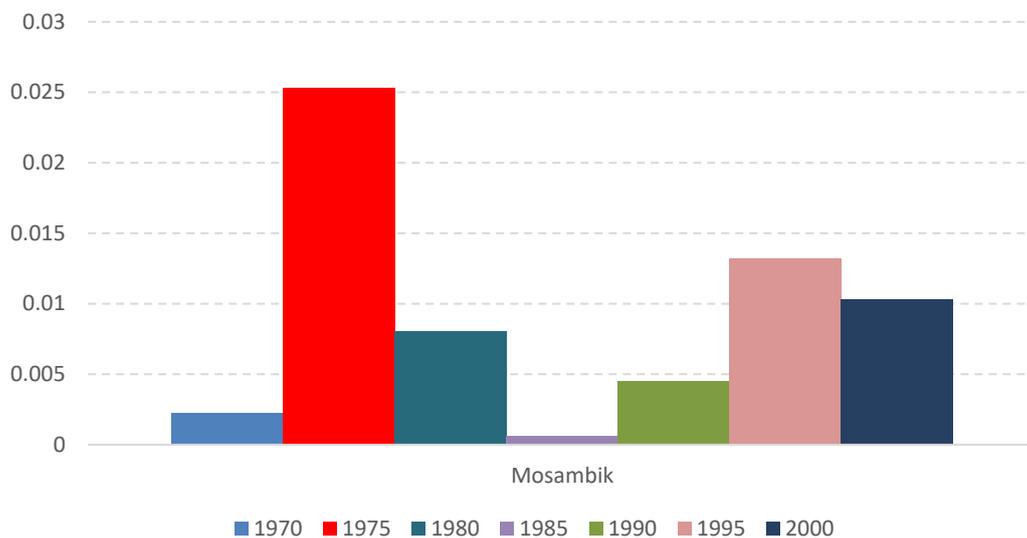
Berücksichtigt man diese Investitionen bezüglich ihres Weltanteils in Prozent, stellt man fest, dass sich Angola und Mosambik nicht vergleichen lassen. Das Investitionsvolumen in Angola ist deutlich höher als in Mosambik. Im weltweiten Vergleich sind jedoch weder Angola noch Mosambik bedeutende Empfänger. Angola hatte das größte Investitionsvolumen im Jahr 1985 zu verzeichnen, dieses war aber nur ca. 0,5% der gesamten weltweiten ausländischen Investitionen, wie Grafik 8.3.K verdeutlicht. Die Auslandsinvestitionen in Mosambik haben innerhalb des betrachteten Zeitraums nicht mehr als ca. 0,025% der gesamten weltweiten ausländischen Investitionen erreicht, wie Grafik 8.3.L zeigt.

Grafik 8.3.K Prozentuale Gewichtung der ausländischen Direktinvestitionen in Angola weltweit



Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat), kein Datum.

Grafik 8.3.L Prozentuale Gewichtung der ausländischen Direktinvestitionen in Mosambik weltweit



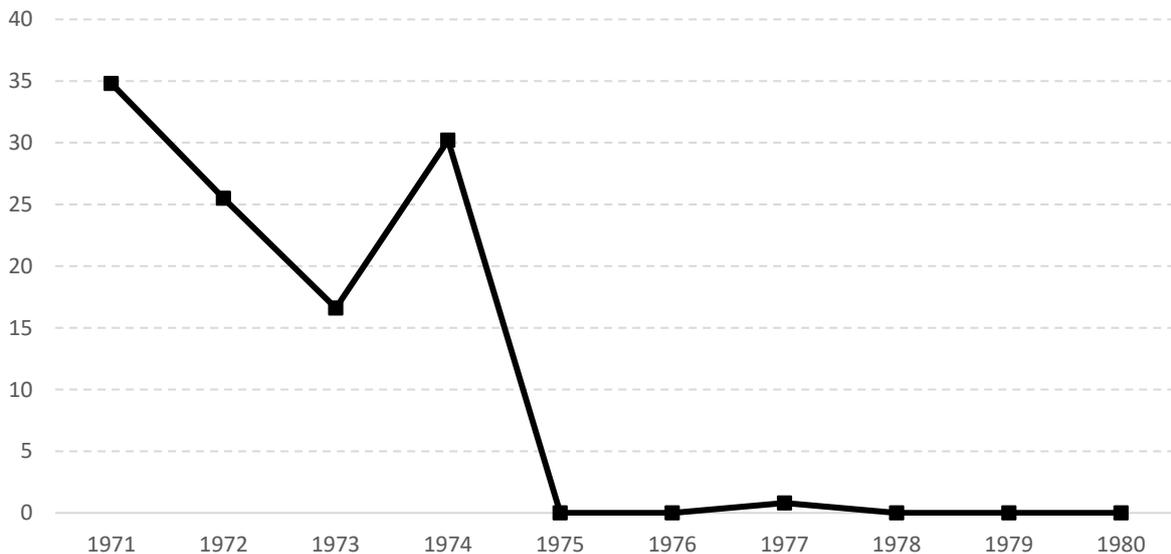
Quelle: United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat), kein Datum.

Die bisher dargestellten Daten verdeutlichen, dass, abgesehen von Portugal, alle PSS bis zum Jahr 2000 wichtige Empfänger von ausländischem Kapital waren. Die zwei größten

Wirtschaften innerhalb der PSS bis dato waren Brasilien und Portugal, deren Firmen sich in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Strategien internationalisiert haben. Bei dieser Entwicklung ist anzunehmen, dass die Investoren auch kulturelle Gemeinsamkeiten berücksichtigt haben. In diesem Kontext ist zu vermuten, dass die fünf PALOP privilegierte Ziele wären. Wie schon mehrfach erwähnt, wurde portugiesisches Kapital seit der Kolonialzeit und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg bis zu den Unabhängigkeiten in die PALOP investiert. Die untere Grafik 8.3.M zeigt, dass während der ersten Hälfte der 1970er Jahre trotz erheblicher Schwankungen ein Großteil der portugiesischen Auslandsinvestitionen allein in die PALOP floss, nämlich über 15%. Mit der Unabhängigkeit der PALOP wurden diese wirtschaftlichen Verbindungen abgebrochen, die bis in die 1980er Jahre gedauert haben. Es war genau die Zeit, in der sowohl die PALOP als auch Portugal starke politische Instabilität erfuhren und verschiedene Reformen durchgeführt wurden. Wie schon in Kapitel 7 Abschnitt 7.3 behandelt, stabilisierte sich die wirtschaftliche und politische Lage in Portugal schneller als in den PALOP. Hinzu kommt die Eingliederung Portugals in die EWG, welche zur Stabilität des Landes entscheidend durch unterschiedliche Unterstützung beigetragen hat. Eine dauerhafte stabile politische Lage innerhalb der PALOP fand man nur in Kap Verde vor.

Grafik 8.3.M Portugiesische Direktinvestitionen in die PALOP zwischen 1971 und 1980

(in Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen)

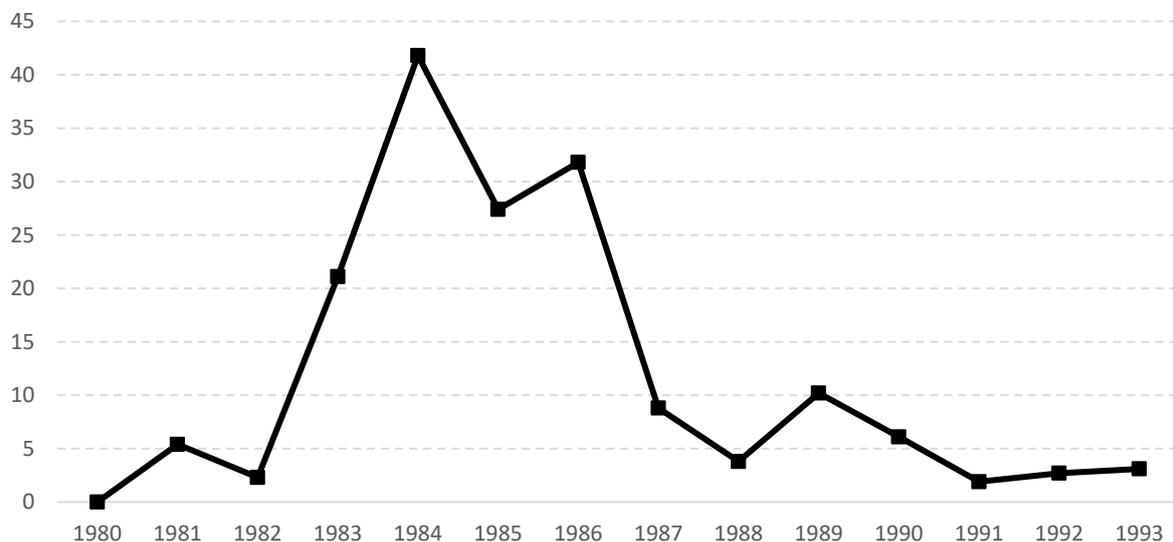


Quelle: Ferreira M. E., 1994, S. 1102f.

Erst ab dem Jahr 1981 wurden portugiesische Investoren in Richtung PALOP wieder verstärkt tätig. Dabei ist interessant zu beobachten, dass diese Entwicklung noch vor den wirtschaftlichen Reformen in den PALOP begann. Diese Investitionen stiegen bis 1984 ständig an und erreichten in der Spitze ca. 40% der gesamten portugiesischen Auslandsinvestitionen. Dieser Trend schwächte sich schon 1985 ab und im Jahr 1989 erreichte dieser Wert gerade noch 10,2%. Diese Entwicklung verstetigte sich und bis 1993 floss immer weniger portugiesisches Kapital in die PALOP, wie Grafik 8.3.N zeigt.

Grafik 8.3.N Portugiesische Direktinvestitionen in die PALOP zwischen 1980 und 1993

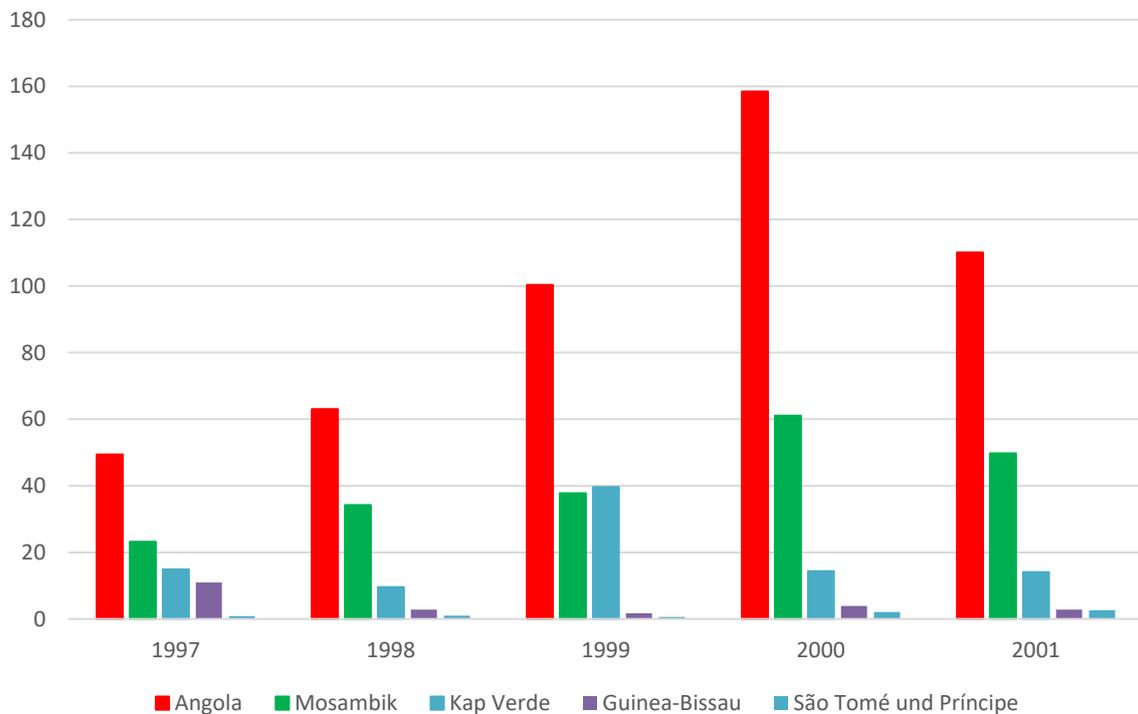
(in Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen)



Quelle: Ferreira M. E., 1994, S. 1102f.

Von den portugiesischen Investitionen hat Angola in den 1980er Jahren am meisten profitiert. Dieses Bild hat sich allmählich verändert und während der 1990er Jahre wurde verstärkt in Kap Verde und Mosambik investiert, allerdings blieb Angola das Hauptziel. Nach Daten der portugiesischen Zentralbank (Banco de Portugal) blieben die portugiesischen Investitionen in die PALOP bis zum Ende der 1990er Jahre und Anfang der 2000er wichtig, wie Grafik 8.3.O zeigt. Sie flossen in unterschiedliche wirtschaftliche Bereiche – Industrie, Dienstleistung und vor allem in das Bankwesen – und portugiesische Organisationen spielten und spielen bis heute eine zentrale Rolle in den PALOP.

Grafik 8.3.O Portugiesische Direktinvestitionen in die PALOP zwischen 1997 und 2001
(€/Mio.)



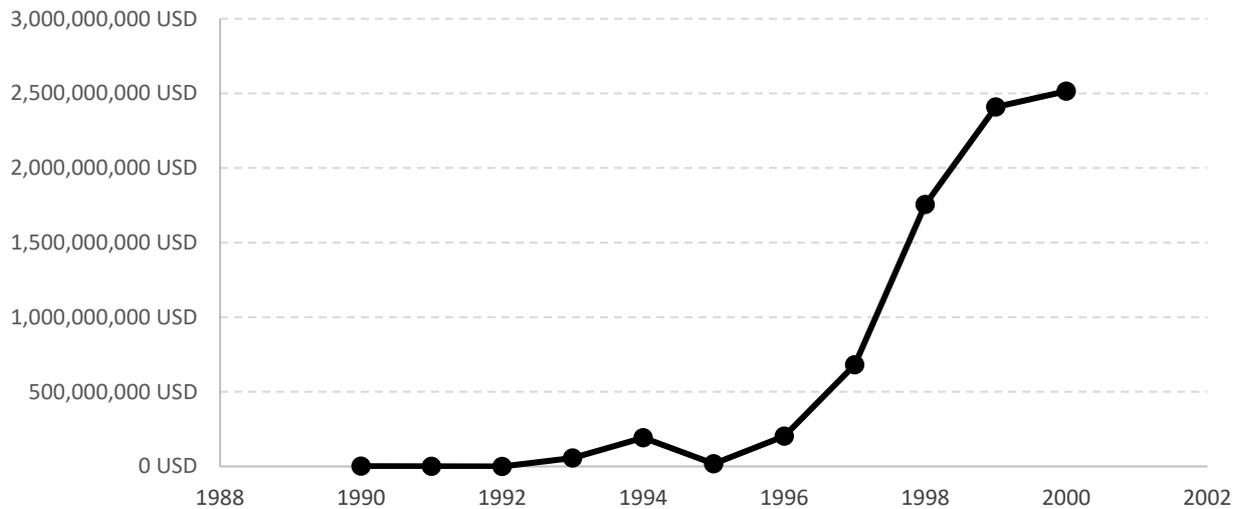
Quelle: Banco de Portugal, 2002, S. 161.

Auch nach Brasilien flossen signifikante portugiesische Kapitalvolumina, die ihren höchsten Stand im Jahr 2000 erreichten. Das südamerikanische Land war seit Langem attraktiv für Investoren und nach den Daten der brasilianischen Zentralbank wuchs der portugiesische Anteil ab 1996 gewaltig. Diese Entwicklung ist vor allem auf innenpolitische Reformen in Brasilien zurückzuführen, die nach der Demokratisierung (1985) stattgefunden haben. Seit den 1970er Jahren erlitt die brasilianische Wirtschaft eine tiefgreifende Krise, die verschiedene Folgen hatte wie z.B. hohe Inflationsrate, staatliches Defizit und Währungsabwertung. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erlebte das Land eine Art politischer Transition von der militärischen Diktatur hin zu einer zivilen Regierung, die sich auch auf die Wirtschaftspolitik auswirkte. Hinzu kommt eine neue Verfassung, die im Jahr

1988 in Kraft trat. In diesem Kontext entstand eine Debatte vor allem während der kurzen Regierung von Fernando Collor de Mello (1990 – 1992) über die Rolle des Staates und ebnete den Weg für tiefgreifende Reformen. Eine der zentralen Fragen war, inwieweit sich der brasilianische Staat in der Wirtschaft engagieren sollte. Im Fokus stand die Liberalisierung verschiedener Wirtschaftsbereiche wie z.B. Telekommunikation, Bankwesen und Rohstoffgewinnung. Diese Entwicklung hat zu einer Privatisierungspolitik geführt, die vor allem in der Regierung von Fernando Henrique Cardoso (1995-1998 und 1999-2003) ihren Lauf hatte. Viele Firmen im Bereich der Infrastruktur wie z.B. Companhia Vale do Rio Doce (Bergbau) und Telebras (Telekommunikation) wurden privatisiert und ausländische Investoren interessierten sich sehr dafür. Es ist in diesem Zusammenhang zu sehen, dass portugiesisches Kapital vor allem im Bereich Telekommunikation nach Brasilien floss.

Beobachtet man den portugiesischen Kapitalfluss nach Brasilien zwischen 1990 und 2000, so stellt man fest, dass er sich zwischen 1990 und 1996 relativ stabil verhielt. Danach wuchsen die Investitionen ständig und im Jahr 2000 erreichten sie über zwei Milliarden US-Dollar, wie die Grafik 8.3.P zeigt.

Grafik 8.3.P Portugiesische Direktinvestitionen in Brasilien zwischen 1990 und 2000



Quelle: Banco Central do Brasil, kein Datum.

Bemerkung: Einige grafische Darstellungen basieren auf Daten der Brasilianischen Zentralbank.

Im Fall Brasiliens haben sich die ausländischen Investitionen anders entwickelt als die portugiesischen, wie schon Grafik 8.3.G verdeutlicht hat. Brasilianische Unternehmen fingen während der 1960er Jahre an, im Ausland zu investieren und bevorzugten überwiegend die südamerikanischen Nachbarländer. Allerdings berücksichtigten sie seit den 1960er Jahren Afrika als einen potenziellen Markt. Vor allem standen zunächst die Bereiche Landwirtschaft und leicht zu verarbeitende Produkte im Fokus. Diesbezüglich muss erwähnt werden, dass

afrikanische und brasilianische Agrarprodukte und insbesondere Kaffee¹³⁰ auf dem internationalen Markt konkurrierten (vgl. Santana, 2003, S. 150). Hinzu kommt, dass viele afrikanische und brasilianische Regionen in vergleichbaren klimatischen Zonen liegen und in diesem Fall im Agrarbereich keine komplementären Wirtschaften sind, sondern Konkurrenten. Bevor Brasilianer und Afrikaner überhaupt Handel betreiben konnten, mussten sie zunächst Infrastrukturen – wie z.B. Transportmöglichkeiten, Produktlagerung, Personal sowie Distribution – schaffen. Anders gesagt, im Gegenteil zu den Portugiesen mussten brasilianische Unternehmer erst eine Vernetzung aufbauen. Dies verdeutlicht, dass die erneute wirtschaftliche Annäherung zwischen Brasilien und Afrika vor verschiedenen grundlegenden Herausforderungen stand. Hinzu kommen die mangelhaften Kenntnisse der brasilianischen Investoren bezüglich dieses Kontinents, was bereits im Kapitel 6 Abschnitt 6.1 behandelt wurde. Darüber hinaus haben sich ihre Interessen in Afrika zunächst nicht auf die PALOP konzentriert, sondern andere Staaten spielten eine bedeutendere Rolle.

Trotz aller Schwierigkeiten fanden die ersten brasilianischen Direktinvestitionen in Afrika ab den 1980er Jahren statt. Aber anders als vermutet, erfolgten die ersten Investitionen nicht in

¹³⁰ Kaffee spielte für die brasilianische Wirtschaft vor allem während des 19. und 20. Jahrhunderts eine zentrale Rolle. Um 1900 machte Kaffee ca. 65% des gesamten brasilianischen Exports aus und folglich war das Land wirtschaftlich stark von diesem Produkt abhängig. Verschiedene interne als auch externe Faktoren haben dazu geführt, dass der Preis von Kaffee auf dem internationalen Markt variierte. Die Kontrolle der Kaffeeproduktion wurde dadurch in Brasilien zum Ziel nicht nur der Produzenten, sondern auch der brasilianischen Regierung. Ab 1906 wurden die ersten Maßnahmen auf Bundesstaatenebene getroffen, um die Produktion zu kontrollieren und den Preis auf internationaler Ebene zu beeinflussen. Im Jahr 1931 wurde eine nationale staatliche Politik eingeführt, die durch die Gründung des Kaffee Nationalrates (Conselho Nacional do Café) später Kaffee Nationalbehörde (Departamento Nacional do Café) konkretisiert wurde. Im Jahr 1952 wurde diese in Brasilianisches Kaffeeinstitut (Instituto Brasileiro do Café) umbenannt. Zunehmend standen die brasilianischen Kaffeeproduzenten auf dem internationalen Markt in Konkurrenz mit anderen Regionen der Welt. Dazu kam die Produktionssteigerung, die das Angebot auf dem Markt beeinflusste und den Preis von Kaffeebohnen nach unten drückte. Besonders in den 1960er Jahren standen Brasilien, Tansania, Äthiopien, Kenia und Uganda in direkter Konkurrenz. Um die Problematiken um den internationalen Kaffeemarkt zu diskutieren und gemeinsame Lösungen zu finden, besuchte der Präsident des brasilianischen Kaffeeinstitutes diese Länder. Diese interventionistische Kaffeepolitik wurde erst im Jahr 1990 beendet, als das Brasilianische Kaffeeinstitut abgeschafft wurde. Siehe vgl. Santana, 2003 und auch Gremaud, Vasconcellos, & Toneto Jr., 2008, S. 329-397.

den Bereichen Landwirtschaft oder Industrie, sondern sie konzentrierten sich auf drei Sektoren: Bergbau, Öl und Gas sowie Bauwirtschaft. Noch überraschender ist, dass ein PALOP-Staat bevorzugt wurde, nämlich Angola. Noch im Jahr 1979 hat sich der teilweise staatliche brasilianische Ölkonzern Petrobras mit anderen ausländischen Firmen zusammengetan und sich in küstennaher Ölförderung engagiert (vgl. Costa & Pessali, 2009, S. 17f.). Dieser erste Schritt bestätigte die besondere Rolle Angolas für die brasilianische Außenpolitik. Im Laufe der Jahre wuchsen die Investitionen und andere brasilianische Unternehmen wie Odebrecht, Andrade Gutierrez, Camargo Correa und Companhia Vale do Rio Doce (heute Vale) wurden zu den Hauptinvestoren Brasiliens in den PALOP.

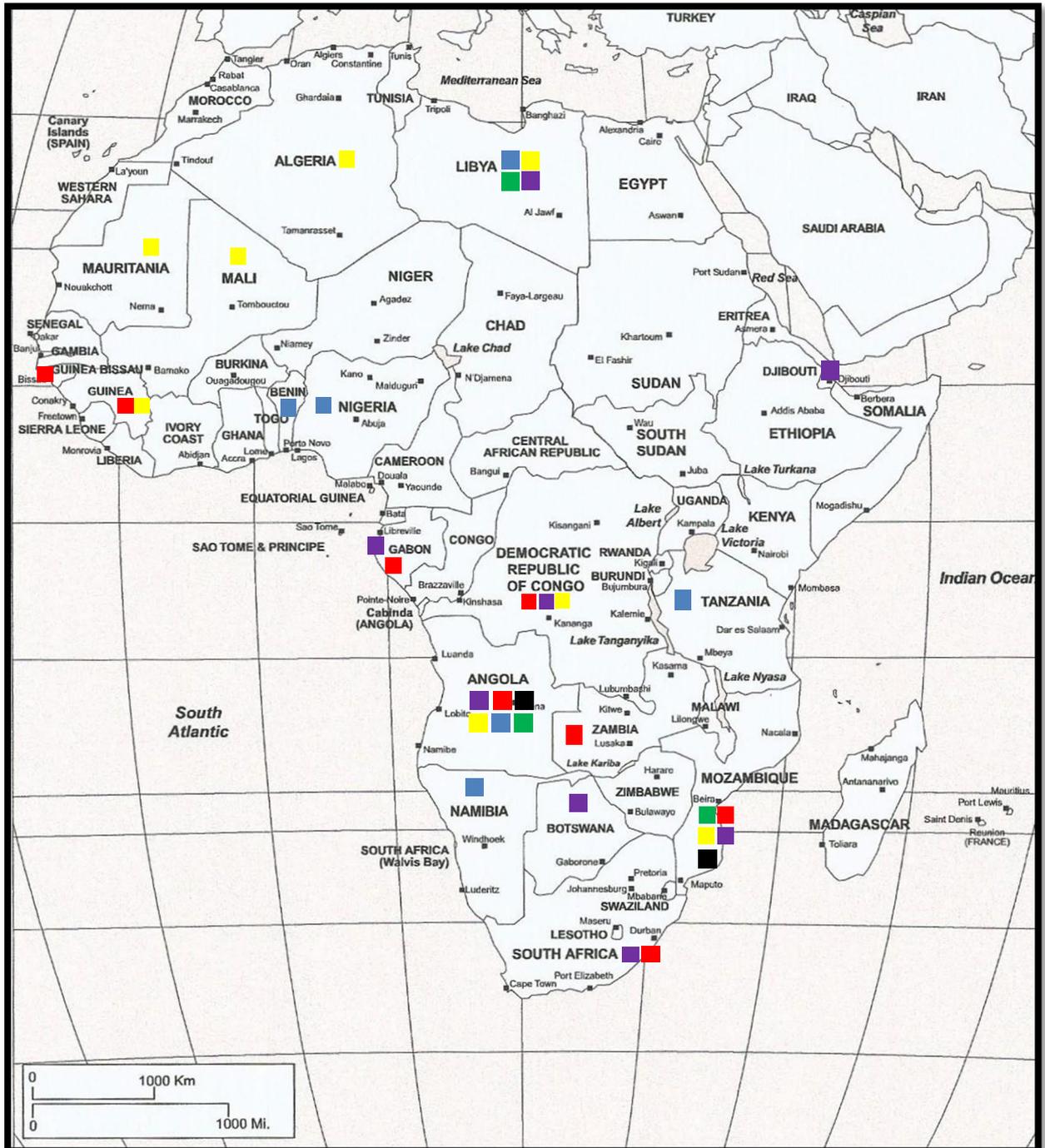
Odebrecht ist in Angola seit 1984 tätig und eines der größten Unternehmen des Landes geworden. Die Firma fasste Fuß in Angola durch den Bau des Wasserkraftwerks von Capanda¹³¹, welches mit einem erheblichen Anteil brasilianischer Finanzierung gebaut wurde. Dieses Projekt war entscheidend für die Konsolidierung der angolanisch-brasilianischen Beziehungen und ermöglichte Odebrecht einen besonderen Platz innerhalb der angolanischen Wirtschaft (vgl. Garcia, Kato, & Fontes, 2012, S. 24f.). In diesem Kontext war die brasilianische Regierung ein wichtiger Akteur, um ausländische Investitionen zu unterstützen. Auch der Baukonzern Andrade Gutierrez ist in Afrika seit 1984 tätig, aber keinesfalls vergleichbar wie Odebrecht.

¹³¹ Das Wasserkraftwerk von Capanda wurde durch eine russisch-brasilianische Kooperation gebaut. Das Wasserkraftwerk liegt am Fluss Cuanza, in der Provinz Malange und ca. 300 km von der Hauptstadt Luanda entfernt. Die Bauarbeiten haben im Jahr 1987 begonnen und wurden erst im Jahr 2004 beendet, was bedeutet, dass sie sogar während des angolanischen Bürgerkrieges (1979 – 2002) weitergeführt wurden.

Die Präsenz brasilianischer Unternehmen in Afrika hat sich allerdings erst in den 2000er Jahren konsolidiert, nachdem verschiedene Investitionen erfolgten. Diese wurden aufgrund einer gezielten Außenpolitik ermöglicht, die unter der Präsidentschaft von Luíz Inácio Lula da Silva (2003 – 2010) stattgefunden hat. Durch staatliche finanzielle Unterstützung, die in der Regel unter der Leitung der Nationalbank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (BNDES, Abk. auf Portugiesisch) stand, wurden die Investitionen während der 2000er Jahre erhöht. Die Karte 8.3.A beleuchtet, in welchen Ländern Afrikas diese Akteure tätig waren oder sind. Es ist erkennbar, dass sich die wenigen brasilianischen Investoren stark in Angola und in Mosambik engagierten und engagieren.

Die brasilianischen Engagements erfolgten häufig in Form von Beteiligungen an Projekten mit anderen Firmen. In Mosambik z.B. beteiligte sich Camargo Correa an dem Bau des Wasserkraftwerkes von Mphanda Nkuwa im Fluss Sambesi in der Provinz Tete (vgl. Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (IPEA), Banco Mundial, 2011, S. 89). Ein weiteres Großprojekt, in das mehrere ausländische Firmen eingebunden waren und manche noch sind, ist die Steinkohlemine von Moatize in Zentralmosambik. Im Jahr 2004 wurde das brasilianische Bergbauunternehmen Vale nach einem internationalen Wettbewerb ausgewählt, die entdeckten Kohlevorkommen zu erschließen (vgl. Companhia Vale do Rio Doce, 200?, S. 84). Dazu war es erforderlich, zunächst verschiedene Infrastrukturen wie Siedlungen, Transportnetze sowie Stromversorgungen aufzubauen. Camargo Correia und Odebrecht waren somit in verschiedenen infrastrukturellen Projekten engagiert.

Karte 8.3.A Bedeutendste brasilianische Unternehmen in Afrika



Quelle: Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (IPEA), Banco Mundial, 2011, S. 88.

Sektor	Unternehmen	
Bauunternehmen	 Odebrecht	 Queiroz Galvão
	 Andrade Gutierrez	 Camargo Correa
Öl und Gassektor	 Petrobrás	
Bergbauunternehmen	 Companhia Vale do Rio Doce	

9 Fazit und Ausblick

9.1 Die Rolle kultureller Nähe und historischer Verbindungen in den Beziehungen der PSS untereinander: Feststellungen

Die Ausgangsfrage dieser Arbeit war, inwieweit sich kulturelle Nähe und historische Verbindungen zwischen Staaten auf ihre Beziehungen untereinander auswirken. Dabei war feststellbar, dass beide Themen durchaus in der Analyse der zwischenstaatlichen Beziehungen zwangsweise präsent sind und eine Rolle spielen. Wie in Kapitel 2 dargestellt wurde, waren und sind die akademischen Debatten über die Definition von Kultur im Allgemeinen sehr kontrovers. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit war die kurze Darstellung darüber wichtig, um zu verstehen, wie Kultur in unterschiedlichen Jahrhunderten wahrgenommen wurde. Im Fokus dieser Arbeit steht aber die Diskussion über die Rolle kultureller Nähe in den internationalen Beziehungen, die sich vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts etabliert hat. Die Kolonialmächte betrachteten Kultur bis Anfang des 20. Jahrhunderts in Entwicklungsstufen. Ihre Wahrnehmung wurde von der Evolutionstheorie geprägt, die wiederum die internationalen Beziehungen entscheidend beeinflusste. In diesem Kontext waren europäische Völker an der Spitze dieser Evolutionskette und folglich war ihre Aufgabe, zu kolonialisieren bzw. zu zivilisieren gerechtfertigt. Dieses Argument verlor aufgrund der anthropologischen Ansätze Anfang des 20. Jahrhunderts an Bedeutung. Kultur wurde mit der Gründung der Vereinten Nationen als ein menschliches Phänomen international anerkannt und folglich änderten sich die Beziehungen der Menschen untereinander und ebenso die zwischen den Staaten. Die Charta der Vereinten Nationen wurde von Anfang an von allen europäischen Kolonialmächten unterzeichnet, mit Ausnahme von Portugal. Die Anerkennung der Charta der Vereinten Nationen durch die meisten Kolonialmächte, dass nicht europäische

Menschen bzw. Völker die gleichen Rechte wie die Europäer und europäischstämmige haben, änderte die zwischenstaatlichen Beziehungen grundlegend. Eine Folge daraus waren die Entkolonialisierungsprozesse.

Die Kolonialgeschichte ist durch Konflikte und Unterdrückung geprägt, dennoch schuf sie kulturelle Verflechtungen und andere Vernetzungen verschiedener Völker und unterschiedlicher Regionen der Welt. Viele damalige Kolonien mussten Kriege gegen die europäischen Mutterländer führen, um ihre politische Unabhängigkeit zu erreichen. Trotz dieser konfliktreichen Geschichte existieren heute mehrere Organisationen, die ehemalige Mutterländer und Kolonien zusammenbringen. Sie begründen ihre Zusammenarbeit mit ihrer kulturellen Nähe und historischen Verbundenheit. Die Kolonialgeschichte Portugals und der damaligen portugiesischen Kolonien ist keine Ausnahme, wie diese Dissertation darstellt. Es ist unbestritten, dass Portugal und sieben andere Staaten auf der Welt enge historische Verbindungen teilen und kulturelle Nähe haben. Ziel dieser Arbeit war zu überprüfen, ob diese beiden Tatsachen in ihren Beziehungen zueinander ebenfalls noch heute bedeutsam sind. Verschiedene Autoren stellen diverse Thesen auf, die die Auswirkungen von kultureller Nähe und historischer Verbundenheit in mehreren Bereichen einräumen. Beispielsweise in der gegenseitigen Wahrnehmung der Menschen, in den Migrationsströmen, in der Wirtschaft bzw. dem Außenhandel und auch in der Sicherheitspolitik eines Landes. Nicht zuletzt, wie wir bzw. die Staaten miteinander umgehen.

Mehrere Autoren stellen als unbestritten dar, dass Menschen, die beispielsweise die gleichen oder ähnlichen Sprachen sprechen, die Sitten teilen, die gemeinsame Geschichte haben und die gemeinsamen Religionen ausüben, sehr wahrscheinlich bewusst oder unbewusst intensivere Kontakte pflegen. Diese Kontakte erfolgen durch verschiedene Hilfsmittel wie z.B.

durch familiäre Bindungen, durch Nachrichten und durch neue Kommunikationstechnologien des 20. Jahrhunderts. Darüber hinaus können gemeinsame kulturelle Merkmale zu intensiveren wirtschaftlichen Verflechtungen sowie gegenseitigen politischen Einflüssen führen, um nur zwei Auswirkungen zu erwähnen. Letztendlich ist anzunehmen, dass diese Völker bzw. diese Staaten gemeinsame Interessen teilen, welche sie auf der internationalen Bühne zusammen besser verteidigen können.

Um dies bezüglich der PSS zu überprüfen, wurden verschiedene Themen betrachtet, wie z.B. die Entstehung der heutigen portugiesischsprachigen Staaten und die Konsolidierung der Gemeinschaft, um festzustellen, wie nah sich diese Länder tatsächlich stehen. Weiterhin wurden historische Verbindungen und vor allem innen- sowie außenpolitische Bedingungen in den Vordergrund gestellt, um die Basis und die Entwicklung ihrer zwischenstaatlichen Dialoge zu analysieren. Dabei ist festzustellen, dass die PSS eine Art Subsystem innerhalb des internationalen Systems bilden, das sich durch die portugiesische Kolonisierung rechtfertigt. Diese Staaten sind zwar sehr heterogen, aber sie teilen einige Gemeinsamkeiten, die in der Arbeit detailliert dargestellt wurden. Die Verflechtungen der PSS nahmen seit der Kolonialexpansion Portugals in unterschiedlichen Zeiten zu oder ab und entwickelten vielfältige gegenseitige Abhängigkeiten. Diese Tatsache fand nicht nur durch die wirtschaftlichen Verflechtungen statt, sondern die Einwanderung in die Kolonien hatte die kulturellen Einflüsse Portugals konsolidiert. Die überseeischen Territorien waren nicht nur wirtschaftlich und als Einwanderungsziel von wesentlicher Bedeutung, sondern wurden zur Hauptsäule der portugiesischen Außenpolitik. Dies traf zu im Fall Brasiliens bis zu seiner Unabhängigkeit und später auch bei den afrikanischen Kolonien. Jahrhundertlang war Portugal Herr über ein beträchtliches Territorium und während dieser Zeit fanden in

unterschiedlicher Weise gegenseitige kulturelle Einflüsse statt. Darüber hinaus hatte Portugal in den südamerikanischen und später den afrikanischen Kolonien vor allem ab dem 18. Jahrhundert Zugang zu Unmengen von Rohstoffen und Bodenschätzen, was die Wichtigkeit des Landes im internationalen System enorm aufwertete. Die Kolonialgebiete mit ihrem vielfältigen Potenzial waren von zentraler Bedeutung für die portugiesische Souveränität. Die innenpolitischen Entscheidungen Lissabons mussten stets genau abgewogen werden, um vor allem das Nachbarland Spanien nicht zu provozieren. Dabei spielte die langjährige Allianz zu Großbritannien die entscheidende politische Rolle, um sich gegen Madrid zu schützen. In diesem Schachspiel war das ganze portugiesische Territorium einschließlich der Kolonialgebiete aufgrund ihrer geostrategischen Lage und ihres Reichtums der Trumpf, um diverse Interessen durchsetzen zu können. Dies war auch der Fall während des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Letztendlich hat es dazu geführt, dass sich die portugiesische Sprache auf der ganzen Welt verteilt hat und unter einer der am meisten gesprochenen Sprachen der Welt geführt wird. Heute wird portugiesisch auf vier von fünf Kontinenten gesprochen und wird zumindest zwischen den PSS als Verkehrssprache angewendet. Das eine gemeinsame Sprache die Kontakte zwischen den Menschen vereinfacht, ist unbestritten.

Basierend auf der in dieser Arbeit dargestellten Theorien, die die Intensivierung der Beziehungen von Ländern mit gemeinsamen kulturellen Hintergründen behaupten, kam diese Forschung zu folgendem Fazit. Die kulturelle Nähe spielt eine punktuelle Rolle in den Beziehungen der PSS untereinander. Die Analyse stellte fest, dass sich Brasilien und Portugal seit dem Jahr 1825 gegenseitige Brüderlichkeit schworen, die in dem Unabhängigkeitsvertrag beider Staaten festgeschrieben wurde und vor allem auf kulturellen Argumenten basierte. Diese Erkenntnis zeigt, dass sich beide Staaten schon im 19. Jahrhundert über die potenziellen

Auswirkungen der kulturellen Verbindungen bewusst waren. Dieses Argument wurde von beiden Regierungen und ihren Vertretern während des 20. Jahrhunderts immer wieder benutzt, um die gegenseitige Solidarität auf der internationalen Bühne zu rechtfertigen. Diese Rhetorik sollte durch die Gründung einer zwischenstaatlichen Organisation verwirklicht werden, die sich um ihre gegenseitigen Interessen kümmern sollte. Diese Idee stammt bereits aus dem 19. Jahrhundert, wurde aber erst zum Ende des 20. Jahrhunderts in die Tat umgesetzt. Die Gründe dafür wurden im Verlaufe der Arbeit vorgestellt und verdeutlichen, dass die Förderung einer engeren Zusammenarbeit der PSS trotz der kulturellen Nähe und historischen Verbundenheit vor verschiedenen Herausforderungen stand.

Kulturelle Verbundenheit ist zwar eine der Variablen, die Einflüsse auf die internationalen Beziehungen im Allgemeinen haben kann, aber sie ist stark von anderen Themen abhängig, wie das Beispiel der PSS uns zeigt. Bis zur Gründung der CPLP als gemeinsame Institution sind über 150 Jahre vergangen und ihre Entstehung fand erst nach dem Ende des Kalten Krieges statt. Diese Entwicklung entspricht teilweise der Hypothese von Samuel P. Huntington, der die Intensivierung der Allianz von Ländern mit gemeinsamen kulturellen Hintergründen erst für den Zeitraum nach dem Ende des Kalten Krieges prognostizierte. Mit dem Ende der bipolaren internationalen Lage änderte sich auch die politische Situation für die PSS, die bis dahin in zwei verschiedenen ideologischen Gruppierungen waren. Allerdings kann allein die internationale Spannung der Nachkriegszeit den zwischenstaatlichen Dialog der PSS nicht erklären. Wie im Verlauf dieser Forschung klar wurde, haben sich Brasilien und Portugal seit dem Jahr 1825 zunehmend entfremdet und ihre bilateralen Beziehungen widersprechen häufig der offiziellen Darstellung. Dies hat verschiedene Gründe.

Die Abkoppelung Brasiliens schwächte die Rolle Portugals innerhalb Europas ungeahnt, stellte regionale Fragen für beide Staaten in den Vordergrund und letztendlich wurden sie zu Konkurrenten auf der internationalen Ebene. Trotz der Verflechtungen beider Länder kann man nicht über gemeinsame tiefverankerte Interessen in dem 19. Jahrhundert sprechen. Mit der Trennung Brasiliens bildeten sich schnell zwei konfliktgeladene Pole. Gemäß dem Allianz- und Friedensvertrag, der die Beziehungen beider Staaten geregelt hat, sollte der bilaterale Dialog gefördert werden. Trotz punktueller gemeinsamer Interessen auf internationaler Ebene, wie z.B. die Fortsetzung des Sklavenhandels im Südatlantik und der Regelung der Migration von Portugal nach Brasilien, wurde keine Strategie entwickelt, um diese übereinstimmend zu steuern. Vielmehr musste Portugal europäische Interessen beachten, bei denen es vor allem um die Herrschaft über afrikanische Territorien ging. Die Gründung des brasilianischen Kaisertums löste in Portugal vielmehr Befürchtungen aus, die zur Einschränkung der Beziehungen führten. Die Gründe dafür waren unterschiedlich, einer davon war das Interesse Brasiliens, vor allem die wirtschaftlichen Verflechtungen mit den afrikanischen Kolonialgebieten weiter zu pflegen. Auf Südwestafrika waren die brasilianischen Interessen gerichtet. Intensiv arbeitete die portugiesische Monarchie daran, jegliche Kontakte brasilianischer Vertretungen zu den Kolonien zu unterbinden. Dieses Ziel hatte Portugal erfolgreich umgesetzt und brasilianische Verbindungen zu Afrika verloren sich im Laufe des 19. Jahrhunderts definitiv. Seitens Brasiliens arbeitete die Regierung nicht daran, die vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Südwestafrika zu bewahren. Die Trennung Brasiliens von Portugal fand in einer besonderen Konstellation statt und zwar als Portugal weder wirtschaftliche, politische noch militärische Kontrolle über das südamerikanische Territorium mehr hatte. Darüber hinaus war das portugiesisch-brasilianische Königreich wirtschaftlich betrachtet am Anfang des 19. Jahrhunderts vor allem mit Großbritannien

verbunden und davon abhängig. Die Feststellung ist richtig, dass die kulturelle Nähe zwischen beiden Staaten schon in der damaligen Zeit tief verankert war, aber ausgeprägte gegenseitige und vielfältige Abhängigkeiten bestanden nicht. Daraus lässt sich schließen, dass die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vertreter beider Staaten nicht mehr verbunden waren.

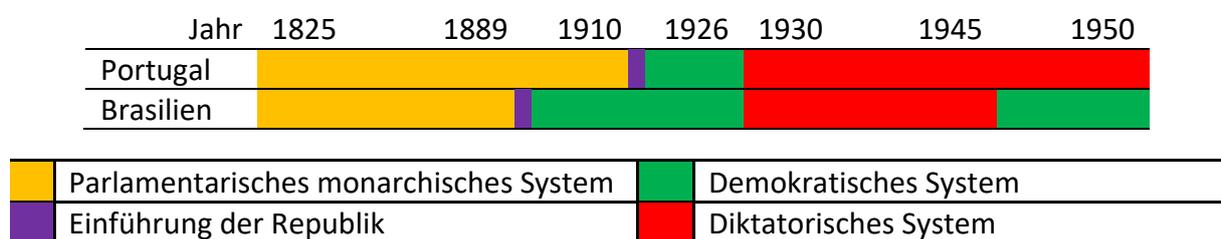
Im Falle Brasiliens lassen allein die wirtschaftlichen Beziehungen zu Afrika die gegenseitigen Verflechtungen nicht verstehen. Verschwanden sie auch im Laufe der Zeit, blieben aber die kulturellen gegenseitigen Einflüsse präsent. Die massive Präsenz afrikanischen Einflusses in Brasilien wurde lange Zeit nicht positiv gesehen, was in dem Kontext der Evolutionstheorie zu verstehen ist und im Kapitel 4 thematisiert wurde. Die brasilianische Regierung verfügte während des 19. Jahrhunderts nicht nur über keinerlei Afrikapolitik, sondern es gab keine Strategie, die afrikanischstämmige Bevölkerung im Land zu integrieren. Nicht nur die Kontakte zu Afrika schiefen ein, sondern auch die Beziehungen zu Portugal kamen zum Stillstand. Selbst die familiären Verbindungen der Herrscherhäuser konnten die Entfremdung nicht aufhalten. Auch die starke portugiesische Migration nach Brasilien nach 1825 war nicht in der Lage, diese Situation zu verändern. Betrachtet man, dass Brasilien der wirtschaftliche Kern des portugiesischen Königreichs bis zum Jahr 1822 war, stellt man fest, dass Lissabon nach der politischen Trennung energisch alles daran setzte, ein neues Kolonialzentrum aufzubauen. Der Aufbau eines portugiesisch geprägten Afrikas wurde das zentrale Thema und zur primären Aufgabe des Landes. Der portugiesischen Regierung war bewusst, dass die Bedeutung und das Gewicht des Landes nur durch ein neues Kolonialimperium zu gewährleisten war. Die Forschung stellt klar fest, dass die außenpolitischen Prioritäten beider Staaten nach 1825 trotz der langjährigen und mühsam aufgebauten engen kulturellen und wirtschaftlichen

Verbindungen nicht auf die Weiterführung und Verstärkung einer gegenseitigen Allianz ausgerichtet war. Schnell atomisierten sich die bilateralen Beziehungen zu Gunsten anderer Partner. In dieser Hinsicht spielten innenpolitische und regionale Interessen eine vordergründige Rolle und zeigen, dass kulturelle Nähe und sogar gemeinsame Sprache in diesem Zusammenhang einen untergeordneten Platz einnahmen.

In der politischen Entwicklung deckte die Forschung manche Gemeinsamkeiten auf, die auf die kulturellen Verbindungen als Erklärungsmöglichkeit zurückzuführen sind. Die Unabhängigkeit Brasiliens erfolgte in einem Moment, in dem sich das politische Bild in Europa durch die Aufklärungsideen stark verändert hat. Wenngleich Portugal davon ebenfalls betroffen war, wurde die politische Modernisierung bzw. die Einführung demokratischer Institutionen und einer Verfassung nicht vollends erfüllt. Ab diesem Moment wies die Entwicklung der politischen Systeme in den PSS verschiedene Korrelationen auf, die im Laufe der Arbeit deutlich wurden. Hier spielt sehr wahrscheinlich die kulturelle Nähe eine Rolle, indem verschiedene Ereignisse in Portugal und Brasilien aufgrund der gemeinsamen Sprache schneller verbreitet werden konnten. Diese Entwicklung scheint die These der politischen Einflüsse zwischen Ländern, die kulturelle Nähe teilen, zu bestätigen. Die Parallelitäten der Ereignisse sind erstaunlich und der Verlauf der portugiesischen und brasilianischen Geschichte während des 19. Jahrhunderts ähnelte sich sehr. Es ist kein Zufall, dass sich die brasilianische Elite für eine monarchische Staatform entschied, währenddessen alle amerikanischen Nachbarländer Republiken wurden. Auch die Abschaffung der Monarchie auf beiden Seiten des Atlantiks fand zeitlich betrachtet fast parallel statt. Nicht überraschend war auch die Entwicklung während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sowohl in Portugal als auch in Brasilien wurden politische Krisen durch diktatorische Systeme gelöst. Diese Entwicklung

führte aber nicht zu einem neuen Kurs der bilateralen Beziehungen. Die politische ähnliche Entwicklung zeigt jedoch, dass Länder mit gleichen kulturellen Hintergründen wohl ähnliche Lösungen zu vergleichbaren Problemen suchen. Die untere Grafik stellt grob die politische Entwicklung in Portugal und Brasilien zwischen 1825 bis 1950 dar und verdeutlicht, dass sich die Ereignisse zeitlich ähnelten.

Abbildung 9.1.A Politische Entwicklung in Brasilien und Portugal zwischen 1825 und 1950



Trotz dieser Tatsache verzeichnete die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts keine bedeutende Veränderung der Politik Brasiliens zu Portugal und umgekehrt. Auch die Teilnahme beider Staaten an den Weltkriegen war kein Grund, gezielt bilaterale Gespräche zu fördern, um gegenseitige Interessen, beispielweise in Sicherheitsfragen, zu eruieren. Die portugiesische Außenpolitik war in dieser Zeit nach wie vor mit den afrikanischen Territorien beschäftigt. Das Hauptziel Lissabons war, Angola und Mosambik als Kolonien zu sichern und deren wirtschaftliches Potenzial zu fördern. Dafür spielte Brasilien keine Rolle. Nicht anders als bereits im 19. Jahrhundert waren die Beziehungen Portugals und Brasiliens in den 1950er Jahren ebenfalls durch Distanz geprägt. Die Entwicklungs- bzw. Industrialisierungsfrage, die sich für Brasilien und Portugal am Anfang des 20. Jahrhunderts stellte und in Kapitel 5 behandelt wurde, verdeutlichte, dass keines der beiden Länder das andere in diesem Bereich unterstützen konnte. Es war zwar ein gemeinsames erklärtes Ziel, aber dafür verfügten sie weder über die geeigneten Technologien noch über das notwendige Kapital. Beide Staaten

mussten dritte Partner suchen, um ihr Ziel zu verwirklichen. In dieser Hinsicht waren Portugal und Brasilien Konkurrenten.

Erst mit dem Freundschaftsvertrag aus dem Jahr 1953 gab es neue Signale, die eine Erneuerung der bilateralen Beziehungen vermuten lassen könnten. Portugal bestätigte jedoch seine Politik und schloss die Überseeterritorien aus dem Vertragswerk aus. Auch hier wiederum stellt man fest, dass die kulturelle Verbundenheit beider Länder keinen Hintergrund bildet, um intensivere Beziehungen zu fördern. Ab den 1950er Jahren waren bedeutende Veränderungen der Außenpolitik Portugals zu beobachten, die aber die Beziehungen zu Brasilien nicht berührten. Wenngleich die afrikanischen Territorien eine wichtige, vor allem wirtschaftliche Säule waren, änderte Lissabon allmählich seinen Fokus und förderte die Allianzpolitik zu den westeuropäischen und nordamerikanischen Partnern. Zwei Ereignisse verdeutlichen, dass regionale Interessen ein zentraleres Gewicht innerhalb der portugiesischen Außenpolitik hatten, als die Allianz zu Brasilien. Schon im Jahr 1949 wurde Portugal Mitglied der NATO und das war das erste Signal, welche Allianzpolitik das Land verfolgte. Zweitens konsolidierte Lissabon seine Präsenz innerhalb Europas mit dem Beitritt zur EFTA. Diese Politik schuf immer mehr Barrieren bzw. Einschränkungen, um eine vielfältige Allianzpolitik mit Brasilien zu skizzieren. Wiederum waren die kulturellen Verbindungen kein Grund, den Kurs der portugiesischen Außenpolitik zu stoppen.

Die portugiesische Außenpolitik der Nachkriegszeit wirkte sich auch auf die überseeischen Gebiete aus. Die Präsenz in Afrika kann als Erfolg verbucht werden, wenngleich das Ziel nie ganz vollständig erreicht wurde. Verglichen mit der Kolonisierung Brasiliens gelang es den Portugiesen nie, ihre kulturellen Einflüsse in auch nur einer afrikanischen Kolonie durchzusetzen. In Afrika blieben die europäischen Auswanderer eine von vielen Gruppen, die

lediglich begrenzte territoriale Herrschaft ausübten. Es ist nicht zu verneinen, dass es gegenseitige kulturelle Einflüsse gab und gibt, aber die portugiesische Kultur hatte keinen beherrschenden Platz. Die kulturellen Verbindungen wurden zwar gebaut, aber sie sind sehr unterschiedlich je nach Land. Wirtschaftlich betrachtet war es Portugal nie möglich, der wichtigste Partner der afrikanischen Kolonien zu werden. Dieses Bild ist ähnlich bezüglich des Außenhandels zwischen Brasilien und Portugal in derselben Zeit, wie im Kapitel 7 dargestellt wurde. Berücksichtigt man Theorien, die die kulturelle Nähe als einen der wirtschaftlichen Einflussfaktoren hervorheben, lässt die Forschung über die PSS dies nicht gelten. Sowohl die Erkenntnis der Theorie der Kulturkreise als auch des Gravitationsmodells, die betonen, dass kulturelle Verbindungen bzw. Kulturkreise ökonomisch abhängiger voneinander sind, wird durch das Beispiel der PSS nicht völlig bestätigt. Allein die geografische Entfernung der PSS stellt ein Problem für den Handelsaustausch dar, welches die gemeinsame Sprache nicht kompensieren kann. Betrachtet man die wirtschaftlichen Bedingungen, spielen die Nachbarländer sowie die unmittelbaren regionalen Verflechtungen für den Handelsaustausch in der Regel eine wichtigere Rolle, wie die Fälle Portugal zu Spanien, Brasilien zu Argentinien, Mosambik zu Südafrika beweisen.

Interessant war zu beobachten, wie sich Brasilien und Portugal in der Entkolonialisierungsfrage benommen haben. Einerseits rechnete Lissabon mit der brasilianischen Unterstützung gegen die Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien, andererseits hat Lissabon seit 1825 alles getan, um die Beziehungen Brasiliens zu den Kolonien zu unterbinden. Trotz dieser Tatsache bewies Brasilien große Solidarität mit Portugal und war ein verlässlicher Allierter innerhalb der Vereinten Nationen. Entscheidend dafür war die Einführung einer militärischen Diktatur in Brasilien, die den Kurs der Außenpolitik teilweise

nach 1964 geändert hat. Damit begab sich das Land in die zweite Antidemokratisierungswelle (reverse wave) und stand in der Selbstbestimmungsfrage ein Jahrzehnt lang an der Seite Portugals. Davon hatte Brasilien jedoch keinen Vorteil und diese Haltung schloss jegliche Dialoge mit den Unabhängigkeitsbewegungen der ehemaligen portugiesischen Kolonien aus. In dieser Frage spielte die kulturelle Nähe Brasiliens zu den afrikanischen Völkern eine Nebenrolle und zudem war die internationale Lage durch den Kalten Krieg bzw. die Bekämpfung des Kommunismus geprägt. Dieses Thema genoss Priorität seitens der südamerikanischen Regierung, die die Verbreitung des Kommunismus in Lateinamerika befürchtete. Hier wird klar, dass kulturelle Verbindungen eine hintergründige Rolle bei internationalen Konflikten spielen und vielmehr andere Variablen wie z.B. innenpolitisches Kalkül und regionale Interessen von entscheidender Bedeutung sind. Diese brasilianische Haltung hat allerdings zur Polarisierung der Beziehungen der PSS untereinander beigetragen, da die portugiesischen Überseegebiete von sich aus keine Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Gemeinschaft hatten. Brasilien nahm keine Vermittlerrolle ein, was durchaus möglich gewesen wäre. Alternativ wurden sie in ihren Unabhängigkeitskämpfen vor allem von den kommunistischen Staaten unterstützt wie z.B. dem karibischen Staat Kuba und gerieten unter kommunistische Einflüsse. Die Rolle Brasiliens beschränkte sich aber nicht nur auf die politische Unterstützung Portugals, sondern auch die Theorie des *Lusotropicalismus* von dem brasilianischen Forscher Gilberto Freyre war ein Hilfsmittel für Portugal, um die Kolonisierung zu rechtfertigen. Die Theorie der Anpassungsfähigkeit der Portugiesen an die kolonisierten Völker ließ sich nie beweisen, aber die Kolonisierung Brasiliens wurde von der salazaristischen Regierung instrumentalisiert. Dies hat die brasilianische Regierung in der damaligen Zeit nicht infrage gestellt.

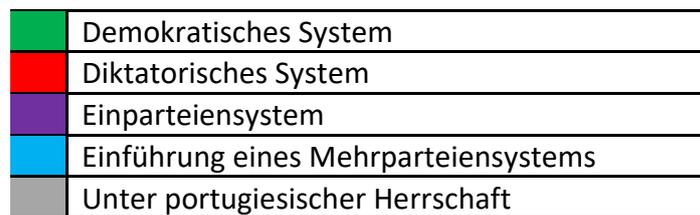
Die 1970er Jahre brachten bedeutende Veränderungen für alle PSS mit sich. Zuerst bewertete die brasilianische Regierung die Unterstützung Portugals in der Kolonialfrage als falsch, da diese Position das Land international politisch und wirtschaftlich beschädigte. Dies führte zum endgültigen Ende der brasilianischen Portugalpolitik in der Kolonialfrage. Aber auch in Portugal verlor die Regierung die gesellschaftliche und militärische Unterstützung, was zu der Nelkenrevolution führte. Die Revolution änderte die Kolonialfrage nicht sofort, allerdings ermöglichte sie die ersten Schritte, um sie friedlich zu lösen sowie eine neue Ordnung der Beziehungen der PSS untereinander einzuleiten. Allerdings hatten die Kolonialkriege verschiedene dauerhafte Folge für die Kolonien, eine davon war die Flucht der europäischstämmigen Bevölkerung, was die Betroffenen in eine noch größere Krise stürzte. Die kulturellen Verbindungen zwischen Portugal und den ehemaligen Kolonien wurden dadurch geschwächt. Verglichen mit dieser Situation im Falle Brasiliens wurde ein Großteil der eingewanderten portugiesischen Bevölkerung ansässig und hat zu den kulturellen Verbindungen des Landes mit dem Mutterland entscheidend beigetragen und sich gefestigt.

Mit der Demokratisierung Portugals, die durch die Nelkenrevolution befeuert wurde, löste sich auch die Kolonialfrage. Mit den endgültigen Unabhängigkeiten aller portugiesischen Kolonien in Afrika änderten sich die Beziehungen der PSS untereinander, da sie sich völlig entzweiten. Portugal widmete sich vor allem der Integration in die EG. Die PALOP beschäftigten sich hauptsächlich mit dem staatlichen Aufbau und Brasilien begann langsam mit der Demokratisierung. Gegenseitig unterstützten sich die PSS in den 1970er Jahren nennenswert weder politisch noch wirtschaftlich. Wie Kapitel 8 analysiert, haben sich die demokratisch gewählten Regierungen Portugals stets bemüht, die Verbindungen zu den PALOP aufrechtzuerhalten. Parallel dazu hatte die brasilianische Militärregierung ihre Haltung

gegenüber den PALOP revidiert. Noch in den 1970er Jahren gewannen die kulturellen Themen an Bedeutung und insbesondere die Verteidigung der portugiesischen Sprache als gemeinsames Erbe aller PSS. Unmissverständlich ermöglichten die Demokratisierung Portugals und das Ende der Kolonialzeit den Dialog der PSS untereinander, was trotz der jahrelangen Entfremdung zu neuen Wegen führte. Diese waren allerdings durch die politische Lage in den PALOP schwer beeinträchtigt. Hervorzuheben ist, dass die PALOP, trotz aller Probleme, den Dialog zu Portugal und Brasilien stets gepflegt haben. In diesem Kontext spielten die gemeinsame Sprache und Geschichte eine Rolle.

Politisch gesehen scheint die Demokratisierung Brasiliens durch Portugal eine Vorbildfunktion eingenommen zu haben. Diese Entwicklung entsprach der Theorie der „Cultural Neighbors“. Ca. elf Jahre später begab sich das südamerikanische Land ebenfalls auf den Demokratisierungsweg. Ab den 1990er Jahren ergriffen auch die PALOP Demokratisierungsmaßnahmen, die zwar eingeschränkt waren, aber eine Korrelation zwischen den Ereignissen in Portugal und Brasilien erkennen lassen. Wie in Portugal fand die Demokratisierung in Brasilien durch Verhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Akteuren statt. Interessanterweise bei diesen politischen Abläufen ist eine gemeinsame Tendenz bei den PSS erkennbar, indem diktatorische Regierungen häufig anzutreffen sind. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebten Portugiesen und Brasilianer ebenfalls diktatorische Regierungen und die PALOP kannten nur das Einparteiensystem. Es scheint kein Zufall zu sein, sondern geteilte Wahrnehmung in den PSS bezüglich politischer Lösungen. Die untere Abbildung 9.1.B stellt die politische Entwicklung in den PSS zwischen 1950 und 2000 dar. Dies verdeutlicht, dass sich die Ereignisse zeitlich ähnelten.

Abbildung 9.1.B Politische Entwicklung in den PSS zwischen 1950 und 2000



Demgegenüber erreichten aber die wirtschaftlichen Verbindungen Portugals nach 1974 bzw. 1975 zu den PALOP lediglich ein sehr niedriges Niveau. Auch die brasilianischen wirtschaftlichen Verflechtungen zu den PALOP spielten keine Rolle, wie Kapitel 8 erläutert. Zwischen Portugal und Brasilien war der Außenhandel ebenfalls unbedeutend. Bei den portugiesischen Direktinvestitionen und dem Kapitalfluss ist eine Korrelation zwischen kulturellen und geschichtlichen Verbindungen festzustellen. Diese haben sich ab den 1990er Jahren positiv entwickelt. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass portugiesische Investoren auch Brasilien zum Ziel hatten. Umgekehrt waren aber die brasilianischen Investitionen und der Kapitalfluss sowohl nach Portugal als auch in die PALOP unbedeutend. In diesem Falle führte die kulturelle Nähe nicht unbedingt zu mehr wirtschaftlicher Verflechtung. Hierbei muss erwähnt werden, dass die brasilianische Wirtschaft deutlich größer ist, als die aller PSS zusammen. Darüber hinaus konzentrierten sich die brasilianischen Investitionen auf Südamerika. Brasilien widmete sich der Gründung der Mercosur und bestätigte den Kurs der Außenpolitik, der zunehmend regionale Interessen in

den Vordergrund stellte. Auch die PALOP traten regionalen wirtschaftlichen Organisationen bei. Diese Entwicklung verdeutlicht, wie unterschiedlich die außenpolitischen Ziele der PSS waren. Abgesehen von der wirtschaftlichen Rolle Portugals gegenüber den PALOP sind die wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb der PSS unbedeutend, womit sich die Theorie der Kulturkreise sowie des Gravitationsmodells nur teilweise bestätigen lässt.

Das Ergebnis dieser Forschung lässt den Schluss zu, dass im Falle der PSS kulturelle Verbindungen nicht das entscheidende Element ihrer Beziehungen untereinander sind. Die rasche politische Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien war die ausschlaggebende Basis, erneut Beziehungen der PSS untereinander zu schaffen und die Demokratisierung in allen PSS während der letzten Jahre des 20. Jahrhunderts hat die Annäherung beschleunigt. Die Entstehung der CPLP ist das konkrete Ergebnis. Wenngleich diese Staaten in der Lage waren, eine gemeinsame Institution zu gründen, die sich mit ihren gegenwärtigen und gegenseitigen Beziehungen beschäftigt, bedeutet dies nicht, dass sich ihre Verflechtungen untereinander intensiviert haben. Die Forschung lässt deutlich erkennen, dass die Interessenlage der PSS nach wie vor sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Verteilung auf fünf Kontinente spielt dabei ebenfalls eine Rolle, da sich diese Staaten in regionalen Fragen gegenseitig kaum unterstützen können. Vielmehr sind regionale Interessen für alle PSS von wichtigerer Bedeutung als ihre Beziehungen untereinander. Dies führt dazu, dass die CPLP eine untergeordnete Rolle innerhalb der außenpolitischen Strategien dieser Länder einnimmt. Ausschlaggebend hierfür ist sicher einerseits die portugiesische Haltung aus der Vergangenheit, die die Beziehungen Brasiliens zu den ehemaligen Kolonien unterband. Andererseits aber ebenso die brasilianische Außenpolitik, die den afrikanischen Kontinent vor allem während des 19. Jahrhunderts und Teilen des 20. Jahrhunderts vernachlässigt hat. Auch

die wirtschaftlichen Daten zeigen eine schwache Verbindung der PSS untereinander und widersprechen der These, dass kulturelle Nähe zu mehr Handelsaustausch führt. Darüber hinaus setzen ihre Außenpolitiken keine Priorität auf enge wirtschaftliche Kooperationen, vielmehr sind sie an regionalen Verflechtungen interessiert. Die immer wieder betonte gemeinsame Vergangenheit und die Zugehörigkeit zu einem Kulturkreis führen nicht zwangsweise zu einer intensiveren Verbundenheit auf internationaler Ebene. Ohne Frage kann eine gemeinsame Vergangenheit tatsächlich eine vernünftige Basis sein, um die Beziehungen zu fördern. Aber dies allein genügt nicht. Wenngleich die Gründung der CPLP dazu beitragen kann, die Mitgliedsstaaten bzw. PSS näher zusammenzuführen, kann das Argument der kulturellen Verbundenheit diese Staaten nicht zu engeren Allianzen führen. Letztendlich war deutlich festzustellen, dass keiner der PSS eine führende Rolle innerhalb der Gemeinschaft hat. Portugal als ehemaliges Mutterland ist wirtschaftlich betrachtet zu unbedeutend. Brasilien ist zwar innerhalb der PSS wirtschaftlich stark, besitzt aber kaum politische Einflüsse gegenüber den anderen PSS und keiner der PALOP ist weder wirtschaftlich noch politisch in der Lage, Einflüsse auf alle anderen auszuüben. Allein die kulturellen Gemeinsamkeiten können diese Realität nicht ändern. Wie der Artikel von Manfred Wöhlcke beschreibt, sind die gesamten wirtschaftlichen Beziehungen der PSS untereinander substanzlos. Der Hauptgrund dafür ist, dass ihre wichtigsten wirtschaftlichen Partner Drittstaaten sind. Darüber hinaus sind sie füreinander nicht gerade die interessantesten Volkswirtschaften. Wie Manfred Wöhlcke zusammenfasst:

„Einige haben nicht das, was die anderen brauchen; einige haben etwas, das die anderen ebenfalls haben; und keiner hat das, was alle brauchen. Am meisten Substanz haben noch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Brasilien und Portugal, aber auch diese sind in absoluten wie in relativen Zahlen ziemlich bescheiden“ (Wöhlcker, 2002, S. 4).

Betrachtet man die Beziehungen der PSS untereinander nach der Sicht der Theorie des strukturellen Imperialismus und insbesondere nach der Gründung der CPLP können verschiedene Fakten festgestellt werden. Die jahrhundertlange portugiesische Herrschaft über verschiedene Regionen der Welt hat zu diversen Abhängigkeiten der besetzten Regionen geführt, die allerdings nach der politischen Unabhängigkeit nicht sofort verschwunden sind. Sie blieben erhalten, aber nicht unbedingt mit Portugal. Im Laufe der Arbeit konnte festgestellt werden, dass die portugiesische Kolonialpräsenz in Südamerika und Afrika in der Tat Abhängigkeitsstrukturen sowie Abhängigkeitsketten geschmiedet hat. Während der Kolonialzeit führte Portugal mit seinen Kolonien nach der Theorie des strukturellen Imperialismus durchaus vertikale Interaktionsbeziehungen, da sie keine Interaktionen mit dritten Partnern führen durften. Portugal moderierte und monopolisierte jede Art von Interaktionen und war in diesem Kontext die Zentralnation. Das war der Fall bezüglich Brasilien bis 1808 und der afrikanischen und asiatischen Kolonien bis zu den 1970er Jahren. Werden die Beziehungen Portugal und Brasilien nach 1808 und vor allem nach 1822 analysiert, kann festgestellt werden, dass insbesondere keine entscheidende wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit bestanden hat. In dieser Frage waren beide Staaten von anderen Staaten abhängig, denn, die vielfältigen Verflechtungen waren nicht stabil genug, damit eines der Länder über das andere Einfluss ausüben konnte. Brasilien war gegenüber Portugal keine Peripherienation, sondern beide waren gegenüber anderen Nationen und insbesondere gegenüber Großbritannien Peripherienationen. Es bedeutete letztendlich, dass die privilegierten Gruppen beider Länder untereinander kaum gemeinsame Interessen teilten, sondern mit privilegierten Gruppen von Drittländern. In diesem Kontext hat Portugal trotz der engen kulturellen Verbundenheit und des historischen Hintergrundes keine dauerhafte Vernetzung mit der südamerikanischen Kolonie sichern können. Werden die Verbindungen

Portugals zu den afrikanischen Regionen betrachtet, war in dieser Dissertation festzustellen, dass die Präsenz in Afrika sehr unterschiedlich war. Vor allem standen Angola und Mosambik im Fokus. Wie in Kapitel 4 dargestellt wurde, war der Aufbau eines portugiesisch geprägten Afrikas vor allem eine Entwicklung des 20. Jahrhunderts. In vieler Hinsicht ließ sich die portugiesische Präsenz in Afrika keineswegs mit der in Brasilien vergleichen. Und zudem war die Herrschaft über die afrikanischen Territorien deutlich kostspieliger, aber weniger einträglich. Die Finanzierung der portugiesischen Herrschaft in Afrika wurde von anderen europäischen Kolonialmächten ermöglicht, da Portugal allein die Mittel nicht hatte. Auch in der Frage des Technologiezugangs war Portugal nach wie vor von anderen Staaten abhängig. In Afrika wie in Brasilien blieb Portugal in vieler Hinsicht lediglich eine Art Vermittler, der zwar als Tor zur Welt gegenüber den Kolonien fungierte, aber nicht unbedingt dauerhafte Vernetzungen aufbauen konnte. Und im Fall der afrikanischen Kolonien stellte Kapitel 7 deutlich klar, dass die wirtschaftlichen Verflechtungen von 1964 bis 1975 schrumpften. In diesem Kontext wird klar, dass Portugal keinerlei Einfluss auf die Kolonien nach ihrer Unabhängigkeit ausüben konnte. Weder in Afrika noch in Brasilien hatten die privilegierten Gruppen mit Portugal ausschlaggebende Interesseharmonien, sondern mit anderen Partnern. In dieser Konstellation muss auch beachtet werden, dass Brasilien keine Alternative für die PALOP nach ihren Unabhängigkeiten war. Berücksichtigen wir die Theorie des strukturellen Imperialismus, können wir feststellen, dass die PSS untereinander kaum ausgeprägte Interaktionen betreiben und daher auch nicht die Möglichkeit haben, den einen oder den anderen imperialistisch zu beeinflussen. Mit der Unabhängig jedes der PSS von Portugal gerieten diese unter Einflüsse von ehemaligen Partnern Portugals, die sofort Dominanz auf die neuen unabhängigen Staaten ausübten. Die Betrachtung der portugiesischen Geschichte zeigt, dass das Land zuerst sehr mit Spanien verbunden war und später mit Großbritannien,

es heißt Allianzen mit europäischen Ländern prägen die Geschichte Portugals. Im 20. Jahrhundert änderte sich diese Entwicklung nicht. Die Interesseharmonie Portugals war nach wie vor auf Europa und etwas zeitlich versetzt auch auf den Nordatlantik ausgerichtet. Die kolonialen Kriege schienen die Behauptung Galtungs zu bestätigen, dass nur der nicht perfekte Imperialismus Waffen benötigt. Die Gründung der CPLP ist ein Versuch der Vertreter dieser Staaten bzw. von den privilegierten Gruppen der Mitgliedsländer eine neue Dialogform zu schaffen, um gemeinsame Verabredungen zu treffen. Weist die CPLP auf gemeinsame Zukunft hin?

9.2 Gemeinsame Zukunft?

Seit der Gründung der CPLP wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, die bestätigen, dass die Regierungen der PSS ihren Dialog in unterschiedlichen Formaten fördern und intensivieren wollen. Es ist nicht zu übersehen, dass neue politische Dynamiken entstanden sind, die wiederum u.a. zu wirtschaftlichen und akademischen Austauschen sowie zu Kooperationen geführt haben. In diesem Zusammenhang spielt die Sprachpolitik eine immens wichtige Rolle und stellt eine dauerhafte gemeinsame Aufgabe dar. Eine Wiederannäherung ist aber wie immer schwer und durch vielfältige Herausforderungen geprägt. Wie in dieser Dissertation klar geworden ist, sind die Beziehungen der PSS untereinander durch diverse Ereignisse vorbelastet. So sind beispielsweise die diplomatischen Austausche auseinandergedriftet und in der Gegenwart mit mehreren Hindernissen konfrontiert. Entscheidend in solch einer Situation ist, wie intensiv und engagiert die Regierungen ihre Dialoge ernsthaft fördern, um daraus mittel- und langfristige Vorteile in verschiedenen Bereichen zu ziehen. Abgesehen von der Sprachpolitik stellt sich die Frage, wie und vor allem in welchen Bereichen sie untereinander zusammenarbeiten können. Die Antwort darauf wird davon abhängen, auf

welche Säule sie zukünftig ihre Außenpolitiken stützen. Die Staaten agieren nicht altruistisch auf der internationalen Ebene, sondern sie schließen sich zusammen, um Vorteile und Gewinne zu maximieren. In diesem Zusammenhang gilt es zu klären, welche Art von Kooperation die PSS untereinander entwickeln können und wer daraus den größten Nutzen generiert. Im Laufe dieser Arbeit ist deutlich geworden, dass ihre Beziehungen nicht unbedingt einen hohen Stellenwert in ihrer jeweiligen Außenpolitik eingenommen haben. Vielmehr sind sie intensiver in regionalen Organisationen engagiert. Mit der Gründung der CPLP setzten die Regierungen ein Signal, dass eine gemeinsame Zukunft möglich ist und ließen gleichzeitig vermuten, dass ihre Beziehungen untereinander einen wichtigeren Stellenwert in ihrer Außenpolitik einnehmen sollten. Vor diesem Hintergrund ist wichtig, welchen Status die gegenseitigen Beziehungen darstellen: Handelt es sich um eine staatliche Politik oder eine Regierungspolitik? Eine staatliche Politik wird unabhängig von den gewählten Regierungen geführt und ist in der Regel durch Kontinuität geprägt, währenddessen eine Regierungspolitik auf die Regierungsperiode beschränkt wird und dadurch häufig unter mangelnder Kontinuität leidet. Von dieser allerdings hängt eine gemeinsame Zukunft der PSS ab.

Die Antwort auf die obige Frage verlangt, dass insbesondere die politische und wirtschaftliche Entwicklung ab Beginn des 21. Jahrhunderts berücksichtigt wird. Hierbei spielt die innenpolitische Lage jedes Mitgliedstaates eine zentrale Rolle. Ausgewählte wirtschaftliche Daten sind bei der Feststellung behilflich, um Veränderungen in ihren Verflechtungen zu verdeutlichen. Schon die politischen Daten wie z.B. die Häufigkeit von offiziellen Staatsbesuchen sowie gemeinsamen Treffen der politischen Vertreter – Premierministern und Präsidenten – sind ein Maßstab dafür, wie intensiv der Austausch auf höchster politischer Ebene ist. Wenn man offizielle staatliche Besuche von Regierungs- und Staatschefs als einen

verlässlichen Gradmesser ansieht, um die Intensität ihrer Beziehungen zu betrachten, so sind doch die Zahlen derartiger Treffen von Vertretern der PSS zwischen 2001 und 2020 sehr unterschiedlich. Abgesehen von dem CPLP-Gipfel (Cimeira da CPLP), der seit dem Jahr 1996 jedes zweite Jahr regelmäßig stattfindet und von hohen Vertretern der PSS besucht wird, treffen sich die Staats- und Regierungschefs der PSS zusätzlich auf bilateraler Ebene.

Die politische Lage in den PSS zeigt sich ab Beginn des 21. Jahrhunderts sehr unterschiedlich. Der Fokus liegt hier auf der innenpolitischen Stabilität dieser Länder. Bei deren Betrachtung ist festzustellen, dass diese Entwicklung sowohl in Portugal als auch in Kap Verde stabil verläuft. In Brasilien war die Lage ebenfalls stabil, aber aufgrund verschiedener Korruptionsaffären stürzte das Land in eine tiefe politische Krise. Mosambik und Angola erleben immer wieder ernsthafte innenpolitische Unruhen, die vor allem auf das ähnlich gestaltete Einparteiensystem und daher auf eine eingeschränkte Demokratie zurückzuführen sind. Am gravierendsten erlebt Guinea-Bissau diese innenpolitischen Krisen, die oft das ganze Land lahmlegen. Selbstverständlich spielt politische Stabilität eine entscheidende Rolle, um enge Kooperationen voranzubringen. In dieser Hinsicht kann prognostiziert werden, dass gemeinsame Projekte der PSS in unterschiedlicher Geschwindigkeit stattfinden werden.

Offensichtlich bemühen sich die verschiedenen gewählten portugiesischen Regierungen seit der Nelkenrevolution dauerhaft, stabile Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Einerseits beabsichtigt Portugal die Vorteile der jahrhundertlangen gemeinsamen Geschichte zu nutzen, andererseits können die Verbindungen zu den anderen PSS die Position des Landes auf der internationalen Ebene aufwerten. Diese Entwicklung zeigt sich in mehreren Bereichen und bestätigt eine gezielte portugiesische Außenpolitik, die vor allem gegenüber den PALOP von Kontinuität geprägt ist. Wie Kapitel 8 darstellt, haben sich

die wirtschaftlichen Verflechtungen Portugals und der PALOP allmählich und in unterschiedlicher Weise intensiviert und in einigen Feldern konsolidiert. Nach Daten der portugiesischen Zentralbank waren die PALOP und Osttimor zwischen 2011 und 2019 wichtige Absatzmärkte für portugiesische Produkte, wie die untere Tabelle 9.2.A verdeutlicht. Vor allem für Sao Tome und Príncipe, Kap Verde und Guinea-Bissau spielte der Import aus Portugal eine entscheidende Rolle.

Tabelle 9.2.A Importvolumen der PALOP und Osttimor aus Portugal 2011-2019 in Prozent

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
STP⁽¹⁾	58,9	55,7	59,8	58,5	56,3	57,9	53,6	53,2	48,0
KV⁽²⁾	44,7	48,2	43,8	44,3	46,3	49,6	44,8	43,1	44,6
GB⁽³⁾	32,0	33,0	25,5	21,5	23,2	23,1	35,4	32,8	47,6
AO⁽⁴⁾	15,4	16,4	16,5	15,3	12,7	13,7	16,3	13,3	12,9
MZ⁽⁵⁾	4,2	4,0	5,7	5,7	4,7	5,9	4,2	3,4	3,6
TL⁽⁶⁾	1,4	1,6	1,8	5,7	1,7	1,5	0,9	1,1	0,9

Quelle: Banco de Portugal, 2021. Verschiedene Tabellen (1) Quadro II.5.6 (2) Quadro II.2.6 (3) Quadro II.3.6 (4) Quadro II.1.6 (5) Quadro II.4.6 (6) Quadro II.6.6

AO	Angola	GB	Guinea-Bissau	STP	Sao Tomé und Príncipe
KV	Kap Verde	MO	Mosambik	TL	Osttimor

Die Import- und Exportsituation ist allerdings nicht ausgewogen. Nur für Kap Verde stellt Portugal einen etwas wichtigeren Absatzmarkt dar. Für Sao Tomé und Príncipe war Portugal als Exportziel in dem betrachteten Zeitraum sehr schwankend. Für alle anderen PALOP und Osttimor ist Portugal kein bedeutender Absatzmarkt, wie die anschließende Tabelle verdeutlicht.

Tabelle 9.2.B Exportvolumen der PALOP und Osttimor nach Portugal 2011-2019 in Prozent

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
KV⁽¹⁾	18,0	16,0	16,2	14,7	14,1	17,0	21,5	15,1	17,1
STP⁽²⁾	13,2	7,7	6,2	1,1	5,1	2,8	0,1	23,9	12,2
AO⁽³⁾	2,4	2,5	4,7	3,4	3,8	3,1	0,9	2,9	3,5
MZ⁽⁴⁾	1,4	0,5	2,5	1,4	0,9	1,0	0,5	0,8	0,7
TL⁽⁵⁾	0,9	0,6	0,9	9,1	2,3	1,4	6,0	4,5	3,3
GB⁽⁶⁾	0,7	0,1	0,1	1,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2

Quelle: Banco de Portugal, 2020. Verschiedene Tabellen (1) Quadro II.2.5 (2) Quadro II.5.5 (3) Quadro II.1.5 (4) Quadro II.4.5 (5) Quadro II.6.5 (6) Quadro II.3.5

AO	Angola	GB	Guinea-Bissau	STP	Sao Tomé und Príncipe
KV	Kap Verde	MO	Mosambik	TL	Osttimor

Offizielle Treffen portugiesischer Staatsoberhäupter mit Vertretern der PALOP finden nach wie vor regelmäßig statt. Dies verdeutlicht, dass die Beziehungen beider Parteien stark durch bilaterale Zusammenarbeit geprägt sind. Darüber hinaus ist Portugal als Mitgliedsstaat der EU gegenüber den PALOP und im konkreten Fall auch gegenüber Brasilien in einer privilegierten Position. Durch sein Engagement in der Entwicklungspolitik kann Portugal sowohl durch seine eigenen Finanzmittel als auch durch den EU-Entwicklungsfonds Einflüsse auf die Empfängerländer ausüben. Ebenso profitiert Portugal hinsichtlich des Technologiezugangs, da lokale Unternehmen durch Partnerschaften mit anderen EU-Mitgliedstaaten problemlos zusammenarbeiten können. Hier findet sich ein weiterer Vorteil für Portugal, da das Land neue Technologien exportieren kann. In diesem Zusammenhang kann Portugal möglicherweise als Brücke zwischen den PSS und der EU fungieren. Das iberische Land selbst verzeichnet in verschiedener Hinsicht spürbare Defizite an Kapital und an Technologie, kann aber dank der Unterstützung der EU seine Verflechtungen vor allem mit den PALOP festigen, zumal es besser als jedes andere EU-Land die Spezifika der ehemaligen Kolonien kennt. Die Strategie Portugals besteht darin, die Aufmerksamkeit der EU auf interessante Themen der PALOP zu lenken.

Auch gegenüber Brasilien hat Lissabon diese Möglichkeit bereits ergriffen, als das Land die EU-Ratspräsidentschaft innehatte und den EU-Brasilien-Gipfel im Jahr 2007 ins Leben rief. Parallel dazu partizipieren selbstverständlich auch andere EU-Staaten und ehemalige Kolonisatoren von ihren noch starken Beziehungen zu Afrika. Nicht zu vergessen ist die EU-AKP-Partnerschaft, die vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu einigen ehemaligen Kolonien regelt.

Die Außenpolitik Brasiliens in Richtung Portugal und die PALOP findet in einem sehr unterschiedlichen Kontext statt. Die Beziehungen Portugals und Brasiliens werden von regionalen Organisationen beeinflusst, nämlich der EU und dem MERCOSUR. Wenngleich die wirtschaftlichen Verflechtungen beider Staaten nicht von herausragender Bedeutung sind, wird die Rolle Portugals gegenüber Brasiliens jedoch durch die EU verstärkt. Und ihre Beziehungen sind von Kontinuität und überwiegend Stabilität geprägt. Im Gegensatz dazu sind die brasilianischen Beziehungen zu Afrika zu Beginn des 21. Jahrhunderts von starken Deskontinuitäten gezeichnet. Für Afrika und folglich auch die PALOP ist die brasilianische Außenpolitik eine typische Regierungspolitik. Brasilien verfügt zwar über eine diversifizierte Wirtschaft und Technologie in verschiedenen Bereichen, aber die Verflechtungen mit Afrika sind im Allgemeinen nach wie vor nicht tief verankert. Kapitel 8 beleuchtet bereits, dass die wirtschaftlichen Beziehungen Brasiliens zu den PALOP nicht von entscheidender Bedeutung sind. Wichtige brasilianische Unternehmungen sind in den PALOP tätig, aber die brasilianische Präsenz in diesen Ländern hat sich in den letzten zwanzig Jahren nicht bedeutend verändert. Dieses Szenario spiegelt die Deskontinuität der brasilianischen Außenpolitik bezüglich Afrika wider. Ab den 2000er Jahren wurden brasilianische Interessen an Afrika geweckt. Ausschlaggebend dafür waren die Aktionen der Regierung Lula da Silva (2003-2010), da in

dieser Regierungszeit die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Afrika große Aufmerksamkeit genossen. Verschiedene offizielle staatliche Treffen von Vertretern der PALOP und der brasilianischen Regierung wurden organisiert und diese haben sich auf die wirtschaftlichen Beziehungen sehr positiv ausgewirkt (Vgl. Almeida, A. S. 461-473). Die untere Tabelle stellt die Zahl der offiziellen Staatsbesuche der Regierungs- und Staatschefs Brasiliens in den PSS zwischen 2001 und 2020 dar. In dem Zeitraum von 2001 bis 2010 fand mindestens ein Staatsbesuch des jeweiligen brasilianischen Präsidenten in allen PSS statt. Bereits zwischen 2011 bis 2020 nahm die Besuchsfrequenz ab.

Tabelle 9.2.C Zahl der offiziellen Staatsbesuche der Regierungs- und Staatschefs Brasiliens in den PSS zwischen 2001 und 2020

	AO		GB		KV		MO		PT		STP		TL	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
BR	02	03	01	00	02	01	03	02	07	04	03	01	02	00

Quelle: Ministério das Relações Exteriores, 2001-2020; verschiedene Seiten.

Bemerkung 1: A = 2001-2010 und B = 2011-2020

Bemerkung 2: Alle offiziellen Staatsbesuche der Regierungs- und Staatschefs Brasiliens sind in der Publikation "Resenha de Política Exterior do Brasil" aufgelistet. Diese Publikation wird vom brasilianischen Außenministerium zweimal im Jahr veröffentlicht.

AO	Angola	GB	Guinea-Bissau	MO	Mosambik	STP	Sao Tomé und Príncipe
BR	Brasilien	KV	Kap Verde	PT	Portugal	TL	Osttimor

Deutlich wird, dass diese Politik nach dem Ende der Regierung Lula da Silva nicht weiterverfolgt wurde und die neu gefestigten Verflechtungen zu Afrika verloren sich allmählich wieder. Darüber hinaus erlebte Brasilien politische Instabilität, die auf Untersuchungen innerhalb des Ölkonzerns Petrobras zurückzuführen war und Korruptionsaffären aufdeckte, was während der Regierung Dilma Rousseff (2011-2016) stattfand. Die innenpolitische Krise Brasiliens beschränkte sich nicht nur auf die Aktionen der Untersuchung im Fall Petrobras, sondern das Parlament und die Exekutive erlebten weitere Konflikte. Letztendlich führten diese teilweise kaum nachvollziehbaren politischen Differenzen zur Amtsenthebung der Präsidentin Rousseff. Nach ihrer Ära sind kaum weitere

nennenswerte Aktivitäten zwischen den Folgeeregierungen und den anderen PSS zu verzeichnen. Allerdings ist die positive Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Angola und Kap Verde zu betonen. Auch mit Guinea-Bissau entwickelte sich erstmals in den letzten zehn Jahren ein signifikanter wirtschaftlicher Austausch, wie die Tabelle 9.2.D verdeutlicht. Umgekehrt spielte Brasilien für die PALOP keine Rolle als Absatzmarkt.

Tabelle 9.2.D Importvolumen von Angola (AO), Guinea-Bissau (GB) und Kap Verde (KV) aus Brasilien 2011-2019 in Prozent

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
AO⁽¹⁾	4,2	4,4	4,3	4,4	3,8	4,7	5,6	4,6	3,9
KV⁽²⁾	2,7	4,0	3,6	3,3	3,8	3,5	3,1	2,7	2,9
GB⁽³⁾	2,5	1,3	1,0	0,8	0,8	0,4	1,0	1,6	3,6

Quelle: Banco de Portugal, 2020. Verschiedene Tabellen (1) Quadro II.1.6 (2) Quadro II.2.6
(3) Quadro II.3.6

Nach wie vor aber hängen die Beziehungen Brasiliens zu den afrikanischen Staaten bis heute stark von dem Verhalten des gewählten brasilianischen Regierungschefs ab. Seit dem Jahr 2011 finden offizielle gegenseitige Besuche der Regierungs- und Staatschefs immer seltener statt, wie in der Tabelle 9.2.C festzustellen ist.

Seit Bestehen der PALOP ist die Außenpolitik gegenüber den anderen PSS sehr unterschiedlich ausgeprägt, aber gleichzeitig muss erwähnt werden, dass die PALOP erst vor kurzem ihre Außenpolitik gegenüber Brasilien und Portugal neu verfasst haben. Werden die Beziehungen der PALOP untereinander betrachtet, stellt man fest, dass offizielle Besuche von Regierungs- oder Staatschefs lediglich unregelmäßig stattfinden. Abgesehen von der Rolle Angolas gegenüber Sao Tomé und Príncipe verzeichnen ihre wirtschaftlichen Verflechtungen seit 2001 keine deutlichen Veränderungen im Vergleich zu den 1990er Jahren. Angola spielt für Sao

Tome und Príncipe eine zunehmend wichtigere Rolle als Importquelle, wie nachfolgend dargestellt.

**Tabelle 9.2.E Importvolumen von Sao Tomé und Príncipe (STP) aus Angola
2011-2019 in Prozent**

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
STP	9,6	21,9	24,3	27,2	24,7	17,3	22,0	25,6	22,1

Quelle: Banco de Portugal, 2020. Tabelle Quadro II.5.6

Schon die bilateralen Beziehungen von Kap Verde und Guinea-Bissau haben in den letzten zwanzig Jahren immer mehr an Bedeutung verloren. Auch die bereits schwachen wirtschaftlichen Verflechtungen in den 1990er Jahren sind in dem Zeitraum von 2011-2019 noch unbedeutender geworden (vgl. Banco de Portugal, 2020, Quadro II.3.5 e Quadro II.3.6). Ebenso ist keine wesentliche Änderung der Beziehungen Mosambiks zu den anderen PALOP feststellbar.

Nicht zuletzt muss betont werden, dass die PSS wichtige Kapitalempfänger sind, da sie nach wie vor Unterstützung für ihre sozioökonomische Entwicklung benötigen. Wenngleich Portugal und Brasilien in der Lage sind, durch ihre eigene Finanzkraft Auslandsinvestitionen zu tätigen, stellt sich die Frage, ob das allein ausreicht, bedeutende Teile der notwendigen Investitionsnachfragen der PALOP decken können. Untersuchungen von 2014 zeigen, dass deutlich mehr portugiesische Unternehmen bereits in den PALOP direkte Investitionen tätigen als brasilianische. Auch die Bereitschaft portugiesischer Investoren zukünftig sich in den PALOP zu engagieren ist spürbar ausgeprägter als dies brasilianische Unternehmungen beabsichtigen (Barakat, 2015, S. 95-103). Zudem ist fraglich, ob beide Länder in der Lage sind, den Technologiebedarf der PALOP wenigstens teilweise zu decken? In verschiedenen

Bereichen konkurrieren die PSS um ausländisches Kapital sowie um Technologie auf der internationalen Ebene.

Aus heutiger Sicht betrachtet kann festgestellt werden, dass Portugal mit allen anderen PSS mehr oder weniger auf dauerhafter Basis politische und wirtschaftliche Verflechtungen hat. Ebenso liegt die Vermutung nahe, dass sich die Beziehungen zwischen Angola, Brasilien und Portugal möglicherweise in der Zukunft verstärken werden, da diese drei Länder dazu die Substanz haben. Wenngleich zu erkennen ist, dass eine enge politische und wirtschaftliche Kooperation der PSS aufgrund ihrer Mitgliedschaften in verschiedenen regionalen Institutionen eher unwahrscheinlich ist, können sie eine entscheidende Rolle beim interregionalen Dialog spielen, da sie als Förderer des interregionalen Dialogs bzw. Multilateralismus agieren können. Auch wenn die heutigen Fakten nicht dafür sprechen, erscheint eine gemeinsame Zukunft der PSS allerdings am realistischsten auf dem afrikanischen Kontinent. Eine engere Kooperation der PALOP könnte durchaus stattfinden, da die meisten PSS in dieser Region angesiedelt sind. Sie sind bereits Mitglieder verschiedener politischer und wirtschaftlicher Organisationen in Afrika und liegen geografisch betrachtet nah beieinander. Vor allem Angola und Mosambik als Mitglieder der SADC, Sao Tome und Príncipe und Angola als Mitglieder der CEEAC sowie Guinea-Bissau und Kap Verde als Mitglieder der ECOWAS könnten tatsächlich engere Kooperationen vorantreiben.

10 Primärliteratur

- Acordo do Alvor. (15. Januar 1975). Alvor, Algarve. Abgerufen am 8. Juni 2015 von cedis.fd.unl.pt/wp-content/uploads/2016/01/ACORDO-ALVOR.pdf
- Assembleia Nacional de Angola. (kein Datum). *Assembleia Nacional de Angola*. Abgerufen am 20. Mai 2019 von Síntese da evolução histórica do Parlamento angolano: parlamento.ao/web/guest/parlamento/historia-do-parlamento?menuOption=parlamento#http://www.parlamento.ao/glue/AN_Navigation.jsp?
- Banco Central do Brasil. (kein Datum). *Banco Central do Brasil*. Abgerufen am 19. Juni 2017 von bcb.gov.br/estatisticas
- Companhia Vale do Rio Doce. (200?). Relatório de Sustentabilidade 2006. (M. Barcelos, Redakteur) Rio de Janeiro. Abgerufen am 4. December 2017 von vale.com/PT/investors/information-market/annual-reports/sustainability-reports/Sustentabilidade/relatorio-de-sustentabilidade-2006.pdf
- Digithèque de matériaux juridiques et politiques. (9. Juni 1815). *Digithèque de matériaux juridiques et politiques*. Abgerufen am 11. März 2017 von Grands Traités de paix: Acte final du Congrès de Vienne: <http://mjp.univ-perp.fr/traites/1815vienne2.htm#fin>
- Europäische Union. (kein Datum). *Europäische Union*. Abgerufen am 12. December 2016 von Leben in der EU: https://europa.eu/european-union/about-eu/figures/living_de#size
- Governo de Timor-Leste. (kein Datum). *Governo de Timor-Leste*. Abgerufen am 23. März 2014 von Sobre Timor-Leste: timor-leste.gov.tl?lang=pt&p=547
- Hidroeléctrica de Cahora Bassa. (kein Datum). *Hidroeléctrica de Cahora Bassa*. Von About us: hcb.co.mz/about-us/#timeline abgerufen
- Imprensa Nacional de Lisboa. (8. Juli 1930). Acto Colonial (Decreto 18:570). *Diário do govêrno(156)*, 1307-1309. Lissabon: Imprensa Nacional de Lisboa.
- Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE). (kein Datum). *Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE)*. Abgerufen am 12. December 2016 von Cidades e Estados: Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE)
- Junta de Salvação Nacional. (27. April 1974). Programa do Movimento das Forças Armadas Portuguesas. Centro de Documentação 25 de Abril/Universidade de Coimbra. Abgerufen am 30. Januar 2013 von Universidade de Coimbra: ci.uc.pt/cd25a/wikka.php?wakka=estrut07
- Mercosur. (kein Datum). Abgerufen am 6. Oktober 2016 von Quienes somos/En pocas palabras: mercosur.int/quienes-somos/en-pocas-palabras/
- Ministério da Economia. (kein Datum). *Comércio Exterior*. Abgerufen am 12. Februar 2017 von Estatísticas de Comércio Exterior/Outras estatísticas de Comércio Exterior: mdic.gov.br/index.php/comercio-exterior/estatisticas-de-comercio-exterior

- Ministério das Relações Exteriores. (1995). Comunicados, notas, mensagens e informações: Declaração Conjunta à imprensa sobre a II Cimeira Luso-Brasileira. *Resenha de Política Exterior do Brasil*(77), S. 279-281.
- North Atlantic Treaty Organization (NATO/OTAN). (kein Datum). *North Atlantic Treaty Organization (NATO/OTAN)*. Abgerufen am 2015. September 28 von Pays membres: nato.int/cps/en/natohq/topics_52044.htm?selectedLocale=fr
- North Atlantic Treaty Organization. (4. April 1949). Le Traité de l'Atlantique Nord. Washington D.C. Abgerufen am 15. December 2015 von nato.int/cps/fr/natohq/official_texts_17120.htm
- Petrobras. (kein Datum). *Petrobras*. Abgerufen am 15. März 2018 von Trajetória: petrobras.com.br/pt/quem-somos/trajetoria/
- Presidência da República (Brasil). (kein Datum). *Biblioteca*. Abgerufen am 12. Setember 2013 von biblioteca.presidencia.gov.br/presidencia/ex-presidentes/presidencia/ex-presidentes/wenceslau-braz
- Presidência da República Portuguesa. (kein Datum). *Presidência da República*. Abgerufen am 9. Oktober 2016 von Presidentes anteriores: presidencia.pt/?idc=13
- Programme des Nations Unies pour le développement. (2019). *Rapport sur le développement humain 2019. Au delà des revenus, des moyennes et du temps présent*. New York: Nations Unies. Abgerufen am 16. Januar 2019 von hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2019_overview_-_french.pdf
- Reichs-Gesetzblatt. (1884). Generalakte der Berliner Konferenz. Berlin: Reichsamt des Innern.
- República Portuguesa. (kein Datum). *República Portuguesa*. Abgerufen am 8. August 2014 von Governos Anteriores: portugal.gov.pt/pt/gc22/governo/governos-antteriores
- Société de Géographie. (kein Datum). *Société de Géographie*. Abgerufen am 2016. Juli 15 von Quis sommes-nous?: <https://socgeo.com/qui-sommes-nous/>
- The World Bank. (kein Datum). *Data Bank: World Development Indicators*. Abgerufen am 20. Juni 2016 von <https://databank.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG/1ff4a498/Popular-Indicators#>
- União das Cidades Capitais de Língua Portuguesa*. (kein Datum). Abgerufen am 10. December 2015 von Membros efetivos: uccla.pt/
- Union Africaine. (2018). *Guide de l'Union africaine: ouvrage de référence pour le personnel et les partenaires de l'Union Africaine*. Addis-Adeba: Commission de l'Union africaine et Ministère des Affaires étrangères et du Commerce extérieur de Nouvelle-Zélande. Abgerufen am 21. Dezember 2018 von https://au.int/sites/default/files/pages/31829-file-african_union_handbook_2018_french-1.pdf

- United Nations. (14. December 1946). Regional conferences of representatives of Non-Self-Governing Territories - Resolution n° A/RES/67(I). New York. Abgerufen am 23. Mai 2014 von <https://research.un.org/en/docs/ga/quick/regular/1>
- United Nations. (15. December 1960a). Principles which should guide Members in determining whether or not an obligation exists to transmit the information called for under Article 73e of the Charter - Resolution 1541 (XV). New York. Abgerufen am 3. April 2015 von <https://undocs.org/en/A/RES/1541%28XV%29>
- United Nations. (15. December 1960b). Transmission of information under Article 73e of the Charter - Resolution 1542 (XV). New York. Abgerufen am 3. April 2015 von <https://documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/153/16/IMG/NR015316.pdf?OpenElement>
- United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD/UNCTADstat). (kein Datum). *UNCTADstat - Data Center*. Abgerufen am 21. März 2017 von https://unctadstat.unctad.org/wds/ReportFolders/reportFolders.aspx?sCS_ChosenLang=en
- United Nations Conference on Trade and Development. (7. Dezember 2004). Outward FDI from Brazil: poised to take off? Abgerufen am 12. July 2019 von <https://unctad.org/en/Pages/Publications/FDI-Occasional-Notes.aspx>
- United Nations Development Programme. (kein Datum). *Human Development Reports*. Abgerufen am 2015. Juli 21 von About Human Development: hdr.undp.org/en/humandev
- United Nations Geospatial Information Section. (kein Datum). *United Nations Geospatial Information Section*. Abgerufen am 10. Februar 2013 von un.org/Depts/Cartographic/english/htmain.htm
- United Nations Peacemaker. (16. März 1984). Agreement on Non-Aggression and Good Neighbourliness between Mozambique and South Africa (Nkomati Talks). Abgerufen am 2. November 2016 von peacemaker.un.org/mozambique-southafrica-nkomati84
- United Nations Population Division. (kein Datum). *Population Division*. Abgerufen am 2013. Februar 19 von un.org/development/desa/pd/
- United Nations Regional Information Centre for Western Europe. (19??). Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. Brussels. Abgerufen am 11. März 2017 von unric.org/html/german/pdf/charta.pdf
- United Nations Secretary-General. (kein Datum). *United Nations Secretary-General*. Abgerufen am 04. Oktober 2016 von Former Secretaries-General: un.org/sg/en/content/former-secretaries-general

11 Sekundärliteratur

- Abdel-Malek, A. (1989). The renaissance of Egypt, 1805-81. In J. F. Ajay, *General History of Africa: Africa in the nineteenth century until the 1880s* (Bd. VI, S. 325-355). London: Heinemann.
- Alípio, E. (2006). *Salazar e a Europa: história da adesão à EFTA (1956-1950)*. Lissabon: Livros Horizonte.
- Almeida, E. (2017). Do outro lado do Atlântico: as relações políticas e econômicas entre o Brasil e os países africanos desde o século XX. *Cadernos do CEAS*(241), S. 441-476. Abgerufen am 24 Januar 2018 von <https://cadernosdoceas.ucsal.br/index.php/cadernosdoceas/article/view/353/318>
- Amsler, N., Mischer, O., & Peters, S. (3. November 2006). Das Zeitalter der Entdecker: Daten und Fakten. *Geoepoche*(24), 162-169.
- Banco de Portugal. (Januar 2000). Evolução da economia dos PALOP e de Timor-Leste 1999/2000. Lissabon. Abgerufen am 13. Januar 2017 von bportugal.pt/publications/banco-de-portugal/all/385
- Banco de Portugal. (Sempter 2002). Evolução das Economias dos PALOP e de Timor-Leste 2001/2002. Lissabon. Abgerufen am 15. Januar 2017 von bportugal.pt/publications/banco-de-portugal/all/385
- Banco de Portugal. (Oktober 2020). Evolução das Economias dos PALOP e de Timor-Leste 2020/2021: anexo estatístico. Lissabon. Abgerufen am December 2020 von bportugal.pt/publications/banco-de-portugal/all/385
- Barakat, L. et al. (2015). Atuação das multinacionais brasileiras e portuguesas nos mercados da CPLP. Fundação Dom Cabral. Abgerufen am 30 März 2017 von <https://acervo.ci.fdc.org.br/AcervoDigital/Artigos%20FDC/Artigos%20DOM%2027/Atua%C3%A7%C3%A3o%20das%20multinacionais%20brasileiras%20e%20portugasas.pdf>
- Bernecker, W. L., & Herbers, K. (2013). *Geschichte Portugals (E-Book)*. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Bernecker, W. L., & Pietschmann, H. (2014). *Geschichte Portugals: vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart (E-Book)*. München: Beck.
- Bethel, L. (1970). *The abolition of the Brazilian slave trade: Britain, Brazil and the slave trade question 1807-1869*. Cambridge: University Press.
- Brenzinger, M. (2009). Kontinuität und Wandel in der Gesellschaft. Sprachenvielfalt auf dem Kontinent. *Information zur politischen Bildung*(303), S. 32-34.
- Carmona, Á. (2008). La dictadura del general Franco. In J. Ulzurrun, P. Lillo, J. Hernández, P. Saludes & Á. Carmona (Hrsg.), *História de España contempránea: siglos XIX y XX* (Bd. V, S. 243-266). Madrid: Sílex ediciones.

- Castaño, D. (September 2015). Portugal e a ONU: a primeira aproximação. *Relações Internacionais*(47), S. 9-38. Abgerufen am 22. April 2016 von scielo.mec.pt/pdf/ri/n47/n47a02.pdf
- Castaño, D. (Januar 2016). Do programa do MFA ao confronto entre legitimidade revolucionária e legitimidade democrática. O 25 de Novembro e a Assembleia Constituinte. (IPRI, Hrsg.) *Working Paper*(53). Abgerufen am 19. März 2016 von Universidade de Lisboa: ipri.pt/index.php/pt/publicacoes-working-papers/working-papers/arquivo-wp/556-working-papers-n-53-2016
- Cervo, A. L., & Bueno, C. (2008). *História da política exterior do Brasil*. Brasília: Editora Universidade de Brasília.
- Cervo, A. L., & Magalhães, J. C. (2000). *Depois das caravelas: as relações entre Portugal e Brasil 1808-2000*. Brasília: Editora Universidade de Brasília.
- Chabal, P., Birmighan, D., Forrest, J., Newitt, M., Seibert, G., & Andrade, E. S. (2002). *A history of postcolonial lusophone Africa*. Bloomington: Indiana University Press.
- Chaliand, G., Jan, M., & Rageau, J.-P. (1994). *Atlas historique des migrations*. Paris: Éditions du Seuil.
- Coquery-Vidrovitch, C. (1985). The colonial economy of the former French, Belgian and Portugues zone, 1914-1935. In A. Boahen, *General history of Africa: Africa under colonial domination 1880-1935* (Bd. VII, S. 351-381). London: Heinemann.
- Coquery-Vidrovitch, C. (1993). Economic changes in Africa in the world context. In A. A. Mazrui, *General history of Africa: Africa since 1935* (Bd. VIII, S. 285-316). London: Heinemann.
- Corrêa, L. F. (Hrsg.). (2012). *O Brasil nas Nações Unidas: 1946-2011*. Brasília: Fundação Alexandre de Gusmão. Abgerufen am 13. januar 2014 von <http://funag.gov.br/biblioteca/download/996-O-brasil-nas-nacoes-unidas-1946-2011.pdf>
- Costa, A. D., & Pessali, H. F. (Januar-Juni 2009). A trajetória de internacionalização da Petrobrás na indústria de petróleo e derivados. *Revista História Econômica & História de Empresas*(1), S. 5-32. Abgerufen am 7. Juni 2018 von researchgate.net/publication/228821052_A_trajetoria_de_internacionalizacao_da_Petrobras_na_industria_de_petroleo_e_derivados/link/53ed0e380cf2981ada11f7de/download
- Cristóvão, F., Amorim, M. A., Marques, M. L., & Moita, S. B. (Hrsg.). (2007). *Dicionário temático da Lusofonia*. Lissabon: Texto Editores.
- Crowder, M. (1985). The First World War and its consequences. In A. Boahen, *General history of Africa: Africa under colonial domination 1880-1935* (Bd. VII, S. 283-311). London: Heinemann.
- Cunha, A. (2018). *Dossiê adesão: história do alargamento da CEE a Portugal*. Lissabon: Imprensa de Ciências Sociais.

- Davidson, A., Isaacman, A., & Péliissier, R. (1985). Politics and nationalism in Central and Southern Africa, 1919-35. In A. Boahen, *General history of Africa: Africa under colonial domination 1880-1935* (Bd. VII, S. 673-711). London: Heinemann.
- Denoon, D. (1992). Dependence and interdependence: Southern Africa from 1500 to 1800. In B. A. Ogot, *General history of Africa: Africa from the Sixteenth to the Eighteenth Century* (Bd. V, S. 683-702). London: Heinemann.
- Deutsche Welle. (09. Januar 2010). Toter bei Anschlag auf Fußball-Nationalteam. Abgerufen am 19. Juli 2015 von Afrika: dw.com/de/toter-bei-anschlag-auf-fu%C3%9Fball-nationalteam/a-5101533
- Duroselle, J. B. (1970). *L'Europe de 1815 à nos jours: vie politique et relations internationales*. Paris: Presses Universitaires de France.
- Fausto, B. (1998). *História do Brasil*. São Paulo: Fundação do Desenvolvimento da Educação.
- Ferreira, M. E. (1994). Relações entre Portugal e África de língua portuguesa: comércio, investimentos e dívidas (1973-1994). *Análise Social*(129), S. 1071-1121.
- Ferreira, R. (1998). Escravidão e revoltas de escravos em Angola (1830-1860). *Revista Afro-Ásia*(21-22), S. 9-44. Abgerufen am 16. Juni 2015 von <https://portalseer.ufba.br/index.php/afroasia/article/view/20962/13565>
- Ferrer, J. L. (2007). A problemática das relações internacionais e seus impactos na Argentina, Brasil e Chile durante a Segunda Guerra Mundial (1938-43). Rio de Janeiro: Universidade Federal do Rio de Janeiro. Abgerufen am 22. Juni 2016 von dominiopublico.gov.br/pesquisa/DetalheObraForm.do?select_action=&co_obra=94222
- Galtung, J. (1972). eine strukturelle theorie des Imperialismus, In D. Senghaas (Hrsg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt: Analysen über abhängige Reproduktion* (S. 29-104). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Garcia, A. S., Kato, K., & Fontes, C. (2012). *A história contada pela caça ou pelo caçador? Perspectivas sobre o Brasil em Angola e Moçambique*. Rio de Janeiro: Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul.
- Gerson, B. (2000). *História das ruas do Rio (e da sua liderança na história política do Brasil)*. Rio de Janeiro: Lacerda Editores.
- Gieler, W. (Hrsg.). (2016). *Staatenlexikon Afrika*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Glaser, T. (März-April 1990). EEC-ACP cooperation: the historical perspective. *The Courier: Africa-Caribbean-Pacific-European Community*(120), S. 24-28. Abgerufen am 12. Dezember 2012 von acp.int/sites/acpsec.waw.be/files/story-pdf/en/Lome-IV-dossier-en.pdf
- Gonzalez, D. (Januar 1986). 25 anos de estudos africanos na América Latina. *Soronda - Revista de Estudos Guineenses*, S. 169-192. Abgerufen am 23. April 2013 von casacomum.org/cc/visualizador?pasta=09708.001#!6

- Grant-Hayford, N., & Scheyer, V. (2016). Strukturelle Gewalt verstehen: Eine Anleitung zur Operationalisierung. Galtung-Institut für Friedertheorie und Friederpraxis. Abgerufen am 21. September 2016 von galtung-institut.de/papers/G-I-WP-2016-06-SG.pdf
- Gremaud, A. P., Vasconcellos, M. A., & Toneto Jr., R. (2008). *Economia brasileira contemporânea*. São Paulo: Atlas.
- Grimal, H. (1978). *Decolonization of the British, French, Dutch and Belgian Empires 1919-1963*. Boulder, Colorado: Westview Press.
- Guillen, A. R. (2007). A descolonização da África e o lustotropicalismo: repercussões no Brasil e em Portugal. Goiânia: Universidade Federal de Goiás. Abgerufen am 19. Juni 2015 von dominiopublico.gov.br/download/texto/cp039657.pdf
- Herrero, P. (1999). *América Latina y el colonialismo europeo. Siglos XVI-XVIII*. Madrid: Editorial Síntesis.
- Huntington, S. P. (1991). *The third wave: democratization in the late twentieth century (E-Book)*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Huntington, S. P. (2002). *Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert (E-Book)*. München: Wilhelm Goldmann Verlag.
- Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (IPEA), Banco Mundial. (2011). Ponte sobre o Atlântico: Brasil e África subsaariana - parceria sul-sul para o crescimento. Brasília: IPEA/Banco Mundial. Abgerufen am 2. Februar 2014 von ipea.gov.br/portal/images/stories/PDFs/livros/livros/120113_livropontesobreatlantico.pdf
- Instituto Nacional de Estatística. (2015). CPLP em números 2015. Lissabon. Abgerufen am 3. Januar 2016 von ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_publicacoes&PUBLICACOESpub_boui=251149931&PUBLICACOESstema=00&PUBLICACOESmodo=2
- Jacob, E. G. (1969). *Grundzüge der Geschichte Portugals und seiner Übersee-Provinzen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Jansen, J. C., & Osterhammel, J. (2013). *Dekolonisation: das Ende der Imperien (E-Book)*. München: Verlag C. H. Beck.
- José, J. (2011). A política externa de Angola: novos regionalismos e relações bilaterais com o Brasil. Porto Alegre: Universidade Federal do Rio Grande do Sul. Abgerufen am 15. August 2014 von <https://lume.ufrgs.br/>
- Kahl, J. F. (1972). *Pro und kontra Portugal: Der Konflikt um Angola und Mosambik*. Stuttgart: Seewald Verlag.
- Kielinger, T. (2009). *Kleine Geschichte Großbritanniens (E-Book)*. München: Verlag C. H. Beck.
- Kissinger, H. (1994). *Diplomacy (E-Book)*. New York: Simon & Schuster.

- Kouassi, E. K. (1993). Africa and the United Nations since 1945. In A. A. Mazrui, *General history of Africa: Africa since 1935* (Bd. VIII, S. 871-904). London: Heinemann.
- Küpper, M., & Sedlmair, S. (2006). Royal Geographical Society, ab 1830: Club der Weltenbummler. *Geoepoche - Das Zeitalter der Entdecker*(24), S. 120-121.
- Magalhães, J. C. (1990). *Breve história diplomática de Portugal*. Mem Martins: Publicações Europa-América.
- Malowist, M. (1992). The Struggle for international trade and its implications for Africa. In B. A. Ogot, *General history of Africa: Africa from the Sixteenth to the Eighteenth Century* (Bd. V, S. 1-22). London: Heinemann.
- Marques, A. H. (2001). *Geschichte Portugals und des portugiesischen Weltreichs*. Stuttgart: Kröner.
- Martínez, P. S. (2010). *História diplomática de Portugal*. Coimbra: Almedina.
- Maxwell, K. (2004). The United States and the Portuguese Decolonization (1974-1976). *Working Paper 2*. Abgerufen am 1. Dezember 2013 von ipri.pt/images/publicacoes/working_paper/pdf/Maxwell_2.pdf
- Mazrui, A. A. (1993). Seek ye first the political kingdom. In A. A. Mazrui, *General history of Africa: Africa since 1935* (Bd. VIII, S. 105-126). London: Heinemann.
- Melitz, J. (Oktober 2002). Language and Foreign Trade. *52*(4), S. 667-699. Abgerufen am 12. Dezember 2019 von researchgate.net/publication/223851368
- Mendonça, V. B. (2008). A experiência estratégica brasileira na Primeira Guerra Mundial, 1914-1918. Niterói: Universidade Federal Fluminense. Abgerufen am 19. März 2015 von dominiopublico.gov.br/download/texto/cp077647.pdf
- Menezes, S. (2000). *Mamma Angola: sociedade e economia de um país nascente*. São Paulo: Editora da Universidade de São Paulo/Fapesp.
- Michael, T. (2002). *Diercke-Weltatlas*. Braunschweig: Westermann.
- Microsoft Encarta 2006. (2006a). Vertrag von Tordesillas (CD-ROM). *Enzyklopädie Standard*.
- Microsoft Encarta 2006. (2006b). Vierzehn Punkte (Wilson-Deklaration) (CD-ROM). *Enzyklopädie Standard*.
- Moreira, S., & Pereira, R. (11. October 2007). Investimento directo português nos PALOP: quadro referencial de análise dos seus determinantes. Abgerufen am 11. Juli 2018 von <http://hdl.handle.net/10400.26/4442>
- Mourão, G. d. (2009). *A Revolução de 1817 e a História do Brasil: um estudo de história diplomática*. Brasília: Fundação Alexandre de Gusmão. Abgerufen am 23. Mai 2013 von funag.gov.br/loja/download/595-Revolucao_de_1817_e_a_Historia_do_Brasil_A.pdf

- Murteira, M. (1976). A situação económica em Portugal: origens e perspectivas. *Análise Social*(46), S. 279-287. Abgerufen am 31. Januar 2018 von <http://analisesocial.ics.ul.pt/documentos/1223914032X9sPV3gz1Km26TT0.pdf>
- Neves, G. (2017). Timor's accession to ASEAN. Bangkok: Heinrich-Böll-Stiftung (Southeast Asia). Abgerufen am 20. December 2017 von th.boell.org/en/2017/06/30/timors-accession-asean
- Newitt, M. (2005). *A history of Portuguese overseas expansion, 1400-1668 (E-Book)*. London/New York: Routledge Taylor & Francis Group.
- Newitt, M. (2009). *Portugal in European and world history (E-Book)*. London: Reaction Book Ltd.
- Oloruntimehin, B. O. (1985). African politics and nationalism. In A. Boahen, *General history of Africa* (Bd. VII, S. 565-580). London: Heinemann.
- Ort, C. M. (2008). Kulturbegriffe und Kulturtheorien. In A. Nünning, & V. Nünning (Hrsg.), *Einführung in die Kulturwissenschaften: theoretische Grundlage-Ansätze-Perspektiven* (S. 19-38). Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler.
- Osterhammel, J. (1995). *Kolonialismus: Geschichte - Formen - Folgen*. München: Verlag C. H. Beck.
- Pantoja, S., & Saraiva, J. S. (1999). *Angola e Brasil: nas rotas do Atlântico sul*. (S. Pantoja, & J. S. Saraiva, Hrsg.) Rio de Janeiro: Bertrand Brasil.
- Peixoto, C. B. (2009). Limites do ultramar português, possibilidades para Angola: o debate político em torno do problema colonial. Niterói: Universidade Federal Fluminense. Abgerufen am 12. Juni 2016 von dominiopublico.gov.br/download/texto/cp087981.pdf
- Pérez-Grueso, M. D. (2005). Los años previos a la Gran Guerra, 1870-1914: consolidaciones nacionales, rivalidades imperialistas y reparto del mundo en zonas de influencia. In J. M. Beneyto, R. M. Guardia, & G. P. Sánchez, *Europa y Estados Unidos: una historia de la relación atlántica en los últimos cien años* (S. 17-47). Madrid: Editorial Biblioteca Nueva.
- Prutsch, U. (2012). *Iberische Diktaturen: Portugal unter Salazar, Spanien unter Franco (E-Book)*. Innsbruck: Studien Verlag.
- Prutsch, U., & Rodrigues-Moura, E. (2014). *Brasilien: Eine Kulturgeschichte*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Radio e Televisão de Portugal (RTP). (kein Datum). *Radio e Televisão de Portugal (RTP)*. Abgerufen am 23. Juli 2017 von RPT-Arquivos - 25 de Abril - Dia da Liberdade: <https://arquivos.rtp.pt/conteudos/25-de-abril-dia-da-liberdade/>
- Ralston, R. D., & Mourão, A. (1985). Africa and the New World. In A. Boahen, *General history of Africa: Africa under colonial domination 1880-1935* (Bd. VII, S. 746-781). London: Heinemann.

- Range, T. O. (1985). African initiatives and resistance in the face of partition and conquest. In A. Boahen, *General history of Africa: Africa under colonial domination 1880-1935* (Bd. VII, S. 45-86). London: Hienemann.
- Reeves, J. (2004). *Culture and international relations: narratives, natives and tourists*. New York: Routledge.
- Reinhard, W. (2015). *Geschichte des modernen Staates (E-Book)*. München: Verlag C. H. Beck.
- Renouvin, P. (1969). *Le Traité de Versailles*. Paris: Flammarion.
- Rinke, S., & Schulze, F. (2013). *Kleine Geschichte Brasiliens (E-Book)*. München: Verlag C. H. Beck.
- Roberts, J. M. (1997). *Breve história do mundo: do Renascimento à hegemonia do Ocidente* (Bd. III). Lissabon : Editorial Presença.
- Rodrigues, E. M. (März 2000). Le portugais langue africaine ... l'exemple du Mozambique. *Africultures*(26), S. 10-11.
- Sá, T. M. (2016). *Política externa portuguesa (E-Book)*. Lissabon: Fundação Francisco Manuel dos Santos.
- Salentiny, F. (1977). *Aufstieg und Fall des portugiesischen Imperiums*. Wien, Koln, Graz: Hermann Böhlaus Nachf. Ges. m.b. H.
- Saludes, P. (2008). La Segunda República y la Guerra Civil (1931-1939). In J. Ulzurrun, P. Lillo, J. Hernández, P. Saludes, & Á. Carmona (Hrsg.), *História de España contemporánea: siglos XIX y XX* (S. 215-241). Madrid: Sílex ediciones.
- Santana, I. (Januar/Juni 2003). O desperta empresarial brasileiro para o mercado africano nas décadas de 1970 e 1990. *Contexto Internacional*, 25(1), S. 139-195.
- Santos, V. M. (2007). *A questão africana e as relações luso-britânicas 1884-1914*. Lissabon: Universidade Técnica de Lisboa.
- Saraiva, J. F. (1996). *O lugar da África: a dimensão atlântica da política externa brasileira de 1946 a nossos dias*. Brasília: Editora Universidade de Brasília.
- Saraiva, J. F. (2012). *África parceira do Brasil atlântico: relações internacionais do Brasil e da África no início do século XXI*. Belo Horizonte: Fino Traço.
- Schieder, S., & Spindler, M. (Hrsg.). (2010). *Theorien der Internationalen Beziehungen (E-Book)*. Opladen/farmington Hills, MI: Verlag barbara Budrich.
- Schlickmann, M. (2014). Academia e política: um estudo sobre a relação entre a introdução dos estudos africanos no Brasil e política externa brasileira para África. *Anais do XV Encontro Estadual de História "1964-2014": memórias, testemunhas e Estado*. Florianópolis: Universidade Federal de Santa Catarina. Abgerufen am 22. Januar 2015 von encontro2014.sc.anpuh.org/resources/anais/31/1405997867_ARQUIVO_MarianaSch

lickmann.ACADEMIAEPOLITICAumestudosobrearelacaoentreaintroductaodosEstudos AfricanosnoBrasilepoliticaexternabrasileiraemAfrica.pdf

Schneider, D., & Sedlmair, A. (2006). Zwischen Sahara und Sambesi. *Geoepoche - Das Zeitalter der Entdecker*, S. 136-137.

Senghaas, D. (Hrsg.). (1972). Imperialismus und strukturelle Gewalt: Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Silva, A. E. (1995). O litígio entre Portugal e a ONU (1960-1970). *Análise Social*(130), S. 5-50. Abgerufen am 13. December 2014 von analisesocial.ics.ul.pt/documentos/122337927506tBL0an1Az23CC9.pdf

Skidmore, T. (1988). *Brasil de Castelo a Tanredo, 1964-1985*. Rio de Janeiro: Paz e Terra.

Sow, A. I., & Abdulaziz, M. H. (1993). Language and social change. In A. A. Mazrui, *General history of Africa: Africa since 1935* (Bd. VIII, S. 522-552). London: Heinemann.

Stauber, R. (2014). *Der Wiener Kongress (E-Book)*. Wien: Böhlau Verlag GmbH & Co.KG.

Thiam, I. D., Mulira, J., & Wondji, C. (1993). Africa and the socialist countries. In A. A. Mazrui, *General history of Africa: Africa since 1935* (Bd. VIII, S. 798-828). London: Heinemann.

Thomas, H. (1997). *The slave trade: the story of the Atlantic slave trade 1440-1870 (E-Book)*. New York: Simon und Schuster Paperbacks.

Torres, A. (1991). *O império português entre o real e o imaginário*. Lissabon: Escher.

Ulzurrun, J. (2008). Entre la revolución política y la reacción. In J. D. Ulzurrun, P. M. Lillo, J. L. Hernández, & P. M. Saludes (Hrsg.), *Historia de España contemporánea: siglos XIX y XX* (Bd. V). Madrid: Sílex ediciones.

Unser, G. (2004). *Die UNO: Aufgabe, Strukturen, Politik*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Uzoigwe, G. N. (1985). European partition and conquest of Africa: an overview. In A. Boahen, *General history of Africa: Africa under colonial domination 1880-1935* (Bd. VII, S. 19-44). London: Heinemann.

Vansina, J., & Obenga, T. (1992). The Kongo kingdom and its neighbours. In B. A. Ogot, *General history of Africa: Africa from the Sixteenth to the Eighteenth Century* (Bd. V, S. 546-587). London: Heinemann.

Venter, A. J. (2013). *Portugal's guerrilla wars in Africa: Lissabon three wars in Angola, Mozambique and Portuguese Guinea 1961-74 (E-Book)*. Solihull: Helion & Company Limited.

Weigert, S. L. (2011). *Angola: a modern military history, 1961-2012 (E-Book)*. New York: Palgrave Macmillan.

Wejnert, B. (2005). Diffusion, Development, and Democracy: 1800-1999. *American Sociological Review*, 70, 53-81. Abgerufen am 18. December 2018 von

researchgate.net/publication/292308133_Diffusion_Development_and_Democracy_1800-1999

- Wöhlcker, M. (2002). Die Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten und die EU. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen am 2. Februar 2015 von bpb.de/apuz/25513/die-gemeinschaft-portugiesischsprachiger-staaten-und-die-eu?p=all#footnodeid18-18
- Wondji, C. (1992). The states and cultures of the Upper Guinean coast. In B. A. Ogot, *General history of Africa: Africa from the Sixteenth to the Eighteenth Century* (Bd. V, S. 368-398). London: Heinemann.
- Wong, D., & Woodberry, R. D. (September 2015). Who is my neighbor? Cultural proximity and the diffusion of democracy. San Francisco: Annual Meeting of the American Political Science. Abgerufen am 2. December 2019 von researchgate.net/publication/306091637_Who_is_My_Neighbor_Cultural_Proximity_and_the_Diffusion_of_Democracy
- Xianghui, C. (1992). O estatuto da língua chinesa em Macau. *Administração*(16), S. 429-442. Abgerufen am 16. September 2016 von safp.gov.mo/safppt/download/WCM_003901

12 Abkürzungsverzeichnis

AKP-Staaten	Afrika, Karibik und Pazifik
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations/Verband Südostasiatischer Staaten
AU	Afrikanische Union
CEEAC	Zentralafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
CPLP	Comunidade dos Países de Língua Portuguesa Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Staaten
ECOWAS	Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
EFTA	European Free Trade Association
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FLEC	Befreiungsfront für die Unabhängigkeit von Cabinda
FNLA	Nationale Front für die Befreiung Angolas
FRELIMO	Mosambikanische Befreiungsfront
IBGE	Statistisches und Geographisches Brasilianisches Institut
Itamaraty/MRE	Brasilianisches Auswärtiges Amt
IWF	Internationaler Währungsfonds
Mercosur	Gemeinsamer Markt Südamerikas
MLEC	Mouvement de Libération de l'Enclave de Cabinda
MPLA	Volksbewegung zur Befreiung Angolas -
NATO	Nordatlantikpakt
OAS	Amerikanische Staatliche Organisation
OEI	Organización de Estados Iberoamericanos
PAICV	Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Kap Verde
PAIGC	Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Kap Verde
PALOP	Portugiesischsprachige Afrikanische Staaten
PSS	Portugiesischsprachige Staaten
RENAMO	Nationaler Widerstand Mosambiks
SADC	Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNILAB	Universidade da Integração Internacional da Lusofonia Afro-Brasileira
UNITA	Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas

13 Besuchte Webseiten

Institutionen	Webseiten
Abgeordnetenhaus von Brasilien	camara.gov.br
Africa21online	Africa21online.com
African Union	au.int
Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft	afrikaverein.de
Angolanisch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer	angolabrasil.org.br
Angolanisch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer	cciportugal-angola.pt
Auswärtiges Amt von Brasilien	itamaraty.gov.br/
Auswärtiges Amt von Kap Verde	mirex.gov.cv
Auswärtiges Amt von Mosambik	minec.gov.mz/
Auswärtiges Amt von Portugal	portugal.gov.pt/pt/os-ministerios/ministerio-dos-negocios-estrangeiros.aspx
Biblioteca Digital Luso-Brasileira	bdlb.bn.gov.br
Boletim Mundorama	mundorama.net
Brasilianisches Wirtschaftsministerium	mdic.gov.br
Brasilianisch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer	ccilb.net
Casa Comum	casacomum.org/cc/
Centro de Estudos Africanos/Universidade de São Paulo	cea.fflch.usp.br
Centro de Integridade Publica (Mosambik)	cip.org.mz
Commonwealth	thecommonwealth.org
Deutsche Gesellschaft für die Afrikanischen Staaten Portugiesischer Sprache	dasp.eu.com
Deutsche Osttimor Gesellschaft	Osttimor.de
Deutsche Welle (auf portugiesisch für Afrika)	dw.de/programas/%C3%A1frica/s-13918
Deutsche Welle (auf portugiesisch für Brasilien)	dw.de/not%C3%ADcias/s-7111
Deutscher Lusitanistenverband e.V.	Lusitanistenverband.de
Die Welt der Habsburger	habsburger.net
ECOWAS	ecowas.int
EFTA	efta.int
Escola Superior de Guerra	esg.br
Europäische Union	europa.eu
Folha8/Angolanische Zeitung	Jornalf8.net
Fundação Alexandre de Gusmão	fungag.gov.br
Fundação Amilcar Cabral	familcarcabral.org.cv
Fundação Calouste Gulbenkian	gulbenkian.pt
Fundação Manuel Francisco dos Santos	ffms.pt

Institutionen	Webseiten
Fundação Mario Soares	fmsoares.pt
Fundação Oriente	forient.pt
Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Staaten	cplp.org/
Geographische Gesellschaft von Lissabon	socgeografialisboa.pt
German Institute of Global and Area Studies	giga-hamburg.de
Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (IPEA)	ipea.gov.br
Instituto Diplomático (Portugal)	https://idi.mne.pt/pt/relacoesdiplomaticas.html
Instituto Nacional de Estudos e Pesquisa (INEP – Bissau)	inep-bissau.org
Instituto Português de Relações Internacionais	ipri.pt
International Food Policy Research Institute	ifpri.org
Kap Verde Journal	Kapverde-journal.de
Länder-Information-Portal	Liportal.de
Literafro/Universidade Federal de Minas Gerais	Letras.ufmg.br/literafro
LUSA – Agência Portuguesa de Notícias	lusa.pt
Lusorama	lusorama.de
Lusotopie	Lusotopie.sciencespobordeaux.fr
Mercosur	mercosur.int
Moi Ibrahim Foundation	moibrahimfoundation.org/
Mosambikanisch-Portugiesische Industrie- und Handelskammer	ccpm.pt
MPLA	mpla-angola.org/main.php
OEI	oei.es
Organisation Internationale de la Francophonie	francophonie.org
Organisation of African, Caribbean and Pacific States	acp.int
Parlament von Angola	parlamento.ao
Parlament von Kap Verde	parlamento.cv
Parlament von Mosambik	parlamento.org.mz
Parlament von Portugal	parlamento.pt
Portugiesisches Institut für internationale Beziehungen und Sicherheit	ipris.org
Realmoz Mocambique	Realmoz.com
Regierung von Angola	governo.gov.ao
Regierung von Brasilien	brasil.gov.br
Regierung von Kap Verde	governo.cv
Regierung von Macao (China)	portal.gov.mo/web/guest/citizen
Regierung von Mosambik	portaldogoverno.gov.mz
Regierung von Osttimor	timor-leste.gov.tl
Regierung von Portugal	portugal.gov.pt
Resenha de Política Exterior do Brasil	itamaraty.gov.br/divulg/documentacao-diplomatica/publicacoes/resenha-de-politica-exterior-do-brasil

Institutionen	Webseiten
Rotes Kreuz von Mosambik	redcross.org.mz/index.php/pt/
SADC	sadc.int
Senat von Brasilien	senado.gov.br
The Commonwealth	thecommonwealth.org
Tópicos (Deutsch-Brasilianische Gesellschaft e.V.)	topicos.de
UNCTAD	unctad.org
UNDP	undp.org
UNILAB	unilab.edu.br
UNITA	unitaangola.org/
Verband Südostasiatischer Nationen	asean.org
Versailler Vertrag	documentarchiv.de/wr/vv.html

14 Anhang 1: Exporte und Importe der PALOP in den 1990er Jahren

IN PROZENT DES GESAMTEN EXPORTS

ANGOLA	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1990 - 1999
Vereinigte Staaten	51,0	56,5	62,8	71,3	70,3	65,9	58,0	64,9	63,8	59,5	61,9
Andere	32,8	28,2	24,7	21,5	21,0	24,2	29,6	15,1	27,9	29,1	25,5
Frankreich	12,7	10,6	6,7	4,3	3,9	2,4	2,9	3,9	2,9	2,1	5,0
China ¹	--	--	--	--	--	3,8	5,0	13,2	4,0	8,2	4,1
Spanien	1,4	1,3	2,8	2,7	4,6	3,3	4,2	1,9	0,8	0,6	2,3
Portugal	2,1	3,4	3,0	0,2	0,2	0,4	0,3	1,0	0,6	0,5	1,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 34.

- Die Werte für den Zeitraum 1990-1994 wurden in der Rubrik Andere geführt. Zwischen 1995 und 1999 betrug der durchschnittliche Wert für China 7,2%.

IN PROZENT DES GESAMTEN IMPORTS

ANGOLA	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1990 - 1999
Portugal	26,1	31,8	34,1	26,6	22,5	20,4	21,5	22,4	20,3	18,8	23,7
Andere	22,6	22,9	16,0	19,1	19,1	16,8	16,5	19,1	19,3	18,2	18,7
Vereinigte Staaten	9,6	11,2	6,5	12,9	15,6	15,4	14,5	13,6	17,6	14,6	13,3
Frankreich	9,8	10,5	6,6	7,3	10,5	22,7	8,3	5,8	5,8	8,2	9,3
Südafrika ¹	--	--	5,3	6,2	6,7	8,0	18,7	9,2	9,7	11,9	8,4
Spanien	6,7	3,9	14,6	10,0	2,4	3,5	5,0	8,5	4,9	5,9	6,7
Brasilien	5,3	4,1	2,6	2,9	11,9	1,2	1,9	4,0	6,0	5,1	4,4
Vereinigtes Königreich	3,4	3,7	4,7	3,2	2,8	2,9	3,9	6,4	3,4	6,2	4,3
Niederlande	6,2	4,0	3,3	4,8	4,2	3,6	3,4	4,6	5,1	3,6	4,2
Italien	5,0	3,6	2,4	4,7	2,5	2,5	3,1	2,7	3,7	4,5	3,5
Deutschland	5,3	4,3	3,9	2,3	1,8	1,7	1,7	2,3	2,4	1,7	2,6
China ¹	--	--	--	--	--	1,3	1,5	1,4	1,8	1,3	0,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 34.

- Die nicht gefüllten Felder wurden unter der Rubrik Andere geführt. Der durchschnittliche Wert für Südafrika für den Zeitraum 1992 und 1999 beträgt 9,9 % und für China 1,4%.

IN PROZENT DES GESAMTEN EXPORTS

KAP VERDE	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1990 - 1999
Portugal	39,6	66,0	80,0	48,8	58,8	82,9	77,9	74,1	88,9	89,7	72,4
Andere	59,3	23,6	9,5	32,5	39,1	9,0	10,5	16,2	3,7	6,6	18,8
Spanien	0,0	0,0	0,0	15,3	0,0	7,2	11,1	8,7	7,3	2,9	6,6
Niederlande	1,1	10,4	10,5	3,4	2,1	0,9	0,5	1,0	0,2	0,8	2,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 58.

IN PROZENT DES GESAMTEN IMPORTS

KAP VERDE	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1990 - 1999
Portugal	31,1	34,2	32,2	33,6	34,5	39,8	40,9	42,8	46,9	52,7	39,9
Andere	41,8	36,7	38,4	40,0	30,9	34,8	30,9	20,0	25,2	16,3	30,3
Niederlande	8,9	9,8	10,4	8,5	8,0	7,9	7,6	11,0	6,8	17,8	9,8
Frankreich	3,2	2,1	3,6	4,4	13,8	4,0	5,6	9,2	5,0	2,4	5,5
Vereinigte Staaten	1,9	1,4	5,6	3,5	2,3	3,3	3,6	9,4	5,6	3,4	4,2
Deutschland	2,4	6,3	3,7	4,9	4,0	4,1	3,1	2,1	4,6	2,0	3,6
Spanien	7,3	5,4	2,1	0,7	0,9	1,7	3,8	2,4	2,4	2,4	2,7
Vereinigtes Königreich	1,6	1,5	1,9	2,1	1,4	2,1	2,8	2,0	2,7	2,9	2,2
Schweden	1,8	2,6	2,2	2,3	4,2	2,3	1,7	1,1	0,7	0,1	1,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 58.

IN PROZENT DES GESAMTEN EXPORTS

GUINEA-BISSAU	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999*	2000**	1990 - 2000
Indien	51,3	66,5	46,5	81,3	93,2	69,5	86,0	95,2	97,0	83,5	85,0	82,5
Portugal	20,4	15,1	38,1	12,8	2,8	27,3	2,9	3,2	1,5	0,1	1,0	8,2
Andere	15,5	6,0	0,9	0,0	3,6	0,6	1,3	0,3	0,5	14,3	10,5	4,9
Spanien	5,9	0,8	9,3	0,4	0,0	1,1	2,7	0,2	0,0	1,9	1,3	1,4
Kap Verde	1,9	0,2	2,1	0,7	0,2	0,2	7,1	0,1	0,2	0,0	0,1	0,9
Senegal	0,2	3,5	2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,8	0,1	2,0	0,6
Frankreich	3,0	1,3	0,0	4,3	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Gambia	0,0	4,7	0,4	0,0	0,0	0,9	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,2
Niederlande	1,9	0,3	0,0	0,4	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2
Nigeria	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 82.

* Geschätzt ** Prognostiziert

IN PROZENT DES GESAMTEN IMPORTS

GUINEA-BISSAU	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999*	2000**	1990 - 2000
Portugal	55,7	36,8	35,1	32,3	37,7	37,6	38,4	28,5	32,0	19,7	21,5	35,5
Andere	6,6	12,8	14,2	9,8	21,5	28,7	35,1	47,6	35,5	35,0	29,1	24,4
Niederlande	20,3	19,9	24,4	23,4	14,7	14,4	8,2	10,3	14,5	6,1	7,5	15,9
China	0,5	5,3	1,2	21,1	12,0	7,0	0,1	5,4	6,3	15,0	14,0	6,9
Senegal	5,0	6,5	2,6	2,0	3,0	2,3	5,5	2,9	7,5	19,2	21,5	5,5
Deutschland	3,2	11,7	7,1	3,1	0,9	0,4	0,0	0,5	0,2	1,9	2,0	3,2
Frankreich	2,2	3,3	5,6	1,1	4,9	3,6	3,7	1,9	2,5	1,7	1,8	3,1
Vereinigte Staaten	2,7	0,3	2,2	2,5	1,0	3,4	4,6	2,3	0,5	0,6	0,5	2,0
Elfenbeinküste	0,5	0,7	3,4	4,1	2,7	1,8	4,0	0,0	0,5	0,1	0,9	1,7
Italien	3,3	2,8	4,3	0,5	1,5	0,8	0,3	0,7	0,5	0,8	1,3	1,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 82.

* Geschätzt ** Prognostiziert

IN PROZENT DES GESAMTEN EXPORTS

MOSAMBIK	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999*	1990 - 1999
Andere	54,6	49,5	12,2	21,8	26,7	23,0	28,5	31,0	31,8	28,7	30,5
Spanien	17,9	19,2	29,5	28,0	19,3	20,9	21,1	18,5	13,0	12,9	19,1
Südafrika ¹	--	--	16,5	15,2	17,5	23,6	19,4	17,5	17,6	27,6	16,8
Japan	10,4	12,1	9,4	15,7	14,7	14,2	7,6	8,4	4,8	4,3	9,4
Portugal	5,6	6,0	13,1	12,7	8,9	8,4	7,7	8,9	7,6	8,7	8,6
Vereinigte Staaten	11,5	13,2	13,4	3,6	8,4	5,5	11,4	11,5	5,7	2,7	8,4
Simbabwe ¹	--	--	5,9	3,0	4,5	4,5	4,3	4,1	19,5	15,0	7,2
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 106.

- Die Werte für die Jahre 1990 und 1991 wurden in der Rubrik Andere geführt und damit erreichen die durchschnittlichen Werte für Südafrika 19,8% und für Simbabwe 8,5%.

* Geschätzt

IN PROZENT DES GESAMTEN IMPORTS

MOSAMBIK	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 ²	1990 - 1999
Andere	47,7	24,5	23,0	20,9	20,1	30,4	33,6	30,6	34,0	29,0	29,3
Südafrika ¹	--	24,3	27,6	31,8	35,4	25,9	33,2	40,9	39,5	44,1	28,6
Frankreich	12,8	7,3	8,1	12,2	7,7	3,3	4,4	2,7	2,1	0,7	6,9
Portugal	7,3	4,0	6,1	6,1	5,0	9,0	6,3	6,1	7,9	6,3	6,4
Vereinigte Staaten	3,4	10,3	6,5	5,6	6,4	6,9	4,2	5,2	5,3	6,5	6,0
Japan	5,9	2,9	7,6	6,3	6,7	5,1	4,0	4,5	3,9	6,5	5,2
Vereinigtes Königreich	8,2	4,4	9,1	5,6	8,4	3,6	2,3	2,1	2,0	1,9	5,2
Italien	6,8	13,3	3,0	3,8	3,0	3,3	4,2	1,8	1,0	2,2	4,6
Deutschland	4,9	6,0	4,0	3,4	3,0	3,3	2,6	2,4	1,1	1,0	3,5
Simbabwe	1,1	1,2	2,6	3,0	3,1	4,2	3,9	2,3	2,3	1,6	2,6
Spanien	1,7	1,8	2,4	1,3	1,2	5,0	1,3	1,3	0,8	0,3	1,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 106.

- Die Werte für das Jahr 1990 wurden in der Rubrik Andere geführt und damit erreicht der durchschnittliche Wert für Südafrika 32,3%.
- Für das Jahr 1999 beziehen sich die Werte auf das erste Semester.

IN PROZENT DES GESAMTEN EXPORTS

SÃO TOMÉ UND PRÍNCIPE	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997*	1998*	1990 - 1998
Niederlande	31,1	64,7	34,6	82,7	86,4	70,5	63,9	50,9	60,9	61,5
Andere	13,7	13,4	44,2	16,6	13,0	27,6	13,2	37,7	0,0	20,1
Deutschland	44,8	18,8	15,4	0,0	0,0	0,0	20,9	5,7	12,5	12,5
Portugal	1,6	1,0	1,9	0,7	0,6	1,9	2,0	5,7	26,6	4,4
China	8,8	2,1	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 130.

* Geschätzt

IN PROZENT DES GESAMTEN IMPORTS

SÃO TOMÉ UND PRÍNCIPE	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997*	1998*	1990 - 1998
Portugal	39,5	35,6	38,7	35,4	28,3	38,2	29,0	26,3	41,4	34,7
Andere	8,0	23,4	22,8	18,7	34,0	6,7	21,0	37,1	14,3	20,7
Frankreich	6,2	6,3	6,7	6,3	10,1	16,8	8,1	17,9	0,0	8,8
Angola	12,1	9,8	4,5	7,3	4,8	4,4	13,3	6,7	11,5	8,1
Belgien	8,3	4,8	4,2	6,5	7,6	6,6	10,1	5,8	7,4	6,7
Spanien	12,3	5,5	6,8	0,5	0,4	0,4	2,0	0,0	4,9	3,6
Gabun	3,4	2,9	3,2	6,4	1,8	0,8	0,4	0,8	2,5	2,6
Italien	0,2	0,3	0,2	5,3	1,7	7,1	2,8	0,4	1,6	2,3
Niederlande	2,0	2,9	3,5	1,0	2,4	2,6	0,8	0,0	4,1	2,1
Deutschland	0,5	0,2	0,3	1,2	2,6	2,2	1,2	1,7	2,0	1,3
China	0,8	1,5	1,9	1,6	0,9	0,0	1,2	0,0	1,2	1,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Banco de Portugal, 2000, S. 130.

* Geschätzt